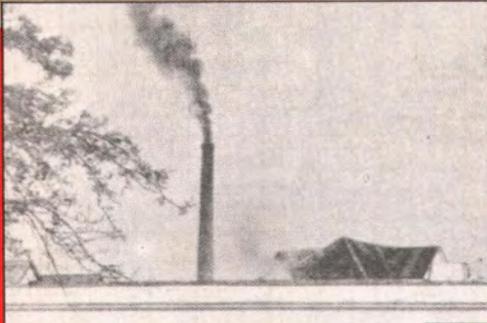


Von Herren

VERFOLGUNG UND
WIDERSTAND
IN VORARLBERG
1933-1945

und Menschen



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hrsg.)
Von Herren und Menschen
Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945

GEDRUCKT MIT UNTERSTÜTZUNG DES BUNDESMINISTERIUMS
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG IN WIEN,
DES BUNDESMINISTERIUMS
FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT IN WIEN
UND DES AMTES DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG IN BREGENZ

Vierzig Jahre nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur wird mit diesem Band erstmals ein detaillierteres Bild vom Vorarlberg jener Jahre gezeichnet, in denen die Demokratie ausgeschaltet war. Waren es ab 1933 "alte Herren", nämlich Angehörige der christlichsozialen Elite, die die Arbeiterschaft gewaltsam von der politischen Teilhabe ausschlossen, so bekämpften ab 1938 "neue Herren" – Herrenmenschen, als die sie sich wähten – alles, bis hin zur physischen Vernichtung, was ihrem Erbgesundheitswahn und ihrer terroristischen Gemeinschaftsideologie nicht entsprach.

Nachweislich 115 Personen aus Vorarlberg wurden in ein Konzentrationslager eingewiesen; mindestens 36 von ihnen fanden dort den Tod. Insgesamt sind 80 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger nachgewiesen, die aus politischen Gründen entweder von Gerichten zum Tod verurteilt und hingerichtet, in Konzentrationslagern zu Tode gebracht, im Widerstand und auf der Flucht getötet wurden oder sich der Einlieferung in ein KZ beziehungsweise ein Gefängnis durch Freitod entzogen haben. Über 300 Menschen fielen der "Euthanasie" zum Opfer. Das Ausmaß der Verfolgung unter der nationalsozialistischen Herrschaft ist erschütternd, das des Widerstands ermutigend.

Von Herren und Menschen

VERFOLGUNG UND WIDERSTAND
IN VORARLBERG 1933–1945

HERAUSGEGEBEN VON DER
JOHANN-AUGUST-MALIN-GESELLSCHAFT



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

Titelmotiv: Besuch des Betriebes Dornbirn-Schwefel der Firma F. M. Rhomberg durch Gauleiter Hofer, Kreisleiter Plankensteiner und andere NS-Größen am 31. August 1940 (links); Ankunft polnischer Kriegsgefangener in Partenen zum Arbeitseinsatz in Obervermont, Dezember 1939.

© fink's verlag, Bregenz 1985

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Luger-Grafik, Dornbirn

Lektorat und Produktion: Kurt Greussing, Dornbirn

Druck und Bindung: J. N. Teutsch, Bregenz

Printed in Austria

ISBN 3-900438-15-3

Inhalt

Abkürzungen	7
Geleitwort von Dr. Wolfgang Neugebauer	10
Vorbemerkung der Autoren	12
Thema "Widerstand"	16
VERFOLGUNG UND WIDERSTAND 1933-1938	27
Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten 1933-1938 (Hermann Brändle)	29
Die KPÖ in Vorarlberg 1933-1938 (Gernot Egger)	44
VERFOLGUNG UND WIDERSTAND 1938-1945	69
Politische Verfolgungen der ersten Tage (Meinrad Pichler)	71
Widerstandsgruppen (Meinrad Pichler)	85
Kommunisten und wegen "kommunistischer Betätigung" Verfolgte 1938-1945 (Gernot Egger)	103
Anpassung und Widerstand: Vorarlbergs Kirche im NS-Staat (Harald Walser)	110
Die Zeugen Jehovas (Harald Walser)	127
Individuelle Opposition (Meinrad Pichler)	129
Widerstand und Widersetzlichkeit in der Wehrmacht (Meinrad Pichler)	143
Arbeitsverweigerung (Meinrad Pichler)	153
Fremdarbeiter und Kriegsgefangene (Hermann Brändle / Kurt Greussing)	161

Humanitäre Hilfe (Meinrad Pichler)	186
Rassistische Verfolgung - Juden und Zigeuner/Roma (Gernot Egger)	195
"Gemeinschaftsfremde" (Meinrad Pichler)	204
Vernichtung "lebensunwerten Lebens" (Gernot Egger)	207
Die letzten Tage des Krieges (Harald Walser)	214
Ins Freie? Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933-1945 (Gernot Egger)	234
Verfolgung und Widerstand: Eine Bilanz (Meinrad Pichler)	258
Todesopfer aus Vorarlberg	262
LEXIKON	
VERFOLGUNG UND WIDERSTAND	265
Literatur	377
Verzeichnis der schriftlichen Mitteilungen	387
Verzeichnis der Interviews und Gespräche	388
Verwendete Archive	391
Bildquellennachweise	392
Autorenverzeichnis	394
Personen- und Firmenregister	395
Ortsregister	404

Abkürzungen

ABB	Archiv des Bezirksgerichtes Bregenz
AKO	"Aktionistische Kampforganisation"
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien
BAB	Schweizerisches Bundesarchiv Bern
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BDM	Bund Deutscher Mädel
BH	Bezirkshauptmannschaft
CH	Schweiz
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DMG	Dokumentensammlung der Johann-August-Malin-Gesellschaft, Bregenz
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
GeBBl	Gefangenenbuch des Bezirksgerichts Bludenz
GeBBr	Gefangenenbuch des Bezirksgerichts Bregenz
GP	Gendarmerieposten
Hg.	Herausgeber
HJ	Hitlerjugend
HW	Heimwehr
I	Interview (vgl. Verzeichnis)
Ibk	Innsbruck
KdF	"Kraft durch Freude"
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
LGF	Landesgericht Feldkirch (während der NS-Zeit Landesgericht Feldkirch)
LGF Vr	Akten des Land(es)gerichts Feldkirch mit Vr-Nummer
LOF	Liste von Opferfürsorgeanträgen, Privatbesitz Matthias Thaler, Bregenz
LS	Liste Sicherheitsdirektion (Verzeichnis von aus politischen Gründen 1938-1945 hingerichteten und zu Tode gekommenen Personen in Vorarlberg, 21.7.1956: Nachlaß Josef Greußing / VLA)
LStad	Liste politischer Häftlinge im Stadtarchiv Dornbirn
MA	Meldeamt
MS	Manuskript

N-KZV	Namensverzeichnis des KZ-Verbandes über Hingerichtete 1938-1945 in Vorarlberg, Nachlaß Max Haller (VLA)
NNSch	Nachlaß Naumann Schachtel (VLA)
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
N.u.	Näheres unbekannt
NVT	Neue Vorarlberger Tageszeitung
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OF	Akten der Opferfürsorge (in der Vorarlberger Landesregierung)
OLG Ibk	Akten des Oberlandesgerichts Innsbruck
PolBer	Polizeibericht
Qu.	Quelle(n)
RS	Revolutionäre Sozialisten
S	Sondergericht
Sa	Sammelakten
SA	Sturmabteilung
SaEr	Sammelakten Ermittlungsrichter
Schr.M.	Schriftliche Mitteilung (vgl. Verzeichnis)
SD	Sicherheitsdienst
SDAPÖ	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs
SS	Schutzstaffel
StaBl	Stadtarchiv Bludenz
StaBr	Stadtarchiv Bregenz
StaD	Stadtarchiv Dornbirn
StaF	Staatsarchiv Freiburg/Br.
StaH	Stadtarchiv Hohenems
StaL	Stadtarchiv Lindau
TZ	Tageszeitung. Organ der KPÖ-Vorarlberg 1945 ff.
VF	Vaterländische Front
VLA	Vorarlberger Landesarchiv
VLK	Vorarlberger Landeskorrespondenz
VLSS	Vorarlberger Landtag, Stenographische Sitzungsberichte
VN	Vorarlberger Nachrichten
VT	Vorarlberger Tagblatt
VV	Vorarlberger Volksblatt
VW	Vorarlberger Wacht
VWSSt	Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, Hg. Landeswirtschaftsamt, Abteilung für Statistik. Bregenz 1945 ff.

wh.
WuVT

wohnhaft
Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945. Eine
Dokumentation. Hg. Dokumentationsarchiv des öster-
reichischen Widerstandes (DÖW). 2 Bände, Wien 1984.

Geleitwort

Die Erinnerung an den österreichischen Freiheitskampf hochzuhalten ist eine Ehrenpflicht. Es gibt kein glaubwürdiges Ja zur Selbständigkeit unseres Landes ohne ein Bekenntnis zu den Kämpfern für ein freies Österreich.

Franz Jonas

Mit diesen an das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes gerichteten Worten hat der verstorbene österreichische Bundespräsident Franz Jonas sehr präzise das Verhältnis der Republik Österreich zu den österreichischen Widerstandskämpfern charakterisiert. Wer sich glaubwürdig zu unserem Staat bekennen will, der muß auch die Leistung jener Frauen und Männer anerkennen, die unter Einsatz ihres Lebens für Österreich kämpften, als dieses von der Landkarte gelöscht war. Die österreichischen Widerstandskämpfer haben jenen "eigenen Beitrag" Österreichs zu seiner Befreiung von der NS-Herrschaft geleistet (oder zumindest zu leisten versucht), der von den drei alliierten Mächten in der Moskauer Deklaration 1943 von Österreich gefordert worden ist und auf den die österreichischen Politiker in den Staatsvertragsverhandlungen nach 1945 immer hingewiesen haben. Schließlich ist es für das Ansehen Österreichs in der Welt nicht ohne Belang, darauf verweisen zu können, daß nicht alle Österreicher Hitler und den einmarschierenden deutschen Truppen zugejubelt haben, daß es auch ein "anderes Österreich", ein kämpfendes und leidendes, gegeben hat. Die Dokumentation und Darstellung des österreichischen Widerstandes liegt also im höchsten staatspolitischen Interesse Österreichs.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes sieht seine Hauptaufgabe darin, diesen "eigenen Beitrag" zur Befreiung, den von gewissen Kreisen angezweifelten oder bagatellisierten Widerstand, nachzuweisen und in der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Dies geschieht vor allem durch die Erarbeitung von wissenschaftlichen Dokumentationen über Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern 1934–1945, von denen die Bände Wien (3 Bde., 2. Auflage 1984), Burgenland

(2. Auflage 1983), Oberösterreich (2 Bde., 1982) und Tirol (2 Bde., 1984) erschienen sind und denen 1985 Werke über Salzburg und Niederösterreich folgen.

Im Unterschied zu diesen genannten Bundesländern stieß das 1978 vom Dokumentationsarchiv begonnene Forschungsvorhaben über Widerstand und Verfolgung in Vorarlberg auf beträchtliche Schwierigkeiten: Insbesondere wurde die Einsichtnahme in die Bestände des Landesarchivs nicht gewährt, sodaß dieses Projekt vorerst zurückgestellt werden mußte.

Umso wichtiger ist die nun vorliegende Arbeit junger Vorarlberger Historiker, die vom Dokumentationsarchiv von Anfang an begrüßt und gefördert worden ist. Sie durchbricht die Mauer des Schweigens, mit der offenbar manche den antifaschistischen Widerstand in Vorarlberg umgeben wollen, und leistet einen bedeutenden Beitrag zur Aufarbeitung eines wichtigen Kapitels österreichischer Regional- und Zeitgeschichte. Die Autoren haben die vorhandenen Quellen – mit Ausnahme der gesperrten Landesarchivbestände – systematisch ausgewertet und eine dem Stand der Widerstandsforschung entsprechende Darstellung vorgelegt.

Es ist zu hoffen, daß diese seriöse wissenschaftliche Arbeit einen Anstoß dazu gibt, daß auch die offiziellen Stellen Vorarlbergs eine positivere Haltung gegenüber der Zeitgeschichteforschung einnehmen und das Quellenmaterial für wissenschaftliche Untersuchungen aufschließen. Die Kenntnis von faschistischen Verfolgungsmaßnahmen und von Widerstand und Opposition gegen Diktaturen ist gewiß auch ein Beitrag zur Entwicklung eines antifaschistischen und österreichisch-demokratischen Bewußtseins. Daher wünschen wir dem Buch "Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945" möglichst weite Verbreitung.

Wien, im Dezember 1984

Dr. Wolfgang Neugebauer
Wissenschaftlicher Leiter
des Dokumentationsarchivs
des österreichischen Widerstandes

Vorbemerkung der Autoren

Das schlechte Gedächtnis ist eine Folge des schlechten Gewissens. Jene Vergangenheit, die unbewältigt, gleicht einem ruhelosen Gespenst. Daß wir die Schlafmütze über die Augen und Ohren ziehen, hilft nichts. Die Vergangenheit muß reden, und wir müssen zuhören. Vorher werden wir und sie keine Ruhe finden.

Erich Kästner

Als wir uns im Jahre 1980 aus privatem Interesse zusammenfanden, um dem antifaschistischen Widerstand in Vorarlberg nachzuforschen, hatten wir kaum eine Vorstellung von dessen Art und Ausmaß. Wir kannten eben auch die gängigen vier bis fünf Namen, deren Erinnerung offiziell hochgehalten wird. Bald stellte sich aber heraus, daß diese landesgeschichtliche Wissenslücke kein privates, sondern ein allgemeines Defizit war, und zwar – wie wir bald erfahren mußten – ein gewolltes. Besonders die Vorarlberger Landesregierung hat nicht nur uns, sondern auch Vertreter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes wissen lassen, daß ihr an der Aufarbeitung dieses geschichtlichen Abschnittes nichts gelegen ist. Desinteresse allein hätte unsere Arbeit allerdings nicht beeinflußt, wenn uns nicht zugleich die Einsicht in die Aktenbestände des Landesarchivs für unser Forschungsgebiet verwehrt worden wäre. Begründet wird diese rigorose Archivsperr mit dem "Schutz noch lebender Personen". Daß durch das Fehlen dieser wichtigen Quelle der vorliegenden Arbeit der Stempel der Vorläufigkeit und Unvollständigkeit anhaftet, ist augenscheinlich, auch wenn wir dieses Manko durch die Bearbeitung zahlreicher anderer Archivbestände zu kompensieren versucht haben.

Die bereits vorhandene landesgeschichtliche Literatur war in weiten Teilen eher zu korrigieren denn als Grundlage der Darstellung zu gebrauchen. Und nicht zuletzt aufgrund dieser fehlenden landeshistorischen Vorleistungen ist die Verarbeitung der Vorarlberger Verhältnisse auch in bundesweiten Darstellungen sehr spärlich.

Eine weitere - sehr wesentliche - Informationsmöglichkeit bildeten schließlich die zahlreichen Interviews mit betroffenen Personen oder deren Angehörigen. Doch weniger waren es nennbare Fakten, die sich aus diesen, teilweise sehr zeitaufwendigen, Gesprächen ergaben, als eine Ahnung oder Vorstellung von der Atmosphäre, in der sich Widerstand gegen den Faschismus in diesem Lande ereignete. Zudem wurde uns dabei klar, daß die antifaschistischen Aktivitäten nach 1945 durchwegs unhonoriert blieben und daß soziale Isolation und materielle Bedürftigkeit den Alltag vieler Gesprächspartner prägen. Auch Ängste waren allenthalben abzubauen, da etliche von den ehemals Verfolgten dem neuen Frieden nicht trauen.

Aber auch andere Ängste wurden durch unsere Recherchen und unsere öffentlichen Veranstaltungen ausgelöst. Da ist nicht nur die Angst, daß etwa eine eigene NS-Mittäterschaft aufgedeckt werden könnte; da ist vielmehr auch die Angst vor einer Gefährdung des liebgewonnenen Bildes einer stets harmonischen Gesellschaft. Historische Ereignisse und Epochen, die in dieses Bild und die sich darum rankenden Legenden nicht hineinpassen, werden verdrängt oder möglichst vergessen.

Die wiederaufbauende Nachkriegsgesellschaft konnte mit den Widerständlern schon deshalb nicht viel anfangen, weil diese als lästig empfunden wurden: weil sie durch ihre bloße Anwesenheit an das Gewesene erinnerten, den neuen Frieden störten. Viele von ihnen wollten über das, was sie erlitten hatten, reden und zur Rede stellen, zudem belasteten sie die leere Staatskassa mit Wiedergutmachungsansprüchen. So empfanden es zumindest maßgebliche Stellen und Herren. Die kleinliche Praxis der Vorarlberger Landesregierung bei der Behandlung von Opferfürsorgeanträgen in den fünfziger Jahren legt davon beredtes Zeugnis ab.

In Vorarlberg entschied man sich wie andernorts auch fürs Verdrängen, für die - durchaus notwendige - Versöhnung mit den ehemaligen Nazis und damit weitgehend gegen den Widerstand. Und das ist im Hinblick auf den Wiederaufbau nicht verwunderlich, waren die ehemaligen "Parteigenossen" doch viel zahlreicher und in vielen Fällen wirtschaftlich einflußreicher als ihre ehemaligen Opfer. Die Entscheidung gegen die antifaschistischen Widerstandskämpfer wird auch daran sichtbar, daß kaum einer von ihnen nach 1945 in höhere Ämter oder zu Würden gelangte. Auch in dieser Hinsicht blieb also die Widerstandstätigkeit meist unbedankt, wiewohl sie im Hinblick auf die Moskauer Deklaration für die spätere Unabhängigkeit Österreichs von entscheidender Bedeutung gewesen war.

Wir möchten mit dieser Arbeit - vierzig Jahre nach den schrecklichen Ereignissen - einen Beitrag dazu leisten, daß den antifaschistischen Kämpfern und Opfern des NS-Regimes wenigstens "im Gedenken Gerechtigkeit widerfährt", wie es sich der Bregenzer Dr. Hermann Sinz in seinem Abschiedsbrief erhofft hatte.

Wir wollen zugleich ein Kapitel vergessener Landesgeschichte aufzeigen, in dem meist einzelne ohne institutionelle Unterstützung unter schwierigsten Bedingungen menschliche Aufrichtigkeit und demokratische Haltung zu praktizieren versuchten. Schließlich gilt es auch, die politischen Erfahrungen jener für die heutige Zeit nutzbar zu machen, die sich erst wieder in Konzentrationslagern oder nach anderen bitteren Erlebnissen zum Gespräch zusammenfanden.

"Wir lernten, daß man trotz aller Verschiedenheit der Ideologie eins sein kann in der Liebe und sich verstehen und helfen kann. Manch ein überzeugter Kommunist wurde einem Geistlichen zum Lebensretter, und wie oft saßen Geistliche mit Kommunisten stundenlang in einer Ecke zusammen und sprachen sich in echter Kameradschaft über letzte Probleme des Lebens aus. Es fielen Schranken, es taten sich Möglichkeiten zur Verständigung auf, wir lernten Hochachtung voreinander."

So zog der katholische Geistliche Reimund Schnabel (Schnabel, 1965:177) Bilanz nach mehrjähriger KZ-Haft. Solch bittere Erfahrungen könnten uns heute erspart bleiben, wenn wir uns als lernfähig erweisen.

Zum Schluß bleibt uns noch die angenehme Aufgabe, all jenen zu danken, die in irgendeiner Form das Entstehen dieser Arbeit förderten: vorab Prof. Dr. Herbert Steiner, Dr. Wolfgang Neugebauer und den Mitarbeitern im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Univ.-Prof. Dr. Gerhard Oberkofler und den anderen wissenschaftlichen Gutachtern, Birgitt Humpeler, Walter Fink und Karl Rädler von der Vorarlberger Landesbibliothek, Herrn Walter Stefani von der Opferfürsorgeabteilung der Vorarlberger Landesregierung, Herrn Emmerich Gmeiner und Ernst Hagen von der Stadt Bregenz und vor allem den zahlreichen, namentlich zum Teil nicht genannten Auskunftspersonen. Ohne ihren Beitrag wäre die Arbeit nicht zu leisten gewesen.

Auch allen Archiven, die uns ihre Bestände zugänglich machten, sei an dieser Stelle gedankt; ebenso dem Buttinger-Fonds und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Ein Forschungsauftrag, durchgeführt in den Jahren 1980-82 im Auftrag dieses Ministeriums, schuf die Materialbasis dieses Buches.

Wir sind uns bewußt, daß die Arbeit trotz ihres Umfangs un-

vollständig ist. Alle jene, deren antifaschistische Tätigkeit hier nicht gewürdigt wird, bitten wir um Nachsicht und um Information, damit eventuelle Versäumnisse zumindest in späteren Publikationen beseitigt werden.

Bregenz, im Dezember 1984

Hermann Brändle
Gernot Egger
Meinrad Pichler
Harald Waiser

Thema „Widerstand“

Die historische Forschung in Vorarlberg hat den beiden Faschismen – dem Austrofaschismus 1934–1938 und dem Nationalsozialismus 1938–1945 – bisher nur sehr beschränkte Aufmerksamkeit gewidmet. Sieht man von einigen neueren Publikationen ab, die mit Nachkriegstraditionen der landesgeschichtlichen Forschung gebrochen haben (Pichler, 1982/a; Walsler, 1983; Greussing, 1984), so ist eine historisch-sozialwissenschaftliche Befassung mit der austrofaschistischen Ära in Vorarlberg fast völlig ausgeblieben, und zum Themenkomplex Nationalsozialismus wurden lediglich zwei Schwerpunkte gesetzt: die Rolle der Kirche (Wanner, 1972) sowie die Ereignisse am Beginn und am Ende des Dritten Reiches (Schönherr, 1981; Schelling, 1980; Löffler-Bolka, 1975).

Daß Widerstand und Verfolgung unter dem austrofaschistischen System in der herkömmlichen Vorarlberger Landesgeschichte keinen Platz hatten, ist der offiziell geförderten Legendenbildung und der Verdrängung hinsichtlich des politischen Charakters dieses Systems zu danken, die schon 1945 angefangen und sich bis heute fortgesetzt haben. Der spätere Landeshauptmann Ulrich Ilg betrachtete bereits im Juli und August 1945 die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft als den ersten und einzigen Bruch in der neueren politischen Entwicklung Vorarlbergs, während er die gesamte Periode von 1918 bis 1938, somit auch die Jahre der Diktatur ab 1934, durch "ehrliche Demokratie im öffentlichen Leben" geprägt sah (Amtsblatt der Landeshauptstadt Bregenz; 1.7.1945); ihm galt die Einigkeit gegen den Naziterror als das entscheidende Kennzeichen jener Zeit von 1934 bis 1938, die – so Ilg an anderer Stelle – "in der Lahmlegung der Demokratie gewiß einen dunklen Punkt" gehabt habe (ebd., 19.8.1945). Die Gemeinsamkeit des Leidens von Christlichsozialen, Kommunisten und Sozialisten während der NS-Zeit wirkte wie ein Filter, der in der historischen Wahrnehmung den Unterschied von Verfolgern und Verfolgten in der Zeit davor, von März 1933 bis März 1938, wegtönte.

Bald verstanden die Vorarlberger Konservativen – unter der Federführung des späteren Pressereferenten der Vorarlberger Landesregierung, Dr. Hans Huebner – unter dem "Ständestaat" lediglich eine besondere Möglichkeit der Demokratie, die nur

deswegen die Probe aufs Gelingen nicht habe machen können, weil vor Beginn des ständischen Aufbaus die Nazis einmarschiert seien (VV, 27.12.1945).

Damit war die offizielle Lesart geboren. Da nimmt es kaum wunder, wenn in einem von Hauptschuldirektor Josef Bischoff verfaßten Schulbuch zur Vorarlberger Heimatgeschichte die endgültige Ausschaltung der Demokratie im Februar 1934 gar nicht erwähnt und statt dessen über den Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft allen Ernstes behauptet wird, es habe nun ein "Verbot der politischen Parteien" gegeben (Bischoff, 1982:82) - so, als ob nach der Etablierung der "Vaterländischen Front" als staatlicher Einheitsorganisation im Jahre 1934 tatsächlich noch mehrere Parteien existiert hätten.

Noch nicht einmal Gerhard Wanner vermag sich 1984 in seiner Sammlung von Dokumenten zur Vorarlberger Zeitgeschichte der "Ersten Republik 1918-1938" von jenem Bild zu lösen, das die austrofaschistische Diktatur in die Kontinuität der Ersten Republik stellt - einer Ersten Republik, die erst mit der nationalsozialistischen Machtergreifung im März 1938 zu Ende gegangen sei.

Die austrofaschistischen Machthaber jener Zeit wußten da besser als manche Historiker von heute, wo die wirkliche Zäsur zu setzen war: nämlich im Jahre 1934, als sie aus der neuen Verfassung des "Ständestaates" den Begriff der "demokratischen Republik", ja der "Republik" überhaupt, tilgten.

Damit sich niemand mehr diesem Problem einfach entziehen kann: die Erste Republik - und wir sprechen, wie es in ihrer Verfassung stand, von einer d e m o k r a t i s c h e n Republik, und von keiner anderen - diese Erste Republik endete formell 1934 und funktionell 1933. Denn bereits nach der Ausschaltung des Parlaments ab dem 4. März 1933 durch Bundeskanzler Dollfuß verfolgte das autoritäre christlichsoziale Regime politisch, ja auch religiös nonkonforme Bürger. Noch war es ein "autoritärer Staat" mit - wenn auch spürbar eingeschränkten - politischen Freiheiten, und kein faschistisches System mit Einheitspartei, Einheitsideologie, Führerkult und entmachteter Arbeiterklasse. Doch die Regierungsmaßnahmen jenes Jahres 1933 - Verbot des sozialdemokratischen "Republikanischen Schutzbundes", teilweises Streikverbot, Verbot von Aufmärschen und öffentlichen Versammlungen, Vorzensur, Verbot der Kommunistischen Partei, Wiedereinführung der Todesstrafe -, das waren die Grundsteine zur Errichtung der austrofaschistischen Diktatur nach den Februarkämpfen 1934.

Zumal in Vorarlberg ist es leicht zu erklären, weshalb die veröffentlichte Meinung und die Landesgeschichtsschreibung überwiegend den Eindruck erwecken, als seien 1933/34 keine einschneidenden Veränderungen im politischen und sozialen Leben geschehen – im Gegensatz zum März 1938. Denn in diesem Bundesland vollzog sich für die Herrschenden tatsächlich erst im März 1938 jener dramatische Bruch – mit "Schutzhaft", "Gauverbot", Vernichtung der materiellen Existenz –, der bis heute die Optik der historischen Wahrnehmung bestimmt. Durch die Maßnahmen nach dem Februar 1934 hingegen wurde "nur" die linke Arbeiterbewegung des Landes entmachteter, während die Machtpositionen der herrschenden Landeselite nicht nur unverändert blieben, sondern sogar noch zementiert wurden.

Die vorliegende Untersuchung behandelt deshalb nicht nur Verfolgung und Widerstand während der NS-Zeit, sondern auch die Entwicklung ab dem Jahre 1933.

Vorarlberg lag damals keineswegs im Windschatten der bundespolitischen Ereignisse. Zwar verlief der Februar 1934, im Unterschied zu anderen Industriezentren, hierzulande infolge des schwachen "Republikanischen Schutzbundes", der sozialdemokratischen Wehrorganisation, unblutig. Doch der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Otto Ender hatte sich spätestens am 1. Mai 1933 in seiner Rankweiler Erklärung zu einem prononcierten Fürsprecher eines autoritären Kurses, ja einer eigenen österreichischen Version des Faschismus gemacht (siehe Kapitel "Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten 1933-1938").

Der Austrofaschismus bedeutete für Sozialdemokraten und Kommunisten, daß ihre gewerkschaftliche und politische Betätigung in der Regel mit Haftstrafen geahndet wurde, daß ihre offiziellen Partei-, Kultur- und Sportorganisationen zerschlagen waren und daß manche ihr früher legales und jetzt illegales Engagement mit dem Verlust der materiellen Existenz bezahlen mußten. Im Kampf gegen Parlamentarismus, Parteienstaat und eine unabhängige Arbeiterbewegung verfolgten Austrofaschismus und Nationalsozialismus die gleichen Ziele.

Was sie jedoch vor allem unterschied, war die nationalsozialistische Ideologie der Unterdrückung bis hin zur physischen Vernichtung aller jener Menschen, die sich der staatlichen Normierung nicht fügten. Dem Austrofaschismus setzte die christliche Tradition, aus der er kam, jene entscheidende Schranke, über die sich der Nationalsozialismus geradezu programmatisch hinwegsetzte: daß es ein Naturrecht zwar nicht auf Freiheit, wohl aber auf Leben gebe. Innerhalb dieses naturrechtlichen Denkens

besteht zwar ein staatlicher Verfolgungsanspruch, der auch mit der Todesstrafe verwirklicht werden kann – die Austrofaschisten haben dies nicht zuletzt mit den Hinrichtungen nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 demonstriert. Doch gibt es grundsätzlich keinen Vernichtungsanspruch gegenüber – "rassisch", politisch oder sozial – "lebensunwertem" Leben. Das markiert, neben wesentlichen anderen Faktoren (vgl. Tálos, 1984), die entscheidende Grenze zwischen Austrofaschismus und Nationalsozialismus.

In der Behandlung des Nationalsozialismus haben sich die Vorarlberger Historiker geringere Beschränkungen auferlegt als in der Analyse des Austrofaschismus – den wenigstens Bilgeri in seiner Geschichte der Stadt Bregenz als Schrittmacher des Nationalsozialismus identifiziert (Bilgeri, 1980:570); doch scheinen in der landesgeschichtlichen Literatur über die NS-Zeit im wesentlichen nur Widerständler und Verfolgte auf, die dem christlichsozialen Lager zugerechnet werden können. Angehörige anderer Lager – Kommunisten und Sozialdemokraten – und die "einfachen Leute" generell blieben weitestgehend unerwähnt. Ihr Schicksal wurde genauso wenig beachtet wie jenes der vielen Tausend Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen, der meisten rassistisch Verfolgten, der Antimilitaristen: verdrängt, vergessen.

Diese Verdrängung ist nur ein Teil des viel umfassenderen Prozesses, der die nationalsozialistische Herrschaft und ihre Auswirkungen zu einer über das Land hereingebrochenen Naturkatastrophe umgeformt hat (Pichler, 1982/b). Der Logik einer Wahrnehmung von Katastrophen entspricht es, daß nur ihr Anbrechen und ihr Ende im Gedächtnis haften bleiben. Genau das ist die Sicht, mit der sich die Vorarlberger Landesgeschichtsschreibung bisher dem Nationalsozialismus genähert hat. Ein bodenständiger Anteil am Funktionieren des NS-Systems hat in einer solchen Perspektive keinen Platz. Nur wenige (etwa Welts, o.J.) haben die kritische Distanz gehabt zu erkennen und zu schreiben, daß sich die nationalsozialistische Ideologie auch in alemannischen Köpfen festgesetzt und daß der deutsche Faschismus hierzulande – nicht zuletzt wirtschaftlich – mächtige einheimische Förderer und Unterstützer gefunden hat.

Über die Bedingungen, unter denen dieses System rund sieben Jahre im Vorarlberger Alltag bürokratisch funktionieren konnte, ist überhaupt völliges Stillschweigen bewahrt worden. Denn hätte man sich dem alltäglichen Faschismus zugewandt, und nicht nur den dramatischen Akten des Beginns und des Endes, dann hätte auch die alltägliche Verfolgung zur Sprache kommen müssen, die

nun beim besten Willen nicht Landesfremden zuzuschreiben ist: Der reihenweise Abtransport von Fremdarbeitern in Konzentrationslager, die zahllosen Verhaftungen aufgrund von Denunziationen, die Vernichtung "rassisch" oder sozial "lebensunwerten Lebens" - alles das geschah unter Mitwirkung oder auf Initiative einheimischer Handlanger des NS-Systems.

Selbst noch in der Erinnerung an die Todesopfer wirkt der Mechanismus der Ausgrenzung landeseigener Mittäterschaft. Denn die wenigen, die im öffentlichen Gedächtnis geblieben sind, erhielten ihren Platz nicht nur deswegen, weil sie prominenter waren, sondern weil ihre Verfolgung überregionalen NS-Instanzen zugeschrieben werden konnte. In vielen anderen - und wohl auch darum konsequent verdrängten - Fällen wäre das nicht möglich gewesen. So aber läßt der Prozeß der Entlastung und Verdrängung den Nationalsozialismus lediglich als ein von außen kommendes Unglück erscheinen. "Die gebürtigen Vorarlberger Nationalsozialisten waren zuerst Vorarlberger und erst in zweiter Linie Nationalsozialisten" (Schönherr, 1981:114) - das ist die handliche Formel, auf die sich solches Bewußtsein bringen läßt. Nämlich man diese der Weißwäsche dienende Behauptung beim Wort, so wären angesichts des wirklichen historischen Sachverhalts die Vorarlberger an und für sich zur Verfolgung und Vernichtung von Menschen fähig gewesen, ohne daß sie des nationalsozialistischen Weltbilds bedurft hätten.

Es kann nur der Objektivierung der Vorarlberger Zeitgeschichtsforschung dienen, wenn in der Behandlung des Nationalsozialismus ein Wechsel der Perspektive vorgenommen wird: hin zu jenen Menschen, die den Nationalsozialisten Widerstand geleistet oder sich Maßnahmen des Systems widersetzt haben. Das Ergebnis eines solchen Perspektivenwechsels ist das Bild von Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern, deren erstes Merkmal nicht ihr "Vorarlbergertum", sondern ihr Mut und ihre Menschlichkeit war.

Der Begriff "Widerstand" ist in der historischen Fachdiskussion nicht unumstritten. Die Geschichtsforschung ist vor das Problem gestellt, daß ihre Quellen überwiegend jene Behördenakten sind, die die Verfolgung abweichenden Verhaltens durch den faschistischen Staat dokumentieren. Die Intensität der Verfolgung und der Bestrafung war oft unabhängig vom Motiv dieses Verhaltens. Ein Deserteur etwa wurde unter dem Nationalsozialismus zum Tode verurteilt völlig unabhängig davon, ob er aus "privaten" Gründen oder aus grundsätzlicher Kritik am System nicht mehr einrücken wollte. Und wenn in den Akten schon von Motiven des Verhaltens die Rede ist, dann muß kritische historische Forschung prinzipiell

unterstellen, daß die Motiverklärung unter dem Druck der Verfolgung nicht realitätsgerecht oder gar falsch gewesen ist.

Wenn unter Widerstand ein bewußtes Handeln verstanden wird, das zur Veränderung oder zur Beseitigung eines faschistischen Systems beitragen will, dann ist es im Rückblick also meist sehr schwierig, ein solches Bewußtsein eindeutig zu identifizieren. Aus dieser Not darf aber auch nicht die vermeintliche Tugend werden, daß jegliches Handeln, das in einem faschistischen System störend wirkt, als Widerstand bezeichnet wird. Denn eine solche inflationäre Verwendung des Widerstandsbegriffs würde jenen Menschen nicht gerecht, die sich im Bewußtsein der ihnen drohenden Gefahr dem totalitären Regime entzogen oder sich ihm aktiv widersetzt haben.

Wie schwierig eine Zuordnung systemfeindlichen Handelns werden kann, sei nochmals am Beispiel eines Deserteurs demonstriert: Er mag aus sehr persönlichen und damit im herkömmlichen Sinn unpolitischen Gründen die Wehrmacht verlassen haben. Mit dieser Entscheidung kann dann das Motiv gewachsen sein, sich dem physischen und psychischen Druck des faschistischen Militärbetriebs grundsätzlich zu entziehen. In weiterer Folge könnte sich wegen der Verfolgung durch das Regime eine politisch motivierte Feindschaft gegen das gesamte System entwickelt haben, die bis zum Anschluß an eine bewaffnete Widerstandsbewegung führt.

Eine solche Dynamik systemfeindlichen Verhaltens, die über verschiedene, sozialwissenschaftlich nur schwer definierbare Stufen der Opposition gegen das Regime verläuft, ist gerade auch in Vorarlberg für die meisten Gegner und Opfer des NS-Systems typisch. Den "Widerstandskämpfer", der immer und überall - und für den Historiker problemlos identifizierbar - gegen Maßnahmen des Regimes auftrat oder sie zu hintertreiben versuchte, gab es wohl nur selten.

Wenn es mit der Motivforschung schon solche Schwierigkeiten gibt, liegt es nahe, das Terrain zu wechseln und sich auf objektiv Feststellbares zu beschränken - nämlich auf die Gesamtheit der Maßnahmen und Kräfte, die sich dem Totalitätsanspruch des faschistischen Staates entzogen und ihm entgegengewirkt haben. Zu ihrer Kennzeichnung ist in der deutschen Widerstandsforschung der Begriff der "Resistenz" eingeführt worden (vgl. Broszat u.a. I, 1977). Dieser Begriff bezeichnet alle jene Bereiche, in denen sich der nationalsozialistische Herrschaftsanspruch politisch und praktisch nicht durchsetzen konnte. Ein so breitgefaßter Oberbegriff hat den Vorteil, den in sämtliche Lebensbereiche eingreifenden Machtanspruch speziell des NS-Regimes zu

demonstrieren und gleichzeitig die weitgefächerten Reaktionen aufzuzeigen, die ein solcher Machtanspruch hervorbrachte: Totalitäre Herrschaft provozierte totale, das heißt umfassende Resistenz.

Dem Resistenz-Begriff wurde zu Recht entgegengehalten, er sei gefährlich, weil er eine "potentielle Gleichsetzung von Formen schlichter Anpassungsverweigerung mit auf Systemveränderung oder -vernichtung zielendem Verhalten" (Holzer, 1982:341) vornehme - das heißt: weil gleich bewertet werde, daß zum Beispiel jemand unbezahlte Überstunden aus Unlust zur Mehrarbeit oder aus Ablehnung des "Winterhilfswerks" verweigert hat. Das eine wäre im Sinne Holzers Anpassungsverweigerung, das andere auf Systemveränderung zielendes Verhalten. Entlang solcher Grenzfälle läßt sich offenbar trefflich streiten.

In der sozialen Wirklichkeit totalitärer Systeme ist nicht der idealtypische Fall, sondern eine Mischung verschiedener Motiv- und Handlungselemente das Normale. Um zu demonstrieren, wie schwierig eine begriffliche Einordnung ist, soll ein konkreter Fall erwähnt werden, der sich 1943 in Bregenz ereignet hat, Einzig objektivierbar ist hier folgender Sachverhalt: Französische Fremdarbeiter hißten aus Anlaß ihres Nationalfeiertages eine Fahne und gingen nicht zur Arbeit, worauf sie verhaftet wurden. War dies nun bloßes abweichendes Verhalten, nämlich individuelle Arbeitsunlust? War es bewußte Widersetzlichkeit angesichts ausbeuterischer Arbeitsbedingungen? War es Arbeitsverweigerung aus nationalistischem Sentiment, dem keine prinzipielle Gegnerschaft zum Nationalsozialismus als politischem System entsprach? War es Widerstand als bewußte Handlung gegen ein faschistisches Regime? Eine eindeutige Antwort gibt es nicht. Bei den Mitgliedern dieser Fremdarbeitergruppe mögen ganz unterschiedliche Motive gewirkt und bei jedem einzelnen Arbeiter können sich Anteile aus allen diesen Motiven noch einmal vermengt haben. Das einzig Gemeinsame und einzig "Objektive" dieser Motive ist die wesentliche, ihnen zugrunde liegende Ursache: die ausbeuterische Arbeitssituation und die Heimatferne, denen diese Menschen durch das NS-System ausgesetzt waren.

Dennoch muß es für die Geschichtsschreibung Möglichkeiten geben, unterschiedliche Formen sozialen Verhaltens unter den Herrschaftsbedingungen totalitärer Systeme, speziell des Nationalsozialismus, zu bestimmen. Gerhard Botz unterscheidet in diesem Sinne nach dem den einzelnen Widerstandsformen zugrundeliegenden Bewußtsein und ihren Zielen drei Bereiche:

1. Politischer Widerstand oder Widerstand im engeren Sinne (Flugblatt- und Malaktionen, Bombenanschläge, Attentate,

Putschversuche, organisierte Streiks, Unterschriftenaktionen, Hirtenbriefe, Nachrichtenübermittlung, Konspiration, Sabotage, Partisanentätigkeit).

2. Sozialer Protest (bloßes Kontakthalten, Hilfsaktionen, Arbeitsbummelei, Gehorsamsverweigerung, Denkschriften, Predigten, Führerwitze, Regimekritik, spontane Streiks, Amtsniederlegungen, Emigration, demonstrative Kirchenbesuche, Verweigerung des Hitlergrußes, Gerüchte-Verbreiten, Schwarzhören, Umgang mit regimefeindlichen Gruppen).
3. Abweichendes Verhalten (Schwarzschlachten, Absentismus, Desertion, Selbstmord, Randalieren von Jugendlichen, "unpolitische" Kriminalität).

"In allen drei Abstufungen liegt regime-nonkonformes Verhalten vor, zumindest ein Sich-Entziehen den Herrschaftsansprüchen und Wertvorstellungen des Diktaturregimes. Dieses Sich-Entziehen wird gerade infolge des Totalitätsanspruchs der Diktatur auch dann, wenn es nicht auf die Veränderung der Machtverteilung abzielt, als systemstörend oder -widrig aufgefaßt und verfolgt werden" (Botz, 1983:146).

Der Botzschen Differenzierung von Oppositionsformen ist grundsätzlich zuzustimmen, wengleich im einzelnen über die Zuordnung von systemwidrigen Handlungen gestritten werden mag. Warum soll eine Unterschriftenaktion "politischer Widerstand" sein, eine Predigt hingegen nur "sozialer Protest"? Warum Desertion lediglich "abweichendes Verhalten", eine womöglich aus einer Jugendlaune geborene Malaktion aber "politischer Widerstand"? Auch hier sind die Zuordnungen einzelner Handlungsformen fraglich.

In der vorliegenden Untersuchung gehen die Autoren von einer nicht immer ganz scharf gegeneinander abgegrenzten Begriffstria Widerstand - Widersetzlichkeit - Verfolgung aus.

Unter "Widerstand" werden alle Handlungen verstanden, die sich bewußt gegen das faschistische System richten und auf dessen Abschaffung zielen. Dabei ist klar, daß politisches Bewußtsein nur schwer eindeutig identifizierbar ist.

"Widersetzlichkeit" ist Handeln gegen einzelne Normen, die für das faschistische System typisch sind, oder gegen politischen, ökonomischen und sozialen Druck, der durch das System bedingt ist. Dazu gehört die Nichtbeachtung von ausländerdiskriminierenden Maßnahmen im Nationalsozialismus genauso wie der spontane Anspruch auf freie politische Rede im Gasthaus während des Austrofaschismus. Widersetzlichkeit ist also meist situationsgebunden, oft spontan und von sehr unterschiedlicher politischer Intensität und Reichweite.

Ein Begriff, der sowohl Widerstand als auch Widersetzlichkeit, mithin systemfeindliche Handlungen und Haltungen generell umfaßt und der auch in diesem Buch verwendet wird, ist "Opposition".

Ein besonderes Problem stellt sich der österreichischen Zeitgeschichtsforschung für die Ära 1933/34 bis 1938 hinsichtlich der illegalen Nationalsozialisten. Haben sie - so die vereinfachte Frage - Widerstand gegen den christlichsozialen Austrofaschismus geleistet?

In ihrem subjektiven Bewußtsein sahen sich viele österreichische Nationalsozialisten von Mitte 1933 bis März 1938 als Widerständler - sicher nicht gegen eine österreichische Version des Faschismus, aber immerhin gegen die Diktatur der "Klerikalen". Daß ihrem Handeln nicht die Qualität von Widerstand beigegeben werden kann, ist damit zu begründen, daß ihr politisches Ziel nicht nur nicht die Herstellung demokratischerer Verhältnisse oder eines unabhängigen Österreich, sondern die Etablierung eines viel brutaleren faschistischen Systems war. Die konventionelle Widerstandsforschung hat sich die Auseinandersetzung mit dem Stellenwert der illegalen Nationalsozialisten im Austrofaschismus aber sicher zu leicht gemacht, wenn sie diesen den Oppositionscharakter ihres Handelns grundsätzlich abspricht (hierzu Holzer, 1982:347f.). In der Tat verhielten sich illegale Nationalsozialisten unter den Bedingungen des Austrofaschismus oft widersetzlich. Eine sozialwissenschaftlich orientierte Widerstandsforschung sollte deshalb auch nach den Bedingungen fragen, unter denen im Austrofaschismus Menschen ins nationalsozialistische Lager gedrängt wurden (vgl. Walser, 1983).

Während im Austrofaschismus im wesentlichen nur politische Widersetzlichkeit und aktiver Widerstand verfolgt wurden, war der Herrschafts- und Vernichtungsanspruch des nationalsozialistischen Regimes umfassender. Hier reagierte das System in vielen Fällen bereits auf bloßes - wirkliches oder vermeintliches - Anderssein mit Strafe oder Vernichtung: auf ein früheres politisches Bekenntnis, auf Religion oder "Rasse". Während heute, und zum Teil auch damals, die Verfolgung bloßen "Andersseins" - das heißt die Verfolgung von Juden (auch wenn sie schon längst konvertiert waren), Zigeunern, psychisch Kranken, Altersschwachen usw. - überwiegend abgelehnt wird, ist die bis zur Vernichtung gehende Ahndung von "Vergehen" im Bereich der Arbeits- oder Sexualmoral bis heute zumindest stillschweigend akzeptiert. Vorarlbergerinnen, die einen Fremdarbeiter liebten, Männer, deren Homosexualität bekannt war, Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich dem wachsenden Leistungsdruck nicht fügten, "Asoziale", die sich überhaupt

den Normen bürgerlichen Lebens entzogen – sie alle scheinen als Verfolgte nicht nur damals, sondern auch heute einen Anspruch auf Mit-Leid verwirkt zu haben. Lediglich dort, wo Menschen zum passiven Objekt der Verfolgung wurden und diese Verfolgung irrational erscheint, konnten die Opfer damals und heute auf Sympathie hoffen: Männer, die wegen ihres früheren politischen Engagements drangsaliert wurden; "rassisch" Verfolgte; Kirchenleute. Am wenigsten durften und dürfen aber diejenigen mit der Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus rechnen, die aufgrund von "Delikten", die auch in nichtfaschistischen Systemen bestraft worden wären, in eine brutale Verfolgungsmaschinerie gerieten. Die in keinem Verhältnis zur Tat stehende Bestrafung – auch sie gehört in die Kategorie der faschistischen Verfolgung – soll jedoch genauso erwähnt sein wie das Leid aller anderen Verfolgten.

Das ist das traurige Ergebnis dieser Einleitung: daß man über solche Fälle überhaupt reden muß. Offenbar bestimmt die Optik von damals die "Aufarbeitung" von heute. Dies zu ändern ist ein Anliegen dieses Buches.

Gernot Egger
Meinrad Pichler
Harald Walser

**Verfolgung und Widerstand
1933—1938**

Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten 1933—1938

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) konnte bei Landtags- und Nationalratswahlen im Vorarlberg der Ersten Republik stets um die 20 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen verbuchen. Bei den Nationalratswahlen 1927 und den Landtagswahlen 1928 erzielte die Partei mit 22,3 beziehungsweise 21,3 Prozent der Stimmen sogar ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis. Dem stand jedoch ein schwerer Einbruch bei den Landtagswahlen 1932 gegenüber: Die SDAP erreichte mit lediglich 15,6 Prozent das schlechteste Ergebnis der Ersten Republik. Die rapide Abwärtsentwicklung der Vorarlberger Sozialdemokratie in den drei Jahren zwischen 1929 und 1932 ist auch an der Mitgliederbewegung abzulesen: Die Partei verlor in diesem Zeitraum fast ein Drittel ihrer Mitglieder; 1929 waren es noch 3.158 gewesen – eine Zahl über dem Durchschnitt der Ersten Republik –, 1932 zählte die Partei nur mehr 2.216 Mitglieder. 1933 waren es wahrscheinlich noch weniger (Dreier, 1984:189).

Hier ist nicht der Raum, die Ursachen dieser Entwicklung zu erörtern. Fest steht aber, daß die Vorarlberger sozialdemokratische Bewegung bereits erheblich geschwächt war, als die konservativen Landes- und Bundesbehörden nach der Auflösung des Parlaments am 4. März 1933 mit einer ganzen Reihe repressiver Maßnahmen für die SDAP und ihre Nebenorganisationen einen Zustand der "Vorillegalität" herstellten.

Bereits vor dem März 1933 waren Organisationen der linken Arbeiterbewegung auch in Vorarlberg immer wieder behördlichen Einschränkungen und Zwangsmaßnahmen unterworfen worden. Am gravierendsten waren in diesem Zusammenhang wohl Abschiebeaktionen, von denen Arbeitslose – darunter besonders auch politisch aktive Linke – ohne Heimatrecht in Vorarlberg betroffen waren (VW, 26.1.1933; vgl. auch Kapitel "Die KPÖ in Vorarlberg 1933–1938"). Nach dem März 1933 wurden solche Zwangsmaßnahmen verschärft und systematisiert: Verbot öffentlicher Versammlungen und Aufmärsche, Verbot des Republikanischen Schutzbundes sowie der Kommunistischen Partei, beschränktes Streikverbot, Durchsuchungen von Parteiheimen, Konsumgebäuden und Privatwohnungen (VW, 18.3.1933, 3.5.1933).

Sonderausgabe Gratis!

Vorarlberger Wacht

Dornbirn, Samstag, 1. April 1933

Der Republik. Schutzbund aufgelöst. Große Demonstrationen in Wien.

Wien, 31. März. (Eigenbericht.) Bundeskanzler Dollfuß hat heute den Republikanischen Schutzbund in ganz Oesterreich aufgelöst. Diese Auflösung führte in Wien zu einer starken Erregung unter der Arbeiterschaft. In den Abendstunden kam es zu großen Demonstrationen, Hunderttausende demonstrierten gegen die Regierung. Abgesehen von einigen Verhaftungen sind Zwischenfälle nicht vorgekommen.

Die Wiener Heimwehr ebenfalls aufgelöst.

Wien, 31. März. (Eigenbericht.) Bürgermeister Seitz hat in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann des Landes Wien die Auflösung der Wiener Heimwehr verfügt.

Die Auflösung des Schutzbundes in Vorarlberg vollzogen.

Dornbirn, 31. März. In den Nachmittagsstunden des heutigen Tages erschienen Gendarmeriebeamte im hiesigen Arbeiterheim und teilten mit, daß sie beauftragt seien, die Schutzbundheime zu schließen. Gen. Linder als Landesleiter teilte den Herren mit, daß es Schutzbundheime in Vorarlberg überhaupt nicht gebe und der Schutzbund in Erwartung der Auflösung bereits vorige Woche seine Auflösung vollzogen habe, sodaß es zur Zeit weder ein Eigentum noch Funktionäre des Schutzbundes gebe. Die Gendarmeriebeamten nahmen diese Mitteilung zur Kenntnis und machten noch aufmerksam, daß das weitere Tragen von Schutzbunduniformen verboten sei.



Die Meldung von der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes kommt nicht überraschend, da diese schon seit Tagen immer wieder angekündigt wurde. Bei rechtlich denkenden Menschen wird diese einseitige Auflösung kaum Befriedigung finden, man wird sich fragen, warum nicht auch alle übrigen privaten Formationen aufgelöst wurden. Die Antwort auf diese Frage ist freilich nicht schwer zu finden!

Umsomehr muß man es begrüßen, daß Gen. Seitz als Landeshauptmann von Wien die Auflösung der Wiener Heimwehr verfügt hat. Man wird freilich abwarten müssen, ob nicht etwa gegen den Willen des Landes Wien die Bundesregierung einem Rekurse der Wiener Heimwehr Folge geben und dadurch ihre einseitige Stellungnahme neuerlich dokumentieren wird.

31. März 1933: Der "Republikanische Schutzbund", die sozialdemokratische Wehrorganisation, wird durch die Regierung formell aufgelöst. Die konservativen Wehrverbände bleiben bestehen.

Die Behörden gingen dabei zunächst gegen die Sozialdemokraten schärfer vor als gegen die Nationalsozialisten. Während zum Beispiel der Bludener Bezirkshauptmann Terlag eine für den 1. April 1933 einberufene Versammlung des sozialdemokratischen Wählervereins untersagte, genehmigte er im Mai 1933 anstandslos eine Gedenkfeier der Bludener NSDAP für den 1923 hingerichteten Nationalsozialisten Albert Leo Schlageter (StaBl 7/16). Und während Heimwehraufmärsche ohne Probleme stattfinden konnten (VW, 13.4.1933), mußten auch in Vorarlberg die Sozialdemokraten den 1. Mai 1933 ohne den traditionellen Aufmarsch feiern; sie durften – wie in Bregenz – lediglich als "Spaziergänger" unter Begleitung schwerbewaffneter Gendarmerie auftreten; in Bludenz wurden vier jüngere Sozialdemokraten mit je drei Tagen Arrest bestraft, weil sie an jenem 1. Mai mit Trommeln und Pfeifen durch die Stadt gezogen waren (vgl. VW, 23.5.1933). Schließlich wurde auch der Vertrieb sozialdemokratischer Zeitungen massiv behindert. Da die SDAP vor allem unter den Arbeitslosen neue Mitglieder



Aufmarschverbot am 1. Mai 1933: Illegaler Umzug von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend Bludenz (1.v.l. Josef Schubert, 4.v.l. Willi Schubert, 5.v.l. Emil Schmidmayr, 6.v.l. Franz Dellamaria).

zu werben vermochte (VW, 24.8.1933), reagierte die Bregenzer Bezirkshauptmannschaft im September 1933 mit einem Verbot des Zeitschriftenvertriebs vor Arbeitsämtern und Auszahlungsstellen (VW, 9.9.1933).

"Heute haben die Austromarxisten Demut genug..."

Die schwache Vorarlberger Sozialdemokratie konnte sich schon im Frühjahr 1933 keine Illusionen mehr über den Charakter jenes Regimes machen, das sich nach der Ausschaltung des Parlaments durch eine Flut von Notverordnungen und Zwangsmaßnahmen zu etablieren begann. Auch in Vorarlberg deklarierten führende konservative Politiker, zum Beispiel Landeshauptmann Dr. Otto Ender, eindeutig die Absichten des Regimes; sie betrachteten in öffentlichen Erklärungen das autoritäre Regime Dollfuß als Wende vom parlamentarischen Parteienstaat zum "Ständestaat". In seiner Rankweiler Rede zum 1. Mai 1933 erklärte Ender, nachdem er den Parlamentarismus "in seiner heutigen Form" als überlebt bezeichnet hatte:

"Was gesund ist am Hitlertum, wollen wir aufgreifen und soweit auch verwirklichen, als es für unsere Vorarlberger und für unsere österreichischen Verhältnisse paßt. Ein nationalsozialistischer Redner hat kürzlich den Bundeskanzler Dr. Dollfuß verspottet: er sei ein Imitator Hitlers. Der Mann hat nicht gemerkt, wie er damit Hitler verspottete. Er hat nicht daran gedacht, daß es vor Hitler einen Mussolini gab und daß Mussolini ein Italiener von Blut und Sprache ist. Möge unser Dr. Dollfuß ein guter Imitator guter Vorbilder sein. ... Wenn heute endlich die Zeit gekommen ist, wo das Volk verdorbenen Parlamentarismus und leere Strohdrescherei satt hat, dann ist eben der Tag, um unseren Parlamentarismus umzubauen. Nicht die Schreier haben recht, die das unwürdige Spiel im Bundesrat noch fortsetzen wollen, sondern Dollfuß hat recht, der das Parlament reformieren will. Alles ruft heute nach Autorität, nach Führung. Das ist gut so, Liberalismus und Marxismus haben uns Autoritätslosigkeit genug beschert. Jetzt kommt die katholische Auffassung wieder zur Geltung, der das Autoritätsprinzip wesenseigen ist. Dollfuß zieht die Konsequenzen und führt und entfaltet Autorität; die psychotisch Kranken bei uns klatschen Beifall, wenn Hitler die Peitsche schwingt, und kreischen und toben, wenn Dollfuß nur die Zügel strammer zieht. Eine nationale Erhebung geht durch Deutschland und alles erkennt ihren Wert. Dollfuß ruft Oesterreich zu nationa-

lem Neubau unseres katholischen Oesterreich und wir wollen seinem Rufe folgen" (VV, 2.5.1933).

Aus solchen Worten sprach neben dem Bekenntnis zu einer österreichischen Version des Faschismus das klare Bewußtsein, daß die Machtfrage im Staat bereits zugunsten der konservativen Kräfte entschieden war. Selbst unter der Perspektive eines Kampfes gegen den Nationalsozialismus hatte das christlichsoziale "Vorarlberger Volksblatt" zu jener Zeit für die Sozialdemokratie nur mehr Spott übrig: "Einst galt die österreichische Sozialdemokratie als das Musterbild aller Sozialdemokratien in Europa und heute haben die Austromarxisten Demut genug, fast jeden Tag den Christlichsozialen ein Bündnis anzubieten, um den gemeinsamen Feind, den Nationalsozialismus, zurückzudrängen" (VV, 29.4.1933). Angesichts einer solchen politischen Haltung, die auch für den Großteil der Christlichsozialen im übrigen Österreich typisch war, kam die bewaffnete Niederschlagung eines möglichen Bündnispartners gegen den Nationalsozialismus im Februar 1934 nicht überraschend.

Die Sozialdemokraten mochten sich noch Hoffnungen auf die Wiedereinführung demokratischer Verhältnisse machen – für führende Konservative war schon vor dem 12. Februar 1934 der Weg in die Diktatur klar vorgezeichnet. Landeshauptmann Ender am 8. Februar 1934 auf der Tagung des Landesbauernbundes in Dornbirn:

"Uns ist die schwere Aufgabe geworden, den schwierigen Umbildungsprozeß (vom Parteien- zum Ständestaat; Anm. d. Verf.) mittätig mitzumachen, mit allen Leiden mitzuerleben. Der Übergang zum Ständestaat wird autoritär, ja fast diktatorisch sein müssen. Diese Erkenntnis wird allgemein und die verantwortlichen Männer im Reich beseelt dieser Gedanke. ... Wenn wir nun durch eine Zeit des Überganges, durch eine Zeit stärkster Autorität, ja fast Diktatur gehen müssen, dann hat es noch nie eine Zeit gegeben, wo man so sehr dem Willen des Führers gehorchen muß. Dieser unser Führer ist Bundeskanzler Dr. Dollfuß" (VV, 9.2.1934).

Die völlig in die Defensive gedrängte Vorarlberger Sozialdemokratie hat sich zu dieser Zeit – am Beginn des Jahres 1934 – sicher nicht mehr als Herausforderung des konservativen Regimes empfunden. Unter den führenden Sozialdemokraten rechnete darum auch niemand mit einem völligen Verbot der Partei. Die Verhaftungen am 12. Februar 1934 – dem Beginn der viertägigen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischem Republikanischem Schutzbund und den bewaffneten Kräften des Dollfuß-Regimes – kamen für die meisten Sozialdemokraten völlig überraschend; Keiner der führenden Funktionäre konnte sich der Ver-

haftung durch Flucht entziehen, die Geldmittel von Vereinen und Ortsorganisationen fielen den Behörden bis auf wenige Ausnahmen in die Hände. Für den Bezirk Bregenz ist eine Abrechnung der beschlagnahmten Gelder aufgelöster sozialdemokratischer Vereine erhalten geblieben: Insgesamt wurden hier 34.255,67 öS eingezogen – eine für damalige Verhältnisse sehr ansehnliche Summe (LGF Vr 198/38).

Der Februar 1934 in Vorarlberg (1)

Im Gegensatz zu anderen österreichischen Industriezentren kam es in Vorarlberg am 12. Februar 1934 und in den Folgetagen zu keinen bewaffneten Auseinandersetzungen. Auch das Standrecht wurde hier nicht verhängt. Führende Sozialdemokraten waren noch am Nachmittag des 12. Februar in "Vorbeugehaft" genommen worden – 13 allein im Bezirk Bregenz: Fritz Stadler (Lauterach), Eugen Bauer (Lauterach), Fritz Preiß (Bregenz-Vorkloster), August Schwärzler (Bregenz-Vorkloster), Franz Madlener (Bregenz), Heinrich Winkler (Bregenz), Johann Mayer sen. (Bregenz), Johann Mayer jun. (Bregenz), Josef Greußing (Bregenz), Johann Draxler (Bregenz), Josef Peter (Bregenz), Josef Flatz (Hard) und Eugen Hermann (Hard) (VLA, BH Bregenz C-280/1934, 17.2.1934).

In Bludenz wurden Otto Siegl, Karl Rosenblattl, Wilhelm Sieß, Siegfried Maschler und Karl Fagschlunger verhaftet und ins Gefangenenhaus überführt (GeBB1 36ff./1934). Nach einer späteren Darstellung von Anton Linder wurden in Dornbirn und Feldkirch weitere elf Funktionäre festgenommen (Bericht A. Linder, DÖW o. Nr.).

Diese Verhaftungen, von denen auch Landespartei sekretär Anton Linder (Dornbirn) betroffen war, beraubten die Partei ihrer Führung. Sie machten auch den Schutzbund aktionsunfähig. Diese in Vorarlberg zahlenmäßig schwache und schlecht bewaffnete Formation wäre allerdings zu einer militärischen Auseinandersetzung mit den Einheiten der Exekutive und der Heimwehr nicht imstande gewesen. Der Vorarlberger Schutzbund erfüllte jetzt aber nicht einmal die Funktion, die ihm im militärischen Konzept der zentralen Schutzbundführung zugeschrieben war: nämlich durch Sabotageakte Militär und Gendarmerie in Vorarlberg zu binden und die Verlegung von Truppen in ein kämpfendes Ostösterreich zu verhindern. Der Schutzbundmajor Alexander Eifler aus Wien hatte dieses Konzept noch am 23. Juni 1933 vor Vorarlberger

Schutzbündlern bei einer Versammlung in Bludenz vertreten (I: Zoller F.).

In eine besonders prekäre Situation geriet Landespartei sekretär Anton Linder. Sein Verhalten nach der Verhaftung zeigt über die persönliche Tragik hinaus das Dilemma von Parteifunktionären, die sich Arbeiterpolitik nur im Rahmen der traditionellen Institutionen vorstellen konnten. Für sie war das Ende der Partei identisch mit dem Ende der Arbeiterbewegung – und gerade sie hingen der Hoffnung nach, es könnten auch unter den Bedingungen des autoritären Staates neue Formen der Vertretung von Arbeiterinteressen gefunden werden.

Fortl.Nr. 81

E I N L A D U N G

für Gen. Zoller Franz

in B L U D E N Z .

zu dem am Freitag, den 23. Juni abends 19 Uhr 30 im Arbeiterheim, mokry auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes stattfindenden Vortrag des Gen. Eifler aus Wien.
Diese Einladung ist mitzubringen.

Der Einberufer:

Franz M a t e j k a .

Einladung der Bludener SDAP zu einem Vortrag des Stabschefs des "Republikanischen Schutzbundes", Alexander Eifler, am 23. Juni 1933.

Linder hatte sich noch im August 1933, als im Vorarlberger Landtag das Ruhen der beiden NSDAP-Mandate zur Debatte stand, eine Aberkennung der sozialdemokratischen Mandate im Verordnungsweg nicht vorstellen können (VLSS 1932/33, 6. Sitzung am 2.8.1933, S. 183). Nach seiner Verhaftung am 12. Februar 1934 gab Linder – wahrscheinlich zusammen mit dem ebenfalls verhafteten Landespartei vorsitzenden Wilhelm Sieß – eine schriftliche Loyalitätserklärung gegenüber dem Regime und ein Bekenntnis "zur neuen Staatsordnung Oesterreichs" ab (VLA, BH Bregenz C-280/1934, 13.2.1934).

Wie Linder in einem späteren Bericht schrieb, wurde er anschließend enthaftet, dann aber wieder festgenommen. Mit der Begründung, er könne das Schicksal seiner verhafteten Genossen erleichtern, bewogen ihn die Vertreter der Landesregierung zur Abgabe zweier weiterer Erklärungen, die am 20. Februar und am 24. Februar 1934 in der inzwischen gleichgeschalteten "Vorarlberger Wacht", dem früheren Parteiorgan, erschienen. In diesen Aufrufen mahnte Linder die Arbeiter zur Besonnenheit und forderte sie zur Abgabe von Waffen auf. Offenbar sah Linder zum Zeitpunkt der Abfassung seiner Aufrufe noch die Chance, trotz der Ausschaltung autonomer Arbeiterorganisationen zu einem Arrangement mit dem Regime zu kommen: "Sowie es möglich war, euer Blatt, die 'Vorarlberger Wacht', nun wieder erscheinen zu lassen, so wird es auch möglich werden, in neuen, wahrscheinlich ständischen Formen die Interessen der Arbeiter und Angestellten unseres Landes wahrzunehmen" (VW, 24.2.1934).

Zu dieser optimistischen Einschätzung scheint Linder nach einem Aufenthalt in Innsbruck gelangt zu sein, der ihm von den Behörden am 17. Februar 1934 ermöglicht wurde. In Innsbruck fanden Besprechungen über ein Wiedererscheinen ehemaliger sozialdemokratischer Zeitungen, darunter der "Vorarlberger Wacht", statt. Tiroler Sozialdemokraten war die Neuzulassung ihres früheren Parteiorgans "Volkszeitung" unter der Bedingung zugesagt worden, daß das Blatt sich auf eine sachliche Kritik am Ständestaat beschränke und sich im übrigen auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus orientiere (Bericht A. Linder, DÖW o. Nr.).

Linders Hoffnungen wurden von der Landesregierung und dem Sicherheitsdirektor enttäuscht. Man versuchte, ihm ständig weitergehende Zugeständnisse abzurufen. "Dann aber (habe ich) mich aufgerafft und nach Rücksprache mit meiner Tochter mich entschlossen Schluß zu machen und lieber das bittere aber ehrliche Brot der Emigration zu suchen als mich von den anderen durch Erpressungen und Mandate mißbrauchen zu lassen. ... Am 23. Februar nachmittags habe ich illegal die österreichische Grenze überschritten. ... Mein erster Gang auf Schweizer Boden führte mich auf das Postamt. Ich habe an den Druckereileiter (der 'Vorarlberger Wacht'; Anm. d. Verf.) nach Innsbruck telegraphiert, daß der Aufruf nicht erscheinen darf und ich meine Unterschrift zurückziehe" - so Anton Linder in seinem späteren Bericht (DÖW, o. Nr.). Diese Aufforderung wurde allerdings nicht erfüllt, der Aufruf erschien (VW, 24.2.1934).

Linder wurde zunächst von den Schweizer Behörden nach Frank-

reich abgeschoben. Im Juni 1934 erhielt er dann nach der Hinterlegung einer Kautions eine Aufenthaltsbewilligung für Zürich und die Anerkennung als politischer Flüchtling. Erst im Herbst 1945 kehrte Linder nach Vorarlberg zurück. Er wurde Landessekretär des ÖGB Vorarlberg und nach der Wiedererrichtung der Arbeiterkammer im Juni 1946 deren erster Präsident (Röder/Strauss, 1980).

Die illegale Arbeit der "Revolutionären Sozialisten" (RS)

Schon vor dem Februar 1934 gab es in der Vorarlberger Sozialdemokratie angesichts der zunehmenden Faschisierung politische Differenzen zwischen jüngeren, meist aus der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Arbeiterturnbewegung kommenden Aktivisten und den etablierten Funktionären. Für die jüngeren Sozialdemokraten lag die Antwort auf die wachsende Repression nicht in Kompromißbereitschaft und Anpassung, sondern in einer stärkeren sozialistischen Profilierung der Organisation – auch mit der Perspektive einer politischen Arbeit in der Illegalität. Diese Linksentwicklung war zu jener Zeit in ganz Österreich feststellbar (Pelinka, 1981:5–51). Für einige war die Konsequenz nach dem 12. Februar 1934 der Übertritt zur KPÖ (vgl. Kapitel "Die KPÖ in Vorarlberg 1933–1938"). Für die meisten jedoch blieben die in der Zeit der Legalität geschaffenen politischen und persönlichen Beziehungen die Basis für die illegale Organisation als "Revolutionäre Sozialisten".

Ihnen, denen das Ende der legalen Institutionen nicht auch das Ende von Arbeiterbewegung bedeutete, brachten folglich Linders Aufrufe in der gleichgeschalteten "Vorarlberger Wacht" eine besondere Enttäuschung. Dies schuf – wie aus der illegalen Zeitschrift Vorarlberger Sozialdemokraten, "Der Kämpfer", hervorgeht (Kämpfer Nr. 4, Mai 1934) – einen tiefen Bruch zwischen einem Teil der jüngeren Illegalen und dem emigrierten Anton Linder. Als ehemals führender Parteifunktionär versorgte Linder vom Schweizer Exil aus das Auslandsbüro der österreichischen Sozialisten in Brünn regelmäßig mit Berichten über die Lage in Vorarlberg, die er durch das Fehlen jeder nennenswerten sozialistischen Untergrundtätigkeit gekennzeichnet sah (DÖW 10.774, Briefe vom 24.6.1935 und 20.11.1935).

In Wirklichkeit hatte sich schon bald nach dem Februar 1934 ein Netz von illegalen sozialdemokratischen Aktivisten herausgebildet, das aus sogenannten Dreier-Verbindungen bestand. Die Organisation, bei deren landesweitem Aufbau Josef Greußing (Bre-



Josef Greußing, führender Aktivist der "Revolutionären Sozialisten" Vorarlbergs.

genz), Hans Wahsel (Bregenz), Alois Hammer (Lustenau), Franz Zoller (Bludenz) sowie andere, vor allem auch Eisenbahner, eine Rolle spielten, basierte auf langjährigen persönlichen Kontakten durch die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Arbeiterjugend und in den Arbeiterturnvereinen. Im Gegensatz zur illegalen KPÖ hatten die sozialdemokratischen Illegalen nicht die Absicht, durch Mitgliederwerbung zu expandieren. Sie versuchten lediglich, auch in der Illegalität die bereits geschaffenen politischen Beziehungen zu stabilisieren. Das bewirkte, daß der Kreis der Aktivisten relativ klein blieb - er dürfte, Endabnehmer von Publikationen nicht gerechnet, an die 50 Personen umfaßt haben (Greussing, 1978:350). Andererseits war eine solche Organisation für Unterwanderung, Bespitzelung und Verrat wesentlich weniger anfällig als etwa die rasch sich ausdehnende illegale KPÖ. Den Behörden gelang es auch nach Verhaftungen von illegalen Sozialdemokraten nie, weitere Verbindungsleute aufzudecken.

Die wichtigste Aktivität der illegal arbeitenden Sozialdemokraten Vorarlbergs, die sich - wie im übrigen Österreich - ab 1935 als "Revolutionäre Sozialisten" bezeichneten, waren Streuaktionen sowie der Vertrieb von Zeitschriften und Broschüren. Besonders wichtig war die in Brünn und schließlich in Paris gedruckte illegale "Arbeiter-Zeitung", die durch Eisenbahner über die Schweiz oder auf der Arlbergstrecke ins Land geschmuggelt wurde.

Im Mai und Juni 1934 gaben Sozialdemokraten aus dem Vorarlberger Unterland eine eigene Zeitschrift heraus, die in St. Gallen gedruckt und über die Grenze geschmuggelt wurde. Das auch in der Schweiz illegale Unternehmen war durch die Unterstützung des Redakteurs der sozialdemokratischen St. Galler "Volksstimme", Franz Schmidt (vgl. Vorarlberger Volkswille, 2.5.1947), sowie durch die Duldung des St. Galler Polizeidirektors Valentin Keel möglich geworden (Greussing, 1978:352); Keel wurde später wegen seines mutigen Eintretens gegen die offizielle restriktive Flüchtlingspolitik der Schweiz heftig angefeindet (vgl. Kapitel "Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933-1945"). Diese Wochenschrift, "Der Kämpfer", die mit einer Auflage zwischen 300 und 500 Stück erschien (Greussing, 1982:133f.), führte in den ersten beiden Nummern den Untertitel "Sozialdemokratisches Kampfblatt für die westlichen Alpenländer Österreichs", ab der dritten Nummer den Untertitel "Sozialistisches Kampfblatt...". Die achte Nummer wurde von den Schweizer Behörden beschlagnahmt; anschließend wurde die Zeitschrift aufgrund der immer schwieriger werdenden Vertriebs- und Finanzprobleme eingestellt.

Der Krieg hat begonnen

und Mussolini ist der Anstifter.

Sein Krieg in Afrika ist nur das Vorspiel zu einem neuen fürchterlichen Weltkrieg.

Der Massennord von 1914—1918 wird wiederholt und übertroffen werden.

Die Männer werden wieder sterben, die Frauen wieder verzweifeln und die Kinder wieder verhungern müssen.

Es wird ein Krieg der grenzenlosen Vernichtung von Menschenleben und Werten sein, der seine Schrecken gleichermaßen über die Front und das Hinterland verbreiten wird. Gastod und Feuersbrünste, Krankheit und Siechtum werden ihn begleiten; Millionen Tote und Krüppel in jedem Land werden das Ergebnis sein.

Ist der letzte Krieg schon ganz vergessen?

Stellt sich niemand gegen das drohende Vernichtungswerk?

Kann niemand das teuflische Beginnen aufhalten?

Es gibt auf der ganzen Welt nur einen Weg, den Krieg zu verhindern: Der Sturz der kapitalistischen Regierungen. Denn der Krieg ist der unvermeidliche Zusammenprall der großen Kapitalsinteressen, die im Kampf um die Beherrschung und Ausbeutung der Welt die Völker immer wieder gegeneinander in den Krieg hetzen werden. Gegen den Krieg gibt es nur ein Mittel: Die sozialistische Revolution.

Wo die Herrschaft der Kapitalsinteressen die brutale Form der faschistischen Diktatur angenommen hat, treten die Kriegshetzer heute ganz offen und unverschämt auf.

Zuerst führt der Faschismus den Krieg gegen das eigene Volk, dann den Krieg der Völker untereinander.

Mussolini ist vorangegangen, Hitler wird ihm folgen.

Unfähig, seine großen Versprechungen zu erfüllen, greift der Faschismus zu seinem letzten Mittel, zum Krieg. Der Raubzug auf Abessinien ist nicht bloß die Wahnsinnstat eines einzelnen; er ist das unvermeidliche Ergebnis der faschistischen Politik.

Von allen Seiten versucht der Faschismus, Österreich für seine Kriegszwecke auszunützen.

In sklavischer Abhängigkeit von Mussolini hat die Diktatur Schuschnigg-Starhemberg Österreich zu einem Spielball in den Händen des italienischen Faschismus gemacht. Die hündische österreichische Presse heult im Chor mit der italienischen wieder einmal

Flugblatt der "Revolutionären Sozialisten" gegen den Abessinienfeldzug Mussolinis, im Jänner 1936 in Dornbirn, Feldkirch und

die faulen Schlagworte von den »gerechten Ansprüchen« und dem »Platz an der Sonne«, mit denen die Völker 1914 verlockt und betört wurden.

Alles Lüge, alles Betrug!

Österreicher!

Aus dem Dunkel der Illegalität und der Verfolgungen rufen Euch die Revolutionären Sozialisten in schicksalsschwerer Stunde.

Österreich ist heute nur ein Anhängsel des krieglerischen Italiens. Wenn das österreichische Volk nicht Kanonenfutter und Schacherobjekt imperialistischer Interessen sein soll, dann muß es los von Italien. Das kann nur erreicht werden durch den Sturz der schwarzen und grünweißen Faschisten im eigenen Land, denn sie sind die Söldlinge Mussolinis.

Nach dem Willen der Nazi soll Österreich morgen ein Anhängsel Hitler-Deutschlands werden. Statt für Mussolini sollt Ihr für den Schutzherrn des blutgierigen deutschen Kapitals sterben. Denn als Werkzeug der profithungrigen deutschen Kapitalisten treibt der Hitler-Faschismus ebenso heftig zum Krieg wie der italienische.

Heute Mussolini, morgen Hitler, beide womöglich Arm in Arm.

Zwischen den beiden Mächten, in deren Gefolgschaft unser Land verbluten und verderben muß, gibt es für das österreichische Volk nur die Parole:

Kampf gegen jeden Faschismus!

Unabhängigkeit gegenüber Deutschland und Italien, das heißt,

Sturz des klerikofaschistischen Regimes und

Abwehrkampf gegen die Nazi!

Nur auf diese Weise kann sich das österreichische Volk in dem nahen europäischen Krieg seine Handlungsfreiheit sichern.

Schart Euch um die Kämpfer der illegalen Arbeiterbewegung!

Jedes mutige Wort gegen den eigenen Faschismus ist ein Wort für den Frieden!

Jede Aktion gegen das herrschende Regime ist eine Aktion für den Frieden!

Jeder Widerstand gegen die Kriegshilfe für Italien und gegen die Kriegsvorbereitungen im eigenen Land ist eine Tat für den Frieden!

Zu diesem Kampf rufen Euch die

Revolutionären Sozialisten.

Altenstadt gestreut: "Mussolini ist vorangegangen, Hitler wird ihm folgen."

An eigenen Publikationen der Vorarlberger Illegalen kursierte noch ein hektografiertes "Mitteilungsblatt der Revolutionären Sozialisten R.S. Vorarlbergs", das in den Behördenakten für den Raum Feldkirch in den Jahren 1935 und 1937 belegt ist (DÖW 4020/6; VLA, Schachtel "Kommunistische Akten", BH Feldkirch III-1842/1935). Anfänglich waren in Vorarlberg auch noch ausländische Zeitungen, zum Beispiel die in Arbon erscheinende "Thurgauer Arbeiterzeitung", frei erhältlich, die über die Februar-Ereignisse berichteten und auch führende österreichische Sozialdemokraten, etwa Otto Bauer, zu Wort kommen ließen. Die Behörden hatten bald ein Augenmerk auf derartige Publikationen und beschlagnahmten sie (VLA, BH Bregenz C-907, 16.2.1934).

Das zweite wesentliche Mittel der illegalen sozialistischen Propaganda war die Verbreitung von Flugblättern und kleinen Streuzetteln. Aus den Behördenakten ist die erste Streuaktion schon für die den Februar-Kämpfen folgende Woche belegbar. In Vorarlberger Orten tauchten Flugzettel auf, die mit "Arbeiter-Kampf-front" gezeichnet waren und in denen zum Kampf gegen das christlichsoziale Regime aufgerufen wurde (Brändle, 1982:145f.; DÖW 126.756). Bis in den Sommer 1934 hinein wurden im Stempel-druckverfahren hergestellte Flugblätter ausgestreut; später kamen vor allem die in ganz Österreich verbreiteten kleinen roten Streuzettel und die gedruckten Flugblätter der Revolutionären Sozialisten zum Einsatz. Bis Dezember 1937 sind kontinuierlich Streuaktionen, die alle größeren Orte des Rheintals und des Walgaus einbezogen, nachweisbar (DÖW RS 1934-1938; DÖW 4028 b/27; LGF Vr 30/36, 357/36, 422/36, 119/37, 145/37, 873/37; VLA, Schachtel "Kommunistische Akten", BH Bludenz II-609/1934, BH Bregenz C-1420/1934, BH Feldkirch III-51/1936 und III-220/1937).

Die Aktionen der Vorarlberger Revolutionären Sozialisten führten nur zu wenigen Verhaftungen und anschließenden Prozessen. Der Feldkircher Sozialist Franz Mellich - nach 1945 SP-Bundesrat - wurde im Oktober 1936 verhaftet und zu einer später ausgesetzten Arreststrafe von acht Wochen verurteilt, weil er - unter offenem Absender! - an Radio Moskau mit der Bitte um Zustellung des Programms geschrieben hatte. Mellich verlor dadurch seine Stelle als Vertreter der Wiener Städtischen Versicherung (VLA, Schachtel "Kommunistische Akten", BH Feldkirch III-2810/1936). In unmittelbarem Zusammenhang mit illegaler Tätigkeit wurde am 9.2.1936 der Hohenemser Sozialist Jakob Hefel festgenommen. Er hatte Exemplare der verbotenen "Arbeiter-Zeitung" aus der Schweiz eingeschmuggelt. Außerdem fand man bei ihm einen Brief der Brünner Redaktion der AZ. Hefel wurde von der Bezirkshauptmann-

schaft Feldkirch am 12.2.1936 zu sechs Wochen Arrest verurteilt (DÖW o. Nr., Bericht des Sicherheitsdirektors für das Land Vorarlberg vom 10. und 18.2.1936). Adalreich Nagel aus Höchst, der beim Schmuggel illegalen Materials aus der Schweiz - ebenso wie Alois Hammer aus Lustenau - eine wichtige Rolle spielte, kam 1936 längere Zeit in "Anhaltehaft" (GeBBr 437/36, 836/36).

Nach einer Streuaktion in der Bregenzer Kirchstraße vom 19. auf den 20. September 1937 wurde schließlich Josef Greußing festgenommen, nachdem er von zwei Jugendlichen denunziert worden war. Nach Verbüßung einer sechswöchigen Arreststrafe in Bregenz wurde gegen ihn ein Hochverratsprozeß vor dem Landesgericht Feldkirch angestrengt, der aber mit einem Freispruch aus Mangel an Beweisen endete. Greußing war insgesamt vom 7. Oktober 1937 bis zum 4. Februar 1938 in Haft (LGF Vr 873/37).

Zweifellos wurde unter dem zunehmenden Druck des nationalsozialistischen Deutschen Reichs auf das österreichische Regime die Verfolgung der illegalen Arbeiteropposition vermindert. Für den kurzen Zeitraum vom Februar 1938 bis zum Einmarsch deutscher Truppen am 12. März 1938 bestand für die Revolutionären Sozialisten - wie auch für die Kommunisten - eine Art "Halblegalität" (Egger, 1984:269f.). Mit der Etablierung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft endete aber auch in Vorarlberg die organisierte Tätigkeit der Revolutionären Sozialisten.

Anmerkung

- 1) Die im folgenden zitierten Akten des Vorarlberger Landesarchivs unterliegen zur Zeit der Archivsperre. Vor einigen Jahren waren sie jedoch noch zugänglich; ich zitiere daher aus einem unveröffentlichten Manuskript von Kurt Greussing aus jener Zeit.

Hermann Brändle

Die KPÖ in Vorarlberg 1933—1938

Ein kurzer Abriß in der "Parteitagsbeilage" zur "Tageszeitung", dem Organ der KPÖ Vorarlbergs, zum ersten Parteitag der Vorarlberger Organisation im Jahre 1946 (TZ, 17.10.1946) beschreibt die Entstehung der Partei in Vorarlberg wie folgt: "Bis zum Jahre 1931 bestand die kommunistische Partei in Vorarlberg nur aus einigen lose zusammenhängenden Gruppen, die zwar recht rege innere Bildungsarbeit betrieben, die auch Kontakt mit anderen Bundesländern und der Leitung in Wien hatten und deren Stärkegruppe die Zelle 'Eisenbahn' war, die aber viel zu schwach und zu unerfahren war, um Aktionen größeren Rahmens, wie sie einer politischen Partei zustehen, auszuführen." Ein Aufschwung habe sich erst 1931 durch die intensive politische Tätigkeit Ferdinand Nansens eingestellt (TZ, 17.10.1946; vgl. auch Dreier, 1984: 212ff.).

Erst 1932 fühlte sich die Partei stark genug, einen eigenen Maiaufzug durchzuführen. Die "Vorarlberger Wacht" schrieb dazu in der Ausgabe vom 3. Mai 1932: "Neu in Vorarlberg war auch, daß die Kommunisten einen Maiaufzug in Bregenz veranstalteten. Trotz eines Aufgebots aus dem ganzen Lande und aus dem benachbarten Ausland nahmen an dem Umzug der Kommunisten keine 150 Personen teil."

Richard Kolar wird in der zitierten Parteitagsbeilage als Landesleiter und Mitglied des erweiterten Zentralkomitees bezeichnet. Bei Gottfried Heinzle aus Klaus wurden im Mai 1934 Beitrittsformulare zur KPÖ sichergestellt; sie stammten zweifellos noch aus der legalen Zeit und trugen einen Stempelaufdruck der Ortsgruppe Dornbirn der KP Vorarlbergs (LGF Vr 463/34). Neben Bregenz und Dornbirn dürfte Bludenz – bedingt allein schon durch die hohe Zahl der dort ansässigen Eisenbahner – ein Zentrum der Aktivität der Vorarlberger Kommunisten gewesen sein.

Deutlicher noch als in der oben zitierten Selbstdarstellung wird die Einflußlosigkeit der KPÖ in Vorarlberg, wenn man die Wahlergebnisse betrachtet. Bei ihrer ersten Kandidatur in Vorarlberg zu den Nationalratswahlen, gleichzeitig Landtagswahlen, am 17. Oktober 1923 erhielt die KPÖ gerade 115 Stimmen (VV, 23.10.1923, S. 2f.). Bei der letzten Wahl zum Nationalrat in der Ersten Republik am 9. November 1930 betrug die Stimmenzahl

immer noch nicht mehr als 153 (VV, 10.11.1930, S. 4). Bei der Landtagswahl am 6. November 1932 erreichte die KPÖ in Vorarlberg 2.615 Stimmen, das waren mehr als drei Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen (VV, 7.11.1932; VW, 8.11.1932). Ein solches Ergebnis und vor allem ein derart rapides Ansteigen des Stimmenanteils innerhalb von zwei Jahren setzt wohl die Existenz einer einigermaßen funktionierenden Organisation voraus. Die "Vorarlberger Wacht" wollte gar einen Teil der 5.727 ungültigen Stimmen dem Einfluß der KPÖ zuschreiben (VW, 8.11.1932, S. 2). In Bregenz erhielt die SDAP 1.478 und die KP 561 Stimmen, in Bludenz 1.204 beziehungsweise 199.

Als die wohl spektakulärste Aktion der Vorarlberger Kommunisten in der Ersten Republik können die Arbeitslosendemonstrationen in Bregenz und Bludenz am 2. und 14. Jänner 1933 gelten. An der Demonstration in Bregenz beteiligten sich 500 Personen (Chronik des Landesgendarmeriekommandos, 2.1.1933), in Bludenz 400. Auffällig ist die maßvolle Haltung, wie sie in den Forderungen zum Ausdruck kommt, und die Koordination mit ähnlichen Aktionen im übrigen Österreich (West, 1978:72). An der Organisation der Demonstration in Bregenz haben wahrscheinlich Lindauer Kommunisten mitgewirkt (StaL 93/13; I: Thaler M.).

Vom Verbot der KPÖ bis zum Februar 1934 (1)

Die relativen Erfolge bei der Landtagswahl im November 1932 und die Arbeitslosendemonstrationen im Jänner 1933 zeigen eine deutliche Zunahme des Einflusses der KPÖ zu einer Zeit, da die Sozialisten Verluste und Unsicherheit in den eigenen Reihen hinnehmen mußten. Diese Zunahme ist auch Ausdruck der Radikalisierung eines Teils der Arbeiterschaft wegen des unverständlichen Zögerns der SDAP-Führung angesichts der zunehmenden Faschisierung. Allerdings blieb der Einfluß der KPÖ meist auf Randschichten beschränkt. Der Anteil von Arbeitern aus anderen Bundesländern dürfte in der KPÖ noch größer als in der SDAP gewesen sein.

Neben dem wahrscheinlichen Verlust des Arbeitsplatzes und sonstigen Repressionen beim Bekanntwerden der Zugehörigkeit zur KP kam für diesen Personenkreis noch die drohende Abschiebung aus Vorarlberg dazu – eine häufig praktizierte "Lösung". Dies geht auch aus einer Eintragung in der Chronik des Gendarmeriepostens Gaschurn vom April 1933 hervor (Chronik des GP Gaschurn, 9.2.-30.4.1933, "Vorführung kommunistischer Elemente zur Schub-

behandlung"). Danach wurden 84 Personen, darunter die Führer der Ortsgruppe Partenen der KPÖ, abgeschoben.

Auch in einem Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung zur "Bekämpfung des Bettlerunwesens" ist von "kommunistischer Werbetätigkeit" als Grund für die Abschiebung die Rede (Wanner, 1978:71). Dabei ist allerdings zu beachten, daß mit dem Attribut "kommunistisch" nicht unbedingt eine bewußte politische Haltung oder die Zugehörigkeit zur KPÖ bezeichnet wurde, sondern eine radikale Grundhaltung, wie sie anschaulich in einem Bericht des Bludener Herbergsvaters zum Ausdruck kommt:

"99% der Herbergsucher und die Schubhäftlinge zur Gänze lassen ihre kommunistische Gesinnung genau erkennen, sogar noch 16-17jährige Burschen. Die Schubhäftlinge äussern sich vielmals, man erziehe sie direkt zum Kommunismus, aber dass sie durch den Kommunismus nie verlieren, sondern nur gewinnen können. ... Wenn sie nun im Hunger ein Essen betteln, setzen sie sich der Gefahr der Bestrafung aus. Weiters sagen alle Herbergsucher, dass sie bei der früheren Herbergsverpflegung nicht gezwungen waren zu betteln, aber die jetzige täglich nur einmalige Verpflegung sei nur zum Hungerleiden. ... In den Schubarresten bringen dann alle ihre kommunistische Gesinnung durch die wütesten Redensarten offen zum Ausdruck und erwähne ich hier eine Äusserung eines Schubhäftlings, namens Wilhelm Petermichl...: 'I war sonst net Kommunist, aber jetzt bin is, denn wie man mit unsereinem umgeht, ist schon unmenschlich und kann man nichts anderes werden als Kommunist. Am 24. Dezember (hl. Abend) dazu an meinem Geburtstag, ging ich mir ein Essen betteln, weil ich Hunger hatte. ... Gleich erwischte mich ein Gendarm und verhaftete mich. Bei Gericht habe ich 48 Stunden Arrest ausgefasst, von der Bezirkshauptmannschaft Bludenz 5 Jahre Landesverweis und Schub. Jetzt gehe ich aber nicht mehr betteln, sondern stehlen. ... Das Jahr 1937 bringt unsere Freiheit. Dann werden die hohen Herren anstatt in Hotels und Kaffeehäusern zu schlemmen, in Gefängnissen und Kerkern schmachten. Wir werden dann bei den Gugglöchern der Kerker hineinschauen...'. Der Schubhäftling Johann Heel aus Imst sagte darauf, indem er die Gewehrstellung einnahm: 'I möcht halt so dreinknallen.'" (StaBl 7/11).

Wie auch für die anderen oppositionellen Kräfte änderte sich die Situation für die KPÖ einerseits durch die Installierung einer nationalsozialistischen Diktatur im benachbarten Deutschland in der Folge des 30. Jänner 1933, andererseits durch die Ausschaltung des österreichischen Parlaments einschneidend. Die Zeit der

relativ freien Beweglichkeit oppositioneller Kräfte in der parlamentarischen Demokratie war nun vorbei. Am 10. Mai 1933 verfügte der Landeshauptmann die Einrichtung einer Dienststelle der Staatspolizei beim Amt der Vorarlberger Landesregierung; deren Geschäfte gingen mit 26. Juni 1933 auf den Sicherheitsdirektor über (Chronik des GP Bregenz, 10.5.1933).

Bereits im April 1933 wurden sozialistische und kommunistische Flugblätter in Bregenz, Langen, Vorkloster, Kennelbach, Hard und Alberschwende behördlich registriert (BH Bregenz 1933/C/1327, VLA). Auf Anordnung des Bundeskanzleramtes vom 2. Mai 1933 fanden in Bregenz, Hard und Lauterach Haussuchungen bei insgesamt 25 Personen statt; sechs Personen wurden wegen des Besitzes von verbotenen Zeitschriften und Broschüren verhaftet. Haussuchungen, allerdings ohne Verhaftungen, fanden auch in Dornbirn, Feldkirch, Lustenau und Hohenems statt (BH Bregenz 1933/C/2732, VLA). So konnte das Verbot am 26. Mai 1933 für die KPÖ keinen allzugroßen Einschnitt bedeuten, hatte sie sich doch vorher schon bestenfalls in einem Zustand der "Halblegalität" befunden.

Jetzt wurden allerdings auch mündliche Äußerungen, die Sympathien mit dem Kommunismus erkennen ließen, unter Strafe gestellt: Eine Feldkircher Arbeiterin wurde mit drei Tagen Arrest bestraft, weil sie einen Nationalsozialisten mit "Heil Moskau" begrüßt hatte (VLA, Schachtel "Kommunistische Akten", BH Feldkirch III-2062/1933).

Auch die Verbreitung der "Roten Fahne", des Zentralorgans der KPÖ, wurde bestraft. Einige Exemplare dieser Zeitung wurden am 5. Oktober 1933 bei Straßenarbeitern in Lochau (Pfänderstraße) beschlagnahmt (BH Bregenz 1933/C/2338). Am 16. Juni 1933 wurde die Polizei in Bludenz aufgefordert, jedes weitere Vorkommen von kommunistischer Zeitschriftenagitation der politischen Behörde zu melden (StaBl 7/11).

Die KPÖ nach dem 12. Februar 1934

Nach dem 12. Februar 1934 wurde das Strafausmaß für politische Betätigung allgemein hochgeschraubt. Als erster Vorarlberger Kommunist bekam dies Anton Köstenberger zu spüren. Er war Mitglied der Delegation gewesen, die anlässlich der Arbeitslosendemonstration am 2. Jänner 1933 in Bregenz beim Landeshauptmann vorgelassen wurde (VW, 5.1.33, S. 1). Am 18. Juli 1933 war er wegen "ärgerniserregenden Verhaltens" zu 48 Stunden Arrest, vor-

her schon, am 11. Mai 1933, wegen Tragens einer verbotenen Waffe verurteilt worden. Am 5. März 1934 erhielt er sechs Monate Arrest und wurde mit Bescheid des Sicherheitsdirektors für Vorarlberg vom 6. März 1934 zum Aufenthalt in einem Anhaltelager "verhalten". In der Begründung hieß es: "Im Zuge des von der B.H. gegen Anton Köstenberger durchgeführten Strafverfahrens wurde einwandfrei festgestellt, daß er auch heute noch in verbotswidriger Weise für die kommunistische Partei Österreichs tätig ist..." (DÖW o.Nr. 1934). Trotz Berufung wurde Anton Köstenberger erst am 25. Oktober 1934 bedingt aus dem Anhaltelager entlassen. Allem Anschein nach wurde er dann aus Vorarlberg "ausgeschafft" (TZ, 17.10.1946).

Im März und im April 1934 wurde in Vorarlberg eine Reihe von Flugblättern sichergestellt. Die Zuordnung zur KPÖ ist nicht in allen Fällen eindeutig. Es könnte sich auch um Streuaktionen von Sozialisten gehandelt haben. Am 20. März 1934 wurden in Kennelbach Flugblätter mit dem Text "Wir haben eine Schlacht verloren. Den Krieg aber werden wir gewinnen. Arbeiter, rüestet zum neuen Kampf. Lest marxistische Bücher..." gefunden. Am 25. März stand auf einem in Bregenz sichergestellten Flugblatt: "Volk, kämpfe mit uns für die marxistische Gesellschaftsordnung", am 5. April: "Wir lassen uns nicht unterkriegen und rufen auf zum Trutz. Es lebe die Freiheit, es lebe die Diktatur des Proletariats...". Flugblätter über die Hinrichtung Münchreiters wurden am 14. April in Bregenz und Vorkloster gefunden. Ende April wurde in Bregenz und Kennelbach ein Maiaufruf verbreitet, von dem allein in Bregenz 80 Stück sichergestellt wurden (alle Zitate BH Bregenz 1934/C/1420, VLA). Flugblattaktionen der KP sind für den 9. und 10. Juni in Vorkloster belegt - die Kommunisten Max Horaschek und Johann Sevegnani mußten am nächsten Tag die Flugblätter auflesen (BH Bregenz 1934/C/1420, VLA), für den 28. Juni wieder in Feldkirch und Altenstadt (VLA, Schachtel "Kommunistische Akten", BH Feldkirch III-562/1934), ebenso für den 26. und 27. Mai in Dornbirn; auf letzteren - es handelt sich um Agitation gegen die regierungstreue Einheitsgewerkschaft - taucht der Begriff der "Einheitsfront der Werktätigen" auf (DÖW 4094/44).

Das erste für uns faßbare Gerichtsurteil gegen illegale Kommunisten wurde wegen Verbreitung der "Roten Fahne" ausgesprochen (LGF Vr 408/34). Josef Gächter, Lino Gabrielli, Alois und Ferdinand Scheidbach erhielten Arreststrafen von einem bis drei Monaten, weil sie vor dem 1. Mai 1934 das Zentralorgan der KPÖ, die "Rote Fahne", in kleinem Kreise verbreitet hatten.

Bei Gottfried Heinzele aus Klaus, der mit den oben Genannten in Verbindung stand, wurden bei einer Haussuchung neben Beitritts-erklärungen zur KPÖ und zur "Roten Hilfe" auch Flugzettel und ein Exemplar der Zeitschrift "Rote Wahrheit" gefunden. Diese Zeitschrift erschien in Winterthur, vermutlich unter maßgeblicher Mitarbeit österreichischer Kommunisten. Heinzele konnte nachgewiesen werden, daß er sich diese und andere Zeitschriften in der Schweiz beschafft hatte. Er wurde mit zwei Monaten Arrest bestraft (LGF Vr 463/34).

Mai-Festausgabe

17. Jahrgang, Nr. 7, Preis 10 Groschen

Proletarier aller Länder vereint euch!

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Gesamte Leser! Denke daran, daß diese Zeitung hinter dein Rücken von hundert Spürhunden des Faschismus geschleift und brennend wird. Lies sie autoritär durch! Gib sie weiter an Deine Arbeitskollegen! Arbeite mit durch Korrespondenzen, die Du Dir bekannte Kommunisten überläßt!

Wien, 1. Mai 1934

Nieder mit der faschistischen Henkerregierung!
Es lebe Sowjetösterreich!

Auf die Straße am 1. Mai

Gegen die Diktatur des Galgens und des Hungers! Für ein Sowjet-Österreich!

Verbreitung unter Strafe gestellt: Ausgabe der "Roten Fahne", des Zentralorgans der illegalen KPÖ, zum 1. Mai 1934.

Am 31. Juli 1934 wurde Simon Altendorfer aus Feldkirch denunziert, er habe kommunistische Flugschriften in seinem Hause. Tatsächlich fand man bei ihm vier Exemplare der "Roten Fahne" (Juli 1934), aber auch eine "Arbeiterzeitung" vom 30. April 1934, außerdem eine Flugschrift "Der freie Arbeiter", ein Organ der Zentralkommission für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften (WAK) (Hindels, 1976:72f.; West, 1978:35). Altendorfer hatte die Zeitschriften von Franz Hepberger erhalten. Aus dem Akt geht die Dauer der politischen Haft nicht hervor; sie begann am 24. August, nach dem Abschluß der Untersuchungshaft und der Einstellung des Gerichtsverfahrens (LGF Vr 703/34).

Daß die Vorarlberger Kommunisten Verbindungen zur Zentrale der KPÖ hatten, zeigt auch die Sicherstellung eines als

Wäschesendung deklarierten Paketes für Frieda Tschohl aus Bludenz am 13. August 1934. Es enthielt Rundschreiben zur Durchführung des 12. Parteitags der KPÖ, der Ende September stattfand (West, 1978:90ff.). An die Ortsgruppen und Zellen erging der Auftrag, Delegierte zu Konferenzen der Gebietsbeziehungsweise Bezirksleitungen und zu den Landesparteitagen und Kreiskonferenzen zu entsenden. Auf diesen Konferenzen sollten anhand der Mitgliederzahl der einzelnen Gliederungen die Delegierten zum Parteitag gewählt werden.

Das beschlagnahmte Material war wahrscheinlich nur ein Teil des zur Vorbereitung des Parteitags verschickten; andere Sendungen dürften ihren Bestimmungsort erreicht haben. Es konnte allerdings nicht eruiert werden, ob ein Kommunist aus Vorarlberg am 12. Parteitag teilgenommen hat.

Die Bregenzer Gruppe 1934

Im August 1934 gelang durch einen Zufall ein entscheidender Schlag gegen die Ortsgruppe Bregenz der illegalen KP Vorarlbergs. Aufgrund eines privaten Streits hatte Karl Korn die beiden Bregenzer Kommunisten Karl Trummer und Matthias Thaler denunziert. Sie wurden am 17. August verhaftet (LGF Vr 935/34). Im Laufe der nun folgenden Verhöre mit den beiden Verhafteten und bald auch mit einer ganzen Reihe weiterer inhaftierter Kommunisten wurde den Behörden die gesamte Organisation der KPÖ im Raume Bregenz und Bludenz bekannt. Dies ist nur zum Teil durch den bei den Verhören angewendeten Druck und durch die Verwendung von Konfidenten erklärbar; die mangelnde Einhaltung der Prinzipien der illegalen Arbeit trug wohl auch einiges dazu bei. Es erhebt sich allerdings die Frage, ob dies in einer Kleinstadt, in der ja Aktivisten rascher und besser bekannt werden als in einer Großstadt, überhaupt vermeidbar war.

Ursprünglich hatten zwei voneinander relativ unabhängige Organisationen bestanden. Die eine, eine kommunistische Gewerkschaftsgruppe der Bregenzer Eisenbahner, wurde von Matthias Thaler und Josef Schmid im März 1934 begründet und umfaßte 16 Mitglieder, in der Mehrheit ehemalige Sozialdemokraten. Josef Schmid war früher schon für die RGO, die Gewerkschaftsorganisation der KPÖ, aktiv gewesen und hatte für die KPÖ bei der Landtagswahl 1932 kandidiert. In den von den Kriminalbeamten der Bezirkshauptmannschaft Bregenz zusammengefaßten und dem Gericht

zur Verfügung gestellten Aussagen des Beschuldigten Matthias Thaler (LGF Vr 935/34) heißt es dazu:

"Nach den Februarunruhen ... haben wir durch die Stimmung der ehemals sozialdemokratisch und kommunistisch organisierten Arbeiter resp. Bahnangestellten herausgefunden, daß es nicht ungünstig wäre, diese Leute zusammenzufassen und die ehemals bestandene freie Gewerkschaft auf kommunistischer Grundlage weiterzuführen. Ich und der Bahnangestellte Josef Schmid gründeten im April 1934 eine freie Gewerkschaft auf komm. Grundlage ... und warben Mitglieder, jedoch nur unter den Bahnangestellten. Als Mitgliedsbeitrag wurde pro Monat und Person 1 S eingehoben und diese Mitglieder auch mit Zeitungen wie Rote Fahne und dergl. versorgt, welche separat bezahlt werden mussten. Als Grund für unsere Organisation gaben wir den Mitgliedern an, dass wir diese Gelder zur Unterstützung von Mitgliedern, z.B. bei Inanspruchnahme eines Rechtsvertreters, bei Streikausbrüchen ... verwendet ... (haben) ... und wir vorläufig ein selbständiger Körper von der komm. Partei bei der Bahn bleiben und in einem späteren Zeitpunkte sich der K.P. im allgemeinen eingliedern" (LGF Vr 935/34).

Diese Aussage ist als Quelle mit größter Vorsicht zu betrachten, da der Anteil Thalers und der der Kriminalpolizei nicht getrennt werden können und überdies Thaler die wahren Zusammenhänge nach Möglichkeit zu verschleiern bestrebt war.

Der andere Teil der ursprünglich getrennten Organisation bestand aus der reorganisierten Ortsgruppe Bregenz der KPÖ. Trotz der generellen Problematik von Aussagen vor der Behörde soll hier die von Johann Moser, einem führenden Mitglied der Gruppe, in Auszügen wiedergegeben werden: "Vor dem Feber 1934 gehörte ich der sozialdemokr. Partei an und war gewerkschaftlich sowie pol. organisiert. Ich hatte auch einige Funktionen wie Kreiskassier und dergl. auch gehörte ich dem republik. Schutzbund an. Im Jänner 1934, als ich noch der S.P. angehörte, wurde ich ... mit Nansen bekannt. ... Ich hatte im Laufe der Zeit, und zwar bis zur Abreise Nansens, Ende Jänner 1934 mit demselben des öfteren Zusammenkünfte und Aussprachen und Nansen hat mich ... zu einem überzeugten Kommunisten gemacht. ... Nach dem Eintreffen Nansens aus Wien erzählte dieser von seinen Erlebnissen während der Unruhen. ... Anfangs oder Mitte März kam ein gewisser Müller aus Wien zu Nansen und am selben Tage seiner Ankunft ... war ... eine Besprechung, an der Nansen, Müller, Mauritsch, Bozenhard, Thaler (!) und ich teilnahmen. ... Nansen brachte anfänglich dem Müller ein gewisses Misstrauen entgegen,

doch als sich dieser hinreichend durch Personalangaben aus Wien ausweisen konnte ... schwand das Misstrauen. ... Müller erklärte uns, daß wir uns reorganisieren sollen und zwar nach dem Wiener Schema. Wien als Zentrale, in Bregenz als Ortsgruppe ein Apparatleiter, ein pol. Leiter, ein Organisationsleiter, Betriebszellenleiter, Kassier, Zellenführer, Gruppenführer und die Gruppenmitglieder. Im Monat März 1934 wurde die Ortsgruppe Bregenz nach diesem Schema neu organisiert" (LGF Vr 935/34).

Die Leiter der beiden Gruppen hielten in der Folge regelmäßig gemeinsame Sitzungen ab. Die Versorgung mit Zeitungen aus Wien geschah durch fingierte Paketsendungen an den Schneidermeister Paul Egger, auch Kontakte über Kuriere wurden aufrechterhalten. Einer der Kuriere, eine "Schweizerdame", die sich als Friederike vorstellte, versuchte, den Schmuggel von Literatur aus der Schweiz zu organisieren, allerdings wurde den Behörden ein Erfolg dieser Absicht nicht bekannt. Im Nachtragsbericht der Bregenzer Kriminalpolizei an die Bezirkshauptmannschaft vom 31. Oktober 1934 wird allerdings die Aktivität einer Lustenauer Gruppe, bestehend aus Franz Josef Reichart, Fritz Reiter, Alfred Fitz und Norbert Bösch geschildert (LGF Vr 935/34). Im beschlagnahmten Kassabuch des Karl Trummer, der zum Zeitpunkt seiner Verhaftung Kassier der Ortsgruppe war, wurden mehrere Abrechnungen gefunden; so übernahm zum Beispiel Matthias Thaler am 14. Juli 76 Marken für Vollzahler, 36 Marken für Arbeitslose, 16 Marken für Ausgesteuerte (1 Schilling beziehungsweise 40 Groschen und 20 Groschen). Thaler überbrachte zum selben Zeitpunkt dem Kassier 23,40 Schilling, wovon 14,20 an die Zentrale in Wien abgeführt wurden (LGF Vr 935/34).

Am 12. Oktober 1934 (Bericht der Bregenzer Kriminalpolizei, LGF Vr 935/34) umfaßte die Zahl der Festgenommenen 17 Personen, die der mittlerweile wieder auf freiem Fuß befindlichen Verdächtigen 28 Personen. Der Sicherheitsdirektor für Vorarlberg berichtete am 23. Oktober dem Bundeskanzleramt/Generaldirektion für öffentliche Sicherheit ausführlich über die "Kommunistenbewegung in Vorarlberg" (Zl. 3359/4 SD, DÖW o. Nr. 1934). In diesem Bericht befindet sich ein Schema der Bregenzer Organisation mit allen Leitungsstellen, sieben Gruppen - wahrscheinlich Betriebs- und Straßenzellen - und den Namen aller Funktionäre und der einfachen Mitglieder.

Nach der Abbüßung unterschiedlich langer Strafen, die von der Bezirkshauptmannschaft im Behördenweg verhängt worden waren und deren Ausmaß in den meisten Fällen unbekannt ist - für Matthias Thaler betrug sie sechs Monate (BH Bregenz, Straf-

erkenntnis, 26.10.1934, DMG) - wurden die Verhafteten auf freien Fuß gesetzt. Das gerichtliche Verfahren wurde 1936 eingestellt (DÖW o. Nr. 1936). In vielen Fällen, besonders bei den Eisenbahnern, zog die Verurteilung allerdings noch ein Disziplinarverfahren nach sich, bei Matthias Thaler und wohl auch bei mehreren anderen die Entlassung (Disziplinkammer der ÖBB, 306/Pol/34, DMG).

Das einzige schriftliche Zeugnis der Bregenzer Gruppe selbst, das eindeutig zugeordnet werden kann, ist ein Flugblatt. Es dürfte im August 1934 auf einer im Besitz der Gruppe befindlichen Abzugsmaschine hergestellt worden sein und richtet sich an "alle Arbeiter und Bauern", speziell an die "S.P. Arbeiter". Es geht auf die Korruption im nationalsozialistischen Deutschland, auf die Kriegsgefahr und auf die notwendige Errichtung einer sozialistischen Wirtschaft ein; die Herstellung ist primitiv, der Text fehlerhaft und kaum leserlich (LGF Vr 935/34).

Im Rahmen der Erhebungen zur Bregenzer Gruppe erhielten die ermittelnden Beamten auch Kenntnis von einer Sitzung führender Vorarlberger Kommunisten am 26. August 1934 in der Nähe des Gasthauses Kobel in Götzis. An ihr nahmen für Bludenz Jakob Rupprechter, für Feldkirch Heinrich Reisecker und Richard Kolar, für Dornbirn eine nicht bekannte Person und für Bregenz Josef Schmid, Johann Moser und Ferdinand Wenninger teil (LGF Vr 935/34). Zweck dieses Treffens war die Gründung einer Landesleitung; der Vorschlag dazu ging offenbar von Richard Kolar aus. Man kam zu keinem Ergebnis; lediglich die Einrichtung eines Kurierdienstes wurde vereinbart; die Frage der Landesleitung sollte erst nach schriftlichen Stellungnahmen der einzelnen Ortsgruppen über das einzurichtende Kuriersystem entschieden werden (Aussage Josef Schmid, LGF Vr 935/34). Die Teilnehmer der Sitzung wurden verhaftet, auch die Kuriere. Vor allem die Eisenbahner Rudolf Weinzierl aus Bludenz, der sich als Angehöriger des Fahrpersonals oft in Bregenz, Innsbruck und in der Schweiz aufhielt, und die Innsbrucker Flöckinger und Neuner, ebenfalls Eisenbahner, gelangten den Behörden zum Kenntnis (Bericht des Sicherheitsdirektors für Vorarlberg an das Bundeskanzleramt, 3359/10, 10.11.1934, DÖW o.Nr. 1934). Es wurde bekannt, daß Heinrich Reisecker kurz vor dem Treffen in Götzis nach Wien gefahren war, um dort Kontakt zur Zentrale aufzunehmen, was er allerdings in allen Einvernahmen bestritt (LGF Vr 935/34).

Die Bludenzner Gruppe 1934

Schließlich wurde den ermittelnden Beamten noch die Organisation der KP in Bludenz zugänglich; dies führte zur weiteren Verhaftung von acht Personen (Bericht des Sicherheitsdirektors vom 10.11.1934). Die Bludenzner Gruppe war aber so organisiert, daß den Behörden die Mehrheit der Mitgliedschaft, auf "100-120 Personen" veranschlagt (ebenda), nicht bekannt wurde. Die Organisation in Fünfergruppen wurde offenbar straffer durchgeführt, während die Errichtung eines zentralen Apparates, wie er in Bregenz bestand, von den Bludenzner Kommunisten trotz einer Aufforderung aus Wien nicht durchgeführt wurde (soweit jedenfalls Jakob Rupprechter, Aussage vom 29.10.34, LGF Vr 935/34). Mehrere Fünfergruppen bestanden bei der Bahn, zwei bis drei bei der Fabrik Klarenbrunn, ebenso in der Bleicherei, vier bis fünf Gruppen hätten aus Arbeitslosen bestanden (Bericht des Sicherheitsdirektors vom 10.11.1934).

Innerhalb kurzer Zeit, von Mitte August bis Ende Oktober 1934, konnten die Behörden also große Teile der Vorarlberger Organisation zerschlagen; zur Gänze verschont blieben nur Dornbirn (dazu weiter unten) und Feldkirch. Die Aktivisten hatten sich doch zu wenig vorsichtig verhalten. Auffällig ist auch das große Ausmaß an Details und Interna, die den Behörden, wenn auch nur nach längeren Verhören und unter Druck, mitgeteilt wurden. Das trifft allerdings nicht auf Alfred Fitz, Richard Kolar, Heinrich Reisecker und die Bludenzner Kommunisten Dona, Tidl, Fronsä, Weinziern und Kühne zu; einige von ihnen waren an späteren Aktionen der KP weiter beteiligt.

Die Dornbirner Gruppe 1935

Im Februar 1935 kam es zur Aufdeckung der Dornbirner Organisation der KPÖ, die sich, wie bereits angemerkt, der ersten Verhaftungswelle entziehen hatte können. Die Aufdeckung erfolgte nach der Entdeckung einer Schmuggelorganisation für Propagandamaterial.

Bereits am 13. Jänner 1935 wurden zwei Schmuggler, Reinhold Fink und Emil Both aus Dornbirn, bei dem Versuch verhaftet, einen im Gasthaus "Zum Arlberg" in Diepoldsau eingestellten Koffer abzuholen und über die Grenze zu bringen. Der Koffer enthielt kommunistische Tarnschriften (Die Kochkiste, Reclams Zimmergärtnerei) und Broschüren (Der Kampf gegen den Faschis-



In Vorarlberg verbreitete Tarnbroschüre der KPÖ über die Perspektiven des politischen Kampfes nach der Februar-Niederlage der österreichischen Linken.

mus...); das Material wurde beschlagnahmt, die Schmuggler aber wurden freigelassen (BAB 2001(C)4-9, 5.1.1935). Am 26. Jänner wurde ein Lustenauer Schmuggler bei dem Versuch beobachtet, einen im Gasthaus "Rheinbrücke" anwesenden Zuckerschmuggler gegen hohes Entgelt (20 Schilling) dazu zu bewegen, einen Koffer mit Propagandamaterial über die Grenze zu bringen. Auch dieser Koffer wurde beschlagnahmt; er enthielt Tarnbroschüren (50 Eintopfgerichte, Die kluge Hausfrau), die Identität des Lustenauers konnte indessen nicht eruieret werden (BAB 2001(C)4-9, 29.1.1935). Die zitierten Meldungen kamen abschriftlich ans Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement. Die österreichischen Behörden erhielten über die Vorfälle über die österreichische Gesandtschaft in der Schweiz Kenntnis: "Nach einer den österreichischen Behörden von gut informierter und vertrauenswürdiger Seite zugekommenen Mitteilung..." (BAB 2001(C)4-9, Schreiben der Österreichischen Botschaft, 8.2.1935).

Beamte des Gendarmeriepostenkommandos Dornbirn eruierten daraufhin die Schmuggler. Ernst Josef Heinzle, Josef Grabherr, Alfred Fitz, Walter Pfanner und Franz Singer wurden verhaftet. Heinzle, Pfanner und Singer waren Funktionäre der Dornbirner Gruppe, die jetzt aufgerollt wurde. 31 Personen wurden verhaftet. Franz Singer, am 19. Februar von den Dornbirner Gendarmen einvernommen, "stellte anfänglich entschieden in Abrede, einer kommunistischen Organisation anzugehören. Als ihm aber die gegen ihn vorliegenden Tatsachen vorgehalten wurden, erklärte er sich zu einem Geständnis bereit und gab Folgendes an: '...Im Sommer 1934 erschien bei mir ein gewisser Hermann aus Innsbruck, ... dieser besprach sich mit mir wegen der Errichtung einer kommunistischen Zellenorganisation in Dornbirn, wobei er mir die Richtlinien dazu gab. Nachdem ich am Landgraben beim freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt war, wo auch der Versuch unternommen wurde, von der Tagelohnung von 4 S noch 1 S abzuziehen, war es für mich nicht schwer einige Arbeiter zur Gründung einer kommunistischen Zellenorganisation zu gewinnen'..." (Gendarmeriepostenkommando Dornbirn an das Bezirksgericht Dornbirn, 7. März 1935). Die führenden Personen, Ernst Josef Heinzle, Walter Pfanner und Rudolf Moosbrugger, hatten alle zumindest vorübergehend am Landgraben gearbeitet und waren so mit der Organisation in Berührung gekommen. Heinrich Petter, einer der Inhaftierten, schildert die dortigen Arbeitsbedingungen als sehr hart und spricht auch davon, daß die Bezahlung nur in Marken erfolgte (I: Petter H.).

Die Organisation war, wenn man der Darstellung des Gendarmeriepostenkommandos folgt, in vier Gruppen unterteilt, weiter in neun Zellen, von denen jede fünf Mitglieder umfassen sollte, tatsächlich aber zwei bis sechs aufwies. Die Tätigkeit bestand im Verkauf von Flugblättern und Broschüren, im Sammeln von Beiträgen für die "Rote Hilfe" - dabei wurde gegenüber weniger Eingeweihten die Existenz einer kommunistischen Gruppe verschwiegen; die Herausgabe eines Flugblattes nach einem Entwurf von Simon Kompein wurde geplant, die Ausführung ist nicht belegt. Das Streuen von Flugzetteln wurde untersagt, um eine zu frühe Aufdeckung der Organisation zu verhindern (LGF Vr 6/36).

Bei den meisten Mitgliedern handelte es sich um ehemalige Sozialdemokraten. "Ich bin seit August 1934 Mitglied der Vaterländischen Front, doch gestehe ich offen, daß ich nicht aus Überzeugung, sondern dem Drange gehorchend beigetreten bin, um beim freiwilligen Arbeitsdienst Arbeit zu bekommen. Ich war früher Sozialdemokrat und ist es daher auch ganz klar, daß ich für die kommunistische Partei sympathisiere..." (LGF Vr 6/36). Die Mehrheit der Mitglieder war zu weitgehenden Aussagen bereit, allerdings nur unter Anwendung starken Druckes und physischer Mißhandlung (I: Petter H.). Eine Ausnahme bildeten Rudolf Moosbrugger und Erich Karan, die jede Zugehörigkeit zur KP bestritten (I: Moosbrugger R.).

Gerade an der Dornbirner Gruppe zeigt sich exemplarisch der geringe Wert von Aussagen vor der Behörde zur Feststellung des tatsächlichen Sachverhalts. Fast alle Verhafteten widerriefen bei der Beschuldigtenvernehmung durch das Bezirksgericht Dornbirn im Juni 1935 ihre Aussagen vor der Dornbirner Gendarmerie (LGF Vr 6/36). Das angestrebte Landesgerichtsverfahren wurde eingestellt, eine Abstrafung erfolgte im Behördenwege. Rudolf Moosbrugger erhielt sechs Monate (I: Moosbrugger R.), der letzte Bezirksleiter Hans Fillafer vier Monate, der Gruppenkassier Johann Rotter drei Monate, ebenso August Metzler als Zellenleiter, Heinrich Petter 75 Tage, Otto Nick drei Monate, die restlichen drei bis acht Wochen (LGF Vr 6/36).

Die Härte einer solchen Abstrafung und die damit verbundenen Folgen zeigt die Aussage Erich Karans bei der Beschuldigtenvernehmung: "Ich hätte an einer verbotenen politischen Betätigung schon deshalb kein Interesse gehabt, da ich bei F.M. Hämmerle, Fabrik Eulental, als Weber beschäftigt bin und teilweise meine Zieheltern unterstützen mußte und heuer heiraten wollte, was nun alles vereitelt wurde. Ich habe nämlich hiedurch meine Stellung verloren, da ich von der Bezirkshauptmannschaft mit vier Monaten

Arrest bestraft wurde" (LGF Vr 6/36). Im Falle des Erich Karan lag kein einziger Beweis seiner Tätigkeit vor, wenn man von der Belastung durch Genossen in repressiven Polizeiverhören absieht.

Die Aufdeckung der Landesleitung für Tirol und Vorarlberg

Seit November 1934 war Simon Kompein Landesleiter der illegalen KP Tirols. Er wohnte unter dem falschen Namen Rudolf Pötscher in Innsbruck (Oberkofler, 1979:255f.). Aufgrund der Aussagen der in Dornbirn verhafteten Kommunisten, bei denen Kompein als "Hermann" aufgetreten war, wurde er identifiziert und am 6. März 1935 verhaftet. Mit ihm flog die ganze Landesleitung der KP Tirols auf (Oberkofler, 1979:256). Kompein hatte sich gleich nach seiner Ankunft in Innsbruck nach Vorarlberg begeben und war erst Anfang Dezember zurückgekehrt (Bericht des Bundespolizeikommissariats Innsbruck an die Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Innsbruck vom 6.4.1935, LGF Vr 6/36). In Vorarlberg nahm Kompein Kontakt mit mehreren Ortsorganisationen der KP auf. In den in seiner Wohnung sichergestellten Aufzeichnungen scheint Vorarlberg wie folgt auf:

"3 Stück Flugzettel 'Die Opfer der Verhaftungen in Bludenz' ... 3 Stück Mitteilungen aus dem Lager 2 der KP Anhänger (eines trägt rückwärts den Vermerk Tirol und eines Vorarlberg ...) 3 Stück Abrechnung über Mitgliedsbeiträge Innsbruck, Kufstein, Schwaz, Bregenz, Gisingen ... 1 Stück Lit-Schuldenaufstellung für Vorarlberg 'Dornbirn-Feldkirch-Bludenz-Gisingen, Kreisstelle' vom 8.11.1934 ... Abrechnung Juli bis September, Oktober, Dezember von Kitzbühel, Schwaz, Kufstein, Hötting, Dornbirn, Bregenz ... S 20,- Fahrt Wien 15.2., S 5,- Fahrt Do (Dornbirn) 8.2. gezeichnet Frieda (offenbar Deckname für Maria Humer) ... 1 Aufstellung über in Bludenz verhaftete Kommunisten ... Aufstellung über Mitgliedsbeiträge und Presse Guthaben in Kufstein, Schwaz, Pradl, Hötting, Absam, Dornbirn, Kitzbühel ohne Nennung von Personennamen ... Bericht über die Gründung der Einheitsgewerkschaft in Feldkirch im November ... Abrechnung über geliefertes Werbematerial im Juli-August für Feldkirch, Dornbirn, Bludenz ... 6 Stück Abrechnungszettel über geliefertes Werbematerial nach Dornbirn, gezeichnet 'Bog' ... 1 Stück Übersichtsblatt zur Lieferung von Werbematerial nach Dornbirn ... Abrechnung über geliefertes Werbematerial (betrifft Franz Singer in Dornbirn) ... 1 handschriftlicher Artikel Kompeins über den Streik in Vorarlberg..." (Bericht 6.4.1935, LGF Vr 6/36).

Eine Analyse der "Lit-Schuldenaufstellung", die mit 8. November 1934 datiert ist, und der Abrechnung über geliefertes Werbematerial Juli und August 1934 (undatiert) ergibt folgendes Bild: Dornbirn, Feldkirch, Bludenz, Gisingen und eine "Kreisstelle" werden als Literaturempfänger angeführt. Auf der zweiten Abrechnung scheinen nur Feldkirch, Dornbirn und Bludenz auf. Der Bezug von Literatur durch die genannten Stellen erstreckte sich über einen längeren Zeitraum, allerdings wurden alle vor dem 1. Juli liegenden Lieferungen gestundet, für Bezüge von Juli bis Oktober wurde ein Nachlaß von 50 Prozent gewährt. Zusätzlich konnte jede Gruppe 50 Prozent des Umsatzes für sich selbst behalten. Die nachgelassenen Beträge für die Zeit vor dem 1. Juli sind recht namhaft: Für Feldkirch betragen sie 32.60 Schilling für die "Rote Fahne" und 25.10 für sonstige Literatur, in Bludenz 54.30 für die "Rote Fahne" und 28.15 für sonstige Literatur, für Bregenz und Dornbirn fehlen die Detailabrechnungen. Die "Rote Fahne" Nr. 7/1934 zum 1. Mai kostete zehn Groschen, die Nr. 10 von Anfang Juli 15 Groschen (DMG). Demnach sind in Feldkirch vor dem 1. Juli 1934 mindestens 220, in Bludenz mindestens 360 Exemplare der "Roten Fahne" (von verschiedenen Nummern) von den Ortsorganisationen gekauft worden. Feldkirch bezog von Juli bis Oktober 40 Stück "Sch.B. 2", worunter die Zeitschrift "Der Schutzbündler" (Pelinka, 1979:70f.) oder die Flugschriftenreihe des Schutzbundes "Bewaffneter Aufstand, Bürgerkrieg und Diktatur des Proletariats" (Oberkofler, 1979:256) verstanden werden kann, fünf Stück der "Arbeiter-Illustrierten-Zeitung", 20 Stück der Broschüre "Österreich" (vielleicht "Manifest an alle Arbeiter und Werktätigen Österreichs", das bei Kompein gefunden wurde), alles noch im Juli 1934. Im August bezog Feldkirch 100 Stück der "Roten Fahne" Nr. 11, je 50 Stück "Sch.B." Nr. 3 und Nr. 4 und noch einmal 25 Stück von "Österreich". Von den 41 Schilling dieser Abrechnung mußten aufgrund des doppelten Nachlasses nur 10.25 Schilling an Kompein abgeführt werden. Dornbirn erhielt dieselben Mengen an Schriften, nur 100 des "Sch.B." Nr. 3 und 65 Stück der Broschüre "Österreich". Bludenz erhielt von allen genannten Schriften 50 oder 45 Stück, 50 Stück der "Roten Fahne" Nr. 11. Die "A-I-Z" war allerdings nur in Feldkirch vertreten (Abschrift O. Nr. 56, Beilage zum Bericht vom 6.4.1935, LGF Vr 6/36). Laut der Literatur-Schuldenaufstellung (O. Nr. 49, Bericht vom 6.4.1935, LGF Vr 6/36) bezog die Kreisstelle am 3. November 50 Stück "Einheitsfront 2".

Bei diesen Aufzeichnungen Kompeins handelt es sich - im Gegensatz zu allen anderen Dokumenten - um solche, die intern,

ohne Druck und wohl auch ohne Grund zur Beschönigung zustandekamen. Es ist allerdings schwierig, die von einer Ortsorganisation übernommenen und die dann tatsächlich verkauften Publikationen in ein Verhältnis zu setzen. Die Zahl von 250 Stück der "Roten Fahne" Nr. 11 allein für Bludenz, Feldkirch und Dornbirn beweist aber doch einen relativ hohen Stand der illegalen Arbeit dieser Gruppen, auch wenn nur ein Teil der übernommenen Exemplare verkauft wurde. Darüber hinaus beweisen die bei Kompein gefundenen Aufzeichnungen, daß die Verbindung der Vorarlberger Gruppen zur Tiroler Landesleitung und damit auch zur Zentrale intensiv war.

Aus den Aufzeichnungen Kompeins geht auch hervor, daß in der Schweiz hergestellte Publikationen (Zeitschriften, Broschüren, Tarnbroschüren) einen großen Teil der eingesetzten Agitationsliteratur ausmachten. Verbindung zur Schweiz besaß die Tiroler Leitung nicht nur mittelbar über die Literaturschmuggler der Dornbirner Gruppe, sondern auch über Kuriere, zum Beispiel über den Monteur Burkhard Gantenbein, der am 5. Februar 1935 aus der Schweiz in Innsbruck ankam und am nächsten Tag nach Wien weiterreiste (im Besitze Kompeins wurden seine Hotelrechnungen gefunden; Bericht vom 6.4.1935, LGF Vr 6/36).

Weitere Aktionen von Vorarlberger Kommunisten im Jahre 1935 sind nicht belegbar. In Beantwortung eines Erlasses der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit berichtete der Sicherheitsdirektor für Vorarlberg am 7. März 1935, "dass in der Zeit vom 10.-17.2.1935 im ganzen Lande Vorarlberg vollständige Ruhe geherrscht hat. ... Lediglich in der Rheinstrasse im Vorkloster wurden am Abend des 12.2.1935 ca. 250 Flugzettel marxistisch-kommunistischen Inhaltes von bisher unbekanntem Tätern gestreut, welche Aktion jedoch wirkungslos blieb, da die Zettel durch eine Putzschar sofort eingesammelt wurden" (DÖW 7 III 1935). Offenbar hielt man auch behördlicherseits die Aktivität der Kommunisten einmal mehr für erloschen. In einem Schreiben an die Oberstaatsanwaltschaft Innsbruck führte die Feldkircher Staatsanwaltschaft aus: "Die Sicherheitsbehörde ist in Bregenz gegen 44, in Bludenz 66 und in Dornbirn vorläufig gegen 32 Personen eingeschritten. Ich stelle zur Erwägung anheim, ob nicht das Erscheinen einer derart großen Anzahl von Angeklagten vor Gericht praktisch einem kommunistischen Aufmarsch gleichkäme und geeignet ist, von der Stärke der kommunistischen Bewegung in Vorarlberg nach außenhin ein Bild zu geben, das - nach den früheren Ausführungen - den Tatsachen denn doch nicht ganz

entspricht" (Staatsanwaltschaft Feldkirch 18.3.1935, DÖW o. Nr. 1935).

Von 1936 bis zum "Anschluß"

Die Verfolgung durch die Behörden verschärfte sich zusehends. Dies kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß auch gegen Personen vorgegangen wurde, deren Tätigkeit sich im Abhören von Radio Moskau oder in affektiv-zustimmenden Äußerungen zum Kommunismus erschöpfte. Ein solcher Fall kam im Februar 1936 vor die Behörden. Unter aktiver Anstiftung der Heimwehr hatte der ehemalige Kommunist Erhard Oberti aus Lustenau seine früheren Genossen Josef Grabherr und Franz Josef Reichart belauscht. Beide wurden verhaftet, weil sie sich negativ über die Regierung geäußert hätten. Die Motive der Denunzianten aus den Reihen der Heimwehr waren mehr als durchsichtig: Grabherr war Gemeindebediensteter, was offenbar zu Neidereien Anlaß gab. Der Fall wurde eingestellt (LGF Vr 100/36).

Am 14. August 1936 wurde Lorenz Bohle aus Dornbirn verhaftet. Er hatte im Warteraum eines Dornbirner Arztes die Zustände im republikanischen Spanien gutgeheißen und insbesondere begrüßt, daß es dort den Geistlichen und den Reichen "an den Kragen" gehe. Trotz seiner Verantwortung, daß er sich wegen seines nervlichen Zustandes zum Arzt begeben habe, weil er "Weber bei der Firma F.M. Hämmerle sei und nun 12 Webstühle bedienen müsse, was einfach für eine Person zu viel sei", wurde er mit sieben Tagen Arrest bestraft (LGF Vr 488/36). Franz Hepberger wurde ebenfalls auf eine Denunziation hin verhaftet (LGF Vr 554/36). Josef Ferdinand Hämmerle erhielt wegen kommunistisch inspirierter Äußerungen in einem Privathaus in Koblach im September 1936 zweieinhalb Monate strengen Arrest (LGF Vr 620/36), ein weiteres Verfahren im März 1937 endete mit Freispruch (LGF Vr 208/37). Anlaß und Ausmaß der Bestrafung hätten manchmal groteske Züge, etwa wenn Johann König aus Lustenau drei Tage Arrest erhielt, weil er in seinem Garten Salatkresse in Form eines Sowjetsterns angepflanzt hatte (VLA, Schachtel "Kommunistische Akten", BH Feldkirch III-1209/1936).

Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Praxis der ständestaatlichen Behörden außerordentlich hart war, besonders wenn es um Gotteslästerung im Zusammenhang mit kommunistischer Gesinnung ging. Ein exemplarischer Fall ist der des Josef Anton Salzgeber aus Götzis. Er war den Behörden als Kommunist

bekannt und hatte für sieben unmündige Kinder zu sorgen. Als er am 23. September 1936 beim Straßenbau eine gotteslästerliche Äußerung tat, wurde er vom Landesgericht Feldkirch zu drei Wochen verschärftem Arrest verurteilt. Das Oberlandesgericht Innsbruck gab sich damit allerdings noch nicht zufrieden, sondern setzte die Strafe auf zwei Monate hinauf, obwohl sich die "Milde" des Feldkircher Urteils auf die Unversorgtheit der Kinder im Falle einer Inhaftierung des Vaters gestützt hatte und Salzgeber die ihm zur Last gelegten Äußerungen bestritt (LGF Vr 574/36).

Wohl ebenfalls durch die Tätigkeit eines Konfidenten (Aussage Dr. Emil Seeberger, 15.5.1938, LGF Vr 198/38) flog im Herbst 1936 eine kommunistische Gruppe im hinteren Bregenzerwald auf. Am

IL. III - 2809 / 1937

Empfangsbestätigung.

über S 75.-- (Siebzügfünf Schilling) , welchen Betrag der Gefertigte als Konfidentengeld anlässlich der Erhebungen über kommunistische Tätigkeit in Vorarlberg erhalten hat.

Bregenz, am 28. Oktober 1937.

Josef Jäger
Jäger

Bestätigung über den Erhalt von Geld der Vorarlberger Sicherheitsdirektion zur Bezahlung von Spitzeln in der kommunistischen Szene.

12. Oktober 1936 wurde der Korbflechter Johann Georg Metzler einvernommen, wenige Tage darauf auch Simon Kündig und Franz Josef Winkel aus Reuthe. Adolf Schaber, Holzarbeiter aus Mellau und allem Anschein nach der Kopf der Gruppe, wurde nach einem Klinikaufenthalt wegen eines Arbeitsunfalls in Haft genommen. Winkel floh nach der ersten Einvernahme und versteckte sich im Wald, stellte sich aber dann freiwillig. Schaber und Winkel waren

die Hauptangeklagten. Sie waren den Behörden schon als Kommunisten bekannt gewesen; Simon Kündig war bereits 1935 wegen verbotener politischer Betätigung angezeigt worden. Beweise für eine Betätigung konnten nicht erbracht werden; die Angeklagten hatten sich lediglich über ihre Absicht verständigt, Versammlungen abzuhalten und gemeinsam ein Radio zu kaufen. Am 23. Dezember 1936 wurden Schaber und der Mitbeschuldigte Streitler vom Landesgericht Feldkirch freigesprochen, der Staatsanwalt legte jedoch Nichtigkeitsbeschwerde ein. Der Oberste Gerichtshof entschied am 22. Juni 1937 unter der Zahl 4 Os 379/37-7 im Sinne der Staatsanwaltschaft. "Wenn daher der Ansicht der Nichtigkeitsbeschwerde nicht in dem Punkte zugestimmt werden kann, dass die Verbindung im Sinne der §§ 4 und 5 StSchGes. ohne jede Organisation denkbar sei, so muss ihr doch insofern Berechtigung zuerkannt werden, als es nicht auf das Bestehen oder Nichtbestehen einzelner bestimmter Ortsgruppen ankommt, sondern darauf, dass die kommunistische Partei, wenn sie sich in irgend einer Art, insbesondere durch eine Versammlung äusserlich betätigt, als Verbindung im Sinne der angeführten Gesetzesstelle anzusehen ist. ... Das Erstgericht hat insbesondere unterlassen festzustellen, ob die Versammlung in Mellau der Förderung der Ziele der kommunistischen Partei dienen sollte" (hier und zum ganzen Fall LGF Vr 62/36). Das Landesgericht verurteilte am 9. November 1937 Adolf Schaber zu vier und Martin Streitler zu drei Wochen. Damit gab sich die Staatsanwaltschaft immer noch nicht zufrieden und ging in die zweite Instanz. Das Oberlandesgericht Innsbruck entschied am 22. Dezember 1937 auf drei Monate für Schaber und einen Monat für Streitler (LGF Vr 62/36). Dabei heißt es in den Ausführungen des OLG ausdrücklich: "... so kann den vom Erstgericht angenommenen Milderungsgründen noch beigelegt werden, daß die in Aussicht genommene verbotene Versammlung überhaupt nicht stattgefunden hat" (LGF Vr 62/36).

Offenbar ließen sich die Behörden des austrofaschistischen Staates die Verfolgung oppositioneller Betätigung in Gebieten, in denen sie sich ungebrochener Unterstützung sicher wähnten, nämlich auf dem Lande, noch angelegener sein als in den Städten. Der dargestellte Fall ist der einzige bekannte Versuch der KP, unter Landarbeitern des Bregenzerwaldes politisch aktiv zu werden; vor dem Verbot der KPÖ bestand allerdings eine Organisation derselben im Bregenzerwald, wie aus den Aussagen der Beschuldigten im zitierten Fall hervorgeht. Auch der in der nationalsozialistischen Zeit verurteilte Karl Schoch aus Egg (vgl.

auch Kapitel "Kommunisten ... 1938-1945") war wahrscheinlich in dieser losen Gruppe tätig (1: Kobras K.).

Illegales Material der KPÖ - gedruckt und hektografiert - wurde im September 1936 in Feldkirch sichergestellt; der Bericht gibt Wien als Herkunftsort an (VLA, Schachtel "Kommunistische Akten", BH Feldkirch III-1009-10/1936).

Als wichtigster Beitrag zum Widerstand gegen den Faschismus seitens der Vorarlberger Kommunisten und Sozialisten ab Jahresende 1936 muß der Aufbau eines Transportnetzes für Spanienfreiwillige gelten (vgl. Kapitel "Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933-1945"). Aus konspirativen Gründen dürfte allerdings versucht worden sein, die für die Spanienfreiwilligen Aktiven von den Organisationen im Lande selbst möglichst abzuschirmen; es gibt kaum Hinweise auf eine persönliche Verbindung, nur bei dem Innsbrucker Kainz wurde eine Skizze einer Route für Spanienfreiwillige und die Adresse einer Anlaufstelle in Paris gefunden (LGF Vr 913/37).

Im Jänner 1937 fand in mehreren Orten Vorarlbergs eine Streuzettelaktion statt. Die ausgestreuten Zettel waren beidseitig relativ einfach bedruckt, wahrscheinlich im Spiritusdruckverfahren, und zwar mit "Männer, kämpft mit uns für das große Ziel der gesitteten Menschheit: den Weltkommunismus" auf der einen Seite und mit "Frauen, entzieht Eure Kinder nationaler und religiöser Verhetzung, die sie zu Tieren formen versucht, lehrt sie wahres Menschentum und tiefen Abscheu vor dem gewissenlosen Pfaffen- und Schmarotzertum" auf der anderen Seite (LGF Vr 70/37). Solche Zettel wurden am 26. Jänner 1937 in Gais bei Nenzing gefunden; zwei vagabundierende Burschen - Konstantin Nagy und Viktor Korupetz - wurden verdächtigt, Beweise konnten nicht beigebracht werden (LGF Vr 70/37). Bereits am 20. Jänner hatte man, wie auch vom "Volksblatt" berichtet, dieselben Streuzettel in Bersbuch gefunden (VV, 22.1.1937, S. 4). Einer der dortigen Streuzettel trug einen Aufdruck der Frastanzer Brauerei (LGF Vr 70/37). Am 25. Jänner fand eine Lehrerswitwe in Bludenz dieselben Zettel vor ihrer Tür, was wohl auf Einheimische als Täter schließen läßt (LGF Vr 94/37). Zwischen 25. und 30. Jänner wurden die Zettel auch noch in Götzis, Hohenems, Satteins, Weiler und Rankweil gefunden (VLA, Schachtel "Kommunistische Akten", BH Feldkirch III-220/1937). Sowohl von der Verbreitung her als auch wegen der Verwendung von Papier der Frastanzer Brauerei ist eine Entstehung im Raume Frastanz/Nenzing wahrscheinlich.

In recht typischer Weise zeigt ein Ereignis im Mai 1937 im

Kleinen Walsertal, wie sehr die Behörden dem Druck aus dem benachbarten nationalsozialistischen Deutschland nachgaben. Friedrich Weissmann hatte in einem Gasthaus in Riezlern randaliert; "... vor reichsdeutschen Gästen stellte er sich als Kommunist hin und äusserte sich sehr abfällig über das Deutsche Reich, wobei er drohende Bemerkungen ausstieß, dass die Kommunisten ans Ruder kommen werden" (Bericht des Sicherheitsdirektors in Vorarlberg an das Bundeskanzleramt, 21.5.1937, DÖW 15.258). Einer der Urlauber, politischer Amtswalter aus Mannheim, fühlte sich dadurch provoziert, zumal sich die Sache am nächsten Tag wiederholte: Er sehe sich genötigt, den Urlaub abzubrechen und in Deutschland (!) über den Vorfall Klage zu führen. Diese Drohung genügte: Friedrich Weissmann erhielt vier Wochen Arrest und wurde für fünf Jahre aus Vorarlberg ausgeschafft (DÖW 15.258).

Franz Fried aus Lochau, der als Kommunist galt, äußerte sich in betrunkenem Zustand in einem Hörbranner Gasthaus vor Heimwehrlenten negativ über die österreichische Regierung, was ihm vier Wochen Arrest von der politischen Behörde und zusätzlich noch sechs Wochen vom Landesgericht Feldkirch einbrachte (LGF Vr 958/37).

"Aufgrund vertraulicher Erhebungen des Gendarmeriepostens Bregenz" (Bericht des Sicherheitsdirektors für Vorarlberg an das Bundeskanzleramt, 23.11.1937, DÖW 15.261) wurde im Oktober 1937 festgestellt, daß "unter den Marxisten Vorarlbergs eine rege Tätigkeit im Vertriebe verbotener Zeitungen und Broschüren" entfaltet werde (DÖW 15.261). Dies führte zu Haussuchungen bei bekannten Kommunisten am 5. November 1937. Dabei wurden bei Alfred Fitz aus Höchst zwei Exemplare der "Roten Fahne" Nr. 7/1937 und einer Sondernummer über die Reichskonferenz der KPÖ im August 1937 gefunden (LGF Vr 875/37). Bei Johann König aus Lustenau fand man Notizen über Sendungen des Moskauer Rundfunks (DÖW 15.261). Richard Kolar wurde verhaftet, weil er am 8. Oktober einem ehemaligen Mitglied der KPÖ, das inzwischen als Polizeikonfident tätig war (LGF Vr 913/37), Broschüren und Zeitungen auf dessen Aufforderung hin übergeben und ihn in der Verteilung im Räume Bregenz unterwiesen hatte (LGF Vr 913/37). Es handelte sich um 13 Exemplare der "Roten Fahne" Nr. 7 sowie um vier der Sondernummer zur Reichskonferenz, zwei Exemplare der Zeitschrift "Der freie Bauer", eine Tarnbroschüre ("Der Mittelstreckenlauf im Bild") über das Februarplenium des ZK der KPdSU und eine andere (Kleider- und Wäschestoffe) mit dem Referat Johann Koplénigs über die Reichskonferenz der KPÖ (West,

Reclams Universal
Bibliothek

Nr. 7248

Dr. Hermann Gadenholz

Das Diktat
von Versailles

und

seine Auswirkungen

Gemeinverständliche Darstellung



Dies Buch ist auch gebunden käuflich!

Umschlagseite einer an der Schweizer Grenze abgefangener marxistischen Tarnbroschüre. Inhalt: das "Kommunistische Manifest" von Karl Marx und Friedrich Engels.

1978:345), außerdem zwei Exemplare der Nummer 6-7 von "Weg und Ziel" (LGF Vr 913/37).

Der Untermieter Kolars, Eugen Hepberger, wurde ebenfalls verhaftet. Richard Kolar bestritt jede Betätigung für die KPÖ, zeigte sogar den Agent provocateur, dessen Rolle ihm mittlerweile



Richard Kolar, wichtigster kommunistischer Aktivist in Vorarlberg während der Zeit des Austrofaschismus.

klargeworden sein dürfte, an, weil dieser ihn zu kommunistischer Betätigung aufzuwiegeln versucht habe (LGF Vr 913/37). Aus den Erkenntnissen der Gendarmerie ging aber eine führende Betätigung Kolars eindeutig hervor. Zu gleicher Zeit wurde in Innsbruck Albert Kainz verhaftet. Bei ihm fand man Notizen über eine Reise nach Vorarlberg - eine solche hatte er im August 1937 mit dem Fahrrad tatsächlich unternommen - und über einen Maschinenbestandteil, den er nach Vorarlberg bringen sollte - wahrscheinlich ein Ersatzteil für einen Vervielfältigungsapparat; es konnten aber keine Kontakte zu den verhafteten Kommunisten nachgewiesen werden (DÖW 15.261; LGF Vr 913/37). Kolar erhielt von der politischen Behörde drei Monate Arrest, Johann König und Alfred Fitz je vier Wochen, Eugen Hepberger drei Wochen (DÖW 15.261). Kolar wurde am 19. Februar 1938 entlassen (Amt der Vorarlberger Landesregierung, 1Va-168/324-53, 9.5.53, DMG), die anderen vermutlich schon vorher. Die anhängigen Gerichtsverfahren wurden im Zuge der Amnestie vom 16. Februar 1938 eingestellt (Holtmann, 1978:266).

Es ist anzunehmen, daß den Nationalsozialisten die Betätigung der Vorarlberger Kommunisten bekannt wurde, da ihnen ja beim Einmarsch die Aktenbestände in die Hände fielen und Teile der Gendarmerie, vermutlich gerade jene, die mit den Erhebungen gegen Kommunisten und Sozialisten betraut waren, bereits vor dem Einmarsch nationalsozialistisch unterwandert gewesen sein dürften.

Dafür sprechen die außerordentlich guten Informationen der Bayerischen Politischen Polizei über "marxistische Umtriebe" an der Vorarlberger Grenze (DÖW o. Nr. 1935) und die genaue Kenntnis interner Vorgänge bei den Ermittlungen gegen Dr. Paul Jäger und Dr. Emil Seeberger (LGF Vr 198/38).

Am 13. Juni 1938 ging an die Gendarmerteposten die Weisung, ein Verzeichnis der von den Posten zwischen 1933 und 1938 geführten Kommunisten vorzulegen. Der Posten Dornbirn machte 37 Personen namhaft, wies aber darauf hin, daß diese nicht mehr aktiv seien. Hohenems meldete am 6. Juli 16 Personen, Weiler am 31. Juli 13 Personen (VLA, Schachtel "Kommunistische Akten", BH Feldkirch III-842/1938). Es ist nicht erfaßbar, inwieweit diese Meldungen zu Verfolgungen führten. Richard Kolar wurde im Verhältnis zu seiner Tätigkeit relativ wenig verfolgt. Durch Vermittlung eines Genossen namens Alois Unterberger fand er sogar im September 1938 Arbeit bei der Reichsbahn (I: Kolar F.) und wurde erst am 28. März 1941 für kurze Zeit verhaftet (Amt der Vorarlberger Landesregierung, IVa-168/324-53, 9.5.1953, DMG).

Anmerkung

- 1) Die im folgenden zitierten Akten des Vorarlberger Landesarchivs unterliegen zur Zeit der Archivsperre. Vor einigen Jahren waren sie jedoch noch zugänglich; ich zitiere daher aus unveröffentlichten Manuskripten von Kurt Greussing und Harald Walser aus jener Zeit.

Gernot Egger

**Verfolgung und Widerstand
1938—1945**

Politische Verfolgungen der ersten Tage

Die ersten Verfolgungen, zumeist in Form von Amtsenthebungen und Verhaftungen, galten nach dem Einmarsch der deutschen Truppen naturgemäß den ehemaligen Machthabern. Dabei ging es den Nazis aber weniger um die Funktionen, die die einzelnen Personen ausgeübt hatten, als vielmehr um ihr Verhalten gegenüber den Nationalsozialisten während der "Verbotszeit", das heißt in der Zeit der Illegalität der NSDAP ab 1933. Landeshauptmann Winsauer beispielsweise wurde lediglich seines öffentlichen Amtes enthoben, polizeilich aber nicht verfolgt. Das mag auch seine versöhnliche Haltung im Jahre 1946 mitgeprägt haben, als er aus Protest gegen die Gesetzgebung bezüglich der ehemaligen Nationalsozialisten sein Bundesratsmandat niederlegte (Huebner, 1964:147). Für eine ganze Reihe von Funktionären und Beamten verlief der Machtwechsel allerdings nicht so glimpflich. Etliche radikalere Illegale versuchten nun "abzurechnen" und jene Drohungen wahrzumachen, die sie schon in den Jahren zuvor ausgestoßen hatten, wie etwa gegen den Dornbirner Polizeireferenten Meinrad Natter: "Herr Natter, Sie sind vorgemerkt für das kommende große Reinemachen!!" (Der rote Adler, 7.1.1934, S. 14). Die neue Landeshauptmannschaft, sich staatsmännisch gebend, hatte durchaus Mühe, den Rachedurst in den von ihr gewünschten Schranken zu halten. Wer den illegalen Nazis offen entgegengetreten war, mußte nun mit Verfolgung rechnen. Dabei sind drei verschiedene Vorgangsweisen des neuen Systems feststellbar.

Deportation in Konzentrationslager

Die direkte Deportation ins Konzentrationslager geschah mit Hugo Lunardon, Gendarmeriepostenkommandant von Dornbirn, und Georg Schelling, Chefredakteur des "Vorarlberger Volksblattes". Beide waren auf Grund ihrer beruflichen Funktion in vorderster Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus gestanden und hatten mutige Taten und Worte gegen die Nazis gewagt. Hugo Lunardon hat die Torturen des Konzentrationslagers wie viele andere nicht überlebt. Welche Leiden und Demütigungen diesem erlösenden Tod am 14. März 1940 vorangegangen waren, beschreibt am eindrucksvollsten

der Tiroler Gendarm Erwin Gostner (Gostner, 1945), der mit Lunardon in Dachau und ab dem 9. Mai 1939 in Mauthausen interniert war. Der erste Kriegswinter in Mauthausen war gekennzeichnet von minimalen Essensrationen, der Forderung nach immer höherer Arbeitsleistung und fehlender Winterbekleidung. Die täglichen Todeszahlen stiegen schlagartig. Gostner stellt zum Ende dieses schrecklichen Winters fest: "Auf unserer Stube ist es leer geworden, aber es wird nicht mehr lange dauern, dann füllt ein Transport wieder alle Baracken. Der würgende Tod braucht neue Opfer, die von den Verbrennungsöfen gierig geschluckt werden. Von den alten sind nur noch Gerstgrasser und ich übrig geblieben. Der Vorarlberger Lunardon ist in seinem Block gestorben, er ist regelrecht verhungert!" (Gostner, 1945:124f.; vgl. auch Schönherr, 1981:59f.).

Kaplan Schelling hat die Lagerhaft in Dachau überstanden und dort im Block 26 - dem Block der Geistlichen - als starke Persönlichkeit eine wichtige und für viele Mithäftlinge hilfreiche Rolle gespielt (vgl. Schnabel, 1965:129). Erst im März 1945 wurde Schelling nach siebenjähriger Internierung entlassen (siehe auch Kapitel "Vorarlbergs Kirche im NS-Staat").

14 Tage nach Schelling und Lunardon wurde auch Altlandeshauptmann Dr. Otto Ender nach Innsbruck überstellt, nachdem er am 25. März in Bregenz festgenommen worden war. In Wien war er in den ersten Wochen nach dem Einmarsch unbehelligt geblieben. Nach intensiven Verhören wurde er von der Gestapo Innsbruck nach Wien überstellt und dort schließlich freigelassen, nachdem er in der Wiener Gestapo-Zentrale am Morzinplatz eine Erklärung unterzeichnet hatte, nach der er sich nicht politisch betätigen und den Gau Tirol-Vorarlberg nicht mehr betreten durfte (Huebner, 1957:202f.). Nach Aussage des Innsbrucker Zellengenossen von Dr. Ender, des Wiener Rechtsanwalts Dr. Hugo Ebner, hatte Ender fest mit seiner Überstellung nach Dachau gerechnet, zugleich aber gehofft, von dort durch gute Führung wieder freizukommen (Brief Dr. Ebner vom 24.9.1983 an den Verf.). Ebner war mit dem Dichter und Kabarettisten Jura Soyfer am 13.3.1938 bei einem Fluchtversuch in die Schweiz oberhalb von Gargellen festgenommen worden. Zusammen mit Dr. Ender und dem ebenfalls in Gargellen gefaßten Max Hoffenberg wurden sie von Feldkirch nach Innsbruck und über Dachau nach Buchenwald deportiert (I: Hoffenberg M.; Schr.M. Ebner H.). Soyfer ist bekanntlich bald darauf im Konzentrationslager Buchenwald gestorben.

Zur Gruppe der zuerst in "Schutzhaft" Genommenen gehörte noch Alfons Kothbauer, der als "Verräter der Bewegung" der sofortigen



Hugo Lunardon, Gendarmeriepostenkommandant von Dornbirn, am 12. März 1938 festgenommen und im KZ Mauthausen zu Tode gebracht.



Msgr. Georg Schelling, als Chefredakteur des christlichsozialen "Vorarlberger Volksblattes" im März 1938 verhaftet und bis 1945 im KZ Dachau interniert.

Rache der Nazis zum Opfer fiel. Schon 1934 hatten ihn die Illegalen über die Leiblach verschleppt und ins Lager Lechhausen gebracht (Walser, 1983:93), nachdem sie bemerkt hatten, daß Kothbauer als Nationalsozialist mit der Vorarlberger Sicherheitsdirektion zusammenarbeitete (Schönherr, 1981:56). 1936 war ihm allerdings die Flucht aus Deutschland gelungen. In der Nacht vom 12. auf den 13. März 1938 wurde er in Dornbirn wieder festgenommen und bereits im Mai 1938 mit dem ersten Tiroler Transport nach Dachau gebracht (OF 7125/2/54 beim Amt der Salzburger Landesregierung). Kothbauer war wie Schelling bis zum Ende der NS-Herrschaft in Dachau und dort als überaus kameradschaftlicher Häftling sehr beliebt (vgl. Gostner, 1945:51f.; 1: Riccabona M.). Nach seiner Rückkehr aus Dachau war Kothbauer für kurze Zeit Obmann der Vorarlberger Widerstandsbewegung und als neuer Sicherheitsdirektor im Gespräch (StaBl 7/129).

Im Sommer 1938 folgte die zweite Deportation eines - diesmal hochrangigen - Nationalsozialisten ins KZ Dachau: Landesrat Meinrad Hämmerle war ebenfalls der "Kollaboration" beschuldigt worden (Schönherr, 1981:185; ABB, Akten des Gefangenenhauses).

Gemeinsame Staatspolizei
Grenzpolizeikommissariat
Bregenz
B.Nr. II-6373 /38.

Bregenz, den 4.9. 1938.

Haft!

An die
Gefangenenverwaltung

B r e g e n z

Betreff:

Hämmerle Hermann, geb. 14.9.88
in Lustenau, wohnt Lustenau.

Ich ersuche den .. Hermann H ä m m e r l e
von Lustenau , geb. am 14.9.88 zu .. Lustenau
für die Gemeinsame Staatspolizei (Grenzpol. Kommissariat) Bregenz
zu ~~seinem~~ seiner persönlichen Sicherheit an .. Schutzhaft
zu nehmen.

Der Grenzpolizeikommissar:

3. 4.
Kampf

Schla.

"Schutzhaftbefehl" für den Lustenauer Heimwehrkommandanten
Hermann Hämmerle.

Die zweite Welle von KZ-Einweisungen betraf die ehemaligen christlichsozialen Exponenten von Lustenau: Adolf Hämmerle, Ex-Landesrat, Hermann Hämmerle, vormals Ortskommandant der Heimwehr, und Josef Peintner, bis zum Einmarsch Bürgermeister. Ihre Verhaftung erfolgte im September 1938, als nach einer Parteiversammlung im Gasthaus Hecht eine fanatische Menge mit Sprechchören zu den Häusern dieser Funktionäre zog und deren Verhaftung forderte. Einer der in dieser Nacht skandierten Sprüche lautete: "Du befahlst zu schlagen, jetzt geht's dir an den Kragen" (Schr.M. Bösch A.). Damit wurde auf die tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Heimwehr und illegalen Nazis vor 1938 angespielt, die gerade in Lustenau oft recht brutale Formen - auch von seiten der Heimwehr - angenommen hatten (vgl. LGF Vr 104/38). Josef Peintner, Hermann Hämmerle und Schuldirektor Benno Vetter wurden noch in derselben Nacht verhaftet. Adolf Hämmerle wurde auf Betreiben von Lustenauer Nationalsozialisten in Wien verhaftet. Benno Vetter wurde nach etlichen Tagen Haft wieder entlassen; Josef Peintner, Hermann Hämmerle und schließlich auch Adolf Hämmerle wurden im November 1938 ins sächsische Konzentrationslager Buchenwald deportiert (DÖW 15.062). Alle drei kamen nach 20 Monaten KZ-Tortur wieder frei, wobei Peintner 1943 für wehrfähig erklärt und zur Wehrmacht eingezogen wurde (NNSch 8); dem Fabrikanten Adolf Hämmerle wurde die Gewerbeberechtigung entzogen (NNSch 7). Die vorzeitige Entlassung aus dem KZ hatten die drei Lustenauer dem Lindauer Hafnermeister Emil Bogdon zu verdanken, der als Gründer der Lindauer SA eine der niedrigsten Mitgliedsnummern der NSDAP überhaupt hatte und mit Himmler persönlich bekannt war (Schr.M. Hämmerle H.). Er hatte zusammen mit dem Bruder Peintners persönlich in Berlin erfolgreich interveniert (Schr.M. Bösch A.).

Dieses Beispiel zeigt auch, daß es bekannteren Persönlichkeiten unter glücklichen Umständen eher möglich war, eine potente Fürsprache und damit die Freiheit zu erhalten, als der Menge der unbekanntenen KZ-Häftlinge, um die sich meist kaum jemand kümmerte.

Inhaftierungen und Strafprozesse

Der zweite Weg zur Bestrafung ehemaliger politischer Funktionsträger beziehungsweise Beamter waren die Inhaftierung in hiesigen Gefängnissen und die Vorbereitung von Strafprozessen. In umfangreichen Erhebungen durch Gestapo und Gendarmerie wurde



Altlandesrat Adolf Hämmerle, 1938-1940 im KZ Buchenwald.

Bürgermeister Josef Peintner, 1938-1940 im KZ Buchenwald.

eventuell belastendes Material zusammengetragen, das aber in keinem einzigen Fall zu einem großen Schauprozess ausgereicht hätte.

An erster Stelle galten diese Untersuchungen der Dornbirner Heimwehr, die in der Zeit der heftigsten Naziaktivitäten 1933/34 in der Wahl ihrer Mittel gegenüber ausgesuchten Nationalsozialisten nicht zimperlich war. Besonders die "Strafaktion" gegen den Dornbirner Schwanenwirt Jakob Greber, dessen Lokal ein NS-Sammelpunkt war, blieb den Nazis in Erinnerung. Neun Personen wurden deswegen Anfang Mai 1938 verhaftet (LGF Vr 301/38). Als Hauptverantwortlichen für diese und andere Prügel-Aktionen gegen nationalsozialistische Parteigänger glaubten die neuen Ermittlungsbehörden den ehemaligen Führer des Heimwehrezuges Hatlerdorf, Anton Blum, haftbar machen zu können (ebd.). Er wurde deshalb als einziger aus einer Gruppe von neun Angeklagten nach Dachau deportiert, zum Prozess aber wieder nach Feldkirch zurückgebracht, von wo ihm auf abenteuerliche Weise die Flucht in die Schweiz gelang (I: Spiegel W.). Mit Blums Verschwinden platzte der ganze Prozess.

Toni Ulmer, der Landesführer der Heimwehr, wurde nach elfmonatiger Haft wieder freigelassen, nachdem auch gegen ihn keine griffige Anklage zustande gekommen war. Zurückgeblieben ist allerdings das Vernehmungsprotokoll, das der Gestapobeamte Frank am 17. und 18. Mai 1938 über das Verhör Ulmers anfertigte (LGF Vr 301/38). Es ist ein einmaliges historisches Dokument zum geistigen Hintergrund eines Hauptakteurs der Vorarlberger Politik der Vorkriegszeit und zugleich zur Härte der Auseinandersetzung zwischen politischen Gruppen, die weitgehend zu argumentieren aufgehört hatten. Nach seiner Freilassung wurde Ulmer mit "Gauverbot" belegt. Schließlich fand er Beschäftigung bei einer Münchner Baugenossenschaft. Aber auch hier blieb er nicht vor politischer Verfolgung verschont. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er im KZ Dachau interniert, nach Interventionen, besonders von Dornbirn aus, aber nach einigen Wochen wieder enthaftet (NNSch 9).

Auch der Kommandant der Dornbirner Heimwehr, Eugen Grabher, wurde im Zuge dieser ersten Verhaftungswelle inhaftiert, doch fanden die Behörden bei ihm ebenfalls kein wirkliches Material zu einer öffentlichen Anklage. Zugleich beschleunigte auch hier die kräftige Intervention des bereits erwähnten Emil Bogdon bei Landeshauptmann Plankensteiner die baldige Freilassung (LGF Vr 301/38).

Ähnlich verhielt es sich beim Lustenauer Heimwehrkommandanten Hermann Hagen, dem nachmaligen Präsidenten der Landwirtschaftskammer, den die örtlichen Nazis ebenfalls bestraft sehen wollten. Nach zehnwöchiger Haft schwebte noch jahrelang ein Verfahren über ihm, das schließlich vom Reichsgericht Leipzig eingestellt wurde (NNSch 6).

Damit sind natürlich nur einige Exponenten aus den Reihen der Heimwehr aufgezählt, an denen sich die neuen Machthaber für die "Systemzeit" zu revanchieren versuchten.

Mit ähnlich mäßigem Erfolg versuchte man, gegen besonders unliebsame Beamte Verfahren - meist wegen Amtsmissbrauches - zu konstruieren. So sollte etwa dem Bregenzer Bezirkshauptmann Seeberger, der aus rein politischen Gründen inhaftiert war, der Prozeß wegen eines von der BH bei einem illegalen Nazi beschlagnahmten Feldstechers gemacht werden, weil Seebergers Sohn dieses Fernrohr für den privaten Gebrauch, nämlich beim Schulwandertag, verwendet habe (LGF Vr 195/38). Nach einigen Monaten Haft, zahlreichen Verhören und weitläufigen Recherchen wurde Seeberger auf freien Fuß gesetzt, zugleich aber vom öffentlichen Dienst suspendiert. Auch in den letzten Kriegstagen sollte Seeber-

ger wieder - diesmal als Geisel - verhaftet werden, er konnte sich jedoch durch Flucht entziehen (Pirker, 1946:66). Etliche andere Landesbeamte wurden zwar nicht gefangengehalten, aber ebenfalls entlassen oder mit gekürzter Pension in den Ruhestand versetzt - zum Beispiel Dr. Franz Bernhard.

Verhängung von "Schutzhaft"

Eine weitere Form der Verfolgung war die "bloße Verhängung von Schutzhaft": Dies geschah gegenüber maßgeblichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Einschüchterung und zur Erpressung der Herausgabe wichtiger Informationen über Verwaltungs- und Machtzusammenhänge; ebenso gegenüber Personen zur Befriedigung der Rachegefühle der nationalsozialistischen Teile der Bevölkerung, zur öffentlichen Demonstration der neuen Machtverhältnisse und schließlich zur zeitweisen Beseitigung einflußreicher Personen im Hinblick auf die Volksabstimmung vom April 1938. Die Konstruktion eines Prozesses wurde bei diesen Personen gar nicht angestrebt. Beispielhaft erwähnt seien in diesem Zusammenhang der Präsident des Vorarlberger Landtages Dr. Franz Erne (NNSch 7) und der Landesstatthalter Dr. Alfons Troll (Welti, o.J.:249); beide wurden auch ihrer Richterämter enthoben. Ebenso inhaftiert wurden einzelne lokale Spitzenfunktionäre des Ständestaates wie etwa Gideon Fritz, Bürgermeister und Landtagsabgeordneter aus dem Kleinen Walsertal, und Xaver Muther, Heimwehrfunktionär und Landtagsabgeordneter aus Bludenz, der auch in den folgenden Jahren von der Bludener Kreisleitung der NSDAP schikaniert wurde (NNSch 8), oder führende Vertreter von österreich-betonten oder christlichen Organisationen: etwa die Legitimisten Theo Lingenhölle und Josef Burger aus Bregenz, Gebhard Amann aus Hohenems als Landesobmann der katholischen Arbeitervereine (NNSch 7), Eugen Leißing als Landesobmann des Reichsbundes (NNSch 10) oder Toni Winkler als ehemaliger Landesobmann der katholischen Jugend (NVT, 3.3.1979).

Damit sind natürlich bei weitem nicht alle erfaßt, die in den ersten Tagen nach der Machtübernahme ihrer Freiheit beraubt wurden. Alleine in der Bregenzer Oberstadt sollen sich 33 politische Häftlinge befunden haben (Schönherr, 1981:183). Mindestens ebenso viele waren in den übrigen Bezirksgerichtsgefängnissen inhaftiert. Neben prominenten Christlichsozialen, die die große Mehrzahl darstellten, befanden sich unter den Häftlingen der ersten Tage auch Kommunisten, etwa der Harder Anton Häfele, der



Gefangenenhaus Bregenz-Oberstadt: für Tausende Oppositionelle Haftort oder Durchgangsstation auf dem Weg in andere Gefängnisse und in Lager.

wegen seines mutigen Auftretens zugunsten schikaniierter Mithäftlinge besondere Achtung genoß. Häfele wurde am 23.5.1940 nach Dachau deportiert (DÖW 15.062), wo er am 11.3.1943 (MA Hard) seinen Qualen angeblich durch Selbstmord ein Ende bereitete (I: Leißing E.).

Bei etlichen Inhaftierten der ersten Umbruchstage ist heute schwer einzuschätzen, ob sie in tatsächlicher "Schutzhaft" oder zu einem eingehenden Verhör festgehalten wurden. Dies war eine weitere Einschüchterungsmaßnahme der neuen Herren und wurde oft zugleich von mehreren Stellen angeordnet. Das Kompetenzchaos der ersten Tage war nämlich ziemlich vollständig. Zur Anordnung von "Schutzhaft" und zu "Verhören" fühlten sich fast alle befugt: die neue Landeshauptmannschaft, die Sicherheitsdirektion unter SS-Chef Alfons Mäser, der Sicherheitsdienst unter Anton Schrattenegger, das Gendarmeriekommando unter Oberst Petrovic, Kreisleitungen und Ortsgruppenführer der NSDAP und besonders die nach wenigen Tagen installierte Gestapo mit ihrem Hauptsitz in der Bregenzer Römerstraße ("Grenzpolizeikommissariat Bregenz"). Auch an den zahlreichen Hausdurchsuchungen, die keines richterlichen Befehls mehr bedurften, beteiligten sich in den ersten Tagen oft



"Grenzpolizeikommissariat Bregenz", die Gestapo-Zentrale für Vorarlberg, Bregenz, Römerstraße 7.

genug "Freiwillige" aus SS, SA und HJ, deren Eifer gelegentlich von den neuen Behörden gebremst werden mußte (DMG; I: Hercher H.).

Welches Klima von Angst und Einschüchterung dadurch erzeugt wurde, ist zwar heute nicht meßbar, aber durchaus vorstellbar. Dazu muß noch bedacht werden, daß viele, wenn nicht in ihrer Freiheit, so doch in ihrer beruflichen Existenz bedroht waren. Die

"Säuberungen" im öffentlichen Dienst begannen gleich nach dem Einmarsch und wurden bis November 1938 mittels der "Verordnung zur Neuregelung des österreichischen Berufsbeamtentums vom 31.5.1938" auf Empfehlung einer eigens dafür eingesetzten Sonderkommission systematisch abgeschlossen. Auch bei der Behandlung der Beamtenschaft praktizierte man Sanktionen in drei Abstufungen: Suspendierung vom Dienst, Pensionierung mit verminderten Bezügen oder Versetzung auf andere Dienststellen und mindere Posten.

Neben den beschriebenen Personengruppen waren seit dem 12. März 1938 auch jene besonders bedroht, die aus politischer Opposition nach der Machtübernahme Hitlers aus Deutschland nach Vorarlberg geflohen waren. Der ehemalige sozialdemokratische Redakteur Krause wußte das und floh rechtzeitig in die Schweiz (Schönherr, 1981:41f.). Die Familie Hercher in Bregenz, die aus Freiburg nach Bregenz übersiedelt war, um den nationalsozialistischen Nachstellungen zu entgehen - Emil Hercher war vor 1933 Funktionär der Zentrumspartei gewesen -, wurde bereits am 14. März festgenommen. Nach seinem Umzug nach Bregenz im Mai 1937 hatte Hercher in Vorarlberg vor der Nazi-Herrschaft öffentlich zu warnen versucht, "stieß aber meist auf taube Ohren" (OF IVa-168/188). Einige Artikel, die er im "Volksblatt" untergebracht hatte - zum Beispiel am 22. Mai 1937 -, reichten den einmarschierten Nazis allerdings aus, Emil Hercher im Oktober 1938 "wegen Abfassung und Veröffentlichung von anti-nationalsozialistischen Hetzartikeln in der Auslandspresse" ins KZ Buchenwald einzuweisen (OF IVa-168/188). Erst die Intervention von Himmlers Kindermädchen, die mit Herchers Bregenzer Wohnungsgeberin verwandt war, brachte Hercher nach vier Jahren KZ die Freiheit (I: Hercher H.).

Zusammen mit Emil Hercher wurde nach dem Einmarsch sein Sohn Theo verhaftet, Mitte Mai jedoch wieder entlassen. Aber auch seine Leidensgeschichte war damit noch lange nicht zu Ende. Am 16.10.1943 wurde er als Militärarzt im Lazarett Krakau wegen "wehrkraftzerstörender Äußerungen" verhaftet. Einige Zellen weiter befand sich zu dieser Zeit Dr. Hermann Sinz aus Bregenz. Als Frau Hercher die beiden inhaftierten Bregenzer besuchen wollte, wurde ihr vom zuständigen Kriegsrichter - dieser war ein Rechtsanwalt aus Bregenz - keine Besuchserlaubnis erteilt (I: Hercher H.). Nach kurzer Freiheit wurde Dr. Hercher schließlich am 9.11.1944 wieder verhaftet und ins Gefängnis Berlin-Moabit überstellt. Seinem Rechtsanwalt war es gelungen, durch weit-schweifige Beweisangebote das Verfahren bis in den April 1945 zu

verschleppen (OF IVa-168/188) und so das Leben seines Klienten zu retten. Das Beispiel der Familie Hercher macht augenscheinlich, wie genau die neuen Machthaber des März 1938 ihre ersten Aktionen gegenüber bestimmten Personen geplant hatten.

Ohne daß hier weiter in die durch die Arbeit von Margit Schönherr entfachte Diskussion (vgl. Lingenhölle, 1983; Burmeister, 1983) eingegriffen werden soll, sind zur allgemeinen Stimmung in diesen ersten Tagen des neuen Regimes einige grundsätzliche Feststellungen zu treffen:

- 1) Widerstand im Sinne politischer Aktionen der alten gegen die neuen Machthaber hat es in Vorarlberg wie im übrigen Österreich nicht gegeben. Die kämpferischen Naturen unter den Christlichsozialen blieben mit ihrem Zorn weitgehend isoliert.
- 2) Der Komplex des "inneren Widerstandes" (vgl. Lingenhölle, 1983) ist gewiß nicht zu vernachlässigen, bisweilen aber im nachhinein überzeichnet und vor allem von der Quellenlage her schwer überprüf- und meßbar.
- 3) Das Begriffspaar Angst und Anpassung kennzeichnet die Stimmung unter den bis zum März 1938 herrschenden Eliten wohl am zutreffendsten. Daß die neuen Herren mit einigen milder und mit anderen brutaler umgingen, hing meist nicht vom Verhalten beim Einmarsch und den darauffolgenden Tagen, sondern vom politischen und persönlichen Verhalten in den vorausgegangenen Jahren christlichsozialer Alleinherrschaft ab. Was die Nazis als "schwarze Gehässigkeit" bezeichneten, war in vielen Fällen der persönliche Mut gewesen, den Illegalen die Stirne zu bieten, bisweilen aber auch eher lieblose Pflichterfüllung, die ohne besondere Gewissensnöte auch jetzt wieder geleistet wurde. Die praktischen Resultate dieser Angst waren meist Rückzug oder Anbiederung. Die Grundsatztreueren versuchten in zurückgezogener Unauffälligkeit zu leben, um damit von Strafmaßnahmen oder beruflichen Sanktionen verschont zu bleiben. Dies war umso gebotener, als die neuen Staats- und Parteibehörden gerade die ehemaligen Funktionsträger mit besonderem Argwohn beobachteten. Den Nationalsozialisten war jedenfalls auch in den späteren Jahren durchaus klar, wer "schwarz" geblieben war und dem Staat nur den notwendigsten Tribut zollte, um einigermaßen ungeschoren zu bleiben. Wenige nur hatten den Mut, ihre christliche beziehungsweise "vaterländische" Gesinnung auch außerhalb der eigenen vier Wände nicht zu verhehlen. Die zum Teil peinlichen Fälle von politischer Anbiederung an die neuen Machthaber sollen im Rahmen dieser "Widerstandsarbeit" nicht

näher ausgeführt werden. Aber auch davon gab es nicht wenige.

- 4) Es bleibt also festzuhalten, daß es keinen organisierten Widerstand der alten Eliten gegeben hat und daß der Umfang der Rache Maßnahmen und politischen Kaltstellungen in Vorarlberg verhältnismäßig um nichts geringer war als in anderen Teilen Österreichs. Der bei Schönherr bisweilen entstehende Eindruck eines relativ schmerzlosen Überganges ins Großdeutsche Reich ist höchstens für den Bereich der Verwaltung zutreffend, nicht aber für den Großteil der einzelnen politisch exponierten Menschen, für die der Nationalsozialismus durchwegs einen existentiellen Bruch bedeutet hat.

Meinrad Pichler

Widerstandsgruppen

Die "Aktionistische Kampforganisation"

Den ersten großen Schlag gegen eine organisierte Gruppe, die in Vorarlberg gegen den NS-Staat arbeitete, führte die Bregenzer Gestapo im Frühjahr 1940. Schon das ganze Jahr 1939 hindurch hatte der Dornbirner Schlosser Wilhelm Himmer sowohl einen intensiven Kontakt zu Schweizer Stellen aufgebaut als auch in Dornbirn und Umgebung für seine Absichten geworben. Im Auftrag des in der Schweiz lebenden Deutschen Dr. Max Oberholzer hatte Himmer eine "AKO" (Aktionistische Kampforganisation) aufzubauen begonnen. Die einzelnen Angeworbenen wurden von Himmer bei Oberholzer namhaft gemacht, worauf sie aus Konstanz - damit der Brief keinen Zoll passieren mußte - eine Bestätigung ihrer Mitgliedschaft erhielten, in der auch die Richtlinien für die Tätigkeit der AKO wie folgt beschrieben waren:

"1. Jedes Mitglied hat die Pflicht, dem Naziregime den größtmöglichen Schaden zuzufügen durch Gegenpropaganda (Flüsterpropaganda), Nachrichtendienst (auch militärisch), Vorbereitung von Anschlägen gegen öffentliches Eigentum und nazistische Einrichtungen.

2. Jede Aktion unternimmt das Mitglied auf eigene Gefahr. Die Organisation ist auf jeden Fall zu decken, denn nur so ist es möglich, dem verunglückten Mitglied Hilfe zu bringen.

3. Aktionen sind nach Möglichkeit erst der Leitung zur Prüfung vorzuschlagen. Wilde Aktionen sind nach Möglichkeit zu vermeiden, doch sollen günstige Gelegenheiten rücksichtslos ausgenutzt werden.

4. Jedes Mitglied hat die Aufgabe, von den Plänen und Vorhaben der Nazis möglichst viel auszuspähen und der Zentrale sofort genaue Mitteilung zu machen.

5. Meldungen der Mitglieder werden durch die Reihe, wie sie durch die Werbung entsteht, weitergeleitet. Jede Mitteilung ist unverzüglich dem Vordermann weiterzugeben.

6. Im Kriegsfall hat jedes Mitglied die Pflicht, die Verkehrsverbindungen, die für den Nachschub der Armee wichtig sind, zu unterbrechen und zu stören durch Anschläge auf Eisenbahnen,

Militärtransporte, Telefon- und Telegrafverbindungen, Brücken etc.

7. Die Mitglieder sind zur größten Schweigsamkeit und Vorsicht verpflichtet. Neue Mitglieder dürfen erst dann eingeweiht werden, wenn sich der Werbende überzeugt hat, daß sie absolut sicher sind.

8. Alle schriftlichen Mitteilungen der Zentrale sind sofort nach Erhalt zu vernichten.

9. Die Mitglieder sind sich zu gegenseitigem Beistand verpflichtet" (DÖW 8197).

Zur Verwirklichung von Anschlägen und Sabotageakten nach dem Programm der "AKO" ist es aber nicht gekommen. Die Gestapo war der Gruppe zuvorgekommen, und dies besonders aus drei Gründen: erstens erfolgten die Anwerbungen Himmers und die seiner engsten Vertrauten relativ offen, zweitens wurde ein Mann, der der Gruppe von Anfang an angehört hatte, zum Denunzianten, und drittens barg die Person Himmers zu starke Widersprüche in sich. Himmer war den Vorarlberger Gerichten der Ersten Republik durch einige kleinere kriminelle Delikte kein Unbekannter (vgl. LGF Vr 678/35); er könnte aus heutiger Sicht als unangepaßter Sozialrebell beschrieben werden. Die von ihm Angeworbenen waren meist orientierungslos gewordene Arbeiter, die vorher zeitweise mit unterschiedlichen Gruppen sympathisiert hatten - mit Christlichsozialen, Sozialdemokraten und Kommunisten, wie der Verurteilte Paterno angab, sogar mit der SA (DÖW 8197) -, ohne aber zum engeren Kader irgendeiner Organisation zu gehören. Gemeinsam war ihnen die Erfahrung, daß der Nationalsozialismus die Lage der Arbeiter noch weiter verschlechtert hatte. Himmer selbst dürfte die Gruppenmitglieder über ihre AKO-Tätigkeit hinaus noch für ein zweites Unternehmen - teilweise ohne ihr Wissen - eingesetzt haben: Unter Berufung auf die AKO-Richtlinien forderte er nämlich von den Gruppenmitgliedern, "sich besonders für militärische Nachrichten, insbesondere für Bunker- und Kasernenbauten, Truppentransporte und durchmarschierende Kolonnen zu interessieren und entsprechende Beobachtungen ihm unverzüglich mitzuteilen; hiebei gab er vor, daß er die Nachrichten an den Leiter der AKO in der Schweiz weiterleite, Anlässlich der Unterredungen Sohms (ebenfalls ein Mitglied der AKO; Anm. d. Verf.) mit dem Angeklagten Paterno wurde dieser auch aufgefordert, ihm Nachrichten politischer und militärischer Art zukommen zu lassen; wie Angeklagter Höfel angab, trat Paterno in der Folgezeit an Höfel heran, auch militärische Nachrichten, insbesondere über Truppentransporte ihm sofort zu melden" (DÖW 8197, Anklageschrift).

Wenn man dazu noch in Betracht zieht, daß sich Himmer laut Aussage seiner Frau des öfteren in Altsrätten mit einem Offizier der Schweizer Armee traf - sie selbst durfte beim Gespräch nicht dabei sein (I: Fitz E.) -, so ist durchaus anzunehmen, daß er nicht nur für Oberholzers AKO, sondern vielleicht sogar für offizielle Schweizer Stellen tätig war. Das Interesse der Schweizer Behörden an militärischen Informationen über die Grenzgebiete war enorm. Dies zeigt sich einerseits an der intensiven Einvernahme von Deserteuren durch die schweizerischen Militärbehörden (I: Huber H.), andererseits auch recht nachhaltig am Fall des Lustenauers Eduard Grabher, dem die St. Galler Kantonalregierung für getürkte Invasionspläne der Deutschen Wehrmacht 600 Schweizer Franken bezahlt hatte. Als die Militärbehörden allerdings bemerkten, daß sie ihre Truppen umsonst im Rheintal massiert hatten, übergaben sie Grabher der Gestapo (NZZ, 5.5.1939). Im August 1940 wurde dieser zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und kurz vor der Verlegung in ein österreichisches Gefängnis am 13.8.1940 in der Berliner Strafanstalt Alt-Moabit wegen "Widerstandes" erschossen (DÖW 6929). Dies nur zur Illustration des Schweizer Interesses.

Wahrscheinlich trifft die Annahme einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit auch für Oberholzer selbst zu, der im Hause eines Schweizer Bundesrates aus und ein ging. Auch das "Vorarlberger Tagblatt" berichtet in einer kurzen Notiz über Himmers Hinrichtung, daß dieser "Spionage gegen Deutschland getrieben und sich hochverräterisch gegen das Deutsche Reich betätigt" habe (VT, 10.7.1942).

Himmer wurde schließlich im Jänner 1940 an der Lustenauer Grenze verhaftet, nachdem die Grenzposten anläßlich einer Per-lustrierung einen AKO-Zettel in seiner Rocktasche entdeckt hatten. Himmer und seine Frau hatten eine Grenzkarte für den kleinen Grenzverkehr (s. Kundmachung im VT, 13.10.1939), weil Frau Himmer aus St. Margarethen stammte und dort ihre Eltern wohnten. Noch einmal bewies er seine Unvorsichtigkeit. Die Gestapo hatte ihn nämlich nach kurzem Verhör wieder freigelassen, worauf er sofort die Wohnungen einiger Gruppenmitglieder aufsuchte, um diese zu warnen. Genau das hatte die Gestapo gewollt und Himmer einen Tag später wieder festgenommen (I: Fitz E.). Zwei Jahre dauerten nun die Erhebungen, bis der Prozeß am Volksgerichtshof in Innsbruck am 20.3.1942 abgeschlossen wurde (DÖW 8197). Himmer wurde zum Tod verurteilt und am 8. Juli 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet (VT, 10.7.1942), Arthur Sohm zu lebenslanger, Elsa Himmer zu zwölf-, Josef Wieland zu sieben-

A-b-s-c-h-r-i-f-t

Beil. Abschrift

6. J 132/408

2 H 147/41

Im Namen

Des Deutschen Volkes!

In der Strafsache gegen

- 1) den Schlosser Wilhelm H i m m e r , geb. am 30. November 1910 in Blafenz, (Vorarlberg), zuletzt in Dornbirn (Vorarlberg), wohnhaft gewesen,
- 2) die Ehefrau Eba H i m m e r , geb. 1. 3. 1914 in St. Margarethen (Schweiz), zuletzt in Dornbirn (Vorarlberg), wohnhaft gewesen,
- 3) den Hilfsarbeiter Albert M a s e r , geb. 13. Juni 1906 in Bregenz (Vorarlberg), zuletzt in Dornbirn (Vorarlberg) wohnhaft gewesen,
- 4) den Kraftwagenführer Arthur S o h n , geb. 6. September 1908 in Dornbirn, zuletzt auch dort wohnhaft gewesen,
- 5) den Druckerarbeiter Josef W i e l a n d , geb. am 19. Januar 1900 in Annraberg (Steiermark), zuletzt in Dornbirn (Vorarlberg) wohnhaft gewesen,
- 6) den Hilfsarbeiter Johann G u t e n s o h n , geb. am 14. März 1915 in Dornbirn, zuletzt auch dort wohnhaft gewesen,

wämtliche zurzeit in dieser Sache gerichtlicher Untersuchungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat

hat der Volksgerichtshof, 2. Senat auf Grund der Hauptverhandlung vom 18., 19. und 20. März 1942, an welcher teilgenommen haben

als Richter:

Vizepräsident des Volksgerichtshofs Engert, Vorsitz, Oberlandesgerichtsrat Nikels, Obergeneralarbeitsführer Freiherr Loeffelholz von Gölberg, NSKK Brigadeführer Heindius

Oberstudienrat Heinslein, als Vertreter des Oberreichsanwalts:

Staatsanwalt Dr. MasB

als Urkundenbeamter der Geschäftsstelle:

Obersekretär Schmid,

für Recht erkannt:

Es werden verurteilt:

Der Angeklagte Wilhelm H i m m e r wegen Landesverrats in Verbindung mit Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer.

Elsa H i m m e r

wegen Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit Beihilfe zum Landesverrat zu 12 -zwölf- Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 -zehn- Jahren.

Die Angeklagten

S o h n , W i e l a n d und G u t e n s o h n wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit der Verabredung des Landesverrats u. zw.

S o h n zu lebenslangem Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit,

W i e l a n d zu 7 -sieben- Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 7 -sieben- Jahren,

G u t e n s o h n zu 5 -fünf- Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 -fünf- Jahren.

Urteil gegen die Dornbirner "Aktionistische Kampforganisation" vom März 1942.

und Johann Gutensohn zu fünfjähriger Zuchthaushaft verurteilt (Urteil in der DMG). Sohm, Wieland und später auch Paterno kamen ins bayerische Zuchthaus Kaisheim, von wo sie im Jänner 1944 nach Mauthausen überstellt wurden.

Über diese Überstellung berichtete Josef Wieland: "Wir fuhrten im sogenannten Zeiserlwagen. Man zwingt uns in Käfige hinein, wo nur 2 Personen Platz hätten, von uns wurden aber 6-8 hineingestoßen. Dann ging es zwei Tage ohne Essen und Trinken nach Mauthausen. Um 10 Uhr nachts kamen wir am Bahnhof an, wo uns die SS mit vorgehaltenen Revolvern und Gewehren in Empfang nahm. Dann mußten wir in Fünferreihen eine Stunde ins Lager marschieren. Schon beim Laufen wurden wir mißhandelt; da gab es Hiebe und Stöße. Mitternacht kamen wir oben im Lager an, wo man uns einen schönen Empfang bereitetete! Wir wurden aufgestellt und von der SS gefragt, warum wir ins Lager gekommen sind. Ein jeder sagte warum, wofür man jeweils geschlagen wurde. Es gab



Arthur Sohm, Mitglied der Dornbirner Widerstandsgruppe "AKO" - 1944 im KZ Mauthausen zu Tode gebracht.

unter uns viele Hochverräter und einige Kriminelle. Wir Hochverräter mußten die Hände hochheben und wegtreten. Dann wurden wir so geschlagen, daß uns das Blut über und über herunterrann. Wir wurden zu Boden geschlagen und dort mit Fußstritten traktiert. Dann mußten wir in der größten Kälte 2 Stunden still stehen; nachher wurden wir gebadet und wie ein Schwein, wenn man es schlachtet, von Kopf bis Fuß rasiert. Dann ging es wieder hinaus, wo wir wieder eine Stunde stehen mußten und wo man uns erklärte, daß wir alle noch heute oder morgen aufgehängt würden" (OF 1Va 168/51).

Arthur Sohm wurde bereits am 21. März 1944 ein Opfer dieser "Lagerbehandlung", Josef Wieland hat die Strapazen mit Zähigkeit und Glück, aber mit bleibenden Schäden für seine Gesundheit, überstanden. Im

Außenlager Loibl-Paß wurde er im Mai 1945 von englischen Truppen schwer erkrankt gefunden und in ein Klagenfurter Lazarett gebracht.

Wielands Frau, die Musiklehrerin Maria Wieland, geb. Gunz, wurde durch die Verhöre, Hausdurchsuchungen und Mißhandlungen durch die Gestapo nervlich derart erschüttert, daß sie im Herbst 1944 an die Innsbrucker Nervenlinik "abgegeben werden mußte". Dort verstarb Frau Wieland im Dezember 1944. "Die Schwäche und Hinfälligkeit der Frau Wieland nahmen hier unaufhaltsam zu ... dazu trat eine hypostatische Lungenentzündung" (Bericht der Innsbrucker Klinik an den Dornbirner Nervenarzt Dr. Knoflach, DMG). Damit war "Mizzi" Wieland zweifellos ein Opfer der NS-Euthanasie geworden.

Gutensohn kam ins Zuchthaus Amberg/Oberpfalz, nachdem er in der zweijährigen Untersuchungshaft in Feldkirch eine schwere Krankheit überstanden hatte. Bei der Entwaffnung der SS-Wachmannschaft vor der Ankunft der amerikanischen Befreiungstruppen im Amberger Gefängnis spielte Gutensohn eine entscheidende Rolle (I: Gutensohn J.). Auch Elsa Himmer wurde von amerikanischen Truppen aus einem oberbayerischen Gefängnis befreit, konnte sich aber erst im Sommer 1945 zu ihren beiden Kindern nach Dornbirn durchschlagen.

In vier weiteren Prozessen, die vom 7. Sondersenat des Oberlandesgerichtes Wien am 20.1.1942 (DÖW 8197, 8230) und 16.6.1942 (DÖW 8227) durchgeführt wurden, kam es zur Verurteilung von neun weiteren Gruppenmitgliedern und Personen, die der Gruppe nahegestanden hatten. Nur der Wohnungsgeber Himmers wurde freigesprochen. Eine weitere Person, die mit der Gruppe sympathisiert hatte, war wichtigster Zeuge der Anklage und erhielt nach dem Prozeß von der Dornbirner Ortsgruppenleitung der NSDAP Himmers Mobiliar zugesprochen (I: Fitz E.). Die Angeklagten Josef Heinzle, Emil O. Huber (DÖW 8226), Johann Salizzoni und Josef Anton Schmid (DÖW 8197) sowie Johann Peter (DÖW 8230) und Josef Jäger (DÖW 8227) wurden wegen "Nichtanzeigens hochverräterischer Umtriebe" zu Haftstrafen zwischen einem halben und eininhalb Jahren verurteilt; Josef Höfel, Eugen Bohle und Hilar Paterno wurden der "Vorbereitung des Hochverrats" für schuldig erkannt und erhielten zwei, drei und 15 Jahre Gefängnis beziehungsweise Zuchthaus. Hilar Paterno wurde zugleich der "Verbreitung von Lügennachrichten ausländischer Sender" bezichtigt; auch wurde ihm von den hier Verurteilten die aktivste Werbetätigkeit für die AKO unterstellt. Er kam in ein württembergisches Zuchthaus und wurde 1943 nach Mauthausen



Dornbirner Widerstandskämpfer nach ihrer Rückkehr aus Konzentrationslagern und Gefängnissen sowie Angehörige von Getöteten im Jahre 1945.

Von links nach rechts: Andreas Bösch, Josef Weber (stehend), Johann Gutensohn, Anna Fässler, dahinter stehend Eugen Bohle, Josef Wieland, Norbert Tost, ganz hinten stehend Johann Kaufmann, in der Mitte sitzend unbekannt, neben Kaufmann stehend unbekannt, davor stehend Johann Jäger, hinten stehend Josef Jäger, davor sitzend Ernst Rein, ganz rechts Theresia Sohm.

überstellt, wo er einen Tag nach seiner Ankunft auf der "Todesstiege" erschlagen wurde (I: Sohm R.). Von Paterno sei hier noch die Kurzbiographie des Prozeßaktes wiedergegeben, weil sie den sozialen Hintergrund nahezu aller Gruppenmitglieder exemplarisch beleuchtet:

"Hilarius Paterno, ein Sohn der Eheleute Johann und Cherubina Paterno, war nach Besuch der Volksschule in den Jahren 1919 bis 1922 bei der Textilfabrik Hämmerle und anschließend bis 1926 in der Ziegelei in Dornbirn als Hilfsarbeiter beschäftigt. In der Folgezeit ging er auf Wanderschaft und arbeitete als landwirtschaftlicher Arbeiter in der Gegend des Bodensees. Von der Wanderschaft zurückgekehrt war er in verschiedenen Betrieben Dorn-

birns als Hilfsarbeiter bis zum Jahre 1939 tätig. Dann arbeitete er im Montafon und zuletzt bei der Firma Pfersche in Dornbirn. Dort hatte er zuletzt einen Monatslohn von 110 Reichsmark. Er ist unverheiratet, wohnt bei seiner Mutter und hat für niemanden zu sorgen. Sein Vater ist im Weltkrieg gefallen.

Paterno gehörte von 1920 bis 1922 der sozialdemokratischen Partei an. Im Jahre 1935 trat er der Heimwehr bei. Er will auch kurze Zeit illegal bei der SA gewesen, aber wieder ausgetreten sein" (DÖW 8197).

Weitere AKO-Kämpfer, deren Schicksal aus den Akten nicht rekonstruierbar ist, waren Franz Zauner (GeBBR 26/40) und Adolf Lohs (GeBBR 39/41), die beide mit Wieland festgenommen wurden und in Bregenz inhaftiert waren (GeBBR). Nur der Denunziant Albert M. wurde freigesprochen (DÖW 2509).

Die Härte, mit der gegen diese Dornbirner Gruppe vorgegangen wurde, blieb für die ganze Terrorherrschaft in Vorarlberg beispiellos. Eine Gruppe von solchem Umfang sollte es bis 1944 nicht mehr geben. Auch der Haß, den die nationalsozialistischen Teile der Dornbirner Bevölkerung den Verurteilten gegenüber aufbrachten, ist kaum zu beschreiben. Die Dornbirner Hitlerjugend wurde nach Appellen mehrmals zum Hause Sohm geführt, um dieses mit Steinen zu bewerfen (I: Sohm R.). Gutensohn wurde noch im Herbst 1945 am Dornbirner Bahnhof von einem Unbekannten bespuckt (I: Gutensohn J.). Die Nachwelt hat sich um die Opfer dieser Dornbirner Gruppe auch nicht gekümmert. Ihr Andenken war umso leichter zu verdrängen, als das Haupt der Gruppe nach bürgerlichen Verhaltensvorstellungen auch nach 1945 abqualifiziert werden konnte. Die KPÖ wollte nach 1945 von Wilhelm Himmer ebenfalls nichts wissen, Paterno und Sohm aber als "ihre" antifaschistischen Kämpfer reklamieren (TZ, 17.10.1946). Jedenfalls war es Himmer und seinen Leuten gelungen, den Vorarlberger Nazi-Funktionären die Illusion zu rauben, daß ihnen die totale Unterdrückung oder gar die Befriedung der Arbeiterschaft geglückt sei. Auch kann diese Gruppe für sich beanspruchen, als erste versucht zu haben, mit Antifaschisten des Auslandes zusammenzuarbeiten.

Für Kreisleiter Plankensteiner brachte diese Dornbirner "Hochverräteraffäre" - wie er sich ausdrückte - die Erkenntnis, daß seine Interventionsmöglichkeiten, etwa für die Familie Wieland, gegenüber Polizei und Justiz gleich null waren, ja daß nicht einmal die NSDAP-Ortsgruppe Haselstauden zu einer menschlichen Haltung zu bewegen war (Briefwechsel in der DMG). Gewalttätiger und rücksichtsloser ist in der neueren Geschichte dieses Landes

nie gegen eine Gruppe politisch Andersdenkender vorgegangen worden.

Die Gruppe Malin

Einen ganz besonderen Stellenwert im Vorarlberger Widerstand gegen den Nationalsozialismus nimmt die "Gruppe Malin", vor allem Johann August Malin selbst, ein. Das zeigt sich auch daran, daß gerade dieser Name in jüngerer Zeit öffentliches Interesse findet und daß sich nach Johann August Malin eine historische Gesellschaft gegründet hat, die sich die Erforschung der jüngeren Geschichte Vorarlbergs und besonders des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus zur Aufgabe gestellt hat.

Malin, der führende Kopf, versammelte seit dem Beginn der vierziger Jahre eine Gruppe von Gleichgesinnten um sich, die in verschiedenen Aktionen und vor allem durch laufenden Informationsaustausch ihre Absicht bekundeten, dem NS-Staat so gut wie möglich entgegenzuarbeiten. Die wesentlichen Aktivitäten in diesem Kreise gingen auf Johann August Malin selbst zurück. Bedeutsam an dieser Gruppe ist auch die Tatsache, daß die Mitglieder aus unterschiedlichen weltanschaulichen Lagern kamen. Es fanden sich hier kommunistische Funktionäre, Christlichsoziale und Sozialisten zusammen. Auch ein katholischer Priester nahm an den Sitzungen und Beratungen dieser Gruppe teil und brachte wesentliche Informationen.

Gerade das breite politische Spektrum, das von der Gruppe abgedeckt wurde, war für die NS-Behörden gefährlich. In einem SD-Bericht aus dem Jahre 1941 schreibt der SD-Chef aus Innsbruck an das Reichssicherheitshauptamt folgende Einschätzung der Lage in Tirol und Vorarlberg: "Es gibt derzeit in sicherheitspolitischer Hinsicht keinen Grund zu besonderer Besorgnis. Dieser Fall würde erst dann eintreten, wenn die marxistischen und kommunistischen Kreise mit der in Opposition stehenden streng katholischen Bevölkerung sich im Kampf gegen die NSDAP vereinen würden" (DÖW 1449). Diese Vereinigung der christlichen mit den marxistisch orientierten antifaschistischen Gruppen war Ziel auch des Johann A. Malin, und er war auf diesem Weg schon ein ordentliches Stück weit gekommen. Die Tätigkeit Malins erstreckte sich auf viele Gebiete und geschah bisweilen ohne allzu große konspirative Rücksicht.

Johann A. Malin war 1902 geboren, absolvierte die Dorfschule von Sattens und kam dann nach dem Ersten Weltkrieg als

Arbeiter zum Spullerseekraftwerk. Die Abgeschlossenheit dieser hochgelegenen Baustelle schuf einen besonders guten Boden für die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, und sehr viele der dortigen Arbeiter waren später Funktionäre der Sozialdemokraten in verschiedenen Vorarlberger Gemeinden (I: Schoder J.). Malin selbst war dann auch als Ortsobmann in der Sozialdemokratischen Partei von Satteins tätig, bis er im Jahre 1927 diese Funktion niederlegte (Nachlaß Malin/DMG). Von dieser Zeit an galt sein Hauptinteresse seiner persönlichen und der Volksbildung, hier ganz besonders der Geologie. In einigen Jahren hatte er es zu besonderen Kenntnissen gebracht, was sich auch in Publikationen über die Geologie des Walgaus und in einem Büchlein über die Geologie der Umgebung von Satteins zeigt. Malin war aber nicht nur Geologe, sondern er war ein weitem, besonders in Arbeiterkreisen, bekannter – man würde heute sagen – Armenanwalt. In seinem Rechenschaftsbericht vor seiner Hinrichtung spricht er davon, daß er etwa 4.000 Eingaben und Ansuchen bei verschiedenen Ämtern für unterschiedliche Menschen gemacht habe (Nachlaß Malin/DMG). Es war in Feldkirch in den Kreisen der ärmeren Bevölkerung ein gängiges Wort, daß Ratsuchende oder in die Maschinerie der Bürokratie Geratene beschieden wurden: "Geh doch damit zum Malin!" (I: Schoder J.). Malin war also die Auskunftsperson und der Ratgeber Hunderter von Menschen, die sonst nirgends Hilfe fanden oder die sich einen akademischen Rechtsbeistand nicht leisten konnten.

In den dreißiger Jahren war Malin Obmann der Vorarlberger Urania-Gesellschaft, wo er besonders unter dem Aspekt der Volksbildung versuchte, in der Zeit des Austrofaschismus politische Bildung in seinen Führungen und Lehrausgängen unterzubringen (I: Tiefenthaler R.). Während dieser Lehrausgänge und während seiner geologischen Exkursionen kam er auch in Kontakt zur Bevölkerung in den Vorarlberger Berggebieten. Hier war er geschätzt als Ratgeber und als ein Mann, der über die politische Situation draußen in der Welt zu berichten wußte. Daß ihm gerade von hier aus wegen seiner Widerstandstätigkeit die niederträchtigste Denunziation erwuchs, war eine besondere Tragik. Eine Sennerin aus dem Großen Walsertal, die Malin auch von dessen Besuchen in jener Gegend kannte, tauchte eines Tages mit ihrem Geliebten in Feldkirch auf und bat Malin, etwas für diesen Mann zu tun, der nun wieder an die Ostfront einzurücken hätte. Malin gab verschiedene Hinweise und erwähnte dabei auch die Fluchtmöglichkeit in die Schweiz. Diese Frau wurde dann im späteren Prozeß gegen Malin zu einer Hauptstütze der Anklage.



Johann August Malin (links) mit dem vormaligen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und späteren Landesrat Jakob Bertsch bei einer Höhlenexkursion im Großen Walsertal.

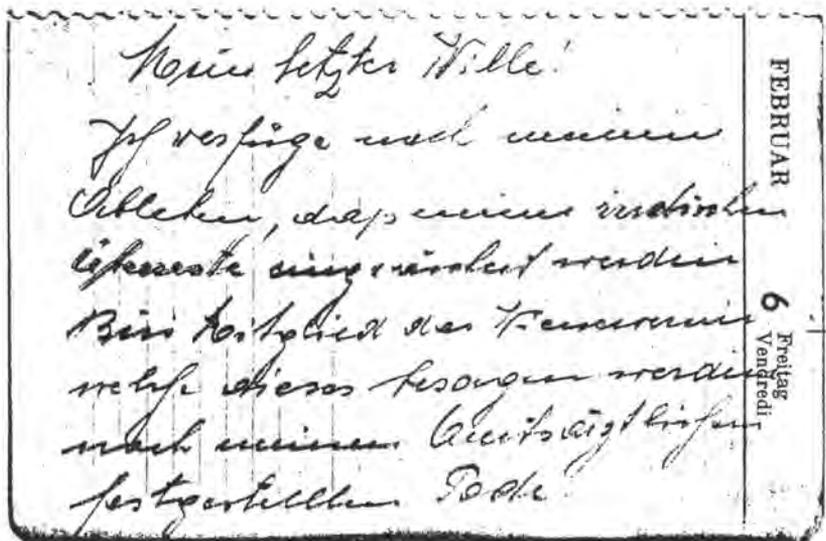
Und zwar, wie Malin in einem Schreiben an seine Frau vermutete, weil sie dafür von den Behörden ihr beschlagnahmtes Radiogerät zurückerhalten sollte (Brief im Nachlaß/DMG).

Auch für Malin selbst spielte das Radio eine entscheidende Rolle in seiner Widerstandstätigkeit, war er es doch, der verschiedene interessierte Kreise bei sich zu Hause oder in Gaststätten immer wieder auf den Frontverlauf und die Situation im Ausland hinweisen konnte. Er wurde auch ständig von Leuten, die sich selbst nicht getrauten, "Feindsender" zu hören, über den Stand der politischen Dinge und der Kriegslage befragt. Malin war quasi ein halböffentliches antifaschistisches Auskunftsbüro in Feldkirch, was natürlich auch den NS-Behörden nicht verborgen geblieben war. Nicht umsonst wurde schließlich zu Beginn des Jahres 1942 ein Spitzel der Gestapo auf Malin angesetzt, der Material für einen Prozeß gegen diesen Mann sammeln sollte. Dieser weibliche Spitzel, der sich in die Gruppe und in die Diskussionszirkel eingeschlichen hatte, präsentierte schließlich im Mai des Jahres 1942 "sein Material" - Malin wurde verhaftet. Auch seine Frau wurde bei dieser Gelegenheit festgenommen und durch mehrere Wochen hindurch eingesperrt. Bei der Hausdurchsuchung fand die Gestapo weiteres Material, das Malin schwer belastete. Er hatte nämlich seinem Schwager, der wieder an die Ostfront einrücken mußte, abgezogene Zettel mitgegeben, die dieser im Falle einer Feindberührung verwenden sollte. Auf diesenzetteln war in deutscher und russischer Sprache der Satz festgehalten "Hallo, hier Österreicher, bitte nicht schießen, ich laufe über" (DÖW 4043).

All diese Fakten genügten dem Oberstaatsanwalt beim Volksgerichtshof, den Prozeß gegen Malin nicht nur einzuleiten, sondern auch mit einem Todesurteil zu beenden. In der ganzen Zeit der Verhöre sowohl in Feldkirch als auch in München war Malin offensichtlich nichts über seine Mitarbeiter abzugewinnen, da einige von diesen überhaupt nicht verhaftet und die anderen nach einigen Wochen wieder freigelassen wurden. An Malin selbst wurde ein Exempel statuiert. Er wurde im Oktober des Jahres 1942 zum Tode verurteilt und am 10. November 1942 in München-Stadelheim hingerichtet (vgl. Brändle u. a., 1982).

In Vorarlberg selbst war die Erinnerung an diesen mutigen antifaschistischen Kämpfer bereits nach dem Jahr 1945, in dem noch eine Gedenkfeier stattgefunden hatte, ausgelöscht worden. Als Johann August Malin anläßlich des vierzigsten Jahrestages seines Todes wiederum von der neugegründeten Gesellschaft geehrt wurde, entstand in bestimmten Kreisen Vorarlbergs großer Unwille

darüber. Dies ging soweit, daß eine Vorarlberger Zeitung - die "Vorarlberger Nachrichten" - aus einem Akt des Vorarlberger Landesarchives zitierte, der der historischen Forschung vorenthalten wurde und in dem zu lesen war, daß Johann August Malin im Jahre 1938 um Mitgliedschaft in der NSDAP angesucht hatte (Auskunft Melanie Malin, die in den Akt Einsicht nehmen konnte). Dies ist deshalb ohne weiteres zu erklären und plausibel, da Malin schon Jahre hindurch arbeitslos gewesen war, in den Jahren



Der letzte Wille des Johann August Malin, auf einem Kalenderblatt im Gefängnis Stadelheim vor der Hinrichtung verfaßt.

des Austrofaschismus kaum zu leben hatte und nun von einem Feldkircher Geologen, der selbst dem Nationalsozialismus nahestand, dazu bewogen worden war, der Partei beizutreten, damit er die neuerschaffende Stelle eines Landesgeologen erhalte. Selbstverständlich waren Malins Position und Gesinnung den NS-Behörden bekannt, weshalb sie auch eine Aufnahme in die Partei ablehnten. Dieser frühe Versuch Malins, im neuen Reich einen qualifizierten Arbeitsplatz zu erhalten und dafür die Verstellung einer Parteimitgliedschaft in Kauf zu nehmen, soll nun als Argument dazu dienen, Malin für die heutige Zeit

noch einmal unglauwbüdig zu machen, seine Leistungen im Kampf gegen den Nationalsozialismus zu schmälern und natürlich damit auch die Gesellschaft, die nach ihm benannt ist, zu diskreditieren. Ebenso scheint wohl der aktuelle Versuch der KP-Zeitschrift "Land im Blick" (Nr. 2/83) der historischen Wahrheit wenig dienlich, wenn die KPÖ diesen Mann plötzlich als den ihren zu vereinnahmen sucht.

"Beides - billige Diskreditierung und plumpe Heroisierung - wird den Motiven Johann August Malins und vieler anderer Antifaschisten nicht gerecht. In beiden Fällen bleibt von Malins Persönlichkeit, seinen Irrtümern, seinem Mut und seiner Einsicht, daß lernendes Handeln gegen eine faschistische Diktatur möglich ist, nichts übrig" (Sperrung 1, 28).

Auch andere Antifaschisten aus dem Umkreis der Gruppe Malin wurden Opfer der Gestapo; so Ernst Bittschwamm, der im Jahre 1943 verhaftet und in ein Konzentrationslager verschleppt wurde (Haftbestätigung in der DMG). Auch der Geistliche Rudolf Melk wurde mehrmals verhaftet und sollte schließlich Ende 1944 in ein Konzentrationslager deportiert werden. Er entzog sich dem Abtransport durch einen Selbstmordversuch im Bludenzer Gefängnis, der ihm die Verlegung ins Feldkircher Krankenhaus einbrachte und die Deportation ersparte (GeBBl und LGF Sa 1944). Emanuel Novotny, bei dem Malin öfters Radio gehört hatte, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt (DMG).

Nach 1945 mußten Ernst Bittschwamm und auch die Witwe Johann August Malins jahrelang um ihre Opferfürsorgeansprüche mit der Landesbürokratie streiten. Das zeigt nur noch einmal besonders anschaulich die Art des Umgangs mit Opfern des Nationalsozialismus in diesem Lande. Auch die Auseinandersetzung in jüngster Zeit, die in dem Versuch gipfelt, das NS-Opfer noch einmal zu opfern, bezeugt die unbewältigte Vergangenheit und dokumentiert die Tatsache, daß man gerade den Widerstand von Linken in Vorarlberg unter den Tisch zu kehren versucht.

Junge Katholiken

Neben den von der Gestapo und der Justiz aufgedeckten und bestraften Gruppen gilt es auf eine Gruppe hinzuweisen, die nicht aufgedeckt wurde und deren Widerstand ganz anderer Natur war. Es handelt sich um den lockeren Zusammenhang eines Teiles jener katholischen Jugendlichen, die vor 1938 aktiv im Reichsbund oder bei den Pfadfindern tätig gewesen waren. Hier kristalli-

sierte sich ein Kern heraus, dem neben anderen Eugen Leißing, Albert Lingenhöle, Franz Schwärzler, Sepp Büsel, Martin Müller und Josef Marte angehörten und der im Laufe der NS-Herrschaft immer mehr Jugendliche in diese Gruppierung bringen konnte. So wurden über 100 junge Leute ermutigt, "stabil" zu bleiben, den Verlockungen des neuen Systems zu widerstehen und ihrer alten Gesinnungsgemeinschaft treu zu bleiben. Treffen dieser oppositionellen Gruppe fanden hauptsächlich in abgelegenen Gebieten statt, etwa in Langen bei Bregenz oder auf der Bezegg. Auch arrangierten Leute aus dieser Gruppe Zusammenkünfte mit jüngeren Burschen, um diese nicht ausschließlich dem Einfluß der HJ zu überlassen. Bewaffnete Aktionen standen zumindest zur Diskussion.

Mitgliedern dieser Gruppe war es auch gelungen, Dokumente der früheren Jugendorganisationen vor den neuen Machthabern zu retten. So wurde gleich nach dem Einmarsch das Bregenzer Austriahaus beschlagnahmt: "Während ein SS-Posten vor dem Haus



Mitgliedsausweis Nr. 1 der Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung für Eugen Leißing aus Bregenz.

Wache hielt, stiegen einige Pfadfinder durch ein Fenster ein und bargen das wichtigste Material" (Schwärzler, MS o.J.).

Gegen Ende des Krieges waren es Mitglieder dieser Gruppe, die im Widerstand eine hervorragende Rolle spielten. Franz Schwärzler etwa baute und betrieb den Sender, mit dem Bregenz zur "Weiß-Beflaggung" aufgefordert wurde; Eugen Leißing sollte als besonders Exponierter als Geisel festgenommen und liquidiert werden (Schreiben des Gestapo-Mannes Winkler/DMG), wurde aber von einem Gestapo-Beamten zuvor informiert. Nachdem er sich einige Tage bei einem Bauern im Vorderen Bregenzerwald versteckt hatte, wurde er von Freunden wieder nach Bregenz geholt, um hier die Widerstandsbewegung mitzuorganisieren. Leißing besitzt den Mitgliedsausweis Nr. 1 der Sektion Vorarlberg der Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung. Albert Lingenhölle geriet in englische Kriegsgefangenschaft und verlas am Kriegsende als Vertreter des katholischen Teils der österreichischen Jugend im Auslandssender von BBC folgenden Aufruf:

"Als junger Katholik erlebte ich den März 38. Damals begann der Leidensweg des österreichischen Volkes. In mir und in vielen meiner jungen Freunde wurde bald die Erkenntnis wach, dass wir uns zusammenschließen müssen, um aktiven Widerstand gegen die Nazis leisten zu können. Wir Buben und Maedeln haben uns bald in kleineren Gruppen gefunden. In ganz Vorarlberg entstanden so kleine Gemeinschaften, in denen der österreichische Gedanke und die Liebe zum Vaterland hochgehalten wurden. Aber in unserem jugendlichen Leichtsinne haben wir oft unvorsichtig gehandelt. Manches Maedel und mancher Bursche wurden wegen staatsfeindlicher Betätigung aus der Schule entlassen. Die Lehre, die wir daraus zogen, bestand darin, dass wir in noch kleineren Gruppen arbeiten mussten und unter Anwendung noch grösserer Vorsicht. Diese Anfangszeit war schwer. Man konnte fast zu niemandem mehr Vertrauen haben. Aber umso entschlossener waren die wenigen, die noch uebrig blieben. Dann kam der Krieg. Wir wurden Soldaten in der deutschen Wehrmacht. In dieser Umgebung war es natuerlich noch schwerer als frueher, denn wir waren hauptsaechlich unter Pifkes. Aber wo ein Wille ist, da gibt es auch immer einen Weg. So war es mir, als Jung-Katholiken aus Vorarlberg ohne weiteres moeglich, in Klagenfurt mit der dortigen Pfarrjugend in Verbindung zu kommen. Aber die Arbeit in der Illegalitaet hat nun Gott sei Dank ihr Ende gefunden. Wir sind wieder freie Menschen und koennen wieder offen fuer unser Vaterland arbeiten. Aber wir duerfen nicht uebersehen, dass das eine wesentliche Umstellung bedeutet, eine Umstellung vom

Misstrauen zum Vertrauen, von der Verschleierung zur Offenheit. ... Es ist die Pflicht aller demokratischen Parteien achtzugeben, daß es keinem Judas gelingt, sich einzuschleichen. Eine solche Möglichkeit muss unbedingt ausgeschaltet werden. Alle demokratischen Oesterreicher muessen dementsprechend handeln und arbeiten" (DÖW 6746/3).

Widerstand außerhalb des Landes

Eine ganze Reihe von Vorarlbergern, meist Akademiker oder Studenten, engagierte sich in Widerstandsgruppen außerhalb des Landes. So trafen sich Mitglieder der katholisch-legitimistischen "Großösterreichischen Freiheitsbewegung" um Dr. Jakob Kastelic in der Wiener Wohnung des Otto Burtscher aus Hard, der nach der Aufdeckung dieser Gruppe von 1940 bis 1943, also nahezu drei Jahre, inhaftiert war (DÖW 3336).



Otto Burtscher, Gestapo-Aufnahme nach seiner Verhaftung am 26.10.1940 in Wien.

Der aus Nüziders stammende Dr. Wilhelm Ritsch gehörte der Widerstandsgruppe um den Wiener Kaplan Dr. Heinrich Maier und den Tiroler Forstingenieur Dipl.-Ing. Walter Caldonazzi an (DÖW 1594), mit denen er am 28.10.1944 in Wien verhaftet wurde. Insgesamt neun Mitglieder dieser Gruppe wurden vom 5. Senat des Volksgerichtshofes wegen "Hoch- und Landesverrates" zum Tode verurteilt, darunter auch Dr. Ritsch. Am 15.1.1945 wurde er zur Exekution nach Berlin-Brandenburg überstellt, konnte aber durch

ein Ansuchen um Wiederaufnahme des Verfahrens einen Aufschub der Hinrichtung bewirken. Am 27.4.1945 befreiten ihn die Alliierten aus der Todeszelle (StaBl 7/141). Auch der Dornbirner Dr. Karl Fulterer wurde von der NS-Justiz mit dieser Gruppe in Zusammenhang gebracht und im gleichen Prozeß wegen "Beihilfe zum Hochverrat" angeklagt, aus Beweismangel aber freigesprochen (StaBr Sa 1945). Zwei Wochen nach dem Wiener Prozeß wurde er allerdings von der Bregenzer Gestapo wieder in Haft genommen und der Gestapo Innsbruck überstellt (GeBBR 3742/44).

Der spätere Feldkircher Gymnasialdirektor Walter Stecher gehörte der "Österreichischen Freiheitsbewegung" um den Klosterneuburger Chorherrn Karl Roman Scholz an, der im Mai 1944 hingerichtet wurde (Steiner, 1964:156). Bereits im Oktober 1940 waren Aktivisten dieser Bewegung erstmals verhaftet worden. Unter diesen befand sich neben dem später hingerichteten Dipl.-Kfm. Gerhard Fischer-Ledenice und dem zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilten Dr. Viktor Reimann auch Walter Stecher. Er wurde - im selben Prozeß wie Fischer-Ledenice und Reimann - im Dezember 1943 zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt (Urteil in DMG). Am 13.5.1945 wurde er aus dem westfälischen Gefängnis Werl befreit (I: Stecher W.).

Zu den Mitgliedern einer Widerstandsgruppe im Raume Wien - Wiener Neustadt zählte der Feldkircher Dr. Max Riccabona. Ihn verhaftete die Gestapo im Mai 1941 und hielt ihn in Wien und Salzburg gefangen, bevor er am 16.1.1942 ins Konzentrationslager Dachau deportiert wurde. Nachdem er dort neben den SS-Schikanen auch schwerste Krankheiten, unter anderem Typhus, überstanden hatte (DMG), wurde er am 29.4.1945 von amerikanischen Truppen befreit. Dr. Riccabona wurde nach der Rückkehr in seine Heimat zum Obmann der "Österreichischen demokratischen Widerstands-bewegung / Sektion Vorarlberg" gewählt.

Neben den genannten Akademikern, die durchwegs in katholischen Gruppen organisiert waren, gab es eine ganze Reihe von Vorarlberger Eisenbahnern, die Mitglieder linker Widerstandsorganisationen außerhalb des Landes waren. Einer von diesen, Konrad Tiefenthaler aus Frastanz, der einer Gruppe ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre im Raume Salzburg-Tirol angehörte, wurde von der Münchner Gestapo zu Tode mißhandelt, weil er sich offenbar standhaft geweigert hatte, seine Verbindungsmänner preiszugeben (siehe Kapitel "Individuelle Opposition").

Meinrad Pichler

Kommunisten und wegen „kommunistischer Betätigung“ Verfolgte 1938—1945

Wie im übrigen Österreich (Konrad, 1978:18) fiel den Nationalsozialisten auch in Vorarlberg der gesamte Aktenbestand der austrofaschistischen Behörden in die Hände (Schönherr, 1981:56). Daß es allem Anschein nach trotzdem nicht zu umfangreichen Verhaftungsaktionen unter den illegalen Sozialisten und Kommunisten kam, dürfte in erster Linie im stark zunehmenden Arbeitskräftebedarf insbesondere in der Bauwirtschaft, aber auch bei der Bahn, begründet sein. Daß eine Registrierung bekannter Sozialisten und Kommunisten vorgenommen wurde, zeigt sich auch darin, daß die Akten des Landesgerichts Feldkirch und der Bezirkshauptmannschaften, die die Widerstandstätigkeit der illegalen Arbeiterparteien gegen den Austrofaschismus betrafen, offenbar durchgesehen und unter 1938 abgelegt wurden. Die Aufforderung an die Gendarmerieposten, bekannte Kommunisten zu melden, wurde bereits erwähnt (vgl. Kapitel "Die KPÖ in Vorarlberg 1933-1938").

Die Organisation der "Revolutionären Sozialisten" stellte nach dem Einmarsch ihre Tätigkeit ein (Pelinka, 1981:249), sozialistische Gruppen waren aber weiterhin im Widerstand aktiv. Die KPÖ stellte im Gegensatz dazu - nach einem vorübergehenden Rückgang der Aktivität in der Zeit unmittelbar nach dem "Anschluß" (Konrad, 1978:18) - die Organisation ihrer illegalen Arbeit nicht um und versuchte, weiterhin eine zentral angeleitete und koordinierte Betätigung zu entfalten. Die Gestapo verfügte aber über intensivere Fahndungstechniken, und der neue Staat insgesamt über größere Brutalität als der Austrofaschismus. Das Zentralkomitee der KPÖ befand sich, wie schon seit 1933, bis zum November 1938 in Prag, übersiedelte dann nach Paris und im Oktober 1939 nach Moskau (Vogelmann, 1973:5). Solange es möglich war, unterhielt die Partei im Inland die Verbindung zum ZK im Ausland über Emissäre (Konrad, 1978:19). Diese Art der Verbindung wurde immer schwieriger; einzelne Emissäre wie Willy Frank und Anton Reisinger konnten wegen der Gefahr der Entdeckung nicht mehr ins Inland zurückkehren, andere wurden verhaftet (Röder/Strauß, 1980). Bis 1941 gelang es der Gestapo, vier zentrale Leitungen der KPÖ in Österreich zu zerschlagen.

1943 wurde noch zweimal versucht, zentrale Organe der Partei im Inland aufzubauen: Sie wurden jeweils nach kurzer Zeit aufge-

deckt. Nun waren die einzelnen Zellen auf sich allein gestellt und konnten ihre Arbeit untereinander höchstens noch im lokalen Rahmen koordinieren. In den meisten Fällen dürfte die einzige Verbindung nach außen der Moskauer Rundfunk gewesen sein. Die Partei trug der veränderten Situation mit der Losung Rechnung: "Du bist die Partei! Je schwieriger die Bedingungen des Kampfes werden, umso größer wird die Rolle und die Verantwortung jedes einzelnen Kommunisten" (Holzer, 1971:131). Somit war wahrscheinlich für ganz Österreich der Zustand eines weitgehenden Zerfalls der Organisation erreicht, den die Vorarlberger Kommunisten schon 1938 hinnehmen mußten. Erst ab dem Oktober 1942 - Ausstrahlung des Aufrufs zur Gründung der österreichischen Freiheitsfront durch Radio Moskau und durch den Sender Freies Österreich (Holzer, 1971:134) - nahm die Widerstandstätigkeit der österreichischen Kommunisten wieder zunehmend koordinierte Formen an und steigerte sich in einzelnen Gebieten bis zum bewaffneten Kampf (vgl. Holzer, 1971).

Für Vorarlberg allerdings war eine über den lokalen Rahmen hinausgehende Zusammenfassung der kommunistischen Widerstandsbewegung zu größeren organisatorischen Einheiten nicht festzustellen (vgl. Konrad, 1978:21f.). Die meisten der unter dem Verdacht kommunistischer Betätigung Verhafteten hatten auf sich allein gestellt gehandelt. Die wenigen existierenden Gruppen, etwa die um Karl Schoch in Dornbirn, hatten keinerlei Kontakt zu überregionalen Organisationen der KPÖ.

Bei den im folgenden aufgeführten Fällen von "kommunistischer Mundpropaganda" ist kein Zusammenhang mit organisierten kommunistischen Aktivitäten erkennbar. Rudolf Helbock aus Hard wurde am 26. Juli 1938 zu vier Wochen Arrest verurteilt, weil er am 1. Mai 1938 öffentlich, nämlich bei der Maifeier der Harder Fischer im Gasthaus Sonne, die Reichsregierung geschmäht und sich als "Roten" bezeichnet hatte. Er stand im Verdacht, mit Franziska Vobr zusammengearbeitet zu haben. Die Strafe erhöhte sich durch das Eingreifen des OLG Innsbruck am 7. September 1938 auf sechs Wochen. Der Ortsgruppenleiter von Hard wandte sich am 25. August an das Landgericht und führte in einem Schreiben aus: "Ich bin der Meinung, wir Nationalsozialisten sollten nicht die Fehler der alten Regierung machen und immer wieder strafen. So muß Helbock Kommunist werden und sonst kann er als Nationalsozialist erzogen werden..." (LGF Vr 744/38).

Der als unstet bekannte Franz Josef Stocker, mit 64 Jahren zum Straßenbau in Hochkrumbach verpflichtet, äußerte sich vor seinen Arbeitskollegen in abfälliger Weise über die Religion und den

Nationalsozialismus und bekannte sich zum Kommunismus. Am 23. Februar 1939 wurde er dafür mit sechs Monaten Kerker bestraft, nachdem ein Verfahren beim Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingestellt worden war. Am 3. März 1939 kam er in die Verfügungsgewalt der Gestapo; sein weiteres Schicksal ist nicht bekannt, vermutlich wurde er als "Asozialer" in ein Konzentrationslager eingewiesen (LGF Vr 852/38). Im Falle des Andreas Tillich aus Bregenz wurde das Verfahren eingestellt, weil für die Behauptung eines Denunzianten, er betreibe kommunistische Mundpropaganda, keinerlei Anhaltspunkt erbracht werden konnte. Eine Entschädigung für die Untersuchungshaft von drei Monaten wurde aber abgelehnt (LGF Vr 997/38).

Friedrich Ernecker wurde mit dreieinhalb Monaten Arrest bestraft, weil er in Bildstein in betrunkenem Zustand Sympathien für den Kommunismus verraten habe (LGF Vr 27/39). Dieser und andere Fälle "kommunistischer Mundpropaganda" (LGF Vr 886/38 Julius Gaßner, drei Monate; LGF Vr 639/33 Franz Teufl, gegen Gelöbnis auf freien Fuß; LGF Vr 973/38 Benedikt Büsel, Verfahren eingestellt; LGF Vr 13/39 Johann Ponholzer, zweieinhalb Monate) weisen viele Ähnlichkeiten auf: Der Ort des Geschehens ist ein Gasthaus, die Beschuldigten haben meist ausgiebigen Alkoholkonsum hinter sich, sie waren zu keiner Zeit politisch aktiv und hatten kaum Kontakt zur organisierten Arbeiterbewegung; oft sind sie unstet und wegen krimineller Delikte vorbestraft. Ihr Bekenntnis zum Kommunismus scheint eher aus provokatorischer Absicht erfolgt zu sein. Die Bestrafung ist nur dann gering, wenn es sich um dringend benötigte Facharbeiter handelt, wie bei Franz Teufl. Das Beweisverfahren ist mangelhaft, die Zeugen verraten oft eine denunziatorische Absicht. Ansätze zu einer politischen Schulung verratenden Argumentation zeigen sich nur bei Johann Grabher (LGF Vr 60/39, zweieinhalb Monate, DÖW 769).

Wahrscheinlich noch 1939 – der genaue Termin konnte nicht eruiert werden – wurde der bekannte Kommunist Johann König aus Lustenau verhaftet. Vor dem Einmarsch der Nationalsozialisten war er besonders für die "Rote Hilfe" aktiv gewesen und mehrmals verhaftet worden (LGF Vr 913/37 und Vr 360/37; vgl. auch die Kapitel "Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze" und "Die KPÖ in Vorarlberg 1933–1938"). Aufgrund von Aussagen von Denunzianten wurde ihm das Abhören von ausländischen Sendern, insbesondere von Radio Moskau, vorgeworfen. König bestritt aber, nach dem Inkrafttreten der Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen, also nach dem 1. September 1939, noch ausländische Sender gehört zu haben. In der Verhandlung des 7. Senats des

Oberlandesgerichts Wien am 5. September 1941 in Innsbruck wurde König freigesprochen, allerdings erst nach einer Untersuchungshaft von 24 Monaten (DÖW 7661).

Am 19. Jänner 1942 wurden zwei bekannte Vorarlberger Kommunisten vom 7. Senat des Oberlandesgerichts Wien verurteilt: Karl Schoch aus Dornbirn zu sechs Jahren Zuchthaus und Karl Kobras zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus. Schoch, der aus dem Bregenzerwald stammte, war im Zusammenhang mit der Dornbirner Kommunistengruppe des Jahres 1935 zu einer Woche Arrest verurteilt worden (LGF Vr 6/36) und seit 1926 Mitglied der KPÖ gewesen (DÖW 8143). Auch bei den Organisationsversuchen der KPÖ im Bregenzerwald dürfte Schoch aktiv gewesen sein (I: Kobras K.). Schoch wurde vom Gericht als "Wortführer" (DÖW 8143) einer Tischrunde im Gasthaus Kehlerhof in Dornbirn betrachtet, die sich vom Herbst 1938 bis zum Sommer 1939 regelmäßig getroffen hatte und aus Sympathisanten der Kommunistischen Partei bestand. Schoch wurde auch vorgeworfen, er habe kommunistische Propaganda betrieben und Mitglieder für die KP zu werben versucht. Karl Moser und Josef Muik erhielten von ihm ein Exemplar der "Basler Rundschau" vom Dezember 1937 und zwei Tarnbroschüren zum Lesen. Weil sie dies nicht angezeigt hatten, erhielten beide fünf Monate Gefängnis (DÖW 8142). Karl Kobras wurde der kommunistischen Mundpropaganda bezichtigt. Er hatte im August und September 1940 Briefe an Schoch geschrieben, aus denen auf persönliche und politische Beziehungen zwischen den beiden Angeklagten geschlossen wurde (DÖW 8143). Karl Schoch wurde am 20. Februar 1942 in das Straflager Rodgau-Dieburg überstellt, Karl Kobras am 7. Februar 1942 in das Gefangenenlager Zweibrücken (Aufnahmekanzlei LGF 144/41 und 145/41). Nach seiner Entlassung wurde Karl Kobras im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juni 1944 erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen, wo er bis zur Befreiung durch amerikanische Truppen verblieb (I: Kobras K.). Franz Josef Winkel aus Reuthe bei Bezau, ebenfalls bereits 1936 als Kommunist verfolgt (LGF Vr 621/36; vgl. Kapitel "Die KPÖ in Vorarlberg 1933-1938"), zog Anfang 1942 den Freitod der drohenden Verhaftung vor (MA Bezau).

Weitere Fälle, die die Behörden als "kommunistische Betätigung" einstufen, sollen hier - chronologisch nach der Reihe der Verurteilungen - aufgelistet werden:

Bürklin Otto, Reichsbahner, ein Jahr und drei Monate wegen "kommunistischer Propaganda" unter den Arbeitskollegen (DÖW 6938);

Hof- Jahr	Zu- und Vorname (Kufname, falscher Name) (Geburtsort, -Jahr- u. -Ort, Religion, Stand, Beschäftigung)	Zuständigkeitsgemeinde (Land) letzter Wohnort und Wohnung	Der Gefangene wurde einge- liefert (überstellt) von	Untersuchungsgefängene			
				Attenzeichen, erkennbare Sondierung	Zeit des Be- glaubes der	Zeit und Art der Verhaftung daß	Dau- raum
93	Kobras Karl geb. 15.3.1880 in Frauentdorf Landw. verh. s. h.	Lithisau Hinterslegg	Gestapo Bregenz	der Gest.	27.3. 23.4. 1941	10.6.41 am 20. Postlager 16.8.	18
94	Oberhauser Ignaz geb. 1.5.1908 in Chudersbüsch, Bersbüsch verh. Arbeitslosen RB.	Chudersbüsch Parzelle Bersbüsch #341	Gestapo Bregenz	der Gestapo	27.3.41 20.4. 1941	5.4. 1941 10h ³⁰	9
95	Mehlsack Hedw. geb. 10.6.1906 in Klosterle verh. Hausfrau	Dornbirn I. Londgasse 35	"	"	28.3.41 14.4.41 1941	3.4. 1941 12.4.	19
96	Albrecht Franz geb. 21.12.1901 in Dornbirn verh. ewang. Maler	Dornbirn Schattau #7	"	"	28.3. 14.4.41 1941	11.4. 1941 12.4.	7
97	Huber Alfons geb. 6.1.1899 in Dornbirn s. h. h. Bismutdrehen	Dornbirn Gerbergasse 8	"	"	28.3. 16.4. 1941	5.4. 1941 10.4.	24
98	Lurnherr August geb. 11.3.1897 in Dornbirn s. h. verh. Hilfsarbeiter	Dornbirn Bergstr. #8	"	"	28.3. 21.4. 1941	11.4. 1941 11.4. ³⁰	5

Im Zusammenhang mit Karl Schoch und Karl Kobras ließ die Bregenzer Gestapo eine Reihe weiterer Personen verhaften, weil sie die Gründung einer kommunistischen Gruppe befürchtete.

Regar Josef, Handelsangestellter, vier Jahre Zuchthaus wegen der Verteilung von Spottgedichten, 1939 (DÖW 6991);

Purker Josef, Reichsbahner, drei Jahre Zuchthaus wegen "kommunistischer Propaganda" unter den Arbeitskollegen (DÖW 7427 und 3719);

Breitenfellner Karl, sechs Jahre Zuchthaus wegen "kommunistischer Mundpropaganda" (DÖW 8239);

Bobleter Max, fünf Jahre Zuchthaus wegen "kommunistischer Mundpropaganda" (DÖW 8239);

Pichler Franz, Fahrer, drei Jahre Zuchthaus wegen "kommunistischer Äußerungen" in einem Gasthaus (DÖW 8238);

Mulec Anton, Weber, Urteil nicht bekannt, "kommunistische Äußerungen" am Arbeitsplatz (7 OJs 195/43);

Vobr Franziska, Angestellte, fünf Jahre Zuchthaus wegen "kommunistischer Propaganda in Tateinheit mit Wehrkraftzersetzung" (DÖW 8516);

Hueller Josef, Maurer, zehn Monate Gefängnis wegen "zersetzender Hetzreden" (DÖW 9241);

Rosskopf Robert, drei Monate "Arbeitserziehungslager" Reichenau (I: Rosskopf R.);

Tidl Johann, Lokführer, sieben Jahre Zuchthaus wegen "kommunistischer Betätigung" (DÖW 6345a);

Thaler Matthias, "Arbeitserziehungslager" Reichenau vom 12. Jänner 1945 bis Kriegsende wegen Unterstützung von sowjetischen Kriegsgefangenen (I: Thaler M.).

In Bregenz bildete sich 1941 eine Gruppe von Jugendlichen, die sich kommunistisch nannte und auch solche Symbole verwendete, in der aber offensichtlich auch für andere oppositionelle Haltungen Platz war. So beabsichtigte man schließlich, auch das Kruckenkreuz auf Flugzetteln als Symbol zu verwenden. Zwei Verurteilte waren zur Zeit ihrer Verhaftung erst 15 Jahre alt: Othmar Jäger und August Wachter wurden am 16. Jänner 1942 vom 7. Senat des Volksgerichtshofes in Feldkirch zu je zehn Monaten Haft verurteilt und am 5. Februar 1942 in das Jugendgefängnis Grätz-Karlau überstellt (DÖW 8256). Wahrscheinlich von dieser Gruppe wurde in der Nacht vom 23. November 1941 das Kriegerdenkmal in Bregenz mit der Aufschrift "Freiheit, Friede und Brot" versehen (Lagebericht vom 15.11.1941 bis 15.1.1942 der Staatsanwaltschaft Innsbruck, BAK 06/327; StaBr PolBer). Am 31. Dezember 1941 wurde ein Auslagenfenster in der Schulgasse in Bregenz mit den Worten "GPU hilft" beschmiert, als Täter wurden Eugen Feldkircher und Erich Madlener festgenommen (StaBr PolBer 1.1.1942). Am 18. April 1942 wurde der Bregenzer Anschlagkasten des Bundes Deutscher Mädel (BDM) demoliert (StaBr PolBer 18.4.1942).

In einigen Fällen ist die Unterstützung von Partisanenaktivitäten in Jugoslawien durch Vorarlberger Kommunisten wahrscheinlich, so durch Anton Tschohl, der als Mitglied der Tito-Armee umkam ("Parteitagsbeilage" der TZ, 17.10.1946), und durch Georg Stump (I: Stump G.). Der Dornbirner Kommunist Hans Holzmüller desertierte aus der Wehrmacht und wurde Mitglied der Roten Armee (I: Weiß A.).

Inwieweit die Widerstandsgruppen um Wilhelm Himmer und Johann August Malin (vgl. Kapitel "Widerstandsgruppen") kommunistisch inspiriert waren, kann wohl nicht mehr eindeutig geklärt werden, obwohl Opfer beider Gruppen von der KPÖ beansprucht wurden ("Parteitagebeilage" der TZ, 17.10.1946). Der Feldkircher Kommunist Heinrich Reisecker gab in einem Interview mit Dietlinde Löffler-Bolka im Jahre 1968 an, bereits vor der Verhaftung der Gruppe um Malin habe sich eine kommunistische Gruppe gebildet. Nur ihm, Reisecker, sei es gelungen, einer Verhaftung und Verurteilung zu entgehen. Er habe dann eine Gruppe organisiert, die über die Schweiz Verbindungen zum englischen Geheimdienst unterhalten habe (Löffler-Bolka, 1975:53; Schelling, 1980:149-152). Umfang und Einfluß dieser Gruppe konnten dokumentarisch nicht abgesichert werden.

Viele Kommunisten in Vorarlberg waren also auch von 1938 bis 1945 im Widerstand aktiv und stellten einen beträchtlichen Anteil der Verurteilten; eine Organisation bestand aber kaum. Dazu muß man aber beachten, daß der Begriff "kommunistische Betätigung" als Straftatbestand nicht nur Kommunisten erfaßte, sondern pauschal angewendet wurde. Andererseits gerieten behördlich bekannte Kommunisten leicht in die nationalsozialistische Verfolgungsmaschinerie und wurden aus verhältnismäßig geringem Anlaß hart bestraft.

Gernot Egger

Anpassung und Widerstand: Vorarlbergs Kirche im NS-Staat

Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und NSDAP, der Widerstand von Geistlichen und die Verfolgung kirchlicher Würdenträger und Organisationen sind schon recht eingehend wissenschaftlich erforscht worden (Wanner, 1972) – im Gegensatz zu vielen anderen Aspekten von Widerstand und Verfolgung in Vorarlberg. Dieser Einseitigkeit in der Wahl des Forschungsobjekts entspricht das Bewußtsein einer Vielzahl von Vorarlbergern: Widerstand und Verfolgung im NS-Staat werden hier hauptsächlich mit der katholischen Kirche in Zusammenhang gebracht. Dieses Bild ist aber weder quantitativ noch qualitativ gerechtfertigt.

Der Kampf gegen die katholische Kirche bildete für die Nationalsozialisten in Vorarlberg sicher einen Schwerpunkt beim Versuch, ihren unbedingten Machtanspruch durchzusetzen. Die Bindung der Bevölkerung an die Kirche und an die Geistlichen im Ort war hier vom ausgehenden 19. Jahrhundert an durch die "Kasiner-Bewegung" immer sehr stark, der Einfluß des Klerus daher groß. Diesen Zustand versuchten die Nationalsozialisten mit aller Gewalt zu ändern.

Dabei wäre es oft gar nicht notwendig gewesen, mit der Institution Kirche auf einen Konfrontationskurs zu gehen, denn ein nicht unbeträchtlicher Teil der Geistlichen wäre zur Zusammenarbeit mit der NSDAP bereit gewesen. Gerhard Wanner weist darauf hin, daß es durchaus "auch unter Vorarlberger Geistlichen (solche) gab ..., die den Nationalsozialismus begrüßten" (Wanner, 1972:21), und bringt dafür eine ganze Reihe von Belegen. Im NS-Staat aber war kein Platz für eine Kirche, die Macht ausüben wollte, und vor allem der ideologische Einfluß der Geistlichkeit war es, der zur Verfolgung der Institution Kirche führte. Der oberste Gestapo-Beamte im Gaubereich Tirol-Vorarlberg, Werner Hilliges, bestätigte dies in einem nach dem Ende der Diktatur durchgeführten Verhör: "Da es in Tirol und Vorarlberg keinerlei nennenswerte kommunistische oder marxistische Gegner und auch keine Judenfrage gab, blieb als einziger politischer Gegner der römisch-katholische Klerus und sein überaus starker Einfluß auf die Bevölkerung übrig. Dieser politische Gegner war aber seiner Natur nach nicht kämpferisch in dem Sinne, wie es der eigentliche Staatsfeind, als den wir im wesentlichen immer die Links-

opposition betrachteten, war. Er leistete vielmehr im wesentlichen einen passiven, aber äußerst wirksamen Widerstand und machte weite Volkskreise gegen ein tieferes Erfassen der nationalsozialistischen Weltanschauung immun" (zit. n. WuVT II, 1984:1). Von diesem Gesichtspunkt aus wird das oft brutale und kleinliche Vorgehen der NS-Machthaber gegen die katholische Kirche verständlich.

Der Konflikt mit der Kirche war von der NSDAP daher durchaus vorprogrammiert, und den Verantwortlichen im österreichischen Episkopat hätte dies auch klar sein müssen. Von den Maßnahmen des "Dritten Reichs" gegen kirchliche Institutionen, Repräsentanten oder Bräuche abgesehen, hatte schon die zum Teil sehr antiklerikale Haltung der "Illegalen" in Österreich eindeutig auf die künftige Vorgangsweise der Nationalsozialisten hingewiesen. Zudem war die betont antikirchliche Einstellung von Gauleiter Franz Hofer allgemein bekannt.

Im Mai 1934 rief beispielsweise die Ortsgruppe der illegalen NSDAP von Lustenau in einem Flugblatt zum Kirchenaustritt auf, "wenn die Gewaltmaßnahmen der Regierung nicht endlich aufhören" (zit. n. Walser, 1983:114). Die "Illegalen" behaupteten in diesem Zusammenhang, daß umgehend etwa 600 Lustenauer diesem Aufruf folgen würden. Schwere Angriffe wurden dabei gegen den Ortspfarrer Dr. Gebhard Baldauf gerichtet. Pfarrer Baldauf war ein Bruder des späteren NS-Schulinspektors Oskar Baldauf. Dennoch wurde der Pfarrer nicht verschont; Öffentlich wurde in diesem Flugblatt behauptet, der Geistliche stehe im "Ruf der Charakterlosigkeit, der Habsucht und der Geschäftsmäßigkeit" (zit. n. Walser, 1983:114).

Auch die Gestapo hatte sich schon sehr früh für Vorarlberger Geistliche interessiert. Der Abt des Gallusstiftes in Bregenz und der Mehrerauer Pater Bonifaz erhielten von den deutschen Behörden im September 1934 ein Einreiseverbot, da sie ihre Beobachtungen in Deutschland bei ihrer Rückkehr nach Österreich "zu einer Hetzpropaganda" auswerteten. "Sollten sonstige katholische Geistliche aus Österreich einreisen, so sind diese in geeigneter Weise zu beobachten, insbesondere wolle durch streng vertrauliche Verständigung der Grenzstellen dafür Sorge getragen werden, daß im Falle der Einreise sofort die für den künftigen Aufenthaltsort örtlich zuständige Zweigstelle der Geheimen Staatspolizei verständigt wird" (StaF Gestapo 13.865) - so eine Dienstanweisung der Gestapo vom 4. September 1934.

Es kann daher nicht verwundern, daß sich trotz der wohlwollenden "Feierlichen Erklärung" der österreichischen Bischöfe die

Gegensätze zwischen Kirche und NSDAP nach der Abstimmung vom 10. April 1938 zuspitzten und sich Konflikte immer schwerer vermeiden ließen. Die ständigen und meist kleinlichen Einschränkungen des kirchlichen Freiheitsraumes konnten von der Geistlichkeit auf Dauer nicht hingenommen werden, wenn auch Weihbischof Franz Tschann versuchte, möglichst keine Angriffsflächen zu bieten – obwohl er der einzige österreichische Bischof war, dem die "Feierliche Erklärung" mit zuviel Entgegenkommen abgefaßt zu sein schien. In einem Brief an den Fürsterzbischof in Salzburg vom 23. März 1938 meinte er unter anderem: "Die gegenwärtige Textierung entspricht nicht dem Denken und Fühlen unseres Vorarlberger Volkes, ringt der nationalsozialistisch gesinnten Bevölkerung keine Achtung ab, macht die in gutem Glauben der früheren Regierung treu ergebenen Anhänger irre und verwundert diejenigen, die in dieser nun einmal unvermeidlichen Übergangszeit Opfer an Freiheit bringen müssen" (DÖW 10.885).

Diese Einschätzung der Situation durch Bischof Tschann wurde durch den Gang der politischen Entwicklung bestätigt. Hervorzuheben ist nochmals, daß er der einzige österreichische Bischof war, der sich in bezug auf die Abstimmung vom 10. April 1938 nicht in den Dienst der NS-Propaganda stellte. Ansonsten trat Bischof Tschann in Fragen, die die Seelsorge nicht unmittelbar betrafen, dafür ein, die Nationalsozialisten gewähren zu lassen. Friedrich Heer charakterisierte ihn folgendermaßen: Er verkörpere "etwas von einem umgekehrten Don Camillo und etwas vom braven Soldaten Schwejk, in seiner Mischung aus devoter Ergebenheit und zäher Aufsässigkeit, im Ringen um eine Erhaltung, Bewahrung, Verteidigung der Interessen seiner Kirche" (Heer, 1972:3). Diese Einschätzung läßt sich durch ein weiteres Zitat belegen, das dem vorhin erwähnten Brief entnommen ist. Es verweist in seiner Ablehnung einer allzu stark in das politische Leben involvierten Kirche durchaus schon auf das "Mariazeller Manifest" des Jahres 1952, in dem sich die katholische Kirche von ihrer politischen Parteinahme vor 1938 distanzierte.

Bischof Tschann, der – wie dargestellt – die "Feierliche Erklärung" als zu weitgehend empfand, hob hervor: "Ich habe all die Jahre her (vor 1938; Anm. d. Verf.) nie ein herbes Wort gegen den Nationalsozialismus gesprochen, immer darauf bedacht, die Gegensätze nach Möglichkeit zu mildern" (DÖW 10.885).

Es gab auch Stellungnahmen Vorarlberger Geistlicher gegen den Nationalsozialismus. Zu Ostern 1938 hatte sich der katholische Religionslehrer Johann Pircher mit Unterstützung von Univ.-Prof. Prälat Franz Zehentbauer und Konsistorialrat Anton Bauer, dem

Obmann der Wiener Pfarrervereinigung, an die österreichischen Geistlichen mit der Aufforderung gewandt, Kardinal Innitzer und den österreichischen Bischöfen in einer vorgedruckten Erklärung die "stolze Freude" über die "Feierliche Erklärung" auszudrücken: "Als wahre apostolische Hirten haben Sie die Seelsorger in eine neue Zeit geführt und zum Dienste am Volke und seinem Führer aufgerufen" (DÖW 10.887). Dieser Brief führte zu Protesten einiger Priester: Ihnen war die Haltung des österreichischen Episkopates gegenüber den NS-Machthabern umso unverständlicher, als der Papst im März 1937 in seinem Rundschreiben "Mit brennender Sorge" auf die Entwicklung in Deutschland hingewiesen hatte. In Österreich war zudem ebenfalls noch 1937 vom Hauptschriftleiter der "Christlichen Pressezentrale" eine Broschüre über die triste Situation der Kirchen in Deutschland veröffentlicht worden (vgl. Schreder, 1937). Ein aus verständlichen Gründen anonym schreibender Vorarlberger Pfarrer meinte dementsprechend in einem Antwortbrief an Pfarrer Johann Pircher: "Gleich vielen Mitbrüdern ist es mir unmöglich, die Dankadresse an Seine Eminenz zu unterschreiben" (DÖW 10.887). In dem vier Seiten langen Brief wurden die Gründe angeführt, warum dieser Geistliche gleich vielen anderen "die Tat des Kardinals nicht verstehen" konnte (DÖW 10.887).

Geheime Staatspolizei
Grenzpolizeikommissariat
B r e g e n z

Bregenz, den 31. Juli 1940.

B. Nr. II B-229/40.

In das Land - Amtsgerichtsgefängnis

B r e g e n z

Betreff: Greussing Liberat, Pfarrer in Dafins,
geb. 26.9.1870 in Hörbranz.

Ich ersuche, die im Betreff genannte Person für das Grenzpolizeikommissariat Bregenz bis auf weiteres in Haft zu nehmen und alle anfallende Post des Häftlings unter genauer Angabe der oben angeführten B. Nr. anher zur Zensur vorzulegen.

Der Grenzpolizeikommissar:

J. P.
Kranz

"Schutzhaftbefehl" für Pfarrer Liberat Greussing, einer der zahlreichen Priester aus Vorarlberg, die inhaftiert wurden.

Besonders stark wurde die Opposition vieler Geistlicher gegen das NS-Regime, als in den Jahren 1939 und 1940 Klöster, katholische Schulen und verschiedene Kirchen aufgelöst oder beschlagnahmt wurden. Betroffen waren die Klöster und Klosterkirchen der Dominikanischen Schwestern und der Kapuziner in Bludenz, die Abteien und Abteikirchen Mehrerau und St. Gallus in Bregenz, das Internat St. Johannes Xaver in Feldkirch und jenes der Salvatorianer in Hörbranz sowie viele andere kirchliche Einrichtungen (DÖW 4959). Auch Prozessionen und Gottesdienste wurden immer stärker eingeschränkt. Viele Geistliche mußten beispielsweise eine oft mehrwöchige Gestapo-Haft über sich ergehen lassen, weil sie Gottesdienste entgegen den gesetzlichen Bestimmungen zu spät, das hieß damals nach sieben beziehungsweise acht Uhr, angesetzt und dies nicht vorher angemeldet hatten (DÖW 10.894).

Eine Vielzahl von Konflikten gab es besonders zu Beginn der NS-Zeit aufgrund der neuen Sitten, die von NS-Organisationen eingeführt wurden: das Turnen mit nacktem Oberkörper bei Männern oder in ärmellosen Blusen und in Hosen bei Mädchen und Frauen. Als sich der Ortspfarrer von Götzis gegen diese Neuerungen aussprach, antwortete ihm Kreisleiter Anton Plankensteiner in einem scharf formulierten Schreiben vom 21. Juli 1938: "Wer an nackten Oberkörpern von Männern Anstoß nimmt, muß abnormal veranlagt sein. Es gibt leider solche Menschen, die dieser Anblick reizt, mit solchen Menschen müssen wir aber abfahren und sie dorthin bringen, wo sie für das Volk unschädlich sind. Ein normal veranlagter Mensch kann daran keinen Anstoß nehmen, nur wer krankhafte Geilheit kennt, sucht bei jeder Angelegenheit etwas Sittenwidriges" (DÖW 10.892). Da sich der Götzner Pfarrer auch gegen die Gemeinschaftsbäder gewandt hatte, da in diesen die Frauen "ihre Reize spielen ... lassen" wollten, attestierte ihm Plankensteiner in dieser Hinsicht ebenfalls Abnormalität.

Die Wortwahl Plankensteiners läßt erkennen, daß die ideologische Auseinandersetzung zwischen Kirche und Nationalsozialismus sehr erbittert geführt wurde. Die neuen Machthaber hatten beim Versuch, den Einfluß der Kirche zurückzudrängen, keineswegs nur ihre eigenen Anhänger hinter sich. Viele Menschen hatten die nicht zeitgemäßen moralischen Vorstellungen der Kirche schon früher abgelehnt - man denke nur an die Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und dem Klerus in der Ersten Republik. Für andere, etwa Mütter unehelicher Kinder oder Scheidungswillige, bedeutete die Zurückdrängung des klerikalen

Einflusses eine Verminderung des gesellschaftlichen Drucks, dem sie sonst ausgesetzt waren.

Die Konfliktfronten verliefen hier recht deutlich. Als etwa in Göfis bekannt wurde, daß es im ehemaligen Vereinshaus zu sexuellen Kontakten zwischen Angehörigen der Hitlerjugend und BDM-Mitgliedern gekommen war - beide Organisationen hatten Räume im Vereinshaus zur Verfügung -, mußte der Bannführer der HJ, Hans Österle, aus Dornbirn anreisen, um die aufgebrachtten Eltern zu beruhigen: "Der Mangel an Aufklärung in der früheren Zeit ist schuld, die Jugend muß ganz anders aufgeklärt werden. Das sind ja ganz natürliche Vorgänge. Ich bin auch in Hamburg gewesen und habe an jedem Arm ein Mädchel gehabt", was einen Vater zum Zwischenruf veranlaßte: "Dann sind es halt Huren gewesen" (DÖW 10.856).

"Stand hier der Nationalsozialismus für Modernisierung und Entprovinzialisierung, stand die Kirche für Tradition und vormodernes Verhaltensmuster" (Hanisch, 1983:171). Dieser Gegensatz von nationalsozialistischer Modernisierung und kirchlicher Tradition spiegelte sich in vielen Konflikten zwischen Parteigewaltigen und Ortsgeistlichen wider. So gab es in Altenstadt schon im Juni 1938 eine Auseinandersetzung zwischen den Parteigewaltigen und dem Ortspfarrer Josef Feuerstein, der in einer Predigt das Marschieren von Mädchen im Badekleid als eine "brutale Schamlosigkeit" und ein "großes Ärgernis für die Gemeinde" bezeichnet hatte (DÖW 10.894). Auch bei einer Vernehmung durch die Gestapo blieb der Geistliche bei dieser Aussage, räumte aber ein, der Nationalsozialismus habe auch viel Gutes gebracht. Positives und Negatives abwägend, meinte Feuerstein schließlich: "Zuerst sage ich, was mir gefällt: Kinder- und Ehestandsbeihilfen, Zurückdrängung des Judentums. Ich war Antisemit schon seit Luegers Zeiten. Was mir nicht gefällt? Daß man die jungen Leute Sonntag früh zum Appell ruft, sodaß sie nicht zur Messe kommen, und sie Samstag abend weggeführt, sodaß auch die Beichte unmöglich ist" (DÖW 10.894).

Auch die österreichischen Bischöfe attestierten der "Bewegung" Positives. In der "Feierlichen Erklärung" zur Volksabstimmung vom 10. April 1938 hieß es: "Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden Bolschewismus abgewehrt wurde" (zit. n. Wanner, 1972:14).

Es scheint also, daß von seiten der Kirche ein Modus vivendi mit den nun Mächtigen hätte gefunden werden können; es lag offensichtlich an diesen, daß das nicht möglich war. Neben

Gauleiter Hofer und dem überaus fanatischen Landesschulinspektor Oskar Baldauf betätigten sich in Vorarlberg besonders Teile der Hitlerjugend von Anfang an als "Pfaffenfresser".

Im Jahre 1942 verhinderten Gendarmeriebeamte in mehreren Gemeinden des damaligen Landkreises Bludenz - etwa in Nenzing, Gurtis, Bürserberg und im ganzen Klostertal - die Abhaltung einer Abendmesse am Fronleichnamstag ohne vorherige Ankündigung (DÖW 10.900). Die Folge war auch hier ein langer und erbittert geführter Schriftwechsel zwischen den politischen Behörden und der Kirche.

Die NSDAP versuchte mit allen Mitteln, die Präsenz der Kirche in der Öffentlichkeit zurückzudrängen, den Einfluß auf die Bevölkerung somit zu mindern. Insbesondere katholische Schulen - vor allem das Jesuitengymnasium Stella Matutina - wurden geschlossen. Aber auch kirchliche Festtage und Prozessionen wurden behindert, wenn nicht gar verboten. Dies zeigte sich besonders deutlich bei der Primizfeier von Ernst Küng am 6. August 1939 in Götzis, die vom Landrat nur unter folgenden Bedingungen erlaubt wurde: "Entsprechend dem kirchlichen Charakter der Feier muß die Teilnahme bei der feierlichen Einholung des Primizianten von seinem Elternhause zur Kirche auf die Geistlichkeit und auf seine nächsten Angehörigen beschränkt bleiben. Aus dem gleichen Grund sind eine Beflaggung und festliche Gestaltung der Ortschaft, auch des zur Einholung des Primizianten benützten Weges, ferner die Teilnahme der Musik, ev. Pöllerschießen sowie sonstige für die Öffentlichkeit bestimmte Propagandamaßnahmen unzulässig" (DÖW 10.889).

Der Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen der Kirche und der NSDAP dürfte nach den Enteignungen verschiedener klösterlicher Besitzungen in den Jahren 1939 und 1940 aber bereits erreicht worden sein. In einem Schreiben an die amerikanischen Militärbehörden vom 27. Juni 1945 beschreibt Bischof Paulus Rusch die Situation folgendermaßen: "Seit 1941 zeigte der Kampf gegen das Christentum und die Kirche im allgemeinen keine neuen Entwicklungsphasen. Durch die verunglückte Kriegsführung kam es, daß Einschränkungen eine gewisse Erleichterung erfuhren, aber nicht ein einziger einmal gegebener Befehl wurde zurückgezogen. Dieselbe antichristliche Bewegung setzte sich fort, obwohl in einer gemäßigteren Form" (DÖW 4959).

Von Priestern an der Basis abgesehen, kann man den Kirchenoberen im allgemeinen und jenen im "Gaubereich Tirol-Vorarlberg" im besonderen keine sehr konsequente Haltung gegen die nationalsozialistischen Machthaber attestieren. Der Professor für

Kirchengeschichte an der Universität Bamberg, Georg Denzler, nimmt eine sehr kritische Position gegenüber der katholischen Kirche ein: "Die ganze Welt wartete schon seit dem Überfall Hitlers auf Polen im September 1939 auf eine klare Verurteilung jeglichen Angriffskrieges durch das Oberhaupt der katholischen Kirche. Doch sie wartete vergebens, auch später, als Hitler ein Land nach dem anderen mit Krieg überzog" (zit. n. Frankfurter Rundschau, 18.8.1983).

Georg Denzler ist keineswegs der einzige kirchennahe Historiker, der die Rolle der Kirchen im Dritten Reich kritisch beurteilt. Ähnlich wie er charakterisierte auch Friedrich Heer das Verhältnis von Kirche und Nationalsozialismus und die oft zu devote Haltung des hohen Klerus: "Die Hirten der Kirche: sie suchten sich zu arrangieren, indem sie, genauestens den Weisungen aus Rom gehorchend, sorgsam bemüht waren, jede politische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu vermeiden, sich strikt und eng auf ihre institutionellen Belange, Kirche in der Seelsorge an den Mitgliedern der Kirche zu erhalten, konzentrierten" (Heer, 1972:3).

So war es denn auch nicht die Kirche als Institution, die da und dort gegen Maßnahmen der neuen Herren auftrat - weder in der Frage der Judenverfolgung beziehungsweise -vernichtung, der Vernichtung anderer rassischer oder religiöser Minderheiten noch in der Frage der Euthanasie, der Vernichtung "lebensunwerten Lebens", hat der Klerus eindeutige Stellungnahmen abgegeben. Es waren aber einzelne Mitglieder dieser Kirche, Priester und Laien, die es aufgrund ihrer religiösen Überzeugung nicht verantworten konnten, dem System - wenn auch nur durch Passivität - Vorschub zu leisten. Diese Bekenner waren es, die über den Kampf um rein kirchliche Belange hinausgingen und dem Anspruch der Kirche gerecht wurden, einen "universalen Humanismus" zu verwirklichen. Friedrich Heer: "Diesen 'universalen Humanismus' besaßen die Führer der Kirche in der Ära des Nationalsozialismus nicht: ihre Basis war zu schmal, ihr Kampf für 'rein kirchliche' Interessen wurde deshalb auch nur im kirchlichen Ghetto voll verstanden. ... Nicht Personen haben versagt, ... sondern eine hohe Tradition" (Heer, 1972:4).

Es bleibt also festzuhalten, daß die katholische Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus vornehmlich darauf bedacht war, ihren Einfluß als Machtträger nach Möglichkeit zu bewahren. Dies wurde dadurch begünstigt, daß sie in Österreich neben der NSDAP und deren Gliederungen die einzige Organisation war, die im wesentlichen bis Kriegsende intakt blieb. Politische Parteien und

Gewerkschaften waren ja schon längst verboten worden. Diesen Aspekt stellt auch Ernst Hanisch in den Vordergrund:

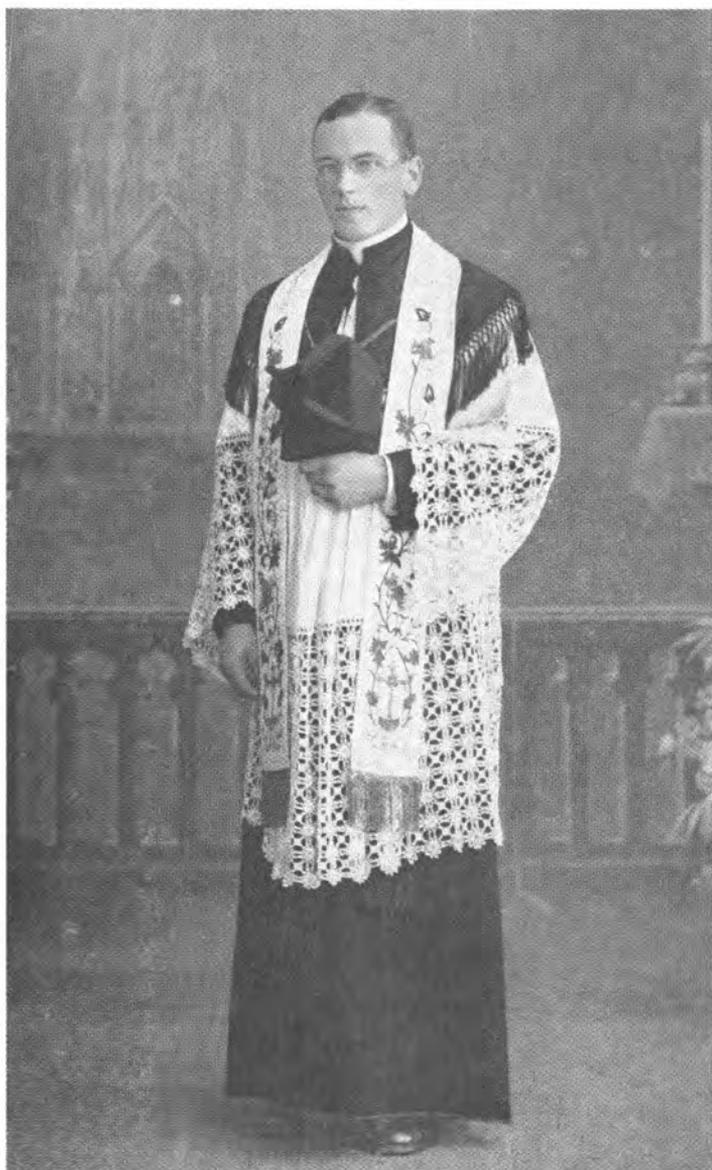
"Insgesamt war die Position des Herrschaftsträgers Kirche im NS-System außerordentlich ambivalent. Sie war während des ganzen Dritten Reiches ein partieller Bündnispartner, der mithalf, das System zu stabilisieren. Dieses Bündnis war ideologisch durch die Überzeugung der Kirche motiviert, daß der Nationalsozialismus Obrigkeit sei und daß daher Römerbrief Kap. 13 gelte – der Obrigkeit (auch der ungerechten Obrigkeit) sei zu gehorchen" (Hanisch, 1983:166). Konflikte mit der Institution Kirche traten daher nur dann auf, wenn kirchliche Freiheitsräume oder Vorrechte durch die NS-Politik angetastet wurden.

Drei Todesurteile gegen Geistliche

Es gab viele Laien und Geistliche, die nicht nach Stellungnahmen durch den hohen Klerus fragten, sondern aus ihrer christlichen Grundhaltung heraus sich durch das "System" nicht vereinnahmen ließen und sich dagegen wandten. Der aus Göfis stammende Provikar Dr. Carl Lampert, der Feldkircher Pater Franz Reinisch und der gebürtige Hesse und in Feldkirch wirkende Pater Alois Grimm wurden hingerichtet, vier weitere Geistliche mußten den bitteren Weg in ein Konzentrationslager antreten, über 30 Geistliche waren zumindest kurzfristig in "Schutzhaft". Ungezählt bleiben die vielen Laien, die aus christlicher Grundhaltung heraus gegen die Nazis aufgetreten sind. An anderer Stelle werden exemplarisch einige solche Fälle dargestellt. Hier aber ist das Hauptaugenmerk auf die Würdenträger der "offiziellen" Kirche gerichtet.

Provikar Dr. Carl Lampert, Pater Franz Reinisch und Pater Alois Grimm sind die drei Blutzengen der katholischen Kirche in Vorarlberg. Ihr tragisches Schicksal belegt, mit welcher unmenschlichen und heimtückischen Methoden die Gestapo vorging, um Beweise für die angeblich subversive Tätigkeit des katholischen Klerus zu finden.

Die besondere Feindschaft der NS-Größen hatte sich der aus Göfis stammende Geistliche Dr. Carl Lampert zugezogen. Nach längeren Studien, die ihn unter anderem auch zum betont "nationalen" Bischof Dr. Alois Hudal an die Anima, den Mittelpunkt der deutschsprachigen Gemeinde, in Rom führten, wurde Dr. Lampert von Bischof Dr. Waitz auf die Stelle eines Provikars der Apostolischen Administration für Tirol/Vorarlberg berufen. In dieser Funktion kam es zu einer Reihe von Konflikten mit



Provikar Dr. Carl Lampert als Neupriester im Jahre 1918.

Gauleiter Franz Hofer. Als Dr. Lampert für den am 30. Mai 1940 im KZ-Buchenwald zu Tode gebrachten Pfarrer von Götzens in Tirol, Otto Neururer, eine Todesanzeige veröffentlichen ließ, wurde er am 5. Juli 1940 von der Gestapo Innsbruck verhaftet. Beanstandet wurden der Satz "... nach großem Leid ..." und die Nennung des Todesortes (Walser, 1964:26ff.).

Lampert wurde als "Schutzhäftling" in das Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert, wo er nur knapp dem Tode entging. Nach einjähriger Haft wurde er "am 2. August 1941, körperlich gebeugt, aber seelisch ungebrochen" entlassen, erhielt "Gauverbot" und mußte in Pommern-Mecklenburg seinen Aufenthalt nehmen (Kempner, 1966:209f.). In seinem neuen Wirkungskreis in Stettin war der Seelsorger ständig von Spitzeln umgeben, einer der ärgsten war der nach 1945 unbehelligt gebliebene "Ingenieur Hagen". "Eines Tages tauchte Hagen auch hier (in Stettin; Anm. d. Verf.) auf. In gewohnter Freundlichkeit stellte er sich bei Dr. Lampert als in Stettin tätiger 'Landsmann' vor und eröffnete ihm, daß er sich in einer schrecklichen Gewissensnot befinde. Er sei als Ingenieur in einem großen Stettiner Rüstungswerk tätig und habe gerade die Konstruktionspläne für ein neuartiges Geschloß mit unheimlicher Treffsicherheit und von vernichtender Wirkung fertiggestellt. Er könne es jedoch mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, die Pläne dem Kriegsamt zu übergeben" (Walser, 1964:42). Lampert blieb dem Spitzel gegenüber zwar vorsichtig, Anfang Februar 1943 war es aber dann dennoch soweit: Zusammen mit einer Reihe anderer Geistlicher wurde er verhaftet und sollte gestehen, im Auftrag von Bischof Rusch Spionage betrieben zu haben. Der Geistliche blieb standhaft. "Als nach drei Monaten die Untersuchung beendet war, erschien die Gestapo auch bei seinem Bruder Julius Lampert in Göfis, um auch hier belastendes Material zu finden. Allerdings vergeblich" (Schuchter, 1955:15). Trotzdem kam es am 19. und 20. Dezember 1943 in Halle an der Saale zu einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht. Wegen "Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung" wurde Dr. Lampert zum Tode verurteilt (Walser, 1964:65f.). Der Prozeß wegen angeblicher "Spionage" fand gesondert statt. Der Vorsitzende des Gerichtshofes im Militärgefängnis von Torgau, Generalstabsrichter Lueben, soll angesichts des offenkundigen Terrorurteils sich noch in der Nacht vor der Urteilsverkündung am 28. Juli 1944 das Leben genommen haben (Kempner, 1966:213). Am 13. November 1944 wurde dann der letzte Akt dieser Justizfarce vollzogen: Dr. Carl Lampert starb am Nachmittag dieses Tages um 16 Uhr als Opfer der NS-Blutjustiz durch das Henkerbeil (Kempner, 1966:217).

Zwei Monate vorher war der lange Jahre als Professor an der Stella Matutina tätig gewesene Jesuitenpater Alois Grimm hingerichtet worden. Grimm, in Wertheim am Main geboren, hatte seit 1926 in Feldkirch unterrichtet. Schon bald nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde dieses Gymnasium aber geschlossen, denn für die neuen Machthaber war diese Schule eine "schwarze Kadenschmiede", die unter anderen Zöglinge wie die ehemaligen Bundeskanzler Dr. Otto Ender und Dr. Kurt Schuschnigg hervorgebracht hatte. Nach Auflösung der Schule wirkte Pater Grimm als Aushilfspriester und Privatgelehrter in Feldkirch-Tisis. In dieser Zeit zog er sich durch Aussagen zur politischen Lage die Feindschaft der örtlichen NS-Größen zu. Ein im Feldkircher Schulwesen tätiger Nationalsozialist initiierte dann auch die Gestapo-Aktion, die zur Vernichtung des Paters führen sollte (I: Blaickner E.).

Im Frühjahr 1943 bat ein reichsdeutscher und im Silvrettagebiet stationierter Flak-Gefreiter namens Luers den Pater um Aufnahme in die Kirche. Er kam wöchentlich zum Unterricht und wurde nach einem halben Jahr auch wirklich aufgenommen. Luers brachte neben seiner Frau auch einen weiteren Spitzel mit, und nach einigen Monaten glaubte die Gestapo, genug Material gegen Grimm in der Hand zu haben: Am 14. Oktober 1943 wurde er verhaftet und nach Innsbruck gebracht. Pater Grimm wurde wegen Wehrkraftzersetzung und defaitistischer Äußerungen angeklagt. Sein Schicksal war in der am 12. August 1944 vor dem Senat I des Volksgerichtshofes in Berlin begonnenen Verhandlung schon im vorhinein besiegelt: Der Vorsitzende war der wohl berühmteste Richter im NS-Staat, Dr. Roland Freisler. Das noch am selben Tag ausgesprochene Todesurteil gegen Alois Grimm wurde vier Wochen später vollstreckt. Die Schwester des Geistlichen erhielt am 18. September 1944 folgende Mitteilung: "Das gegen Ihren Bruder Alois Grimm ergangene Todesurteil des Volksgerichtshofs vom 12. August 1944 ist am 11. September 1944 vollstreckt worden. Die Veröffentlichung einer Todesanzeige ist unzulässig" (Kempner, 1966:135).

Wegen Wehrdienstverweigerung wurde der dritte Vorarlberger Geistliche hingerichtet: Franz Reinisch. Er wurde am 1. Februar 1903 als zweiter Sohn eines aus Tirol stammenden Rechtsanwaltes in Feldkirch-Levis geboren. Nach einigen Jahren übersiedelte die Familie nach Innsbruck, wo Reinisch nach der Matura zuerst Rechtswissenschaft studierte. Nach einem längeren Aufenthalt in Kiel reifte in ihm der Entschluß, Priester zu werden. 1928

schließlich wurde Franz Reinisch zum Priester geweiht, und er begann seine Tätigkeit als Volksmissionar und Männerseelsorger.

Durch konsequente Stellungnahmen gegen das NS-Regime geriet Franz Reinisch bereits zu Kriegsbeginn mit den Behörden in Konflikt. Am 12. September 1940 wurde ihm ein Predigt- und Redeverbot erteilt, da er in einer Diskussion den Standpunkt vertreten hatte, "den Eid, den Soldateneid auf die NS-Fahne, auf den Führer, darf man nicht leisten. Das ist sündhaft. Man würde ja einem Verbrecher einen Eid leisten" (Vogl, 1977:162). Als Franz Reinisch im April 1942 den Einberufungsbefehl zur Sanitäts-Ersatz-Abteilung 13 in Kissingen erhielt, erschien er demonstrativ einen Tag zu spät und erklärte, den Soldateneid nicht leisten zu wollen. Auch nach seiner sofortigen Verhaftung war er nicht bereit, seinen Standpunkt zu ändern.

Vor einem Feldkriegsgericht kam es am 7. Juli 1942 zur Verhandlung gegen den Priester: Franz Reinisch wurde zum Tode verurteilt. Nach seinen Gründen für die Eidesverweigerung gefragt, führte er unter anderem an: "Die gegenwärtige Regierung ist keine gottgewollte Autorität, sondern eine nihilistische Regierung, die ihre Macht nur errungen hat durch Gewalt, Lug und Trug. ... Es gibt für mich daher keinen Eid der Treue auf eine solche Regierung. Einen Eid mit Vorbehalt muß ich nicht und will ich nicht ablegen!" (Vogl, 1977:164). Am 20. August um 20 Uhr wurde Franz Reinisch von einem Staatsanwalt nochmals das Urteil vorgelesen, am folgenden Tag, dem 21. August 1942, um 4 Uhr 56, wurde der Priester im Zuchthaus Berlin-Plötzensee durch das Fallbeil hingerichtet (DÖW 3192).

Geistliche in Konzentrationslagern

Die Verschickung in ein Konzentrationslager war für vier Vorarlberger Geistliche der Preis für ihre klar antinationalsozialistische Haltung.

In ganz Vorarlberg bekannt war der "Fall Schelling". Das Schicksal des tapferen Geistlichen, der sich als Chefredakteur des "Vorarlberger Volksblattes" den Haß der hiesigen Nationalsozialisten zugezogen hatte, sollte allen anderen Geistlichen eine ständige Mahnung sein.

Auch bei den drei anderen Geistlichen waren es die lokalen NS-Größen, die ihre Macht durch die Verhaftung des Pfarrers beweisen wollten. Offenkundig war dies im Falle des Pfarrers von Meiningen, Alois Knecht. Nach verschiedenen Denunziationen durch

nationalsozialistische Bürger seiner Pfarrgemeinde wurde er am 10. Oktober 1940 nach einer zweistündigen Hausdurchsuchung verhaftet. Da die Durchsuchung nichts ergeben hatte, wurde als Grund für die Verhaftung angeführt, der Geistliche habe durch seine Predigten "Unruhe ins Volk getragen" (Wanner, 1972:123).

Zuerst wurde Pfarrer Knecht in das Polizeigefängnis in Innsbruck gebracht und dann in das Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert. Er kam schließlich ins KZ Dachau, wo er als "Schutzhäftling" bis zum 27. März 1945 eingesperrt blieb (Lenz, 1956:340). Der wichtigste Anklagepunkt im Verfahren gegen Knecht war der Vorwurf gewesen, er habe seinen Radioapparat dem Mesner mit der Bemerkung angeboten: "Um eine Reichsmark monatlich lasse ich mich nicht anlügen" (Wanner, 1972:124).



*Pfarrer Alois Knecht, 1939-1945
in den Konzentrationslagern
Sachsenhausen und Dachau.*

Der Expositus von Innerberg, Josef Plangger, wurde von der Gestapo Bludenz vorgeladen, weil er am Fronleichnamstag 1940 noch um neun Uhr eine Messe gehalten hatte. Am Abend zuvor war er informiert worden, daß der Hauptgottesdienst um acht Uhr beendet sein müsse. Da Plangger die Gläubigen aber nicht mehr verständigen konnte, hielt er die Messe wie geplant ab. Während der Vernehmung vertrat der Geistliche die Meinung, der Gottesdienst als kirchliche Angelegenheit gehe die Gestapo eigentlich nichts an. Diese Aussage führte zu einer zweimonatigen "Schutzhaft" in Bludenz und nach einer anschließenden kurzen Tätigkeit

in Gaschurn zu einem "Gauverbot". Aber auch in seinem neuen Tätigkeitsbereich, St. Jakob im Defregental, kam es bald zu einem Konflikt. Provoziert durch "landverschickte" Jugendliche, schrieb Plangger einen scharf formulierten Brief an die zuständigen NS-Behörden. Nach der anschließenden Verhaftung durch die Gestapo Klagenfurt am 6. Juli 1941 kam der Geistliche im August in das KZ Buchenwald. Über das KZ Natzweiler im Elsaß wurde schließlich auch er nach Dachau deportiert, wo er vom August 1942 bis zum 9. April 1945 inhaftiert blieb. Plangger war

zeitweise zusammen mit Pfarrer Knecht in der Heilkräuterabteilung des Lagers beschäftigt (Wanner, 1972:124f.).

Besonders erschütternd ist das Schicksal des aus Altach stammenden Pfarrers von Buch, Othmar Gächter. Am 25. Februar 1939 wurde er von der Gestapo verhaftet und in das Gefängnis in Bregenz gebracht. Von dort kam er am 23. Mai 1939 nach Innsbruck, wo er – noch immer keines "Vergehens" überführt – nach tiefen Depressionen eine Erklärung unterschrieb. In dieser hieß es unter anderem, er verpflichtete sich, künftig volle Loyalität gegenüber den neuen Machthabern zu üben. Diese Erklärung wurde ihm als indirektes Bekenntnis ausgelegt, vorher nicht loyal gehandelt zu haben. Pfarrer Gächter wurde deshalb bis zum 17. Juni 1940 im KZ Dachau festgehalten. Seine Freilassung erfolgte unter anderem auch durch Interventionen von Mitgliedern der NSDAP, unter ihnen der Feldkircher Bürgermeister (Wanner, 1972:123). Unter der Leitung der Führerin der NS-Frauenschaft zog auch eine Delegation von 26 Personen aus Buch nach Bregenz, um dort die Freilassung des Geistlichen zu erwirken (DÖW 10.894).

Der schwerwiegendste Fall für die katholische Kirche war neben den Blutzügen die Inhaftierung von Kaplan Schelling, da er als einer der Wortführer des politischen Katholizismus im Lande galt. Schelling hatte bereits als Kaplan in Hohenems durch seine Korrespondentenberichte für das "Vorarlberger Volksblatt" (I: Schelling L.) Aufsehen erregt und dann 1934 die freigewordene Stelle eines Chefredakteurs bei dieser Zeitung übernommen. In dieser Funktion machte er sich den illegalen Nationalsozialisten überaus verhaßt. Beim Einmarsch der deutschen Truppen im März 1938 konnte Schelling zwar noch sämtliche Unterlagen – etwa die Listen der Korrespondenten aus den Gemeinden und vor allem aus dem Reich – vernichten, wurde dann aber im März 1938 verhaftet und kam über Innsbruck am 31. Mai 1938 nach Dachau. Bis zum Kriegsende war Schelling in Dachau, außer in der Zeit von September 1939 bis November 1940, in der er im KZ Buchenwald bei Weimar inhaftiert war. In all den Jahren im Konzentrationslager verlor Georg Schelling nie den Mut, im Gegenteil, besonders den Vorarlberger Häftlingen gab er immer wieder überlebenswichtige Tips, wie man sich im KZ zu verhalten habe (I: Morell F.). Er selbst wurde am 16. März 1943 zum Lagerkaplan bestellt, im Oktober 1944 ernannte ihn der Münchner Kardinal Michael Faulhaber gar zum Lagerdekan (Schnabel, 1965:159).

Um eine Besserstellung der SS-Soldaten in der Gefangenschaft der Alliierten zu erreichen, wurden einige KZ-Häftlinge zu sogenannten "Ehrenhäftlingen" ernannt. Zu diesen gehörte auch

Konzentrationslager Dachau 3 K

Folgende Anordnungen sind beim Schriftverkehr mit Gefangenen zu beachten:

1.) Jeder Schutzhaftgefangene darf im Monat zwei Briefe od. zwei Karten von seinen Angehörigen empfangen und an sie absenden. Die Briefe an die Gefangenen müssen gut lesbar mit Tinte geschrieben sein und dürfen nur 15 Zeilen auf einer Seite enthalten. Gestattet ist nur ein Briefbogen normaler Größe. Briefumschläge müssen ungefüllt sein. In einem Briefe dürfen nur 5 Briefmarken à 12 Pfg. beigelegt werden. Alles andere ist verboten und unterliegt der Beschlagnahme. Postkarten haben 10 Zeilen. Lichtbilder dürfen als Postkarten nicht verwendet werden.

2.) Geldsendungen sind gestattet.

3.) Es ist darauf zu achten, daß bei Geld- oder Postsendungen die genaue Adresse, bestehend aus Name, Geburtsdatum und Gefangenen-Nummer, auf die Sendungen zu schreiben ist. Ebenso müssen alle Schreiben den genauen und vollständigen Absender tragen. Wenn die Adresse fehlerhaft ist, geht die Post an den Absender zurück oder wird vernichtet.

4.) Zeitungen sind gestattet, dürfen aber nur durch die Poststelle des K. L. Dachau bestellt werden.

5.) Pakete dürfen nicht geschickt werden, da die Gefangenen im Lager alles kaufen können.

6.) Entlassungsgesuche aus der Schutzhaft an die Lagerleitung sind zwecklos.

7.) Sprecherlaubnis und Besuche von Gefangenen im Konzentrations-Lager sind grundsätzlich nicht gestattet.

Der Lagerkommandant.

Meine Anschrift:

Absender:

Name:

Schelling Georg

geboren am:

26.9.06

Gef.-Nr.

21165

Dachau 3K, den: 31. Mai 42

Meiner Lieben!

Züglung mit mir

respekt if fruits ring

an miran yndank-

Sehr lieb von mir: vor vier Jahren

gab ich den Boden des Hofes Lagerob

zum erparment betreten. Hier liegen

Jahre! Und noch auf liegen kein

Brief von Kaplan Schelling aus dem KZ Dachau an seine Familie.

Georg Schelling. Nach siebenjähriger Haft - gegen Ende des Krieges - wurde Schelling deshalb kurz vor der Auflösung des Konzentrationslagers entlassen und kam am 15. April 1945 zu seiner Familie zurück nach Bregenz, wo er beim Bombenangriff noch gefährliche Stunden zu überstehen hatte. Am 13. Oktober 1964 erhielt Msgr. Schelling aus den Händen von Landeshauptmann Ulrich Ilg das Ehrenzeichen des Landes Vorarlberg (Schallert, 1982:o.S.).

Aus seinem Nachlaß ist eine Reihe von Briefen aus dem KZ Dachau erhalten geblieben, die von seinem ungebrochenen Lebensmut zeugen. Chiffriert gelang es ihm in diesen Briefen, über sein Befinden oder das von Vorarlberger Mithäftlingen zu berichten. So verwendete er für sich selbst immer wieder Decknamen ("Martins Bub geht es wieder besser", sein Vater hieß Martin; oder "Felix"), um persönliche Informationen seiner Familie und seinen Bekannten zukommen zu lassen (I: Glatthaar G.)

Der Kampf gegen die katholische Kirche stellte für die Nationalsozialisten - speziell im Gau Tirol-Vorarlberg - einen Schwerpunkt in ihrem Versuch dar, die Bevölkerung weltanschaulich gleichzuschalten. Wenn auch die Kirche als Institution oder, wie Friedrich Heer meinte, "eine hohe Tradition" versagte: einzelne Geistliche und Laien waren sehr wohl bereit, ihr Leben für einen christlichen Humanismus aufs Spiel zu setzen. Der Kreis dieser Personen geht weit über den hier dargestellten hinaus, da ja nicht jede oppositionelle Handlung oder Aussage den Behörden zur Kenntnis gebracht und somit aktenkundig geworden ist.

Harald Walser

Die Zeugen Jehovas

Die strikte Ablehnung jeder Gewaltanwendung im allgemeinen und des Kriegsdienstes im besonderen führte dazu, daß die "Bibelforscher" von seiten der Machthaber besonders schweren Verfolgungen ausgesetzt waren. Dies war auch in Vorarlberg nicht anders, obwohl die Gruppe der Zeugen Jehovas nur eine verschwindende Minderheit, in den dreißiger Jahren insgesamt etwa 20 Menschen, umfaßte (I: Brotzge J.).

Organisiert waren die österreichischen Zeugen Jehovas in der "Wachturm-Gesellschaft", die der internationalen "Watch Tower Bible and Tract Society" mit Sitz in den USA angehörte (WuVT II, 1984:370).

Obwohl der Einfluß der wenigen Zeugen Jehovas auf die mehrheitlich katholische Bevölkerung Österreichs gering blieb, hatten die Mitglieder der Religionsgemeinschaft mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. So hatten sie es oft besonders schwer, einen Arbeitsplatz zu finden oder eine Mietwohnung zu erhalten (I: Brotzge J.).

Die Verfolgung durch den Staat begann in Österreich in der Zeit des Austrofaschismus. Mit Bescheid des Bundesgerichtshofes vom 7. Februar 1936 wurde die Religionsgemeinschaft verboten (vgl. WuVT II, 1984:369). Die Verfolgung und Behinderung der "Bibelforscher" erhielt damit eine rechtliche Basis. Der Grund für diese Verfolgung dürfte vor allem in der Tatsache zu suchen sein, daß die Ablehnung kirchlicher Dogmen durch die Zeugen Jehovas die katholische Kirche auf den Plan rief. Mitglieder der Religionsgemeinschaft erklärten denn auch, in der Zeit des Austrofaschismus sei die Verfolgung immer dann verstärkt worden, wenn Zeugen Jehovas Druckwerke mit aggressiven Passagen gegen die römisch-katholische Kirche verteilt hätten (Widerstand ... in Oberösterreich II, 1982:199). Ein anderer Grund lag darin, daß Österreich damals stark aufrüstete und die allgemeine Wehrpflicht einführte, während sich die Zeugen Jehovas strikt gegen jeden Militärdienst wandten.

Infolge der Gegnerschaft zur katholischen Kirche waren es oft Geistliche, die den Behörden Hinweise auf die Missionstätigkeit der Bibelforscher gaben. So wurden beispielsweise Ludwig Ziere-neck und der in Hohenems geborene Johann Brotzge vom Pfarrer

von Mellau angezeigt, als sie dort Schriften verkaufen wollten. Beide wurden daraufhin verhaftet und drei Tage lang eingesperrt (I: Brotzge J.). Besonders Johann Brotzge war in der Zeit von 1934 bis 1938 immer wieder Schikane von seiten der Behörden und seiner Arbeitgeber ausgesetzt und auch mehrfach inhaftiert (BAK, R 22-3490/14).

Wesentlich härter war dann aber das Vorgehen der Behörden im "Dritten Reich". Wegen "Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung" - so nannte man damals die Zugehörigkeit zu den Zeugen Jehovas - wurde am 6. September 1940 vor dem Landgericht Feldkirch ein Verfahren gegen Johann Brotzge, Maria Wegeler, Martin Thaler und Josef Berndorfer eingeleitet. Brotzge wurde zudem beschuldigt, im Herbst 1938 einem Glaubensbruder die Flucht in die Schweiz ermöglicht zu haben. Außerdem sah sich Brotzge außerstande, den Wehrdienst abzuleisten (BAK, R 22-3490/14). Obwohl den Angeklagten keine Vergehen nachgewiesen werden konnten und sie freigesprochen werden mußten, blieben sie allesamt vier Monate in Haft (I: Brotzge J.). Besonders kraß erscheint aus heutiger Sicht die Anklage gegen Martin Thaler, dem zur Last gelegt wurde, er habe Bibelzitate abgetippt und mit der Post verschickt (BAK, R 22-3490/14).

Ebenfalls im Jahre 1940 und im Zusammenhang mit dem vorher geschilderten Verfahren verhaftete die Gestapo auch andere Mitglieder der Glaubensgemeinschaft. So waren Josef Wegeler, Theresia Brotzge und Engelbert Lenz zwischen drei und acht Wochen in Haft (GeBBr 139ff./40; I: Brotzge J.). Gurlanta Böhler schließlich war bereits 1939 verhaftet worden. Sie wurde über die Gestapo in Innsbruck in das KZ Ravensbrück eingeliefert (DÖW 15.062). Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Harald Walser

Individuelle Opposition

Viele artikulierten individuell durch mutiges Auftreten in Wort oder Tat ihre Opposition gegen das NS-Regime und wurden damit ebenfalls Opfer dieser Terrorherrschaft. Die meisten Fälle können hier nicht ausführlich dargestellt werden, weil dies den Umfang der Arbeit übersteigen würde oder weil die Quellen über ihre Widerstandstätigkeit zu spärlich sind.

Tatsache ist, daß allein die "fliegenden" Sondersenate des Volksgerechtshofes, die vierteljährlich in Feldkirch tagten, über 200 Verurteilungen vorgenommen haben (DÖW 8346). Dazu kommen die zahlreichen Verurteilungen an den Bezirksgerichten, etliche Verurteilungen von Vorarlbergern an auswärtigen Gerichten, viele niedergeschlagene Verfahren mit zum Teil langen Untersuchungshaft in den Gefängnissen des Landes. Schließlich aber waren die Gerichtsverurteilungen oft weniger inhuman als die zahlreichen Freiheitsberaubungen durch die Gestapo, die in vielen Fällen zur "Schutzhaft" in einem Konzentrationslager und damit oft zum Tod führten. Besonders im ersten und im letzten Jahr der Naziherrschaft vertraute die Gestapo stärker auf die eigene "Justiz" als auf die Gerichte. Dafür hat allerdings kaum ein Grund bestanden, wenn man bedenkt, mit welcher Härte und Unmenschlichkeit der damalige Feldkircher Oberstaatsanwalt Möller amtwaltete. Ein Beispiel, das nur mittelbar das Thema Widerstand berührt, sei hier berichtet.

Die in Bregenz ansässige Zigeunerin Anna Guttenberger kam am 30.12.1941 mit ihrer Tochter Maria als Hausiererin in das Haus des NS-Funktionärs Dr. Hammerbacher in Hörbranz. Als dieser beim Türöffnen fragte, ob sie Wollsachen für die reichsweite Soldatensammlung abhole, nahm Guttenberger die günstige Gelegenheit wahr und bejahte. Hammerbacher folgte ihr sodann "eine Wolldecke, einen Pullover, ein Hemd, 3 Paar Wollsocken und Wollstrümpfe" aus. Als er erfuhr, daß seine Spende bei der örtlichen Sammelstelle nicht verzeichnet war, erstattete er Anzeige. Bereits tags darauf waren die Guttenbergers ausgeforscht und verhaftet, auch der Gatte. Dieser wurde, obwohl gegen ihn nichts vorlag, direkt ins KZ deportiert (GeBBr 129/41), während den beiden Frauen der Prozeß gemacht wurde. Oberstaatsanwalt Möller forderte für Anna Guttenberger die Todesstrafe wegen dieses

Delikts und beantragte zugleich, die minderjährige Tochter auf Grund ihres "reifen Aussehens" als volljährig zu behandeln, um sie nach gleicher Art justifizieren zu können. Dieses Ansinnen lehnte das Gericht zwar ab, der Antrag auf Todesstrafe für die Mutter wurde allerdings angenommen. Anna Guttenberger wurde am 27.2.1942 in München-Stadelheim hingerichtet. Die NS-Bürokraten haben diese Hinrichtung mit mörderischer Genauigkeit nach Feldkirch rückvermeldet:

"Die unterfertigten Beamten der Staatsanwaltschaft begaben sich heute um 6 Uhr 00 Minuten in den zur Vollstreckung der Todesstrafe bestimmten, überdeckten und ummauerten Raum des Strafgefängnisses München-Stadelheim. Dort hatten sich eingefunden

Landgerichtsarzt ...,

Verwaltungsinspektor ...,

der Scharfrichter ... mit seinen 3 Gehilfen, sowie das zur geordneten Durchführung der Hinrichtung unbedingt erforderliche Gefängnispersonal. Der Hinrichtungsraum war gegen den Einblick und Zutritt Unbeteiligter vollständig gesichert. Die Fallschwert-

Bekanntmachung!

Die am 22. Januar 1942 vom Landgericht zum Landgericht Schwabach wegen Verbrechen gegen die Menschheit des Mordes zum Tode der Sammlung von Währungsnoten zum Tode verurteilte 40 Jahre alte

Anna Guttenberger

ist, heute im Gefängnis Stadelheim hingerichtet worden.

Widdach, den 27. Februar 1942

Der Oberstaatsanwalt
als Leiter der Folgefahndungsstelle
beim Landgericht

Öffentliche Bekanntmachung der Hinrichtung Anna Guttenbergers.

maschine war, durch einen schwarzen Vorhang verdeckt, verwendungsfähig aufgestellt.

Um 6 Uhr 01 wurde die Verurteilte durch 2 Gefängnisbeamte, begleitet von Kurat Rudolf Mayer, vorgeführt. Sie nahm vor einem Tisch Aufstellung. Der Staatsanwalt Heim verlas sodann den erkennenden Teil des Urteils des Sondergerichtes Feldkirch vom 22. Januar 1942 und den Erlaß des Reichsministers der Justiz vom 12. Februar 1942, nach welchem von dem Begnadigungsrecht kein Gebrauch gemacht wurde.

Die Verurteilte wurde sodann vom Leiter der Vollstreckung dem Scharfrichter übergeben. Die Gehilfen des Scharfrichters verbanden ihr die Augen und führten sie an die Fallschwertmaschine, auf welcher sie festgeschnallt und unter das Fallbeil geschoben wurde. Scharfrichter R. löste hierauf das Fallbeil aus, welches sofort den Kopf vom Rumpf trennte. Anschließend verrichtete der Geistliche ein kurzes Gebet. Der Gefängnisarzt überzeugte sich von dem Eintritt des Todes.

Die Verurteilte war ruhig und gefaßt.

Von der Übergabe der Verurteilten an den Scharfrichter bis zum Fallen des Hauptes vergingen 10 Sekunden. Der ganze Hinrichtungsvorgang, der sich ohne Zwischenfall vollzog, dauerte vom Verlassen der Zelle an gerechnet 1 Minute 08 Sekunden. Nach Abnahme von der Fallschwertmaschine wurden die Leiche und das Haupt der Verurteilten in einen bereitgestellten Sarg gelegt und der Gefängnisverwaltung zur Verfügung der Polizeibehörde übergeben" (LGF S 2/42).

Oberstaatsanwalt Möller war bei den antifaschistischen Teilen der Feldkircher Bevölkerung so verhaßt, daß er am Tag des französischen Einmarsches von Mitgliedern der Feldkircher Widerstandsbewegung im Gerichtsgebäude festgenommen und von dort ins französische Hauptquartier geführt wurde. Dieser Weg von etwa 500 Metern wurde für ihn zu einem Spießrutenlauf, bei dem er beinahe gelyncht worden wäre. Nur die Intervention eines angesehenen Rechtsanwaltes rettete ihn vor der sofortigen Erschießung (I: Schoder J.).

Der weitaus überwiegende Teil der in Feldkirch wegen "Vorbereitung zum Hochverrat", "Heimtücke", "Zersetzung der Wehrkraft" oder "Abhören von Feindsendern" Verurteilten waren "kleine Leute", die auch auf Grund ihrer geringen gesellschaftlichen Verankerung die wenigste Milde zu erwarten hatten. Zugleich war die Gefahr, wegen antifaschistischer Haltung denunziert zu werden, für viele Arbeiter nicht nur im privaten Bereich gegeben; ebenso leicht konnte diese Haltung zu Nachteilen am Arbeitsplatz,

zur Entlassung oder zu Anzeigen über den Betrieb selbst führen. In zahlreichen Betrieben wurde sowohl die Arbeitsdisziplin als auch die politische "Ruhe" auf dem Weg über die Gestapo hergestellt. Im Dornbirner "NS-Musterbetrieb" F. M. Rhomberg wurden nicht nur die im hauseigenen Lager untergebrachten Fremdarbeiterinnen vom Lagerleiter und der Gestapo schikaniert, sondern der Personalchef überwachte auch persönlich die Haltung seiner Arbeiter; mehrmals beschränkt er nicht nur den Weg der Entlassung, sondern auch den der direkten Anzeige bei der Gestapo (vgl. OLG Ibk 10 Vr 3260/47). Auf diese Weise wurden etwa Roman Frick, Josef Hilbe und Norbert Tost von Sondergerichten zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Roman Frick, Vater von fünf minderjährigen Kindern, wurde nach einer Anzeige des Personalchefs der genannten Firma am 23.11.1943 zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, weil er "wehrzer-setzende Äußerungen" gemacht und ukrainische Fremdarbeiterinnen in seiner Portierloge "Feindsender" hören lassen hatte (Urteil in DMG). Bei der Durchführung dieses und ähnlicher Verfahren waren andere Arbeiter aus persönlicher Animosität oder mit Blick auf eine arbeitsplatzmäßige Verbesserung oft will-fähige Handlanger der Anklage (z.B. LGF Vr 929/38). Norbert Tost wurde im September 1944 verhaftet, das Verfahren gegen ihn vom Sonderesenat 7 am 5.10.1944 eingeleitet, aber nicht mehr zu einem Urteil gebracht. Tost, früher sozialdemokratischer Betriebsrat in der genannten Firma, hatte anlässlich einer Betriebs-sammlung mit dem Argument, er wolle nicht "Kriegsverlängerer" sein (OLG Ibk 10 Vr 3260/47), eine Spende verweigert. Solche Wider-setzlichkeiten durften im NS-Musterbetrieb nicht einreißen. Auch Josef Hilbe, der in einem Gasthausgespräch feststellte, "daß die Arbeiter heute wie früher auch nichts hätten und nur schufteten müssen" (OLG Ibk 365/44) und daß "die Russen nie überwältigt werden können" (ebd.), wurde ein Opfer des durchhaltenden Personalchefs, der um den Ruf seiner Arbeiter selbst über das Betriebsgelände hinaus besorgt war. Hilbe wurde am 24.11.1944 zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, wobei die Richter in diesem Falle ihren Urteilsspruch mit einer politischen Entgegnung zu begründen suchten, die von allzu großer Zuversicht allerdings nicht mehr zeugt: "Der Krieg wurde dem deutschen Volke aufgezwungen, weil es sich eine neue soziale Form des Daseins geschaffen hat. Für diesen nationalen Sozialismus kämpft das deutsche Volk, und wenn er dem System der Ausbeutung durch den internationalen Kapitalismus gleichgesetzt wird, dann wäre jeder

Kampf um diese soziale Ordnung zwecklos" (OLG Ibk 10 Vr 3260/47).

Harmloser, aber ebenso typisch war die Bestrafung des Peter Tomaselli aus Bludenz, der die Einführung der Kurzarbeit in der Schokoladefabrik Suchard mit den Worten: "Das verdanken wir dem Führer", kommentiert hatte und dafür von der Firmenleitung fristlos gekündigt wurde. Auch die Meldung an die Gestapo unterblieb nicht; mit Schreiben vom 12.10.1939 ordnete sie dem Gendarmerie-Posten Bludenz die strenge Observierung Tomasellis an (StaBl 7/479).

Auch auf den Baustellen der Illwerke im Montafon wurde sowohl die Arbeitsdisziplin als auch die politische Linientreue mit Polizeigewalt durchgesetzt. Nach den Vorstellungen der dortigen Baufirmen ließen sich die Tausende von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen nur dann widerstandslos unterdrücken, wenn die einheimischen Arbeiter den politischen Kurs der NSDAP vorbehaltlos akzeptierten. Wer das nicht tat, verlor im harmlosesten Fall seine "uk-"Stellung (I: Huber O.). Als "gefährlich" ausgemachte Oppositionelle wurden direkt der Gestapo übergeben. So etwa der Hohenemser Schlosser Johann Seewald, der nach einem Heimurlaub in einer Obervermunter Baubaracke von Churchill's Rundfunkrede vom 30.8.1943 berichtet hatte (LS). Zugleich hatte er seinen Kollegen Hoffnung gemacht, daß der NS-Staat in seinen letzten Zügen liege und Österreich wieder selbständig werde. Zwei Arbeitskollegen denunzierten ihn; einer davon war mit Seewald schon gemeinsam zur Schule gegangen (I: Huber O.). Ein Münchner Gericht verurteilte Hans Seewald zum Tode und bestand auf seiner Hinrichtung am 11. Mai 1944 (Abschiedsbrief Seewalds/DMG).

Der Bregenzer Werner Schad kam ebenfalls von einer Illwerke-Baustelle (MA St, Gallenkirch) im Herbst 1941 ins KZ Mauthausen, wo er am 28.9.1944 umgebracht wurde (LS). Gleichfalls 1941 wurde der aus Lustenau stammende Mineur Wikbert Scheffknecht von Vandans aus nach Dachau deportiert (DÖW 15.062). Sein weiteres Schicksal war nicht zu eruieren. Die Zahl der Fremdarbeiter, die von Montafoner Baustellen aus in Konzentrationslager verschleppt wurden, geht in die Hunderte (vgl. DÖW 15.062; GeBBr; GeBB1).

Eine andere Variante des innerbetrieblichen Terrors waren Beobachtung, Beurteilung und mitunter Denunziation durch DAF-Funktionäre. Die ehemalige Angestellte im Landessekretariat der Freien Textilarbeitergewerkschaft, Franziska Vobr, wurde beispielsweise auf Intervention der DAF aus einem Lochauer Betrieb entlassen und an ihrer neuen Arbeitsstelle – einem Bregenzer

Bauunternehmen - von der dortigen DAF-Leitung angezeigt, nachdem sie auf einer Betriebsveranstaltung einen Filmbericht der deutschen Wehrmacht über die Sowjetunion mit kritischen Kommentaren begleitet hatte - zum Beispiel: das sei Fotomontage. Sie wurde dafür von einem Sondersenat in Feldkirch zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie bis zu ihrer Befreiung durch die Rote Armee am 7. Mai 1945 in Waldheim/Sachsen verbüßte (I: Vobr F.).

Noch häufiger als Anzeigen durch Betriebe oder DAF-Funktionäre waren allerdings jene durch Nachbarn, seltener - aber auch geschehen - durch Familienmitglieder. Zwei Beispiele: Der Dornbirner Andreas Bösch, bei F. M. Hämmerle sofort nach dem Einmarsch 1938 als "Schwarzer" entlassen, wurde gleich mit dem ersten Kontingent Vorarlberger Arbeiter in eine Münchner Rüstungsfirma dienstverpflichtet. In einem Brief an seine Frau in Dornbirn berichtete er Neuigkeiten aus München, unter anderem über die Aufregungen rund um die Universität im Zusammenhang mit den Aktivitäten der "Weißen Rose". Da die Frau den Brief nicht persönlich in Empfang nehmen konnte, nahm ihn der Nachbar an sich und ging damit unverzüglich zum Vorarlberger SS-Chef, ebenfalls im Dornbirner Oberdorf wohnhaft, welcher den Brief öffnete und Anzeige wegen "staatsfeindlichen Äußerungen" erstattete. Bösch wurde schließlich zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt (Urteil in DMG). Wie es der Zufall wollte, kam Bösch während seiner Haftzeit nochmals - diesmal ganz persönlich - in Berührung mit der "Weißen Rose". Er wurde nämlich im Stadelheimer Gefängnis in die Zelle Christoph Probsts verlegt, mit dem Auftrag, diesen von einem - zumindest von der Gestapo befürchteten - Selbstmord abzuhalten (I: Bösch A.). Probst wurde zusammen mit den Geschwistern Hans und Sophie Scholl am 22.2.1943 hingerichtet (Scholl, 1977:53).

Die in Lustenau wohnenden Andreas und Frieda Pichler wurden von ihrem Hausbesitzer wegen "Abhörens von Feindsendern" angezeigt, weil dieser seine "politisch unzuverlässigen" Untermieter loswerden wollte. Beide wurden zu vier Monaten verurteilt - Frieda Pichler, obwohl sie im fünften Monat schwanger war. Andreas Pichler wurde sofort nach Verbüßung der Haftstrafe zur Wehrmacht eingezogen (OLG lbk 10 Vr 1498/46).

Weitere typische Verläufe sind solche, bei denen Regimegegner nach mehr und weniger heftigen Auseinandersetzungen mit Funktionären oder Parteigenossen vom jeweiligen Ortsgruppenleiter angezeigt wurden. Als Beispiel soll hier der Fall des Eisenbahnschaffners Alfons Gabriel aus Thüringen vorgeführt werden. Er

saß am 1.2.1944 in einem Dorfgasthaus, in das auch die örtlichen NS-Funktionäre nach einem "Dienstappell" kamen. Als sich im Laufe des Gesprächs einige dieser Herren besonders brüsteten, erwiderte ihnen Gabriel: "Wartet nur, in vier oder fünf Monaten seid ihr verschwunden, da wird es anders werden." Eine derartige, dazu noch öffentliche, Untergrabung seiner Autorität konnte vor allem der Ortsgruppenleiter nicht dulden. Gabriel wurde vom 7. Sondersenat des OLG Wien am 9. September 1944 in Feldkirch zu "1 1/2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust" verurteilt (StaBl 7/273).

Wie gefährlich verschiedenen Parteigenossen einzelne Gasthäuser erschienen, zeigt eine Anzeige des Harder Nazi-Bürgermeisters, der das dortige Gasthaus "Frohe Heimkehr" folgendermaßen beschrieb: "Es ist bekannt, daß dieses Gasthaus der Sammelpunkt der früher aktiv tätigen christlich-sozialen Parteigänger war und heute nichts als wie die Brutstätte von Menschen bezeichnet werden kann, die gegen den nationalsozialistischen Staatsgedanken sind und jeden Anlaß benützen, um gegen den Nationalsozialismus zu schimpfen und zu arbeiten." Weiters empfahl er dem Ortsgruppenleiter, die Gestapo mit diesem Fall zu befassen. "Je nach dem Ergebnis der Erhebungen würde die Schließung der Gaststätte auf einige Monate dem Inhaber Zeit zum Nachdenken geben." Und: "Das sind Staatsfeinde, die nicht ungestraft weiter wühlen dürfen." Die Recherchen der Gestapo brachten allerdings nicht das Ergebnis, das der Bürgermeister erwartet hatte; nach der Einvernahme einiger Gäste, die dem Bürgermeister von reichsdeutschen Urlaubern beschrieben worden waren, ließ die Gestapo den Fall ruhen (OLG Ibk 10 Vr 214/48).

Gerade für Arbeiter war das Wirtshaus ein bedeutender Ort der Kommunikation und damit auch der politischen Auseinandersetzung. So berichtete etwa die Gestapo Innsbruck am 23.12.1940 über die Arbeiter in Tirol und Vorarlberg an das Reichssicherheitshauptamt, "daß sowohl die Kommunisten als auch die Marxisten in loser Verbindung untereinander stehen und sich in bestimmten Gastlokalen bei Bierrunden zwanglos treffen" (DÖW 1449).

Unter dem Einfluß des Alkohols konnte mancher seinen Zorn über die Verhältnisse im NS-Staat nicht mehr unterdrücken, besonders wenn er von einem Nationalsozialisten provoziert wurde. Etliche von diesen Arbeitern, die vor einer Gasthausöffentlichkeit ihre Feindschaft gegenüber dem Regime äußerten, wurden von der Gestapo direkt in "Schutzhaft" genommen und in Konzentrationslager deportiert. So etwa der Dornbirner Otto Wohlgenannt, der in einem Dornbirner Gasthaus am 8.10.1939 unter anderem gesagt

hatte: "Jetzt kann man bald 'Heil Moskau' sagen; es wird ein Krieg kommen, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat. Wenn England richtig beginnt, ist Deutschland bald erledigt." Für diese freimütige und teilweise geradezu prophetische Äußerung wurde Wohlgenannt von einem anderen Gast denunziert und schließlich von der Bregenzer Gestapo ins Konzentrationslager Flossenbürg überstellt, wo er am 10. April 1942 zu Tode gebracht wurde (DMG).

Der Bregenzer Maler Gebhard Karg wollte in einem Bregenzer Gasthaus nicht mehr länger länger mitanhören, wie sich ein WaffenSSler seiner Untaten an der Ostfront rühmte. Karg riß ihm im Zorn die militärischen Auszeichnungen von der Uniform (I: Jungwirth R.). Karg wurde dafür sofort verhaftet, am 19.1.1944 nach Innsbruck und von dort nach Berlin überstellt (DÖW 15.062). Welches Gericht dort über sein Leben entschied, ist bisher nicht bekannt; jedenfalls wurde Gebhard Gallus Karg am 30.5.1944 im Zuchthaus Berlin-Brandenburg hingerichtet (DÖW 3192). Sein Bruder Hans, der bei besagtem Vorfall anwesend war, wurde ebenfalls verhaftet. Wohin sein Leidensweg führte, war bisher nicht zu eruieren.

Auch dem Lustenauer Zöllner Hugo Paterno wurde seine antinazistische Haltung, die er in Tirol an einem Kiosk unumwunden vertrat, zum Verhängnis. Oppositionelle Beamte duldet der NS-Staat nicht. Paterno wurde im Mai 1944 zum Tode verurteilt und im Juli desselben Jahres in München-Stadelheim hingerichtet (LS; vgl. auch Bösch, 1984).

Auch in anderen Fällen traten Reichsdeutsche – meist KdF-Urlauber oder sogenannte "Ausgebombte" – als Denunzianten auf, wie im Falle des Bludenzers Hermann Gunz, der in einem Bludener Hotel zwei deutsche Urlauberinnen, die die Bedienung beschimpften, in die Schranken wies. Daran knüpfte



Hugo Paterno aus Lustenau, am 7. Juli 1944 in München hingerichtet.

er noch generelle Betrachtungen über das beschädigte Ansehen der Deutschen in aller Welt und die Absicht Österreichs, diese deutsche Bevormundung abzuschütteln (StaBl 7/64). Das reichte zu einer Anklage wegen "Zersetzung der Wehrkraft". Zu einer Verurteilung kam es zwar nicht mehr, Gunz war jedoch bis zur Befreiung in Untersuchungshaft.

Auf der anderen Seite gab es auch Wirte, die politische Gespräche in ihren Lokalen zu unterbinden suchten, um nicht in geschäftliche Schwierigkeiten zu kommen. Der Dornbirner Kommunist Karl Schoch erhielt beispielsweise Lokalverbot in einem Dornbirner Gasthaus, weil er am Stammtisch wöchentlich politisch agitierte (DÖW 8143). Auch andere, die zu offen redeten, waren von den Wirten nicht gerne gesehen - der Bregenzer Eisenbahner Josef Jäger etwa, der seine antinationalsozialistische Haltung, wenn er zu viel getrunken hatte, nie verbergen konnte. Er hatte zur Tarnung zwar um Aufnahme in die NSDAP angesucht, nach einigem Alkoholkonsum schreckte er allerdings vor öffentlichen Beschimpfungen deklariert Nazis nicht zurück. So bezeichnete er einen SA-Mann als "Arbeitermörder", was ihm jener mit einer Anzeige quittierte. Jäger wurde schließlich zu "einem Jahr und 6 Monaten Arrest" verurteilt (DÖW 8222) und anschließend der berüchtigtsten aller Strafkompagnien - nämlich der Division 999 - zugewiesen, in der er seit 1944 als vermißt gemeldet ist (Vogl, 1958:199).

Am Beispiel Jägers kann auch die Widerstandshaltung zahlreicher Eisenbahner gezeigt werden, die sich gesamtösterreichisch stark exponierten. Auch in Vorarlberg gibt es Zeugnisse von Eisenbahneraktivitäten: Sie beginnen mit dem Transport von Propagandamaterial während der austrofaschistischen Zeit und reichen bis zu Sabotageakten - teilweise durch Eisenbahnerkinder - an Kriegstransporten im Bereiche des Bludener Bahnhofes (Stadler, 1966:360). Auch in einem SD-Bericht (DÖW 1.447) wird vermutet, daß im Bereich Tirol und Vorarlberg bei der Bahn "verschiedene Arbeitsgänge und Arbeitsprozesse von den ehemaligen Marxisten bewußt verlangsamt werden". Die Reichsbahn versuchte, dieser Tätigkeit nicht nur mit Anzeigen, sondern auch mit gezielter Personalpolitik gegenzusteuern: weniger durch Entlassungen, da viele Eisenbahner unersetzliche Fachkräfte darstellten - gerade in einer Zeit, da dem Transport via Eisenbahn höchste Bedeutung zukam -, als vielmehr durch Versetzungen, um auf diese Art Gruppenbildungen zu verhindern. Nach der Aushebung von antifaschistischen Salzburger und Tiroler Eisenbahnergruppen wurden offenbar auch in Bregenz die ehemals

politisch Exponierten sanktioniert: Die bekannten Kommunisten Matthias Thaler und Josef Schmid wurden anderen Dienststellen im Bereich der Bahndirektion Augsburg zugeteilt (1: Schmid M.).

In den genannten Salzburger und Tiroler Gruppen waren auch aus Vorarlberg gebürtige Eisenbahner aktiv. In Zell am See war es der Schaffner Hermann Dünser aus Ludesch, der zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt und schließlich der "Bewährungsdivision" 999 zugeteilt wurde (Vogl, 1958:199f.). Der Frastanzer Konrad Tiefenthaler gehörte einer sozialistischen Widerstandsgruppe, die sich auf Tirol und Salzburg erstreckte und von ehemaligen RS-Funktionären getragen war, als Innsbrucker Vertreter an (Vogl, 1958:179f.). Tiefenthaler, der auch mit dem in die Schweiz emigrierten SP-Parteisekretär Anton Linder in Kontakt stand (BAK R 58/425), starb am 6.8.1942 im Münchner Polizeigefängnis, vermutlich an den Folgen von Mißhandlungen (Stadler, 1966:366f.).

Die meisten dieser Eisenbahner waren schon vor der Zeit des Nationalsozialismus politisch aktiv gewesen und zum Teil auch schon politisch verfolgt worden. Für etliche wurde der Hitlerfaschismus die letzte Station eines kämpferischen und zum Teil leidvollen Lebens.

Schließlich soll auch die Jugend nicht vergessen werden, die in Vorarlberg Widerstand leistete. Auch hier reichen die Formen von einfachen Widersetzlichkeiten bis zu bewußten Widerstandshandlungen.

Einige Feldkircher Gymnasiasten beispielsweise verweigerten den HJ-Inspektoren den Hitlergruß und wurden dafür von der Schule relegiert (DÖW o. Nr.). Bregenzer Jugendliche verprügelten eines Nachts den örtlichen HJ-Führer (StaBr PolBer 26.10.1942). Andere zertrümmerten die Schaukästen der NSDAP oder versahen sie mit kommunistischen Symbolen (ebd.). Vier Dornbirner Jugendliche wurden angeklagt, "im September 1943 in Dornbirn durch Vervielfältigungen, Anfertigen von Abzügen, teilweise Abänderung des Textes und Verteilen einer Schmähchrift öffentlich gehässige, hetzerische und von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates und der NSDAP, über ihre Anordnungen und die von ihnen geschaffenen Einrichtungen gemacht zu haben, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben" (LGF Vr 225/43). Welche Strafen das Münchner Jugendgericht, an welches das Verfahren abgegeben wurde, verhängte, ist nicht bekannt.

Auch in gewaltsamere Auseinandersetzungen waren Jugendliche verwickelt. So kam es neben zahlreichen anderen zu zwei

besonders spektakulären Gefängnisausbrüchen - einem in Bregenz und einem in Feldkirch -, an denen vornehmlich Jugendliche beteiligt waren. In Feldkirch hatten am 30.8.1942 sieben Häftlinge aus verschiedenen Gegenden des Reiches, die durchwegs anlässlich von Fluchtversuchen in die Schweiz festgenommen worden waren, zwei Wächter überwältigt und die Flucht ergriffen. Vier davon waren Jugendliche. Alle sieben wurden jedoch tags darauf an der Schweizer Grenze wieder verhaftet. Fünf von ihnen ergaben sich; Josef Höfel - ein Mitglied der Dornbirner AKO-Gruppe um Wilhelm Himmer - und Heinrich Heinen - fünf Jahre wegen "Wehrdienstziehung und Rassenschande" - wurden auf der Flucht erschossen. Höfel war zu diesem Zeitpunkt 19 Jahre alt (LGF Sa 1940). Ein Ausbruchsversuch von sieben Jugendlichen im Alter zwischen fünfzehn und achtzehn Jahren aus dem Bregenzer Gefängnis am 18.9.1943 scheiterte bereits auf der Gefängnisstiege (StaBr PolBer). Zwei Dreizehnjährigen dagegen gelang am 3.8.1943 die Flucht aus dem Gefängnis in der Bregenzer Oberstadt und anschließend offenbar auch der Grenzübertritt in die Schweiz (1: Hotz L.; GeBBr 1813/43).

Ein Kapitel über individuelle Opposition wäre unvollständig, würde nicht der Anteil aufrechter Frauen erwähnt, die die Terrorherrschaft nicht schweigend hinzunehmen bereit waren. Zwei Schicksale sollen hier beispielhaft vorgeführt werden.

Ein Fall, der von den Nazis zur exemplarischen Einschüchterung geplant war und der die Vorarlberger Öffentlichkeit damals wie heute mehr als andere erschütterte, war jener der Karoline Redler aus Bregenz. Noch heute ist ihre Hinrichtung weiten Kreisen der Bevölkerung in nachhaltiger Erinnerung. Sie gehört zu den wenigen, denen nach 1945 eine einigermaßen angemessene Würdigung ihrer Haltung zuteil wurde.

Karoline Redler stammte aus einem der angesehensten Bürgerhäuser von Bregenz (Firma Pircher) und war verheiratet mit dem Geschäftsmann Richard Redler, einem Bruder des langjährigen Landesstatthalters. Aber nicht nur ihrer Herkunft nach gehörte sie zu den führenden christlichsozialen Familien; sie war auch selbst als Obfrau des Bregenzer "Guta-Frauenvereins" und Funktionärin der Vorarlberger KFO (Katholische Frauen-Organisation) öffentlich politisch und sozial tätig. Ihr Sohn Richard, Sekretär im Wiener Pressebüro der Vaterländischen Front, war gleich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen festgenommen worden, allerdings gelang ihm später die Flucht nach Übersee (Reckfuß-Kleiner, 1976).

Angesichts der Wende von Stalingrad, die auch die Opposition

in der Heimat erstarben ließ, glaubten die Nazis in Frau Redler die geeignete Handhabe zu einer massiven Machtdemonstration gegenüber der eingeseßenen Bregenzer Elite gefunden zu haben. Eine Kontroverse mit zwei fanatischen Parteigängerinnen aus Lustenau im Wartezimmer eines Hohenemser Heilpraktikers lieferte dafür den Vorwand. Obwohl Redler bald nach ihrer Verhaftung - am 3.11.1943 (StaBr PolBer) - auf Antrag des Feldkircher Gefangenenhausarztes wegen ihres angegriffenen Gesundheitszustandes am 13.12.1943 in häusliche Pflege entlassen werden mußte (LGF ER75/43), wurden die Prozeßvorbereitungen vom Berliner Volksgerichtshof vorangetrieben. Im Sommer 1944 wurde Frau Redler nach Wien deportiert, wo sie von einem Senat des Volksgerichtshofes am 25.8.1944 nach dreiminütiger Beratung (NNSch 8) zum Tode verurteilt wurde. Anschließend Interventionen über die Bregenzer Verwandtschaft Heinrich Himmlers, dessen Großmutter eine geborene Kiene aus Bregenz war, blieben erfolglos. Karoline Redler selbst hatte nach dem Ablauf des Prozesses kaum mehr Hoffnung auf eine Begnadigung. Vielmehr bereitete sie sich auf den nahen Tod vor, wenn sie ihrem Mann am 27.8.1944 schrieb: "Ich habe ja soviele Menschen, die mir ihre Liebe und Freundschaft schenkten. Sie sollen für mich beten, so daß ich von einem Wall guter Gedanken umgeben bin und Trauer und Mutlosigkeit nicht an mich herankommen" (DÖW 5804). Am 8.11.1944 wurde Karoline Redler enthauptet (ebd.). Einer der letzten Sätze ihres Abschiedsbriefes an ihre Familie lautet: "Ihr braucht Euch meiner nicht zu schämen, ich starb für meine Überzeugung" (NNSch 8). Dieser Appell an die Hinterbliebenen beweist nicht nur persönliche Größe, sondern deutet auch auf das allgemeine Problem hin, daß in vielen Familien bis zum heutigen Tage eher Scham als Stolz die Erinnerung an "Wehrkraftzersetzer" prägt.

Tödlich wie für Frau Redler endete auch für die Kennelbacherin Anna Hölzlsauer ihr mutiges Auftreten gegen den Nationalsozialismus. Wo immer sie konnte, äußerte sie unumwunden ihre oppositionelle Haltung. Dies brachte ihr im Jänner 1943 drei Wochen Gestapo-Haft in Bregenz ein (GeBBr 1091). Und nach einer neuerlichen Anzeige durch zwei Frauen wurde sie am 9.11.1943 von der Gestapo an ihrem Arbeitsplatz - sie war kurz zuvor zu den Bayerischen Leichtmetallwerken in Lochau dienstverpflichtet worden - verhaftet. Nach Haftzeiten in Bregenz und Feldkirch wurde sie dem Volksgerichtshof Berlin überstellt und von diesem am 24.3.1944 zum Tode verurteilt (DMG). Am 19.5.1944 ist Anna Hölzlsauer schließlich in Berlin-Plötzensee hingerichtet worden



Karoline Redler aus Bregenz, hingerichtet am 8. November 1944 wegen "Hochverrats".

(vgl. Sterbebuch der Gemeinde Kennelbach). Eine ihrer Leidensgenossinnen im Feldkircher Gefängnis beschrieb Frau Hölzl-sauer als eine einmalig starke und unerschrockene Frau, deren feste Haltung auch die Mitgefangenen ermutigte (I: Konrad B.).

Natürlich ist mit den angeführten Beispielen keineswegs der ganze Umfang an Widersetzlichkeiten beschrieben. Auch die Formen wurden nur in einigen typischen Varianten dargestellt. Zugleich darf nie vergessen werden, daß bei dieser Art der Beschreibung und Erfassung des antifaschistischen Widerstandes nur aktenkundige Fälle in die Darstellung Eingang gefunden haben, während die erfolgreichen, also von den NS-Behörden nicht aufgedeckten Widerstandshandlungen weitgehend unbeschrieben blieben.

Meinrad Pichler

Widerstand und Widersetzlichkeit in der Wehrmacht

Für den Vorarlberger Bereich gibt es zahlreiche Beispiele für Widerstand in der Wehrmacht, Desertion oder Kriegsdienstverweigerung.

An vorderster Stelle ist hier Ernst Volkmann zu nennen, der sowohl den Fahneid als auch den Eintritt in die Wehrmacht verweigerte. Volkmann, Gitarrenbauer aus Bregenz, lehnte auch nach Einflußnahmen von verschiedenen Seiten und nach dreimaliger Psychiatrierung aus christlicher Überzeugung den Waffendienst ab, da er in der Wehrdienstleitung eine "Vergewaltigung" durch den Nationalsozialismus (Anklageschrift) sah. Schließlich wurde er vom Reichskriegsgericht in Berlin-Charlottenburg am 7.7.1941 zum Tode verurteilt und am 26.7.1941 in Berlin-Plötzensee exekutiert (Brief des Oberreichskriegsanwaltes vom 9.8.1941/DMG; Vogl, 1977:168).

Wegen defätistischer Äußerungen und zum Teil auch wegen Feindbegünstigung wurden etliche Wehrmachtangehörige aus Vorarlberg zum Tode verurteilt. So der Bregenzer Dr. Hermann Sinz, der als Offizier die Sinnlosigkeit dieses Krieges eingesehen hatte und dafür in Borisow (Rußland) von einem Feldgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Gerade im Falle Sinz zeigt sich auch die ganze Härte der lokalen - in diesem Falle der Bregenzer - Nazi-Größen, die gegen eine Begnadigung von Dr. Sinz eingetreten waren (vgl. Brief von Gauleiter-Stellvertreter Parson vom 3.4.1944/DMG).

Der Dornbirner Mineur Rudolf Bodemann hatte in Briefen von der Front Möglichkeiten eines Widerstandes innerhalb der Wehrmacht angedeutet und solche offensichtlich auch wahrgenommen. Wegen "Zersetzung der Wehrmacht" wurde er am 24.6.1942 in Parkkina/Finnland nach einem Kriegsgerichtsurteil hingerichtet (DMG).

Genauer wissen wir über die erfolgreiche Widerstandstätigkeit eines anderen Vorarlberger Soldaten: Der Lustenauer Stickermeister Rudolf Kremmel war 1929, zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, auf Vermittlung der Saurer-Werke nach Lyon in Frankreich ausgewandert. 1939 beabsichtigte er, da er nicht die französische Staatsbürgerschaft annehmen wollte, nach Kanada auszuwandern. Dazu bedurfte sein mit dem "Anschluß" ungültig gewordener



Ernst Volkmann aus Bregenz, als Wehrdienstverweigerer am 26. Juli 1941 in Berlin hingerichtet.



Dr. Hermann Sinz aus Bregenz, als Oberleutnant wegen "Wehrkraftzersetzung" 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

österreichischer Reisepaß einer Erneuerung. Als er aus diesem Grunde nach Vorarlberg zurückkehrte, bekam er statt eines Reisepasses eine Dienstverpflichtung in eine Bremer Rüstungsfirma. Nach dem "eigenmächtigen Verlassen" dieser Arbeitsstelle wurde er im September 1940 zur Wehrmacht einberufen (I: Kremmel R.). Diese Vorgeschichte ist deshalb von Bedeutung, weil sie Kremmels Motivation für die folgenden lebensgefährlichen Handlungen zumindest teilweise erklärt.

Aufgrund seiner perfekten Französischkenntnisse wurde Rudolf Kremmel sofort dem Offiziersgefangenenlager Spittal an der Drau (Oflag 18c) als Dolmetsch zugeteilt. Der ranghöchste dort internierte französische Offizier war Colonel Cochinar, der besonders von Kremmels Mut und Hilfsbereitschaft profitierte. In einem Schreiben vom 18.11.1947 hat Cochinar die wichtigsten Fakten festgehalten: Kremmel führte im ganzen Militärbereich Spittal Brotsammlungen, meist aus Abfällen, durch und verteilte das Gesammelte an die mangelhaft ernährten französischen



Rudolf Bodemann aus Dornbirn, am 24. Juni 1942 wegen "Wehrkraftzersetzung" in Finnland hingerichtet.

Kriegsgefangenen, bis ihm schließlich das Betreten des Lagers verboten wurde; statt die Briefe der Kriegsgefangenen auftragsgemäß zu zensurieren, gab er einfach den "Geprüft"-Stempel, sodaß die Gefangenen ihren Angehörigen wahrheitsgetreu über ihr Befinden berichten konnten; Kremmel versorgte Cochinarde regelmäßig mit aktuellen Berichten zur politischen und militärischen Situation; bei seinen Übersetzungen hatte er stets das Wohl der Gefangenen vor Augen; für Inhaftierte, die sich in die Schweiz durchzuschlagen versuchten, zeichnete er Fluchtpläne; schließlich enttarnte er für die französischen Offiziere das gesamte Abhör-system in den Baracken, mit dem die deutsche Abwehr Stimmung und politische Haltung der Gefangenen zu kontrollieren versuchte.

Cochinards Brief endet mit einer bemerkenswerten Charakterisierung der Haltung Kremmels: "Als 1940 so viele Menschen an die Unbesiegbarkeit Nazi-Deutschlands glaubten, stellte Herr Kremmel seine wahrhaft oppositionelle Haltung unter Beweis, äußerte furchtlos seinen Haß gegen das Österreich aufgezwungene Regime und war in seinem Glauben an die bevorstehende Befreiung seines Vaterlandes unerschütterlich" (Brief Cochinarde, DMG).

Diese Befreiung seiner Heimat erlebte Kremmel allerdings selbst als Kriegsgefangener. Nachdem er Ende 1945 nach Lustenau zurückgekehrt war, machte er seinen Einfluß bei den Franzosen geltend, um ehemaligen nationalsozialistischen Mitläufern Delogierungen und andere Unannehmlichkeiten zu ersparen; zwölf Lustenauer Familien haben Kremmels Intervention schriftlich bestätigt (Kopien in DMG).

Aus seinem politischen Grundverständnis heraus hatte Kremmel den NS-Staat nie als seinen Staat akzeptiert. Bereits nach dem deutschen Einmarsch, als er in Lyon die Nationalitätszuge-

hörigkeit in seinem Arbeitsbuch ändern lassen mußte, verdeutlichte er das durch eine demonstrative Geste: "Österreichisch" ließ er nicht durch "deutsch" ersetzen, sondern durch den ungewöhnlichen Status "ex-österreichisch" (Ausweis in DMG). Im Deutschen Reich war Kremmel nie heimisch geworden – deshalb auch seine Solidarität mit jenen, über die dieses Regime gesetzlos verfügte. Dem entsprach sein späterer Einsatz für jene Mitbürger, die er im Verhältnis zu ihrer Nazi-Vergangenheit von den Besatzungsbehörden zu heftig gemaßregelt sah.



Rudolf Kremmel aus Lustenau (links), mit dem kriegsgefangenen französischen Colonel Cochard im Lager Spittal an der Drau.

Die häufigste Art der Widersetzlichkeit war allerdings die Desertion. Zahlreiche, vor allem jüngere Soldaten kündigten durch die Flucht aus der Wehrmacht dem NS-System den Gehorsam auf. Gerade für Vorarlberger Deserteure boten sich zwei relativ günstige Möglichkeiten, sich dem Zugriff der Verfolger zu entziehen. Dies waren einerseits Verstecke in entlegenen Berggegenden, die besonders für "fahnenflüchtige" Bauernburschen in Frage kamen, und andererseits die Flucht in die nahegelegene Schweiz. Leider sind fast nur die gescheiterten Unternehmungen bekannt, weil aktenkundig; über die geglückten wissen wir weit weniger.

Einer, dem es gelungen war, nicht nur der Kriegsmaschinerie zu entfliehen, sondern darüber hinaus noch Arbeit für den Widerstand zu leisten, war der Bregenzer Josef Reichart. Ihm war die Flucht in die Schweiz möglich gewesen, von wo aus er dann unter den Decknamen Hoffmann und Pfeiffer wieder in Deutschland für den Schweizer Nachrichtendienst tätig war, und zwar in deutscher Feldwebeluniform mit gefälschtem Urlaubsschein. Reichart hat diese gefährliche Tätigkeit überlebt. Auch sein Bruder Dr. Georg Reichart verließ die Hitlerarmee, wurde in Meran verhaftet, in Augsburg zum Tode verurteilt und schließlich zu einer langjährigen Zuchthausstrafe "begnadigt" (DÖW 15.602; DMG).

Ein anderer Schweiz-Flüchtling war Hilar Huber aus Höchst, der in Griechenland seine Einheit verlassen hatte und sich mit einem Fahrrad bis nach Hause durchschlagen konnte. Von Höchst aus floh er in die Schweiz zu Verwandten, die es allerdings nicht wagten, ihn zu verstecken; Huber floh weiter in die Innerschweiz, wurde jedoch nach einem Brotdiebstahl festgenommen und schließlich an die Grenze überstellt. Kurze Zeit später wurde er bei einer Razzia im Dachboden des elterlichen Hauses festgenommen, anschließend zum Tode verurteilt und schließlich wegen der militärischen Verdienste seiner zahlreichen Brüder zu 15 Jahren Zuchthaus "begnadigt" (DÖW 6309). Damit war Hubers Odyssee jedoch noch nicht zu Ende. Nachdem ihm die Flucht aus dem Soldatenkonzentrationslager Lingen geglückt war, gelangte er auf abenteuerlichsten Umwegen wieder in die Schweiz und erlebte schließlich das befreiende Kriegsende im St. Galler Kantonsgefängnis, aus dem er in den ersten Maitagen des Jahres 1945 in seine Heimat entlassen wurde. Huber war - von einigen Monaten Gefängnisaufenthalt abgesehen - fünf Jahre lang auf der Flucht gewesen (I: Huber H.).

Der 19jährige Textilarbeiter August Weiß aus Dornbirn versuchte bereits 14 Tage nach seiner Einziehung in die Wehrmacht zu entfliehen (Februar 1941). Er begab sich Richtung Kärnten, um nach Jugoslawien zu gelangen. Als er dort erfuhr, daß ein deutscher Einmarsch unmittelbar zu erwarten sei, fuhr er unter großen Schwierigkeiten mit der Bahn nach Feldkirch. Bei Frastanz versuchte er, nach Liechtenstein zu gelangen, wurde dabei aber festgenommen. Am 27.3.1941 wurde er vom "Feldgericht der Division" 188 in Salzburg zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt (Schreiben an die Mutter, DMG) und ins Soldaten-KZ Aschendorfer Moor bei Esterwege überstellt. Ende 1942 erhielt er "Frontbewährung" im Bewährungsbataillon 500, das gegen Kriegsende haupt-

sächlich den Rückzug der deutschen Truppen aus der Sowjetunion zu sichern hatte. Das Kriegsende erlebte er in russischer Gefangenschaft (I: Weiß A.).

Gescheiterte Fluchtversuche in die Schweiz waren fast an der Tagesordnung. Dabei handelte es sich nicht nur um Vorarlberger, sondern auch um Deserteure aus allen möglichen Reichsteilen. In zumindest drei Fällen haben sich die Festgenommenen durch Selbstmord dem Kriegsgericht entzogen. Im Bregenzer Gefängnis erhängte sich am 1.4.1943 der Deutsche Heinrich Krauss, der mit seiner Braut tags zuvor an der Lustenauer Grenze verhaftet worden war (StaBr PolBer). In Feldkirch erschöß sich der aus der Wehrmacht geflüchtete Eduard Rot im Wachzimmer der Grenzpolizei (LGF Vr 5/41). Albert Odermatt aus Göppingen entzog sich im Wartesaal des Bregenzer Bahnhofes am 29.7.1941 durch einen Kopfschuß der bevorstehenden Verhaftung (StaBr PolBer). Josef Hagen aus Lustenau, der sich der Einberufung zur Wehrmacht durch Flucht entziehen wollte, wurde in einem Rohr, das über den Rhein führte, von einem gnadenlosen Wachorgan mit neun Schüssen getötet (LGF Vr 347/44/5). Neben diesen schrecklichen Fluchtverläufen gab es aber auch stets geglückte. Das dürfte Ermunterung genug gewesen sein, daß immer wieder neue Versuche gewagt wurden, der Hitlerarmee den weiteren Gehorsam zu verweigern.

Besonders im Montafon, im Großen Walsertal und im Hinteren Bregenzerwald bestanden Möglichkeiten, sich durch längere Zeit hindurch - teilweise bis ans rettende Kriegsende - zu verstecken. Voraussetzung dafür waren aber stets mutige Angehörige oder Bekannte, die das Risiko, sich ebenfalls in Lebensgefahr zu begeben, auf sich nahmen. Besonders seit dem Beginn des Jahres 1944 sind solche Aktionen in zunehmendem Maß festzustellen. Die Gefangenenhausbücher von Bludenz zeigen das recht deutlich. Auch wird in dieser Quelle die Tatsache sichtbar, daß die Kreisleitung gerade in diesem Bezirk nicht davor zurückscheute, ganze Sippschaften zu verhaften, wenn sie der "Unterstützung von Fahnenflüchtigen" verdächtigt wurden. Noch am 27.3.1945 wurden im Großen Walsertal zehn Personen, in der Mehrzahl Frauen, unter diesem Verdacht festgenommen. Dies geschah, weil von zwei aufgespurten Deserteuren einem die Flucht gelungen war (GeBBl). Den anderen, nämlich Jacob Domig aus Sonntag, hatte die Gendarmerie erschossen (I: Domig E.).

Bereits im Sommer 1944 hatte die Polizei in diesem Tale zwei Burschen verhaftet. Diese beiden - Martin Lorenz aus Schnifis und Wilhelm Burtscher aus Sonntag - wurden schließlich am 8.12.1944 in Graz hingerichtet (DÖW 1936). Der Vater des Wilhelm Burtscher

wurde monatelang in "Schutzhaft" gehalten. Dem Bruder des Hingerichteten, Leonhard Burtscher, war es allerdings gelungen, sich ab dem Jahre 1943 versteckt zu halten (StaBl 7/403).

Auch zwei anderen Vorarlberger Soldaten gelang es, nicht nur aus dem Grazer Militärgefängnis zu entfliehen, sondern sich bis Kriegsende im Großen Walsertal zu verstecken: Anton Kohler und Alfred Tschabrun (I: Kohler A.; Tschabrun A.). Gerade die tragischen Ereignisse um die jungen liquidierten Soldaten führen einmal mehr vor Augen, wie das Hitlerregime seinen Terror bis in hinterste Bergdörfer ausbreitete und auch dort fanatische Handlanger fand.

Ein anderer Vorarlberger Bauernsohn, dem die Flucht zurück in die Heimat zum Verhängnis wurde, ist Ludwig Meusburger aus Egg im Bregenzerwald. Er hatte sich von der ukrainischen Front bis nach Wittenberg durchgeschlagen (I: Meusburger J.), wo er schließlich aufgegriffen wurde. Er wurde, gerade 22 Jahre alt, am 20.3.1944 in Berlin-Brandenburg hingerichtet (DÖW 3192).

Der Bregenzer Hans Baldauf war Unteroffizier und konnte nicht mehr mit ansehen, wie ein preußischer Offizier in einer Klagen-

Verwaltung
Konzentrationslager Auschwitz
Ell. Az: 14/ 71277 142

Auschwitz O/S., den 5. 11. 43 194
Telefon Nr. 65
Schlüsselnummer: Auschwitz (Oświęcim)
Postcheckkonto Breslau Nr. 456

Betrifft: Nachlassachen des verst. Häftlings Nr. 71277
Baldauf Hans, geb. 31. 1. 1918

Anlagen: Eine Empfangsbestätigung.

An die Fräulein
Emilie Baldauf
Brandgasse 7
Bregenz

Als Postpaket wird heute der Nachlass des am 11. 9. 43 im hiesigen Lager verstorbenen vorgenannten Häftlings zur weiteren Verfügung übersandt. (Nachlasspaket ist besonders gekennzeichnet.) Die Anschrift der Angehörigen lautet:

Ein Nachlassverzeichnis liegt dem Paket bei.
Es wird gebeten, die beigelegte Empfangsbestätigung unterschrieben zurückzusenden.

Der Leiter der Verwaltung
des Konzentrationslagers Auschwitz
i. A. [Signature]
H. Ostermann

Mitteilung der Lagerverwaltung Auschwitz an Emilie Baldauf, die Mutter des ermordeten Hans Baldauf.

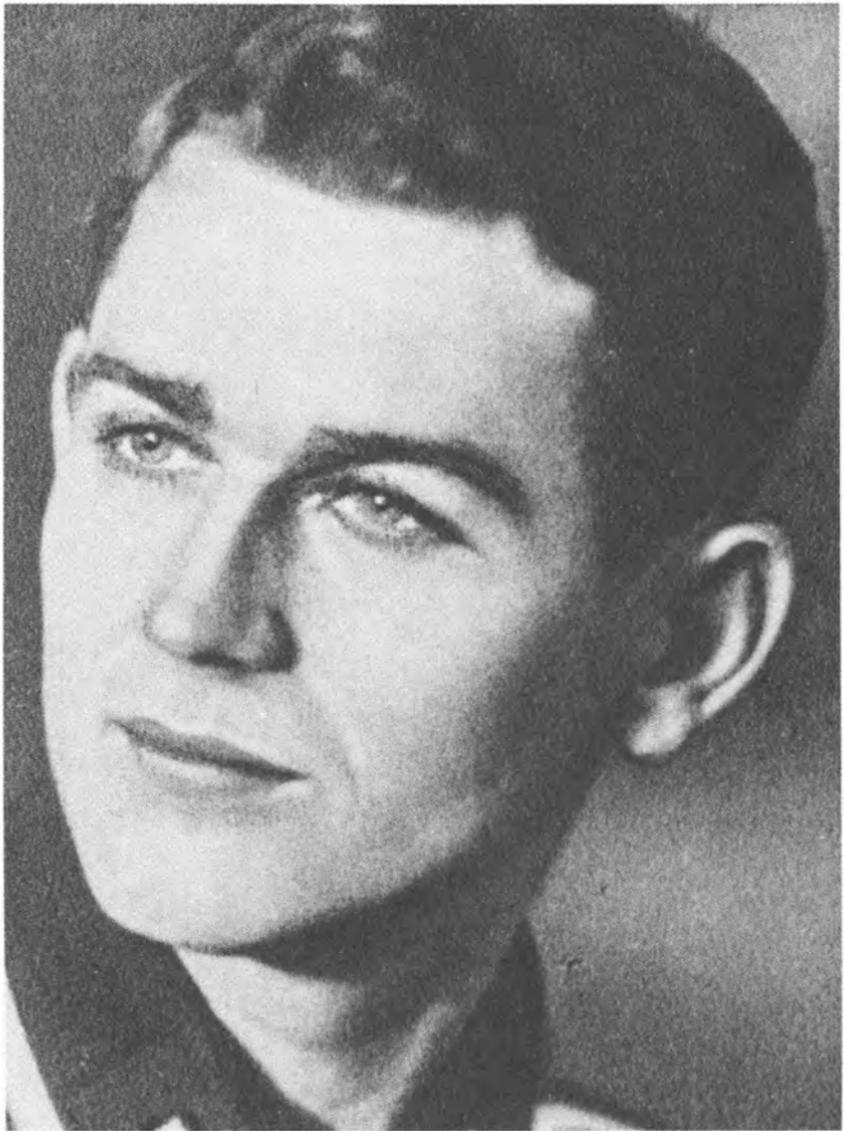
furter Kaserne neueingerückte Soldaten schikanierte. Er verabreichte ihm dafür eines Nachts eine heftige Tracht Prügel. Zwar war er vom Geschlagenen nicht erkannt, dann aber von einem anderen denunziert worden, was seinen sofortigen Abtransport nach Dachau zur Folge hatte. Von dort wurde er nach Auschwitz deportiert, wo er am 11.9.1943 zu Tode gebracht wurde (Brief der KZ-Verwaltung Auschwitz vom 15.11.1943/DMG; I: Fässler H.).

Erwähnt werden soll in diesem Zusammenhang auch die Widerstandstätigkeit oder menschliche Haltung jener Soldaten, die durch Sabotage, Nichtbefolgung von Befehlen oder durch Verzögerung und Umgehung von Anweisungen dem Gewaltsystem entgegenarbeiteten, Menschenleben retteten oder sich zumindest gegenüber der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten hilfreich und anständig benommen haben. Namentlich soll hier auf Dr. Reinberger aus Feldkirch hingewiesen werden, der als Chefarzt eines Wiener Spitals einigen hundert Vorarlberger Soldaten einen neuerlichen Fronteinsatz ersparte, indem er sie "krank" machte (I: Riccabona M.).

In diesem Zusammenhang muß auch auf jene vielen verwiesen werden, die für ihren zivilen Widerstand mit der Einberufung zur Wehrmacht bestraft wurden und dort den Tod fanden. Einige Widerstandskämpfer, deren politische Haftstrafen in militärische "Bewährung" in einer jener barbarischen Strafkompagnien umgewandelt wurden, sind bereits erwähnt worden.

Nun ist noch von jenen Männern zu sprechen, die sich der Einziehung zum Volkssturm widersetzen. Dies geschah besonders in den letzten Monaten und Tagen des Regimes. Wieder waren es vornehmlich Angehörige bäuerlicher Schichten, die sich dem Regime verweigerten, wie ein Akt aus Schopponau (OLG Ibk Vr 1.871/47) und das bereits erwähnte Bludener Gefangenenbuch zeigen. In einigen Gemeinden, zum Beispiel in Dornbirn und Bludenz, wurde diese Verweigerung von den hauptsächlich ab März 1945 gegründeten Widerstandsbewegungen geradezu organisiert.

Am 9. Mai 1945, zehn Tage nachdem er von SS-Einheiten in Krumbach schwer verwundet worden war, starb der Bregenzer Max Ibele. Er hatte im Herbst 1944 die Waffen-SS, zu der er zwangsrekrutiert worden war, verlassen und sich aus Frankreich über die Schweiz in ein Versteck im Vorderen Bregenzerwald durchgeschlagen. Nun leitete er den bewaffneten Widerstand gegen die Einnahme und die befürchtete Zerstörung von Krumbach durch SS-Einheiten. Ibele konnte zwar am 30. April 1945 mit seinen



Max Ibele aus Bregenz, im Kampf um die Befreiung des Vorderen Bregenzerwaldes am 30. April 1945 tödlich verwundet.

MG-Salven die SS aus Krumbach vertreiben, erlitt aber selbst tödliche Verletzungen (Schelling, 1980:227f.).

Zum Schluß sei noch auf den jungen Pionierleutnant Anton Renz hingewiesen, der in heldenhaftem Einsatz die Sprengung der Lauteracher Brücke zu verhindern suchte und deswegen von SS-Leuten erschossen wurde (vgl. Kapitel "Die letzten Tage des Krieges"). Der Mord an Renz war der letzte und zugleich schrecklichste Terrorakt, den NS-Organen im Raum Bregenz verübt.

Meinrad Pichler

Arbeitsverweigerung

Betrachtet man die Strafakten des Landgerichtes Feldkirch, so ist leicht festzustellen, daß der NS-Herrschaft auf dem Sektor der Arbeitsplatzzuweisung, der Arbeitsverpflichtung und der Zwangsarbeit heftige Widersetzlichkeiten von seiten der Bevölkerung entgegenstanden. Nicht umsonst wurde gerade hier ein spezieller Weg des gerichtlichen Schnellverfahrens eingeschlagen; ein solches Vorgehen schien sowohl wegen der Häufigkeit dieser "Delikte" als auch zur unmittelbaren Abschreckung notwendig.

Die Widersetzlichkeiten richteten sich in der Hauptsache gegen die "Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für die Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13.2.1939" (Reichsgesetzblatt I, 206), die "Verordnung über die Lohngestaltung vom 25.6.1938" (ebd., 69f.) und die "Anordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan und Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz gegen Arbeitsvertragsbruch vom 29.7.1942" (LGF Vr 4/44). Insgesamt hatten diese und ähnliche Verordnungen die Funktion, den Arbeitsmarkt zentral zu lenken, den Einsatz von Arbeitskräften nach kriegswirtschaftlichem Bedarf zu steuern und - besonders wichtig - die Arbeitsdisziplin zu verstärken. Den Arbeitnehmern waren durch die Installierung der DAF (Deutsche Arbeitsfront) die Möglichkeit und das Recht, ihre Interessen kollektiv zu vertreten, genommen worden. Zugleich förderte der Faschismus die individuelle Konkurrenz unter den "Arbeitskameraden" (Borsdorf, 1982:498). Folglich artikulierten sich am Arbeitsplatz und gegenüber der zwangsweisen arbeitsrechtlichen Administrierung Widerstand oder Opposition meist individuell. Aber auch kollektive Verweigerung ist feststellbar.

Besonders die Verschickung von Arbeitskräften aus Vorarlberg in Rüstungsbetriebe des "Altreiches" sorgte für permanenten Konfliktstoff, weil Informationen über die bereits Zwangsverschickten sich rasch verbreiteten und weil Angehörige bäuerlicher Bevölkerungsschichten zu Arbeitern gemacht werden sollten, nachdem die ansässige Industrie und die Wehrmacht das heimische Potential an Industriearbeitern längst ausgeschöpft hatten. Daß gerade die katholisch-bäuerliche Bevölkerung Vorarlbergs stets dann zu heftiger Opposition neigte, wenn sie ihre sozial-religiöse Ordnung und ihren ökonomischen Spielraum bedroht sah, ließe sich mit

historischen Beispielen bis herauf in die unmittelbare Gegenwart belegen. So gesehen ist es keineswegs "merkwürdig" - wie Stadler meint -, daß die ausführlichsten Auslassungen in SD-Berichten über Schwierigkeiten bei der Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften Vorarlberg betreffen.

Gerade dieser besonderen Situation wegen, und um einen Eindruck davon zu vermitteln, welche Stimmung, Spannungen und Widerstände diese Arbeitsverschickungen erzeugten, wird die betreffende Stelle aus Stadler mit den darin wiedergegebenen SD-Berichten ausführlich zitiert:

"Die Alternative zum Arbeitsplatz war natürlich die Zwangsverschickung, und hier hatte das Regime oft die allergrößten Schwierigkeiten. Merkwürdigerweise beziehen sich die drei ausführlichsten Eintragungen in den Lageberichten, und zwar vom November 1939, Januar und März 1940, auf Vorarlberg. Am 20. November wird von einer telegraphischen Anweisung einer Berliner Munitionsfabrik an das Arbeitsamt Bregenz, sofort 400 Arbeiterinnen zu schicken, berichtet. Dieser Auftrag erwies sich als sehr schwierig; bis dato waren erst 80 geschickt worden, da 'die schlechte Behandlung der Arbeiterinnen, die durch das Arbeitsamt an eine andere Firma, und zwar an die Hartfaser-spinnerei Spohn in Neubeuren, vermittelt wurden, bekannt war und (die Arbeiterinnen) eine ähnliche Behandlung in (Berlin) befürchteten. Aus diesem Grunde mußten einige dienstpflichtige Arbeiterinnen von der Gendarmerie dem Arbeitsamt zugeführt werden.'

Diese bequeme Art, Sklaven sozusagen per Gendarmerieversand zu erhalten, wurde später noch viel weitgehender praktiziert; aber dies war noch der Anfang, und vor allem betraf es viele junge Mädchen, deren Eltern lautstark protestierten, und die mit Hilfe übereilter Ehen oder zumindest ärztlicher Zeugnisse eine Verschickung verhindern wollten. Andere wieder ließen einfach ihre Beziehungen spielen, so daß sich bald das Gerücht verbreitete, nur die 'ärmeren Volksschichten' würden dienstverpflichtet, wie aus der Eintragung vom 29. Januar hervorgeht. Die Dienstverpflichtung weiblicher Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie im Altreich verursachte nach wie vor große Aufregung in Vorarlberg. Die Situation hatte sich zwar seit der Zeit gebessert, als verzweifelte Briefe aus Berlin kamen, aber Weigerungen, nach dem Weihnachtsurlaub an die Arbeitsstelle zurückzufahren, konnten nur mittels Drohungen mit der Polizei überwunden werden. Ein neuer Transport ging am 12. Januar nach Braunschweig, und zwar

größtenteils aus besser situierten Kreisen rekrutiert, um dem Gerücht von ihrer Bevorzugung entgegenzuwirken.

Es scheint dies aber nicht viel genützt zu haben. Eine Eintragung vom 26. März 1940 erwähnt die große Mißstimmung, die die letzte Einberufung von Mädchen aus Feldkirch in eine Munitionsfabrik in Berlin hervorgerufen hat, weil

'ein Großteil Mädchen aus schlechteren wirtschaftlichen Verhältnissen gehen mußte, während die Angehörigen wohlhabender Familien aus allen möglichen Gründen von der Dienstpflicht befreit wurden ... Zur Zeit sind circa 20 junge Mädchen wegen Verweigerung der Abreise nach Berlin im Gefängnis in Feldkirch'" (Stadler, 1966:165ff.).

Die Akten des Landgerichtes Feldkirch bestätigen den Befund des Sicherheitsdienstes durchaus.

Die nachweislich ersten Verurteilungen wegen Widerstands gegen die Zwangsverschickung datieren vom Februar 1940 und beziehen sich durchwegs auf "Delikte" vom November und Dezember 1939. Alle Verurteilten dieser ersten Gruppe waren ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiterinnen und zur Dienstleistung in der Grüneberger Metallgesellschaft m.b.H. bei Neuruppin und in der Heeresmunitionsanstalt Lehre bei Braunschweig verpflichtet worden. Abgewickelt wurden diese Aushebungen vom Arbeitsamt Bregenz, das jeweils über Auftrag des "Reichstreuhanders der Arbeit" die entsprechenden Kontingente zusammenzustellen hatte und für den Abtransport verantwortlich war. Wer zum Abreiseternin nicht erschien, wurde vom Arbeitsamt bei der Staatsanwaltschaft in Feldkirch angezeigt. Diese leitete dann bei den Bezirksgefängnissen oder beim Landgericht Feldkirch selbst Verfahren ein.

In Feldkirch wurden in der ersten Phase nachweislich sieben junge Frauen zu ein bis drei Monaten Gefängnis verurteilt, wobei die Einwendungen der Betroffenen - zum Beispiel kranke Eltern und ähnliches - vom Gericht nicht gewürdigt wurden. In einem Falle wurde auch ein Vater, selbst Parteigenosse, im Zuge dieser Verfahren verurteilt, da er seiner Tochter nach Neuruppin ein Telegramm mit dem Wortlaut: "Mutter krank, sofort kommen", geschickt hatte. In der Urteilsbegründung vertritt der Richter die Auffassung: "A. R. mußte sich als Parteigenosse auch unbedingt im Klaren darüber gewesen sein, daß die Dienstverpflichtung seiner Tochter im gegenwärtigen Kriegszustande unbedingt zu erfüllen ist und die innere Front nicht durch seine persönlichen unbedeutenden Angelegenheiten gestört werden darf" (LGF Vr

512/39). Eine andere Angeklagte, aus Lustenau, entzog sich der Verurteilung durch Flucht in die Schweiz (LGF Vr 522/39).

Waren es in der ersten Zeit in der Hauptsache Frauen, die ins Altreich "dienstverpflichtet" wurden und solche Verpflichtungen verweigerten, so waren bald auch Männer von der Verschickung betroffen. Auch hier erwuchsen den NS-Behörden gerade im Bereich des Arbeitsamtes Bregenz erhebliche Schwierigkeiten. Besonderes Aufsehen erregte dabei der Fall der am 15.5.1940 nach Varel bei Oldenburg, einer Baustelle der Luftwaffe, abkommandierten Vorarlberger Arbeiter, die bereits im "Juli bzw. August ihren Arbeitsplatz rechtswidrig verlassen haben und in die Heimat zurückgekehrt sind" (LGF Vr 400/40). Da die meisten von den annähernd 50 Heimgekehrten "mangelhafte Verpflegung" als Grund für ihre Rückkehr angaben, wurde extra der Bregenzer DAF-Kreisobmann nach Norddeutschland beordert, um die Verhältnisse in Varel zu überprüfen. Nach seiner Ansicht waren allerdings "sowohl Unterkunft als auch Verpflegung als sehr gut anzusehen" (ebd.). "Auf Grund dieser Feststellungen wurden sämtliche vertragsbrüchige Volksgenossen aufgefordert, zur Wiederaufnahme der Arbeit nach Varel zurückzukehren. Dieser Aufforderung hat ein Teil Folge geleistet. Die Obgenannten (das waren 21 Bauarbeiter aus allen Teilen des Landes; Anm. d. Verf.) haben aber selbst dann noch die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt und halten sich auch jetzt noch in der Heimat auf" (ebd.). Alle 21 wurden schließlich strafrechtlich verfolgt (LGF Vr 398/40). Urteile des Landgerichtes Feldkirch waren jedoch nur in drei Fällen auffindbar. Das Strafausmaß beläuft sich darin auf zwei bis vier Monate Gefängnis (LGF Vr 399/40).

Neben dieser teilweise spektakulären Opposition von Arbeiterinnen und Arbeitern gegen eine zwangsweise Verschickung an norddeutsche Arbeitsplätze kam es auch innerhalb des Landes immer wieder zu Widerstand gegen die Zwangsmaßnahmen der Arbeitsämter. Dabei erwuchs die Widersetzlichkeit den NS-Behörden weniger aus dem Stamm der eingesessenen Industriearbeiterschaft als vielmehr aus den bäuerlichen Schichten und Gebieten, aus denen nun zusätzliche Arbeitskräfte rekrutiert werden sollten. Die Ursachen dürften dieselben gewesen sein wie in ländlichen Gebieten Bayerns, wo die Behörden mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten: "In diesen Regionen war ein sozusagen frühindustrieller Typus des Arbeiters stark vertreten, der noch verwurzelt in ländlicher Umgebung und Verhaltenstradition, nicht schon seit mehreren Generationen durch die 'Schule' industrieller

Arbeit diszipliniert war. Die in der NS-Zeit mit Hilfe des Arbeitsamtes und schließlich der Gestapo zunehmend militarisierte Form des Arbeitseinsatzes evozierte in hohem Maß die Widerständigkeit solcher noch 'unangepaßter' industrieller Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter" (Broszat u.a., I, 1977:199).

Ein Blick auf den sozialen Hintergrund der in Feldkirch wegen Arbeitsverweigerung oder mangelnder Arbeitsdisziplin Verurteilten bestätigt diesen Befund. Die meisten von ihnen waren bäuerlicher Herkunft und vor ihrer "Dienstverpflichtung" noch nicht Industriearbeiter gewesen, sondern - wenn überhaupt berufstätig - in bäuerlichen und handwerklichen Betrieben oder im Dienstleistungssektor tätig gewesen. Die meisten verantworteten sich auch bei Gericht dahingehend, daß sie die zugewiesene Arbeit wegen landwirtschaftlicher oder familiärer Verpflichtungen nicht antreten hätten können. Etliche, die wegen "Arbeitsbummelei" oder wegen "Beschädigung fremden Eigentums", zum Beispiel von Werkzeugen, verurteilt wurden, rechtfertigten sich mit der "Ungewohntheit der Arbeit". Die Behörden ließen solche Argumente jedoch nicht gelten, auch die Betriebe nicht. Staat und Industrie waren sich aus unterschiedlichen Motiven über die Notwendigkeit unbedingter Arbeitsdisziplin völlig einig. Auch die Abschaffung der freien Wahl des Arbeitsplatzes kam den Unternehmen, die als kriegswichtig eingestuft waren, durchaus entgegen. Nur nicht alle "Volksgenossen" waren zu den geforderten "nationalen Opfern" bereit; deshalb auch die Härte der Behörden und die steten richterlichen Belehrungen, Eigeninteressen zurückzustellen: "Es geht im 6. Kriegsjahr unter keinen Umständen an, daß Arbeitspflichtige nach ihrem Gutdünken dort die Arbeit leisten, wo sie es für dringlich finden" (LGF Vr 422/44/10), oder: "Die Aufgaben des Staates stehen jetzt höher als persönliche Bedürfnisse" (LGF Vr 355/40).

Zu diesem neuen Typus von noch nicht angepaßten Arbeitskräften gehörten weitgehend auch die Frauen, auf deren Einsatz die Kriegswirtschaft nicht mehr verzichten konnte. Aus der Statistik läßt sich ablesen, in welchem Ausmaß und mit welcher Geschwindigkeit einheimische Frauen zusätzlich als Arbeitskräfte rekrutiert und in den industriellen Prozeß geworfen wurden. Während es in Vorarlberg am 31.3.1938 10.954 einheimische Arbeiterinnen und weibliche Angestellte gab, schnellte diese Zahl, weit über die Eingliederung der Arbeitslosen hinaus, zum Jahresende 1940 auf 15.031 hoch - eine Steigerung um 37 Prozent - und erreichte am 31.3.1945 mit 17.352 ihren Höchststand. Gegenüber 1938 war somit die Zahl der im industriell-gewerblichen Sektor arbeitenden Frauen um 6.398 oder 58 Prozent gestiegen. Dabei wuchs natürlich

auch der Frauenanteil an der Gesamtzahl der einheimischen Arbeiter und Angestellten rapide: von 44 Prozent im Jahre 1938 und ebenfalls 44 Prozent Ende 1940 auf 58 Prozent im März 1945 (vgl. VWSSt 1945:9). Diese Zahlen machen die Intensität deutlich, mit der Frauen, vor allem rüstungsbedingt, unter dem NS-System zur Industriearbeit herangezogen wurden.

Als Beispiel, wie der einzelne Arbeiter - vor allem aber die Arbeiterin - den Interessen von Staat und Industrie geopfert wurde, sei der Fall der Feldkircher Textilarbeiterin Katharina Wendl nachgezeichnet. Sie hatte, nachdem ihr Mann zur Wehrmacht

F. M. HÄMMERLE

Spinnerei Gisingen
FELDKIRCH (Vorarlberg)

An das

Feldkirch, am 12. Juli 1940. 79.

Arbeitsamt Bregenz
Nebenstelle Feldkirch

F e l d k i r c h .

Betr. Kündigungen von Gefolgschaftsmitgliedern.

Zur Erreichung der mir vorgeschriebenen Vollproduktion fehlen mir heute bereits 200, zum grössten Teil vollwertige und angelernte Arbeiter. Sie werden verstehen, dass ich unter diesen Umständen nur in den allerdringenden Fällen einer Lösung des Arbeitsverhältnisses zustimmen kann. Mit meinem Schreiben v. 28. v. M. habe ich Sie darauf aufmerksam gemacht, dass W e n d l Kath. geb. 8. VI. 1905 Nofels, Kohlgrasse 10, trotzdem sie die Bewilligung zur Kündigung nicht erhalten hat schon seit 14.5. nicht mehr zur Arbeit erscheint. Ich bin in dieser Angelegenheit noch ohne Nachricht von Ihnen geblieben. Ich muss Sie dringend ersuchen solche Fälle aufzugreifen und zu untersuchen, da ein solches Vorgehen Schule macht und jede geordnete Arbeit unmöglich macht. Ich erwarte Ihren Bericht darüber.

Heil Hitler !

F. M. Hämmerle
Der Betriebsleiter der Spinnerei Gisingen:

Ich habe Sie, Stütler darüber
genau in Kenntnis gesetzt, dass
jederzeit die Ton n. die Form dieses
Schreibens mangelhaft ist.

A. M. H. O

Stütler

F. M. Hämmerle-Betriebsleiter Stütler beschwert sich beim Arbeitsamt Feldkirch über mangelnde Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin - der Arbeitsamtsleiter beschwert sich seinerseits über "den Ton und die Form dieses Schreibens".

eingezogen worden war, ihre Stelle bei F. M. Hämmerle in Gisingen gekündigt. Der Betriebsleiter lehnte die Kündigung mit dem Argument ab, daß er auf diese qualifizierte Vorpinnerin, die schon 15 Jahre im Betrieb gearbeitet hatte, nicht verzichten könne. Als das Arbeitsamt, nachdem Wendl nicht mehr zur Arbeit erschienen war, nicht sofort aktiv wurde, forderte die Betriebsleitung, "hier unverzüglich Schritte einzuleiten, denn es geht nicht an, daß man sich auf diese Weise seiner Verpflichtung entzieht" (LGF Vr 355/40). Daraufhin wurde das Arbeitsamt auf dreifache Weise aktiv: erstens wurde die Fürsorgestelle beim Landratsamt ersucht, der Wendl die "Familienunterstützung" zu entziehen - was vom Landrat als ungesetzlich abgelehnt wurde -, zweitens wurde die Kreisverwaltung der DAF eingeschaltet, die versprach, "Wendl wenn nötig mit Hilfe der Exekutive an ihren Arbeitsplatz zu bringen" (ebd.), und drittens wurde Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Feldkirch erstattet. Katharina Wendl rechtfertigte sich damit, daß sie ihren alleinstehenden Vater in der Landwirtschaft zu unterstützen und ihre Kinder zu versorgen habe. Diese Gründe reichten dem Gericht allerdings nicht aus. Wendl wurde schließlich am 13.9.1940 zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, die aber im Interesse der Firma bei sofortigem Arbeitsantritt bedingt ausgesprochen wurden (ebd.).

Dieses Beispiel ist nur eines von vielen, das die Interessenidentität von Staat und Industrie verdeutlicht und darüber hinaus sichtbar macht, daß gerade "Arbeitsverweigerungen" als direkte Widersetzlichkeit gegen das Regime gewertet wurden. Für die Familie Wendl war dieses Verfahren wegen "Vergehens gegen die Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels" erst der Anfang einer anhaltenden Verfolgung durch die NS-Behörden, an deren Ende die Verurteilung Leopold Wendls zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus wegen "staatsfeindlichen Äußerungen" stand (DÖW 8181).

Was aus den Gerichtsakten nicht hervorgeht, sind die zahlreichen Deportationen von Arbeitern ins "Arbeitserziehungslager" Reichenau bei Innsbruck, die direkt von der Gestapo - in Zusammenarbeit mit DAF, Arbeitsamt und Betriebsleitungen durchgeführt wurden. Einheimische Arbeiter wurden in der Regel weniger schnell ins "Arbeitserziehungslager" Reichenau eingewiesen als Fremdarbeiter, weil die Betriebe befürchten mußten, diese qualifizierteren Arbeitskräfte nicht mehr zurückzuerhalten. Deshalb wurden innerbetriebliche Strafmaßnahmen - meist Bußgelder oder Lohnabzüge - bevorzugt.

Die Kenntnis dieser hier kurz beschriebenen Zwangsmaßnahmen gegenüber der arbeitenden Bevölkerung könnte mithelfen, die bis heute tradierte Fehleinschätzung, daß sich während der NS-Zeit die Arbeitsbedingungen verbessert hätten, zu widerlegen (vgl. dazu Pichler, 1984; Walser, 1984).

Meinrad Pichler

Fremdarbeiter und Kriegsgefangene

Das nationalsozialistische Deutschland organisierte "den größten Masseneinsatz von Zwangsarbeitern in der Geschichte" (Schausberger, 1970:7), um trotz des Krieges und der damit verbundenen Verengung des Arbeitsmarktes die Produktion aufrechtzuerhalten und im Rüstungsbereich sogar auszuweiten. Noch vor dem Zweiten Weltkrieg war ein Abkommen mit Italien zur Beschäftigung italienischer Landarbeiter im Deutschen Reich geschlossen worden (Schausberger, 1970:1); später wurden Arbeiter aus der eroberten Tschechoslowakei, aus Kroatien und Serbien rekrutiert. Nach Ausbruch des Krieges im Herbst 1939 verfügte die deutsche Regierung über große Kontingente von polnischen, ab Sommer 1940 von französischen und ab Herbst 1941 von russischen Kriegsgefangenen, die sofort zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Parallel dazu wurden "Zivilarbeiter" aus praktisch allen eroberten Ländern eingesetzt. Spätestens ab dem 7. Mai 1942, als der "Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz", Fritz Sauckel, Zwangsmaßnahmen zur Rekrutierung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen anordnete, war auch der Einsatz dieser "Zivilarbeiter" nicht mehr freiwillig.

Schrittweise wurde ein System von Sonderrechten geschaffen, das nach der Art der Rekrutierung, nach geographischer Herkunft, vor allem aber nach der rassischen "Wertigkeit" der ausländischen Arbeitskräfte abgestuft war. Besonders diskriminiert waren Polen und sogenannte "Ostarbeiter". Bei letzteren handelte es sich um die Bewohner der besetzten sowjetischen Gebiete, die zum Arbeitseinsatz ins Deutsche Reich verschleppt wurden.

Während die "Zivilarbeiter" aus West- und Südeuropa arbeitsrechtlich - aber nicht hinsichtlich der Entlohnung - den einheimischen Arbeitskräften gleichgestellt waren, wurden Polen, Russen und Ukrainer auf besonders drastische Weise diskriminiert: So bestand ein Züchtigungsrecht des einheimischen Arbeitgebers gegenüber polnischen Landarbeitern; der Besuch der regulären Sonntagsgottesdienste war für Polen und Polinnen verboten, statt dessen gab es einmal im Monat Sondergottesdienste, in denen aber weder polnisch gepredigt noch gesungen noch gebeichtet werden durfte; auf sexuelle Kontakte mit einheimischen Frauen stand für Polen, Russen und Ukrainer die Todesstrafe, oder, falls sie als

"eindeutschungsfähig" erachtet wurden, die Einweisung in ein Konzentrationslager. Um die Fremdarbeiter slawischer Herkunft in möglichst allen Bereichen sozial zu isolieren, führten die NS-Behörden die Pflicht der Kennzeichnung mit einem "P" für Polen beziehungsweise mit "Ost" für Ostarbeiter ein (Majer, 1981:255, 307-312). Für die rigorose Anwendung dieser diskriminierenden Sonderrechte gibt es auch in Vorarlberg zahlreiche Belege.

Mit fortschreitendem Kriegsgeschehen wurden hier immer mehr Fremdarbeiter und Kriegsgefangene verschiedener europäischer Nationen eingesetzt: Italiener, Franzosen, Belgier, Tschechen, Kroaten, Serben, Griechen, Bulgaren, Polen, Ukrainer und Russen. Je weiter die deutschen Eroberungen im Osten fortschritten, desto mehr Arbeiterinnen und Arbeiter kamen aus diesen Gebieten nach Vorarlberg, wo sie bei den großen Stauseeprojekten, in der Landwirtschaft sowie in der Textil- und Rüstungsindustrie eingesetzt wurden.

Über die "im Kriegs-Arbeitseinsatz stehenden fremdvölkischen Arbeiter" - das sind die von der Allgemeinen Ortskrankenkasse in



Ankunft von polnischen Kriegsgefangenen im Dezember 1939 in Partenen.

Dornbirn erfaßten Arbeiter, somit nicht die Kriegsgefangenen – liefert uns die Statistik ab 1942 ein einigermaßen klares Bild. Daß bis 1941 keine Fremdarbeiter/innen ausgewiesen sind, muß nicht bedeuten, daß ihr Einsatz erst 1942 begonnen hat; möglicherweise wurden sie bis dahin nicht eigens erfaßt, zumal auch das System der diskriminierenden Fremdarbeiter-Sonderrechte erst 1942 vollständig ausgebaut wurde. Von 1942 bis Kriegsende ist eine kontinuierliche Steigerung des Fremdarbeitereinsatzes zu bemerken; der Anteil der Frauen betrug ab 1943 konstant rund ein Drittel. Zu Beginn des – statistisch erfaßten – Einsatzes von Fremdarbeitern, im Jahre 1942, betrug deren Zahl 3.305. 1944 waren es im Mittel 5.608, und in den ersten drei Monaten des Jahres 1945 gab es einen nochmaligen sprunghaften Anstieg von 6.414 auf 7.711.

Fremdarbeiter (ohne Kriegsgefangene) in Vorarlberg 1942 – April 1945

Stichtag bzw. Zeitraum	Arbeiter und Angestellte gesamt	Arbeiter gesamt	davon Fremdarbeiter		
			männl.	weibl.	gesamt
Mittel 1942	33 987	28 127	2 667	638	3 305
Mittel 1943	33 934	27 819	3 330	1 171	4 501
Mittel 1944	35 546	29 214	3 856	1 752	5 608
31.1.1945	36 435	30 132	4 329	2 085	6 414
31.3.1945	37 466	31 137	5 140	2 571	7 711
30.4.1945	35 641	29 304	4 590	2 222	6 812

Quelle: VWSSt 1945: 3-9, eigene Berechnungen

Welche Rolle allein die Fremdarbeiter/innen in der Vorarlberger Wirtschaft jener Zeit spielten, wird deutlich, wenn man sich ihren Anteil an der industriell-gewerblichen Gesamtarbeitskraft vergegenwärtigt: Am Höhepunkt ihres Einsatzes, im März 1945, machten sie ein Fünftel aller Arbeiter und Angestellten bzw. ein Viertel der Arbeiter aus. Das Verhältnis würde noch drastischer aussehen, wenn man die Kriegsgefangenen einbezieht: Geht man von einer Gesamtzahl von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen um die 10.000 aus, so waren Anfang 1945 sicherlich ein Drittel aller Arbeiter in Vorarlberg Fremd- und Zwangsarbeiter. Von 5.969 Beschäftigten in der Eisen- und Metallwarenindustrie waren

zuletzt 1.935 Ausländer. In einzelnen Betrieben, zum Beispiel bei den Bayerischen Leichtmetallwerken in Lochau, betrug der Ausländeranteil mehr als 50 Prozent (Kammer der gewerblichen Wirtschaft, 1952:210).

Das leichte Absinken der Fremdarbeiterzahlen im April 1945 deutet eher auf einen Zusammenbruch des statistischen Apparats als auf eine Verringerung des Einsatzes hin.

Die augenfällige Steigerung der Fremdarbeiterzahl in den letzten Kriegsmonaten ist wohl auf den Umstand zurückzuführen, daß 1944/45 mehrere kriegswichtige Betriebe nach Vorarlberg verlegt wurden. In der Zahl der "fremdvölkischen Arbeiter", die die Statistik ausweist, sind, wie erwähnt, die Kriegsgefangenen, die in erster Linie auf den Hochgebirgsbaustellen der Illwerke und zu einem geringeren Maß in der Landwirtschaft eingesetzt waren, nicht enthalten. Die Schätzung Schellings (1980:32), daß sich die Gesamtzahl der ausländischen Arbeitskräfte bei Kriegsende auf 10.000 belaufen habe, dürfte sich an der unteren Grenze bewegen.

Während der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen von den Wehrmachtsbehörden geregelt wurde, übernahmen diese Aufgabe im Falle der Fremdarbeiter die Arbeitsämter. Ausländische Arbeiter durften ihren Arbeitsplatz nicht frei wählen und konnten ihn nur mit Genehmigung des Arbeitsamtes wechseln - eine Maßnahme, die 1942 auch auf einheimische Arbeitskräfte ausgedehnt wurde. Wenn ein Fremdarbeiter den ihm zugeteilten Arbeitsplatz ohne Genehmigung verließ, ging die Strafanzeige meist direkt von den Arbeitsämtern aus. So zeigte der Leiter des Arbeitsamtes Bregenz den polnischen Arbeiter Karl Stanischevsky am 20.1.1941 beim Oberstaatsanwalt des Landgerichts Feldkirch an, weil Stanischevsky seinen Arbeitsplatz bei der Firma Hinteregger in St. Gallenkirch unerlaubt verlassen hatte. In der Begründung der Anzeige wird deutlich, daß sich die Arbeitsämter Kompetenzen der Strafverfolgung zumaßen:

"Ich bitte, möglichst Antrag auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren zu stellen und eine empfindliche Strafe zu beantragen. Ich weise darauf hin, daß derartige Verstöße die Lenkung der Arbeitskräfte nach den Erfordernissen der vordringlichsten Maßnahmen außerordentlich erschweren und die Arbeitsbereitschaft der übrigen ausländischen Arbeiter auf das Nachträglichste beeinflussen. Nach Abschluß des Verfahrens bitte ich, mir eine Urteilsausfertigung zuzustellen..." (LGF Vr 30/41).

Arbeits- und Lebensbedingungen

Die nationalsozialistische Politik der Behandlung von Fremd- und Zwangsarbeitern war darauf angelegt, jeglichen Kontakt mit der deutschsprachigen Umgebung zu unterbinden und gleichzeitig eine vollkommene Trennung von Herkunft, Familie und Heimat herbeizuführen. Vom Arbeitsplatz bis in den Freizeit- und Privatbereich hinein wurde ein System penibler Kontrollen errichtet, das jegliche Manifestation eigener ethnischer, kultureller oder persönlicher Identität zu verhindern versuchte.

In der kärglich bemessenen Freizeit waren die Fremdarbeiter und Fremdarbeiterinnen strengen Regeln unterworfen. Nach 21 Uhr dürften sie sich prinzipiell nicht mehr auf der Straße sehen lassen – und wer von den Polinnen und Polen oder von den Ostarbeitern nicht deutlich sichtbar das "P" beziehungsweise "Ost" auf den Kleidern trug, mußte mit Verhaftung rechnen (StaBr PolBer 27.4., 26.11., 28.12.1942). Ein Beispiel für die hartnäckige Kleinlichkeit, mit der gerade die lokalen NS-Behörden gegen Fremdarbeiter vorgingen, ist eine Begebenheit in Bregenz: Nach Abendschulungen, die die DAF einmal in der Woche im Gasthof Sternen für Ostarbeiterinnen durchführte, waren einige Frauen singend nach Hause gegangen. Aufgrund von Beschwerden gab der Bregenzer Bürgermeister die Anweisung, gegen solche Ostarbeiterinnen vorzugehen. Tatsächlich wurden bereits zwei Tage später, am 25.2.1943, sechs dieser Frauen festgenommen, da sie singend vom Gasthof Sternen nach Hause unterwegs waren (StaBr PolBer 25.2.1943). Selbst ein Kinobesuch konnte für Ostarbeiter zu einem kriminellen Delikt werden, wie eine Eintragung im Journal der Bregenzer Stadtpolizei belegt (StaBr PolBer 25.1.1943).

Auch das nahende Kriegsende vermochte den Verfolgungseifer der NS-Behörden nicht zu bremsen. Die Liste der für Polen und Ostarbeiter verbotenen Tätigkeiten war seit 1940 ins Absurde gewachsen – vom Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel bis zum Verbot des Gebrauchs von Fahrrädern und einem Fernsprechverbot (Majer, 1981:309f.). Da fügt es sich nur ins Bild, daß noch am 20. März 1945 vom Landgericht Feldkirch die beiden polnischen Fremdarbeiter Adam Olejarczyk und Kasimir Cierpial schuldig gesprochen wurden, im Dezember 1944 und im Jänner 1945 in Bregenz das verbotene Kartenspiel "Einundzwanzig" gespielt zu haben. Strafe: je 100 Reichsmark – das entsprach mindestens einem Monatslohn für Fremdarbeiter –, im Nichteinbringungsfall 20 Tage Straflager (LGF Vr 41/45).

Besonderes Augenmerk richteten die Behörden auf die Isolation

der Fremdarbeiter von den Einheimischen. Das kam im Verbot gegenüber Polen und Ostarbeitern zum Ausdruck, die reguläre Sonntagsmesse zu besuchen - belegt beispielsweise für die Bregenzwälder Gemeinde Schoppernau (LG Ibk 10 Vr 1871/47). In dieselbe Richtung zielte die Bestimmung, fremde Landarbeiterinnen und Landarbeiter nicht am gemeinsamen Mittagstisch essen zu lassen - eine Bestimmung, die sich in der Praxis zwar nur schwer durchsetzen ließ, von NS-Funktionären aber bei überraschenden Kontrollbesuchen durchaus ernstgenommen wurde (I: Pichler J.).

Am schärfsten wurde die Abschottung von den Einheimischen im Bereich geschlechtlicher Beziehungen betrieben. Auf sexuelle Kontakte von Kriegsgefangenen und Arbeitern slawischer Herkunft mit "deutschen" Frauen standen Strafen, deren Ausmaß hochpolitischen Delikten entsprach - nämlich Konzentrationslager und Hinrichtung. So wurde der Pole Konstantin Przygoda im März 1942 auf der Illwerke-Baustelle Rodund auf Befehl der Gestapo von Arbeitskollegen gehängt, weil er mit einheimischen Frauen Kontakt gehabt habe (LS 29). Nach einer anderen Quelle wurde im Montafon Anfang 1942 ein Pole sogar öffentlich von Gestapo-Leuten erschossen, da er sich, wie es im Lagebericht des Generalstaatsanwalts beim Oberlandesgericht Innsbruck nach Berlin vom 29.3.1942 hieß, "an einer deutschen Frau vergangen hatte" (BAK R 22-3368).

Die Unmenschlichkeit des NS-Systems vor allem gegenüber den Zwangsarbeitern slawischer Herkunft zeigt sich auch am Schicksal der einundzwanzigjährigen polnischen Landarbeiterin Janina Back. Sie war wahrscheinlich wegen ihrer sichtbar werdenden Schwangerschaft von der Gestapo festgenommen und am 28.5.1941 ins Gefängnis in der Bregenz Oberstadt eingeliefert worden. Erst nachdem sie dort ihr Kind zur Welt gebracht hatte, wurde sie am 13.7.1941 ins Krankenhaus überstellt (GeBBR 193/41).

Über die Arbeitsbedingungen der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen geben die Akten kein einheitliches Bild. Es ist anzunehmen, daß die in der Landwirtschaft Beschäftigten weniger drangsaliert und menschlicher behandelt wurden als die bei Großprojekten eingesetzten Arbeiter, die das Regime zur vollständigen Ausbeutung - bis hin zur physischen Vernichtung - freigegeben hatte. Anschaulich werden diese Verhältnisse in einem Bericht der Arbeiterschaft der Bahnmeisterei Langen am Arlberg vom November 1945 beschrieben, wo es über das Verhalten des Bahnmeisters F. E. gegenüber den Fremdarbeitern heißt:

"Gegen Kriegsgefangene und ausländische Arbeiter, darunter

auch Frauen und Jugendliche, war er gewalttätig und brutal. Bei schlechter Bekleidung und ungenügender Nahrung ließ er sie, ob Regen oder Schneegestöber, zu jeder Arbeit heranholen. Einem Aufsichtsorgan gab er unter anderem den Befehl: 'Wenn sie nicht parieren wollen, so haut ihnen ein paar hinein, wenn das nicht hilft, dann sind sie mir zu melden, ich werde sie durch Einbehalt des Essens und Einsperren bestrafen'. Dieser Befehl wurde vom Aufsichtsorgan abgelehnt. Es kam auch vor, daß er Frauen, welche er vor Kälte weinend bei Schneetreiben auf dem Schienenstrang sitzend antraf, mit Fußtritten wieder zur Arbeit trieb" (StaBl 7/287).

Die meisten Maßnahmen der NS-Behörden gegen Fremdarbeiter gingen auf Konflikte am Arbeitsplatz zurück. Im Jahre 1941 wurde mit der Einrichtung des sogenannten "Arbeitserziehungslagers" Reichenau bei Innsbruck begonnen, das zur Abstrafung und Korrektur von "Arbeitsbummelanten" im Bereich des Gaus Tirol-Vorarlberg bestimmt war. Während einer Haftdauer von zwei bis drei Monaten hatten die Häftlinge im Straßenbau oder in der Schottergewinnung aus dem Inn täglich zwölf Stunden körperliche Schwerstarbeit zu leisten. Entsprechend hielt Ernst Kaltenbrunner, der Chef der Sicherheitspolizei, im Mai 1944 fest, "daß die



"Arbeitserziehungslager" Reichenau bei Innsbruck.

Arbeitserziehungslager der Sicherheitspolizei alles andere als ein Erholungsaufenthalt sind. Die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse für die Insassen sind im allgemeinen härter als in einem Konzentrationslager. Dies ist ... möglich, da die Unterbringung der einzelnen Schutzhäftlinge im allgemeinen nur einige Wochen, höchstens wenige Monate, dauert" (zit. n. WuVT I, 1984:524).

Falls die Lagerleitung, die von Gestapo-Beamten ausgeübt wurde, die "Korrektur" nicht für erfolgreich hielt, war die Weiterverschickung in ein Konzentrationslager möglich und üblich, andernfalls kam der Häftling an seinen ursprünglichen Arbeitsplatz zurück - zur Warnung und Abschreckung der anderen Kolleginnen und Kollegen.

Reichenau faßte in rund 20 Baracken 500 bis 1000 männliche Häftlinge; für Frauen war ein eigenes kleineres Gestapo-Lager im Heinkelwerk in Jenbach eingerichtet (WuVT I, 1984:581). Das "Arbeitserziehungslager" Reichenau hatte überwiegend Fremdarbeiter als Insassen, doch wurden auch aus Vorarlberg immer wieder einheimische Arbeiter eingeliefert, die sich dem ständig steigenden Arbeitsdruck widersetzen und nicht mehr als "Soldaten der Arbeit" strammstehen wollten. Im Lager waren Mißhandlungen, nicht selten mit tödlichem Ausgang, an der Tagesordnung; es kam auch zu Hinrichtungen (WuVT I, 1984:572-594). Daß dieses "Arbeitserziehungslager" nicht nur der unmittelbaren Abstrafung jener diene, die - so der Erlaß des Reichsführers SS Heinrich Himmler vom 28.5.1941 - "die Arbeit verweigern oder in sonstiger Weise die Arbeitsmoral gefährden" (DÖW 13.237), sondern als Abschreckungsmaßnahme für die gesamte, auch einheimische, Arbeiterschaft gedacht war, brachte ein Schreiben des Reichsstatthalters in Tirol und Vorarlberg, Gauleiter Franz Hofer, vom 11.11.1942 unmißverständlich zum Ausdruck:

"Betriebsführer und Gewerbetreibende, aber auch Bauern beklagen sich immer wieder, daß einzelne Arbeiter die ihnen aufgetragenen Arbeiten oft recht nachlässig verrichten und auf Ermahnungen entweder gar nicht reagieren oder sogar noch frech werden. Da dieses Verhalten einer Sabotage gleichkommt und auch die ordentlichen Arbeiter dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, letzten Endes aber die gesamte Arbeitsleistung zurückgehen muß, erlaube ich mir, auf das Arbeitserziehungslager der Geheimen Staatspolizei in der Reichenau mit der Bitte nochmals besonders aufmerksam zu machen, bei der Einweisung in dieses Lager einen schärferen Maßstab anlegen zu wollen...

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß diese Erziehungs-

maßnahme sich als sehr nutzbringend erweist. Es treiben sich im Lande auch immer noch einzelne arbeitsscheue Individuen herum, die von der Gendarmerie raschestens zu erfassen und ebenfalls dem Arbeitserziehungslager zu überstellen wären" (DÖW 13,237).

In den Polizeiberichten, etwa jenen des Postens Bregenz, finden sich ab 1941 immer wieder Eintragungen über die Deportation von ausländischen Zivilarbeitern nach Reichenau - oft wurden sie gleich gruppenweise eingeliefert, wie Eintragungen über eine Gruppe von 14 Franzosen im September 1943 in Bregenz (StaBr PolBer 29.9.1943) oder über zahlreiche Ukrainer und Polen in den Gefangenenbüchern der Bezirksgerichte Bludenz und Bregenz belegen. Oft handelte es sich um Minderjährige - etwa bei vier Ukrainern, deren ältester zum Zeitpunkt der Einlieferung noch nicht 18 und deren jüngster erst knapp über 15 war (GeBBl 377-380/42).

Daß Fremdarbeiter sehr oft gruppenweise verhaftet und nach Reichenau gebracht wurden, ist auffällig. Entweder waren ihre Widersetzlichkeiten tatsächlich ein Akt kollektiver Gegenwehr, oder die Behörden vermuteten bei Zuwiderhandlungen eine gemeinsame Organisation bzw. verhafteten bei Einzeltaten vorbeugend gleich ganze Gruppen. Wie die Einlieferung erfolgte auch die Rückstellung aus Reichenau oft kollektiv, etwa im Falle jener 15 Ukrainer, die am 12.4.1943 aus Reichenau kommend auf die Arbeitslager Sibratsgfall und Rheinau - den damaligen Zusammenschluß der Rheindeltagemeinden Fußach, Höchst und Gaißau - verteilt wurden (GeBBr 1388-1402/43).

In den Gefangenenvormerkbüchern häufen sich ab 1943 die Eintragungen zu Überstellungen von Fremdarbeitern nach Innsbruck beziehungsweise Reichenau. Das hängt sicher mit der wachsenden Zahl von Fremdarbeitern zusammen, die nach Vorarlberg gebracht wurden, aber auch mit dem zunehmenden Arbeitsdruck und der größeren Widersetzlichkeit von Arbeiterinnen und Arbeitern angesichts der Niederlagen der deutschen Wehrmacht. Wie breit und intensiv die Verfolgung durch die NS-Behörden war - und wie sehr vor allem Fremdarbeiter betroffen waren -, zeigt eine Auswertung des Gefangenenbuchs des Bezirksgerichts Bregenz. In Bregenz war die Gestapo-Zentrale Vorarlbergs, sodaß hier in allen relevanteren Fällen Frauen und Männer zu Verhören oder zum Weitertransport in andere Gefängnisse, Polizeistellen und Lager eingeliefert wurden. Im Bregenzer Gefängnis befanden sich somit fast ausschließlich Gestapo-Häftlinge. In den Gefangenenbüchern sind für den Zeitraum zwischen 1. Oktober 1941 und 27. April 1945 4.657 Personen vermerkt. Von diesen waren

Stb. Nr.	Zu- und Vorname des Gefangenen, Beruf, Wohnort, bei Ausländern Staatsangehörigkeit	Geburtsdatum	Geburtsort	Familienstand	Bestandnis	Grund der Einlieferung	a) Aufnahmenerfüllung, Haftbefehl usw. (Be- hörde, Datum, Alters- zeichen) b) einliefernde Stelle
1	2	3	4	5	6	7	8
3674 1	Jolivet Edmond	21.7. 1922	Franzose			am Gest	a) Gest. b) Lustenau
3676 2	Stalkiewicz Felix	1.5. 1915	Polen			"	a) " b) "
3677 3	Angeli L'c Giuseppe	3.7. 1914	Polen Italien			"	a) Gest. b) Dornbirn
3675 4	Chodkiewicz Roman	21.12. 02.	Polen			am Gest.	a) Gest. Przemysl b)
3676 5	Chodkiewicz Wladislaw	3.3. 27.	Polen			"	a) " b) "
3677 6	Chodkiewicz Karol	22.12. 17.	Polen			"	a) " b) "
3678 7	Kocic Sparoje		Polen			"	a) " b) "
3679 8	Katwocky Karel	10.10. 21.	Protektorat			"	a) " b) "
3680 9	Bersz Bogdan	19.11. 23.	Polen			"	a) " b) "
3681 10	Karwinski Tadeusz	28.8. 20.	Polen			"	a) " b) "

Massenverhaftung von Fremdarbeitern: Einlieferung von Polen ins Gefängnis Bregenz-Oberstadt am 1. Nov. 1944, nach zwei Wochen

Einflieferung				Beendigung der Haft				Grund der Haftbeendigung	Stempel im Verzeichnis der abgenommenen Gegenstände	Abgelieferte Gelder und Wertpapiere	Festhaltung der Richtigkeit aller Angaben u. der in Sp. 13 aufgeführten Gegenstände durch den Gefangenen	Haft-tage	Bemerkungen
Zug	Monat	Tag	Blanke	Zug	Monat	Tag	Blanke						
9				10				11	12	13	14	15	16
31.	10.	4	4	3.	11.	44		ab fest. Innsbruck					
	17 ^h				13 ^h								
31.	10.	4	4	18.	11.	45		ab fest. frei (Leib)					
	12 ^h				14 ^h								
31.	10.	4	7	9.	11.	44		ab fest.					
	18 ^h				11 ^h								
1.	11.	44		15.	11.	44		ab fest. Innsbruck					
	13 ^h				6 ^h								
1.	11.	44		15.	11.	44		ab fest. Innsbruck					
	14 ^h				6 ^h								
1.	11.	44		15.	11.	44		ab fest. Innsbruck					
	15 ^h				6 ^h								
1.	11.	44		15.	11.	44		ab fest. Innsbruck					
	15 ^h				6 ^h								
1.	11.	44		15.	11.	44		ab fest. Innsbruck					
	15 ^h				6 ^h								
1.	11.	44		15.	11.	44		ab fest. Innsbruck					
	15 ^h				6 ^h								

Dia A 4d (210x297 mm) Verband 9. Teil. Vr. 211*

Überstellung an die Gestapo Innsbruck, d. h. wahrscheinlich ins Lager Reichenau (Auszug aus dem Gefangenenbuch Bregenz).

mindestens die Hälfte Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter sowie Kriegsgefangene, deren größerer Teil – rund 1.500 Personen – zum Weitertransport nach Innsbruck, das heißt in die "Arbeitserziehungslager" Reichenau und Jenbach, in ein Gefängnis oder in ein Konzentrationslager, bestimmt war.

Für die Fremdarbeiter bedeutete eine Überstellung an die Gestapo Innsbruck die Fortsetzung eines Leidenswegs, der in der Regel auf den Gestapo-Dienststellen Bregenz und Bludenz begonnen hatte. Nach dem Krieg erklärte ein Beamter der Gestapo Innsbruck, Dr. Ludwig Hellwagner, in einem Gerichtsverfahren, mit Einheimischen sei man normalerweise nicht grob umgegangen, da es für eine "harte Vernehmung" die Erlaubnis des Reichssicherheitshauptamtes gebraucht habe, im "Referat für Ostarbeiter" hingegen "habe er Reitpeitschen und Ochsenziemer gesehen" (DÖW 8434).

Fremd- und Zwangsarbeiter bei den Illwerken

Der Ausbau der Wasserkraft im vermeintlich bombensicheren Vorarlberg spielte für die Nationalsozialisten eine große Rolle. Die beim deutschen Einmarsch bereits fertig geplanten Anlagen der Illwerke umfaßten Obervermunt, den Silvrettaspeicher, das Latschau- und das Rodundwerk; lediglich das Vermuntwerk war schon seit 1930 fertiggestellt. Unmittelbar nach dem Einmarsch war von den NS-Behörden eine genaue betriebswirtschaftliche Übersicht über diese Werke erstellt und der Ausbau der schon geplanten Anlagen energiewirtschaftlich begründet worden. Nach der Fertigstellung von Vermunt, Obervermunt und Rodund rechnete man mit einer jährlichen Leistung von 540 Millionen kWh.

Es war klar, daß diese Großprojekte viele Arbeitskräfte benötigen würden. Allein für das Projekt Obervermunt wurde ein Bedarf von rund 1.000 Mann veranschlagt (VLA, Bericht über die Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft, 29.3.1938). Auf den Großbaustellen der Illwerke im Montafon arbeiteten im Jahre 1943 schließlich rund 4.000 Männer – überwiegend Fremdarbeiter und Kriegsgefangene (LGF Vr 155/43).

Die Energieprojekte hatten wegen des Strombedarfs der Rüstungsindustrie höchste Dringlichkeitsstufe. Besonders die Kriegsgefangenen, die unter militärischer Aufsicht täglich zwölfstündige Schwerarbeit leisteten, hatten unter den sehr harten Arbeitsbedingungen zu leiden. Aufgrund der mageren Essensrationen kam es zu Lebensmitteldiebstählen, die in der Regel sofort

bestraft wurden. Als sich beispielsweise in Silvrettadorf nach dem Diebstahl einiger Kartoffeln nicht gleich ein Täter ermitteln ließ, mußten die Kriegsgefangenen erst einmal drei Tage lang zur Strafe durcharbeiten. Schließlich wurden nach einer von den Gefangenen selbst durchgeführten Razzia in einem Spind drei Kartoffeln gefunden, worauf der betroffene Gefangene auf Anweisung der Wache von seinen Mitgefangenen erschlagen werden mußte (I: Huber O.).



Silvrettadorf auf der Bielerhöhe - Wohnlager für Fremd- und Zwangsarbeiter bei Kraftwerksbauten.

Die Arbeitsbedingungen bei den Illwerke-Baustellen - und Akte der Widerständigkeit seitens der Fremdarbeiter - beleuchtet der Fall des Griechen Konstantinos Kodzamanis: Der 1908 im nordgriechischen und vorübergehend zu Bulgarien gehörenden Xanthi geborene Mann war am 22.8.1942 auf die Baustelle der Firma Pittel und Brausewetter nach Tschagguns-Maurenstutz gekommen. Nach einer Woche weigerte er sich mit der Begründung, er habe keine Schuhe, zur Arbeit zu gehen. Obwohl er laut Aussage des Betriebsführers neue Holzschuhe bekommen hatte, wollte er am folgenden Tag immer noch nicht arbeiten - mit der Folge, daß ihm die Essensration vorenthalten wurde. Am 4.9. kam er in

Bludenz in Gestapohaft, am 18.9. wurde er in das Lager Reichenau überstellt. Nachdem er dort am 3.11.1942 entlassen worden war, brachte man ihn an seinen Arbeitsplatz zurück. Dort verhielt er sich offenbar weiterhin unangepaßt. So habe er zum Beispiel Rollwagen führerlos bergab fahren lassen. Nach einer Anzeige wurde er am 3.12.1942 von der Gestapo Bregenz dem Landgericht Feldkirch überstellt, wo er am 11.5.1943, nach sechsmonatiger Haft, zu sechs Monaten und Ersatz der Kosten verurteilt wurde. Der Oberstaatsanwalt berief gegen dieses Urteil und forderte eine "angemessene Erhöhung der Strafe", worauf das Oberlandesgericht Innsbruck am 21.5.1943 Kodzamanis zu einem Jahr Haft verurteilte. Er wurde nun von Feldkirch ins Gefängnis München-Stadelheim verlegt und von dort, nach einer Gesamthaft von einem Jahr, am 3.12.1943 wieder nach Feldkirch zur Verfügung der Gestapo überstellt (LGF 155/43). Das weitere Schicksal Kodzamanis' ist ungeklärt, doch dürfte "zur Verfügung der Gestapo", wie fast immer in solchen Fällen, die Einlieferung in ein Konzentrationslager bedeutet haben.

Wie wenig das Leben von Fremdarbeitern und besonders von Kriegsgefangenen wert war, demonstriert schließlich ein Vorfall im Arbeitslager Silvrettadorf zu Beginn des Jahres 1943. In diesem Lager, einem Teillager des Kriegsgefangenen-Stammlagers Markt Pongau, waren im Februar 1943 58 französische Kriegsgefangene. Sie waren der Münchner Firma Kunz zugeteilt, die im Rahmen des Rodund-Projektes Bauarbeiten ausführte. Untergebracht waren die Gefangenen in Baracken, die von einem Drahtverhau umgeben waren. Am 13.2.1943 wurden zwei dieser Baracken wegen Verwanzung mit Blausäuregas entseucht. Der Vergaser Robert Marx gab dann die Anweisung, daß die Kriegsgefangenen bereits am selben Abend wieder in die Baracken einziehen und darin schlafen sollten. Dabei vergifteten sich an dem noch vorhandenen Blausäuregas insgesamt neunzehn Gefangene, drei davon tödlich: René Maheo, Emilien Cramoisi und André Raymondeau. Alle drei wurden auf dem Ortsfriedhof Gaschurn begraben.

In einer daraufhin eingeleiteten Untersuchung wurde ein Gutachten der Frankfurter Firma DEGESCH (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung) eingeholt, in dem es unter anderem hieß: "Schon die Zusage des Marx, daß die entwesten Baracken bereits am 13.2. abends wieder benutzt werden könnten, ist vorschriftswidrig. ... Das Ausklopfen der Decken usw. ist nicht, wie es die Verordnung vorschreibt, durch den Durchgasungsleiter oder seine Beauftragten überwacht worden. ... Es ist nirgends erwähnt, daß der vorgeschriebene Gasrestenachweis gemacht wor-

den ist, der allein für die Freigabe eines entwesten Gebäudes maßgebend ist" (LGF Vr 257/43).

Gegen diesen Vorwurf der Fahrlässigkeit wandte sich Marx mit einer bezeichnenden Begründung: In der Praxis sei eine Entseuchung immer auf diese Weise gehandhabt worden, außerdem hätten die Bauleitung und das Gesundheitsamt Druck ausgeübt. Vor Gericht konnte nicht mehr eruiert werden, ob Marx als sachverständiger Verantwortlicher wenigstens die Anweisung gegeben hatte, die Fenster der Baracken die ganze Nacht offen zu halten. Doch selbst wenn eine solche Anweisung bestanden hätte, wäre ihre Befolgung durch die Kriegsgefangenen wohl unmöglich gewesen: In der betreffenden Nacht war es in dem 2.000 Meter hoch gelegenen Silvrettadorf bitter kalt, und es gab einen heftigen Schneesturm.

In einem Verfahren vor dem Landgericht Feldkirch wurde Marx am 18.1.1944 schließlich wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu vier Monaten Gefängnis verurteilt – eine Strafe, die noch Ende desselben Monats unter der Bedingung nachgelassen wurde, daß sich Marx während einer Probezeit pflichttreu verhalte. Im April 1947 erfolgte die Tilgung der Verurteilung aus dem Strafregister (LGF Vr 257/43).

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Tatsache bald aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt worden, daß wesentliche Abschnitte der Illwerke mit dem Schweiß Tausender Fremdarbeiter und Kriegsgefangener errichtet worden sind. Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes nach 1945, der zu einem Gutteil von der Energiewirtschaft getragen wurde, beruht auch auf der bis zur physischen Vernichtung führenden Ausbeutung dieser Arbeiter.

Das Verhalten der Einheimischen

"Wer mit Kriegsgefangenen in freundschaftlichen Verkehr tritt und mehr mit ihnen spricht, als zu Arbeitszwecken unbedingt nötig ist", mache sich strafbar, verhiieß ein "Merkblatt für das Verhalten der Bevölkerung gegenüber Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern" aus dem Jahre 1941. Offenbar hatte diese Apartheid-Aufforderung nicht die gewünschte Wirkung. Zumindest sah sich noch Anfang 1944 die Werkszeitschrift von F.M. Hämmerle, "Dreihammer", genötigt, eine stärkere Abgrenzung der einheimischen Arbeiterinnen und Arbeiter gegenüber den fremden zu fordern:

"Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es hier mit primitiven Menschen aus dem Osten zu tun haben. ... Es gibt deutsche

Menschen, in denen das anfänglich armselige Äußere dieser Menschen aus dem Osten ein tiefes Mitgefühl hervorgebracht hat. Sie möchten daher die Ostarbeiterinnen ganz besonders in ihre Obhut nehmen, ja vor lauter Gefühlsduselei diesen Lebensmittel und sonstiges, das sie sich von ihrem eigenen Munde absparen, zustecken. Das ist vollkommen falsch..." (zit. n. Pichler, 1984:296).

Trotz der Androhung von Strafen waren Einheimische immer wieder bereit, Brücken der Menschlichkeit zu Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern zu schlagen. Dabei ist zu bedenken, daß schon kleine Gesten, wie das Überreichen einer Zigarette oder eines Stücks Brot, als Delikte galten. So wurde in Lochau Johann Sinz angezeigt, weil er einem französischen Kriegsgefangenen eine bereits angerauchte Zigarette gegeben hatte (StaBr PolBer 13.10.1942). Gegen die Bregenzerin Maria Heitmanek erfolgte eine Anzeige, weil sie auf der Straße russischen Kriegsgefangenen Brot zugesteckt hatte (StaBr PolBer 12.8.1943). Die Strafen für derartige humanitäre Gesten waren empfindlich, da die Übergabe von Lebensmitteln oder Rauchwaren an Kriegsgefangene auch als Schädigung der deutschen Wirtschaft betrachtet wurde. So wurde der damals erst siebzehnjährige Wolfurter Martin Österle von der Gestapo Bregenz eine Woche in Haft gehalten und von den Gestapo-Leuten Schlagbauer und Quoß blutig geschlagen, weil er sowjetischen Kriegsgefangenen im Bahnhof Kennelbach im Dezember 1943 20 Zigaretten zugesteckt hatte. Österle war bereits im Juli 1942 kurz in Gestapo-Haft gewesen, nachdem er Ostarbeiterinnen der Firma Schindler in Kennelbach Äpfel und Brot gegeben hatte. Österle erhielt trotz seiner Jugend "Frontbewährung" (Schr.M. Österle M.)

Auch die Inhaberin des Bludenzer Bahnhofsbuffets, Frieda Stich, wurde, nachdem sie zwischen 21. und 24.10.1941 zum Gestapo-Verhör im Bregenzer Gefängnis festgehalten worden war (GeBBr 34/41), am 19.11.1941 vom Landgericht Feldkirch zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, da sie von der Kreisleitung der NSDAP Bludenz beschuldigt worden war, Kriegsgefangenen, die auf ihren Weitertransport warteten, öfters Semmel und Zigaretten geschenkt zu haben. In einem Schreiben des Bludenzer Kreisleiters an die Gestapo Bregenz hieß es: "Da eine derartige Behandlung von Kriegsgefangenen durch Frau Stich nicht nur eine nationale Würdelosigkeit ist, sondern gegen die klaren und eindeutigen Bestimmungen über die Behandlung von Kriegsgefangenen schwerstens verstößt, bitte ich Sie, gegen Frau Frieda Stich entsprechende Maßnahmen einzuleiten" (LGF Vr 345/41).

Merkblatt

für das Verhalten der Bevölkerung gegenüber Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern

Der Mangel an Arbeitskräften zwingt dazu, Kriegsgefangene und Fremdarbeiter zum Arbeitslosseinfluß heranzuziehen. Sie werden gerecht behandelt, nach bestimmten Sätzen bezahlt und ausreichend versorgt.

Im Verkehr mit Kriegsgefangenen ist zu beachten:

Strafbar macht sich

nach den reichsgerichtlichen Bestimmungen:

1. Wer Kriegsgefangenen Lebensmittel, Rauchwaren zulegt, verkauft oder im Tauschwege verschafft; er schädigt dadurch die deutsche Wirtschaft.
2. Wer Kriegsgefangenen Waffen, Zivilkleider, Landkarten, Kompaße usw. gibt und damit fahrlässig Fluchtmöglichkeiten verschafft!
3. Wer von Kriegsgefangenen Wertgegenstände ankauft oder als Geschenk annimmt; unter diese Wertobjekte fallen auch sogenannte Erinnerungsgüter, Lichtbilder usw.
4. Wer mit Kriegsgefangenen in freundschaftlichen Verkehr tritt und mehr mit ihnen spricht, als zu Arbeitszwecken unbedingt nötig ist. Insbesondere sind in Anwesenheit von Kriegsgefangenen Gespräche militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Inhalts zu unterlassen. Vertrauensfestigkeit ihnen gegenüber öffnet Spionage und Sabotage Tür und Tor.

Als Landesverräter gilt

und wird schwer bestraft, unter Umständen sogar mit dem Tode:

1. Wer Weislinge zu heimlicher Nachrichtenübermittlung leistet durch Annahme oder Weiterbeförderung ungeprüfter Kriegsgefangenenpost oder durch Vergabe einer Dedanschrift. Die gesamte Kriegsgefangenenpost muß durch die Poststelle der Kriegsgefangenenlager gehen.
2. Wer Kriegsgefangene zum Fernsprech- oder Telegraphenverkehr zuläßt.
3. Wer das unbeaufsichtigte Abhören des Rundfunks oder gar feindlicher Sender gestattet.
4. Wer vorfällige Weislinge zur Flucht leistet.

Pflicht jedes deutschen Volksgenossen ist:

1. Jede Wahrnehmung staatsfeindlicher Gespräche, bzw. Taten sofort dem Arbeitskommandoführer oder dem Gendarmerteil zu melden.
2. Den deutschen Behörden zur Wiederergriffung entfloherer Kriegsgefangener jede mögliche Weislinge zu leisten und ihnen jeden Verdacht auf Spionage oder Sabotage sofort zu melden.

Deutsche Frauen und Mädchen! Deutsche Männer!

Wahrt eure Würde gegenüber allen Fremdarbeitern, sei es, daß sie als Freunde oder Feinde in unserem Lande weilen. Die Zurückhaltung gegenüber den Fremdbürtigen ist keine Beleidigung.

Der Fremdarbeiter bescheidener Ration wird keinen Otzels adnen, denn auch er weiß, daß er sein Volk nur erhalten kann, wenn er sein Blut nicht mit dem eines anderen Volkes vermischt.

Tiroler und Vorarlberger!

Unsere schöne Heimat bindet deutsche Kinder!

Ihr werdet nicht wollen, daß einft die Kinder fremder Völker in eurem Land leben.

dem dann wäre unser Kampf umsonst!

Heftung I. Teil, 199. H.

An die Vorarlberger Bevölkerung verteiltes Merkblatt zur Diskriminierung von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen.

In Egg im Bregenzerwald erhielten sogar eine ganze Familie und zwei ihrer Bekannten empfindliche Haftstrafen zwischen drei Wochen und vier Monaten, weil sie sieben französische Kriegsgefangene, die das Familienoberhaupt Otto Feuerstein von der Arbeit her kannte, zu einem geselligen Sonntagnachmittag nach Hause eingeladen hatten. Dabei wurde musiziert und getanzt, es wurden auch französische Lieder gesungen. Dieses harmlose Vergnügen kam durch Denunziation der Gestapo Bregenz zur Kenntnis. Otto Feuerstein und seine Tochter Ilga wurden verhaftet, in das Polizeigefängnis Bregenz gebracht und von dort in die Haftanstalt beim Landgericht Feldkirch überstellt. Im Verfahren gegen Otto Feuerstein, seine Gattin Maria, seine Tochter Ilga sowie zwei weitere Frauen, Rosa Waldner und Gisela Hammerer, wurde auf verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen sowie auf "Schädigung des gesunden Volksempfindens" erkannt (LGF Vr 123/42).

Wenn schon harmlose freundschaftliche Kontakte auf derart drastische Weise kriminalisiert wurden, so waren die Verfolgungsbehörden noch unnachsichtiger, wo Liebesbeziehungen zwischen einheimischen Frauen und Kriegsgefangenen beziehungsweise Fremdarbeitern vermutet wurden oder tatsächlich bestanden. In dem erwähnten "Merkblatt für das Verhalten der Bevölkerung gegenüber Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern" wird der Zusammenhang zwischen sexueller Tabuisierung und kriegerischer Aggression in einer Weise deutlich, die eine psychoanalytische Interpretation geradezu herausfordert: "Deutsche Frauen und Mädchen! Deutsche Männer! Währet eure Würde gegenüber allen Fremdarbeitern... Tiroler und Vorarlberger! Unsere schöne Heimat braucht deutsche Kinder! Ihr werdet nicht wollen, daß einst die Kinder fremder Völker in eurem Land leben, denn dann wäre unser Kampf umsonst!"

Die Gestapo versuchte in Verhören, Frauen, die Kriegsgefangenen lediglich aus Mitleid Brot und ähnliches gegeben hatten, sexuelle Motive oder Beziehungen zu unterstellen - etwa indem denunziatorisch nach der Farbe der Unterwäsche gefragt wurde, die der beschenkte Gefangene getragen habe (I; Bösch E.). Wo persönlichere Kontakte zu bestehen schienen, reagierten die NS-Richter mit empfindlichen Strafen. So war eine Angestellte der Bregenzer Baufirma Rhomberg, die unter Einsatz serbischer Kriegsgefangener in Damüls Arbeiten durchführte, mit dem Zwangsarbeiter D. T. bekannt geworden. Sie hatte ihm Zigaretten und Kleidungsstücke gegeben und war ein paarmal mit ihm spazieren gegangen. Unter der Anklage des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen wurde die Frau vom Landgericht Feldkirch erst

zu zweieinhalb, dann auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Oberlandesgericht Innsbruck zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. D. T. erhielt im Februar 1943 von einem Divisionsgericht per Feldurteil eine Gefängnisstrafe von eineinhalb Jahren (LGF Vr 90/43). Eine andere Vorarlbergerin wurde noch im Dezember 1944, nachdem sie von einem serbischen Zwangsarbeiter schwanger geworden war, "wegen Verbrechens des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen" zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt (LGF Vr 398/44) – eine Strafe, die infolge des nahenden Kriegsendes und der Intervention maßgeblicher Kreise des Heimatdorfes nicht vollzogen wurde.

Normalerweise jedoch waren die NS-Behörden gegenüber Frauen, die sich in einen Kriegsgefangenen verliebt hatten, unerbittlich. In einem Lagebericht des Generalstaatsanwalts beim Oberlandesgericht Innsbruck vom 29.3.1942 wird darauf hingewiesen, daß allein aus Bludenz elf Frauen wegen geschlechtlichen Verkehrs mit französischen Kriegsgefangenen ins Gefängnis eingeliefert worden seien. Der Oberstaatsanwalt hält fest, daß "gewisse Teile der weiblichen Bevölkerung in diesem Belange alle Belehrungen und Verwarnungen der Behörden nicht mehr ernst nehmen" (BAK R 22-3368).

Mindestens acht Vorarlbergerinnen bezahlten ihre menschliche Haltung gegenüber einem Fremdarbeiter oder Kriegsgefangenen mit der Einlieferung in ein Konzentrationslager.

Gegenwehr

Viele Fremdarbeiter und Kriegsgefangene versuchten, sich gegen die physische und psychische Belastung, die der erzwungene Arbeitseinsatz in Vorarlberg bedeutete, zu wehren. Dies reichte von der – verbotenen – Suche nach einem besseren Arbeitsplatz über Arbeitsverweigerung und Flucht bis zu Sabotage und Manifestationen politischen Widerstands.

Bislang bestand wohl kaum eine realistische Vorstellung darüber, wieviele Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in die Verfolgungsmaschinerie der Nationalsozialisten gerieten. Allein das Gefangenenbuch des Bezirksgerichts Bregenz weist in den Jahren 1941 bis 1945 weit über 2.000 Einlieferungen von Fremdarbeitern auf Veranlassung der Gestapo aus. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der eingesetzten Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen ist dies ein unglaublich hoher Prozentsatz. Er deutet nicht nur die Oppositions- und Widerstandsbereitschaft jener Menschen an, bei denen

das NS-System am ungeschminktesten zur Ausbeutung der Arbeitskraft schritt. Er ist vielmehr auch bezeichnend für die durchaus bodenständige Neigung vieler Vorarlberger, die verachteten Ausländerinnen und Ausländer bei Verstößen oder Disziplinlosigkeit rasch der Obrigkeit zur Verfolgung preiszugeben.

Fremdarbeiter, die den ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz verließen, um eine bessere Beschäftigung zu finden, verstießen gegen die Verordnung über das Verbot des Arbeitsplatzwechsels vom 1.9.1939 und wurden gerichtlich verfolgt. Die Anzeigen geschahen durch die Arbeitgeber oder das zuständige Arbeitsamt. Dokumentiert sind solche Fälle vor allem aus der Anfangszeit des Fremdarbeitereinsatzes. So verließen die beiden Polen Michael Ziaja und Josef Klos ihren Arbeitsplatz bei der Firma Hinteregger in St. Gallenkirch und begaben sich nach Schruns. Sie hatten auch das vorgeschriebene "P" von ihrer Kleidung entfernt. Das Landgericht Feldkirch verurteilte sie am 10.9.1940 zu je drei Monaten Gefängnis (LGF Vr 320/40). Der Pole Michael Szezurko versuchte, in Bludenz einen neuen Arbeitsplatz zu finden, da er als qualifizierter Arbeiter nicht länger als Hilfsschweißer der Firma Hinteregger beim Rodund-Projekt beschäftigt sein wollte. Er wurde im Februar 1941 vom Landgericht Feldkirch mit zwei Monaten Gefängnis bestraft (LGF Vr 526/40).

Während es sich unter den Fremdarbeitern bald herumgesprochen haben dürfte, daß Arbeitsplatzsuche auf eigene Faust erfolglos und verboten war, sind Fälle von Arbeitsverweigerung bis Kriegsende dokumentiert. Allein von September bis Dezember 1940 waren in Bludenz 32 Fremdarbeiter wegen dieser Widersetzlichkeit in Haft (GeBBl 1940). Verurteilungen in Fällen, da Fremdarbeiter sich nicht bei den ihnen zugeteilten Arbeitsplätzen eingefunden haben, beliefen sich auf eineinhalb bis zweieinhalb Monate – etwa bei den Polen Josef Holtos sowie Jan und Eduard Sorys, die sich zu einer Baustelle der Firma Schneider und Heimbach in Vermunt hätten begeben sollen und in der Folge in Schruns verhaftet wurden (LGF Vr 446/40, 447/40).

Auch in Bregenz sind zahlreiche Fälle von Arbeitsverweigerungen belegt, etwa jener der griechischen Arbeiter Andreas Thomas und Johannu Kizianu, die auf Anweisung der Gestapo am 25.8.1942 von den Bayerischen Leichtmetallwerken in Lochau abgeholt und verhaftet wurden, oder jener von drei Polinnen, die am 30.9.1943 bei der Firma Kaiser in Bregenz festgenommen wurden (StaBr PolBer 25.8.1942, 30.9.1943).

Für viele Fremdarbeiter und Kriegsgefangene schien der Marsch zur Schweizer Grenze der Ausweg aus Diskriminierung und

Schinderei zu sein. Über erfolgreiche Fluchtversuche gibt es naturgemäß kaum Zeugnisse; belegt sind hingegen zahlreiche gescheiterte Versuche, die von den Behörden mit der Einlieferung in ein KZ oder gar mit der Hinrichtung geahndet wurden. Bei den Flüchtenden handelte es sich nicht nur um in Vorarlberg eingesetzte Arbeiter, sondern auch um Ausländer, die sich aus anderen Teilen des Deutschen Reiches, oft mit mangelhaften Orts- und Sprachkenntnissen, nach Vorarlberg durchgeschlagen hatten. In diese Kategorie gehört der gemeinsame Fluchtversuch des polnischen "Zivilarbeiters" Edmund Debich und des französischen Kriegsgefangenen Alfons Selon, die im Juli 1942 mit der Bahn von Breslau über Dresden, München und Innsbruck nach Feldkirch gefahren waren und dann auf dem Weg ins liechtensteinische Schaan verhaftet wurden. Debich wurde zu acht Jahren verschärften Straflagers verurteilt (WuVT I, 1984:412f.), das weitere Schicksal Selons ist nicht bekannt.

Es ist nicht verwunderlich, daß beispielsweise französische Arbeiter ihre Flucht in der Regel viel besser vorbereiteten als Polen oder Russen: Franzosen waren an das industrielle Milieu gewöhnt, sie fanden sich in einer komplexen Gesellschaft leichter zurecht als die aus den bäuerlichen Gesellschaften Osteuropas Verschleppten. So wurden bei verhafteten Franzosen Fahrpläne, Lageskizzen und sogar Kompass gefunden - Mittel, die auf eine systematische Fluchtvorbereitung hinwiesen.

Zu den gescheiterten Fluchtversuchen zählt jener des Tschechen Ulrich Hrabzik im Februar 1940, der mit einer Deportation ins KZ Sachsenhausen endete (DÖW 15.062); jener von sechs polnischen Gefangenen, die in der Nacht vom 23. auf den 24.3.1940 aus dem Lager Rodund entwichen und bis knapp an die Schweizer Grenze kamen, wo sie von Zollbeamten festgenommen wurden (WuVT I, 1984:411); weiters die Fälle des im März 1940 von der Gestapo Feldkirch festgenommenen Tschechen Wladimir Papirnik, der im Mai nach Dachau gebracht wurde; des Polen Tadaus Ehrenfeld, der seinen Platz bei der Firma Kunz und Co. in Silvrettendorf verlassen hatte, im September 1940 beim Bahnübergang Feldkirch-Buchs festgenommen und nach siebenmonatiger Haft in Feldkirch nach Innsbruck gebracht und von dort in ein KZ deportiert wurde; oder des russischen Kriegsgefangenen Kliem Kowalenko, der Ende September 1944 von der Gestapo Bregenz aufgegriffen und Anfang November ins KZ Dachau gebracht wurde (DÖW 15.062).

Für mindestens drei polnische Zivilarbeiter, Florian Mazur, Mieczyslaus Kubisz und Alois Nowakowski, endete der Versuch, bei Feldkirch in die Schweiz zu flüchten, mit einem Todesurteil des

Landgerichts Feldkirch (vgl. Kapitel "Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933-1945").

Trotz des hohen Risikos wurde die Fluchtbewegung nicht geringer. In einem Lagebericht des Generalstaatsanwalts beim Oberlandesgericht Innsbruck vom 22.9.1942 hieß es jedenfalls: "Die Flucht von Polen und Tschechen über die Vorarlbergergrenze nach der Schweiz hält weiterhin an, die Zahl der Flüchtlinge dürfte nicht unbedeutend sein" (BAK R 22-3368).

Die Abschreckungsmaßnahmen, die die NS-Behörden ergriffen, waren menschenverachtend und brutal. Nicht nur wurden bei der Flucht festgenommene Fremdarbeiter im Bregenzer Gestapo-Büro mit Strom gefoltert (Schr.M. Michniak Cz.); im Kriegsgefangenenlager Silvrettendorf mußten die Insassen an der zerschmetterten Leiche eines französischen Gefangenen vorbeimarschieren, der bei einem Fluchtversuch im Silvrettagebiet abgestürzt war. Ein zweiter Franzose, der in Silvrettendorf Hilfe für den Verunglückten holen wollte, war sofort verhaftet worden; er soll später in Innsbruck erschossen worden sein (I: Huber O.).

Ab 1943 nahmen die Widersetzlichkeiten von Fremdarbeitern, sicher auch aufgrund ihrer wachsenden Zahl, stark zu. Im Gefangenenbuch des Bezirksgerichts Bregenz finden sich nun fast täglich Vermerke über Einlieferungen. Von den 124 Einweisungen von Fremdarbeitern in Konzentrationslager, die von Vorarlberg aus via Innsbruck erfolgt und deren Akten bislang bekannt geworden sind (DÖW 15.062), fällt über die Hälfte in die Jahre 1943 und 1944.

Außer diesen Formen der Gegenwehr lassen sich noch zahlreiche andere Widerstandshandlungen belegen, die stärker politischen Charakter haben. So kamen etwa besonders bei den Illwerken Sabotageakte vor, deren Urhebererschaft sich aber zum Glück nicht immer nachweisen ließ. In einem Gerichtsverfahren im Jahre 1943 erklärte der Bauleiter eines Teilabschnittes des Rodund-Projekts, der Arbeiter aus neun Nationen und außerdem noch Kriegsgefangene unter sich hatte:

"Bei der nun jahrelangen Tätigkeit haben wir sehr viele Betriebsstörungen beobachtet, die uns oft vom technischen Standpunkt aus unerklärlich scheinen. Wir haben wohl die Vermutung, daß diese Störungen durch Eingriffe ... böswillig oder berechnend geschehen, doch können wir bei dieser Völkermischung (wir sind noch 8% Deutsche der Gesamtbelegschaft) trotz größter Aufmerksamkeit keine Beweise führen, daß die Betriebsstörungen ... durch gewollte Handlungen entstehen.

Z.B. Schmiermittel, wie Stauferfett, werden in unbewachten

Augenblicken ... mit Sand versetzt. Es entstehen dadurch erst nach längerer Zeit Störungen an bewegenden Maschinenteilen. Da diese Störungen nicht sofort auftreten und man im Innern befindliche Schmiermittel nicht sieht, erscheint eine Beweisführung, daß die Störung mit Absicht erfolgt ist, nicht möglich. Derartige Fälle sind häufig, werden von uns immer verfolgt, blieben aber bisher ohne Aufklärung" (LGF Vr 155/43).

Freilich sind auch Fälle bekannt, da Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter wegen Verdachts der Sabotage verhaftet wurden. So meldete der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Innsbruck in einem Lagebericht, daß im Februar 1942 die Gestapo einen bei den Illwerken beschäftigten Italiener wegen des Verdachts umfangreicher Sabotageakte festgenommen habe (BAK R 22-3368). Im August 1943 wurde die achtzehnjährige Wera Jawtschenko aus Rowenki in der Ukraine "wegen Sabotage bei Schindler in Kennelbach" verhaftet und von der Gestapo Bregenz an die Gestapo Innsbruck überstellt (GeBBr 1826/43).

Sicherlich war eine der Antworten auf die Strategie des NS-Regimes, die nationale und politische Identität der Fremdarbeiter völlig zu zerstören, auch die offene Manifestation von Widerstand oder gar die Bildung von Widerstandsgruppen. So hißten Franzosen, die im Arbeitslager Am Stein in Bregenz untergebracht waren, in der Nacht zum 15.7.1943 aus Anlaß ihres Nationalfeiertages eine aus Papier hergestellte französische Fahne; vier Franzosen, die anläßlich dieses Feiertages ihrer Arbeit bei der Firma Hummel in Lochau ferngeblieben waren, wurden umgehend festgenommen (StaBr PolBer 15.7.1943). Inwiefern die in der Gegend von Imst/Tirol existierende Widerstandsgruppe von sowjetischen Kriegsgefangenen (WuVT I, 1984:414f.) Verbindungen nach Vorarlberg hatte, läßt sich im Detail nicht sagen, doch gibt es Hinweise auf mögliche Kontakte mit Ostarbeitern und Kriegsgefangenen über den Arlberg hinweg (l: Thaler M.).

Nach dem Krieg: Ausgrenzung

Das Schicksal jener Männer und Frauen, die während der NS-Zeit über viele Jahre in Vorarlberg zur Zwangsarbeit eingesetzt waren, gehörte bald nach dem Krieg zu den am sorgfältigsten tabuisierten Kapiteln der neueren Landesgeschichte. Auch wenn es von seiten der Einheimischen immer wieder gelebte Solidarität mit Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern gegeben hatte, fiel das Verdrängen umso leichter, als die Verfolgung und Disziplinierung



Heute noch sichtbare Erinnerung an Zwangsarbeit: Umzäunung der ehemaligen "Bayerischen Leichtmetallwerke" (BLM) in Lochau, in denen zwischen 1942 und 1945 neben Fremdarbeitern Häftlinge aus dem KZ Dachau eingesetzt waren (oben); Arbeiterbaracke beim Steinbruch Hohenems, in dem gegen Kriegsende Verlagerungsbauten der Rüstungsindustrie errichtet wurden.



dieser Menschen unter tatkräftiger Mithilfe vieler Vorarlberger geschehen war und es sich überwiegend um Angehörige slawischer Völker Süd- und Osteuropas handelte, gegen die schon lange vor der Arier-Ideologie des Nationalsozialismus massive Vorurteile bestanden hatten.

Auch nach der Befreiung vom Faschismus bestanden diese Vorurteile gegen die "slawischen" Fremdarbeiter selbst bei jenen ungebrochen fort, die sonst über jegliche Sympathien mit dem Nationalsozialismus erhaben waren. Kaplan Schelling etwa berichtet in seiner 1947 erschienen Darstellung des Kriegsendes über eine Plünderung in Bregenz, bei der Leute "gleich mit Roß und Wagen, ja mit Traktor 'ihre' Ware" abholten - nach der Wahl der Beförderungsmittel zu schließen, dürfte es sich dabei kaum um Fremdarbeiter gehandelt haben. Dennoch: der Slaw' war schuld - da "nach dem Zeugnis der Gendarmerie der überwiegend größte Teil der Plünderer keine Einheimischen waren, sondern Ausländer, besonders aus dem Osten. Wenn dann Einheimische sich fragten, warum denn die Bregenzer alles den Ausländern überlassen und nicht auch für sich einen Teil retten sollten, so brauchte nur einer den Anfang zu machen" (Schelling, 1980:80).

Wenn schon so feinsinnig zwischen Plünderung durch Fremde und "Rettung" durch Einheimische unterschieden wurde, kann man sich vorstellen, welche Erleichterung die rasche Ausreise der rund 10.000 Gefangenen und Fremdarbeiter zu Kriegsende bei vielen Vorarlbergern auslöste (vgl. Pirker, 1946:4f.). Das erklärt auch die überschwenglichen Ehrungen, die bald nach 1945 dem Schweizer Konsul Bitz für dessen organisatorischen Einsatz bei der Rückstellung der Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter zuteil wurden. Da war nicht nur eine vielleicht unberechenbare Masse von Menschen, sondern auch ein unerfreuliches Stück Vorarlberger Zeitgeschichte, ohne Spuren zu hinterlassen, über die Grenze befördert worden.

Hermann Brändle
Kurt Greussing

Humanitäre Hilfe

Neben der Beschreibung des politischen Widerstandes ist es besonders angebracht, jene zu erwähnen, die in dieser Zeit unmenschlicher Niedertracht einfach "anständig" geblieben sind und die ihre Humanität auch in Situationen größter persönlicher Gefahr in der Praxis lebten. Gerade die vom NS-System besonders deklassierten Gruppen wie politisch Verfemte, rassistisch für minderwertig Erklärte, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene waren auf Solidarität und Nächstenliebe angewiesen. Ihnen gegenüber erwies sich, ob jemand christliche Gebote oder soziales Engagement über Anpassung und Angst stellte. Viele von diesen Helfenden sind für ihre menschliche Haltung verfolgt, bestraft und sogar umgebracht worden.

Natürlich hat es über die Abgestraften hinaus zahlreiche weitere Menschen gegeben, die Bedrängten geholfen und ihre oppositionelle Haltung deutlich gemacht haben. Solche kleine Hilfeleistungen, die – wie Beispiele noch zeigen werden – sehr gefährlich sein konnten, wurden in mannigfaltiger Form gewährt: wenn etwa ein aus politischen Gründen entlassener Beamter anonyme Geldzuwendungen erhielt, wenn eine behördliche Maßnahme den Betroffenen schon vor der Amtshandlung bekannt wurde, wenn junge Textilarbeiterinnen für ukrainische Kolleginnen die Strafe bezahlten, weil diese nach 21 Uhr miteinander spazieren gegangen waren, wenn einzelne Bregenzer Bürger den "gauverwiesenen" Mehrerauer Mönchen die Koffer zum Bahnhof trugen, wenn Ärzte besonders Gefährdete krankschrieben, wenn Dienstgeber die Fremdarbeiter wie Menschen und nicht ausschließlich als Arbeitskraft behandelten oder wenn gar jemand den Mut fand – was es zum Glück auch gegeben hat –, Verfolgte zu verstecken oder über die Schweizer Grenze zu bringen. Diese Aufzählung verweist nur auf einige praktizierte Möglichkeiten, in einer Zeit totaler Unterdrückung einen aufrechten Gang zu gehen.

Was im folgenden ausführlicher dargestellt wird, sind öffentlich gewordene Beispiele menschlicher Aufrichtigkeit, gepaart mit mutigem Einsatz, denen die NS-Machthaber meist nur mit Gefängnisstrafen oder Internierung in Konzentrationslagern zu begegnen mußten.

An erster Stelle soll von Maria Stromberger die Rede sein, die

im Zentrum der braunen Barbarei, nämlich in Auschwitz, Menschlichkeit vorlebte. 1898 in St. Veit geboren, folgte sie Ende der zwanziger Jahre ihrer Schwester nach Bregenz, wo sie im Sanatorium Mehrerau als Krankenschwester tätig war, bis sie dann nach Kriegsbeginn in ein Kärntner Lazarett dienstverpflichtet wurde. Den Weg, der sie schließlich ins Vernichtungslager Auschwitz führte, schilderte Maria Stromberger im Warschauer Höß-Prozeß folgendermaßen:

"Am 1. Juli 1942 wurde ich aus Kärnten in Österreich in das Infektionsspital nach Königshütte versetzt. Die Versetzung erfolgte



Barbara Stromberger, Krankenschwester und Widerstandskämpferin im KZ Auschwitz.

über meinen Antrag. Da ich in meiner Heimat Gelegenheit hatte, verschiedene Dinge über die Vorkommnisse im Osten zu hören, wollte ich mich selbst von diesen Dingen überzeugen, ob sie der Wahrheit entsprechen oder nicht. Als alte Österreicherin konnte ich sie einfach nicht glauben. Wir waren immer tolerant und human. So wurde ich am 1. Juli 1942 versetzt und übernahm die Stelle einer Abteilungsschwester auf der Infektionsabteilung" (DÖW 4469).

In Königshütte erfuhr sie von typhuskranken Auschwitz-Häftlingen über die Zustände in jenem Lager. Daraufhin ließ sie sich sofort nach Auschwitz versetzen. Am 1. Oktober 1942 trat sie im SS-Revier von Auschwitz ihren Dienst an. Ihrer Schwester gegenüber - Frau Greber in Bregenz -, die ihr davon abgeraten hatte,

meinte sie: "Ich will sehen, wie es wirklich ist, vielleicht kann ich auch etwas Gutes tun" (Langbein, 1972:518). Das tat sie dann auch in einem bewundernswerten Ausmaß. Nachdem sie das Vertrauen der zahlreichen im SS-Revier beschäftigten, meist politischen Häftlinge erworben hatte, half sie, wo sie nur konnte: zweigte Lebensmittel ab, verschaffte den Häftlingen Medikamente und versteckte fleckfieberkranke Gefangene, um sie vor der

Liquidierung zu bewahren. Daneben betreute sie auch die gefangenen Frauen der SS-Schneiderei, die sie vor allem mit Medikamenten und Informationen zur Frontlage versorgte. Schließlich näherte sich Schwester Maria immer mehr der Widerstandsgruppe innerhalb des Lagers, für die sie im Jahre 1944 gefährliche Aufträge ausführte: Über sie liefen die wichtigsten Außenkontakte, mit dem von ihr aus dem Lager geschmuggelten Material wurden in Wien beispielsweise die ersten illegalen Flugblätter über die unmenschlichen Zustände in Auschwitz hergestellt. Nach einem Besuch in Bregenz brachte sie sogar zwei Revolver mit nach Auschwitz, die sie an führende Widerständler verteilte (DÖW 4469).

Damit sind nur einige ihrer Hilfeleistungen beschrieben. Was es für die Häftlinge tatsächlich bedeutet hat, inmitten der alltäglichen Brutalität wenigstens von einer Person Menschlichkeit zu erfahren, kann wohl nur erahnt werden: Ehemalige Häftlinge bezeichneten im Höß-Prozeß Schwester Maria als "Engel von Auschwitz" und "Mutter für mich und für uns alle" (Langbein, 1972:519).

Im Dezember 1944 wurde Schwester Maria Stromberger, obwohl sie nie mit Morphinium zu tun hatte, plötzlich in ein Entziehungsheim für Morphinisten in Böhmen eingewiesen – das war nicht ungewöhnlich, denn in allen Konzentrationslagern gehörten Morphinium und Alkohol zu den Mitteln, zu denen das Lagerpersonal zur Kompensation der täglichen Unmenschlichkeit griff. Langbein vermutet, daß Dr. Wirths, Strombergers vorgesetzter Arzt, sie dem Zugriff der politischen Abteilung entziehen wollte, da ihre Nähe zu den Häftlingen immer sichtbarer geworden war (Langbein, 1972:521). Nach ihrer Rückkehr nach Bregenz wurde Maria Stromberger von den französischen Besatzungsbehörden festgenommen und wegen ihrer Tätigkeit in Auschwitz im Lager Brederis interniert, gut einen Monat später aber nach Interventionen von ehemaligen Auschwitz-Häftlingen freigelassen. In einem Brief vom 18. Juli 1946 an einen ehemaligen Häftling schildert Maria Stromberger ihre paradoxe Situation im Internierungslager inmitten der Nazis:

"Gegenwärtig befinde ich mich in einem Internierungslager! Ich stehe in dem Verdacht, während meiner Tätigkeit in Auschwitz Häftlinge mit Phenol behandelt zu haben. Lachen Sie nicht, Edek! Es ist Ernst. – Wissen Sie, ich bin mitten unter Nazis, SS, Gestapo! Ich als ihr größter Feind! Und muß ihre Klagen über die 'Ungerechtigkeit' anhören, was die Menschen jetzt mit ihnen

tun. Dann stehen vor meinen geistigen Augen die Erlebnisse von Auschwitz!

Ich sehe den Feuerschein der Scheiterhaufen. Ich verspüre den Geruch verbrannten Fleisches, ich sehe die Elendszüge der einkrückenden Kommandos mit den Toten hinterher, ich verspüre die würgende Angst, welche ich jeden Morgen um Euch gehabt habe, ehe ich Euch wieder gesund vor mir sah, und ich könnte diesen hier ins Gesicht schreien und blind auf sie losgehen. Das Tollste daran ist, daß ich noch still sein muß, sonst boykottieren sie mich noch. Aber auch diese Zeit wird vorübergehen und ich werde wieder frei sein. Was ich dann beginne, weiß ich nicht. Ich fühle mich so leer und ausgeschöpft und habe keine Freude. Meinen Reichtum an Liebe habe ich – so scheint mir – in Auschwitz verstreut. Meinen Zweck habe ich erfüllt. Was soll ich noch mehr?" (Langbein, 1972:521f.).

Ihren Beruf als Krankenschwester hat Maria Stromberger nicht wieder aufgenommen: Ab 1946 arbeitete sie in einer Bregenzer Textilfabrik. Am 18. Mai 1957 verstarb diese große Frau, nachdem ihr ein Bregenzer Zahnarzt trotz ihrer heftigsten Einwände zehn Zähne auf einmal gezogen hatte. Die dermaßen Traktierte fuhr zwar noch mit dem Fahrrad von der Stadt ins Vorkloster, doch

vor ihrer Wohnungstüre brach sie leblos zusammen. Unbeachtet von der Vorarlberger Öffentlichkeit wurde sie in Lindau-Äschach beigesetzt (Fein, 1975: 275); heute ist das Grab aufgelassen. Nichts in Vorarlberg erinnert an diese außergewöhnliche Frau, die unter tödlichen Bedingungen Nächstenliebe praktizierte, ohne daraus ein Aufheben zu machen: "Was ich tat, war Menschenpflicht und leider nur ein Tropfen ins Meer" (ebd.).

Außergewöhnliche Sprachbegabung gepaart mit tätiger Nächstenliebe brachte den Hörbranner Josef Anton King in die Vernichtungsmaschinerie des NS-Systems. Er war bei der Bregenzer Gestapo als Dolmetsch



Josef Anton King aus Hörbranz, erschossen im April 1945 im KZ Mauthausen.

dienstverpflichtet. Die Gewissensnot, die ihm seine ungewollte Tätigkeit verursachte, versuchte er durch humanitäre Hilfe für Ostarbeiter zu kompensieren (vgl. Pichler, 1981; Tschol, 1977). Als die Gestapo spürte, daß King auf der Seite der Opfer und nicht auf jener des Dienstgebers stand, wurde ein sprachkundiger Spitzel aus Innsbruck eingeschleust, der Kings Tätigkeit kontrollierte und schließlich "Belastungsmaterial" beistellte, das Kings Verhaftung am 6. Juni 1944 nach sich zog. Die Stationen seiner Haft waren Lindau, wo King einen dramatischen Fluchtversuch unternahm, indem er in den Bodensee sprang und davonzuschwimmen versuchte (I: Rupp Ch.), dann Innsbruck und schließlich am 19. Jänner 1945 Mauthausen (DÖW o. Nr.). Zusammen mit 300 bis 400 österreichischen Häftlingen, die als "Geheimnisträger oder Aufbauwillige" galten, wurde er hier um den 20. April 1945 umgebracht (Schr.M. Österr. Lagergemeinschaft Mauthausen).

Gelebtes Christentum praktizierte auch die Krankenschwester Pauline Wittwer aus Feldkirch, die in den ersten Kriegsjahren als freiwillige Rot-Kreuz-Helferin im dortigen Spital Dienst versah. Hier lernte sie die Not jener französischen Kriegsgefangenen kennen, die am Blasenberg zu Straßenarbeiten eingesetzt waren. Sie begann, ihnen sowohl an der Baustelle als auch im Spital Lebensmittel und Kleidungsstücke zukommen zu lassen. Die Kleidungsstücke waren von Feldkircher Frauen gespendet worden. Im Dezember 1940 wurde Wittwer von zwei Frauen, die neben der Baustelle wohnten, angezeigt und gleich darauf von der Gestapo einvernommen. Es gibt wenige Vernehmungsprotokolle, in denen Verhörte derart furchtlos auftraten wie Pauline Wittwer. Hier ein kurzer Ausschnitt aus dem Vernehmungsprotokoll der Gestapo:

"Leute, die ich kenne und von denen ich weiß, daß sie noch brauchbare Sachen zur Seite legen und unbenutzt lassen, bitte ich, mir gelegentlich diese Sachen zu schenken. ... Die im Spital liegenden Kriegsgefangenen haben von mir von diesen Sachen genauso erhalten, wie auch deutsche Volksgenossen. Ich mache da keinen Unterschied. Ich sehe nur den kranken Menschen, dem ich helfen muß. Für mich ist das gleich, ob es ein Deutscher oder ein Ausländer ist."

Nach dieser Einvernahme wurde Wittwer vorläufig auf freien Fuß gesetzt und ein Gerichtsverfahren gegen sie vorbereitet. Als sie allerdings zu Weihnachten 1940 den französischen Patienten ebenso Weihnachtsbäckereien überreichte wie den einheimischen, wurde sie erneut angezeigt, am 10. Jänner 1941 verhaftet und am 4. März 1941 vom Landgericht Feldkirch zu acht Wochen Gefängnis verurteilt (LGF 5 EVr 14/41). Die Gestapo war mit diesem Urteil

allerdings nicht einverstanden und ließ sich Wittwer am 8. März 1941 nach Verbüßung der Haftstrafe überstellen. Am 12. April 1941 kam sie ins Konzentrationslager Ravensbrück, aus dem sie ein Jahr später mit einer schweren Krankheit entlassen wurde (DÖW 3080). In einer Zusammenfassung ihrer leidvollen Erfahrungen während der NS-Zeit meinte Pauline Wittwer 1948:

"Als Österreicherin suchte ich nun hier (im Spital; Anm. d. Verf.) für unsere Ehre zu retten, was noch möglich war. .. Mir kam die Erkenntnis, wie notwendig die Niederringung dieser Macht war und zu welch grauenhaftem Sadismus sich die Loslösung von christlichen, oder auch nur einfach guten menschlichen Grundsätzen entwickeln kann" (DÖW 3080).

Wittwers wie Strombergers Widerstand waren also religiös und politisch motiviert. Damit sind sie typische Vertreterinnen eines offensiven christlichen Widerstandes, der auch während der NS-Zeit das Glaubensbekenntnis nicht auf die eigenen vier Wände beschränkte.

Ein so ausgeprägtes religiös-politisches Motiv fehlte bei den Handlungen jener zahlreichen Frauen, die teils aus Mitleid und natürlicher Menschlichkeit, teils aus liebender Zuneigung den Vorschriften bezüglich des "Umgangs mit Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitskräften" zuwiderhandelten. Besonders gefährdet, angezeigt zu werden, waren Kellnerinnen, Bauernmädchen und junge Arbeiterinnen, die den täglich geforderten Rassismus nicht zu leben bereit waren. Mindestens acht Frauen aus Vorarlberg waren aus diesem Grunde in den KZs Ravensbrück und Fürstenberg, eine weit größere Zahl wurde in Feldkirch verurteilt und gefangen gehalten (Urteile in DMG; I; Konrad B.). Obwohl der NS-Staat mit Vorurteilen und Berührungsängsten weiter Teile der Bevölkerung gegenüber Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen rechnen konnte und diese Haltungen mit massiver Propaganda unterstützte, vermochte er die totale Apartheid nicht zu erreichen. Denn in allen Teilen des Landes gab es Menschen, die der Propaganda widerstanden und die Rassentrennungsgesetze zugunsten menschlicher Haltung ignorierten.

Dazu ein einmaliges Dokument: Eine ukrainische Arbeiterin bei F. M. Hämmerle war von einer Dornbirner Arbeiterin des öfteren verbotenerweise zum Abendessen und Radiohören mitgenommen worden, worauf sie als Dank das folgende Schreiben hinterließ – falls die Rote Armee nach Vorarlberg kommen sollte:

"Nadja Revjenko, Sonntag, 29. April 1945.

Am letzten Tag vor meiner Abreise schreibe ich meiner guten Bekannten ein paar Worte als Erinnerung. Maria, ich wünsche Dir

und Deinem Mann viel Glück und Gesundheit in Eurem Leben. ... Maria, Du und Dein Mann, Ihr seid sehr gute Leute, meine Arbeitskollegin, die ich nun schon fast drei Jahre lang kenne, mit der wir in der Fabrik gemeinsam auf die Hitler-Idioten geschimpft haben. Auf Wiedersehen Deine Bekannte Nadja Revjenko. Ich wünsche Euch alles Gute in Eurem Leben" (Kopie im Besitz des Autors).

Eine weitere Form der humanitären Hilfe - bisweilen allerdings gegen eine finanzielle Abfindung - war die Fluchthilfe in die Schweiz. Vom Montafon bis nach Fußach fanden sich einzelne Aufrechte, die Verfolgten ins oft rettende Ausland verhalfen: so etwa Meinrad Juen aus St. Gallenkirch (siehe Kapitel "Die letzten Tage des Krieges"), Johann König aus Lustenau (siehe Kapitel "Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933-1945") oder Josef Kirschner aus Bregenz, der nach einer schweren Verwundung an der Westfront einem Kameraden dasselbe Schicksal ersparen wollte, zusammen mit diesem allerdings gefaßt und verurteilt wurde (I: Kirschner M.; DMG).

Daneben fanden sich bisweilen auch Grenzschutzorgane, die Fluchten zuließen. Hier sei besonders auf das Ehepaar Ferdinand und Filomena Neher aus Lustenau verwiesen, die wegen ihrer menschlichen Haltung gegenüber einem Soldaten und einem flüchtigen Mädchen vom 21. April 1944 bis zum Kriegsende Gefängnis- bzw. KZ-Haft zu verbüßen hatten (LGF SaEr 23.11.44). Wie die Gestapo mit "unzuverlässigen" Grenzwächtern zu verfahren wußte, zeigt das Beispiel des in Höchst eingesetzten Ernst Emhofer, der im Zusammenhang mit der Flucht eines Lustenauer Fabrikanten festgenommen wurde und über dessen Behandlung im Innsbrucker Gestapo-Gefängnis ein Innsbrucker Staatsanwalt 1946 folgendes berichtete:

"Als Emhofer Bährs (Gestapo-Mann in Innsbruck; Anm. d. Verf.) wiederholte Frage, ob er den Scheffknecht in die Schweiz gebracht habe, verneinte, wurde er von Bähr zuerst geohrfeigt, dann mit dem Gummiknüttl auf den Kopf geschlagen und von Dr. Hellwagner ins Gesicht geboxt. Darauf mußte er die Arme waagrecht vor sich halten und bekam eine ganze Reihe von Gummiknüttelhieben auf die Handrücken, bis diese gänzlich aufgeschwollen waren.

Nach einer Pause, während welcher die beiden Gestapobeamtinnen ihr Nachtmahl aßen und sich für weitere Mißhandlungen stärkten, Emhofer aber, natürlich ohne etwas zum Essen zu bekommen, hinter einem Gitter im Gange des Gestapogebäudes warten mußte, wurde um 20 Uhr die Tortur fortgesetzt; Emhofer mußte Rock,



Nadja Revjenko, ukrainische Zwangsarbeiterin bei F.M. Hämmerle, im Jahre 1943: "... gemeinsam auf die Hitler-Idioten geschimpft".

Strümpfe und Schuhe ausziehen und sich auf den Boden legen, worauf beide Folterknechte mit einem Ochsenziemer und einem Holzknüppel auf seine Sohlen losdroschen; wenn er die Füße einzog, wurde er mit Fußtritten behandelt. Dann mußte er sich mit dem Oberkörper über die Lehne eines Sessels beugen und bekam in dieser Stellung von jedem der beiden Unmenschen etwa dreißig Hiebe aufs Gesäß. Bei einer Fortsetzung der Schlägereien mußte sich Emhofer mit dem Bauch auf einen Tisch legen. Da er sich trotz aller dieser Mißhandlungen, die von 17 Uhr bis nach Mitternacht dauerten, zu keinem Geständnis zwingen ließ, wurde er endlich, am ganzen Körper verschwollen, verfärbt, mit heftigen Schmerzen und zerrütteten Nerven ins Polizeigefangenenhaus zurückgebracht. ...

Sie fesselten ihr Opfer mit einer Schließkette an den Handgelenken unterhalb der Kniekehlen, sodaß Emhofer zu einer zusammengekauerten Haltung gezwungen war, steckten ihm zwischen dem Rücken und den Armebeugen einen Karabiner durch, legten dessen Enden auf die Kanten zweier gegenüberliegender Tische, drehten Emhofers Körper so, daß sein Kopf nach unten hing und bearbeiteten ihn mit einer Unzahl von Schlägen, auch gegen den Geschlechtsteil. Auch diese Folterung dauerte von etwa 15 Uhr bis nach Mitternacht" (DÖW 8438).

Emhofer wurde nach diesen Torturen zum Tode verurteilt, zur Vollstreckung des Urteils kam es aber nicht mehr.

Nicht nur Zollbeamte, auch einzelne NS-Funktionäre traten in Ausnahmefällen als Fluchthelfer auf oder bahnten Fluchten an. Bei diesen Ausnahmefällen handelte es sich um Mitbürger, die aus politischen oder "rassischen" Gründen verfolgt wurden und einem Funktionär persönlich nahestanden (I: N.N., 12.11.1983). Einige Funktionäre sicherten sich durch solche oder ähnliche Hilfeleistungen auch ihren sogenannten "Vorzeigejuden" für die Zeit nach der Niederschlagung der NS-Herrschaft.

Meinrad Pichler

Rassistische Verfolgung — Juden und Zigeuner/Roma

JUDEN

Bei der Volkszählung am 22. März 1934 gab es in Vorarlberg 42 Personen mosaischen Bekenntnisses, davon 18 in Hohenems (Bundesamt für Statistik, 1935:3ff.). Bei der Volkszählung am 17. Mai 1939, die bereits nach "rassischen" Kriterien durchgeführt wurde, wurden 43 "Volljuden", 23 "Mischlinge 1. Grades" und 38 "Mischlinge 2. Grades" registriert (VWSSt 1946, 1. Vierteljahr: 171).

Schon vor 1938 gab es in Vorarlberg einen starken Antisemitismus, der besonders in der christlichsozialen und deutschnationalen Presse und Wahlagitation zum Ausdruck kam, zum Beispiel in Punkt 8 der "Leitsätze" der Christlichsozialen Volkspartei von 1920 (Wanner, 1984:121). Der Antisemitismus der Nationalsozialisten fiel also vielfach auf fruchtbaren Boden. Die Hohenemser Judengemeinde, seit 1867 durch Abwanderung nach St. Gallen und Wien bereits stark dezimiert und im 20. Jahrhundert nur noch aus wenigen Familien bestehend, war immer wieder Ziel antisemitischer Beschuldigungen und Aktionen gewesen (Peter, 1982). Vom 9. April bis zum 16. Juni 1898 etwa wurde im "Vorarlberger Volksblatt" täglich der Slogan "Kauft nur bei Christen" abgedruckt (Peter, 1982:835). 1923 wurde an die Fassade des Hohenemser Gasthauses "Zur Post" ein Hakenkreuz geschmiert (Peter, 1982:836), 1925 bereits wurde die Ortsgruppe Hohenems der NSDAP gegründet (Walser, 1983:30). Gerade in Hohenems aber war die jüdische Bevölkerung stark integriert, wie unter anderem die Funktion Harry Weils als Chorleiter des "Arbeitergesangsvereines Nibelungenhort" zeigt.

Das Schicksal der Vorarlberger Juden nach 1938 ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der großen Tragödie der Vertreibung und Vernichtung der Juden im Deutschen Reich, in Österreich und in den besetzten Gebieten. Die nicht in Wien lebenden Juden des ehemaligen Österreich wurden oft gezwungen, nach Wien umzusiedeln, wo sie unter ghettoaähnlichen Bedingungen leben mußten. Durch harte Verfolgung sollte die Auswanderung unter Zurücklassung aller Besitztümer erreicht werden, was aber daran scheiterte, daß die potentiellen Aufnahmeländer ihre Grenzen sperrten.



Ausflug des sozialdemokratischen Arbeitergesangsvereins "Nibelungenhort" Hohenems 1924; sitzend dritter von links: Chorleiter Harry Weil.

Die in Wien verbliebenen Juden wurden in Ghettos im "Generalgouvernement" Polen oder nach Theresienstadt deportiert. Die Bewohner dieser Ghettos wurden später in den großen Vernichtungslagern Auschwitz, Chelmo, Sobibor und Treblinka umgebracht. Von den 183.000 zum Zeitpunkt des "Anschlusses" in Österreich wohnenden Juden kamen ungefähr 65.000 ums Leben (vgl. dazu Gilbert, 1982: 22, 40, 244).

Während einzelnen noch 1938 in Hohenems ansässigen Juden die Flucht in die nahe Schweiz gelang, so Harry Weil und seiner Frau (Schr.M. Weil A.) sowie Iwan Landauer, der 1942 in der Schweiz starb (I: Bollag J.), wurden die Zurückgebliebenen Opfer des nationalsozialistischen Terrors. Es sind dies Dr. Hans Elkan sowie seine Eltern Theodor und Helene Elkan, die am 31. Mai 1940 nach Wien verziehen mußten (Meldebuch des Gemeindeamtes Hohenems, 31.5.1940, StaH) und von dort nach Theresienstadt deportiert wurden, wo sie 1942 beziehungsweise 1944 umkamen (Totenbuch des KZ Theresienstadt). Sophie Hauser und Klara Heymann mußten am selben Tag nach Wien umziehen wie die Familie Elkan (Meldebuch des Gemeindeamtes Hohenems, 31.5.1940, StaH); auch sie kamen in

Bregenz, den 23. 11. 1939.

B e s u c h s s c h e i n .

Herr H. F. Elkan aus Hohenems... hat die Erlaubnis, den in Haft
befindlichen Markus Silberstein..... am 23. 11. 1939
zu besuchen, mit zwei in diesem Hinsicht angelegte

Der Besuchsschein ist im
Gefängnis abzugeben.

Der Grenzpolizeikommissar:

J. A.
Witzgum

*Besuchserlaubnis für den später selbst deportierten Theodor Elkan
bei Markus Silberstein im Gefängnis Bregenz-Oberstadt.*



*Helene und Theodor Elkan aus
Hohenems, im KZ Theresienstadt
umgebracht.*



*Dr. Hans Elkan, mit seinen
Eltern ins KZ Theresienstadt
deportiert und umgebracht.*

Theresienstadt um (Peter, 1982:836). Markus Silberstein wurde bereits im November 1939 verhaftet und nach Buchenwald gebracht (DÖW 15.062). Alois Weil starb am 19. August 1938 in Dachau (DÖW 15.062). Frieda Nagelberg wurde als letzte der Hohenemser Juden 1941 deportiert (Peter, 1982:837).

Von den außerhalb von Hohenems lebenden Juden ist nur das Schicksal von Julius Bachner, Sophie Ma(t)zer und Elsa Bauer aus Bregenz bekannt; sie wurden von Wien aus in polnische Ghettos deportiert und kamen dort um (DÖW o. Nr.). Dipl.-Ing. Edmund Turteltaub, seine Frau Gertrud und deren Söhne Hans und Walter mußten am 7. März 1939 auf Veranlassung der Dornbirner NSDAP, die eine "judenfreie" Stadt wollte, nach Wien verziehen; ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt (Schr.M. Amt der Stadt Dornbirn 1/13, 22.9.1983; I: Walter B.). Der bekannte ehemalige Sekretär der sozialdemokratischen Textilarbeitergewerkschaft, Samuel Spindler aus Bregenz, sollte im November 1942 deportiert werden und zog den Freitod diesem Schicksal vor (LS).

*Freiheitlich, wenn ich ab mich eingekerkert hätte.
Freilich hätte ich in Bregenz bleiben können (wenn ich der Gestapo Angaben gemacht hätte über die Tätigkeit früherer Bekannter. Ist der Selbstmord nicht ehrlicher?)
Ulfo, wenn ich nicht, dankt dir nicht und mein
Tiefgefühl, für die ich die letzten Momente von dir
danken und erfüllen meinen Litter. Der Selbstmord
bestimmte ich das Willkür in der Arbeit gegeben*

Passage aus dem Abschiedsbrief von Samuel Spindler (10. November 1942): "... freilich hätte ich in Bregenz bleiben können, wenn ich der Gestapo Angaben gemacht hätte über die Tätigkeit früherer Bekannter. Ist der Selbstmord nicht ehrlicher?"

Stellvertretend für die vielen, die in Vorarlberg beim Versuch, über die Grenze zu fliehen, in die Hände der Gestapo gerieten (vgl. Kapitel "Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933-1945"), seien hier Stefan Rein und Margit Steinhauer und ihr zum Zeitpunkt der Verhaftung noch nicht ganz neunjähriger Sohn Alexander genannt (DÖW 15.062; WuVT I, 1984:481); auch sie sind wahrscheinlich in den nationalsozialistischen Lagern umgekommen.

Für "Halbjuden", ganz selten auch für "Volljuden", bestand mitunter die Möglichkeit, Lücken des Systems zum Überleben zu nutzen. So überstand zum Beispiel Ing. Walter Kareis aus Dornbirn in einer beeindruckenden Odyssee die Jahre des Nationalsozialismus. Er wurde im September 1938 von der Post wegen "rassischer Minderwertigkeit" und "politischer Unzuverlässigkeit" entlassen, konnte aber bald darauf in der Wehrmacht untertauchen, wo er sogar für ein Geheimprojekt auf dem Gebiet der Radartechnik herangezogen wurde. Infolge einer Denunziation durch das Arbeitsamt Bregenz wurde er aus der Wehrmacht ausgeschlossen, doch kam er bei der Firma Pircher in Bregenz unter. Nachdem er zur "Organisation Todt" dienstverpflichtet worden war, wurde er schließlich im Oktober 1944 über das Durchgangslager Wörgl in das Arbeitslager Schelditz bei Gera - ein Außenlager des KZ Buchenwald - deportiert. Von dort konnte er in Begleitung des jungen Bregenzer Alfred Neurauber flüchten (Kareis, 1981; vgl. auch Kapitel "Die letzten Tage des Krieges"). Gerade in seinem Fall zeigte sich die Bereitschaft eines Teils der Bevölkerung, den von rassistischer Verfolgung Bedrohten zu helfen.

Im Falle von Frau G. B.-F. aus Lauterach, die im Februar 1943 verstarb, unterließen die örtlichen NS- und Gendarmerieorgane, obwohl die jüdische Abkunft bekannt war, eine Meldung an die Gestapo in Bregenz, sodaß es zu keiner Deportation kam (I: N.N.). Umgekehrt ist die Verschleppung der sechzigjährigen Frieda Nagelberg, die als Büglerin im Hohenemser Versorgungshaus gearbeitet hatte, nur durch die aktive Mitwirkung der örtlichen Behörden erklärbar. Die 1941 deportierte Frau hatte nämlich in der Registratur der Wiener Kultusgemeinde gefehlt, da sie zu den "Zeugen Jehovas" übergetreten war (Peter, 1982:836f.). Frau R. S. aus Bregenz wurde auf Initiative der örtlichen Gestapo deportiert, konnte aber nach einer Intervention ihrer Angehörigen in Berlin wieder freikommen und überlebte den Faschismus faktisch als "U-Boot" im Haus ihrer Familie in Bregenz.

Solche Fälle zeigen, daß die heimischen NS-Organen durchaus nicht nur Handlanger übergeordneter Dienststellen waren, sondern auch selbst aktiv werden konnten - meist durch Verfolgung, ganz selten durch die Gewährung eines gewissen Schutzes. Margit Schönherr's Behauptung jedenfalls, die Verhaftung der Voralberger Juden sei "auf Weisung Wiens und nicht von Bregenz aus" erfolgt (Schönherr, 1981:119), ist nicht viel mehr als der untaugliche Versuch, die einheimischen Nationalsozialisten von ihrer Mittäterschaft bei der Verfolgung der Voralbergerinnen und Voralberger jüdischer Abkunft freizusprechen.

ZIGEUNER/ROMA

Nachdem die Zigeuner – so lautet die herkömmliche Fremdbezeichnung, sie selbst nennen sich Roma oder Sinti – aus ihrer ursprünglichen Heimat in Nordwestindien vertrieben worden waren, wanderte ein Teil von ihnen im Laufe des 12. Jahrhunderts in Europa ein. Es gelang ihnen nur selten, sesshaft zu werden; bereits im Mittelalter wurden sie – wie andere "Fahrende" auch – verfolgt. Den eindeutigen Höhepunkt ihrer Verfolgung erlitten die Roma aber unter dem Nationalsozialismus: Mindestens eine halbe Million europäischer Zigeuner wurde ermordet (Zülch, 1979:12). Wie bei anderen verfolgten Minderheiten, zum Beispiel den Juden, waren die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Roma nur vor dem Hintergrund der bereits lange vor der Zeit des Nationalsozialismus bestehenden Vorurteile und Diskriminierungen denkbar. So hatte etwa die rigide Ausschaffungspolitik auch der Vorarlberger Behörden in der Ersten Republik und besonders während des Austrofaschismus zur totalen Verarmung der Roma beigetragen, da sie die Kosten der Ausschaffung selbst zu tragen hatten – meist durch die Zwangsversteigerung ihrer Pferde und Wagen.

Im Dritten Reich fielen die Roma zunächst unter die Gesetzgebung gegen die sogenannten "Asozialen"; bereits durch das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933, mit dem die Sterilisierung gegen den Willen der Betroffenen verfügt werden konnte (Klee, 1983:36ff.), wurden die Roma bedroht, ebenso wie durch die Nürnberger Rassengesetze, die die "Zigeuner" als "artfremd" bezeichneten (Steck, 1979:75). Ab 1936 wurden die Roma Gegenstand der nationalsozialistischen Erb- und Rassenforschung; bis 1941 erfaßte das "Zigeunersippenarchiv beim Reichsgesundheitsamt" in Berlin 20.000 Personen und behauptete, daß 90 Prozent der deutschen Roma Mischlinge und daher – zum Unterschied von den Juden – minderwertiger seien als die "reinrassigen" Zigeuner, die theoretisch als "Arier" galten (Steck, 1979:77). Die Unterscheidung von "reinen Zigeunern" und "Zigeunermischlingen" spielte allerdings in der tatsächlichen Verfolgungspraxis der Nationalsozialisten nur eine geringe Rolle.

Bald nach der Besetzung Österreichs begannen die nationalsozialistischen Behörden mit der breitflächigen Verfolgung der Zigeuner. So sollten bereits bis 30. Juni 1939 3.000 burgenländische Roma in Konzentrationslager eingewiesen werden (Steck, 1979:79), nachdem erste diskriminierende Maßnahmen, wie das Verbot des Schulbesuchs, schon im Jahre 1938 eingesetzt hatten (Steinmetz, 1979:114). Im November 1940 wurde in Lacken-

bach ein "Zigeunerlager" eingerichtet, in dem die burgenländischen Roma unter KZ-artigen Bedingungen festgehalten und von wo sie dann oft in größere Lager im "Generalgouvernement Polen", besonders nach Auschwitz-Birkenau, deportiert wurden (Steinmetz, 1979:119). Dieses berüchtigte Lager war die todbringende Endstation für die meisten internierten Roma aus Deutschland und den eroberten Ländern; im August 1944 wurde es aufgelöst, seine Insassen wurden vernichtet (Steck, 1979:85).

Für die wenigen Roma aus Vorarlberg war das Sammellager Leopoldskron bei Salzburg als Durchgangslager vor der endgültigen Deportation nach Auschwitz vorgesehen. Nach dem "Festsetzungserlaß" Himmlers vom 17.10.1939, der die Erfassung aller "Zigeuner" und "Zigeunermischlinge" sowie die Einrichtung von Sammellagern durch die Kriminalpolizeistellen vorsah (Steck, 1979:80), wurden die Roma aus Salzburg, Tirol und Vorarlberg in Leopoldskron zunächst in einer Pferderennbahn, später in einem eigenen Lager inhaftiert und zur Zwangsarbeit herangezogen (Hanisch, 1983:205ff.). Im März und April 1943 deportierte man die meisten Insassen des Lagers Leopoldskron nach Auschwitz (Hanisch, 1983:208f.).

Neben der drohenden Deportation hatten auch die Roma aus Vorarlberg mit der besonderen Härte der Gerichte zu rechnen. Dies ist durch den Fall der Bregenzer Hausiererin Anna Guttenberger belegt, die am 22.1.1941 in Feldkirch wegen eines Bagatelldelikts zum Tode verurteilt wurde. Für ihre Tochter Maria Adam forderte der Staatsanwalt Dr. Möller trotz Minderjährigkeit ebenfalls die Todesstrafe - mit dem Argument, Zigeunerinnen seien früher reif. Das Gericht folgte in diesem Fall seinem Antrag nicht (LGF S 2/42; GeBBr 127/41, 129/41; vgl. auch Kapitel "Individuelle Opposition"). Anton Guttenberger, der Mann der Anna Guttenberger, wurde zusammen mit ihr verhaftet und mit einem Sammeltransport nach Rosenheim und von dort wahrscheinlich in ein Vernichtungslager gebracht (GeBBr 128/41). Ebenfalls deportiert wurden Engelbert Seeger aus Frastanz (LOF III/10), Florian Seeger aus Feldkirch (DÖW 15.062) und Rosa Weinrich aus Bregenz (DÖW 15.062; GeBBr 1820/43). Während Engelbert Seeger, möglicherweise aufgrund seiner italienischen Staatsbürgerschaft, überlebt hat (I: Reinhardt J.), wurden Florian Seeger und wahrscheinlich auch Rosa Weinrich in Vernichtungslager deportiert.

Das Schicksal des fast siebzigjährigen Schirmflickers Julius Weinrich, der im Mai 1940 verhaftet wurde und wegen Bettels einen Monat Gefängnis abzusitzen hatte, ist nicht bekannt (GeBBr 59/40). Julius und Stefan Horvath, die aus dem Lager St. Pölten

geflüchtet waren, wurden am 1. Oktober 1941 in Bregenz verhaftet und am 27. November 1941 nach Innsbruck und von dort wahrscheinlich weiter in ein Sammellager gebracht (GeBBr 1/41, 2/41).

Die Tragik hinter diesen dürftigen Angaben läßt sich vielleicht erahnen, wenn wir uns dem Schicksal einer Familie aus Ravensburg zuwenden. Konrad Reinhardt hatte sich 1929 mit seiner Frau Anna dort niedergelassen, flüchtete aber, wie viele andere auch, 1937 vor den Nürnberger Rassengesetzen nach Österreich. In Vorarlberg und in Tirol tauchte die inzwischen auf sieben Köpfe angewachsene Familie Reinhardt in entlegenen Wäldern unter und lebte vom Verkauf von selbstgeflochtenen Körben. Am 2. Juni 1939 wurde die Familie polizeilich erfaßt, am 25. Oktober 1939 in Dorfgastein mit einigen anderen Zigeunerfamilien in einer Scheune interniert und am 13. August 1940 mit einem Sammeltransport in das bereits erwähnte Lager Leopoldskron in Salzburg gebracht. Als dieses Lager im Frühjahr 1943 aufgelöst wurde, kam die Familie Reinhardt in das burgenländische Zigeunerlager Lackenbach, wo sie erst im März 1945 von sowjetischen Truppen befreit wurde (Urteil des Amtsgerichts Ravensburg 17/55, 1.9.1955). Konrad Reinhardt war im Jahre 1942 aus dem Lager in Salzburg geflüchtet, wurde aber am 9.9.1942 in Langen am Arlberg wieder gefaßt, am 19.9.1942 "zum Sammeltransport" nach Lindau überstellt und nach Salzburg zurückgebracht (GeBBr 793/42). Sein Sohn Josef mußte wie 60 andere Roma aus dem Salzburger Lager für den Film "Tiefeland" von Leni Riefensthal den Komparsen abgeben, ohne allerdings dafür, wie ursprünglich versprochen, in Freiheit zu gelangen (Martin/Matthes, 1985:62; I: Reinhardt J.).

Mit der Befreiung aus dem Lager Lackenbach im Frühjahr 1945 war aber der Leidensweg der Familie Reinhardt noch nicht zu Ende. Ihre Anträge auf Wiedergutmachung, die 1947 eingereicht wurden, hatten erst 1951 Erfolg. Die teilweise bereits ausbezahlte Wiedergutmachung wurde jedoch vom zuständigen Amtsgericht mit der Begründung zurückgefordert, es habe sich bei den Lagern Leopoldskron und Lackenbach nicht um Konzentrationslager gehandelt - das Gericht stützte sich dabei auf einen Bericht des österreichischen Bundesministeriums für Inneres! 1955 eröffnete das Amtsgericht Ravensburg gegen Konrad, Anna und Josef Reinhardt sowie gegen deren Verwandte und Mitinhaftierte Rosina Winter gar ein Verfahren wegen Meineides im Zusammenhang mit dem Wiedergutmachungsverfahren. Dabei wurden zwar die Angehörigen der Familie Reinhardt freigesprochen, Rosina Winter aber erhielt eine dreimonatige Gefängnisstrafe, die zur Bewährung

ausgesetzt wurde (Amtsgericht Ravensburg 17/55, 1.9.1955; Martin/Matthes, 1985:61f.).

Dies war beileibe kein Einzelfall. Anders als andere Verfolgte des Naziregimes hatten die Roma bei der Geltendmachung ihrer Wiedergutmachungsansprüche erhebliche Schwierigkeiten, da von den Behörden der rassistische Hintergrund ihrer Verfolgung meist bestritten wurde.

Gernot Egger

„Gemeinschaftsfremde“

Ein Feld, auf dem der nationalsozialistische Terror starke Zustimmung aus der Bevölkerung fand, war die Behandlung sogenannter "Gemeinschaftsfremder" oder "Asozialer". Denn wer immer dem "gesunden Volksempfinden" zuwiderhandelte – "Müßiggänger, Sonderlinge, Arbeitsverweigerer oder Gesetzesbrecher" (Broszat u.a. II: 429) –, wurde aus der "Volksgemeinschaft" ausgesondert, das heißt, in Konzentrationslager deportiert und dort zu Zwangsarbeit angehalten oder sofort liquidiert. Auch Homosexuelle wurden der Gruppe "Asozialer" zugeordnet und damit gleicher Verfolgung ausgeliefert.

Anhand der aufgezählten Personengruppen läßt sich deutlich das Streben des NS-Polizeiapparates nachweisen, die traditionellen Wirkungsbereiche der Justiz einzuschränken. In einem Gesetzesentwurf aus dem Jahre 1944 – das Gesetz hätte 1945 rechtskräftig werden sollen – lag es in der ausschließlichen Kompetenz der Polizeibehörden, jemanden als "Gemeinschaftsfremden" zu taxieren (Peukert, 1981:416ff.). Zugleich hatten die Gerichte die Verpflichtung, "Wiederholungstäter" der Polizei zur weiteren "Behandlung" zu melden. Auch benötigte es kein Gericht, um die Sterilisierung sogenannter "Gemeinschaftsfremder" anzuordnen.

"Das eigendynamische Interesse der SS-Führung am weiteren Ausbau der Konzentrationslager" (Broszat u.a. II: 429) und damit der SS-eigenen Wirtschaftsbereiche kollidierte allerdings bisweilen mit dem Interesse der Privatindustrie. Die Unternehmen waren nämlich immer seltener bereit, sich die Mangelware Arbeitskraft dezimieren zu lassen. Auch in Vorarlberg versuchten die meisten Unternehmen, die Arbeitsdisziplin durch betriebsinterne Strafmaßnahmen – zum Beispiel Lohnabzüge – aufrechtzuerhalten. Wer einigermaßen arbeitsfähig war, wurde am Arbeitsplatz gehalten und über die hiesige Verwaltung z.B. "rassehygienisch" erfaßt. Die Gesundheitsämter bei den einzelnen Landräten ordneten etwa zahlreiche Sterilisierungen durch einheimische Ärzte an, wodurch gerade das ärztliche Hilfspersonal – meist Ordensschwestern – in schwerste Gewissensnöte gebracht wurde (DÖW 10.867).

Der Arbeitskräftemangel hinderte die Gestapo allerdings nicht gänzlich daran, ihren Teil zur Liquidierung von "Volksschädlingen" beizutragen. Besonders in Dornbirn wurden schon zu

Beginn des Jahres 1939 Exempel dafür statuiert, daß die neuen Machthaber gegenüber jenen, die die Ideologie des produktiven Funktionierens bis dahin nicht verinnerlicht hatten, keine Gnade kannten. So wurden die Arbeitslosen Franz P. und Johann P., beide ob ihrer Alkoholkrankheit stadtbekannt, harmlose Schwadronneure am Wirtshaustisch, Mostbettler bei Bauern, beide in den schwierigen dreißiger Jahren aus dem Geleise bürgerlicher Arbeitsmoral geworfen, am 27.1.1939 nach Dachau deportiert (DÖW 15.602). Johann P. wurde dort am 5.2.1939 zu Tode gebracht (DÖW o. Nr.), Kurze Zeit danach wurde auch der Dornbirner Oswald Sch., kaum 20 Jahre alt, in Dachau umgebracht (I: Weiß A.). Er war wegen kleinerer krimineller Delikte mehrmals straffällig geworden und deshalb in die Gruppe der "Unverbesserlichen" eingereiht und "beseitigt" worden.

Neben der Gestapo - wie es bei den genannten Personen der Fall war - verfolgten auch die Landräte sogenannte "Arbeits-scheue". Das Landratsamt Bregenz beispielsweise verfügte eine ganze Reihe von Einweisungen in "Arbeitshäuser" (vgl. GeBBr).

Die dritte Schiene, auf der besonders gegen kriminelle Rückfalltäter verfahren wurde, war die Blutjustiz. Die Bregenzerin Anna Guttenberger (vgl. Kapitel "Individuelle Opposition"), die wegen einer Lappalie in Feldkirch zum Tode verurteilt wurde, ist kein Einzelfall.

Wer allerdings annimmt, daß durch solche drakonischen Maßnahmen die Kriminalität - besonders im Bereich der Eigentums- und Sexualdelikte - ausgemerzt wurde, unterliegt einer schweren Täuschung. Die Strafakten beim Landgericht Feldkirch und bei den damaligen Amtsgerichten Bregenz, Dornbirn, Bludenz und Schruns sprechen eine andere Sprache. Wenn heute noch manche glauben, "das hätte es unterm Hitler nicht gegeben", dann sind sie ein Opfer der Propaganda, die vorgab, mit Gewalt ein gesellschaftliches Problem zu lösen, das tatsächlich in keiner Weise bewältigt war. Diese Propaganda konnte so nachhaltig wirken, weil das NS-Regime die Tätigkeit seiner Justiz und Verwaltung den Blicken der Öffentlichkeit weitgehend entzog.

Da gerade "Asoziale" oder Straffälliggewordene oft ohne Angehörige waren oder sich diese von ihnen distanzieren, ist auch nach 1945 kaum über sie gesprochen worden. Die Genannten sollen hier für manchen anderen stehen, dessen "Verschwinden" kaum jemanden berührte. Ebenso wird die Internierung von Homosexuellen in Konzentrationslagern bis heute tabuisiert. Aus Vorarlberg ist uns bisher ein solcher Fall bekannt. Recht kann

allerdings ein Vorgehen gegen ungewöhnliche Menschen noch keineswegs deshalb sein, weil es von weiten Teilen der Bevölkerung als "kurzer Prozeß" befürwortet wird.

Meinrad Pichler

Vernichtung „lebensunwerten Lebens“

"Dabei bin ich mit allen Geisteskranken gut ausgekommen..."
(Dr. Josef Vonbun)

Zu den erschütterndsten Greuelthaten des Nationalsozialismus gehört die Ermordung Tausender psychisch "Kranker", die sogenannte "Euthanasie". Der Ablauf dieser Aktion kann hier aus Platzgründen nur summarisch geschildert werden; er ist seit kurzem genau erforscht (Klee, 1983; Neugebauer, 1983).

Am Anfang stand eine breite Zustimmung der Psychiatrie schon der vornationalsozialistischen Zeit zur Tötung sogenannter aussichtsloser Fälle (Klee, 1983:15ff.). Die Sterilisierung "Minderwertiger", die intensive Verfolgung der "Asozialen" und eine völlig veränderte Haltung zur öffentlichen Fürsorge nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland waren die Vorstufen zur zentral geplanten Vernichtung von "Geisteskranken" und anderen Pflegefällen.

Während das Regime die Verfolgung "Asozialer" und die Sterilisierung als "rassehygienische" Maßnahme offen propagierte (vgl. Krauß, 1935), wurden die Vorbereitungen für die "Euthanasie" geheim betrieben. Sie begannen entgegen einer weitverbreiteten These schon vor dem Zweiten Weltkrieg (Klee, 1983:66ff.). Im Laufe des Jahres 1939 wurde im Rahmen der Kanzlei des Führers in Berlin eine Euthanasiezentrale geschaffen. Diese arbeitete geheim unter der Bezeichnung "T 4" und bediente sich verschiedener Tarngesellschaften, z.B. der "Gemeinnützigen Krankentransportgesellschaft GmbH" (Gekrat), die die Verlegung der Patienten in die Tötungsanstalten – meist mit Bussen – zu organisieren hatte.

Die Auswahl der Patienten erfolgte durch Meldebögen, die von den Anstalten ausgefüllt werden mußten. Sie wurden mehreren Gutachtern zugestellt, die die Entscheidung über Leben und Tod zu fällen hatten (Klee, 1983:98ff.). Die Massenvernichtung begann im besetzten Polen; ab Februar 1940 nahm die Tötungsanstalt Grafeneck auf der Alb den Betrieb auf (Klee, 1983:130ff.). Später folgten Brandenburg, Sonnenstein bei Pirna, Hadamar und andere.

Für das ehemalige Österreich war vor allem die Anstalt Niedernhart mit einer Vergasungsanlage im Schloß Hartheim bei

Linz zuständig. Diese ehemalige Kinder-Pflegeanstalt war schon am 17. Februar 1939 von der NSDAP enteignet worden (Klee, 1983:82). Die Tötungen begannen im Juni 1940 (Klee, 1983:207). Bis zum September 1941, dem - vorübergehenden - Stopp der Vergasungen, waren in der Anstalt Hartheim 18.269 Personen getötet worden (Klee, 1983:340). Im Rahmen der unter der Bezeichnung "Aktion 14 f 13" laufenden Selektion in den Konzentrationslagern, die einen Zusammenhang zwischen "Euthanasie" und Massenvernichtung in den Konzentrationslagern beweist, wurden in Hartheim Häftlinge aus Mauthausen vergast (Klee, 1983: 350, 354); Tötungen im Rahmen der "Euthanasie" erfolgten bis zum April 1945 (Klee, 1983:447). Insgesamt wurden in Hartheim ungefähr 30.000 Menschen getötet (Klee, 1983:355).

Der verantwortliche Direktor Dr. Rudolf Lonauer hätte sich, da es in Hartheim "recht bald ungemütlich werden kann", im April 1945 inkognito in die Anstalt Hall/Tirol - von ihr wird noch die Rede sein - begeben sollen, um dort die "Reduzierung des Krankenstandes" zu organisieren, "denn die Anstalt ist zum Bersten voll", wie Dr. Hans Czermak, Leiter des Gesundheitsamtes für Tirol/Vorarlberg, an Dr. Lonauer schrieb (Klee, 1983:447f.; WuVT I, 1984:497). Dazu kam es allerdings nicht mehr - Dr. Rudolf Lonauer beging am 5. Mai 1945 Selbstmord.

Die Angehörigen der deportierten Patienten bekamen zunächst eine Nachricht über die Verlegung mit der Mitteilung eines Besuchsverbotes "aus mit der Reichsverteidigung im Zusammenhang stehenden Gründen" - und wenig später die Todesnachricht. Darin wird "Ruhr mit nachfolgender Kreislaufschwäche", Tbc oder eine andere tödlich verlaufende Krankheit als Todesursache angegeben. So erhielten bei einem wahrscheinlich am 17. März 1941 von der Valduna nach Niedernhart deportierten Patienten die Verwandten die erste Benachrichtigung am 19. März und die Todesnachricht am 26. März 1941 (Mitteilung im Besitz der Sicherheitsdirektion für Vorarlberg).

Bereits seit 1940 waren in mehreren Vorarlberger Krankenhäusern Sterilisierungen und Schwangerschaftsabbrüche aus "rassehygienischen" Gründen vorgenommen worden; die Krankenschwestern vom Orden der Barmherzigen Schwestern verweigerten dabei die Assistenz (DÖW 10.867). Die Deportation der Patienten der einzigen psychiatrischen Anstalt des Landes, Valduna bei Rankweil, begannen im Frühjahr 1941, nachdem die Umwandlung der Anstalt in ein Reservelazarett verfügt worden war (Simmá, 1974:210). Hier zeigt sich, wie bei vielen anderen Anstalten auch,

simpler Raumbedarf zumindest als Mitgrund für die "Euthanasierung" der Patienten.

Nachdem im Dezember 1938 der SA-Obersturmführer Dr. Josef Vonbun, ein aus Altenstadt bei Feldkirch gebürtiger Psychiater, Leiter der Anstalt Valduna geworden war (Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Konstanz 2 Js 524/61, Einstellungsbeschuß vom 21. Juni 1966, DÖW 11.440), kam es offenbar wiederholt zu Mißhandlungen von Patienten durch Mitglieder der SA, die als Pfleger eingestellt worden waren - in einem Fall mit tödlichem Ausgang (LGF Vr 7/40).

Die bereits erwähnten Meldebögen, anhand derer die Gutachter der Berliner Euthanasie-Zentrale über Leben oder Tod der Patienten entschieden, erhielt die Anstalt Valduna Ende 1939 oder Anfang 1940 (DÖW 11.440). Kurze Zeit später erschienen der bereits erwähnte Dr. Lonauer und Dr. Georg Renno, ein weiterer Arzt der Tötungsanstalt Hartheim, in der Valduna. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war zumindest dem Leiter der Anstalt der Zweck der angekündigten Verlegungen bekannt (DÖW 11.440).

220 Patienten - 125 Frauen und 95 Männer - wurden am 10. Februar und am 17. März 1941 per Bahn nach Niedernhart deportiert. Dort kamen alle um. 129 Patienten mit schweizerischer Staatsbürgerschaft wurden in ihr Heimatland abgeschoben (Simma, 1974:211). 227 weitere Patienten - 106 Frauen und 121 Männer - wurden in drei Transporten in die Anstalt Hall in Tirol gebracht. Nur ungefähr 60 "Leichtkranke" blieben in der Valduna als Hilfskräfte für das Lazarett zurück. Dabei gab offenbar nicht der Grad der Erkrankung, sondern nur die Arbeitsfähigkeit den Ausschlag für die Deportation: Ein beim Polenfeldzug verschütteter, seither unter psychischen Störungen leidender Soldat - Bartholomäus Simeon - wurde nicht verschont (I; Stroppa F.). Von den 227 nach Hall deportierten Patienten wurden zwar nur 43 später nach Niedernhart gebracht und getötet (WuVT 1, 1984:650ff.), aber mindestens 46 weitere Patienten sind bis 1945 in der Anstalt Hall ums Leben gekommen. Ob dies im Rahmen der sogenannten "wilden" Euthanasie, der Tötung der Patienten durch Hunger und Medikamente in den Anstalten selbst, geschah, kann vorläufig nicht geklärt werden. Es gab jedenfalls Pläne, diese neue "Behandlungsmethode" auch in Hall einzuführen, wodurch sich, wie Dr. Hans Czermak am 12.11.1942 an Dr. Rudolf Lonauer schrieb, "die Transportkosten, vor allem der Kraftstoffaufwand einsparen ließe" (WuVT 1, 1984:495f.; Klee, 1983:353).

Zu den Opfern der "Euthanasie" in Vorarlberg gehören viele Insassen der Versorgungs- und Armenhäuser. Aus dem Bezirk

Bludenz wurden 27, aus dem Bezirk Bregenz 52, aus dem Bezirk Feldkirch acht Insassen zunächst in die Valduna, dann nach Hall oder nach Niedernhart gebracht. Die Deportation der Insassen der Versorgungshäuser stieß auf den Protest des Feldkircher Amtsarztes Dr. Ludwig Müller, wodurch sich wohl die geringe Zahl

2) Bezirk Bregenz:

Lfd. Nr.	Vor- und Nachname	geb. Datum	Wohnort letzter	Zugang nach Vald.	Abgang v. Vald.	wohin
1	██████ Maria +	7.8.08	Armenh. Langenegg	13.9.38	8.3.41	Hall Schizophrenie
2	██████ Emilie +	20.11.09	Armenh. Alberschwende	20. 2. 39	10.2. 41	Niedernh.
3	██████ Maria +	9.1.08	Armenh. Sulzberg.	6.4.39	10.2.41	Niedernh.
4	██████ Josef +	14.11.50	Stadtsptial Bregenz	23. 3.40	8.3.41	Hall
5	██████ Maria +	26.6.99	Armenh. Sulzberg	17.12.40	8.3.41	Hall angebl. Schwachsinn
6	██████ Dominika	16.12.86	Armenh. Hittisau	13.2.41	8.3. 41	Hall angebl. Schwachsinn ^{1.11.42}
7	██████ Franz	14.7.1910	Armenh. Hittisau	13.2.41	8.3.41	Niedernh. abgebl. Schwachsinn ^{1.11.42}
8	██████ Thomas	30.5.16	Armenh. Hittisau	13.2. 41	8. 3.41	Hall angebl. Schwachsinn ^{24.}
9	██████ Friedlind	21.3.14	Armenh. Hittisau	13.2.41	24. 3. 41	Hall angebl. Schwachsinn ^{24.}
10	██████ Josef +		Armenh. Hörbranz	14.2.41	17.3.41	Niedernh. ^{1.11.42}
11	██████ Ernst +		Armenh. Hörbranz	14.2.41	24.3. 41	Niedernh. ^{1.11.42}
12	██████ Eberhard	1.1.1897	Versorg.Haus Oberlochau	14.2.41	17.3.41	Niedernh. ^{1.11.42}
13	██████ Friedrich +		Armenh. Alberschwende	14.2.41	17.3.41	Niedernh. ^{1.11.42}
14	██████ Peter -		Armenh. Andelsbuch	14.2. 41	17. 3.41	Niedernh. ^{1.11.42}
15	██████ Meyer		Armenh. Alberschw.	14.2.41	17.3.41	Niedernh. ^{1.11.42}
16	██████ Ursula	1.11.1897	Versorgungshaus Oberlochau	14.2. 41	24. 3. 41	Niedernh. angebl. Schwachsinn ^{1.11.42}
17	██████ Veronika +		Versorgungsheim Oberlochau	14.2.41	17.3.41	Niedernh. angebl. Schwachsinn ^{1.11.42}
18	██████ Olga +		Versorgungshaus Oberlochau	14. 2.41	17.3. 41	Niedernh. angebl. Schwachsinn ^{1.11.42}

Deportation von Insassen der Armenhäuser des Bezirks Bregenz über Valduna nach Hall und Niedernhart im März 1941: Mitteilung

der aus dem Bezirk Feldkirch Deportierten erklären läßt (Simma, 1974:213). Aber auch die Bewohner der Dörfer, zu deren oft noch intakter Dorfgemeinschaft die "Armenhäusler" selbstverständlich gehörten, protestierten gegen die Deportationen, so etwa der Pfarrer von Andelsbuch (I: Kohler F.).

19	██████████ Wilhelmine +	Versorg.	14.2.41	17.3.41	Niedernh.	627
		heim Oberlochau			angebl. Schwachsinn	
20	██████████ Anna 8.11	Versorg. Heim	14.2.41	17.3.41	Niedernh.	622
		Therlachau			angebl. Schwachsinn	
21	██████████ Therese +	Vers. Heim	14.2.41	17.3.41	Niedernh.	629
		Oberlochau			angebl. Schwachsinn	
22	██████████ Gertrud	Vers. Heim	14.2.41	17.3.41	Niedernh.	623
		Oberlochau			angebl. Schwachsinn	
23	██████████ Hildegard	Vers. Heim	14.2.41	17.3.41	Niedernh.	629
		Oberlochau			angebl. Schwachsinn	
24	██████████ Maria	Armenh. Andels-	14.2.41	24.3.41	Hall	Recht
		buch			angebl. Schwachsinn	
25	██████████ Rosa + 1.9.67	Armenh.	14.2.41	24.3.41	Hall	24.7.41
		Hörbranz			Altersblödsinn	
26	██████████ Jakob	Armenh.	14.2.41	17.3.41	Niedernh.	669
		Hörbranz				
27	██████████ Albertine +	Armenh.	14.2.41	17.3.41	Niedernh.	625
		Hörbranz			angebl. Schwachsinn	
28	██████████ Emanuel 26.3.19	Versorg. Heim	25.2.41	24.3.41	Hall	
		Oberlochau			angebl. Schwachsinn	
29	██████████ Brian 16.12.91	Landspital	27.2.41	24.3.41	Hall	Recht
		Bregenz			leichter Schwachsinn	
30	██████████ 1673	Armenh.	27.2.41	24.3.41	Hall	24.7.41
		Lauterbach			Altersblödsinn	
31	██████████ = 20.11. 1871	Landspital	27.2.41	24.3.41	Hall	24.7.41
		Bregenz			angebl. Schwachsinn	
32	██████████ Josef Ferd. 10.2.76	Landspital	27.2.41	24.3.41	Hall	
		Bregenz			Psychopathie	
33	██████████ Wälburga +	Vers. Haus	27.2.41	24.3.41	Hall	Recht
		Oberlochau			angebl. Schwachsinn	
34	██████████ Armin +	Armenh.	28.2.41	24.3.41	Hall	24.7.41
		Hittisau				
35	██████████ Suzanne + 12.10.46	Armenh.	28.2.41	17.3.41	Niedernh.	693 Hall
		Hittisau			angebl. Schwachsinn	Recht
36	██████████ Ludwig + 22.8.75	Armenh.	28.2.41	24.3.41	Hall	24.7.41
		Lingenau				
37	██████████ Alois	Armenh.	28.2.41	13.5.41	Hall	Recht
		Lingenau			hochgrad. Schwachsinn	

eines Besuchsverbots für die Angehörigen "aus Gründen der Reichsverteidigung", wenig später die Todesnachricht.



Todesanzeige

In diesem Dezember wurde 42 Jahre nach ihrem Tode die Urne unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter nach geistlicher Einsegnung in einem Familiengrabe beigesetzt.

Unsere liebe Verstorbene war im Jahre 1941 über Nacht von der Heilstätte Valduna nach Hadamar an der Lahn abtransportiert und dort wenig später getötet worden. Ihr Leichnam wurde sodann ohne vorherigen christlichen Segen im Krematorium Wiesbaden II eingäschert. Vor wenigen Wochen wurde die Urne uns über die Staatsanwaltschaft Konstanz zugeschickt.

Wir geben diese Anzeige für unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter auf und bitten, ihrer und ihrer Leidensgefährten im Gebete zu gedenken.

Angesichts der vielen hilflosen und namenlos gebliebenen Opfer aus dieser unseligen Zeit der Gewaltherrschaft bleibe ihr Name unerwähnt. Das Gedenken an sie möge Mahnung für uns Lebende sein.

Die trauernden Angehörigen

Vorarlberg, im Dezember 1983

Todesanzeige nach 42 Jahren ("Vorarlberger Nachrichten" vom 23. Dezember 1983): eines der vielen Vorarlberger Opfer des nationalsozialistischen "Euthanasie"-Programms.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurden die an der "Euthanasie" Beteiligten in vielen Fällen nicht bestraft; oft konnten sie sogar ihren Beruf weiter ausüben (dazu ausführlich Neugebauer, 1983). Dies trifft auch auf den Leiter der Anstalt Valduna, Dr. Josef Vonbun, zu. Er hatte sich im Mai 1941, nach der faktischen Auflösung der Anstalt, zur Wehrmacht gemeldet. Als er im Dezember 1946 aus einem amerikanischen Internierungslager entlassen worden war, ließ er sich in Stockach nieder und übte ab 1950 wieder den Arztberuf aus. 1955 erhielt er die deutsche Staatsbürgerschaft. Ein gegen ihn seit 1961 anhängiges Ermittlungsverfahren wurde 1966 eingestellt (DÖW 11.440). Dies, obwohl im Laufe des Verfahrens eine geradezu unglaubliche Verstrickung Dr. Vonbuns in die "Euthanasie" offenkundig geworden war. Er hatte nämlich nicht nur Insassen von Versorgungshäusern mit seinem Pkw weggeholt, sondern auch seine Schwiegermutter der "Euthanasie" überantwortet. In seinem Ehescheidungsverfahren hatte er überdies noch versucht, seine Frau als hochgradig geisteskrank darzustellen - wenn auch ohne "Erfolg".

Nach 1945 gab es auch in Vorarlberg keine öffentliche Aufarbeitung der "Euthanasie", außer den wenigen Bemerkungen bei Simma (1974:210ff., 262f.). Der Fund von 190 Urnen von "euthanasiierten" Personen, von denen 81 aus Vorarlberg stammten, in einem Konstanzer Friedhof im Jahre 1983 wurde in der Tagespresse ausführlich kommentiert. Eine abschließende Aufarbeitung ist aber bis heute noch nicht möglich: Der Großteil der Akten bleibt nach wie vor gesperrt (Sch.M. Amt der Vorarlberger Landesregierung, 26.3.1984).

Bisher steht jedoch fest, daß mindestens 263 Menschen aus Vorarlberg nach Niedernhart deportiert und in der Tötungsanstalt Hartheim vergast wurden sowie weitere 46 in Hall zu Tode kamen. Die tatsächliche Zahl der Opfer dürfte allerdings um einiges höher sein, da nach der Auflösung der psychiatrischen Anstalt Valduna seelisch Behinderte und Kranke weiterhin in Anstalten wie Kaufbeuren-Irrsee und Hall eingewiesen und dort in vielen Fällen getötet wurden.

Gernot Egger

Die letzten Tage des Krieges

Absicht, Intensität und Wirkung des Widerstands, der in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges gegen Funktionäre des NS-Regimes oder gegen versprengte, aber noch immer kampfwillige Truppenteile der Wehrmacht und der SS geleistet wurde, sind nur schwer in den Griff zu bekommen.

Als sich die Niederlage der Hitler-Armee auch in Vorarlberg abzuzeichnen begann und in der einzigen damaligen Tageszeitung, dem "Vorarlberger Tagblatt", nur mehr Durchhalteappelle und -parolen zu lesen waren, mehrten sich die Widerstandshandlungen. Die Bedingungen und Ursachen dieser Aktionen waren völlig andere als in der Zeit des funktionierenden NS-Systems.

Teile Österreichs waren von den alliierten Truppen bereits befreit worden, als sich vom süddeutschen Raum her die ersten französischen und amerikanischen Truppen näherten. An einem möglichst raschen Ende des Krieges hatte die Bevölkerung vor allem deshalb ein Interesse, weil unnötige Zerstörungen verhindert werden sollten. Widerstandshandlungen im April und Mai 1945 zielten daher darauf ab, die Herrschaft der Nationalsozialisten möglichst zu verkürzen und die Eroberung des Gebietes durch die französischen Truppen zu beschleunigen. Viele dieser Handlungen geschahen in einem - oft allerdings rudimentären - Kontakt mit der zukünftigen Besatzungsmacht oder wurden von dieser unterstützt. Der Oberbefehlshaber der I. Französischen Armee ließ daher unmittelbar nach dem Passieren der - fiktiven - deutsch-österreichischen Grenze am Übergangsort Unterhochsteg eine Tafel anbringen, um deutlich zu zeigen, daß Österreich nicht als feindliches Territorium betrachtet werde: "Ici l'Autriche, pays ami".

Fanatistische NS-Funktionäre versuchten oft mit allen Mitteln, die Bevölkerung zum militärischen Widerstand gegen die anrückenden Truppen zu zwingen. Sie verloren durch ihre Maßnahmen meist noch ihre letzten Anhänger, erhielten anonyme Drohbriefe oder bekamen auch schon öffentlich die Abneigung vieler Bürger gegen den Nationalsozialismus zu spüren (DÖW 4359).

Als in Bludesch der bereits 69jährige Jakob Borg sich weigerte, Einquartierungen in seinem Haus zuzustimmen, wurde er vom dortigen Ortsgruppenleiter als "Volkschädling" beschimpft. Am



"Hier Österreich - Freundesland": Tafel am Grenzübergang Hörbranz-Unterhochsteg nach der Befreiung Vorarlbergs durch französische Truppen.

folgenden Tag rückten Bludener Nationalsozialisten unter der Führung von Stabsamtsleiter Johann Felix Piazzì an und bedrohten den alten Mann. Borg wurde in ein Auto gezerrt und in der Dunkelheit zur Brücke in der Nähe des Schießstandes gebracht. Dort ergriffen ihn die Männer an Armen und Beinen, "hoben ihn auf und schwenkten ihn zweimal über den Rand des Dammes hinaus, als wollten sie ihn im Schwung in den Fluß werfen", ließen ihn aber dann doch laufen (OLG Ibk 10 Vr 4394/47). Auch in Bürs, St. Gallenkirch und Bludenz kam es durch dieselben NS-Funktionäre zu ähnlichen Übergriffen (ebd.).

Nach sechs Kriegsjahren ließen sich die Menschen auch durch Terror nicht mehr für das Regime mobilisieren - im Gegenteil. Ein großer Teil der Bevölkerung unterstützte die Widerstandsgruppen. Der eigentliche Feind aber waren die durchziehenden und in Auflösung sich befindenden deutschen Truppen. Ziel dieser Truppenteile war es oft nur noch, sich über den Arlberg nach Tirol zu retten, um dort in amerikanische Gefangenschaft zu

geraten; die Angst vor den anmarschierenden "Marokkanern" war sehr ausgeprägt. Auch die sich noch zu Tausenden im Lande befindenden Fremdarbeiter stellten einen Unsicherheitsfaktor dar.

Das Risiko für die Widerstand leistenden Männer war trotz dieser günstigen Bedingungen sehr hoch. Die zugespitzte militärische Situation ließ besonders die Einheiten der SS mit äußerster Brutalität gegen aufkeimenden Widerstand vorgehen. Die Toten von der Lauteracher Brücke und von Langenegg sind hierfür beredtes Zeugnis:

Die Tragödie an der Lauteracher Brücke ereignete sich am 1. Mai 1945. Nachdem eine Abordnung Lauteracher Bürger beim

Kommandeur jener Pionier-Truppen nichts hatte erreichen können, die Befehl hatten, die Brücke über die Bregenzerach zu sprengen, versuchten zwei junge Offiziere der Wehrmacht, Leutnant Anton Renz aus Bregenz-Vorkloster und Leutnant Helmut Falch aus Mötz in Tirol, die Sprengung der Brücke zu verhindern. Renz hatte sich zusammen mit Falch von Deutschland nach Bregenz durchgeschlagen und sich im Keller des elterlichen Hauses versteckt gehalten. Da die beiden vermuteten, die Brücke würde von den abziehenden deutschen Truppen gesprengt, begaben sie sich dorthin und ordneten als Pionieroffiziere den wachhabenden Soldaten die



Entschärfung der Sprengladung an. Eine SS-Einheit erhielt Mitteilung von diesem Vorhaben, stellte die beiden und brachte sie zum Stabsquartier, dem Gasthaus "Zum Kreuz" in Lauterach. Nach einem kurzen Verhör wurden beide erschossen. Die ganze Barbarei der SS zeigte sich darin, daß die Leichen der beiden Männer in eine Jauchegrube geworfen wurden. Am 8. Mai 1945 wurden sie auf dem Friedhof in Bregenz-Vorkloster beigesetzt. Die für die Bevölkerung so wichtige

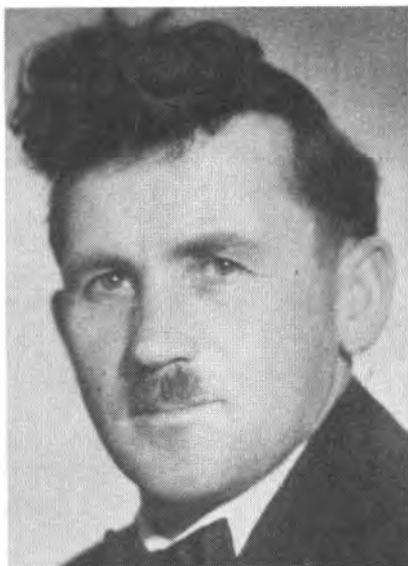
Anton Renz: er versuchte am 1. Mai 1945, die Sprengung der Lauteracher Achbrücke zu verhindern, und wurde von der SS erschossen.

Brücke war von Pionieren der Wehrmacht noch am Vormittag des 1. Mai gesprengt worden (1: Renz F.; Schelling, 1980:89f.; Raggenbass, 1964:180).

Auch in Langenegg büßten Widerstandskämpfer ihre Tätigkeit mit dem Tod. SS-Einheiten hatten im Verlauf des 1. Mai die Holzbrücke Langenegg-Müselbach angezündet und zerstört. Das trieb entschlossene Männer in der Gemeinde Langenegg zum Handeln, zumal weitere Aktionen angekündigt waren. Die örtlichen Funktionäre der NSDAP wurden verhaftet und in der Sennerei eingesperrt. Gegen 18 Uhr traf in Langenegg eine Gruppe von SS-Männern ein, und es kam zu einem Feuergefecht mit der Widerstandsbewegung, wobei auf deren Seite zwei desertierte Wehrmichtsangehörige verwundet wurden. Die SS zog jedoch sofort nach Lingenau weiter. Kurze Zeit später, etwa um 19 Uhr 30, traf eine weitere, 44 Mann starke Abteilung in Langenegg ein. Das Dorf war zu diesem Zeitpunkt bereits mit rotweißbroten und weißen Fahnen beflaggt, viele Männer trugen rotweißrote Armbinden. Von drei Seiten rückte nun die SS-Einheit gegen die Sennerei vor, wo es zu einem Gefecht kam. Sechs Langenegger Familienväter fanden hierbei den Tod: Adolf Schwärzler, Josef Nußbaumer, Martin Gmeiner, Robert Bader, Otto Bechter und Innozenz Bader (Schelling, 1980:231ff.).



Im Kampf gegen die SS am 1. Mai 1945 in Langenegg gefallen: Josef Nußbaumer (links), Robert Bader ...



*... Innozenz Bader (oben links), Otto Bechter (oben rechts),
Martin Gmeiner (unten links) und Adolf Schwärzler (unten rechts).*



Die Quellenlage und die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vorgänge im Frühjahr 1945 sind wesentlich besser als für die Zeit vorher. Noch im unmittelbaren Einfluß des Geschehens, auf viele mündliche und schriftliche Quellen bauend sowie die eigene Tätigkeit zum Teil berücksichtigend, haben Kaplan Georg Schelling ("Festung Vorarlberg") und Professor Dr. Paul Pirker ("Citadelle Bregenz") wesentliche Zusammenhänge und Vorgänge verdeutlicht. Dietlinde Löffler-Bolka ("Vorarlberg 1945") hat dann im Jahre 1975 mit ihrem Buch einen ersten Schritt zur wissenschaftlichen Erforschung des Komplexes Kriegsende und Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse gemacht. Bemerkenswert ist, daß die Widerstandstätigkeit des "gemeinen Mannes" kaum einer Publikation würdig schien und von allen nur überblicksmäßig behandelt wurde. Dieser Überblick war sehr grob und wurde in den meisten Fällen der Wirklichkeit keineswegs gerecht. Auffallend ist weiters, daß gerade das Jahr 1945 ein derartiges Interesse bei den historisch interessierten und engagierten Personen hervorrief und hervorruft. Sollte dies damit zusammenhängen, daß es hier um ein Thema geht, das wenig Anstoß erregt? Ein Thema, das den Wiedereintritt der ehemaligen Elite in die bestimmenden Funktionen des Landes umfaßt und kaum zu Kontroversen Anlaß gegeben hat?

An dieser Stelle sollen nur mehr die Schwerpunkte der Widerstandstätigkeit gegen Kriegsende dargestellt werden. Daneben wird versucht, umstrittene Ereignisse auf einer breiteren Quellenbasis als bisher zu analysieren und Vorkommnisse darzustellen, die bisher nicht abgehandelt worden sind. Besonders aus Interviews mit Zeitzeugen und aus Berichten von Persönlichkeiten, die in der damaligen Zeit aktiv waren, konnten zum Teil neue Erkenntnisse gewonnen werden. Auch die im Lande zugänglichen Archive, vor allem die Stadtarchive, waren sehr ergiebig.

Die Gefangenenbücher der Bezirksgerichte geben beispielsweise Auskunft über den Umfang der Verhaftungen, die von den NS-Machhabern noch in den letzten Tagen vorgenommen wurden. Die Inhaftierten sollten einerseits von Handlungen gegen die Wehrmacht oder SS abgehalten werden, andererseits waren sie als Geiseln vorgesehen. In einer vor dem Amt der Vorarlberger Landesregierung am 8. Oktober 1949 abgegebenen Erklärung eines ehemaligen Kriminalbeamten wird sogar von einer geplanten "Liquidierung" bestimmter NS-Gegner gesprochen (Fotokopie in DMG). Das politische Spektrum der Verhafteten reichte von ganz links bis rechts, von Kommunisten bis zu Christlichsozialen oder ehemaligen Heimwehrlern. So wurden am 22. April 1945 unter anderen folgende Männer in das Gefangenenhaus in Bregenz

eingeliefert: der nachmalige kommunistische Stadtrat Max Haller, der Eisenbahner Rudolf Juen, der Arbeiter Friedrich Sumereder, General Josef Burger, der Lehrer Arthur Mayer und der Landwirt Josef Hinteregger aus Hohenweiler (GeBBr 675-684/45). Im Zuge dieser Aktion wurden einzelne Menschen bis nach Landeck verschleppt (1: Grabher F.). Andere Gegner des Nationalsozialismus wurden zu Schanzarbeiten herangezogen, damit sie unter Kontrolle gehalten werden konnten. "In jeder Gruppe mußten 'Schwarze' und 'Rote' sein, damit keine Verschwörung möglich wäre" (Schelling, 1980:98).

Die Ereignisse in Bregenz

Breiten Raum in der erwähnten Literatur nehmen die Ereignisse Ende April und Anfang Mai 1945 in Bregenz ein. Die Bemühungen, Bregenz aus den Kampfhandlungen zwischen den anrückenden französischen und den sich zurückziehenden deutschen Truppen herauszuhalten, begannen bereits im Frühjahr 1945. Neben der sozialistisch/kommunistischen Widerstandsorganisation "Gruppe Holzner" und der christlichsozial ausgerichteten "Gruppe Rupp" war auch der schweizerische Konsul in Bregenz, Karl Bitz, aktiv an dieser Rettungsaktion für Bregenz beteiligt.

Konsul Bitz war mit dem Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes, Carl Jakob Burckhardt, in schriftlichem Kontakt und wollte für Vorarlberg aufgrund der Nachbarschaft zur Schweiz eine Sonderstellung erreichen. Diese Sonderstellung sollte in einer Sicherheitszone für das Sanitätswesen bestehen. Die diesbezüglichen Bemühungen von Konsul Bitz sind bis in das Jahr 1944 zurückzuverfolgen. Sie scheiterten am anfänglichen Widerstand der deutschen Seite und später an den zusammenbrechenden Kommunikationssystemen der deutschen Wehrmacht sowie an Einzelaktionen fanatischer SS-Angehöriger (Löffler-Bolka, 1975:37ff.).

Die Widerstandsgruppen wandten sich an den Industriellen Gert Huber-Sannwald mit der Bitte, er möge sich als Vermittler zur Wehrmacht und zu den nationalsozialistischen Machthabern begeben und dort um eine Verständigung bitten. Während der Bregenzer Bürgermeister Ing. Karl Solhardt und der Stadtkommandant Oberstleutnant Reichertler als fanatische Nazis galten, die Bregenz verteidigen wollten, gab es auf nationalsozialistischer Seite und bei der Wehrmacht auch eine Reihe von Männern, die – aus welchen Motiven immer – eine Verteidigung der Stadt ablehnten. So initiierte der stellvertretende Bürgermeister Walter von Schwer-

zenbach am 26. April 1945 einen Beschluß der Ratsherren - Bürgermeister Solhardt war zu dieser Sitzung vorsichtshalber erst gar nicht eingeladen worden (Pirker, 1946:6) -, der Bregenz zur "offenen Stadt" erklärte. Noch einen Tag vorher meinte aber Obstlt. Reicherter zu dieser Frage: "Und wenn ich als letzter Partisan des Reiches auf den Trümmern von Bregenz fallen müßte, so wird die Zitadelle Vorarlberg und Bregenz verteidigt" (zit. n. Löffler-Bolka, 1975:40). Major Dr. Guido Tarabochia sollte als Ratsherr - in wessen Auftrag ist umstritten - nach Innsbruck reisen und den dortigen Festungskommandanten von Vorarlberg und gebürtigen Bregenzer, General Valentin Feurstein, dafür gewinnen, Bregenz und Feldkirch zu offenen Städten zu erklären, zumal sich in beiden Städten Lazarette und Tausende von Verwundeten befänden. General Feurstein zeigte sich aufgeschlossen und erreichte sowohl von Gauleiter Hofer als auch vom Generalstabschef der zuständigen Heeresgruppe C, Generaloberst Vietinghoff, zustimmende Antworten: Bregenz und Feldkirch wurden zu "offenen Städten" erklärt (Schelling, 1980:49). Dietlinde Löffler-Bolka bezweifelt die Zuständigkeit Vietinghoffs (Löffler-Bolka, 1975:42) und erklärt sich so die verwirrenden und widersprüchlichen Ereignisse in den folgenden Stunden und Tagen. Fest steht, daß sich der mit den Resten seiner Truppen nach Vorarlberg versprengte General Schmitt nicht an diese Erklärungen gebunden fühlte und Maßnahmen zur Verteidigung der Klause bei Bregenz traf (Schelling, 1980:53). Pirker meint, daß die "Verteidigung von Bregenz ... zuerst von der Partei beschlossen (wurde), und zwar am 28. April gegen Mittag" (Pirker, 1946:13).

Wie dem auch sei, General Schmitt wurde am 29. April zum Nachfolger General Feursteins bestimmt und war nicht gewillt, das Land kampfflos zu übergeben (Löffler-Bolka, 1975:44f.). Am 29./30. April überschritten die ersten französischen Soldaten die fiktive deutsch-österreichische Grenze: "Nicht als Eroberer, sondern als Befreier dringt der französische Soldat auf österreichischem Boden ein. Das österreichische Volk, endlich befreit von seinen Unterdrückern, wird Nazismus und preußischen Geist aus der Verwaltung seines Landes verbannen", hieß es in einer Erklärung der provisorischen Regierung der Französischen Republik vom 5. Mai 1945 (Löffler-Bolka, 1975:71).

Für die Bevölkerung schaute die Angelegenheit in den letzten Kriegstagen aber noch ganz anders aus. Der sinnlose militärische Widerstand von Resten der deutschen Wehrmacht und von fanatisierten Angehörigen des Volkssturmes - meist "Hitlerjungen" - brachte der Stadt Bregenz am 1. Mai 1945 eine Beschießung ein,

nachdem ein französisches Ultimatum zur kampflosen Übergabe der Stadt nicht erfüllt worden war (Schelling, 1980:69ff.). In Bregenz gab es weitreichende Zerstörungen. Viele Häuser fielen der Beschießung von Land und aus der Luft zum Opfer - Löffler-Bolka spricht von 80 (Löffler-Bolka, 1975:77), Schelling von 43 (Schelling, 1980:82) und Pirker von 56 völlig zerstörten Häusern (Pirker, 1946:49). Obwohl ein Großteil der Bevölkerung - frühzeitig gewarnt - in den Luftschutzbunkern war, mußten zwei Tote beklagt werden (Pirker, 1946:50f.). Etwa 800 Personen wurden obdachlos: Bregenz hatte rund 80 Prozent des Schadens, den das gesamte Land erlitten hatte, zu tragen (Bilgeri, 1980:597).

Es ist dem Mut und der Initiative verschiedener Männer zu verdanken, daß die Beschießung der Stadt, die von den deutschen Truppen noch in der Nacht vor dem Angriff verlassen worden war, bald beendet wurde. Prof. Dr. Pirker versuchte schon am frühen Morgen des 1. Mai, mit den französischen Truppen Kontakt aufzunehmen, was ihm schließlich auch gelang. Über Altreute und Haggen führte er schließlich gegen Mittag einen französischen Stoßtrupp in die Stadt. Entgegen der Ansicht Pirkers, diese Aktion sei die Ursache für die Einstellung der Beschießung von Bregenz gewesen, meint Löffler-Bolka: "Die Einstellung des Artilleriebeschusses und der Fliegertätigkeit konnte Pirker aber damit nicht beeinflussen" (Löffler-Bolka, 1975:87).

Es bleibt also die Frage, was die Franzosen veranlaßt hat, die Beschießung der Stadt zu beenden. Der Kommandant der französischen Truppen vor Bregenz hatte nicht nur mit den Verantwortlichen von Wehrmacht und Widerstandsbewegung keine direkte Verbindung, auch der Kontakt mit der eigenen Fliegerstaffel war sehr schlecht. Der Befehl zum Angriff konnte daher von ihm nicht rückgängig gemacht werden (Schelling, 1980:74).

Aufschluß über die Einstellung der Beschießung könnte die Tatsache geben, daß die Stadt in diesen Stunden mit rotweiß-roten und weißen Fahnen beflaggt wurde. Ing. Walter Kareis, ehemaliger KZ-Häftling und nur durch glückliche Umstände und Wagemut seit kurzer Zeit wieder in Bregenz, wo er mit der "Gruppe Holzner" Kontakt aufgenommen hatte, berichtet über die Ereignisse:

"Ein Mann ging (am Morgen des 1. Mai; Anm.d.Verf.) mit mir, die Fahnen aufzuziehen und so den Franzosen zu zeigen, daß Bregenz zur Übergabe reif war. Zuerst ging es ins Rathaus, wo außer dem Hausmeister und Herrn Ohneberg niemand mehr anwesend war. Ich ging zuerst in den Sitzungssaal und nahm den dort thronenden Hitler-Gipskopf vom Postament und schmiß ihn mit

Genuß aus dem Fenster, wo er in tausend Teile zersprang. Dann nahmen wir am Dachboden Fahnenstangen und nagelten eine weiße und eine rot-weiß-rote Fahne auf und steckten diese aus den Dachbodenluken" (Schr.M. Kareis W.). Ähnliches machte Kareis anschließend beim Postamt und bei der Bezirkshauptmannschaft. Schließlich gelang es ihm, auch das Gebäude der Gewerbeschule weiß zu beflaggen, was sehr wichtig war, da diese Schule für die anfliegenden Bomber ebenso wie für die anrückenden Truppen leicht zu erkennen war. In einem Klassenzimmer der Schule traf Kareis jedoch auf den Kommandanten eines deutschen Panzerspähwagens, der zu diesem Zeitpunkt immer noch auf dem Kornmarktplatz stand und so den anfliegenden französischen Jagdbombern den Eindruck vermitteln mußte, die Stadt werde noch verteidigt. Kareis stellte sich als Leiter einer großen Widerstandsgruppe vor, die bereits den Kornmarktplatz umstellt habe und, wenn er bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht zurück sei, die Soldaten verhaften werde. "Er fiel auf den Schwindel herein und folgte meiner Aufforderung, Bregenz sofort zu räumen, wahrscheinlich hatte er die Nase schon voll" (Schr.M. Kareis W.).

Es ist durchaus möglich, daß die Beflaggung und der Rückzug des Panzerspähwagens die ausschlaggebenden Faktoren für die Beendigung des Bombardements waren. Ing. Kareis, als Vertreter der KPÖ Mitglied der ersten provisorischen Stadtversammlung und Referent für Sicherheitswesen, Polizeiangelegenheiten, Meldeamt, Gefangenenhaus und Passierscheine, meint hierzu: "Ich habe dann noch viel mit französischen Offizieren zu tun gehabt, und sie erzählten mir, daß in Friedrichshafen schon schwere Bomber startbereit waren und im letzten Moment von den Jabos (Jagdbombern; Anm. d.Verf.) Bericht kam, daß Bregenz weiße Fahnen zeige und der Panzerspähwagen abgefahren sei. So habe ich einen wesentlichen Teil zur Rettung von Bregenz beigetragen, ohne daß dies jemals erwähnt worden wäre, da ich politisch nicht auf der Seite stand, die Ehrungen verteilt und auch einheimst!" (Schr.M. Kareis W.). Die Tätigkeit von Ing. Walter Kareis wurde weder von Prof. Dr. Pirker noch von Kaplan Schelling oder Dietlinde Löffler-Bolka berücksichtigt. Es ist aus heutiger Sicht nur noch schwer möglich, die Ereignisse dieses 1. Mai 1945 genau zu rekonstruieren. Die Zusammenhänge sind aber offensichtlich komplexer, als man nach der Lektüre der Arbeiten von Schelling, Pirker und Löffler-Bolka vermuten könnte.

Die letzten Kriegstage in anderen Orten

Fußach hatte es der Tat mutiger Männer zu verdanken, daß es nicht in letzter Minute in Kampfhandlungen verwickelt wurde. Gottlieb Längle, Gebhard Blum jun. und Konrad Rudolf Gasser entfernten in der Nacht auf den 1. Mai 1945 die 400 Meter lange Zündschnur und die Zündkapseln, mit welchen die SS die große Rheinbrücke sprengen wollte. Als die Sprengung unmöglich war, zogen die nahe Fußach und Hard verschanzten Einheiten unverrichteter Dinge Richtung Oberland ab. Mit einer weißen Fahne ging schließlich Längle den heranmarschierenden französischen Truppen entgegen und erklärte ihnen die Situation. Somit war die letzte Gefahr einer Beschießung beseitigt (vgl. "Vorarlberger Volkswille", 27.4.1946).

Ebenfalls glimpflich verlief für die Bevölkerung die Einnahme von Dornbirn, obwohl die Stadt als sprichwörtliches "braunes Nest" schon in der Zeit vor dem "Anschluß" ein Zentrum der NSDAP in Vorarlberg gewesen war.

Die Widerstandsgruppe Dornbirn war – einem nach der Befreiung für die französische Militärregierung erstellten Bericht zufolge – bereits 1943 in einem abgelegenen Bauernhof gegründet worden. Anwesend war unter anderem ein Beauftragter der Organisation "O 5". Ziel der Gruppe war die Sammlung möglichst vieler antinazistischer Kräfte in Dornbirn und die Verhinderung des Ausbaues der für Dornbirn vorgesehenen Verteidigungsanlagen. Die mit größter Vorsicht geworbenen neuen Mitglieder erhielten Geheimnummern – dies waren die Nummern der Feuerpolizei –, welche von einer Person im Uhrwerk einer Taschenuhr aufbewahrt wurden (Bericht der Widerstandsgruppe Dornbirn o.J., StaD). Die insgesamt 45 Männer der Gruppe entwaffneten kurz vor dem Einmarsch der französischen Truppen Einheiten der Hitlerjugend, die den wahnwitzigen Befehl erhalten hatten, ein mit 120 russischen Kriegsgefangenen besetztes Lager mit Panzerfäusten zu vernichten. Für die Bekämpfung der "Feindpanzer" wurden an die Hitlerjungen mit Benzin gefüllte und mit Wehrmachtszündern versehene Flaschen ausgeteilt, die beim Einmarsch aus den Häusern auf die Panzer geworfen hätten werden sollen. "Als man aber von der Landesgrenze her die Kanonen hörte, führte ein Mann von der Widerstandsbewegung, der von dem Befehl Kenntnis erhalten und sich einen Nachschlüssel zum Benzinlager besorgt hatte, die Kisten weg, leerte das Benzin aus und füllte Wasser ein" (Schelling, 1980:110). Erst beim "Probeschießen" merkte der Bannführer, daß die Flaschen unbrauchbar gemacht worden waren.

Einige Hitlerjungen aus Dornbirn wurden dann zwar tatsächlich noch mit Panzerfäusten bewaffnet gegen französische Panzer eingesetzt – ein Panzer wurde beim Wellenhof in Lochau auch außer Gefecht gesetzt –, die meisten verloren aber die Lust am Kämpfen und flohen (Schelling, 1980:110).

Auch der letzte nationalsozialistische Bürgermeister von Dornbirn, Sepp Dreher, zog es vor, die Stadt zu verlassen, nachdem er in den Wochen zuvor von Mitgliedern der Widerstandsbewegung Drohbriefe erhalten hatte (Löffler-Bolka, 1975:92).

Im großen und ganzen wurde Dornbirn kampfflos übergeben. Bei einer Schießerei im Wallenmahd, Richtung Hohenems, fanden aber eine Zivilperson, fünf deutsche und mehrere französische Soldaten den Tod (Schelling, 1980:106).

Erschütternd sind viele Einzelschicksale aus diesen letzten Kriegstagen. Fanatische Nazis rechneten oft noch mit bekannten Gegnern des Nationalsozialismus ab, vor allem aber die SS wütete in vielen Gemeinden.

Ein besonders tragischer Fall spielte sich in der Gemeinde Klaus ab. Der 50jährige ledige Landwirt Josef Morscher mußte wie viele andere Gemeindebürger in den letzten Kriegstagen noch zum



Otto und Josef Morscher, am 2. Mai 1945 von der SS verschleppt und in Götzis erschossen.

Volkssturm nach Götzis einrücken. Als sich die dortige Einheit aber auflöste, ging Morscher wie alle anderen nach Hause, wo er in der Schlosserei seines Bruders die letzte noch im Lauf seines Gewehres sich befindende Kugel verschoß. Ein auf der Straße am Haus vorbeimarschierender 20jähriger SS-Mann fühlte sich dadurch bedroht und veranlaßte die Verhaftung Morschers. Eine geplante öffentliche Hinrichtung konnte vom Bruder, Otto Morscher, gerade noch verhindert werden. Beide aber wurden ohne weitere Begründung in den Gemeindearrest der Nachbargemeinde Weiler verfrachtet. Als Sozialdemokraten waren die Brüder im Dorf immer in einer Außenseiterrolle gewesen und als Gegner des Nationalsozialismus bekannt. Außer dem - nationalsozialistischen! - Bürgermeister von Klaus setzte sich daher auch kaum ein anderes Gemeindeglied für sie ein. Die weiteren Vorgänge liegen im Dunkeln. Tatsache ist, daß die beiden ohne jede Verhandlung unterhalb der Ruine Montfort durch Genickschuß getötet worden sind. Die Leichen wiesen Merkmale schwerster Folterungen auf. Otto Morscher, Vater von drei Söhnen, die alle eingerückt waren, hatte nicht einmal ein Vergehen begangen. Seine Ermordung stellte für die Gattin, die in den folgenden Monaten kaum in der Lage war, die Schlosserei weiterzubetreiben und im Ort auch kaum Unterstützung erhielt, eine besondere Tragik dar (l: Morscher W.; LS).

Wenige Stunden vor der Ermordung der Brüder Morscher aus Klaus war es auch im Leiblachtal zu einer Bluttat gekommen. Um die mögliche Beschießung seiner Gemeinde zu verhindern, hatte Hermann Rottmeier an seinem Haus in Hohenweiler am Vorabend des Einmarsches französischer Truppen in Vorarlberg eine weiße Fahne gehißt. Von sich zurückziehenden SS-Einheiten wurde Rottmeier daraufhin verhaftet und anschließend erschossen (LS; Schelling, 1947:60).

Der Vormarsch der Franzosen war aber auch durch ein noch so brutales Vorgehen der SS nicht mehr aufzuhalten. Bereits am 3. Mai erreichten die Spitzen der französischen Truppen Feldkirch, wo die Widerstandsbewegung vornehmlich darum bemüht war, eine Sprengung der Brücken über die Ill durch die deutschen Truppen zu verhindern. Dies gelang bei der Brücke in der Felsenau nicht. Obwohl Gauleiter Hofer befohlen hatte, Feldkirch kampfflos zu übergeben und die Brücke in der Felsenau nicht zu sprengen, wurde diese zentrale Verbindung in den Walgau im letzten Moment von einem deutschen Offizier, von dem "niemand ... Aufschluß geben (kann), woher er kam und wem er unterstand" (Schelling, 1980:171), gesprengt. Der spätere Bürger-

meister Lorenz Tiefenthaler schob den Franzosen den "schwarzen Peter" zu, da sie sich für die Eroberung der Stadt zu lange Zeit gelassen hätten (Tiefenthaler, o.J.).

Widerstand in Bludenz

In Bludenz gab es eine gut organisierte und funktionierende Widerstandsorganisation, die bereits am 23. und am 24. April 1945 Verhandlungen mit Dr. Franz Czinglar, Landrat von Bludenz, und Major Plangg, Führer des Standschützenbataillons, um den Verzicht auf eine militärische Verteidigung der Stadt führte (Schelling, 1980:186). Als aber im Schweizer Rundfunk am 28. April gemeldet wurde, daß Bregenz und Feldkirch zu "offenen Städten" erklärt worden seien, und von Bludenz nicht die Rede war, begann man sich in der Alpenstadt Sorgen zu machen. Es war außerdem allgemein bekannt, daß im Raume Nüziders-Bludenz der Ausbau von Verteidigungsanlagen zügig vorangetrieben wurde (Löffler-Bolka, 1975:83). Als dann noch ein feindliches Flugzeug im Raum Bludenz (l: Jeller H.) abstürzte – allgemein vermutete man in der Stadt irrtümlich, es sei abgeschossen worden –, sah sich die Widerstandsbewegung zum Handeln veranlaßt, um möglichen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Truppen zuvorzukommen oder entgegenzuwirken. Diese Ansicht wurde durch eine Antwort des Kommandos der I. Französischen Armee in Mülhausen, mit dem man über die Feldkircher Widerstandsgruppe in Kontakt getreten war, verstärkt. Die Bitte um Schonung der Stadt wurde von den Franzosen am 1. Mai mit "Wir wollen Taten sehen!" beantwortet (Schelling, 1980:186).

Einer offensichtlich von der Widerstandsbewegung nach der Befreiung verfaßten Liste zufolge gingen 42 Mann der Organisation und 10 Feuerwehrmänner in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1945 daran, die NSDAP-Kreisleitung in Bludenz gefangenzunehmen (StaBl 7/269). Der Kriminalpolizeiposten Bludenz meldete am nächsten Tag: "In der Nacht zum 3.5.1945, um 0.45 Uhr, erfolgte ein Angriff auf die Kreisleitung in Bludenz. Es wurden zunächst zwei Panzerfäuste auf das Gebäude abgeschossen, worauf Gewehr- und Pistolenfeuer folgte und auch einige Handgranaten gegen das Haus geworfen wurden" (StaBl 7/45).

Anderen Quellen zufolge soll die Beschießung erst erfolgt sein, als sich die Kreisleitung – neben Kreisleiter Wernfried Richter und Stabsamtsleiter Johann Felix Piazzì waren mehrere Parteifunktionäre und Standschützen anwesend – geweigert habe, sich

zu ergeben. Die Ereignisse sind bis heute nicht befriedigend geklärt worden.

Vor den französischen Truppen fliehende SS-Leute waren jedenfalls in dieser Nacht ebenfalls im Gebäude der Kreisleitung anwesend und hauptsächlich an der Zurückschlagung der Angreifer beteiligt. Bei diesen Kämpfen gab es drei Tote. Auf seiten der Nationalsozialisten beziehungsweise der Kreisleitung fielen der Standschützen-Unterroffizier Georg Rößler und der Oberleutnant der Wehrmacht Hans Eiche. Über die Vorgänge, die zum Tod des Mitgliedes der Widerstandsbewegung, Alois Jeller, führten, widersprechen sich die einzelnen Angaben. Während Löffler-Bolka behauptet, Jeller sei in das Gebäude eingedrungen, habe sich dort aber nicht "behaupten" können und sei "auf der Flucht erschossen" worden (Löffler-Bolka, 1975:54), meint Schelling etwas vorsichtiger: "Am Morgen fand man ihn mit eingeschlagener Schädeldecke und mit Genickschuß auf der Kellerstiege im Kreisleitungsgebäude" (Schelling, 1982:187).

In den Vernehmungsprotokollen der Kriminalpolizei fallen viele Widersprüche auf. Sicher ist, daß Jeller nach dem erfolglosen Angriff in das Haus Herrengasse 5 geflüchtet ist und dort von der SS verhaftet wurde. Anschließend brachte man ihn in die Kreisleitung, wo er vom Stabsamtsleiter Piazza und von einem Obersturmführer namens Spieß verhört wurde. Dabei soll man Jeller eingeschüchtert haben, indem ihm die Vernehmenden fortwährend mit einer Maschinenpistole "vor der Nase herumführen und ihm sagten, da riech einmal oder schnupf einmal" (StaBl 7/45). Als aus Jeller "nichts mehr herauszuholen war", wurde er entweder von Spieß oder vom Stabsamtsleiter Piazza im Keller des Gebäudes auf brutale Art ermordet. Trotz widersprüchlicher Zeugenaussagen kam



Alois Jeller, nach dem Sturm auf die Bludenzler Kreisleitung der NSDAP am 3. Mai 1945 ermordet.

die Kriminalpolizei Bludenz in ihrem Abschlußbericht vom 14. November 1945 zu folgendem Ergebnis über die Täterschaft:

"Es ist ... mit ziemlicher Sicherheit, ja man könnte sagen, als erwiesen anzunehmen, daß Piazzai den Jeller, als er aus ihm nichts mehr herausholen konnte, ganz einfach dem Obersturmführer Spieß überantwortete, der sich vorerst ein Gewehr holte und dann Jeller in den Keller führte, wo er ihn erschoss und ihm dann noch wahrscheinlich mit dem Gewehrkolben die Schädeldecke zertrümmerte, da aus dem Totenbeschaubefund Seite 3 Schußverletzungen in der Schädeldecke nicht feststellbar waren" (StaBl 7/45).

Es ist wohl schwer verständlich, warum man jemanden zuerst erschießt und ihm anschließend den Schädel zertrümmert. Die umgekehrte Version dürfte der Wirklichkeit eher entsprochen haben.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß es nie zu einer endgültigen gerichtlichen Klärung dieser Angelegenheit kam. Piazzai, dem in einer Beurteilung – nach dem Krieg – bescheinigt wird, daß er "bei einem großen Teil der Bevölkerung sehr verhaßt" war und daß er "für die Fortführung des Kampfes, und dies trotzdem er die Aussichtslosigkeit klar erkennen mußte", eingetreten war, ist nach den Ereignissen offensichtlich untergetaucht: "Piazzai ist am 3.5.1945 unbekannt wohin geflüchtet" (StaBl 7/701). Auch die Spur von Obersturmführer Spieß verliert sich. Es handelt sich bei ihm aller Wahrscheinlichkeit nach um den Adjutanten des württembergischen Gauleiters Wilhelm Murr. Diese Vermutung – sie wurde in dem erwähnten Abschlußbericht vom 14. November 1945 auch von der Kriminalpolizei Bludenz geäußert – stimmt mit der Behauptung Georg Schellings überein, wonach sich in der Begleitung des nach Vorarlberg geflüchteten Gauleiters Murr unter anderen auch ein Dr. Spieß befunden habe. Murr hatte sich schon in Schruns im Montafon befunden. Er flüchtete von dort über Bludenz und das Große Walsertal in den Bregenzerwald, wo er schließlich – in Unkenntnis seiner wahren Identität – gefangengenommen wurde. Im Gefängnis in Egg nahm er sich zusammen mit seiner Frau am 10. Mai das Leben. Erst ein Jahr nach diesem Vorfall wurde die wahre Identität Murrs festgestellt, nachdem man die Leichen wieder ausgegraben hatte (Schelling, 1980:259). Über den Verbleib von Dr. Spieß wurde nichts mitgeteilt.

Die versuchte Einnahme der Kreisleitung durch die Widerstandsgruppe Bludenz endete also mit einer Niederlage. Es gab aber auch nicht zu unterschätzende Erfolge dieser Aktion: Neben Stabsamtsleiter Piazzai, dem der Boden offensichtlich zu heiß geworden war, verließen nämlich auch andere – ursprünglich verteidigungs-

entschlossene - Parteiführer noch am 3. Mai die Stadt. "Der Kreisleitung wurde es zu ungemütlich. Mit der SS gab es allerdings noch Schwierigkeiten" (Schelling, 1980:188). Es blieben noch etwa 20 SS-Männer in Bludenz; die übrigen verschanzten sich in Bings im Klostertal. Der Rückzug der deutschen Truppen blieb schließlich zum größten Teil im selbst verursachten Verkehrschaos in Klösterle und in Langen am Arlberg stecken. Eine ganze deutsche Division hatte Hunderte von Fahrzeugen und einen Großteil ihres Kriegsmaterials in Langen im Stich gelassen, da Schnee die Überquerung des Arlbergpasses unmöglich machte. Etwa 700 deutsche Soldaten des "Regiments Volk" marschierten über den Arlberg und von dort nach Landeck, da die Grenze zwischen französischem und amerikanischem Einflußgebiet durch Pettneu verlief und sich die meisten Soldaten lieber den Amerikanern als den Franzosen ergeben wollten. Die Kampfhandlungen wurden am 7. Mai eingestellt (Löffler-Bolka, 1975:110ff.).

Die Rettung der Illwerke

Im Montafon hatten sich Gegner der nationalsozialistischen Herrschaft schon früh organisiert. Das Tal und die Orte, in welchen die Arbeiter und Angestellten der Kraftwerksbauten und der Elektrizitätswerke wohnten, waren zu Zentren des Widerstandes - insbesondere aus der Arbeiterbewegung - geworden.

Schon zu Zeiten des Austrofaschismus waren immer wieder Flüchtlinge oder Spanienfreiwillige über das Montafon in die Schweiz geflüchtet (siehe Kapitel "Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933-1945"). In der Zeit des Nationalsozialismus änderten sich die Aufgabenstellung und die Wirkungsmöglichkeiten der Widerstandskämpfer. Mutige Männer, wie etwa Stefan Sparring oder Martin Salzgeber, sahen ihre Aufgabe vor allem in der Erlangung und Weitergabe von Informationen aus dem Ausland. Letzterem gelang es dann sogar "mit großem Erfolg", Fahnenflüchtlingen und Verfolgten Unterschlupf zu geben und Sabotage zu betreiben" (Löffler-Bolka, 1975:55).

Geringste Anzeichen von Widerstandstätigkeit wurden brutal bestraft. Der 49jährige Hohenemser Johann Seewald, Schlosser in Silvrettendorf, wurde - einem Bericht der Widerstandsgruppe Gaschurn zufolge - am 22. Oktober 1943 wegen Verdachtes des Abhörens von Auslandssendern und wegen "Zersetzung der Wehrkraft" über Auftrag der Gestapo verhaftet und in das Gefängnis des Landgerichtes in Feldkirch eingeliefert. In München wurde

Seewald wegen dieses Vergehen zum Tode verurteilt und am 11. Mai 1944 um 17 Uhr hingerichtet (DÖW 8346).

Die Behörden schenken den Vorgängen im Montafon erhöhte Aufmerksamkeit, da die Kraftwerke kriegswichtige Bedeutung hatten. So entstanden für die Männer des Widerstandes viele gefährliche Situationen. Der Bericht der Widerstandsgruppe St. Gallenkirch erwähnt ein Beispiel: "Im Oktober 1942 wurde ... Juen Meinrad wegen Judenschmuggel in die Schweiz verhaftet. Er hat auch tatsächlich manchem Flüchtling den Weg in die Freiheit gezeigt und viele durch kühne Führung ins neutrale Ausland gebracht. Auf dem Wege zur Vernehmung gelang ihm die Flucht, und (er) hat sich bis zum Umsturz in der Gemeinde aufgehalten, das ist die unglaubliche Zeit von zweieinhalb Jahren ohne Anspruch auf Lebensmittelkarten. Ähnlich erging es Fritsch Kaspar, er ist der zweite Flüchtling. Auch ihm gelang die Flucht vor Einlieferung ins Konzentrationslager und hielt sich 17 Monate verborgen in steter Zusammenarbeit mit den nachfolgenden Wehrmachts-Flüchtlingen" (StaBl 7/269).

Die für das Montafon wichtigste Tat setzten aber die Männer der Widerstandsbewegungen von Gaschurn und St. Gallenkirch im April und Mai 1945. Ende April kam als Beauftragter des Landecker Kreisleiters Bernhard ein Herr Meierhöfer zusammen mit dem Pioniermajor Bähr nach Partenen und erklärte dem dortigen Betriebsleiter, Dipl.-Ing. Romedius Boss, daß das Kraftwerk und der Schrägaufzug gesprengt werden müßten. Mit dem Hinweis, daß zwar etliche Tonnen Sprengstoff, aber zuwenig Sprengkapseln vorhanden seien, konnte Boss einige Tage Zeit gewinnen. Er sprach dann zusammen mit einigen anderen Männern bei Oberleutnant Fuchs, dem Batteriechef der Flak, die in Vermunt und in Partenen in Stellung war, vor. Als er erfuhr, daß auch dieser den Befehl zur Sprengung der Anlage bekommen hatte und ihn durchführen wollte, war klar, daß die Widerstandsbewegung sowohl die Flak ausschalten als auch die Sprengung des Werkes verhindern mußte (Schelling, 1980:214).

Inzwischen war Meierhöfer mit 1.000 (Löffler-Bolka, 1975:57) beziehungsweise 2.000 (Schelling, 1980:215) Sprengkapseln nach Partenen zurückgekehrt und befahl die Sprengung. "Die Sprengkapseln wurden ohne Widerrede, wie der Auftrag lautete, zum Aufbewahrungsbunker im Silvrettadorf gebracht" (Schelling, 1980:215). In der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai stiegen dann Mitglieder der Widerstandsbewegung Gaschurn - René und Alwin Pfeifer, Othmar Rudigier und Hans Schemnitzer - in das Silvrettadorf auf und versenkten sämtliche Sprengkapseln, die aus

dem Bunker geholt wurden, im Stausee (DÖW 8346). Um eine Verteidigung der Anlage - sie wurde von Oberleutnant Fuchs ausdrücklich angekündigt - zu verhindern, mußte auch die deutsche Flak-Abteilung ausgeschaltet werden. Unter dem Vorwand, Reparaturen durchführen zu müssen, gelangten die vier Männer in das Magazin, in welchem die Munitionsvorräte dieser Einheit lagerten und warfen sie "in den mit Wasser gefüllten Stollen des Vermuntwerkes" (Schelling, 1980:215).

Am übernächsten Tag - es war Donnerstag, der 3. Mai 1945 - erfuhr Dipl.-Ing. Boss, daß die Flak im Endkampf um Voralberg eingesetzt werden sollte. Es gelang ihm, einen Großteil der Mannschaft von der Sinnlosigkeit des Unterfangens zu überzeugen. Nur der Zugführer Kretschmer beharrte auf der Ausführung der Befehle; er wurde daraufhin vor den Augen seiner Soldaten von Boss, Alwin und Renè Pfeifer im Namen der Österreichischen Widerstandsbewegung kurzerhand verhaftet. Die Mannschaft wurde nach Gaschurn geschickt, wo sie auf weitere Weisungen warten sollte. Inzwischen war auch Oberleutnant Fuchs mit einem anderen Teil der Mannschaft nach Partenen gekommen. Als er die veränderte Situation erkannte, befahl er seinen Soldaten, das Bajonett aufzupflanzen, und entsicherte selbst seine Pistole. Daraufhin wurde er aufgefordert, ins Krafthaus zu kommen, wo er die nötigen Informationen über die verlassene Stellung erhalten werde. "Nachdem Fuchs und sein Hpt.Wachtmeister das Krafthaus betreten hatten, wurde das Tor hinter ihnen zugemacht, sodaß seine Begleitung ausgesperrt war. Fuchs und sein Begleiter wurden entwaffnet und in Schutzhaft genommen. Kurz darauf erschienen einige Flaksoldaten und baten, den Schutz des Werkes weiter unter der Führung der Freiheitsbewegung übernehmen zu dürfen, was ihnen gewährt wurde" (DÖW 8346).

Wie notwendig dieser Schutz der Werksanlagen war, zeigte sich, als zurückweichende und zu allem entschlossene SS-Einheiten ins Montafon eindringen und auch "Gegenangriffe der SS von der Tiroler Seite her, über Galtür und das Zeinisjoch zu den Kraftwerken", abgewehrt werden mußten, wie einem Bericht von Dipl.-Ing. Boss zu entnehmen ist (Boss, 1946:o.S.; DÖW 8346). Ein sich ebenfalls in Gaschurn befindender Pionier-Sprengtrupp wurde in dieser kritischen Zeit entwaffnet. Man wollte allen Eventualitäten vorgreifen. "In den Gemeinden St. Gallenkirch, Gaschurn und Partenen stellte die Widerstandsbewegung Wachen auf und richtete Streifendienste ein, um die Bevölkerung vor unliebsamen Überraschungen zu schützen" (Schelling, 1980:219). Um möglichst alle Gefahrenmomente auszuschalten, wurden die

"unsicheren" Soldaten gegen das ausdrückliche Versprechen, nichts gegen die Widerstandsbewegung zu unternehmen und das Tal zu verlassen, freigelassen. Offiziere - wie etwa Oberleutnant Fuchs - durften zum Schutz vor möglichen Angriffen durch "Werwölfe" ihre Pistolen behalten. Über das Zeinisjoch gelangten dann viele Soldaten in das Paznauntal (Löffler-Bolka, 1975:57; Schelling, 1980:220).

Am 5. Mai kam eine erste Abteilung französischer Soldaten bis Partenen, mußte sich aber wieder bis Schruns zurückziehen und übertrug der Widerstandsbewegung den Schutz des Werkes und den Sicherheitsdienst. Schließlich konnte der Berichterstatter der Widerstandsbewegung Gaschurn melden: "9.5.1945. Einmarsch einer französischen Kompagnie und endgültige Besetzung von Gaschurn-Partenen" (DÖW 8346).

Harald Walser

Ins Freie? Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933—1945

Im folgenden Kapitel werden alle jene Formen von Widerstand, Widersetzlichkeit und Verfolgung behandelt, die durch die Lage Vorarlbergs an der Grenze zur Schweiz bedingt sind. Die Grenze bedeutete nicht nur eine Möglichkeit, drohender Verfolgung durch die Flucht ins Ausland zu entgehen, sondern bot in umgekehrter Richtung für emigrierte Antifaschisten auch die Chance, den Widerstand gegen den Faschismus im eigenen Land zu unterstützen. Überschneidungen mit vorhergehenden Kapiteln sind bei einer solchen Themenstellung unvermeidlich. Andererseits ist die Grenzlage zu einem nichtfaschistischen und unbesetzten Land für Österreich von 1938 bis 1945 einzigartig, sodaß es gerechtfertigt erscheint, alle mit dieser Grenze in Verbindung stehenden Widerstandshandlungen und Verfolgungsmaßnahmen gesondert zu behandeln.

Die Flüchtlingspolitik der Schweiz

Der demokratischen Tradition der Schweiz vertrauend, erwarteten viele vom Nationalsozialismus Verfolgte in diesem Land ein sicheres Unterkommen. Die offizielle Schweiz trat aber den Exilierten vielfach mit Skepsis, zum Teil mit offener Ablehnung und Repression entgegen. Bis auf wenige Ausnahmen war sie daher für die Emigranten nur Durchgangsland (Mittenzwei, 1978:18).

Schon seit 1931 machte man die Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen für Ausländer vom "Grad der Überfremdung" abhängig (Ludwig, 1957:26). Als ab 1933 viele Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Deutschland – oft illegal – in die Schweiz kamen, versuchte man, die Zahl der anerkannten politischen Flüchtlinge möglichst gering zu halten: Sie betrug von 1933 bis 1938 in keinem Jahr mehr als 126 (Ludwig, 1957:73). Jede politische Betätigung und jede Erwerbstätigkeit war für Ausländer verboten.

Auf die Flüchtlingswelle nach der Besetzung Österreichs reagierte die Schweiz zunächst mit der Wiedereinführung der Visumpflicht für Inhaber österreichischer Pässe (Ludwig, 1957:75ff.), später – am 19.8.1938 – mit der Schließung der Grenze und mit

der Zurückweisung von illegal Eingereisten (Ludwig, 1957:85ff.). An leicht überschreitbaren Stellen, besonders im Raum Diepoldsau, wurde die Bewachung der Grenze durch freiwillige Grenzschutzkompanien verstärkt.

Schließlich fand man in direkter Zusammenarbeit des Chefs der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), Dr. Heinrich Rothmund, mit Behörden des nationalsozialistischen Deutschland eine für beide Seiten tragbare Lösung: Pässe jüdischer Bürger wurden von deutscher Seite mit einem "J" gestempelt. Dadurch war es den Schweizer Behörden möglich, eine Visumserteilung an Juden zu verhindern (Ludwig, 1957:110ff.; Mittenzwei, 1978:26).

Unerwünschten Zustrom suchte man durch Zurückstellung – sogenannte "Ausschaffungen" – zu verhindern, was für die Betroffenen oft den Tod bedeutete. Von 1942 bis 1945 wurden 9.751 Personen von den Grenzorganen zurückgestellt (Mittenzwei, 1978:21). Erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung änderte sich die offizielle Flüchtlingspolitik: Im Juli 1944 wurden auch jüdische Flüchtlinge als politische Emigranten anerkannt (Häsler, 1981:91ff.; Graf, 1979).

Politische Aktivität der Emigranten

Trotz des Verbots der politischen Aktivität für die Emigranten bot die Schweiz eine Möglichkeit, die in den meisten anderen Exilländern fehlte: unmittelbar zum Widerstand im eigenen Land beizutragen. Die in diesem Bereich aktiven Emigranten wurden oft von Schweizer Bürgern unterstützt.

Der "Schweizerische Israelitische Gemeindebund" versorgte die geflüchteten deutschen Glaubensgenossen materiell und versuchte auch, ihre Rückstellung an die Grenze zu verhindern und ihnen ein Asylland zu verschaffen. Er finanzierte die Einrichtung eines Lagers für Geflüchtete in Diepoldsau, das vom Roten Kreuz betreut wurde (Knauer/Frischknecht, 1983:144f.). Einzelne Vertreter der Kirchen, wie der Pastor Alfred Hübscher aus Zürich, protestierten schon sehr früh gegen die Ausweisungspolitik der Regierung (Häsler, 1981:91ff.). Regina Kägi-Fuchsmann unterstützte besonders emigrierte Arbeiter im Rahmen des von ihr gegründeten "Schweizerischen Arbeiterhilfswerks" (vgl. Kägi-Fuchsmann, 1968). Die Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei und der Schweizerische Gewerkschaftsbund bildeten Kommissionen, die für Flüchtlingsfragen zuständig waren. Die den Kommunisten nahe-

stehende "Rote Hilfe" und die sozialistische "Internationale Arbeiterhilfe" unterstützten die politisch aktiven Emigranten. Deren Arbeit war allerdings durch die Internierung, die anfänglich in gewöhnlichen Gefängnissen, später in Lagern durchgeführt und erst gegen Ende des Krieges gelockert wurde, sehr erschwert. Nur wenige Emigranten, wie der Vorarlberger Landessekretär der SDAP bis 1934, Anton Linder, erhielten von der Schweiz die Anerkennung als politische Flüchtlinge und entgingen so der Internierung.

Die Vorarlberger Grenze 1933-1945

Wie auch in anderen Regionen an der Grenze zwischen faschistischen und demokratischen Staaten, zum Beispiel in Schaffhausen, im italienisch-schweizerischen Grenzgebiet oder - von 1933 bis 1938 - in Gegenden an der Grenze zwischen Österreich und der Tschechoslowakei, gab es in Vorarlberg eine spezielle Form der antifaschistischen Solidarität und des aktiven Widerstandes: die Unterstützung Flüchtender und den Transfer von Material und Personen. Dabei war Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen Voraussetzung; eine solche Form des Antifaschismus in Grenzgebieten konnte somit zwar zentral koordiniert werden, setzte aber die Mitarbeit von Einheimischen voraus.

Ab 1933, als in Deutschland die nationalsozialistische Diktatur errichtet wurde, war Vorarlberg Zufluchtsort und Durchgangsland für Flüchtlinge. Der Austrofaschismus war in der Bekämpfung der illegalen Arbeiterbewegung relativ erfolglos, sodaß bis März 1938 über Österreich eine Verbindung zwischen Süd- und Osteuropa und den westlichen Demokratien Schweiz und Frankreich bestehen blieb. Die weit effektivere Machtausübung der Nationalsozialisten schränkte diese Brückenfunktion allerdings bald weitestgehend ein.

Die Grenze im Austrofaschismus

Die schrittweise Illegalisierung der österreichischen Arbeiterbewegung veränderte auch die Situation an der Grenze. Wie ab dem 30. Jänner 1933 in Deutschland, wurde es in Österreich vor allem ab dem 12. Februar 1934 für viele Aktivisten der Arbeiterbewegung notwendig, trotz Verhaftungsgefahr ohne Ausweisdokumente ins rettende Ausland zu entkommen - vor allem in die

Tschechoslowakei, aber auch in die Schweiz. Mitglieder der lokalen Organisationen der Arbeiterbewegung in den Grenzregionen wurden als Ortskundige für die Fluchthilfe unentbehrlich.

Während solche Hilfe in Vorarlberg auf sozialdemokratischer Seite von Einzelpersonen, wie Adelreich Nagel aus Höchst (Röder/Strauß, 1980), geleistet wurde, wobei Kontakte zu den RS ("Revolutionäre Sozialisten") wahrscheinlich sind, bestanden auf kommunistischer Seite Ortsgruppen der "Roten Hilfe". In Vorarlberg waren sie in den meisten Fällen wohl mit Organisationen der KPÖ identisch. Aus konspirativen Gründen wurde darauf geachtet, daß die verschiedenen Fluchthelfer nicht allzuoft beansprucht wurden.

Von Josef Pergher, einem Lustenauer Aktivisten der "Roten Hilfe" und späteren Spanienfreiwilligen (vgl. seine Biographie bei Egger, 1982:162, 170), besitzen wir die genaue Schilderung einer Methode der Durchschleusung von Flüchtlingen. Pergher begab sich illegal in die Schweiz und löste unter der Angabe, als Schweizer namens Paul Sieber keinen Paß zu besitzen, einen schweizerischen Passierschein nach Österreich, mit dem man legal in die Schweiz zurückreisen konnte. Mit einem solchen Passierschein reiste Leopoldine Münichreiter, die Frau des in Wien hingerichteten Februarkämpfers Karl Münichreiter, in die Schweiz aus. Der Passierschein war dabei auf "Paula Sieber" umgeändert worden (I: Pergher J.; vgl. auch Beer-Jergitsch, 1980:284).

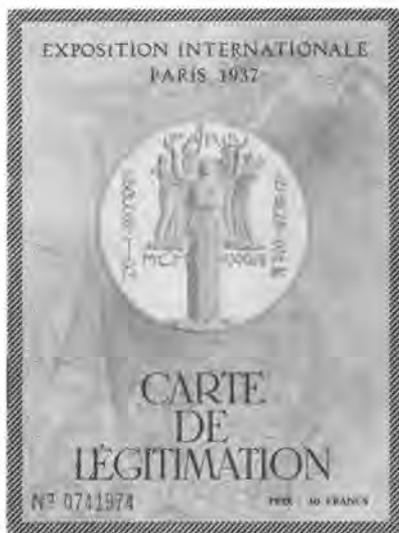
1935 existierten vier Ortsgruppen der "Roten Hilfe" in Vorarlberg, 60 in der Steiermark und 52 in Oberösterreich (VLA, BH Bregenz C-1888/1935). Im Leitartikel der kommunistischen "Basler Rundschau" Nr. 30 vom 11. Juli 1935 wurde sogar von einer illegalen Reichskonferenz der "Roten Hilfe Österreichs" am 22. und 23. Juni 1935 in Vorarlberg berichtet. Dabei hätten nur 30 Prozent der Delegierten der KP angehört - entsprechend den damaligen Einheitsfrontbestrebungen war man bemüht, die "Rote Hilfe" als überparteiliche Organisation erscheinen zu lassen, und sah dies durch die Gründung der "Sozialistischen Arbeiterhilfe" von seiten der RS gefährdet. Es ist allerdings wenig wahrscheinlich, daß diese Reichskonferenz tatsächlich in Vorarlberg stattgefunden hat.

In umgekehrter Richtung gab es einen intensiven Schmuggel von kommunistischem und sozialistischem Propagandamaterial, meist Tarnbroschüren und Zeitschriften. Am 5. April 1935 wurde der in St. Gallen wohnhafte deutsche Emigrant Max Gorbach wegen Schmuggels von Propagandamaterial aus der Schweiz ausgewiesen (BAB 2001 (C) 4/9, Protokollauszug Schweizerischer Bundesrat),

sein Mitarbeiter Karl Geiger-Jäckle verwarnt. Der Schweizer Kommunist Walter Frei arbeitete mit dem Bregenzer Max Haller zusammen (I: Frei W.). Die Zusammenarbeit der österreichischen und Schweizer Behörden bei der Aufklärung des Propagandaschmuggels führte zur Aufdeckung einer kommunistischen Gruppe in Dornbirn im Jahre 1935 (vgl. Kapitel "Die KPÖ in Vorarlberg 1933-1938").

Vorarlberg als Durchgangsland für Spanienfreiwillige

Die Möglichkeit des illegalen Grenzübertritts in Vorarlberg war für die internationale Arbeiterbewegung besonders in der Zeit des Spanischen Bürgerkrieges von 1936 bis 1939 von großer Bedeutung. Durch den Einsatz von Freiwilligen aus vielen Ländern auf der Seite der spanischen Republik sollte dort die Demokratie gerettet und europaweit der Vormarsch des Faschismus gestoppt werden. Die "Internationalen Brigaden", deren Gesamtstärke ungefähr 30.000 Mann betrug, waren meist nach Nationen organisiert und einem einheitlichen Kommando der spanischen Republik unterstellt. Ungefähr 2.000 Spanienfreiwillige kamen aus Österreich. Es waren meist ehemalige Schutzbündler, von denen viele zunächst in die Sowjetunion emigriert waren. Auch wenn die Ausreise nach Spanien legal erfolgte – dies war zunächst möglich, wenn man die Weltausstellung in Paris als Reiseziel angab –, bestraften die austrofaschistischen Behörden und Gerichte die österreichischen Spanienfreiwilligen wegen unbefugter Werbung für fremde Kriegsdienste – etwa mit sechs Monaten schweren Kerkers im Falle des Johann



Ausweis für die Pariser Weltausstellung 1937 – Tarnidentifikation für den Wiener Spanienfreiwilligen Rudolf Pliska bei der Reise durch Vorarlberg in die Schweiz.

Schneeberger aus Linz (LGF Vr 925/37) – und wegen Verstoßes gegen die umfangreichen Hochverratsparagrafen.

Wer die Grenze illegal überschritt oder Spanienfreiwillige dabei unterstützte, mußte mit Strafen wegen unbefugtem Grenzübertritt beziehungsweise der Beihilfe dazu rechnen. Da die Schweizer Behörden die Spanienfreiwilligen ebenfalls verfolgten und dabei mit den österreichischen Behörden zusammenarbeiteten, war das Risiko der Entdeckung für die Vorarlberger Antifaschisten, die sich als Transferhelfer für die Freiwilligen betätigten, verhältnismäßig hoch.

In Österreich wurden Hilfskomitees für die spanische Republik eingesetzt, die von RS und KP paritätisch besetzt waren. Es bestand sowohl von seiten der KP als auch der RS die Absicht, nur Personen nach Spanien gehen zu lassen, deren illegale politische Arbeit in Österreich unmöglich geworden war, weil ihre Entdeckung durch die Behörden drohte. Die Mehrzahl der politischen Organisierten dürfte sich entsprechend verhalten haben. Es gab aber auch unorganisierte Freiwillige. Eine zentrale Stelle in Paris zur Unterstützung der Spanienkämpfer sorgte für Anlaufstellen für die Freiwilligen. Diese wurden mit Geld ausgestattet und in Gruppen auf die Reise geschickt. Sie durchquerten Österreich meist mit dem Zug, begaben sich zu einer Anlaufstelle in Vorarlberg, wurden nachts über die Grenze gebracht und reisten dann über Basel nach Frankreich und Spanien weiter. Die Funktionäre dieses internationalen Spanienkämpferapparats kontrollierten das reibungslose Funktionieren der Anlaufstellen und mußten bei deren Aufliegen neue einrichten. An der österreichisch-schweizerischen Grenze sind Julius Deutsch, Melanie Ernst, Tilly Spiegel und Josef Foscht als zentrale Funktionäre in Erscheinung getreten.

Die von den Vorarlberger Organisationen der RS, der KP, der "Roten Hilfe", von der Arbeiterbewegung des Schweizer Grenzgebiets und von den internationalen Funktionären geschaffenen Anlaufstellen funktionierten relativ lange Zeit klaglos. Mit ihrem zunehmenden Ausbau wurde allerdings vermehrt auf kommerzielle Mitarbeiter zurückgegriffen: Die Freiwilligen mußten ja gepflegt und untergebracht werden, wofür man anfänglich sympathisierende Gastwirte heranzog, später auch bezahlte. Auch Bergführer wurden angeworben, von denen sich später einer als Konfident der Behörde zur Verfügung stellte. Ebenso war von Berufsschmugglern, die zwar in einem Gegensatz zum Regime standen, aber nicht politisch handelten, kaum dieselbe Standfestigkeit in langen Verhören zu erwarten wie von den Aktivisten der Arbeiter-

organisationen. Außerdem fielen die Freiwilligen durch unvorsichtige Fragen, durch ihr wiederholtes Auftreten in annähernd gleich großen Gruppen, durch ihre Fremdsprachigkeit, durch ihre Kleidung und durch ihren relativ großen Geldbesitz auf. So ist es möglich, daß eine Notiz im "Vorarlberger Tagblatt", das über die Ereignisse in Spanien ausführlich und natürlich im nationalsozialistischen Sinn berichtete, auf den Transfer von Spanienfreiwilligen Bezug nahm. Es hieß darin, "in einem gewissen Gasthause in Vorarlberg" werde "manchmal kein Wort in deutscher Sprache gehört" (VT, 27.3.1937, S. 5).

Am 19. Juni 1937 wurde der Sozialist Wilhelm Zeller verhaftet, weil er Spanienfreiwillige, deren Anlaufstelle das Gasthaus "Restauration" in Lustenau war, über die Grenze gebracht hatte. Neben dem Pächter des Gasthauses, dem früheren Wirt des Dornbirner Arbeiterheims, Andreas Müller, wurden auch der Dornbirner Martin Zirovnik und der frühere Landtagsabgeordnete der SDAPÖ, Franz Rauscher aus Feldkirch, als Beteiligte ausgeforscht (LGF Vr 423/37). Nachdem ein Gendarm aus Weiler als angeblicher Freiwilliger erfolgreich Spitzeldienste geleistet hatte, erfaßten die Behörden bis Ende August 1937 große Teile des Transfernetzes (Bericht der Sicherheitsdirektion an das Bundeskanzleramt, 31.8.1937, VLA, BH Bregenz III-819/15 SD). Georg Nachbauer, der Wirt des Gasthauses "Löwen" in Hohenems-Bauern, Michael Kranz aus Götzis und eine ganze Reihe weiterer Beteiligter beziehungsweise Spanienfreiwilliger flogen jetzt auf (LGF Vr 586/37, 589/37, 607/37, 612/37, 636/37; VLA, BH Feldkirch III-2281/37). Als schließlich noch zwei wichtige Organisatorinnen des Transfers, die in St. Gallen wohnende österreichische Kommunistin Melanie Ernst und die Bregenzerin Franziska Vobr, sowie der St. Galler Albert Scheurer Ende August beziehungsweise im September 1937 verhaftet worden waren, dürfte wohl das gesamte Transfernetz in Vorarlberg den Behörden bekannt geworden sein (LGF Vr 624/37, 681/37; DÖW 6708).

Mindestens 48 Spanienfreiwillige, 37 von ihnen Ausländer, wurden nun verhaftet. Die Ausländer schob man nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit wegen unbefugten Grenzübertritts "in der Richtung ihrer Herkunft", meist in die Tschechoslowakei oder nach Jugoslawien, ab (LGF Vr 178/38). Drei Reichsdeutsche wurden am 30.9.1937 nach Lindau abgeschoben - in einem Begleitschreiben wurde der Grund der Abschiebung genau ausgeführt, was vermutlich die Einweisung der drei in ein KZ zur Folge hatte (LGF Vr 178/38). Die österreichischen Freiwilligen erhielten jeweils ungefähr einen Monat Arrest, in Einzelfällen,

wenn der Vorwurf der Werbung für fremde Kriegsdienste als erfüllt angesehen wurde, bis zu sechs Monaten (LGF Vr 874/37, 925/37). Das beschlagnahmte Geld wurde zur Bezahlung von Konfidenten der Polizei verwendet (LGF Vr 178/38, 198/38).

Im Oktober 1937 waren sich die Behörden offenbar derart sicher, daß der bisher geheimgehaltene Vorfall der Presse mitgeteilt wurde (VT und VV, 30.10.1937). Selbst das "Berliner Tageblatt" vom 6.11.1937 berichtete in einer kurzen Notiz über die Verhaftung der Spanienfreiwilligen und ihrer Helfer, die eine "enge Zusammenarbeit der österreichischen Sicherheitspolizei und der Schweizer Bundesanwaltschaft in Punkto Kommunisten begründet" habe (Egger, 1982:166).

Dieser von der nationalsozialistischen Zeitung so gelobten Zusammenarbeit war es dann auch zu verdanken, daß im Dezember 1937 eine weitere Anlaufstelle, das Gasthaus "Hohe Kugel" in Götzis, aufgedeckt wurde (LGF Vr 87/38). Der bereits im Sommer verhaftete, im Oktober wieder entlassene Michael Kranz hatte zusammen mit Tilly Spiegel und Josef Foscht, zwei österreichischen Kommunisten, die die Nachfolge von Melanie Ernst angetreten hatten, die neue Transferorganisation aufgebaut (LGF Vr 967/37; I: Spiegel T.). Kranz und der Wirt des Gasthauses "Hohe Kugel", Tobias Feurstein, erhielten drei Monate Arrest, andere Beteiligte zwischen zwei Wochen und zwei Monaten (LGF Vr 87/38, 85/38, 83/38).

Das tragische Schicksal einiger Spanienfreiwilliger aus Vorarlberg - Gabriel Ender, Josef Pergher, Franz Jäger, Ernst Reiner - in Frankreich und als Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern und Gefängnissen ist bereits beschrieben worden (Egger, 1982: 167ff.). Die Vorarlberger Landesregierung wies noch im Jahre 1980 das Ansuchen um die Ausstellung einer Amtsbescheinigung nach dem Opferfürsorgegesetz für einen ehemaligen Spanienkämpfer und Emigranten, Adolf Mayer aus Götzis, ab (Mayer, 1982:18).

Die ersten Monate nach dem "Anschluß"

Illegale und auch legale Grenzübertritte gestalteten sich bereits unmittelbar nach dem 12. März 1938 ausgesprochen schwierig, da die neuen Machthaber die Situation von Anfang an unter Kontrolle hatten. Bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 wurde der Nachtzug aus Wien in Feldkirch gründlich durchsucht und die Grenzwaiche durch nationalsozialistische Beamte verstärkt (Schönherr, 1981:51). Gina Kaus, Carl Zuckmayer und Walter Mehring

schildern in ihren Memoiren die Schikanen durch die Nationalsozialisten bei der Ausreise in die Schweiz am Bahnhof Feldkirch (Kaus, 1978:205ff.; Zuckmayer, 1966:75ff.; Mehring, 1979:34ff.).

Für viele endete schon in den ersten Tagen der Versuch eines Grenzübertritts mit einer Festnahme: SA-Leute waren es, die den Wiener Flüchtling Max Hoffenberg 50 Meter vor der Grenze in Gargellen anhielten, nachdem dieser versucht hatte, sich mit einem gefälschten Alpenvereinsausweis zu legitimieren (LGF Vr 211/38). Am 13. März 1938 wollte der Dichter Jura Soyfer an derselben Stelle über die Grenze, wurde aber ebenfalls gefaßt (Jarka, 1980:25). Soyfer kam in Buchenwald zu Tode; Hoffenberg überlebte das KZ (I: Hoffenberg M.). Andere Fluchtversuche waren erfolgreich, zum Beispiel der von Frank Vanry im Oktober 1938 über das Schweizertor (Vanry, 1983:230f.).

Am 19.4.1938 wurde das ehemalige österreichische Zollwesen in das deutsche eingegliedert (Hager, 1982:124). Um den befohlenen "Verstärkten Grenzaufsichtsdienst" (VGAD) durchführen zu können, wurden "Hilfsgrenzangestellte" (HIGA) einberufen (Hager, 1982:127). Zwischen Lochau und Meiningen, an 56 km Grenze, standen am 1.1.1940 174 Zollbeamte und 392 "HIGA" im Einsatz (Hager, 1982:127). 1942 waren an der gesamten Grenze zur Schweiz und zu Liechtenstein 709 Zollbeamte und 3.221 Reservisten eingesetzt (Hager, 1976). Daß die Vorarlberger Gestapo-Zentrale in Bregenz die Bezeichnung "Grenzpolizeikommissariat" trug, zeigt die Bedeutung, die die Überwachung der Grenze für den nationalsozialistischen Behördenapparat hatte.

In den Jahren 1939 und 1940 wurde die Grenze von der Silvretta bis zum Bodensee mit einer Kette von Befestigungen und Postenunterkünften überzogen, die zur HIGA einberufene Handwerker zu errichten hatten. Selbst Hochgebirgspässe in über 3.000 Meter Höhe wurden – wohl

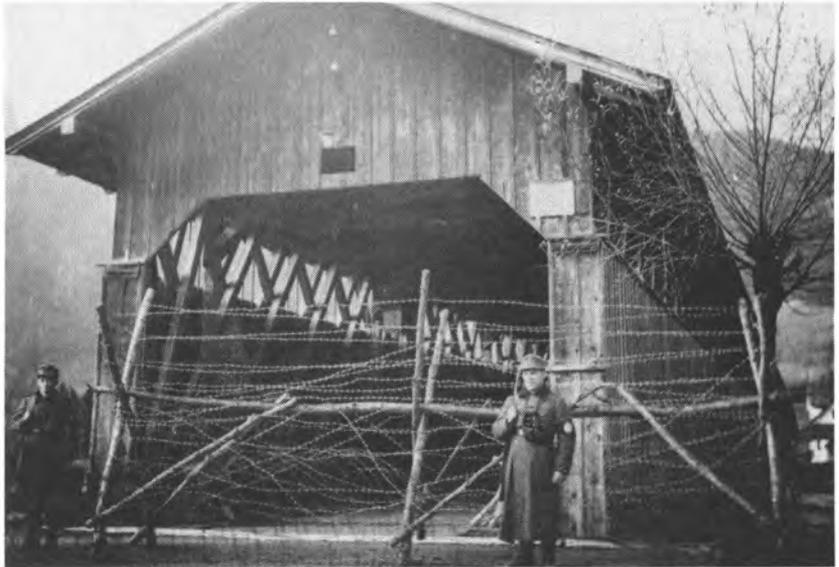


Grenzposten in fast 3.000 Meter Höhe in der Silvretta.



Grenzsperre auf der Schweizerstraße in Hohenems.

Verbarrikadierte Rheinbrücke bei Bangs.



auch wegen der Nähe der Illwerkebaustellen mit ihren Fremdarbeitern - mit Postenhütten versehen. In der Ebene errichtete man Zäune und Stacheldrahtverhaue. Die Zollbeamten mußten sich einem militärischen Training unterziehen (Chroniken der Hauptzollämter Feldkirch und Dornbirn, DÖW).

Die erzwungene Auswanderung der Juden

Während die Nationalsozialisten von 1933 bis 1937 noch versuchten, mit gezielten antisemitischen Maßnahmen eine individuelle Auswanderung jüdischer Bürger zu erzwingen, tauchte 1938 im Hauptamt der Sicherheitspolizei in Berlin ein Konzept auf, das auf eine außenpolitische Generallösung der "Judenfrage" hinauslief - den massenhaften Abtransport in andere Staaten (Pätzold, 1980:215). Dieses Konzept ist als Madagaskar-Projekt bekannt geworden. Wenn es auch nicht verwirklicht wurde, so resultierte daraus doch eine Verschärfung der antisemitischen Maßnahmen. Als Experimentierfeld der Schreibtischtäter diente das gerade eroberte Österreich, das einen höheren jüdischen Bevölkerungsanteil als Deutschland aufwies. Dabei wurde das Ziel der Vertreibung direkter angestrebt als im "Altreich" (Pätzold, 1980:216). In Wien etablierte sich unmittelbar nach dem Einmarsch ein Sonderkommando des SD unter Adolf Eichmann. "Es ging unverzüglich daran, die unter den jüdischen Österreichern entstandene Panik auszunutzen und durch Terror, unter anderem durch die Verschleppung von jüdischen Persönlichkeiten in Konzentrationslager, zu verstärken, um einen breiten Flüchtlingsstrom aus Angehörigen aller sozialen Klassen und Schichten, vor allem aber der weniger bemittelten und armen Juden, in Gang zu bringen und in Gang zu halten" (Pätzold, 1980:217; vgl. auch Moser, 1977:112f.).

Auswandern konnte natürlich nur, wer sein ganzes Vermögen zurückließ; die Ausreise armer Juden wurde aus einem Teil der zurückgelassenen Vermögen finanziert (Moser, 1977:122f.). Nach einem Bericht der "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" verließen bis zum 30. September 1938 ungefähr 38.000 Juden legal und 12.000 illegal das Land (Zentralstelle für jüdische Auswanderung an SD-Hauptamt, 21.10.38, BAK, Sammlung Schumacher, R 58 486/3026), bis zum Ausbruch des Krieges im September 1939 etwa 110.000 (Moser, 1977:124). Erst als durch den Krieg die Vertreibung der Juden mittels erzwungener Auswanderung unmöglich geworden war, konzentrierten die Nationalsozialisten die

jüdische Bevölkerung im "Generalgouvernement Polen" und führten sie der Massenvernichtung zu (Pätzold, 1980:221f.).

Die Flüchtlingsbewegung an der Grenze war also besonders intensiv, als die antisemitischen Maßnahmen bis hin zur Vertreibung verschärft wurden und bevor die Schweiz die Grenzen schloß und illegal Eingereiste in das Land ihrer Herkunft zurückstellte. Mit Hilfe des 1957 für den Schweizer Bundesrat erstellten Ludwig-Berichts ist der Ablauf der Ereignisse gut zu verfolgen. Die erste überlieferte Warnung von EJPD-Chef Rothmund an die deutschen Behörden wegen ihrer Ausweisungspraxis datiert vom 24. Juni 1938 (Ludwig, 1957:82). Die Wiedereinführung der Visumpflicht, die am 28. März 1938 von der Schweiz verfügt wurde, hatte auf deutscher Seite zur Folge, daß die Behörden den illegalen Grenzübertritt Ausreisewilliger duldeten und in einigen Fällen sogar förderten. "Im Anschluß an die Ausschreitungen gegen die Juden in Wien setzte ein eigentlicher organisierter Menschenschmuggel nach der Schweiz ein. Die Leute wurden veranlasst, ihre Steuern 'und sonst noch allerlei' ... zu zahlen; hierauf verbrachte man sie in einem Camion nach Feldkirch. Dort kamen sie zunächst ins Gefängnis und es wurden ihnen die letzten Wertsachen bis auf einen Betrag von 30 Mark abgenommen. Dann führten SS-Leute die Juden an die Grenze mit der Anweisung, diese in der Dunkelheit zu überschreiten. Ferner gingen die Behörden in Österreich vielfach so vor, daß sie in den Pässen eine Rückreisegarantie vermerkten, gleichzeitig aber vom Passinhaber eine schriftliche Erklärung verlangten, durch die er sich verpflichtete, den deutschen Boden nicht mehr zu betreten. Auf die Mißachtung dieser Pflichten standen harte Strafen. Außerdem wurden Pässe unter falschem Namen und Grenzpassier- und Ausflugsscheine mit unwahren Angaben über den bisherigen Aufenthaltsort ausgestellt" (Ludwig, 1957:82).

Durch einige Briefe des Wiener Emigranten Kurt Bettelheim besitzen wir authentische Schilderungen der durch die deutschen Behörden erzwungenen Ausreise. Bettelheim verließ Wien auf eigene Faust, als er gehört hatte, man könne bei Hohenems leicht in die Schweiz kommen; er kam am 13. August 1938 in Hohenems an. Bereits am Bahnhof wurden die Ausreisenden von den übrigen Reisenden abgesondert und von der SS in ein Gasthaus gebracht (1: Bettelheim K.). "Zu diesem Zeitpunkt verhielt sich die dortige SS noch relativ human, da die Massenvernichtung noch nicht auf ihrem Programm stand und sie somit zufrieden waren, die unliebsamen Mitbürger nach dem Ausland abzuschieben. Konkret sah das so aus, daß man uns schon bei der Ankunft am Bahnhof

Hohenems sammelte und bis zum Einbruch der Nacht in einem Gasthaus zusammenhielt. In der Dunkelheit brachte uns dann diese SS über einen kleinen Steg auf Schweizer Boden, wo wir auch sofort von der dortigen Grenzwanne 'eingesammelt' wurden. Zu dieser Zeit war die Grenze auf Schweizer Seite für Flüchtlinge noch offen, sodaß es nicht zu den später erfolgten 'Rückstellungen' kam. Wir wurden im Gegenteil schon an der Grenze von den Beauftragten der israelitischen Flüchtlingshilfe in Empfang genommen und einen Tag später in einem größeren Dorfgasthof in Schönengrund/Appenzell einquartiert" (Schr.M. Bettelheim K., 22.3.1982). Erst im Dezember 1938 kam Bettelheim in das Lager Diepoldsau.

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) protestierte am 9. August 1938 scharf gegen die Unterstützung der illegalen Ausreise durch die deutschen Behörden. Sie wurden beschuldigt, allein am 6. und 7. August 1938 64 illegale Grenzübertritte jüdischer Emigranten unterstützt zu haben (Ludwig, 1957:82). Am 10. August 1938 wurden erstmals Zurückweisungen bereits illegal Eingereister verfügt (Ludwig, 1957:86f.). In einem



Nur dienstliche Gemeinsamkeit? Schweizerische und deutsche Grenzorgane an der Lustenauer Eisenbahnbrücke.



Grenzsperren auch zu Wasser: Kontrolle eines Fischerboots durch nationalsozialistische Grenzorgane vor Fußach.

mit gleichem Tag datierten Schreiben der Polizeiabteilung an das EJPD wurde die Zahl der bisher illegal Eingereisten mit "etwa 1.000" beziffert; anbei wurde über einen Fall "erfolgreicher" Zurückweisung in Basel berichtet. Eine solche Zurückweisung sei allerdings bisher nicht bei solchen Fällen erfolgt, "die sich gegen die Überstellung wehren unter der Vorgabe, dass sie vor der Ausreise mit scharfen Strafen, besonders mit dem Konzentrationslager, bedroht worden seien" (Ludwig, 1957:87). Am 19. August 1938 erfolgte die Schließung der Grenze auf Schweizer Seite (Ludwig, 1957:90). Der Verband Schweizerischer Israelitischer Armenpflege forderte die Israelitische Kultusgemeinde in Wien telegrafisch auf, "jeden Versuch eines illegalen Übertrittes in die Schweiz zu unterdrücken" (Ludwig, 1957:90). Diese Maßnahmen hatten nicht den gewünschten Erfolg, sodaß Zurückweisungen - oft gegen den starken Widerstand der Betroffenen - eine Zeitlang vermehrt "nötig" waren (Ludwig, 1957:92).

Der einzige Hinweis in der Literatur auf die Situation an der Grenze selbst findet sich bei Hager: "Zum Warenschmuggel in diesem Grenzabschnitt (dem Einflußbereich des Hauptzollamtes Dornbirn; Anm. d. Verf.) kam zufolge der Judenmaßnahmen in Österreich (durch das neue Regime!) noch ein großer Menschenschmuggel, denn im Herbst 1938 versuchten täglich bis zu 25 Juden, die von einheimischen Leuten geführt wurden, im Grenzgebiet der Gemeinden Hohenems und Altach auf Nebenwegen illegal in die Schweiz zu gelangen" (Hager, 1982:128).

Eine Mitarbeit der Behörden oder von Parteiorganen wird von Hager nicht erwähnt. Einem der Fluchthelfer, Edmund Fleisch aus Altach, wurde die Ankunft von Ausreisenden telefonisch aus St. Gallen, nämlich vom dortigen Rabbiner Sternbuch beziehungsweise dessen Frau, mitgeteilt. Die Flüchtlinge wurden von Schweizer Bauern auf Torfwagen in Hohlräumen über die Grenze und durch die stark kontrollierten Bereiche gebracht, damit sie der Zurückweisung entgingen. Die Schweizer Bauern besaßen vielfach Grund auf Vorarlberger Gebiet. Später hat Fleisch dann Flüchtlinge in Landeck abgeholt und illegal über die Grenze gebracht. Ende 1939 wurde er von der Gestapo vorgeladen, verwarnet und im März 1940 zum Militär einberufen (I: Fleisch E.; Bericht von Alois Hammer über ein Gespräch mit Fleisch E., DÖW, o. Nr.). Tobias Feurstein, Gastwirt der "Hohen Kugel" in Götzis, war ebenfalls an der Fluchthilfe für bedrohte Juden beteiligt (I: Klien I. und Feurstein S.). Er wurde 1944 wegen staatsfeindlicher Äußerungen denunziert und versuchte am 31.5.1944, in die Schweiz zu fliehen, kam aber unter ungeklärten Umständen ums Leben



Durchsuchung eines Heuwagens nach Flüchtlingen an der Grenze Hohenems-Diepoldsau.

(Amt der Vorarlberger Landesregierung IVa - 168/185, 10.3.1949, DMG). Auch der 1938 und 1939 in Diepoldsau stationierte Schweizer Grenzwachter Alfons Eigenmann unterstützte die Flucht jüdischer Emigranten (I: Eigenmann A. jun.; Dankschreiben von Emigranten an die Familie Eigenmann, DMG).

Während die Schweizer Bundesbehörden mit allen Mitteln versuchten, die Einwanderung der vom Nationalsozialismus bedrohten Juden zu verhindern, zeigten sich die Polizeibehörden des Kantons St. Gallen den Flüchtlingen gegenüber teilweise geneigter. Als am 20. Dezember 1938 ein St. Galler Kantonspolizist in Gaißau, also auf deutschem Boden, wegen Fluchthilfe verhaftet wurde (BAB 2001 (D) 1/21), war auch diese letzte Möglichkeit der Flucht in die Schweiz unter Umgehung der dortigen Bundesbehörden verschlossen. Der sozialdemokratische Polizeidirektor des Kantons St. Gallen, Valentin Keel, wurde in der reaktionären Schweizer Presse wegen "Emigrantenschlepperei" angegriffen; Polizeihauptmann Paul Grüninger und zwei Kantonspolizisten mußten den Dienst quittieren (Gunz, 1982:79). Eine historische Aufarbeitung dieser Vorfälle

steht noch aus. Allerdings hat der Diepoldsauer Schriftsteller Paul Gasser in seinem 1983 erschienenen Roman "Diepoldsau - Fluchtweg Rohr noch offen" auf diese Ereignisse Bezug genommen (Gasser, 1983).

Ab dem Frühjahr 1939 sind Zurückweisungen jüdischer Flüchtlinge aus dem Kanton St. Gallen und aus Liechtenstein nach Vorarlberg belegt. So wurde Paul Roman aus Wien, der mit einem ungültigen österreichischen Paß illegal in Liechtenstein eingereist war, am 9. März 1939 von schweizerischen Zollbeamten zurückgestellt; vom Landgericht Feldkirch erhielt er vier Wochen Arrest wegen Zuwiderhandelns gegen die Paßvorschriften, blieb aber nach Abbüßung dieser Strafe weiterhin in Polizeihaft (LGF Vr 95/39). Dies hieß wohl, wie in den meisten Fällen, "Schutzhaft" in einem Konzentrationslager, wenn es auch selten so klar in den Akten aufscheint wie in einem Schreiben der Gestapo Bregenz ans Landgericht Feldkirch: Eine "empfindliche Bestrafung" des aus der Schweiz zurückgewiesenen Wiener Juden Karl Weiszfeld wurde hier verlangt, weil "ständig Juden illegale Grenzübertritte versuchen". Nach Beendigung des Strafverfahrens solle Karl Weiszfeld der Gestapo zurückgegeben werden, "da er voraussichtlich in ein K.Z.L. eingewiesen wird" (LGF Vr 322/39). Tatsächlich kam Weiszfeld nach Verbüßung seiner Strafe am 18.1.1940 in das Konzentrationslager Sachsenhausen (WuVT I, 1984:482).

In einem Bericht des Pressereferenten beim Landgericht Feldkirch an die Justizpressestelle beim OLG Innsbruck und an den Pressereferenten beim Reichsjustizministerium vom 9. Jänner 1943 heißt es, man habe "dieser Tage" in zwei Holzkohlewaggons aus der Slowakei, die in die Schweiz fahren sollten, bei der Durchsichtung in Feldkirch 16 Juden entdeckt, die sich unter den Kohlen versteckt hatten. Im Bericht wird darauf hingewiesen, daß dies nicht der erste Vorfall dieser Art sei und daß die Waggons vorschriftmäßig plombiert gewesen seien, was auf Mithelfer schließen lasse. In einem weiteren Bericht vom 12.2.1943 heißt es, daß die Ergriffenen an den Ausgangspunkt ihrer Reise beziehungsweise nach Wien zurückgebracht wurden und dort das entsprechende Verfahren eingeleitet werde (DÖW 15.640; vgl. auch GeBBR 1106-1127/43). Nach dem Bericht des Eisenbahners Martin Toplak (1: Toplak M.) aus Feldkirch hat es solche Vorfälle, besonders bei Getreidewaggons, des öfteren gegeben. Die Waggons seien von den Eisenbahnern mit Stangen unter der Aufsicht der Gestapo durchstöbert worden; er datiert dies auf Dezember 1939 bis Frühjahr 1940.

Es ist hier festzuhalten, daß sich ein Teil der Bevölkerung mit

den Flüchtlingen solidarisierte und sie unterstützte - diesseits und jenseits der Grenze. Solche Helfer aus humanitären oder religiösen Gründen, wie der zur HIGA einberufene Hohenemser Peter Batruel, der seine Position immer wieder zur Fluchthilfe benützte, dürften zahlreicher gewesen sein, als sie in den Akten aufscheinen (I: Batruel P.). Dort finden sich nämlich fast ausschließlich Berichte über gescheiterte Fluchtversuche, wobei die Strafen für die Fluchthelfer, zum Beispiel Ferdinand Neher, Ernst Emhofer und Johann König (vgl. "Lexikon Verfolgung und Widerstand"), drastisch waren.

"Protektoratsangehörige" und Polen

Wenn Tschechen, also sogenannte "Protektoratsangehörige", oder Polen ins Ausland zu kommen versuchten, lautete die Standardbeschuldigung, sie wollten sich dort den Armeen ihrer Exilregierungen anschließen - auch wenn eine solche Verdächtigung jeder Grundlage entbehrte.

Von dem im Juli 1939 aus der Schweiz ausgeschafften Karel Matejak aus Mšeno an der Neiße besitzen wir einen Brief, in dem er seine versuchte Flucht aus Deutschland und seine "Ausschaffung" aus der Schweiz ausführlich schildert. Die wesentlichen Passagen sollen hier zitiert werden:

"Nach der Besetzung des Restes der ČSR am 15.3.39 habe ich mich zum Arbeitseinsatz in die H. Göring Werke in Linz a. D. gemeldet. Diese Gelegenheit wollte ich ausnützen, um über die Grenze des sog. Protektorates zu kommen und dann illegal in die Schweiz zu kommen und dann nach Frankreich. Das Ziel der politischen Flüchtlinge aus der ČSR war Frankreich. Nach 2 Monaten habe ich Anfang Juli Linz verlassen und fuhr per Eisenbahn nach Feldkirch. Ich war ja noch nicht ganz 18 Jahre alt und bin niemals im Ausland gewesen. ... Gleich nach der Ankunft am Bahnhof Feldkirch habe ich das Gepäck in der Aufbewahrung gelassen und bin ganz naiv zu Fuß auf der Straße nach Vaduz marschiert. Nach einer Weile kam ich in die Nähe des deutschen Zollhauses und habe dann links von der Straße im Walde die Grenze überschritten. ... (Dort) wurde ich sofort vom Schweizer Grenzposten angehalten ... und hinter dem Berg in ein hölzernes Zollhaus gebracht. Nach einer kurzen Zeit und einem Telefonat der Wache wurde mir gesagt, daß ich nicht in der Schweiz bleiben kann. ... Ich wurde dann im Walde zur Grenze gebracht. Zum Glück gab es keine deutschen Posten und ich kam

wieder nach Feldkirch. Ich fuhr per Zug nach Bludenz. ... Nächsten Tag besorgte ich mir eine Touristenkarte und fuhr mit einer Kleinbahn nach Schruns, ging dann zu Fuß mit der Karte in Richtung Brand. ... Ich wurde von deutschen Posten nicht angehalten, weil ich in einer Gruppe von Touristen ging, die zum See wollten. Dann war ich über der Grenze, überschritt den Bergkamm und am Abend kam ich an einer leeren Berghütte vorbei und ging der Straße entlang in das Tal. Zweimal habe ich in Gastwirtschaften das deutsche Geld gewechselt und gegessen. Niemand hat mich der Polizei angezeigt! Dieses Wunder kam mir erst später in der Schweiz merkwürdig vor. Morgens kam ich zur Kleinbahn Davos-Landquart. Auf dem Marsch bin ich einmal von der Polizei angehalten worden, aber gleich wieder freigelassen worden mit dem Hinweis, den Kanton sofort zu verlassen. ... (Ich) fuhr per Zug nach Zürich. In Zürich habe ich mir eine Fahrkarte nach Basel besorgt und wartete am Bahnhof auf die Abfahrt. Das war mein Fehler. Ein Zivilpolizist hat mich gestellt und dann festgenommen. So kam ich in das Polizeigefängnis der Kantonalpolizei" (Schr.M. Matejak K.).

Karel Matejak wurde am 8. Juli 1939 aus der Schweiz "ausgeschafft". In einem Schreiben des Polizeikommandos des Kantons Zürich vom 6. April 1946 heißt es dazu: "Sie sind aufgrund unserer Akten im Sommer 1939 illegal in die Schweiz eingereist und am 6. Juli 1939 in Zürich verhaftet worden. Anlässlich Ihrer Verhaftung gaben Sie den Polizeiorganen politische Gründe für Ihre Flucht aus der Tschechoslowakei an. ... Sie haben den Polizeiorganen gegenüber den Wunsch ausgedrückt, an die französische Grenze gestellt zu werden. Auf Grund unserer Vorschriften konnte Ihrem Wunsche nicht stattgegeben werden und Sie wurden über Buchs aus der Schweiz ausgeschafft" (Kopie Schr.M. Matejak K.). Vor seiner "Ausschaffung" hatte Karel Matejak allerdings noch eine Haftstrafe von einem Tag abzusitzen, da er die Strafe für die illegale Einreise in der Höhe von 10 Franken nicht aufbringen konnte.

Weiter Karel Matejak: "In Feldkirch wurde ich verhaftet und in das Gefängnis gebracht. Dort wurde ich vielfach vernommen durch verschiedene Organe. ... Geschlagen wurde ich nicht, aber manchmal wurde ich grob angegriffen. Man wollte wissen, was ich in der Schweiz wollte und wohin ich weiterwollte. Ich hatte Glück, weil ich mich nach einer Erfahrung richtete. Im Züricher Gefängnis war ich in einer Zelle mit einem ehemaligen Interbrigadisten aus Spanien, einem Deutschen. Er hatte mir geraten, in Deutschland beim Verhör zu behaupten, daß ich ein Abenteurer sei

... und über Frankreich nach Spanien wollte, wo der Bürgerkrieg zu Ende war und wo man Arbeitskräfte brauchte. Das wurde angeblich auch in Linz unter den Arbeitskameraden erzählt. Das habe ich immer in den Verhören behauptet und auch unter den Sträflingen in der Zelle. Weil ich noch jung war und in der ČSR nicht politisch tätig war, wurde mir wahrscheinlich geglaubt. Ich wurde dann mit einem Monat Gefängnis bestraft, obwohl ich aber 2 Monate verhaftet war. Die Aufseher im Gefängnis waren fast alle Österreicher und ich kann mich nicht beklagen. Die Leute wurden fast nicht geschlagen. Viele Leute wurden von der Gestapo abgeholt und kamen nicht mehr zurück. In der Mehrzahl waren es Juden, die über die Grenze wollten. Nach der Gerichtsverhandlung wurde ich der Schupo übergeben, also nicht der Gestapo. So wurde ich nach Linz gebracht in das Werk. ... In Linz habe ich nicht lange gearbeitet und habe ohne Erlaubnis die Arbeitsstelle verlassen. Zu Hause im sog. Protektorat bin ich nicht lange gewesen und habe mir eine Arbeit in den H. Göring Werken in Salzgitter gesucht. ... Ende Oktober 1940 bin ich eingezogen worden zur Wehrmacht. Im Jahre 1944 bin ich in Frankreich zu den Alliierten übergelaufen. Als Tscheche wurde ich nach England gebracht und bin dort in die tschechoslowakische Auslandsarmee eingerückt" (Schr.M. Matejak K.; LGF Vr 273/39).

Bis Ende 1942 wurden mindestens 16 weitere Polen, "Protektoratsangehörige" und Ungarn vom Landgericht Feldkirch verurteilt; fünf von ihnen waren nach erfolgreicher Flucht aus der Schweiz "ausgeschafft" worden. Nikolaus Glapka wurde bei einem Fluchtversuch angeschossen und schwer verletzt (LGF Sammelakten 1940). In den meisten Fällen wurde Straflager verhängt - Heinrich Raczowski kam im Justizgefangenenstraflager der Sudetenländischen Treibstoffwerke A.G. in Brüx um (LGF Vr 286/42). Nach Erledigung des Gerichtsverfahrens und Verbüßung der verhängten Strafe wurden die Häftlinge wieder der Gestapo übergeben (LGF Vr 209/39; LGF Vr 270/44).

Am 22.9.1942 berichtete der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Innsbruck an das Reichsjustizministerium: "Die Flucht von Polen und Tschechen über die Vorarlbergergrenze nach der Schweiz hält weiterhin an, die Zahl der Flüchtlinge dürfte nicht unbeträchtlich sein. Nunmehr soll in der Schweiz auch eine englische Anlaufstelle für holländische und belgische Flüchtlinge bestehen. Näheres konnte ich allerdings darüber nicht in Erfahrung bringen. Auch die Anzahl der Reichsdeutschen, die ohne Paß über die Grenze in die Schweiz gehen wollen, ist auffällig hoch, einige von ihnen gaben im Zuge der Ermittlungen

unumwunden zu, daß sie sich der Wehrpflicht entziehen wollten" (BAK R 22-3368).

Zwei Verfahren wegen versuchten Grenzübertretts, in denen Todesurteile gefällt wurden, sollen im folgenden geschildert werden.

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Feldkirch, Dr. Möller, berichtete am 6.9.1941 dem Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof Berlin über die Verhaftung von drei Polen, Florian Mazur, Mieczyslaus Kubisz und Alois Nowakowski (BAK R 60-11 66). Sie hatten am 23. August 1941 ihre Arbeitsstelle bei den "Deutschen Solvay-Werken" in Buchenau/Thüringen verlassen und bei Feldkirch am 24. August die Grenze nach Liechtenstein illegal überschritten. Dort aber wurden sie sofort von den Schweizer Grenzbehörden zurückgestellt und dann verhaftet. Die Gestapo war der Ansicht, sie hätten der polnischen Exilarmee beitreten wollen. Obwohl alle drei Angeklagten dies bestritten und angaben, nur wegen der untragbaren Arbeitsverhältnisse und der unzureichenden Ernährung den Fluchtversuch unternommen zu haben, wurden sie vom 2. Senat des Volksgerichtshofs am 12. August 1942 zum Tode verurteilt, und zwar wegen "Schädigung des Wohls des deutschen Volkes und landesverräterischer Feindbegünstigung". In der Urteilsbegründung hieß es:

"Der mit der Flucht der Angeklagten in die Schweiz verfolgte Zweck muß auch darin bestanden haben, der polnischen Legion beizutreten. Die Angeklagten haben zwar bestritten, davon gewußt zu haben, daß sich in der Schweiz eine polnische Legion befindet. Nach der Überzeugung des Senats haben die Angeklagten, wie dies auch natürlich und selbstverständlich ist, untereinander und mit den anderen polnischen Arbeitern, mit denen zusammen sie in der Lagerbaracke wohnten, über das Schicksal ihres Volkes und des ehemaligen polnischen Staates und deren Zukunft, die damit in Zusammenhang stehenden Ereignisse und Verhältnisse und somit auch über die polnische Legion gesprochen, die sich in der Schweiz befindet. Ferner ist gerichtsbekannt, daß die polnische Emigrantenregierung und Sowjetrußland kurz nach dem Beginn des Feldzuges in Rußland einen Bündnisvertrag geschlossen haben, und daß hierüber auch der englische Rundfunk in verschiedenen Sprachen berichtet hat. Auch hiervon ist, wie der Senat überzeugt ist, unter den Angeklagten und den übrigen polnischen Arbeitern die Rede gewesen. Weiterhin ist dem Senat aus anderen Verfahren bekannt, daß seit dem Beginn des Rußlandfeldzuges polnische Arbeiter wiederholt aus dem Reich in die Schweiz geflüchtet sind oder zu entkommen

gesucht haben, und daß sie dort durch Werber aufgegriffen und der polnischen Legion zugeführt worden sind. Alle diese Umstände zwingen uns zu dem Schluß, daß die Angeklagten auch darauf ausgingen, in der Schweiz in die polnische Legion einzutreten. Hinzu kommt noch, daß bei den Angeklagten Kubisz und Nowakowski als ehemaligen Freiwilligen und Unteroffizieren des polnischen Heeres eine besondere Geneigtheit zum Dienst in der Legion anzunehmen ist" (BAK R 60-11 66).

Die nationalsozialistische Justiz hielt es also zur Begründung eines Todesurteils für ausreichend, eine Kette von reinen Vermutungen anzuführen. Mit einem Todesurteil wegen der vermuteten Absicht, der polnischen Legion beizutreten, endete auch der Prozeß beim Volkgerichtshof, 1. Senat, gegen die beiden Polen Paul Stefanowicz und Franz Lenczewski am 21.5.1943. Die beiden waren in Berlin beschäftigt gewesen. Stefanowicz hatte bereits im März 1942 nach Dänemark zu flüchten versucht. Jetzt, am 2. August 1942, begaben sich die beiden nach Landeck. Ob ihnen der Grenzübertritt gelang, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Sie stellten entschieden in Abrede, von der polnischen Legion überhaupt zu wissen. Stefanowicz wurde vom Gericht als "geistig erheblich überlegen" eingestuft und erhielt daher die Höchststrafe, während Franz Lenczewski mit acht Jahren Straflager davonkam. Dem Urteil war ein Schriftwechsel zwischen Dr. Freisler und dem Senatspräsidenten vorausgegangen. Freisler hatte diesen am 14.4.1943 angewiesen: "Überschreitet ein Pole unbefugt die Reichsgrenzen, um für den Fall, daß er im Ausland kein besseres Fortkommen findet, der polnischen Legion beizutreten, so hat er hiedurch den Feind des Reiches, dem er einen kampfbereiten Mann zuführen wollte, begünstigt" (BAK R 60-11 65).

Jeder - auch nur versuchte - Grenzübertritt von Polen wurde folglich mit der Todesstrafe geahndet, da stets die Absicht eines Beitritts zur polnischen Exilarmee unterstellt werden konnte. Wahrscheinlich gehören auch die Todesurteile gegen Franz Hloupy, Otokar Kolajta und Eduard Ruchalsky (Gefangenenbuch LGF 854/41) in diesen Zusammenhang.

Politischer Widerstand an der Grenze

Die Exilorganisation der antifaschistischen Parteien versuchten trotz Krieg und Grenzsperrung immer wieder, Kontakt zu den inländischen Widerstandsgruppen zu halten. Die Grenzkontrolle des nationalsozialistischen Staates war aber derart effektiv, daß

Im Namen des Deutschen Volkes

In der Strafsache gegen

- 1.) den Hausdiener *Paul S t e f a n o w i c z* aus Berlin, geboren am 5. Januar 1922 in Olyka (Verw. Bezirk Rowno),
- 2.) den Arbeiter *Franz L e n c z e w s k i*, aus Berlin, geboren am 1. August 1924 in Sandec (Gen. Gouvernement), Polen,
zur Zeit in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungshaft

wegen Vorbereitung zum Hochverrat u.a.

hat der Volksgerichtshof, I. Senat, auf Grund der Hauptverhandlung vom 21. Mai 1943, an welcher teilgenommen haben

als Richter:

Volksgerichtsrat Lämle, Vorsitzender,

Landgerichtsdirektor Dr. Schlemann,

SA.-Gruppenführer Haas,

SA.-Brigadeführer Hohm,

SA.-Gruppenführer Köglmaier,

als Vertreter des Oberreichsanwalts:

Amtsgerichtsrat Dr. Pitz,

für Recht erkannt:

Die Angeklagten haben als Polen das Wohl des Reichs dadurch geschädigt, daß sie im August 1942 ihre Arbeitsstellen in Berlin verließen und sich an die Reichsgrenze begaben, um bis zum Kriegsende in der Schweiz zu bleiben.

Der Angeklagte S t e f a n o w i c z

wird deshalb zum

T o d e

verurteilt.

Der Angeklagte L e n c z e w s k i, der unter dem Einfluß des ihm geistig erheblich überlegenen Stefanowicz gehandelt hat, erhält acht Jahre Straflager, worauf ihm die Untersuchungshaft angerechnet wird.

Mai 1943: Todesurteil gegen den Polen Paul Stefanowicz wegen versuchter Flucht in die Schweiz.

solche Verbindungen äußerst schwierig aufzubauen und meist von kurzer Dauer waren. So wurde der kommunistische Funktionär Anton Reisinger im Jahre 1940, als er von einer Tagung des ZK der KPÖ in Paris nach Wien zurückkehren wollte, ebenso verhaftet wie die kommunistische Kurierin Ines Maier, der Reisinger im Juni 1940 in Zürich "eine Deckanschrift in Feldkirch mitgeteilt" hatte (BAK, Verfahren gegen Anton Reisinger, 7 J 32/42, R 22-3390).

Auf Initiative des in der Schweiz als politischer Flüchtling lebenden ehemaligen Sekretärs der SDAPÖ in Vorarlberg, Anton Linder, unternahm der Schweizer Sozialist Jakob Wüst 1941 eine Erkundungstour in Vorarlberg, ohne allerdings Kontakt zu Widerstandsgruppen aufzunehmen (I: Wüst J.).

Gegen Ende des Krieges wurde die Grenze durchlässiger. Ab 1944 bestanden zahlreiche Kontakte zwischen verschiedenen Widerstandsgruppen in Österreich und den Exilorganisationen in der Schweiz (Goldner, 1983:67ff.), die zum Teil über das schwer kontrollierbare Grenzgebiet im Montafon gingen (Molden, 1976:264f.) An solchen Kontakten hatten mittlerweile auch die Geheimdienste, besonders der amerikanische und britische, Interesse. Die Kurier, die Informationen überbringen sollten, ließen somit oft auch ihnen ihr Wissen zukommen. Ungefährlich waren solche Kurierdienste auch in den letzten Kriegstagen keineswegs, wie die Verhaftung des Wiener Kommunisten Johann Breitler im hinteren Saminatal im Jänner 1945 (I: Breitler J.) und die Erschießung der österreichischen Sozialistin Hilde Monte-Olday am 17. April 1945 direkt an der Grenze bei Feldkirch beweisen (Röder/Strauß 1980; DÖW 6461). Beide hatten auch mit alliierten Geheimdiensten Kontakt gehabt, genauso wie der emigrierte deutsche Sozialist Willi Drucker, der Ende 1943 bei Feldkirch über die Grenze geschleust werden sollte, wahrscheinlich aber vom Feldkircher Gestapo-Chef Walter Kriener verraten wurde (Persico, 1980:188f.).

Gernot Egger

Verfolgung und Widerstand: Eine Bilanz

Wenn in der Einleitung festgestellt wurde, daß hier zwar ein umfangreicher, aufgrund der teilweise noch unzugänglichen Quellen und der beschränkten Arbeitskapazität der Autoren aber nur vorläufiger Bericht vorgelegt werden kann, so gilt die Feststellung der Vorläufigkeit besonders für eine statistische Auswertung. Immerhin aber erlauben die gesammelten Zahlen Einsichten in Umfang und Art des geleisteten Widerstandes und der staatlichen Verfolgungsmaßnahmen.

Das anschließende "Lexikon Verfolgung und Widerstand" enthält die Daten von 932 Personen, die von 1934 bis 1945 aus politischen Gründen unter den Zugriff staatlicher Strafinstanzen gerieten. 129 davon fallen in die austrofaschistische Ära, 803 in die Zeit der Hitlerdiktatur, wobei die Dunkelziffer der nicht erfaßten Fälle aus der Nazizeit beträchtlich sein dürfte. 32 Personen waren sowohl in der austrofaschistischen als auch in der nationalsozialistischen Ära aus politischen Gründen inhaftiert.

Unterschiede zeigen sich deutlich in der Härte der staatlichen Strafmaßnahmen: Kein Vorarlberger Antifaschist wurde zwischen 1934 und 1938 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, und schon gar keinem ging es ans Leben. Damit soll das Dollfuß/Schuschnigg-Regime keineswegs verharmlost werden, kannte es doch außer dem Kerker auch andere Möglichkeiten – etwa Arbeitsentlassung –, um Existenzen von politischen Gegnern zu vernichten. Nur eines soll deutlich werden: Hinsichtlich der staatlichen Terrormaßnahmen besteht nicht nur ein gradueller, sondern ein qualitativer Unterschied zwischen dem österreichischen und dem deutschen Faschismus.

Wie breitflächig die Unterdrückungsmaschinerie des NS-Systems in sämtliche soziale Schichten der Vorarlberger Bevölkerung eingegriffen hat, verdeutlicht eine statistische Auswertung der unter dem Nationalsozialismus verfolgten Vorarlbergerinnen und Vorarlberger nach Kriterien ihrer Schicht- oder Milieu-Zugehörigkeit. Eine solche Auswertung sagt natürlich nichts über die jeweilige Typik und Intensität der Verfolgung. Außerdem ließen sich nur in 559 von insgesamt 835 Fällen aus Berufsangaben oder den Umständen der Verfolgung – zum Beispiel "Arbeitsverweigerung" – Milieu-Zuschreibungen vornehmen. Und schließlich dürfte in der

folgenden Auswertung das bäuerliche Milieu unterrepräsentiert sein, weil in vielen Fällen, da Bewohner/innen von Kleingemeinden verfolgt wurden, keine Berufsangaben vorhanden sind, diese Personen aber wahrscheinlich in der bäuerlichen Produktion tätig waren.

Die Aufgliederung der 559 erhobenen Fälle ergibt folgendes Bild: 230 Arbeiter (41,1%); 48 Eisenbahner (8,6%); 36 Handwerker (Selbständige, Meister) (6,4%); 126 höhere Beamte, Angestellte, Lehrer, Unternehmer, freie Berufe, also Mittel- und Oberschicht (22,5%); 63 Bauern und Landarbeiter (11,3%); 56 Priester, Ordensleute und katholische Laien wie Pfarrersköchinnen und Mesner (10%).

Die Angaben zeigen, daß - keineswegs überraschend, aber für die Vorarlberger Zeitgeschichtsschreibung neu - rund die Hälfte der Verfolgten dem Arbeiter- und Eisenbahnermilieu zuzurechnen ist; rund ein Drittel sind Mittelschichtangehörige und ein Zehntel Kirchenleute, da Mitglieder der früheren christlichsozialen Elite und Funktionäre der Kirche vor allem am Beginn der NS-Herrschaft 1938/39 massiven Angriffen der Nationalsozialisten ausgesetzt waren; mehr als ein Zehntel - bei genauerer Auswertung wohl eher ein Fünftel - waren Angehörige des bäuerlichen Milieus, das sich in vielerlei Hinsicht gegenüber dem Nationalsozialismus als resistent erwiesen hat. Nicht enthalten in dieser Übersicht sind die dem "Euthanasie"-Programm zum Opfer Gefallenen und die zahlreichen Fälle von gerichts- oder behördenverfolgten Fremdarbeitern. Sie würden das Gewicht noch einmal weitgehend in Richtung Unterschicht verschieben.

Daß dieser Terrorapparat bis in die hintersten Talschaften hinein funktionierte, war nur dadurch zu erreichen, daß sich allerorts willfährige Personen finden ließen, die in privatem Eifer oder als fanatische Funktionäre Regimegegner den Behörden auslieferten. Man darf nicht glauben, daß die Gestapo selbst aufs Land hinausging, um die Bevölkerung auszuhorchen. In fast allen Fällen reagierte sie auf Anzeigen, die zuweilen selbst der Gestapo und den Gerichten zu lächerlich schienen, als daß sie die verdächtigen Personen bestraft hätten. Hinter nahezu jedem Verfolgten stand also mindestens ein Denunziant. In diesem Umstand ist wohl auch der Grund dafür zu sehen, daß die Vorarlberger Landesregierung noch heute alle die NS-Zeit betreffenden Akten so sorgfältig unter Verschuß hält.

Diese Fakten und Zahlen gilt es deshalb zusammenzufassen, da gerade in Vorarlberg eine sehr frühe Bildung der Legende gefördert wurde, hier seien die Verhältnisse - auch in der

NS-Zeit - anders und unvergiftet gewesen. So schrieb ein ungenannter Dornbirner bereits Ende der vierziger Jahre einen Bericht für das dortige Archiv, in welchem er ohne Quellenangabe konstatierte: "Der kühlen und nüchternen Denkweise der Vorarlberger entspricht auch die verhältnismäßig sehr geringe Zahl an Kasetlern aus unserer Heimat. Die Gestapo hatte da nicht viel zu tun, sie hat in sieben Jahren 31 Vorarlberger geholt. ... Von den 31 Vorarlbergern sind drei nicht zurückgekehrt, also 10 v. H." (MS im Stad). Gegen Ende dieses Textes wird dann allerdings klar, in welche Richtung eine solche Geschichtsfälschung zielt: "Ja, wenn man bedenkt, daß die 31 Kasetler aus Vorarlberg durchaus nicht lauter politische waren, sondern daß sich unter ihnen Kriminelle, Devisenschieber und andere zweifelhafte Gestalten befanden, kommt man zu dem Ergebnis, daß für jeden Vorarlberger Kasetler 200 Nazi büßen müssen" (ebd.).

So also hat die Trauerarbeit jener ausgesehen, die am Funktionieren des NS-Systems beteiligt waren. Und gerade sie haben nicht unwesentlich jene weitere Tradition bestimmt, in der die Untaten verschwiegen und die Opfer verunglimpft werden (vgl. Sperrung 1).

Aber auch von betroffener Seite, etwa von Kaplan Schelling, wurde die Dimension der NS-Verfolgungsmaschinerie schwerstens verkannt, wenn er von 40 KZ-Einweisungen und 13 Todesopfern spricht (Schelling, 1947). Die spätere landesgeschichtliche Literatur hat diese Angaben ungeprüft übernommen und teilweise noch weiter verharmlost (vgl. Pichler, 1982/b:195ff.). Die tatsächliche Bilanz des Schreckens sieht ganz anders aus und kann in der folgenden Form noch keineswegs als endgültig verbucht werden:

Vom 12. März 1938 bis zum 27. April 1945 wurden im Gefangenenhaus Bregenz-Oberstadt insgesamt ca. 6.000 Personen "zur Verfügung der Gestapo" in Haft gehalten - politische Häftlinge im engeren und weiteren Sinne also. Zieht man davon die Auswärtigen ab, nämlich Fremdarbeiter, Kriegsgefangene, Deserteure und Schweizflüchtlinge, bleiben ca. 1.500 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger, die aus politischen Gründen ins Räderwerk der NS-Verfolgung gerieten (vgl. GeBBr 1940-1945).

Nicht enthalten sind in dieser Zahl jene Personen, die in anderen Gefängnissen inhaftiert waren. Die Gefangenen in Bludenz, Feldkirch und Dornbirn decken sich nur zum Teil mit jenen in Bregenz. In bezug auf das Gefangenenhaus Feldkirch sind für die NS-Zeit 2.684 politische Häftlinge ausgewiesen (Mitteilung des landesgerichtlichen Gefangenenhauses Feldkirch an das Landesgericht vom 15.4.1946, DÖW). Eine Aufgliederung der Gefangenen

nach ihrer Herkunft liegt hierbei nicht vor, doch wird man ebenfalls einen großen Anteil von Nichteinheimischen annehmen dürfen. Da ein Teil der Einheimischen nicht mit den in Bregenz verzeichneten Inhaftierten identisch ist, muß man zumindest eine Zahl von etwa 300 zusätzlichen Gefangenen ansetzen. Mit Bludenz und Dornbirn ergibt sich somit eine Zahl von rund 2.000 Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern, die von 1938 bis 1945 von Gestapo und Justiz wegen politischer Opposition und anderen Formen der Widersetzlichkeit ihrer Freiheit beraubt wurden.

Der größere Teil von ihnen wurde nach ausführlichen und bedrohlichen Verhören nach etwa ein bis drei Wochen "Einschüchterungshaft" wieder entlassen; vielen wurden beträchtliche Geldsummen zur Aufbesserung der Sammelbilanz fürs "Winterhilfswerk" abgepreßt; für zahlreiche andere aber war die Bregenzer Oberstadt die erste Station eines jahrelangen Leidensweges.

- Allein das damalige Landgericht Feldkirch verurteilte wegen politischer Delikte im engeren Sinne - besonders nach dem "Heimtückegesetz" - über 200 Personen (DÖW 8346). Dazu kommen die "Hochverratsprozesse", die in Innsbruck, Wien, München, Berlin und Leipzig stattfanden.
- Nachweislich 115 Personen aus Vorarlberg wurden in ein Konzentrationslager eingewiesen. Mindestens 36 fanden dort den Tod, zehn weitere mit hoher Wahrscheinlichkeit.
- Insgesamt sind 80 Personen nachgewiesen, die aus politischen Gründen entweder von Gerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet, in Konzentrationslagern zu Tode gebracht, im Widerstand und auf der Flucht getötet wurden oder sich der KZ-beziehungsweise Gefängnis-Einlieferung durch Freitod entzogen haben (siehe S. 262-263).
- Über 300 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger wurden Opfer des nationalsozialistischen "Euthanasie"-Programms.

Meinrad Pichler

Verfolgung und Widerstand 1938—1945

Bachner Julius	Guttenberger Anna
Bader Innozenz	Häfele Anton
Bader Robert	Hagen Josef
Baldauf Hans	Hauser Sophie
Bauer Elsa	Heymann Klara
Bechter Otto	Himmer Wilhelm
Bitschnau Ferdinand	Höfel Josef
Bodemann Rudolf	Hofer Anton
Bonat Max	Hözlauer Anna Maria
Burtscher Wilhelm	Ibele Max
Domig Jakob	Jeller Alois
Eberle Erich	Karg Gebhard Gallus
Elkan Hans	Kilga Julius
Elkan Helene	King Anton Josef
Elkan Theodor	Kraner Franz
Feurstein Tobias	Krois Josef
Glohs Karl	Lampert Carl
Gmeiner Martin	Lampert Stefan
Grabher Eduard	Lang Rudolf
Grimm Alois	Latzer Stefan

Todesopfer aus Vorarlberg

Lorenz Martin
Lunardon Hugo
Malin Johann August
Matzer Sophie
Meier Johann
Meusbürger Ludwig
Morscher Josef
Morscher Otto
Nagelberg Frieda
Nußbaumer Josef
Paterno Hilar
Paterno Hugo
Perle Franz
Prantl Johann
Redler Karoline
Reinisch Franz
Reis Alois
Renz Anton
Rottmeier Hermann
Schad Werner

Schwärzler Adolf
Schwendinger Oswald
Seewald Johann
Silberstein Markus
Sinz Hermann
Sohm Arthur
Spindler Samuel
Steindl Johann
Streitler Rudolf
Tiefenthaler Konrad
Tschofen Josef
Tschohl Anton
Volkman Ernst
Voltolini Engelbert
Voltolini Karl
Weil Alois
Wenzel Eugen
Wieland Maria
Winkel Franz Josef
Wohlgenannt Otto

sowie über 300 Opfer
der "Euthanasie"

Lexikon
Verfolgung und Widerstand

Das folgende "Lexikon Verfolgung und Widerstand" enthält Daten zu Personen, die ihren regulären Wohnsitz zur beschriebenen Zeit in Vorarlberg hatten oder durch ihre Herkunft an das Land gebunden waren. Dabei handelt es sich um

- Personen, die mindestens einige Tage in Gestapo-Haft waren, und zwar nicht nur "Politische" im engeren Sinne, sondern auch Leute, die durch ihr Verhalten den politischen Totalitätsanspruch des NS-Regimes in irgendeiner Form unterhöhlten. Die Gestapo-Haft ist deshalb das entscheidende Kriterium, weil die Geheime Staatspolizei sich grundsätzlich für alle "staatsfeindlichen" und "staatsgefährdenden" Angelegenheiten zuständig erklärte. Zu dieser Personengruppe wären noch weitere Recherchen erforderlich;
- von NS-Gerichten Verurteilte und in Konzentrationslager Deportierte;
- Wehrdienstverweigerer und Deserteure;
- Opfer des militärischen Widerstandes der letzten Tage;
- aus "rassischen" und sozialen Gründen Verfolgte;
- Personen, die nachweislichen und wirksamen Widerstand geleistet haben, den NS-Behörden aber nicht bekannt wurden;
- Antifaschisten, die auf Grund ihrer politischen Einstellung in den Jahren 1933 bis 1938 inhaftiert waren.

Nicht verzeichnet sind diejenigen, deren Widerstand oder Verfolgung nicht aktenkundig wurde, sowie die "Euthanasie"-Opfer, da ihre Erwähnung noch lebenden Familienmitgliedern unangenehm sein könnte.

In diesem Rahmen strebt das Lexikon möglichste Vollständigkeit an. Personen, bei denen in der Quellenangabe auf den Text verwiesen wird, sind dort ausführlicher beschrieben und über das Personenregister abzurufen.

Für zusätzliche Informationen sind die Autoren sehr dankbar. Bitte schreiben Sie an:

Johann-August-Malin-Gesellschaft, Riedergasse 8, 6900 Bregenz.

ABBREDERIS, Ludwig, 16.9.1917 Dornbirn; Arbeiter bei F. M. Hämmerle; wegen finanzieller Unterstützung für die "Rote Hilfe" 7 Tage Arrest (1936).

Qu.: LGF Vr 6/36; 1: Petter H.

ADAM, Maria, 6.6.1924 Rosenheim; wh. Bregenz, Tochter der Anna GUTENBERGER; wegen des gleichen Delikts wie ihre Mutter zu mehrjähriger Haftstrafe verurteilt; siehe dort.

Qu.: LGF S 2/42; GeBBr 127/41; Text.

ADELHART, Anna, geb. Bilgeri, 12.8.1915 Hittisau; Bäuerin; wegen "Wehrkraftzersetzung" am 8.7.1944 verhaftet und am 22.11.1944 zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Qu.: DÖW 10317; LGF Sa Er; GeBBr 3122/44.

ALBINGER, Theresia, 5.4.1889 Bregenz; vom 11.6. bis 19.6.1943 in Bregenz inhaftiert und dann zum "Sammeltransport", das heißt zur KZ-Einlieferung, nach Lindau überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 1603/43.

ALBRICH, Vinzenz, 21.12.1901 Dornbirn; Arbeiter; vom 28.3. bis 11.4.1941 in Zusammenhang mit Karl Kobras (siehe dort) inhaftiert.

Qu.: GeBBr 96/41.

ALBU, Hans Joachim, 26.9.1914 Wien; Schneidiergehilfe in Dornbirn; am 26.11.1942 wegen "Verheimlichung der jüdischen Abstammung" verhaftet; über Lindau ins KZ Auschwitz, später nach Lublin und Dachau deportiert.

Qu.: LOF I/19; DÖW 5734a; GeBBr 907/42, 1036/42; LStAd.

ALGE, Eduard, 17.1.1900 Lustenau; auf Verfügung der Gestapo vom 1.11. bis 15.11.1944 in Bregenz inhaftiert, vom 15.11.1944 bis 25.1.1945 in Innsbruck in Haft; mit ihm wurden eine Serbin, eine Tschechin und zwei Polen verhaftet und auch nach Innsbruck überstellt. N.u.

Qu.: DÖW 15.062; GeBBr 3687/44.

ALLGÄUER, Doris, 27.11.1896 Altenstadt; Arbeiterin; vom 16.11. bis 7.12.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 1012/42.

ALTENDORFER, Simon, 7.10.1896 Berndorf (Salzburg), wh. Levis;

wegen des Besitzes verbotener Schriften am 31.7.1934 verhaftet und am 24.8.1934 in "Anhaltehaft" genommen.

Qu.: LGF Vr 703/34; Text.

AMANN, Erwin, 10.5.1906 Dornbirn; vom 12.6. bis 24.6.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 480/42.

AMANN, Gebhard, 29.5.1899; Funktionär der christlichen Gewerkschaft seit 1920; von 1927 bis 1938 Landesobmann der katholischen Arbeitervereine Vorarlbergs; nach dem deutschen Einmarsch eine Zeitlang inhaftiert.

Qu.: NNSch 7; Text.

AMANN, Jakob, 10.3.1884 Hohenems; Schreinermeister; vom 19.11. bis 27.11.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft; dann nach Feldkirch überstellt und wegen "wehrkraftzersetzender Äußerungen" zu 3 Monaten Haft verurteilt.

Qu.: GeBBr 570/41; I: Amann A. und J.

AMMAN, Jakob, aus Rankweil; im August 1944 10 Tage aus politischen Gründen inhaftiert.

Qu.: DÖW 8346.

AMANN, Leokadia, 27.7.1897 Koblach; Hausfrau; vom 27.7. bis 17.8.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 648/42.

ANSELM, Hubert, 5.7.1903 Feldkirch; Arbeiter; am 20.1.1940 wegen "Rundfunkverbrechens" in Innsbruck verhaftet und zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Qu.: WuVT I, 1984:356.

ATTLMAYR, Friedrich, 12.11.1888 Bregenz; Landesbeamter; vom 12.3. bis 24.3.1938 in Gestapo-Haft in Innsbruck.

Qu.: DÖW 15.062.

AUERSBERG, Hans Georg von, 6.12.1910 Schloß Feldberg (Steiermark); Offizier; wegen "Fahnenflucht" von der Gestapo in Bludenz verhaftet und am 18.4.1945 nach Bregenz, anschließend nach Feldkirch überstellt.

Qu.: GeBB1; GeBBr 661/45.

BACHER, Rudolf, 10.9.1909 Götzis; Geistlicher; vom 10. bis 18.1.1939 und vom 11. bis 13.1.1941 aus politischen Gründen in Gestapo-Haft in Innsbruck.

Qu.: WuVT II, 1984:332; DÖW 15.062.

BACHNER, Julius, 19.9.1881 Graz; Eisenbahner; mußte am 27.2.1939 aus "rassischen" Gründen von Bregenz nach Wien übersiedeln, von dort am 23.10.1941 ins Ghetto von Litzmannstadt deportiert und am 18.2.1942 zu Tode gebracht;

Qu.: DÖW o. Nr.; LS; Bilgeri, 1980:590; Text.

BADER, Franz, aus Bludenz; am 3.5.1945 am "Sturm auf die Kreisleitung" der NSDAP in Bludenz beteiligt, zusammen mit Bannder Eugen, Bertsch Josef jun., Bertsch Josef sen., Böckle Hugo, Bont Heinrich, Burtscher Alfred, Debitsch Kazimir, Delewski Stefan, Dona Josef, Ender Ulrich, Fessler Georg, Greber Johann, Hagen Albin, Jeller Alois, Juriatti Max, Jussel Meinrad, Klotz Hans, Libardi Johann, Lorünser Anton, Luzon Stanislaus, Malin Johann, Maniak Josef, Mark Ernst, Moosbrugger Ernst, Nußbaumer August, Ratt Karl, Reis Albin, Schierle Hermann, Schrupf Heinrich, Siegl Max, Steurer Elmar, Stroppa Albin, Suski Mieszylaus, Thoma Franz, Töchterle Klemens, Töchterle Richard, Tschol Albert, Unterberger Alois, Winder Peter und 12 weiteren Männern.

Qu.: StaBl 7/269; Text.

BADER, Innozenz, 24.12.1896 Langenegg; Landwirt; am 1.5.1945 zusammen mit Bader Robert, Bechter Otto, Gmeiner Martin, Nußbaumer Josef und Schwärzler Adolf in einem Feuergefecht mit der SS in Langenegg erschossen.

Qu.: Schelling, 1980:229ff.; Löffler-Bolka, 1975:49; LS; VN, 8.11.1945; Text.

BADER, Robert, 5.4.1920 Langenegg; Landwirt; am 1.5.1945 in einem Feuergefecht mit der SS in Langenegg erschossen; siehe Bader Innozenz.

Qu.: Schelling, 1980:193ff.; Löffler-Bolka, 1975:49; LS; VN, 8.11.1945; Text.

BALDAUF, Gebhard, 31.10.1878 Feldkirch; Pfarrer in Lustenau; vom 2. bis 23.7.1940 wegen Übertretung der "Werktagsordnung" inhaftiert; "Gauverbot" ab August 1940.

Qu.: GeBBr 164/40; Wanner, 1972:117; ABB; I: Glatthaar G.; Text.

BALDAUF, Hans, 31.1.1918 Bregenz; Unteroffizier; wegen "Wider-
setzlichkeit" in der Wehrmacht verhaftet; über die KZs Sachsen-
hausen (Juni 1941), Natzweiler, Dachau nach Auschwitz (August
1943) deportiert; dort am 11.9.1943 zu Tode gebracht.

Qu.: I: Fässler H.; DMG; Text.

BALDAUF, Viktor, 14.11.1906 Lauterach; wegen Zugehörigkeit zu
einer kommunistischen Gruppe in Bregenz 1934 eine Zeitlang in
Untersuchungshaft.

Qu.: LGF Vr 935/34.

BANNDER, Eugen, damals Bludenz; siehe Bader Franz.

BARBISCH, Otto, aus Rankweil; am 22.4.1945 zusammen mit
Ludescher Adolf, Matt Theophil, Paulitsch Christian, Rauch Josef,
Rohrer Alois und Rohrer Josef als Geisel verhaftet.

Qu.: DÖW 8346.

BAU(E)R, Elsa, 3.6.1904 Ebensee; wh. Bregenz; am 5.5.1942 aus
"rassischen" Gründen von der Gestapo deportiert, am 5.6.1942 von
Wien nach Izbica deportiert, nach anderen Informationen im
Ghetto von Kraukau gestorben. Tochter der Sophie MA(T)ZER.

Qu.: LS; DÖW o. Nr.; Text.

BAUER, Eugen, aus Bregenz; Arbeiter; vom 12.2. bis 17.2.1934
zusammen mit anderen sozialdemokratischen Funktionären aus dem
Bezirk Bregenz (Draxler Johann, Flatz Josef, Greußing Josef,
Hermann Eugen, Madlener Franz, Mayer Johann sen., Mayer
Johann jun., Peter Josef, Preiß Fritz, Schwärzler August, Stadler
Fritz, Winkler Heinrich) in politische "Verwahrung genommen".

Qu.: VLA, BH Bregenz C-280/1934; Text.

BAUER, Rudolf, 24.12.1914 Dornbirn; Arbeiter; wegen Spenden für
die "Rote Hilfe" im Juni 1935 eine Woche Arrest.

Qu.: LGF Vr 6/36; I: Petter H.

BAUMANN, Max, 23.12.1913 Antibes; wh. Bregenz; Schlossergehilfe;
am 26.9.1934 wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Gruppe in
Bregenz eine Zeitlang inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 935/34.

BAYERHUBER, Albertina Berta, 31.1.1896 Bregenz; in Haft bei der
Gestapo Innsbruck vom 8.7.1941 bis zum 15.7.1942; anschließend

Überstellung an ein Gericht; N.u.

Qu.: DÖW 15.062.

BECHTER, Otto, 7.8.1901 Langenegg; Landwirt; am 1.5.1945 in einem Feuergeschicht mit der SS in Langenegg erschossen; siehe Bader Innozenz.

Qu.: Löffler-Bolka, 1975:49; Schelling, 1980:229ff.; VN, 8.10.1945; Text.

BEER, Pius, 17.3.1879 Au; Landwirt; wegen "staatsfeindlichem Verhalten" ab 27.3.1940 eine Woche in Bregenzer Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 74/40.

BERGER, Josef, 28.11.1902; Ordensbruder in der Mehrerau; vom 14.4. bis 3.5.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann dem LGF überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 124/41.

BERGMANN, Erna, 12.1.1917 Hard; vom 3.7. bis 13.7.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 3097/44.

BERGMOSER, Ferdinand, 13.4.1908 Mossinc (Kärnten); Schuhmachergehilfe; wh. Bregenz; 1934 wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Gruppe in Bregenz eine Zeitlang inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 935/34.

BERNDORFER, Johann, 14.3.1904 Neukirchen, wh. Bartholomäberg/Gantschier; am 6.9.1940 wegen "Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung" (Zeugen Jehovas) angeklagt und 4 Monate inhaftiert.

Qu.: BAK R 22 3490/14; Text.

BERTSCH, Josef jun., aus Bludenz; siehe Bader Franz.

BERTSCH, Josef sen., aus Bludenz; Mitglied des "Viererkomitees" der Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung in Bludenz als Vertreter der SPÖ; siehe auch Bader Franz.

Qu.: StaBl 7/269.

BILGERI, Katharina, 2.5.1913 Egg; Hausfrau; vom 3.5. bis 13.5.1943 aus "politischen Gründen" in Bregenz inhaftiert.

Qu.: GeBBr 1476/43.

BILGERI, Ludwig, 6.9.1895 Hittisau; am 17.7.1944 verhaftet und am 4.8.1944 ins Gestapo-Gefängnis Innsbruck überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 3148/44.

BIRKER, Fritz, aus Bludenz; wegen "Fahnenflucht" zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt; N.u.
Qu.: StaBl 7/50 und 7/391.

BISCHOF, Josef, 16.6.1912 Reuthe; wegen "Umgang mit ausländischen Arbeitern" vom 20.8. bis 2.9.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann ins Lager Reichenau deportiert.
Qu.: GeBBr 1876/43.

BISIG, Jakob, 21.9.1913 Einsiedeln (CH); Benediktiner-Pater im Gallusstift; siehe Born Jakob.

BITSCHNAU, Ferdinand, Eisenbahner; in der Gestapo-Haft am 3.1.1943 zu Tode gebracht; N.u.
Qu.: Vogl, 1958:219.

BITSCHNAU, Hans Dr., wh. Feldkirch; in Innsbruck und Feldkirch vom 10.11.1939 bis 23.2.1940 in Haft.
Qu.: I: Blaickner E.; DÖW 15.062.

BITSCHNAU, Josef, wh. Feldkirch; wurde vom Sondergericht beim LGF am 16.1.1945 nach dem "Heimtücke-gesetz" angeklagt; N.u.
Qu.: LGF Sa Er.

BITSCHNAU, Wolfram, 30.12.1921 Feldkirch; Student; in Innsbruck und Feldkirch vom 10.11.1939 bis zum 23.2.1940 aus politischen Gründen inhaftiert.
Qu.: DÖW 15.062; I: Blaickner E.

BITTSCHWAMM, Ernst, 3.10.1897 Gisingen, + 1982; Kaufmann; im Zusammenhang mit der Gruppe Malin am 6.5.1942 verhaftet und bis 17.10.1942 in Bludenz eingesperrt; anschließend Überstellung nach Feldkirch und zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.
Qu.: DÖW 9619; GeBBl; DMG; I: Bittschwamm E.; Text.

BLACHA, Rudolf, 24.2.1905 Waidhofen, wh. Bludenz; auf Befehl der Bludener Kreisleitung der NSDAP vom 22.4. bis 2.5.1945 zusammen mit Fischer Josef, Loy Rudolf, Nesler Johann, Neyer Franz,

Noegele Michael und Wasle Alois inhaftiert, um Widerstandsaktionen zu unterbinden.

Qu.: GeBBl.

BLUM, Anton, 6.5.1903 Dornbirn; Weber; aufgrund seiner Tätigkeit als HW-Kommandant in Dornbirn nach dem "Anschluß" verhaftet; Einlieferung in das KZ Dachau; Überstellung an das LG Feldkirch zwecks Einleitung eines Verfahrens; 22.12.1938 Flucht in die Schweiz.

Qu.: LGF Vr 301/38; DÖW 1405; DÖW 6451; DMG; I: Spiegel W.; Text.

BLUM, Felix, 13.8.1911; Pater in Bregenz-Mehrerau; in Gestapo-Haft im April 1941.

Qu.: ABB; GeBBr 101/41.

BLUM, Heinrich, 3.10.1909 Feldkirch; wegen "Verstoß gegen die Arbeitsdisziplin" vom 9.12. bis 16.12.1943 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Innsbruck überstellt.

Qu.: GeBBr 2269/43.

BLUM, Karl, 5.12.1899 Hard; als Informant der Sicherheitsdirektion am 24.5.1938 verhaftet; am 28.7.1938 in das KZ Dachau deportiert; dort bis Kriegsende inhaftiert.

Qu.: DÖW 15.062; ABB.

BOBLETER, Max, 16.8.1903 München, wh. Feldkirch; Arbeiter; im Juni 1938 wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" und wegen des Verdachtes des "Menschenschmuggels" von Spanienkämpfern kurze Zeit eingesperrt; 1941 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" und "kommunistischer Propaganda" verhaftet und zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt und am 7.2.1942 in das Straflager Rodgau-Dieburg deportiert.

Qu.: DÖW 8239; LOF I/25; LGF SaEr; Geier, 1945; Text.

BÖCK, Adolf, Bludenz; aus politischen Gründen in den KZs Dachau und Mauthausen. N.u.

Qu.: StaBl 7/50.

BÖCKLE, Hugo, aus Feldkirch; siehe Bader Franz.

BODEMANN, Rudolf, 21.4.1912 Dornbirn; Mineur; wegen "Zersetzung der Wehrkraft" in Parkkina (Nord-Finnland) am 24.6.1942 stand-

rechtlich erschossen.

Qu.: LS; Unsere Kriegsoffer, o.J.; DMG; Text.

BOHLE, Eugen, 16.9.1896 Dornbirn; Gärtner; am 14.2.1940 im Zusammenhang mit der "Gruppe Himmer" verhaftet und am 16.10.1941 von Bregenz nach Feldkirch überstellt; wegen "Vorbereitung des Hochverrats" am 20.1.1942 zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Qu.: DÖW 8197; GeBBr 27/40; Text.

BOHLE, Lorenz, 19.7.1909 Dornbirn; Arbeiter bei F. M. Hämmerle; wegen Äußerungen im Wartezimmer eines Dornbirner Arztes zum Bürgerkrieg in Spanien 1937 7 Tage Arrest.

Qu.: LGF Vr 488/36; Text.

BOHLE, Wilhelm, 19.8.1891 Lauterach; Pfarrer in Braz; vom 11.3. bis 1.4.1941 wegen "Beunruhigung des Volkes" inhaftiert.

Qu.: ABB; GeBBr 55/41; Wanner, 1972:117f.

BÖHLER, Engelbert, 11.1.1898 Bregenz; Arbeiter; Freiwilliger der Internationalen Brigaden, ab 31.1.1939 in Dachau, später in Flossenbürg.

Qu.: DÖW 6451, LOF I/2, I: Böhler M.

BÖHLER, Girlanta, 10.10.1882; als Zeugin Jehovas von der Gestapo Innsbruck am 2.6.1939 in das KZ Ravensbrück eingeliefert; N.u.

Qu.: DÖW 15.062; Text.

BÖHLER, Josef, 19.6.1860 Bildstein; vom 31.8. bis 14.9.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 1923/43.

BOLBANK, Karl, 30.4.1900 St. Peter bei Klagenfurt, wh. Bregenz; wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Gruppe in Bregenz 1934 eine Zeitlang inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 935/34.

BONAT, Max, 12.5.1912 Bregenz; Soldat; am 27.10.1942 von der Gestapo Bregenz nach München überstellt, nachdem er sich aus einem dortigen Lazarett entfernt hatte; vom 25.12.1942 bis 4.1.1943 wieder in Bregenzer Gestapo-Haft und wieder nach

München überstellt; am 2.2.1945 wegen "Fahnenflucht und Kriegsverrat" in Verona hingerichtet.

Qu.: LS; N-KZV; GeBBr 957/42, 1071/42.

BONETTI, Emil, 28.8.1922 Hard; später Kaplan; floh im Mai 1943 in Südtalien aus der Wehrmacht, kam über Umwege nach Wörgl, wo er im Juli 1944 verhaftet wurde; in Innsbruck zum Tode verurteilt und nach Freiburg überstellt, wo er im Dezember 1944 begnadigt wurde und "Frontbewährung" erhielt; im April 1945 gelang ihm erneut die Flucht.

Qu.: VLK 234/1978; I: Bonetti E.

BONT, Heinrich, aus Bürs; siehe Bader Franz.

BORG, Jakob; Landwirt; am 4.4.1945 vom Bludenzner Kreisamtsleiter schwer mißhandelt. N.u.

Qu.: OLG Ibk Vr 4394/47.

BORN, Jakob, 25.11.1901 Grellingen (CH); Benediktiner-Pater im Gallusstift; vom 21.10.1940 bis 13.2.1941 in Gestapo-Haft; anschließend nach Lindau und dann nach Berlin überstellt.

Qu.: GeBBr 389/40.

BÖSCH, Andreas, 11.10.1905 Dornbirn; Textilarbeiter; am 9.6.1943 nach dem "Heimtückegesetz" vom Landesgericht München (Sondergericht 3) zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Qu.: DMG; I: Bösch A.; Text.

BÖSCH, Engelbert; Deserteur aus Lustenau, der im Schweizer Internierungslager Murimooos bei einem Arbeitsunfall ums Leben kam.

Qu.: I: Huber H.

BÖSCH, Erna, geb. Lang, 21.12.1920 Rankweil; wegen Hilfeleistung für Kriegsgefangene am 28.1.1942 von der Gestapo in Bludenz verhaftet und in das Gefangenenhaus Feldkirch überstellt; ca. 2 Monate inhaftiert.

Qu.: I: Bösch E.; GeBBl 27/42.

BÖSCH, Ferdinand, 15.7.1912 Lustenau; Gendarm; am 29.4.1938 in Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: ABB 1171/38.

BÖSCH, Franz; Kaufmann; zusammen mit Kaplan Kleinbrodt aus Lustenau (siehe dort) inhaftiert; mit 50 Jahren noch "Frontbewährung"; in französischer Kriegsgefangenschaft verhungert.
Qu.: I: Bösch A.; DÖW 10.910.

BÖSCH, Gebhard, 2.12.1895 Lustenau; Kaufmann; von der Gestapo Innsbruck am 16.11.1944 wegen Fluchthilfe verhaftet und schwerstens mißhandelt; bis Kriegsende in Haft.
Qu.: DÖW 8434; GeBBr 3746/44; LOF II/65; Text.

BÖSCH, Paula, 10.9.1915 Lustenau; Arbeiterin; vom 13.8. bis 27.8.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 711/42.

BOSS, Romedius, 27.1.1898 Bregenz; verhinderte als Betriebsleiter der Illwerke in Partenen die Sprengung des Werkes; s. Pfeifer A.
Qu.: Schelling, 1980:214; Jahresbericht BG Bregenz 1982/83; Text.

BRANNER, Alfons, 3.3.1895 Rankweil; Tischler; vom 11.9. bis 25.9.1939 und vom 20.10. bis 18.11.1943 aus politischen Gründen inhaftiert.
Qu.: DÖW 8346; GeBBr 2013/43.

BRAUN, Ludwig, 13.8.1896 Dornbirn; Eisenbahner; vom 1.3. bis 15.4.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 44/40.

BREITENFELLNER, Karl, 27.4.1905 Burgkirchen (OÖ), wh. Frastanz; Arbeiter; 1941 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" und "kommunistischer Mundpropaganda" 6 Jahre Zuchthaus; am 11.2.1942 aus dem Feldkircher Gefängnis ausgebrochen, am 18.2.1942 wieder ergriffen, am 20.2.1942 ins Zuchthaus Kaisheim überstellt.
Qu.: DÖW 8239; LOF I/19; VT, 12.2.1942; LGF SaEr; Geier, o.J.; Text.

BREITLER, Johann, 22.10.1905 Mürzzuschlag; Arbeiter; flüchtete im Oktober 1941 von Wien in die Schweiz. Im Dezember 1944 Flucht aus dem Internierungslager, Auftrag zur Kontaktierung kommunistischer Widerstandsgruppen in der Steiermark. Bei der Rückkehr im Saminatal verhaftet, in Bregenz vom 27.1. bis 30.1.1945 inhaftiert.
Qu.: GeBBr 144/45; I: Breitler J.; Text.

BROCH, Johann Kajetan, 25.11.1900 Feldkirch; Hilfspolizist (HIGA), floh am 22.9.1939 nach Liechtenstein, von dort angeblich freiwillig zurückgekehrt. 6 Monate strenger Arrest.
Qu.: LGF Vr 442/39; Text.

BROTZGE, Johann, 8.12.1899 Hohenems; Arbeiter; Zeuge Jehovas; am 12.5.1940 wegen "Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung" verhaftet; Verfahren vor dem Landgericht in Feldkirch; 4 Monate inhaftiert.
Qu.: I: Brotzge J.; GeBBr 140/40; BAK, R 22-3490/14.

BRUGGER, Konrad, 4.12.1884 Silbertal; Kaufmann; am 27.1.1942 "Schutzhaft" in Bludenz, am 30.1. nach Bregenz überstellt, dort bis 17.2.1942, dann entlassen. N.u.
Qu.: GeBB1 22/42; GeBBr 170/42.

BRUNHART, Elias, 6.2.1905 Balzers (FL); Zisterzienser-Pater in Bregenz-Mehrerau; vom 1.4. bis 25.4.1941 in Gestapo-Haft.
Qu.: GeBBr 100/41.

BRUNNER, Paul, 11.2.1918 Wald bei Zürich; Zuckerbäcker; am 8.9.1941 "Schutzhaft" in Bludenz, am 10.9. nach Bregenz überstellt, dort am 24.9. von der Gestapo abgeholt. N.u.
Qu.: GeBB1 77/41; GeBBr 432/41.

BUCHMÜLLER, Werner, 20.12.1920 Lotzwil (CH); vom GP Brand am 2.9.1940 ins Gefangenenhaus Bludenz eingeliefert; von der Gestapo übernommen. N.u.
Qu.: GeBB1 93/40.

BURGER, Josef, 15.7.1875 Imst, wh. Bregenz; General a.D.; nach dem Einmarsch der deutschen Truppen verhaftet und bis 24.6.1938 in Bregenz in Haft. Vom 23.4. bis 30.4.1945 als Geisel festgehalten.
Qu.: GeBBr 677/45; Lingenhölle, 1983; Text.

BURGER, Pia Maria, 15.5.1891 Zuswil (CH), Gattin des Josef Burger; in den letzten Kriegstagen vom 23.4. bis 25.4.1945 als Geisel inhaftiert.
Qu.: GeBBr 681/45.

BÜRKLE, Ignaz, 24.10.1895 Bürs; Malermeister; wegen "Vergehens

gegen das Heimtückegesetz" am 31.3.1939 3 Monate Gefängnis.
Qu.: DÖW 11.543.

BÜRKLIN, Otto, 15.12.1904 St. Gallen; Arbeiter; am 6.5.1939 wegen angeblicher kommunistischer Propaganda vom LGF zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt, am 10.1.1940 nach Innsbruck überstellt.
Qu.: DÖW 6938; MA Bregenz; Text.

BURTSCHER, Alfred, 12.1.1899 Bludenz; Eisenbahner; siehe Bader Franz; bereits im Jahr 1934 wegen politischer Tätigkeit vom Dienst bei den ÖBB suspendiert und 3 Monate inhaftiert.
Qu.: DMG; DÖW 8346; VLK 234/1978.

BURTSCHER, Franz Xaver, 6.7.1880 Sonntag; Landwirt; vom 4.10. bis 15.10.1943 und vom 9.7. bis 12.10.1944 wegen Fluchthilfe für Deserteure in Bludenz in "Schutzhaft", am 14.10.1944 nach Feldkirch überstellt.
Qu.: GeBBl.

BURTSCHER, Leonhard, Sonntag; Landwirt; als Deserteur von 1943 bis 1945 im Großen Walsertal versteckt.
Qu.: StaBl 7/403; Text.

BURTSCHER, Otto, 23.1.1903 Bürserberg; Fuhrmann; vom 2.9. bis 4.9.1943 auf Veranlassung der Gestapo in "Schutzhaft" (Bludenz), dann "Arbeitserziehungslager" Reichenau.
Qu.: GeBBl.

BURTSCHER, Otto Dr., 23.5.1910 Hard; als Mitglied der "Großösterreichischen Freiheitsbewegung" des später hingerichteten Dr. Jakob Kastelic am 26.10.1940 verhaftet und bis 29.3.1943 inhaftiert; das Verfahren endete ohne Urteilsspruch.
Qu.: DÖW 3336; LOF; I: Burtscher O.; DMG. Text.

BURTSCHER, Wilhelm, 27.10.1922 Sonntag; Landwirt; am 12.7.1944 zusammen mit Martin Lorenz wegen "Fahnenflucht" festgenommen und am 8.12.1944 in Graz hingerichtet.
Qu.: DÖW 1936; GeBBl; I: Domig E.; Text.

BUSARELLO, Georg, aus Bludenz; Eisenbahner; zwischen 1934 und 1942 mehrmals aus politischen Gründen inhaftiert.
Qu.: Schr.M. Garscha F.

CARRARO, Mario, 16.11.1898 Bludenz; Arbeiter; wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" ca. ein halbes Jahr in Untersuchungshaft, dann Freispruch.

Qu.: DÖW 8238; Text.

COL, Enrico, 21.9.1916 Turin, wh. in Hohenems; Arbeiter; am 17.5.1944 wegen "Arbeitsverweigerung" und Widersetzlichkeit bei der Festnahme zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Qu.: LGF 5 E Vr 36/44.

DAMM, Franz, aus Bings; um 1940 in politischer Haft. N.u.

Qu.: StaBl 7/391.

DEBITSCH, Kazimir, damals Bludenz; siehe Bader Franz.

DEGENHART, Hulda, 24.3.1915 Vaduz, wh. Bregenz; Lehrerin; im Mai 1941 wegen "Verbreitung von Gerüchten" in Bregenzer Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 177/41.

DELEWSKI, Stefan, damals Bludenz; siehe Bader Franz.

DENZ, Maria, 12.9.1894 Bezaun; Bäuerin; längere Zeit in Untersuchungshaft wegen "Wehrkraftzersetzung"; am 18.9.1943 freigesprochen.

Qu.: DÖW 8976.

DIEM, Erwin, 17.4.1911 Dornbirn; Fleischhauergehilfe; am 16.10.1939 von Feldkirch nach Innsbruck überstellt, am 20.10.1939 von dort nach Buchenwald, später "Frontbewährung"; vermißt.

Qu.: DÖW 15.062; DMG.

DIEM, Eugen, 21.2.1890 Dornbirn; wegen "Verbreitung von Gerüchten" vom 12.8. bis 28.8.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 1845/43.

DIEPLINGER, Eduard, 25.1.1905 Linz, wh. Bregenz; Maschinenschlosser; wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" in Bregenz vom 15.8. bis 5.9.1941 in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt, am 8.6.1942 zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Qu.: DÖW 1411; GeBBr 319/41.

DIETRICH, Franz, 28.12.1906 Bregenz; vom 27.7. bis 28.8.1942

in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBR 646/42.

DILGER, Franz, 9.9.1900 Bregenz, Eisenbahner; 1934 wegen illegaler gewerkschaftlicher Betätigung in Bregenz eine Zeitlang in Haft.
Qu.: LGF Vr 935/34.

DILLMANN, Gustav, 10.2.1900 Düsseldorf, wh. Göfis; wegen "Wehrkraftzersetzung" 1944 zu 5 Jahre Zuchthaus verurteilt.
Qu.: DÖW 5663; DÖW 9491.

DOMIG, Jacob, aus Sonntag; Landwirt; im Großen Walsertal bei einer Razzia der Gendarmerie als Deserteur erschossen.
Qu.: LGF Vr 226/47; 1: Domig E.; Text.

DONA, Alois, 1.1.1896 St. Anton im Montafon, wh. Telfs; Eisenbahner; am 31.3.1944 nach Dachau deportiert.
Qu.: DÖW 15.062.

DONA, Josef, 5.9.1904 Bludenz; Bundesbahnbediensteter; wurde am 13.12.1934 verhaftet, N.u.; 1945 beteiligt am "Sturm auf die Kreisleitung" (siehe Bader Franz); Mitglied des "Viererkomitees" der Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung in Bludenz als Vertreter der KPÖ.
Qu.: OF; StaBl 7/269; LGF Vr 935/34; DÖW o. Nr.

DRAXLER, Johann, aus Bregenz; Kommandant des "Republikanischen Schutzbundes" in Bregenz; siehe Bauer Eugen.

DÜNGLER, Josef-Anton, wh. St. Gallenkirch; wegen Fluchthilfe längere Zeit in Haft. N.u.
Qu.: DMG; LOF 11/69.

DÜNSER, Albert, 30.4.1891 Bürserberg; vom 10.11. bis 15.11.1944 in Bludenz in Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBl.

DÜNSER, Christian, Bludenz-Radin; während der NS-Zeit aus politischen Gründen inhaftiert.
Qu.: StaBl 7/391.

DÜNSER, Hermann, 1.3.1903 Ludesch; Eisenbahner; vom 14.11.1934

bis 1.2.1935 in Bludenz in Untersuchungshaft. Später in Zell/See wohnhaft. 1942 zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt, am 10.7.1943 "Frontbewährung", Division 999.
Qu.: DÖW 6345; Vogl, 1958:199f.

DÜRNBERGER, Erich, 21.7.1922 Bregenz; Soldat; am 17.3.1943 von der Gestapo Bregenz dem Kriegsgericht Trier überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 1290/43.

DÜRNBERGER, Otto; laut Antragsliste zur Opferfürsorge im Konzentrationslager gewesen. N.u.
Qu.: LOF I/49.

DÜRR, Franz, 17.2.1914 Hard; Geistlicher; vom 8.5. bis 28.5.1941 in Gestapo-Haft in Innsbruck.
Qu.: WuVT II, 1984:334.

EBERHARTER, Berta, 16.12.1924 Bludenz; Arbeiterin; Ende Februar 1945 wegen "Aufhebens von aus Flugzeugen abgeworfenen Flugblättern" verhaftet und 3 Wochen eingesperrt.
Qu.: OLG Ibk 10 Vr 2233/47; StaBl 7/50.

EBERL, Elsa, 6.2.1916 Thüringen; Arbeiterin; zusammen mit Linherr Stefanie vom 23.1. bis 7.2.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann dem LGF überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 163/42.

EBERLE, Adelheid, 17.9.1881, wh. Bezau; Hausfrau; vom 17.3. bis 25.3.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 257/42.

EBERLE, Erich, 26.3.1907 Langenegg; Kaufmann; im KZ Mauthausen am 13.7.1944 umgekommen. N.u.
Qu.: I: Feurstein L.; DMG.

EDEL, Heinrich, 12.2.1919 Hard; Kaufmann; am 20.4.1940 in Kitzbühel Verfahren wegen Verstoß gegen das Rundfunkgesetz; N.u. 1943 vom Divisionsgericht Torgau zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Bis 1945 in der Festung Torgau, insgesamt 31 Monate in Haft.
Qu.: DÖW 11.395; GeBBr 264/41.

EGGER, Paul, 15.8.1885 Teuschl (Kärnten), wh. in Bregenz; Schneidermeister; wegen Kontakten zur illegalen KPÖ am 26.9.1934 verhaftet und längere Zeit eingesperrt.
Qu.: LGF Vr 935/34.

EGLE, Alfred, 1.8.1906 Koblach; Geistlicher; vom 4.11. bis 22.11.1940 in Gestapo-Haft in Innsbruck.
Qu.: WuVT II, 1984:334.

EGLE, Josef; Fröhmesser in Koblach; am 18.7.1941 wegen "Verbreitung von Gerüchten" zu 3 Wochen Haft verurteilt.
Qu.: Wanner, 1972:118.

EICHINGER, Hildegard, 6.4.1914 Schruns; am 9.8.1940 2 Monate Haft, weil sie belgischen Kriegsgefangenen Lebensmittel schenkte.
Qu.: LGF 5 E Vr 293/40.

EIGELDINGER, Johann, 11.3.1900 Hohenems; Gärtner; am 28.4.1944 verhaftet; wegen "Wehrkraftzersetzung" am 23.11.1944 in Feldkirch zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Qu.: DÖW 10.202; GeBBr 2748/44.

EISELE, Helmut, 28.9.1925 Lustenau; Tischler; verweigerte im Jänner 1943 als 17jähriger die Zwangsrekrutierung zur Waffen-SS; vom 1.2. bis 21.2.1943 in einem SS-Lager in Stettin interniert, vom 22.2. bis 20.3.1943 im KZ Oranienburg, dann zur Wehrmacht eingezogen.
Qu.: OF IVa-168/516.

ELKAN, Dr. Hans, 22.3.1900; Lehrer; aus "rassischen" Gründen wie seine Eltern nach Wien und dann ins KZ Theresienstadt deportiert, dort am 23.7.1944 zu Tode gebracht.
Qu.: Totenbuch des KZ Theresienstadt (im DÖW); Peter, 1982:836; Meldebuch StaH; Text.

ELKAN, Helene, 30.12.1879; wie ihr Mann Theodor Elkan nach Wien und ins KZ Theresienstadt deportiert, dort am 28.2.1944 zu Tode gebracht.
Qu.: Totenbuch des KZ Theresienstadt (im DÖW); Peter, 1982:836; Meldebuch StaH; Text.

ELKAN, Theodor, 17.5.1864, wh. Hohenems; Versicherungsagent; am 31.5.1940 zur Umsiedlung nach Wien gezwungen, von dort am

21.8.1942 ins KZ Theresienstadt deportiert und am 1.9.1942 zu Tode gebracht.

Qu.: Totenbuch des KZ Theresienstadt (im DÖW); Peter, 1982:836; Meldebuch StAH; Text.

ELLER, Felix, 25.11.1899 Möggers; Waldaufseher; vom 29.9. bis 13.10.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft; N.u.

Qu.: GeBBr 482/41.

EMBERGER, Karl, 20.5.1903 Greifenburg, wh. Dornbirn; Schuhmacher; 1935 wegen Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Gruppe in Dornbirn 1 Woche Haft.

Qu.: LGF Vr 6/36.

EMESZ, Andreas; Gärtner in Vandans; am 23.10.1944 wegen "Wehrkraftersetzung" beim OLG Wien unter Anklage gestellt. N.u.

Qu.: LGF SaEr.

EMHOFER, Ernst, 21.11.1904 Gmunden; Zöllner in Höchst; verhaftet am 21.2.1944, bis 11.3.1944 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Innsbruck überstellt. Wegen Fluchthilfe zum Tod verurteilt, zur Vollstreckung kam es aber nicht mehr. Mißhandlung durch die Gestapo.

Qu.: DÖW 8438, 8434; GeBBr 3481/44; Text.

ENDER, August, 29.4.1896 Götzis; vom 7.6. bis 17.6.1943 als "politischer Häftling" im Gefangenenhaus Bregenz. N.u.

Qu.: GeBBr 1595/43.

ENDER, Gabriel, 5.9.1913 Mäder; Spanienfreiwilliger; nach Internierung in Frankreich dort Partisan bis 1944.

Qu.: Egger, 1982:167f.

ENDER, Gebhard, 23.3.1903 Rankweil; Versicherungsvertreter; vom 4.7. bis 24.7.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 562/42.

ENDER, Heinrich, 11.5.1899 Altach; am 20.11.1944 auf Verfügung des SS-Gerichts verhaftet, am 24.11.1944 von Innsbruck nach Danzig überstellt. N.u.

Qu.: DÖW 15.062.

ENDER, Lorenz, 15.10.1915 Mäder; Spanienfreiwilliger; 1940 in Frankreich verhaftet, in Innsbruck eine Zeitlang inhaftiert, am 15.12.1943 in Innsbruck bei einem Bombardement umgekommen.
Qu.: Egger, 1982:169.

ENDER, Otto Dr., 24.12.1875 Altach, + 25.6.1960; Altlandeshauptmann, ehemaliger Bundeskanzler. Ab dem 25.3.1938 ca. 6 Monate in Bregenz, Innsbruck und Wien in Gestapo-Haft.
Qu.: Huebmer, 1957; Lingenhölle, 1983; Schr.M. Ebner H.; I: Hoffenberg M.; Text.

ENDER, Ulrich, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

ENDRES, Karolina, 2.4.1892 Dornbirn; vom 23.7. bis 18.8.1943 als "politischer Häftling" im Gefangenenhaus Bregenz, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 1784/43.

ENGLER, Andreas, aus Rankweil; Eisenbahner; im Februar 1941 aus politischen Gründen 10 Tage inhaftiert.
Qu.: DÖW 8346.

ENGLER, Eduard, aus Rankweil; Arbeiter, Sozialdemokrat; wegen "Beschimpfung der Regierung" 1936 3 Monate in Wöllersdorf interniert.
Qu.: I: Engler F.

ERATH, Fridolin, 22.5.1874 Au; Pfarrer in Andelsbuch; vom 3.1. bis 21.2.1940 in Bregenz in Gestapo-Haft wegen "Beunruhigung des Volkes".
Qu.: GeBBr 3/40; Wanner, 1972:118; I: Kohler A.; Text.

ERNE, Franz Josef Dr., 29.4.1878 Bregenz, + 14.12.1965; Landtagspräsident, Landesgerichtspräsident; 1938 eine Zeitlang in Gestapo-Haft und amtsenthoben. Ab 20.8.1944 mit einigen Landtagsabgeordneten 10 Tage im Lager Reichenau interniert.
Qu.: NNSch 7; Text.

ERNECKER, Friedrich, 30.6.1897 Traun, wh. Hörbranz; Arbeiter; am 2.3.1939 wegen "kommunistischer Mundpropaganda" verhaftet. 1939-1945 in Dachau und Mauthausen.
Qu.: LGF Vr 37/39; DMG.

EUGSTER, Ferdinand, 14.3.1893 Langenegg; Landwirt; vom 11.3. bis 31.3.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 56/41.

FAGSCHLUNGER, Karl, aus Bludenz; Eisenbahner, "Schutzbund"-Kommandant; mit anderen führenden Sozialdemokraten aus Bludenz (Maschler Siegfried, Rosenblattl Karl, Siegl Otto, Sieß Wilhelm) am 12. Februar 1934 aus politischen Gründen inhaftiert.

Qu.: GeBB1 36-40/34; Text.

FAISST, Josef, 11.2.1883 Lingenau; Landwirt; wegen "staatsfeindlichen Äußerungen" vom 10.6. bis 17.6.1940 in Bregenz inhaftiert.

Qu.: GeBBr 138/40.

FALCH, Helmut, 19.2.1924 Mötztal; Leutnant; siehe Renz Anton.

FASCHING, Edwin; Seelsorgeamtsleiter in Feldkirch; im Februar 1941 wegen "Verschenkens von Schriften" 10 Tage Gestapo-Haft.

Qu.: Wanner, 1972:118.

FÄSSLER, Anna, 1882 Ratzenried (Allgäu), + 1958, wh. Dornbirn; Textilarbeiterin; wegen Abhörens von "Feindsendern" und Weitergabe von Nachrichten 15 Monate Gefängnis, verbüßt in der Frauenstrafanstalt Aichach.

Qu.: DMG.

FÄSSLER, Oskar, 26.3.1926 Dornbirn; wegen "politischer Bedenklichkeit" vom 21.6. bis 10.7.1943 in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt.

Qu.: GeBBr 1645/43.

FEHLE, Margarethe, 10.9.1914 Bludenz; Kellnerin; wegen Ausgabe von Getränken an Fremdarbeiter am 10.9.1944 verhaftet und am 19.1.1945 über Innsbruck ins KZ Ravensbrück deportiert.

Qu.: GeBB1; DÖW 15.062.

FELDKIRCHER, Eugen, 3.4.1926 Bregenz; Lehrling; erstmals inhaftiert vom 8.9. bis 9.9.1941; "wegen Schmierens von Parolen" vom 1.1. bis 7.2.1942 in Bregenz, dann 3 Monate in Graz-Karlau inhaftiert.

Qu.: StaBr PolBer; GeBBr 427/41, 131/42; I: Feldkircher E.; Text.

FELS, Erich, 1.4.1908 Sattels; als Soldat in Rußland schwer

verwundet und während des Genesungsurlaubes in der Heimat wegen "staatsfeindlicher Haltung" ab dem 23.7.1944 mehrere Tage inhaftiert.

Qu.: Bestätigung des Gefangenenhauses Feldkirch (in DMG).

FEND, Alfons, 17.8.1898 Götzis; vom 10.3. bis 19.3.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 1279/43.

FENKART, Johann Georg, 28.4.1896 Heerbrugg (CH); wegen politischer Äußerungen vom 17.5. bis 8.6.1943 in Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 1518/43.

FESSLER, Georg, damals Bludenz; siehe Bader Franz.

FETZ, Eugen, 18.8.1906 Egg; Maschinenwärter; vom 1.8. bis 19.8.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann ans LGF überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 296/41.

FEUERSTEIN, Erich, 5.10.1920 Bregenz; bei Fluchtversuch in die Schweiz gefaßt. Jänner 1944 bis Februar 1945 in den Militärgefängnissen Bruchsal und Torgau. Vom 10.1. bis 17.1.1944 in Gestapo-Haft Bregenz.

Qu.: DMG; LOF; GeBBr 2357/44.

FEUERSTEIN, Franz Josef, 31.8.1881 Höchst; Arbeiter; am 13.10.1943 nach Dachau deportiert; N.u.

Qu.: DÖW 15.062.

FEUERSTEIN, Ilga, 3.2.1922 Egg; Hausgehilfin; am 1.4.1942 in Bregenz inhaftiert, wegen humanitärer Hilfeleistung am 28.4.1942 zu 2 Monaten verurteilt.

Qu.: LGF Vr 123/42; GeBBr 290/42.

FEUERSTEIN, Josef; Pfarrer in Altenstadt; wegen "Aufwiegelung der Bevölkerung" vom 2.7. bis 12.7.1940 in Haft.

Qu.: Wanner, 1972:118; DÖW 10.894.

FEUERSTEIN, Maria Katharina, 7.7.1903 Andelsbuch; kaufmännische Aushilfe; wegen "Verdachts der Heimtücke" ab 26.1.1940 in

Bregenger Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 16/40.

FEUERSTEIN, Otto Josef, 29.6.1893 Lingenau; Straßenarbeiter; wegen humanitärer Hilfeleistung am 4.4.1942 verhaftet, am 13.4.1942 nach Feldkirch überstellt und dort am 28.4.1942 zu 4 Monaten Haft verurteilt.
Qu.: LGF Vr 123/42; GeBBr 302/42.

FEUERSTEIN, Otto, 16.10.1910; Eisenbahner aus Vorarlberg; angeklagt und inhaftiert wegen Sabotage am Bahnhof St. Veit.
Qu.: Vogl 1958:67; DÖW F 106.

FEURSTEIN, Armin, 8.7.1920 Egg; Schüler; zwei Wochen Arrest wegen Transfers von Spanienfreiwilligen.
Qu.: LGF Vr 50/38, 87/38; I: Klien I. und Feurstein S.; Text.

FEURSTEIN, Tobias, 11.3.1893 Egg, wh. Götzis; Gastwirt; wegen Transfers von Spanienfreiwilligen 1937 3 Monate Arrest, auch nach dem "Anschluß" wieder Fluchthelfer; vom 6.1. bis 27.1.1942 in Bregenz in Gestapo-Haft; flüchtete 1944 vor drohender Verhaftung und kam dabei um.
Qu.: LGF Vr 694/35, 966/37, 87/38; LS; GeBBr 137/42; OF; I: Klien I. und Feurstein S.; Egger, 1982:166; Text.

FICHTER, Kaspar, 23.12.1897; Lokführer aus Bludenz; vom 23.6. bis 17.7.1941 in Bludenz in "Schutzhaft".
Qu.: GeBB1 6/41.

FILLAFER, Hans, 22.7.1903 Eifersdorf/Villach, wh. Dornbirn; Arbeiter; als führender Aktivist der kommunistischen Gruppe in Dornbirn im März 1935 inhaftiert, 3 1/2 Monate Gefängnis.
Qu.: LGF -Vr 6/36; Text.

FINDLER, Karl, 2.3.1904 Bregenz; Buchhändler; wegen Verkaufs katholischer Schriften vom März 1938 bis 12. Mai 1938 und vom 21.8. bis 25.8.1941 in Bregenger Gestapo-Haft.
Qu.: ABB; GeBBr 335/41.

FINK, Johann, 8.1.1902 Krumbach; wegen "Wehrkraftzersetzung" vom 28.6. bis 8.7.1943 in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 1677/43.

FINK, Josef, 29.3.1903 Langen bei Bregenz; Geistlicher; wegen einer Predigt und "kritischen Äußerungen" am 6.4.1939 verhaftet und am 8.7.1939 zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Qu.: WuVT II, 1984:335.

FINK, Josef, 13.2.1896 Sulzberg; Senn; am 15.8.1944 verhaftet, am 31.8.1944 von Bregenz nach Feldkirch überstellt, wo im Dezember 1944 ein Sondergerichtsverfahren eingeleitet wurde. N.u.

Qu.: GeBBr 3288/44; LGF SaEr.

FINK, Judith, 21.1.1881 Krumbach, wh. Doren; siehe Nesensohn Julius.

FINK, Rosa, 29.7.1914 Krumbach; wegen "Wehrkraftzersetzung" vom 26.6. bis 8.7.1943 in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt; N.u.

Qu.: GeBBr 1677/43.

FISCHER, Erich Dr., Kommandant der Bregenzer Frontmiliz (vorher Heimatdienst); noch am 12.3.1938 von der SS verhaftet, nach 3 Tagen wieder freigelassen.

Qu.: Schönherr, 1981 : 55, 106, 184ff; Lingenhöle, 1983.

FISCHER, Josef, 20.5.1901 Wien, wh. Bludenz; siehe Blacha Rudolf.

FITZ, Albert, 7.11.1910 Lustenau, + 1969; Arbeiter; war in den Konzentrationslagern Dachau und Mauthausen. N.u.

Qu.: I: Fitz E.

FITZ, Alfred, 28.11.1901 Lustenau; Kaufmann; wegen Schmuggels von kommunistischem Propaganda-Material 1935 3 1/2 Monate Haft, 1937 wieder verhaftet.

Qu.: LGF Vr 6/36, 913/37, 935/34; Text.

FITZ, Edwin, 22.10.1903 Hard; Soldat; in Untersuchungshaft vom 16.2. bis 8.3.1943, dann Wehrmachtsgefängnis Innsbruck.

Qu.: GeBBr 1234/43.

FITZ, Elsa, verw. Himmer, 1.3.1914 St. Margarethen, wh. Dornbirn; Hausfrau; wegen "Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit Beihilfe zum Landesverrat" zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vom 2.1.1940 bis Kriegsende in Haft.

Qu.: OF; LOF; I: Fitz E.; Text.

FITZ, Franz, 12.9.1884 Lustenau; vom 1.6. bis 15.6.1944 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann ins Lager Reichenau deportiert.
Qu.: GeBBr 2872/44.

FITZ, Otto, 2.5.1895 Lustenau; Schmiedemeister; wegen "Verletzung eines Kriegslieferungsvertrages" 1943 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: DÖW 8784.

FITZ, Rudolf, 10.2.1893 Lustenau; vom 5.6. bis 17.6.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Innsbruck überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 1585/43.

FLATZ, Jakob; Pfarrer in Koblach; in Gestapo-Haft.
Qu.: Wanner, 1972:118.

FLATZ, Josef, aus Hard; siehe Bauer Eugen.

FLEISCH, Edmund, Altach; verhalf Juden zur Flucht in die Schweiz.
Qu.: I: Fleisch E., Klien I. und Feurstein S.; Text.

FLORINETH, Melitta, 28.7.1926 Nenzing; Textilarbeiterin; vom 8.11. bis 21.11.1944 in Bludenz wegen Hilfe für Kriegsgefangene inhaftiert.
Qu.: GeBBl.

FÖGER, Raimund, 4.12.1900 Bludenz; Tierarzt; vom 9.1. bis 11.1.1943 aus politischen Gründen in der Bregenzer Oberstadt inhaftiert, dann von der Gestapo abgeholt. N.u.
Qu.: GeBBr 1093/43.

FRAINER, Engelbert; Führer der Widerstandsbewegung Gaschurn.
Qu.: DÖW 8346.

FRANZOL, Johann, 7.3.1907 Bludenz; Eisenbahner; 1934 und 1935 je 8 Tage wegen illegaler kommunistischer Betätigung bzw. Transfers von Spanienfreiwilligen in Bludenz in Haft.
Qu.: DMG.

FREI, Hermann, 17.5.1921 Hohenems; Arbeiter; in Latschau wegen Sabotageverdacht am 10.1.1941 verhaftet; N.u.
Qu.: GeBBl 5/41.

FREITAG, Georg, 9.12.1905 Bregenz; Arbeiter; Informant der Sicherheitsdirektion, am 25.7.1938 über Innsbruck nach Dachau gebracht, dort am 1.9.1942 entlassen.
Qu.: LOF; ABB; DÖW 15.062.

FRICK, Karl, aus Rankweil; vom 3.10. bis 17.10.1941 aus politischen Gründen inhaftiert.
Qu.: DÖW 8346.

FRICK, Roman, 29.7.1906 Oberbuch (CH), + 1983, wh. Höchst; Arbeiter; am 31.8.1943 verhaftet, am 4.9.1943 von Bregenz nach Feldkirch überstellt, wo er wegen "Zersetzung der Wehrkraft" am 28.12.1943 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde.
Qu.: DÖW 9163; DMG; GeBBr 1924/43; I: Frick R.; Text.

FRIED, Franz, 18.7.1904 Theresienfeld (NÖ), wh. Lochau; Arbeiter; im Februar 1938 wegen "Aufwiegelung gegen die Staatsbehörden" zu 6 Wochen Arrest verurteilt. Vorher in derselben Sache bereits von der Bezirkshauptmannschaft Bregenz zu 4 Wochen Arrest im Verwaltungswege verurteilt. Am 9.3.1940 wegen "Vergehens gegen das Heimtückegesetz" wieder verhaftet und dem LGF überstellt.
Qu.: LGF Vr 958/37; GeBBr 36/40.

FRITSCH, Anna, 29.4.1895 Wien; Pfartersköchin in Rankweil; vom 11.5. bis 24.5.1940 in Bregenz in Gestapo-Haft; siehe auch Strasser Josef.
Qu.: GeBBr 105/40; DÖW 8346.

FRITSCH, Kaspar, aus St. Gallenkirch; wegen Fluchthilfe verhaftet, vor Einlieferung in ein KZ geflüchtet und von 1943 bis 1945 versteckt.
Qu.: StabI 7/269; Text.

FRITSCHKE, Viktoria, 21.6.1918 St. Anton im Montafon; Arbeiterin; Ende Februar 1945 wegen "Aufhebens von aus Flugzeugen abgeworfenen Flugblättern" verhaftet und 3 Wochen eingesperrt.
Qu.: LGF 10 Vr 2233/47.

FRITZ, Anton, 20.11.1901 Gaschurn; Lehrer; vom 21.4. bis 13.5.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft.
Qu.: GeBBr 1432/43.

FRITZ, Filomena, Bludenz; vom 23.4. bis 29.4.1945 in politischer Haft.

Qu.: StaBl 7/50.

FRITZ, Friedrich, 12.5.1915 Bartholomäberg; Soldat; vom 15.11. bis 2.12.1944 wegen "Fahnenflucht" in Bludenz in Haft.

Qu.: GebBl.

FRITZ, Gedeon, 13.7.1892 Mittelberg; Bürgermeister, Landtagsabgeordneter; 1938 18 Tage in "Schutzhaft".

Qu.: NNSch 7.

FRITZ, Hubert, 28.10.1925 Bregenz; Eisenbahner; vom 9.7. bis 19.7.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 578/42.

FRITZ, Matthias, 5.12.1898 Schwemmburg, wh. Bregenz; Eisenbahner; wegen angeblicher kommunistischer Betätigung 1934 eine Zeitlang in Bregenz in Haft.

Qu.: LGF Vr 935/34.

FRITZ, Otto, 6.6.1905 Klösterle, wh. Linz; Artist; laut DÖW 15.062 am 20.3.1941 nach Dachau und am 5.6.1942 nach Mauthausen deportiert; laut WuVT I, 1984:363 am 9.7.1941 nach dem "Heimtücke-gesetz" zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Qu.: DÖW 15.062, WuVT I, 1984:363.

FRÖHLICH, August; wegen seiner bekannten Gegnerschaft zum Nationalsozialismus wurde der spätere Rankweiler Bürgermeister in der NS-Zeit wiederholt verfolgt und war vom 1.6. bis 1.9.1938 inhaftiert.

Qu.: DÖW 8346.

FROMMELT, Ernst, 10.10.1920 Thüringen; Arbeiter; vom 22.11. bis 29.11.1943 auf Anordnung der Gestapo in "Schutzhaft", dann nach Innsbruck überstellt. N.u.

Qu.: GebBl.

FRONSA, Bonifaz, 26.7.1883 Vermiglio, wh. Bludenz; Maurer; 1934 wegen kommunistischer Betätigung eine Zeitlang inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 935/34; DÖW o. Nr. (1934).

FRÜHWIRT, Franz; wegen Unterstützung eines französischen

Kriegsgefangenen zwei Jahre und sechs Monate in Untersuchungs-
haft.

Qu.: StaBl 7/50.

FULTNERER, Karl Dr., 18.10.1912 Dornbirn; angeklagt wegen "Bei-
hilfe zum Hochverrat" im Zusammenhang mit Ing. Caldonazzi
(Tirol) und Dr. Ritsch (siehe dort); im Prozeß am 28.10.1944
freigesprochen. Vom 15.11. bis 18.11.1944 wieder in Gestapo-Haft,
dann nach Innsbruck überstellt, zusammen mit Trudi Fulterer.

Qu.: GeBBr 3742/44; StaBr Sa 1945; Text.

FURLAN, Florian, 3.10.1904 Göfis; Textilarbeiter aus Thüringen;
am 22.2.1944 zu 6 Jahren Zuchthaus wegen "Wehrkraftzersetzung"
verurteilt.

Qu.: DÖW 8838.

FUSSENEGGER, Andreas, 15.3.1901 Dornbirn; Arbeiter; wegen
angeblicher Zugehörigkeit zur illegalen KPÖ 1935 3 Wochen Arrest.

Qu.: LGF Vr 6/36.

FUSSENEGGER, Anton, 11.1.1915 in Feldkirch; Geistlicher; vom 3.2.
bis 11.2.1942 wegen Verbreitung von regimfeindlicher Schriften in
Gestapo-Haft in Innsbruck.

Qu.: WuVT II, 1984:335.

FUSSENEGGER, Guntram, 12.5.1912 Dornbirn, wh. Götzis; wegen
"staatsfeindlichem Verhalten" vom 24.4. bis 23.5.1940 im Gefängnis
Bludenz, dann ans LGF überstellt.

Qu.: GeBBl 35/40.

FUSSENEGGER, Jakob, 27.3.1910 Dornbirn; Kaplan in Hohenems; ab
29. Juli 1940 10 Tage wegen "Beunruhigung des Volkes" in Gesta-
po-Haft.

Qu.: ABB; Wanner, 1972:119; GeBBr 180/40.

FUSSENEGGER, Lydia, 14.10.1903 Dornbirn; vom 14.8. bis 23.8.1943
in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 1852/43.

GABRIEL, Alfons, 8.5.1901 Frastanz; Eisenbahner; wegen "Wehr-
kraftzersetzung" angeklagt; auf Verfügung der Gestapo vom 5.3.
bis 15.3.1944 in Bregenz inhaftiert, dann nach Feldkirch

überstellt.

Qu.: GeBBr 2555/44.

GABRIEL, Martin, aus Gurtis; Landwirt; wegen "Wehrkraftzer-
setzung und Abhören von Feindsendern" angeklagt und am
8.9.1944 ans OLG Wien übergeben.

Qu.: LGF SaEr; DMG.

GABRIEL, Rosina, 24.9.1913 Göfis; am 14.1.1944 vom Sondergericht
Feldkirch wegen "Abhörens von Feindsendern" zu 1 Jahr Zuchthaus
verurteilt.

Qu.: VLK 225/1977.

GABRIELLI, Lino, 30.9.1902 Mezzocorona (Italien), wh. Feldkirch;
Arbeiter; wegen Besitzes von kommunistischen Schriften am
15.6.1934 von der BH Feldkirch mit 3 Monaten Gefängnis abge-
straft.

Qu.: LGF Vr 408/34.

GÄCHTER, Josef, 9.5.1907 Sulz; Arbeiter; wegen Besitzes von
kommunistischen Zeitungen am 18.7.1934 zu 1 Monat strengem
Arrest verurteilt.

Qu.: LGF Vr 408/34.

GÄCHTER, Othmar, 15.1.1900 Altach; Pfarrer in Buch; am 25.9.1939
verhaftet, dann nach Innsbruck überstellt und am 2.6.1939 ins KZ
Dachau deportiert; am 17.6.1940 entlassen.

Qu.: Wanner, 1972:123; Fasching, o.J.:130; DÖW 8346; Text.

GANAHL, German, 24.4.1875 Innerberg; Lehrer; vom 6.8. bis
27.8.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 693/42.

GANAHL, Michael, Bartholomäberg; gemeinsam mit seinem Sohn
wegen Abhörens von "Feindsendern" zu 6 Monaten Haft verurteilt.

Qu.: DÖW 8346.

GANAHL, Rosa, 8.12.1915 Schruns; am 9.8.1940 zu 2 Monaten wegen
Hilfe für belgische Kriegsgefangene verurteilt.

Qu.: LGF 5E Vr 293/40.

GANAHL, Theresia, 22.1.1876, + 20.2.1946, Bartholomäberg; Bäu-

rin; wegen "Beleidigung des Führers" - 8 Monate Zuchthaus; Verhaftung am 30.8.1941.

Qu.: DÖW 8346; GeBBl 57/41.

GATTRINGER, Willf, wh. Ludesch; aus "rassischen" Gründen ins Lager Schelditz (Außenlager des KZ Buchenwald) deportiert, von dort Flucht nach Jugoslawien.

Qu.: Schr.M. Kareis W.; LOF III/5.

GAU, Alfons, 17.11.1901 Rankweil; Eisenbahner; vom 28.7. bis 8.8.1944 in Bregenz inhaftiert, dann nach Feldkirch überstellt, dort am 6.9.1944 ein Verfahren vor dem Sondergericht eingeleitet; inhaftiert bis 1.5.1945.

Qu.: DÖW 8346; GeBBr 3209/44.

GAUGG, Oskar, 21.3.1908 Mossinc; Arbeiter; Aktivist der illegalen KPÖ in Bregenz, am 26.9.1934 inhaftiert, Haftdauer unbekannt.

Qu.: LGF Vr 935/34.

GEHRER, Johann, 9.7.1878 Höchst; Arbeiter; "zur Verfügung der Gestapo" in Bregenz bzw. der Kripo in Innsbruck vom 7.6. bis 25.6.1941 in Bregenz inhaftiert. N.u.

Qu.: GeBBr 209/41.

GEIER, Paul, aus Feldkirch; veröffentlichte 1945 in Feldkirch eine Broschüre (Geier, o.J.) über seine Erlebnisse im KZ Mauthausen. Verhaftung und Einweisung in das KZ erfolgten wegen Fluchthilfe.

Qu.: Geier, o.J.

GEIGER, Ferdinand, 9.5.1902 Gurtis; vom 24.7. bis 9.8.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Innsbruck überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 1788/43.

GIESINGER, Eugen, 2.2.1876 Dornbirn; im Zuge der Kampfhandlungen zwischen deutschen und vorrückenden französischen Truppen beim Versuch, sein Vieh zu retten, in Dornbirn-Hatlerdorf erschossen.

Qu.: Ilg, 1978:174; I: Bertsch M.

GINDLHUMMER, Franz, 23.9.1912 Pasching (OÖ), wh. Dornbirn; Arbeiter; 1935 wegen finanzieller Unterstützung der "Roten Hilfe" eine Zeitlang inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 6/36.

GIUNTA, Franz, aus Bregenz; Arbeiter; war in einem Konzentrationslager. N.u. 1952 nach Kanada ausgewandert.
Qu.: LOF; MA Bregenz.

GLOHS, Karl, wh. Vandans; Arbeiter; im Oktober 1936 als Freiwilliger der Internationalen Brigaden nach Spanien. Wahrscheinlich 1940 von den deutschen Behörden in Frankreich verhaftet und ins KZ Dachau gebracht, dort zu Tode gekommen.
Qu.: VLA 1003/71-SD (16.10.1937); I: Scheurer A., Glohs R.; Text.

GMEINER, Leopold, 20.9.1898 Bizau; Arbeiter; im Dezember 1941, dann wieder vom 23.11. bis 2.12.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft, anschließend dem Sondergericht Feldkirch überstellt.
Qu.: LOF 11/73; GeBBr 87/41.

GMEINER, Martin, 18.5.1902 Langenegg; am 1.5.1945 in einem Feuergefecht mit der SS in Langenegg erschossen; siehe Bader Innozenz.
Qu.: Löffler-Bolka, 1975:49; Schelling, 1980:229ff.; VN, 8.10.1945; Text.

GRABHER, Eduard, 21.4.1904 Lustenau; Stickereizeichner; wegen "Landesverrats" Prozeß vor dem Volksgerichtshof Berlin, am 8.8.1940 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und am 13.8.1940 in Berlin-Moabit erschossen.
Qu.: Neue Zürcher Zeitung, 5.5.1939; DÖW 4258, 6929, 10639; Text.

GRABHER, Eugen, 23.5.1894 Dornbirn; Volksschuldirektor, Kommandant der 6. Heimwehrkompanie; ab dem 12.3.1938 mit kurzer Unterbrechung 6 Monate in Dornbirn und Feldkirch inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 301/38; Schr.M. Hämmerle H.; Text.

GRABHER, Franz, 17.2.1920 Lustenau; Melker; am 27.9.1939 von der Gestapo Bregenz nach Innsbruck überstellt und von dort am 13.10.1939 in eine Berliner Haftanstalt verbracht, anschließend 3 Jahre im KZ Sachsenhausen.
Qu.: DÖW 15.062; LStAD.

GRABHER, Gebhard, 5.10.1889 Lustenau; Eisenbahner, nach dem Krieg SPÖ-Landtagsabgeordneter; am 25.3.1940 wegen "staatsfeindlichem Verhalten" verhaftet und am 12.5.1940 ans LGF überstellt; bei Kriegsende als Geisel nach Tirol verschleppt.
Qu.: I: Grabher F.; Löffler-Bolka, 1975:177; GeBBr 45/40.

GRABHER, Gebhard, 8.7.1914 Lustenau; ab 8.2.1945 in Bregenzer Gestapo-Haft, am 8.3.1945 nach Innsbruck überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 187/45.

GRABHER, Johann, 7.9.1890 Lustenau; Hausierer; am 13.4.1939 in Feldkirch wegen "Aufwiegelung" zu 2 1/2 Monaten Haft verurteilt.
Qu.: DÖW 769; LOF II/81.

GRABHER, Josef, 20.6.1899 Lustenau; Gemeindebediensteter; 1935 wegen angeblicher kommunistischer Betätigung denunziert und 9 Wochen inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 100/36, 6/36; Text.

GRANNER, Walter, 26.10.1917 Schwarzach; Fahrdienstleiter in Schwarzach; vom 13.4.-24.4.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Augusbürg überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 80/40.

GREBER, Johann, aus Braz; siehe Bader Franz.

GREISSING, Liberat, 26.9.1870, Hörbranz; Pfarrer in Dafins; wegen "Beunruhigung des Volkes" vom 31.7.-21.8.1940 in Gestapo-Haft Bregenz.
Qu.: ABB; Wanner, 1972:119; GeBBr 182/40.

GREUSSING, Josef, 6.1.1905 Lauterach, + 1971; Bauarbeiter; nach 1945 SPÖ-Landtagsabgeordneter; nach dem 12. Februar 1934 in "politische Verwahrung" genommen (siehe Bauer Eugen); am 7.10.1937 wegen Streuaktion für die illegalen Revolutionären Sozialisten verhaftet und am 13.1.1938 aus Mangel an Beweisen freigesprochen, ca. 3 Monate in Haft.
Qu.: LGF Vr 873/37; NNSch 7; Greussing, 1978; Text.

GRIESSER, Rudolf, 22.1.1884 Braz, wh. Lechaschau (Tirol); Arbeiter; am 3.4.1940 wegen Vergehens nach dem "Heimtückegesetz" zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: WuVT I, 1984:364.

GRIMM, Alois, 24.10.1886 Wertheim/Main; Jesuitenpater, Professor an der Stella Matutina in Feldkirch; wegen "Wehrkraftzersetzung" und "defaitistischen Äußerungen" am 11.9.1944 hingerichtet;
Qu.: Kempner, 1966:125-136; Wanner, 1972:117; I: Blaickner E.; NVT, 25.10.1983; Text.

GROMER, Theresia, 10.7.1898 Krimatshofen, wh. Bregenz; Textilzeichnerin; am 23.9.1944 von der Polizei Dornbirn zur Gestapo Bregenz gebracht, am 7.10.1944 nach Feldkirch überstellt und am 16.2.1945 wegen "Zersetzung der Wehrkraft" angeklagt.

Qu.: LGF SaEr; GeBBr 3476/44; LOF II/38.

GROSS, Matthias, aus Bludenz; laut Liste im StaBl im KZ Dachau.

Qu.: StaBl 7/50.

GUNZ, Hermann, 18.8.1891 Schwarzach; Angestellter; vom 17.1. bis 15.12.1944 wegen "politischen Äußerungen" inhaftiert; am 9.9.1944 Anklage in Feldkirch.

Qu.: DÖW 10.103; GeBBl; StaBl 7/50; GeBBr 3763/44; Text.

GUNZ, Karl, 4.2.1885 Bregenz; Professor in Feldkirch; vom 11.11.1939 bis 21.1.1940 wegen "Verdacht des Landesverrates" im Innsbrucker Polizeigefängnis.

Qu.: DÖW 15.062.

GUTENSOHN, Johann, 14.3.1915 Dornbirn; Arbeiter; verhaftet im Jänner 1940; am 24.3.1942 in Innsbruck wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt; war bis zur Befreiung im Zuchthaus Amberg.

Qu.: DÖW 2509; OF IVa 168/51; I: Gutensohn J.; LOF II/9; Text.

GUTTENBERGER, Anna, 3.3.1902 Schwäbisch-Gmünd, wh. Bregenz; Hausiererin; am 31.12.1941 wegen "unerlaubten Sammelns" mit Mann und Tochter verhaftet, am 22.1.1942 in Feldkirch zum Tode verurteilt und am 27.2.1942 in München-Stadelheim hingerichtet.

Qu.: GeBBr 127/41; LGF S 2/42; Text.

GUTTENBERGER, Anton, 25.6.1901 Lüttisburg; Musiker; mit Frau und Tochter am 31.12.1941 in Bregenz verhaftet und am 27.1.1942 zu einem KZ-Sammeltransport nach Rosenheim überstellt.

Qu.: GeBBr 129/42.

HAAG, Hermann, 17.3.1885 Möggers; Landwirt; vom 28.10. bis 7.11.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 534/41.

HÄFELE, Anton, 29.7.1890 Hard; am 19.5.1940 von der Gestapo nach Innsbruck überstellt, am 23.5.1940 ins KZ Dachau deportiert,

dort am 11.3.1943 angeblich Selbstmord.
Qu.: DÖW 15.062; I: Leißing E.; Text.

HAGEN, Albin, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

HAGEN, Johann, 4.9.1884 Lustenau; vom 27.2. bis 10.3.1943 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 1262/43; LOF II/15.

HAGEN, Josef, aus Lustenau; Soldat; als "Deserteur" auf der Flucht in die Schweiz erschossen.
Qu.: LGF Vr 347/44; I: Grabher F.; Text.

HAGEN, Regina, Lustenau; wegen Fluchthilfe für ihren Sohn Josef (siehe dort) 1944 6 Monate Gefängnis.
Qu.: LGF Vr 347/44.

HAGEN, Robert, 30.6.1911 Lustenau; mit Josef Peintner und anderen in "Schutzhaft"; am 13.9.1938 entlassen.
Qu.: ABB II-6373/38; Text.

HAGSPIEL, Anna, 15.5.1900 Doren; siehe Nesensohn Julius.

Haid, Hermann, 22.12.1901 Roppen; Elektriker; 1934 wegen Betätigung in der illegalen Gewerkschaft Bregenz eine Zeitlang inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 935/34.

HALBEISEN, Eduard, 27.4.1894 Ebnitz; vom 22.12.1944 bis 4.1.1945 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt, dort Sondergerichtsverfahren eingeleitet.
Qu.: GeBBr 3935/44; LGF SaEr 1945.

HALLER, Max, 13.10.1895 Bregenz; technischer Angestellter; ab 1934 als Kommunist in der Illegalität aktiv, als Mitglied der Bregenzer Widerstandsbewegung vom 23.4. bis 30.4.1945 in Bregenz in Gestapo-Haft. 1945 Stadtrat der KPÖ, dann Stadtvertreter.
Qu.: DÖW R 13; GeBBr 676/45; Text.

HAMMER, Alois, 27.9.1907 Wien; Buchbinder; sozialdemokratischer Aktivist in Lustenau; ab 1934 für die RS tätig, Schmuggler von Propagandamaterial und Transferhelfer für Spanienfreiwillige.

Nach 1945 Landessekretär der SPÖ, Gemeindevertreter und Landtagsabgeordneter.

Qu.: NNSch 7; Greussing, 1982:131ff.; Text.

HAMMERER, Friedrich, 30.4.1906 Egg; vom 6.10. bis 21.11.1943 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 2157/43.

HAMMERER, Gisela, 1.2.1913 Egg; wegen gemeinsamem Singen von Volksliedern mit französischen Kriegsgefangenen am 28.4.1942 in Feldkirch zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Qu.: LGF 5E Vr 123/42.

HAMMERER, Konrad, 13.3.1901 Krumbach; Gipser; wegen "Verdacht auf Heimtücke" vom 30.9. bis 21.10.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 354/40.

HÄMMERLE, Adolf, 20.3.1881 Lustenau, + 16.5.1971; Landesrat bis 11.3.1938; Anfang September 1938 in Wien festgenommen und mit Hermann Hämmerle und Josef Peintner 22 Monate im KZ Buchenwald interniert; dann Entzug der Gewerbeberechtigung.

Qu.: NNSch 8; Schr.M. Bösch A.; Text.

HÄMMERLE, Ernst, 13.6.1920 Lustenau, wh. Dornbirn; Student; wegen des Verdachtes "staatsfeindlicher Betätigung" am 23.6.1938 von der Gestapo verhaftet. N.u.

Qu.: ABB 4426/38.

HÄMMERLE, Eugen, 25.9.1896 Lustenau; am 13.3.1945 wegen "Arbeitsverweigerung" zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Bereits vom 30.9. bis 20.10.1944 in Bregenz in Gestapo-Haft und nach Innsbruck überstellt.

Qu.: LGF 5E Vr 192/44; GeBBr 3503/44.

HÄMMERLE, Ewald, 14.4.1914 Lochau; Textilarbeiter; 1934 wegen kommunistischer Betätigung eine Zeitlang inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 935/34.

HÄMMERLE, Ferdinand, 20.9.1878 Dornbirn; vom 11.2. bis 3.3.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft ("Heimtücke").

Qu.: GeBBr 1223/43.

HÄMMERLE, Ferdinand, 22.1.1888 Lustenau; Arbeiter; am 5.4.1943 von der Gendarmerie Feldkirch verhaftet, am 21.5.1943 über Innsbruck nach Dachau deportiert.
Qu.: DÖW 15.062.

HÄMMERLE, Gebhard, 2.3.1904 Lustenau; Bäcker; am 29.4.1938 von der Gestapo in Bregenz inhaftiert; N.u.
Qu.: ABB 1177/38.

HÄMMERLE, Hermann, 14.9.1888 Lustenau, + 5.2.1964; Beamter; Kommandant der Lustenauer Heimwehr; wie Josef Peintner 22 Monate im KZ Buchenwald.
Qu.: LOF I/1; Schr.M. Bösch A.; "Freiheitskämpfer" Nr. 3-4/1964:4; Text.

HÄMMERLE, Johann, 10.11.1890 Lustenau; am 15.7.1938 von der Gestapo wegen "staatsfeindlichen Verhaltens" inhaftiert.
Qu.: ABB II 4957/38.

HÄMMERLE, Josef Ferdinand, 30.5.1877 Lustenau; am 11.11.1936 wegen "kommunistischer" Äußerungen zu 2 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: LGF Vr 620/36; Text.

HÄMMERLE, Karoline, 28.9.1914 Lustenau; wegen "Arbeitsverweigerung" am 14.3.1944 6 Monate Gefängnis.
Qu.: LGF Vr 4/44.

HARTMANN, Bernhard, 16.12.1896 Feldkirch; Koch; vom 30.9. bis 22.10.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann dem LGF überstellt.
N.u.
Qu.: GeBBr 876/42.

HAUBENBERGER, Karl, 21.12.1899 Wien, wh. Bregenz; wegen angeblicher, von ihm bestrittener kommunistischer Betätigung 1934 einvernommen; vom 24.11. bis 15.12.1941 in Bregenz in Gestapo-Haft, nach dem Krieg für die KPÖ Mitglied des provisorischen Stadtrats in Bregenz.
Qu.: LGF Vr 935/34; GeBBr 582/41; Löffler-Bolka, 1975:156.

HAUSER, Sophie, 16.9.1863 Hohenems; Hausfrau; am 31.5.1940 aus "rassischen" Gründen nach Wien deportiert; im KZ Theresienstadt umgekommen.

Qu.: Meldebuch StaH, 31.5.1940; Text.

HÄUSLE, Wilhelm, 3.9.1906 Sattains; 1941 wegen "Zersetzung der Wehrkraft" zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Qu.: Schr.M. Keckeis J.; DMG.

HAUSTEINER, Theodor, 11.4.1912 Tschagguns; Geistlicher; Benefiziat der Seekapelle in Bregenz; vom 26.11.1940 bis 9.1.1941 in Gestapo-Haft wegen "Beunruhigung des Volkes"; anschließend "Gauverbot".

Qu.: Wanner, 1972:119; GeBBr 411/40.

HEFEL, Georg, 27.11.1896 Feldkirch; Gastwirt; vom 14.11. bis 5.12.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 558/41.

HEFEL, Jacob, 18.12.1909 Hohenems; Arbeiter; 6 Wochen Arrest wegen Schmuggels der Arbeiter-Zeitung aus der Schweiz im Februar 1936.

Qu.: DÖW o.Nr.; Text.

HEFEL, Richard, 28.8.1886 Schruns; Pfarrer in Hard; ab 23.9. 1940 3 Wochen in Gestapo-Haft wegen Zettel mit mangelhaftem Impressum im Schriftenstand der Kirche.

Qu.: GeBBr 348/40; Wanner, 1972:119f.

HEIM, Friedrich; wh. Langen b. Bregenz; Gendarmerieinspektor; im August 1944 bei der Bludener Kreisleitung der NSDAP wegen "Verbrechens nach § 5 des Volksschädlingsgesetzes" angezeigt, am 27.9.1944 inhaftiert und nach 4 1/2 Monaten Haft vom SS-Polizeigericht Innsbruck freigesprochen.

Qu.: LGF Vr 226/47; DÖW 8346.

HEINZLE, Albert, 8.12.1920 Laterns; Soldat während des Heimurlaubes wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" denunziert, im April 1942 vom Kriegsgesicht Innsbruck zu einem Jahr Arrest verurteilt, dann "Frontbewährung" und Verwundung an der Ostfront.

Qu.: OLG IbK 10Vr 1060/47.

HEINZLE, Elisabeth, 28.8.1893 Lippowitz (Kiew), wh. Dornbirn; Arbeiterin; wegen "wehrkraftzersetzenden Äußerungen" in Feldkirch

am 21.11.1944 zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Qu.: DÖW 10.111.

HEINZLE, Ernst Josef, 28.6.1905 Dornbirn; Arbeiter; wegen Schmuggels von Propagandamaterial und illegaler kommunistischer Betätigung 1935 70 Tage Arrest von der BH. 1945 Mitglied der Landesleitung der Österreichischen demokratischen Widerstandsbe-
wegung.
Qu.: LGF Vr 6/36; Löffler-Bolka, 1975:162; Text.

HEINZLE, Gottfried, 3.11.1909 Sulz; Arbeiter; wegen angeblichen Schmuggels und Besitzes von kommunistischem Propagandamaterial am 15.6.1934 zu 2 Monaten Haft verurteilt.
Qu.: LGF Vr 408/34 u. Vr 463/34.

HEINZLE, Josef, 6.3.1900 Dornbirn; Textilarbeiter; nach längerer Untersuchungshaft 1942 wegen "Nichtanzeigens einer verräterischen Handlung" (AKO Dornbirn) zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: DÖW 8226; Text.

HEISSL, Julius, 10.4.1913 Mittelfeld/Kärnten, wh. Bregenz; Mechaniker; als "Organisationsleiter" der Bregenzer KPÖ 1934 inhaftiert; N.u.
Qu.: LGF Vr 935/34.

HEISSMANN, Anton, 7.8.1883 Steyerling, wh. Weiler; Gendarm i. R.; vom 10.8. bis 26.8.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft; dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 701/42.

HELBOCK, Rudolf, 19.6.1915 Fußach; Fischer; am 26.7.1938 zu 4 Wochen Arrest verurteilt, weil er sich öffentlich als "Roter" bekannte; Strafe in nächster Instanz auf 6 Wochen erhöht.
Qu.: LGF Vr 744/38.

HELD, Rosa, 21.3.1902 Doren; siehe Nesensohn Julius.

HEPBERGER, Eugen, 21.1.1904 Dornbirn; Arbeiter; wegen kommunistischer Betätigung 1937 3 Wochen Arrest.
Qu.: LGF Vr 913/37; Text.

HEPBERGER, Franz, 4.11.1902 Feldkirch; Arbeiter; wegen kommuni-

stischer Betätigung 1934 mehrfach inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 554/34, 703/34.

HERCHER, Emil; Kaufmann; am 14.3.1938 in Bregenz in Gestapo-Haft genommen, über Freiburg/Breisgau ins KZ Buchenwald deportiert und nach vierjähriger Haft freigelassen.
Qu.: OF IVa-168/188; I: Hercher H.; Text.

HERCHER, Theodor Dr.; am 14.3.1938 von der Bregenzer Gestapo in "Schutzhaft" genommen und am 12.5.1938 wieder freigelassen. Als Arzt der Wehrmacht nach dem 20.7.1944 wieder inhaftiert, bis Kriegsende im Zentralgefängnis Berlin-Moabit.
Qu.: OF IVa-168/188; I: Hercher H.; Text.

HERMANN, Eugen, aus Hard; siehe Bauer Eugen.

HERZBERGER, Rudolf, 2.10.1907 Meran, wh. Dornbirn; Arbeiter; am 24.6.1938 nach Dachau deportiert; N.u.
Qu.: DÖW 15.062.

HEYMANN, Klara, 5.11.1866, Hohenems; Hausfrau; am 31.5.1940 aus "rassischen" Gründen aus Hohenems nach Wien und später nach Theresienstadt deportiert, dort zu Tode gebracht.
Qu.: Meldebuch StaH 31.5.1940; Peter, 1982:836; Text.

HILBE, Josef, 27.3.1896 Dornbirn; Textilarbeiter; wegen "wehrkraftersetzender Äußerungen" am 27.3.1944 verhaftet und bis 18.4.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt und am 24.11.1944 zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.
Qu.: DÖW 10.152; GeBBr 2626/44; Text.

HILLEBRAND, Anna, 18.3.1891 Meran, wh. in Feldkirch; Hausfrau; am 23.11.1944 vom Sondergericht Feldkirch wegen "fortgesetzter wehrkraftersetzenden Äußerungen" zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Qu.: DÖW 10.263; LOF 11/25.

HILLER, Christian, 5.3.1880 Schwarzenberg, + 14.10.1951; Religionslehrer, Pfarrer in Bezau; vom 28.11. bis 8.12.1940 wegen Abhaltung einer Messe ohne Befragung der Behörde in Gestapo-Haft, zeitweise "Gauverbot".
Qu.: NNSch 7; Wanner, 1972:119; GeBBr 412/40.

HIMMER, Josef Dr., 8.1.1895 Feldkirch; Magistratsbeamter; vom 11.11. bis 13.12.1939 in Gestapo-Haft in Innsbruck. N.u.
Qu.: DÖW 15.062.

HIMMER, Wilhelm, 30.10.1910 Bludenz, wh. Dornbirn; Schlosser; am 6.1.1940 verhaftet und am 20.3.1942 in Innsbruck wegen "Hoch- und Landesverrats" zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee am 8.7.1942 hingerichtet. Gründer der Dornbirner AKO-Gruppe.
Qu.: Ehrenbuch 1974; DÖW 2509; GeBBr 1/40; I: Sohm R., Fitz E.; DMG; Text.

HINTEREGGER, Josef, 15.6.1886 Hohenweiler; Landwirt; in den letzten Kriegstagen vom 26.4. bis 30.4.1945 als Geisel inhaftiert.
Qu.: GeBBr 684/45.

HINTERHOLZER, Alois, 11.4.1890 Kennelbach; Mineur; am 4.4.1940 ins KZ Sachsenhausen deportiert. N.u.
Qu.: DÖW 15.062.

HLOUPY, Franz, 20.8.1923 Straczovic/CSSR; Arbeiter; nach Fluchtversuch in die Schweiz am 9.9.1942 in Feldkirch zum Tode verurteilt.
Qu.: Gefangenenbuch LGF 854/41; Text.

HÖFEL, Josef, 21.1.1923 Hohenems; Arbeiter; im Zusammenhang mit der Dornbirner AKO-Gruppe zu Beginn des Jahres 1940 verhaftet und wegen "Beihilfe zum Hochverrat" zu 1 Jahr und 9 Monaten verurteilt; nach dem Ausbruch aus dem Gefängnis in Feldkirch am 1.9.1942 in Hohenems-Oberklien von der Polizei erschossen.
Qu.: DÖW 8197; LGF 1Js 113/42; LGF KLs 12/43; Text.

HOFER, Anton, 18.11.1914 Lustenau; Schulwart; im Juni 1937 erstmals in politischer Haft, ab 4.12.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft, über Innsbruck am 3.4.1942 nach Dachau deportiert und dort zu Tode gebracht.
Qu.: LGF Vr 360/37; GeBBr 64/41 und 552/41; I: Schmölzenbach B.; DÖW 15.062.

HOFER, Hermann; laut LOF in politischer Haft.
Qu.: LOF 11/51.

HOLENSTEIN, Sophie, aus Lustenau; Kontoristin; vom 12.10. bis

17.11.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Innsbruck überstellt.

Qu.: GeBBr 920/42.

HOLZBAUER, Josef, 3.11.1912 Prag; Kellner; am 27.3.1940 von Feldkirch über Innsbruck nach Dachau deportiert. N.u.

Qu.: DÖW 15.062.

HOLZER, Johann; am 25.12.1944 vom Sondergericht Feldkirch wegen "Wehrdienstverweigerung" verurteilt. N.u.

Qu.: LGF SaEr.

HOLZER, Josefa, 28.10.1894 Schaan, wh. Lustenau; Hausfrau; vom 24.2. bis 18.3.1942 wegen "staatsfeindlichen Äußerungen" in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt.

Qu.: GeBBr 210/42.

HÖLZLSAUER, Anna Maria, 30.6.1902 Graz, wh. in Kennelbach; Arbeiterin; vom 7.1. bis 28.1.1943 erstmals in Gestapo-Haft, am 9.11.1943 wieder verhaftet, am 1.2.1944 nach Innsbruck überstellt und am 19.5.1944 in Berlin-Charlottenburg hingerichtet.

Qu.: GeBBr 1091/43, 2164/43; Schelling, 1947; Totenbuch Kennelbach; I: Konrad B., Larl H.; Text.

HOPFNER, Alexander, aus Buch; wegen Fürsprache für Pfarrer Othmar Gächter (siehe dort) vom 25.2 bis 5.3.1939 in Gestapo-Haft.

Qu.: DÖW 8346; DÖW 10.913.

HOPFNER, Anna, 16.2.1894, aus Buch; zusammen mit Stadelmann Antonia und Maria wegen Sammeltätigkeit für Pfarrer Othmar Gächter (siehe dort) mit F.J. Rusch vom 5.7. bis 5.8.1939 in Gestapo-Haft.

Qu.: DÖW 8346; DÖW 10.913.

HORASCHEK, Karl, 8.5.1925 Bregenz; Soldat; wegen "Wehrkraftzersetzung" von Bregenz am 7.10.1943 ins Militärgefängnis Salzburg überstellt; dann zu 5 Jahren, nach Intervention zum Tode verurteilt; vor der Hinrichtung von den Alliierten in Berlin-Spandau befreit.

Qu.: GeBBr 2067/43, 3478/44; DMG.

HORASCHEK, Max, 28.5.1902; Arbeiter; 1934 wegen "kommunisti-

scher Betätigung" zum Auflösen von Flugblättern gezwungen. Am 16.9.1939 wegen "hetzerischer politischer Äußerungen" in Stuttgart zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, abgesessen in Rottenburg/Neckar.

Qu.: OF; LOF II/112; Text.

HOTZ, Ludwig, 28.7.1920 Hörbranz; kaufmännischer Angestellter; vom 19.7. bis 9.8.1943 wegen kritischen Äußerungen zur Kriegslage in Bregenzer Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBR 1764/43; I: Hotz L.

HUBER, Alfons, 6.1.1894 Dornbirn; Arbeiter; vom 28.3. bis 5.4.1941 im Zusammenhang mit Karl Kobras (siehe dort) inhaftiert.

Qu.: GeBBR 97/41.

HUBER, Charlotte, 29.6.1911 Innsbruck, wh. Bregenz; wegen angeblicher illegaler Betätigung für die Bregenzer KPÖ eine Zeitlang inhaftiert. Nach Brasilien ausgewandert.

Qu.: LGF Vr 935/34; DÖW R 13/1934.

HUBER, Ferdinand, 4.9.1896 Hohenems; am 24.7.1944 in Bregenz verhaftet und am 4.8.1944 der Gestapo Innsbruck überstellt. N.u.

Qu.: GeBBR 3178/44.

HUBER, Hilar, 21.10.1920 Lustenau; Bauarbeiter; am 3.3.1943 wegen "Fahnenflucht" zum Tode verurteilt und am 13.3.1943 zu 15 Jahren Zuchthaus "begnadigt". Danach abenteuerliche Flucht in die Schweiz.

Qu.: GeBBR 286/41, 1087/43; DÖW 6309; I: Huber H.; Text.

HUBER, Leopold, 6.12.1899 Feldkirch; im Zusammenhang mit dem Aufbau einer kommunistischen Organisation bei den Eisenbahnern in Kärnten verhaftet.

Qu.: DÖW 372, 4366.

HUELLER, Josef, 11.8.1883 Roncesgno/Trient, wh. Bludenz; Arbeiter; am 22.2.1944 in Feldkirch zu 10 Monaten verurteilt, weil er sich öffentlich als Kommunist bekannt hatte.

Qu.: DÖW 9241; LOF II/77.

HÜTTER, Anna, 25.12.1885 Bregenz; Arbeiterin; am 23.11.1942 verhaftet und dann der Gestapo Innsbruck überstellt. N.u.

Qu.: GeBBR 1029/42.

IBELE, Max, 15.2.1921 Bregenz; desertierte aus der Waffen-SS; im Kampf um die Befreiung des Vorderen Bregenzerwaldes am 30.4.1945 schwer verwundet und am 9.5.1945 gestorben.
Qu.: Schelling, 1980:227f.; Archiv Bregenz, 1970:18; Text.

ILG, Maria Magdalena, 7.5.1882 Dornbirn; Hausfrau; mit Gerichtsbeschuß vom 6.10.1944 wegen "Wehrkraftzersetzung" in eine psychiatrische Anstalt zwangseingewiesen.
Qu.: DÖW 9193; LGF SaEr.

IMMLER, Gebhard, 15.11.1899 Bregenz; Eisenbahner; wegen Unterstützung der illegalen Gewerkschaftsorganisation in Bregenz 1934 eine Zeitlang inhaftiert. 1945 bei der Widerstandsbewegung.
Qu.: LGF Vr 935/34; Löffler-Bolka, 1975:165.

JÄGER, Franz, 6.2.1899 Hohenems, wh. Bludenz; Radiomechaniker; Spanienkämpfer, dann in Dachau, von dort ca. 1943 entlassen. Wegen "politischer Äußerungen" vom 21.9. bis 3.10.1944 in Bludenz inhaftiert, dann nach Innsbruck transportiert. 1945 Stadtrat in Bludenz.
Qu.: LOF I/15; GeBBl; LGF Vr 437/36; I: Jäger F. jun.

JÄGER, Heinrich, aus Bürs; Ende April 1939 mit J. Salomon und M. Wittwer 10 Tage inhaftiert, weil er gegen die zwangsweise Eingliederung seiner Kinder in die HJ auftrat.
Qu.: DÖW 8346.

JÄGER, Hilde, 27.2.1924 Lustenau; Arbeiterin; am 14.7.1944 auf Verfügung der Gestapo inhaftiert wegen Unterstützung ausländischer Arbeiter. Am 28.9.1944 nach Innsbruck überstellt, bis Kriegsende im KZ Ravensbrück (mit Rosina Sani).
Qu.: I: Larl H.; GeBBr 3472/44; LOF I/32; DÖW 15.062.

JÄGER, Johann, 5.9.1883 Hohenems; Gärtner; 1940 18 Monate in Landsberg/Lech inhaftiert, vom 28.12.1942 bis 18.1.1943 wieder in Gestapo-Haft in Bregenz, schließlich vom 2. Senat des Volksgerichtshofes zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, bis 1945 in den Gefängnissen Schwäbisch Hall und Landsberg.
Qu.: GeBBr 1075/42; LOF I/13; LStad.

JÄGER, Josef, 28.9.1908 Dornbirn; Mineur; vom 14.2.1940 bis 31.3.1941 in Gestapo- und Untersuchungshaft, wegen Nichtanzeige

einer "hochverräterischen Handlung" am 16.6.1942 zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Qu.: GeBBr 25/40; DÖW 8227; LOF 11/7; Text.

JÄGER, Josef Martin, 6.2.1901; Eisenbahner; vom 31.7. bis 12.9.1941 wegen "kommunistischer Äußerungen" in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. Vom 7. Senat des OLG Wien zu 1 Jahr und 6 Monaten verurteilt. Am 7.2.1942 ins Strafgefängnis Landsberg/Lech, später im Strafbataillon 999, in Italien vermißt.

Qu.: GeBBr 295/41; DÖW 1418, 8222, 3870/1; LGF SaEr; Vogl, 1958:199; Text.

JÄGER, Karl, aus Bludenz; während der NS-Zeit politischer Häftling.

Qu.: StaBl 7/391.

JÄGER, Othmar, 15.12.1925 Lustenau, wh. Bregenz; Lehrling; erstmals in Gestapo-Haft vom 8.9. bis 24.10.1941; vom 17.7. bis 19.7.1942 in Bregenz in Gestapo-Haft wegen Gründung einer Gruppe des "Kommunistischen Jugendverbandes". Am 16.1.1942 zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, später "Frontbewährung".

Qu.: GeBBr 429/41, 617/42; DÖW 8256; LOF 11/30; I: Larl H.; Text.

JÄGER, Paul Dr., 22.6.1908 Altach; Stellvertreter des Sicherheitsdirektors; 1938 Gestapo-Haft, am 25.8.1938 nach Innsbruck überstellt, am 9.9.1938 nach Dachau.

Qu.: DÖW 15.062, LGF Vr 226/47.

JÄGER, Stefanie, 18.3.1889 Hohenems; Hausfrau; vom 8.5. bis 29.5.1942 in Bludenz in Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBB1 136/42.

JANETZKA, Friedrich, 29.10.1879 Bach bei Reutte, wh. Hard; in den letzten Tagen des NS-Regimes als Geisel inhaftiert.

Qu.: GeBBr 683/45.

JELLER, Alois, 19.1.1902 Flauring (Tirol); Eisenbahner; wurde im Zuge des "Sturms auf die Kreisleitung" der NSDAP in Bludenz am 3.5.1945 (siehe Bader Franz) auf brutale Weise ermordet.

Qu.: StaBl 7/269, 7/45; Schelling, 1980:187; Löffler-Bolka, 1975:54; Text.

JOAS, Andreas, 23.2.1900 Klein St. Paul, wh. Feldkirch; wegen "Feindbegünstigung" inhaftiert.

Qu.: DÖW 10.298; LOF II/11.

JOCHUM, Blanka, geb. Türtscher, 1916; Adlerwirtin von Schoppernau; war vom 6.2. bis 30.4.1945 wegen "abfälliger Äußerungen" im Feldkircher Gefängnis.

Qu.: OLG Ibk 10Vr 1871/47.

JUEN, Laura, 24.8.1914 Schruns; Gestapo-Haft in Bludenz vom 4.1. bis 11.1.1943.

Qu.: GeBBl.

JUEN, Meinrad, aus St. Gallenkirch; wegen Fluchthilfe im Oktober 1942 verhaftet, dann aus der Haft entflohen und bis Kriegsende versteckt.

Qu.: StaBl 7/269; Text.

JUEN, Rudolf, 15.12.1896 Straßburg, wh. Bregenz; Eisenbahner; langjähriger christlichsozialer Eisenbahnerfunktionär; vom 23.4. bis 30.4.1945 als Geisel in Gestapo-Haft, ab November 1945 Landtagsabgeordneter.

Qu.: NNSch 7; GeBBr.

JURIATTI, Max, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

JUSSEL, Meinrad, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

KALB, Edmund, 9.2.1900 Dornbirn; Graphiker; 1943 wegen Gehorsamsverweigerung von einem Kriegsgericht in Königsberg verurteilt.

Qu.: Edmund Kalb, o.J.; I: Sagmeister R.

KARAN, Erich, 1.1.1912 Ulm; Arbeiter; Mitglied der Dornbirner KP-Gruppe, 1936 Verlust des Arbeitsplatzes und 4 Monate Arrest.

Qu.: LGF Vr 6/36; Text.

KAREIS, Walter, 29.8.1906 Wien, wh. Bregenz; Fernmeldetechniker; aus "rassischen" Gründen verfolgt, 1941 aus der Wehrmacht ausgestoßen, im Oktober 1944 in das Arbeitslager Schelditz deportiert. Nach seiner Flucht aus dem Lager aktiv in der Widerstandsbewegung in Bregenz. 1945 Mitglied des provisorischen Stadtrats in Bregenz.

Qu.: Kareis, 1981; LOF III/2; Löffler-Bolka, 1975:154f.; Text.

KARG, Gebhard Gallus, 10.9.1885 Bern, wh. Bregenz; Maler; am 23.12.1943 verhaftet, am 6.1.1944 von Bregenz nach Innsbruck überstellt und am 30.5.1944 in Berlin-Brandenburg hingerichtet.
Qu.: GeBBr 2312/43; DÖW 3192; Text.

KASPAR, Josefa, 15.1.1923 St. Gallenkirch; Landarbeiterin; am 1.9.1943 wegen "Hilfe für Ausländer" verhaftet, am 23.9. nach Innsbruck überstellt und am 17.3.1944 ins KZ Fürstenberg deportiert.
Qu.: DÖW 15.062; GeBBr 1931/43.

KATZENBERGER, Karl, 1877-1952, wh. Dornbirn; Friseur; 1944 nach einer Denunziation wegen politischer Äußerung einige Monate in Feldkirch inhaftiert; zuvor vom 21.2. bis 2.3.1944 in Gestapo-Haft in Bregenz.
Qu.: I: Weiß A.; GeBBr 2517/44.

KAUFMANN, Emil, 16.8.1899 Dornbirn; Reisender; wegen "Zersetzung der Wehrkraft" im Februar 1944 zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Qu.: DÖW 7904; LOF II/16.

KAUFMANN, Johann, aus Dornbirn-Jennen; Landwirt; am 28.10.1944 verhaftet und bis Kriegsende in Feldkirch wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" in Untersuchungshaft.
Qu.: LOF; LGF Sa 44; I: Kaufmann M.

KECKEIS, Josef Dr., 11.3.1915, wh. Frastanz; Jurist; im April 1941 wurde ein Verfahren vor dem Kriegsgericht in Salzburg gegen ihn eingeleitet, weil er den Krieg als "Verbrechen" bezeichnet hatte; kein Urteilsspruch; nach 1945 in der "Kameradschaft der politisch Verfolgten", deren Obmann er heute ist.
Qu.: I: Keckeis J.

KENNERKNECHT, Josef, 27.7.1875 Andelsbuch, wh. Bregenz; Eisenbahner; langjähriger christlichsozialer Arbeiterkammerfunktionär; vom 18.11. bis 8.12.1941 in Gestapo-Haft.
Qu.: GeBBr 566/41.

KESSLER, Oswald, 28.7.1893 Feldkirch, + 10.8.1975; Angestellter;

1939 wegen "Wehrkraftzersetzung" zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Qu.: I: Kessler O.; LOF II/55.

KIELWEIN, Franz, 14.3.1903, sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Rankweil, nach dem Krieg Landtagsabgeordneter der SPÖ; während der NS-Zeit aus dem Bahndienst entlassen, am Kriegsende als Geisel inhaftiert.

Qu.: NNSch 7; DÖW 8346.

KILGA, Julius, 3.7.1899 Dornbirn; Arbeiter; am 22.12.1938 aus Dornbirn nach Innsbruck überstellt, von dort nach Dachau, wo er zu Tode gebracht wurde.

Qu.: DÖW 15.062; I: Weiß A.

KING, Josef Anton, 17.2.1922 Hörbranz; Maturant; wegen humanitärer Hilfe für Fremdarbeiter am 6.6.1944 verhaftet, über Innsbruck nach Mauthausen deportiert und dort am 20.4.1945 umgebracht.

Qu.: Tschol, 1977; Pichler, 1981; I: Rupp Ch., Pichler F.; Text.

KIRCHER, Nothburga, 4.12.1880 Bozen; Hausfrau; am 3.1.1944 in Bludenz verhaftet und am 20.7.1944 wegen "Abhörens von Feindsender und wehrkraftzersetzenden Äußerungen" zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Qu.: DÖW 10.072; GeBB1; DÖW 8346.

KIRCHLER, Gebhard, 10.11.1898 Dornbirn; Arbeiter; am 8.7.1944 verhaftet und am 22.11.1944 in Feldkirch wegen "Wehrkraftzersetzung" zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Qu.: DÖW 10.305; LOF II/66; GeBBr 3115/44.

KIRSCHNER, Josef, 4.7.1920, + 25.3.1950; Bäcker; wegen Fluchthilfe vom 12.1. bis 30.9.1944 in Gestapo-Haft und vom 12.12.1944 bis 15.4.1945 in Wehrmachtgefängnissen.

Qu.: LOF II/62; GeBBr 2366/44; I: Kirschner M.; DMG; Text.

KLEBER, Johann Georg, 9.11.1890 Schnepfau; Landarbeiter; vom 1.6. bis 21.6. 1942 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 430/42.

KLEINBROD, Hugo, 19.9.1909 Dornbirn; Kaplan in Lustenau; ab 21.8.1941 3 Wochen in Gestapo-Haft wegen starker "Beeinflussung

der Jugend".

Qu.: DÖW 10.910; Wanner, 1972:120; GeBBr 336/41.

KLIMA, Josef, 13.6.1893 Bludenz; Eisenbahner; 1934 mit 14 weiteren Bludenzern Eisenbahnern inhaftiert und auch von der NS-Justiz erfaßt. N.u.

Qu.: DÖW o. Nr.; DÖW 3870.

KLOCKER, Karl 8.5.1905 Dornbirn; Reisender; wegen "Abhörens ausländischer Sender" vom 9.7. bis 18.7.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt.

Qu.: GeBBr 83/40; ABB.

KLOTZ, Hans, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

KLOTZ, Margaretha, 15.1.1918 Frastanz; vom 8.4. bis 1.11.1943 in Gestapo-Haft in Bludenz und Bregenz, dann nach Feldkirch überstellt. Am 2.2.1945 wegen "Arbeitsverweigerung" 3 Monate Gefängnis.

Qu.: GeBB1; GeBBr 2116/43; LGF 5E Vr 460/44.

KNECHT, Alois, 9.12.1894 Rankweil; Pfarrer; vom Oktober 1939 bis April 1945 in den KZs Sachsenhausen und Dachau, weil er durch seine Predigten "Unruhe ins Volk" getragen habe.

Qu.: DMG; Wanner, 1972:123f.; Weiler, 1971; Lenz, 1956; Schnabel, 1965:256; Text.

KNÜNZ, Hermann; Pfarrer in Silbertal und Gaschurn; mehrere Festnahmen, dauernde Belästigungen durch die Gestapo.

Qu.: DÖW 10.914; I: Winkler V.

KOBBE, Gerhard, 2.4.1915 Bregenz, + 12.2.1984; Gendarmerieoberst; nach dem deutschen Einmarsch eine Zeitlang inhaftiert; ebenso seine Mutter Julie Kobbe und sein Vater Hans Kobbe.

Qu.: Lingenhölle, 1983; Jahresbericht BG Bregenz 83/84, 91f.

KÖB, Josef, 26.7.1881 Egg; Kaminkehrer; am 2.11.1939 verhaftet und am 28.2.1940 vom LGF zu 7 Monaten nach dem "Heimtückegesetz" verurteilt.

Qu.: GeBBr 28/40.

KÖB, Ottilia, 24.10.1881 Wolfurt; Hausfrau; wegen "Beleidigung der Regierung" vom 16.7. bis 29.7.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft,

dann dem Amtsgericht Bregenz überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 262/41; ABB.

KÖB, Rosa, 4.7.1889 Dornbirn; vom 4.1. bis 18.2.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 1194/43.

KÖBERLE, Franziska, aus Bartholomäberg; wegen Abhörens von "Feindsendern" 2 Monate Gefängnis.

Qu.: DÖW 8346.

KOBRAS, Karl, 15.3.1900 Frauendorf (NÖ), + 8.1.1984, wh. Hittisau; Landwirt; vom 27.3. bis 10.6.1941 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. Wegen "kommunistischer Betätigung" 2 Jahre und 6 Monate Haft, am 7.2.1942 in das Gefangenenlager Zweibrücken deportiert. Nach seiner Entlassung am 31.8.1944 erneut inhaftiert, am 12.9.1944 nach Feldkirch überstellt, bis Kriegsende KZ Dachau. Siehe auch Albrich Vinzenz, Huber Alfons, Mehlsack Hedwig, Oberhauser Ignaz, Thurnher August, Winkel Franz Josef.

Qu.: DÖW 8143; GeBBr 3382/44, 93/41; LGF SaEr; I: Kobras K.; Text.

KOCH, Auguste, 20.9.1905 Mäder; wegen "Vergehens gegen das Heimtückegesetz" vom 19.1. bis 12.2.1940 in Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 11/40.

KOCH, Emeran, 27.10.1896 Berwang, wh. Nenzing; vom 21.10. bis 2.11.1940 wegen "Arbeitsverweigerung" in Bludenz Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBl 126/40.

KÖCHLE, Josef, 11.4.1902 Bangs; Zollbeamter; vom 3.2. bis 11.2.1944 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Innsbruck überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 2453/44; DÖW 15.062.

KOFLER, Anton, 29.4.1904 Dornbirn; Arbeiter; am 28.4.1941 von der Bregenzer Gestapo verhaftet und am 23.10.1942 der Gestapo Innsbruck überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 134/41.

KOFLER, Josef, 5.4.1920 Bregenz; vom 19.12.1944 bis 25.4.1945 in

Bregenger Gestapo-Haft, dann nach Innsbruck überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 3918/44.

KOHLER, Anton, 26.2.1921 Dornbirn; kaufmännischer Angestellter; wegen "Zersetzung der Wehrkraft und Beihilfe zur Flucht" am 18.1.1945 in Graz zu 3 Jahren Wehrmachtsgefängnis verurteilt. Am 10.2.1945 Flucht aus dem Gefängnis, zu Fuß nach Vorarlberg, hier bis Kriegsende versteckt. Siehe auch Tschabrun Alfred.
Qu.: I: Kohler A.; Text.

KOLAR, Richard, 27.1.1902 Feldkirch, + 10.10.1960; Schlosser; "Landesleiter" der KPÖ vor dem Verbot der Partei 1933; vom 5.10. bis 24.12.1934, vom 5.11.1937 bis 19.2.1938 und vom 28.3. bis 9.4.1941 in Haft. Nach dem Krieg kommissarischer Bürgermeister von Klösterle bis zum Umzug nach Bludenz 1946.
Qu.: LGF Vr 935/34, 913/37; GeBB1 91/41; DMG; I: Kolar F.; Text.

KOLB, Otto, 16.10.1913 Hohenems; Pfarrprovisor in Buch; im Mai und im September 1940 jeweils 10 Tage in Gestapo-Haft.
Qu.: ABB; GeBBr 125/40; Wanner, 1972:120.

KOMPEIN, Simon, 8.7.1903 Viktring; 1935 "Instruktor" der KPÖ für Tirol und Vorarlberg; nach seiner Verhaftung 2 1/2 Jahre Kerker; in der Nazizeit 2 Jahre im KZ Dachau.
Qu.: LGF Vr 6/36; Oberkofler, 1979:255ff.; Schr.M. Kompein S.; Text.

KÖNIG, Anton, 3.11.1896 Altach, Kriminalbeamter bei der Sicherheitsdirektion; vom 13.3. bis 30.3.1938 in Gestapo-Haft, dann als Polizist in Innsbruck Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung, deshalb am 19.4.1945 wieder verhaftet und von der Gestapo in Innsbruck mißhandelt.
Qu.: GeBBr 662/45; DMG; Schönherr, 1981:44; Huebner, 1957:203.

KÖNIG, Erwin, 24.1.1924 Lustenau; Kraftfahrer; nach Ausbruch aus dem Innsbrucker Gefängnis am 5.10.1942 von der Gendarmerie Bregenz wieder nach Innsbruck überstellt.
Qu.: GeBBr 885/42.

KÖNIG, Franz, 21.11.1893; Arbeiter; wegen "Arbeitsverweigerung" 1944 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. N.u.
Qu.: LGF Vr 97/44.

KÖNIG, Gottlieb, 2.2.1896 Lustenau; wegen Vergehens gegen das "Heimtücke-gesetz" vom 16.4. bis 3.5.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt.
Qu.: GeBBr 1415/43.

KÖNIG, Johann, 9.2.1887 Lustenau; Landwirt; wegen Fluchthilfe für Josef Hagen am 31.5.1944 inhaftiert, bis Kriegsende im KZ.
Qu.: LGF Vr 347/44/5; GeBBr 2865/44; 1: Grabher F.; Text.

KÖNIG, Johann, 19.2.1897 Bregenz, + 18.4.1966; Arbeiter; Leiter der "Roten Hilfe" in Lustenau, Schmuggel von Propagandamaterial und Transferhilfe für Spanienfreiwillige; vom 23.12.1937 bis 19.2.1938 in Haft; später wegen "Abhörens von Feindsendern" denunziert, am 31.10.1939 inhaftiert, am 5.9.1941 freigesprochen.
Qu.: LGF Vr 913/37; 360/37; DÖW 7661; LOF 11/75; 1: Grabher F.; Egger, 1982:162; Text.

KÖNIG, Karl, 22.7.1901 Lustenau; Totengräber; auf "Verfügung der Gestapo" vom 2.9. bis 11.9.1943 in Bregenz in Haft, dann zur Polizei Lindau überstellt; 6 Monate im KZ Dachau wegen Äußerungen gegen Gauleiter Hofer.
Qu.: GefBBr 1938/43; 1: Tiefenthaler R.

KÖNIG, Thomas, 2.4.1902 Lustenau; am 20.9.1943 verhaftet, am 9.10.1944 von Bregenz nach Feldkirch überstellt, wo am 4.2.1944 ein Verfahren beim Volksgerichtshof eingeleitet wurde. N.u.
Qu.: LOF 11/5; LGF Sa 44; GeBBr 2010/43.

KONRAD, Alois, 18.4.1893 Bregenz; Verschieber; wegen illegaler Betätigung für die KPÖ 1934 eine Zeitlang in Haft, von den ÖBB entlassen; scheint auch in einem Verzeichnis von in der NS-Zeit verfolgten Eisenbahnern auf.
Qu.: LGF Vr 935/34; DÖW 3870/1.

KONRAD, Beate, 18.3.1909 Bregenz; Angestellte; wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" am 5.1.1944 verhaftet und am 20.1.1944 von der Gestapo Bregenz nach Feldkirch überstellt. In Bregenz mit Frau Redler, in Feldkirch mit Frau Hölzlsauer in Haft.
Qu.: GeBBr 23/44; DMG; 1: Konrad B.; DÖW 10.093.

KONZETT, Alwin, aus Thüringerberg; Bauer; beherbergte vom Jänner 1945 bis zur Befreiung ein jüdisches Ehepaar. Siehe auch

Konzett Emma.

Qu.: I: Müller R.

KONZETT, Anton, 12.10.1883 Bludenz; ÖBB-Beamter; wurde am 13.3.1938 in Innsbruck in Gestapo-Haft genommen. N.u.

Qu.: DÖW 15.062.

KONZETT, Emma, aus Thüringerberg; siehe Konzett Alwin.

KONZETT, Hermann, 8.12.1909 Frastanz; Textilarbeiter; Strafverfahren wegen "Beleidigung des Führerbildes" eingeleitet (Dez. 1938), dann strafweise zur Wehrmacht eingezogen und gefallen.

Qu.: LGF Vr 929/38; Schr.M. Keckeis J.

KONZETT, Johann, 2.5.1901 Bludenz; am 27.6.1944 verhaftet und wegen Vergehens gegen das "Heimtückegesetz" in Bregenz und Feldkirch 5 Monate in Haft.

Qu.: Stabl 7/50, 7/391; GeBBr 3065/44.

KONZETT, Lorenz Dr., 4.2.1907 Bludenz; Sekretär des Landesgewerbeverbandes; vom 11.3. bis 1.5.1938 in Gestapo-Haft, zeitweise "Gauverbot".

Qu.: NNSch 7; ABB; DÖW 8346; Hammerle, 1981:199.

KOPSCHE, Stefan, 15.12.1889 St. Anna/Stmk., wh. Dornbirn; Feilenhauer; 1936 im Zusammenhang mit der Dornbirner KP-Gruppe 28 Tage in politischer Haft.

Qu.: LGF Vr 6/36.

KÖSTENBERGER, Anton, 2.3.1895 Himmelberg, wh. Bregenz; Arbeiter; am 18.7.1933 48 Stunden Arrest, am 5.3.1934 wegen "kommunistischer Betätigung" 6 Monate Arrest, laut Bescheid der Sicherheitsdirektion in ein Anhaltelager gebracht. Im Oktober 1934 vorläufig entlassen.

Qu.: DÖW o.Nr. (1934); Text.

KOTHBAUER, Alfons, 31.10.1914 Hohenems; Bäcker; als "Verräter der Bewegung" am 11.3.1938 verhaftet, im Mai nach Dachau deportiert, wo er bis Mai 1945 interniert war. Für kurze Zeit Landesobmann der Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung.

Qu.: Löffler-Bolka, 1975: 152, 162; Schönherr, 1981: 56f., 59f., 106, 191; Walsler, 1983:93; Gostner, 1945:51f.; OF Salzburg 7125; Text.

KOZIK, Daniza, 31.7.1909 Belgrad, wh. Bregenz; Juristin; ab 15.11.1944 zur Verfügung der Gestapo in Innsbruck, am 19.1.1945 nach Ravensbrück deportiert. N.u.

Qu.: DÖW 15.062.

KRAL, Adolf, 21.12.1916 Budweis; Metzger; am 27.3.1940 von der Gestapo von Feldkirch nach Innsbruck überstellt, am 31.3.1940 ins Krankenhaus eingeliefert, am 9.5.1940 nach Dachau deportiert. N.u.

Qu.: DÖW 15.062.

KRAMMER, Erich, 15.11.1909 Hard; vom 5. Senat des Volksgerichtshofes wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. N.u.

Qu.: DÖW 5734b.

KRANER, Franz, 3.3.1897 Bregenz; am 31.10.1942 im KZ Dachau zu Tode gebracht.

Qu.: StaBr 1945/100.

KRANZ, Johann Michael, 18.5.1881 Götzis; Arbeiter; wegen Transfers von Spanienfreiwilligen 1937 und 1938 mehrfach verhaftet. Am 7.1.1938 3 Monate Arrest von der BH.

Qu.: LGF Vr 586/37, 589/37, 87/38; Text.

KREIER, Franz-Anton, 30.1.1876 Raggal; Landwirt; vom 6.7. bis 12.7.1941 im Gefängnis Bludenz in "Schutzhaft". N.u.

Qu.: GeBB1 16/41.

KREMMELE, Rudolf, 7.4.1905 Lustenau; Stickermeister; leistete als Wehrmachtsdolmetsch Widerstand gegen die Maßnahmen der Leitung des Kriegsgefangenenlagers Spittal an der Drau und humanitäre Hilfe für die dortigen französischen Kriegsgefangenen.

Qu.: Brief von General Cochinar, DMG; I: Kremmel R.; Text.

KRESSER, Anna, 16.9.1905 Mellau; wegen "anonymer Briefschreiberei" vom 12.3. bis 3.4.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 1284/43.

KROIS, Josef, aus Bludenz-Radin; am 7.3.1944 im KZ Mauthausen zu Tode gebracht. N.u.
Qu.: StaBl 7/50.

KUBISZ, Mieczyslaus, 12.7.1913 Wapno/Polen; "Ostarbeiter"; siehe Mazur Florian.

KUMER, Gustav, 20.8.1917 Marburg; Eisenbahner; "Schutzhaft" in Bludenz vom 25.10. bis 3.11.1942, dann nach Bregenz überstellt, dort bis 23.11.1942. N.u.
Qu.: GeBB1 376/42; GeBBr 983/42.

KUSS, Ludwig, 10.8.1907 Feldkirch; Komiker; ab 20.5.1938 "Schutzhaft" in Innsbruck, am 23.6.1938 nach Dachau deportiert. N.u.
Qu.: DÖW 15.062.

LAMPERT, Carl Dr., 9.1.1894 Göfis; hingerichtet 13.11.1944 in Halle. Als Geistlicher kam Carl Lampert schon früh in Konflikt mit den NS-Machthabern; wurde nach längeren KZ-Aufenthalten in Sachsenhausen und Dachau aus fadenscheinigen Gründen vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt.
Qu.: DÖW 2367, 15.062; Walser, 1964; Walser, 1969; Wanner, 1972:114ff., Kempner, 1966; Schnabel 1965; WuVT II, 1984:340; Text.

LAMPERT, Josef Gebhard, 19.4.1902 Göfis; Kapuziner-Pater; wegen Unterstützung eines entwichenen Häftlings vom 13.7. bis 16.7.1940 in Gestapo-Haft in Innsbruck.
Qu.: WuVT II, 1984:340.

LAMPERT, Stefan, 1915 Göfis; Kaminkehrer in Dornbirn; schoß sich im Winter 1944 in die eigene Hand (Murmansk); wurde vom Kriegsgericht wegen "Selbstverstümmelung" zum Tode verurteilt und anschließend hingerichtet.
Qu.: I: Weiß A.

LANDAUER, Iwan; jüdischer Bürger aus Hohenems; 1938 in die Schweiz geflüchtet, dort interniert, 1942 in Widnau gestorben.
Qu.: I: Bollag J.; Text.

LANG, Gebhard, 8.1.1909 Mellau; Arbeiter; wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer kommunistischen Gruppe in Dornbirn 1935

zu 7 Tagen Arrest verurteilt.
Qu.: LGF Vr 6/36.

LANG, Jakob, 21.9.1874 Bizau; aus politischen Gründen am 23.7.1943 verhaftet und bis 6.8.1943 eingesperrt.
Qu.: GeBBr 1783/43.

LANG, Johann, 7.3.1894 Andelsbuch; vom 31.1. bis 25.2.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 2443/44.

LANG, Rudolf, 18.12.1903 Schwaz, wh. Bregenz; Arbeiter; von der Gestapo am 23.6.1938 verhaftet; über das KZ Dachau nach Mauthausen deportiert und dort am 19.1.1940 zu Tode gebracht.
Qu.: DÖW 15.062; DMG.

LÄNGLE, Franz, aus Rankweil; wegen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus vom 1.6. bis 30.7.1938 inhaftiert.
Qu.: DÖW 8346.

LÄNGLE, Gottlieb, aus Fußach; organisierte den Widerstand in Fußach und Hard; bewahrte diese Orte vor der Beschießung durch die französischen Truppen.
Qu.: "Vorarlberger Volkswille", 27.4.1946; Text.

LÄSSER, Franz, 9.7.1903 St. Gallen, wh. Hittisau; Landarbeiter; vom 25.4. bis 15.5.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 348/42.

LATZER, Stefan, 8.11.1901 Nenzing; Arbeiter; von der Gestapo am 4.5.1939 verhaftet; über das KZ Dachau nach Mauthausen deportiert und dort am 15.12.1939 zu Tode gebracht.
Qu.: DÖW 15.062; DMG.

LAU, Gebhard, 14.4.1895 Gattnau; Mesner in Bregenz; wegen "Verbreitung politisch falscher Gerüchte" vom 4.6. bis 17.6.1941 in Gestapo-Haft, dann dem Amtsgericht Bregenz überstellt; N.u.
Qu.: GeBBr 208/41.

LEBENSORGER, Adolf, 20.3.1905 Obendorf (Burgenland), wh. Dornbirn; Bauarbeiter; wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer

kommunistischen Organisation 1935 verhaftet und 7 Tage eingesperrt.

Qu.: LGF Vr 6/36.

LEISSING, Eugen, 26.11.1913 Bregenz; Landesobmann des Reichsbundes, Sekretär der VF; vom 13.3.-9.6.1938 in Gestapo-Haft, dann "Gauverbot", im März 1945 Mitbegründer der Bregenzer Widerstandsbewegung; am 29.4.1945 Flucht in den Bregenzerwald, da er als Geisel festgenommen werden sollte.

Qu.: NNSch 10; I: Leissing E.; DMG; Löffler-Bolka, 1975:143f., 175ff.; Schönherr, 1981; Schelling, 1980; Text.

LENZ, Engelbert, 3.8.1905 Dornbirn; Arbeiter; vom 12.5. bis 3.7.1940 aus religiösen Gründen (Zeuge Jehovas) in Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 139/40; Text.

LIBARDI, Johann, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

LIENHER, Richard, 27.6.1892 Nüziders; Landwirt; vom 3.4. bis 11.4.1945 aufgrund des "Heimtückegesetzes" inhaftiert.

Qu.: GeBBl.

LINDER, Anton, 23.10.1880 Thurn-Severin (Kleine Walachei), + 23.9.1958 Feldkirch; Tapezierer; führender Vorarlberger Sozialdemokrat, u. a. Landespartei sekretär; anlässlich der "Februar-Ereignisse" 1934 verhaftet; anschließend Emigration in die Schweiz; Gründer und Präsident des überparteilichen "Vereins der Österreicher in der Schweiz".

Qu.: DÖW o. Nr.; NNSch 7; Wanner, 1978:111; StaBl 7/16; Brändle, 1982:198; Röder/Strauß, 1980; Text.

LINGENHÖLE, Theodor, 17.6.1895 Bregenz; Versicherungsdirektor; vom 13.3. bis 26.4.1938 in Bregenz in "Schutzhaft".

Qu.: GeBBr 380/38; Lingenhölle, 1983; Text.

LINHERR, Stefanie, 18.7.1920 Bludenz; Postangestellte; siehe Eberl Elsa.

LOACKER, August, 12.12.1876 Feldkirch; Angestellter; am 8.8.1939 in Innsbruck verhaftet und als Mitglied der Gruppen "Freiheit Österreich" und "Kampffront Vergeißmeinnicht" mehrere Monate inhaftiert.

Qu.: DÖW 15.062; WuVT II, 1984:469, 474.

LOHS, Adolf, 17.9.1912 Oberstdorf (Bayern), wh. Dornbirn; Arbeiter; im Zusammenhang mit der Gruppe Himmer vom 22.3. bis 1.4.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft.
Qu.: GeBBr 39/41.

LORENZ, Martin, aus Schnifis; aus der Wehrmacht desertiert und im Großen Walsertal am 12.7.1944 zusammen mit Wilhelm Burtscher verhaftet; in Graz am 8.12.1944 hingerichtet.
Qu.: DÖW 1936; GeBBl; Text.

LORÜNSER, Anton, aus Braz; siehe Bader Franz.

LORÜNSER, Edmund; laut Liste der Bludener Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung KZ-Häftling aus politischen Gründen; N.u.
Qu.: StaBl 7/50.

LOY, Rudolf, 12.12.1901 Feldkirch; Eisenbahner; siehe Blacha Rudolf.

LUDESCHER, Adolf; siehe Barbisch Otto.

LUGER, Wilhelm, 16.11.1914 Dornbirn; Handelsangestellter; Heimwehrmann, wegen Aktionen gegen illegale Nazis vom März bis Sommer 1938 inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 301/38.

LUNARDON, Hugo, 2.11.1893 Hard; als Gendarmeriepostenkommandant im "braunen Nest" Dornbirn den Nationalsozialisten besonders verhaßt; unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen verhaftet und über das KZ Dachau nach Mauthausen deportiert; dort ist er am 14.3.1940 verhungert.
Qu.: DÖW 15.062, 3165; Schönherr, 1981:56ff.; Gostner, 1945:82, 125; Text.

LUTZ, Gebhard, 2.5.1880 Bregenz; vom 26.9. bis 16.10.1943 in Gestapo-Haft, dann Gefangenenhaus Feldkirch. N.u.
Qu.: GeBBr 2032/43.

LUZON, Stanislaus, damals Bludenz; siehe Bader Franz.

MACHURA, Johann, 24.6.1907 Graz, wh. Dornbirn; Kaminkehrer;

wegen angeblicher Hilfeleistung für die "Rote Hilfe" in Dornbirn
1935 1 Woche Haft.
Qu.: LGF Vr 6/36.

MADLENER, Erich, 9.4.1924 Bregenz; Wagner; wegen "Schmierens
von Parolen" ("Friede, Freiheit, Brot") vom 1.1. bis 7.2.1942 in
Bregenz inhaftiert, dann nach Feldkirch überstellt.
Qu.: StaBr PolBer; GeBBr 132/41; Text.

MADLENER, Franz, aus Bregenz; Postbediensteter; siehe Bauer
Eugen; nach dem Februar 1934 aus politischen Gründen aus dem
Postdienst entlassen.

MAIER, Artur, 15.11.1892 Bregenz; Lehrer; als bekannter Gegner
des Nationalsozialismus nach dem deutschen Einmarsch inhaftiert;
in den letzten Kriegstagen vom 23.4. bis 30.4.1945 als Geisel ver-
haftet.
Qu.: NNSch 7; GeBBr 679/45; ABB.

MALFER, Alois, 2.10.1890 Höchst; Schleifermeister; wegen "komm-
unistischer Betätigung" in Bregenz 1934 eine Zeitlang inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 935/34.

MALIN, Johann, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

MALIN, Johann August, 22.9.1902 Satteins; Geologe; am 6.5.1942
verhaftet, nach Haftzeiten in Bregenz und Feldkirch am 9.11.1942
in München-Stadelheim wegen "Hochverrates" hingerichtet.
Qu.: Nachlaß Malin, DMG; Brändle u.a. 1982; Sperrung 1; VN,
12.11.1945, 25.2.1983; VLK 234/1978; Text.

MALIN, Melanie, 3.2.1903 Lustenau; im Zuge der Verhaftung ihres
Gatten J. A. Malin ca. 3 Wochen in Feldkirch in Gestapo-Haft.
Qu.: DMG; I: Malin M.

MALINA, Franz, 28.12.1923 Mähren; wegen "Hochverrates" vom 9.1.
bis 18.1.1945 in Bludenz in Haft; dann nach Feldkirch überstellt.
Qu.: GeBBl.

MANAHL, Wilhelm, 5.12.1907 Tschagguns; Schreiner; "Schutzhaft"
auf Veranlassung der Gestapo vom 28.10. bis 19.12.1941 in
Bludenz.
Qu.: GeBBl 152/41.

MANIAK, Josef, damals Bludenz; siehe Bader Franz.

MARK, Ernst, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

MASCHLER, Siegfried, aus Bludenz; siehe Fagschlunger Karl.

MÄRK, Alfred, 11.1.1924 Hohenems; vom 3.11. bis 8.11.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft; anschließend nach Feldkirch überstellt; N.u.

Qu.: GeBBr 3702/44.

MARTIN, Otto, 6.8.1896 Stallehr; vom 31.8. bis 8.9.1943 in Bludener Gestapo-Haft, dann 2 Monate im Lager Reichenau; am Kriegsende auf der Seite der slowenischen Freiheitskämpfer.

Qu.: GeBBl; StaBl 7/454.

MARXGUT, Ernst, 1926 Dornbirn; Lehrling; wegen "Vervielfältigung und Verteilen einer Schmähchrift" vom 29.10. bis 10.11.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann dem Jugendgericht München übergeben. N.u.

Qu.: LGF Vr 225/43; GeBBr 2138/43; Text.

MÄSER, Grete, 6.6.1922 Dornbirn; Weberin; wegen "Arbeitsverweigerung" vom 24.1. bis 20.2.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 15/40.

MÄSER, Hans, 20.5.1906, wh. Bregenz; Angestellter; vom 20.10.1941 bis 6.1.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt; N.u.

Qu.: GeBBr 541/41.

MÄSER, Johann, 15.11.1911 Dornbirn; Arbeiter; Heimwehrmann; wegen Aktionen gegen illegale Nazis vom März bis Sommer 1938 in Haft.

Qu.: LGF Vr 301/38.

MATEJAK, Karel, 2.7.1921 Mšeno an der Neiße; nach geglückter Flucht in die Schweiz dort am 8.7.1939 verhaftet und "ausgeschafft"; in Feldkirch zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Qu.: LGF Vr 273/39; Text.

MATHIS, Norbert, 10.2.1912 Rankweil; Spediteur; wegen "Fahnen-

flucht" am 17.4.1940 verhaftet und dem Militärgericht Graz überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 84/40.

MATT, Theophil; siehe Barbisch Otto.

MATT, Viktor, aus Rankweil; vom 20.5. bis 2.6.1941 aus politischen Gründen inhaftiert.

Qu.: DÖW 8346.

MATTIVI, Alois, 13.3.1908 Bludenz, + 3.2.1972; Arbeiter; am 22.11.1943 in das "Arbeitserziehungslager" Reichenau deportiert.

Qu.: GeBB1; MA Bludenz.

MA(T)ZER, Sophie, 27.9.1874 Lemberg; Arztwitwe; am 5.5.1942 aus "rassischen" Gründen von der Gestapo aus Bregenz deportiert, am 13.8.1942 von der Staatspolizei Wien nach Theresienstadt deportiert, dort im Juni 1944 zu Tode gebracht; nach anderen Informationen im Ghetto von Krakau gestorben.

Qu.: LS; DÖW o.Nr.; Text.

MÄTZLER, Karolina, 28.11.1890 Dornbirn; vom 10.3. bis 23.3.1945 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann Feldkirch. N.u.

Qu.: GeBBr 344/45.

MAURER, Brunhilde, aus Gaißau; wegen Verstoß gegen die "Rassengesetzgebung" zuerst in einem Gefängnis in Stuttgart, dann vom 24.4. bis 11.11.1944 im KZ Ravensbrück.

Qu.: LOF; DMG.

MAYER, Adolf, 11.6.1918 Nüziders; Techniker; verließ am 13.3.1938 Österreich; Mitglied der Internationalen Brigaden in Spanien, dort verwundet, interniert in Frankreich (Argeles und Gurs), später Fremdenlegionär in Nordafrika und Vietnam, 1945 Rückkehr nach Österreich.

Qu.: Mayer, 1982; Text.

MAYER, Anna, 1.2.1906 Wippenau/OÖ; wh. in Bürs; siehe Mayer Josef, 1906.

MAYER, Anton, 14.7.1883 Nenzing; Journalist; vom 6.12. bis 12.12.1942 in Bludenz und vom 28.8. bis 1.10.1943 in Bregenz in

Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBl 453/42; GeBBr 1906/43.

MAYER, Johann sen. und jun., beide aus Bregenz; siehe Bauer Eugen.

MAYER, Josef, 17.10.1885 Nenzing; vom 1.8. bis 13.8.1941 in Bludener Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBl 21/41.

MAYER, Josef, 19.12.1906 Vorchdorf/OÖ, wh. Bürs; Arbeiter; wegen Sammeltätigkeit zugunsten belgischer Kriegsgefangener am 16.12.1940 vom LGF zu einer mehrtägigen Haftstrafe verurteilt.
Qu.: LGF Vr 490/40.

MAYR, Karl, 1.3.1907 Innsbruck; wegen "wehrkraftzersetzender Äußerungen" vor Arbeitskollegen auf der Baustelle Rodund zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: DÖW 9003.

MAZUR, Florian, 14.9.1908 Wapno/Polen; flüchtete am 23.8.1941 von den "Deutschen Solvay-Werken" in Buchenau; am 24.8.1941 Flucht nach Liechtenstein, Ausweisung; mit zwei weiteren Polen beim LGF angeklagt; Todesurteil am 12.8.1942 vom 2. Senat des Volksgerichtshofes.
Qu.: BAK R60-II 66; Text.

MEHLSACK, Hedwig, 10.6.1906 Klösterle; Arbeiterin; vom 28.3. bis 3.4.1941 im Zusammenhang mit Karl Kobras (siehe dort) inhaftiert.
Qu.: GeBBr 95/41.

MEIER, Johann, 18.4.1899 Feldkirch; Arbeiter; am 23.6.1938 von der Gestapo nach Innsbruck überstellt, am 24.6.1938 nach Dachau deportiert, dort am 4.12.1939 zu Tode gebracht.
Qu.: DÖW 15.062.

MELK, Rudolf, 4.9.1908 Feldkirch; Geistlicher; Kontakte zur Gruppe Malin; am 17.1.1945 verhaftet und in Bludenz eingesperrt; Überstellung nach Feldkirch; entging nur durch einen Selbstmordversuch am 22.1.1945 der Deportation.
Qu.: GeBBl; LGF SaEr; I: Tiefenthaler R.; Text.

MELLICH, Franz, aus Feldkirch; Versicherungsvertreter, nach dem

Krieg SP-Bundesrat; im Oktober 1936 zu acht Wochen politischem Arrest verurteilt (ausgesetzt), Verlust des Arbeitsplatzes.
Qu.: VLA, BH Feldkirch III-2810/1936; Text.

MESSMER, Karl, 30.3.1907 Dornbirn; Arbeiter; wegen Unterstützung der "Roten Hilfe" 1935 von der BH Feldkirch zu 9 Wochen Arrest verurteilt.
Qu.: LGF Vr 6/36.

METZLER, August, 12.8.1907 Dornbirn; wegen "kommunistischer Betätigung" von der BH Feldkirch 1935 zu 3 Monaten Arrest verurteilt.
Qu.: LGF Vr 6/36.

METZLER, Franz Ignaz, 8.7.1871 Schwarzenberg; Landwirt; vom 8.6.1944 bis 15.2.1945 in Feldkirch inhaftiert wegen "Wehrkraftzersetzung"; ein Verfahren beim OLG Wien wurde eingestellt.
Qu.: LGF SaEr; DMG.

METZLER, Georg, 25.8.1901 Andelsbuch; vom 7.10. bis 17.11.1944 in Bregenz in Haft, dann nach Berlin überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 3540/44.

MEUSBURGER, Julius, 10.12.1904 Bezau; vom 30.11. bis 9.12.1940 in Bludenz in Haft ("Heimtücke-gesetz"), dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBl 146/40; MA Bludenz.

MEUSBURGER, Ludwig, 2.7.1921 Egg; Landwirt; nach Flucht von der Ostfront in Wittenberg verhaftet und am 20.3.1944 in Berlin hingerichtet.
Qu.: DÖW 3192; I: Meusbürger J.; Text.

MEUSBRUGER, Peter, 18.11.1902 Bizau, wh. Mittelberg; Metzger; übernahm mit einer von ihm aufgebauten bewaffneten Formation ("Heimatschutz") noch vor dem Einmarsch der Franzosen am 1.5.1945 die Macht im Kleinen Walsertal. Dadurch wurden Kampfhandlungen und Greuel-taten zurückflutender SS-Einheiten verhindert. Der "Heimatschutz" war den Franzosen auch bei der Befreiung des Hinteren Bregenzerwaldes und des Hochtännberggebietes behilflich.
Qu.: DÖW 18.126, 18.226; Schelling, 1980:240ff.

MICHLER, Johann Baptist, 30.11.1878 Götzis; Arbeiter; vom 17.7. bis 6.8.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 614/42.

MICHNIAK, Czeslaw, 29.8.1918 Lublin/Polen; "Ostarbeiter"; ab April 1943 als Fremdarbeiter in Lochau; dort im November 1944 verhaftet und schwer mißhandelt; bis 14.12.1944 inhaftiert.
Qu.: DÖW 14.680; NVT, 8.11.1980; Schr.M. Michniak Cz.

MINGLER, Agathe, geb. Köb, 9.3.1886 Dornbirn, wh. in Innsbruck; Händlerin; wegen Vergehens nach dem "Heimtücke-gesetz" zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: WuVT I, 1984:375.

MITTELBERGER, Christoph, wh. Bregenz; vom 13.3. bis 19.4.1938 in Gestapo-Haft.
Qu.: ABB.

MITTELBERGER, Johann Josef Dr., 7.11.1879 Götzis, + 10.4.1963; Landesrat, Minister a. D.; am 23.8.1944 von der Bregenzer Gestapo verhaftet und dann 2 Monate in Reichenau interniert.
Qu.: GeBBr 3335/44; Welti, 249.

MITTERSTEINER, Rudolf, aus Dornbirn; wegen "politischer Bedenklichkeit" vom 22.6. bis 6.7.1943 in Gestapo-Haft, dann der Polizei Lindau überstellt.
Qu.: GefBBr 1646/43.

MOHR, Katharina, 5.10.1918 Bizau; vom 23.10. bis 3.11.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 2119/43.

MOHR, Konrad, 23.6.1907 Feldkirch; vom 12.3. bis 19.3.1938 in Innsbruck in Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: DÖW 15.062.

MOOSBRUGGER, Ernst, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

MOOSBRUGGER, Rudolf, 12.5.1903 Dornbirn; Arbeiter; wegen angeblicher, von ihm selbst bestrittener kommunistischer Betätigung im Verwaltungsweg 1935 zu 6 Monaten Haft verurteilt.
Qu.: LGF Vr 6/36; I: Moosbrugger R.

MORSCHER, Josef, 1895 Klaus; Landwirt; von der SS am 2.5.1945 im Wald zwischen Götzis und Klaus kurz vor dem Eintreffen der französischen Truppen als bekannter NS-Gegner erschossen; siehe Morscher Otto.

Qu.: I: Morscher W.; Text; N-KZV.

MORSCHER, Kassian, Rankweil; vom 29.7. bis 23.8.1940 und vom 2.1. bis 21.2.1942 aus politischen Gründen inhaftiert.

Qu.: DÖW 8346.

MORSCHER, Otto, 1889 Klaus; Schlosser; von der SS am 2.5.1945 im Wald zwischen Götzis und Klaus kurz vor dem Eintreffen der französischen Truppen als bekannter NS-Gegner erschossen; siehe Morscher Josef.

Qu.: I: Morscher W.; Text; N-KZV.

MOSER, Johann, 30.8.1913 Mühlbach; Wirker; politischer Leiter der KPÖ-Gruppe Bregenz; 1934 vor Gericht, Ausmaß der Strafe unbekannt.

Qu.: LGF Vr 935/34; Text.

MOSER, Karl, 17.6.1902 Innsbruck, wh. Dornbirn; Arbeiter; 5 Monate Gefängnis wegen "Unterlassung der Anzeige" (vgl. Schoch Karl).

Qu.: DÖW 8142; Text.

MÖSSLANG, Eduard, 16.12.1920; von der Gendarmerie Lustenau am 29.10.1944 in Bregenz eingeliefert und am 22.11.1944 an das Feldgericht München überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 3661/44.

MOTTL, Felix; laut LOF in politischer Haft. N.u.

Qu.: LOF.

MUIK, Josef, 24.8.1902 Raab/Fiedisch, wh. Dornbirn; Arbeiter; wegen "Unterlassung der Anzeige" 1941 5 Monate Gefängnis (vgl. Schoch Karl).

Qu.: DÖW 8142; Text.

MULEC, Anton, 4.1.1913 Janesberg/Stmk., wh. Dornbirn; Textilarbeiter; am 28.4.1943 wegen "kommunistischer Mundpropaganda" unter seinen Arbeitskollegen bei F. M. Hämmerle verhaftet und

des "Hochverrats" angeklagt. N.u.
Qu.: OLG Wien 70Js 195/43.

MÜLLER, Andreas-Georg, 25.12.1886 Bludenz; vom 26.1. bis 9.2.1943 auf Anordnung der Gestapo in "Schutzhaft".
Qu.: GeBBl.

MÜLLER, Erich Dr., 30.8.1909 Bregenz; als Soldat vom 16.7. bis 18.7.1942 in Haft, dann nach München überstellt; war als früherer Sekretär der VF von den Nationalsozialisten bereits im Jahre 1938 inhaftiert.
Qu.: ABB; GeBBr 610/42; Schönherr, 1981:185.

MÜLLER, Erwin, 4.11.1919, wh. Hohenweiler; desertierte mit zwei Brüdern aus der Deutschen Wehrmacht, nach der Flucht in die Schweiz dort interniert, über die Montafoner Berge wieder zurück nach Vorarlberg, wo er sich zwei Jahre im Wald zwischen Hohenweiler und Möggers versteckt hielt.
Qu.: Berkmann, 1984:85ff.

MÜLLER, Johann, 1.2.1875 Thüringen; vom 11.11. bis 21.11.1939 in Innsbruck in Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: DÖW 15.062.

MÜLLER, Josef, 24.9.1885 Feldkirch; vom 11.11.1939 bis 31.1.1940 in Innsbruck in Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: DÖW 15.062.

MÜLLER, Maria, 15.8.1897 Feldkirch; wegen "Vergehens gegen das Heimtückegezet" vom 30.11. bis 9.12.1940 in Bludenz in Haft, dann nach Feldkirch überstellt.
Qu.: GeBBl 145/40.

MÜLLER, Thomas, 17.7.1900 Thüringerberg; vom 27.3. bis 6.4.1945 in Bludenz Haft wegen Verdacht auf Mithilfe zur "Fahnenflucht"; von der Gestapo der Wehrmacht überstellt. N.u.
Qu.: GeBBl.

MÜNZGER, Leopold, 9.5.1900 Wien; Eisenbahner; wegen Mitgliedschaft in der illegalen Gewerkschaftsgruppe in Bregenz 1934 eine Zeitlang in Haft.
Qu.: LGF Vr 935/34.

MUTHER, Anton, 29.10.1889 Nüziders; Landwirt; vom 8.12. bis 15.12.1944 wegen "Begünstigung von Ausländern" in Bludenz in Haft.

Qu.: GeBBl.

MUTHER, Hans; laut Liste im Stadtarchiv Bludenz während der NS-Zeit in politischer Haft.

Qu.: StaBl 7/391.

MUTHER, Xaver, 7.10.1890 Bludenz, + 10.5.1970; Steinmetz; vor 1938 Landtagsabgeordneter und Heimwehrfunktionär; nach dem deutschen Einmarsch eine Woche in Haft und 1943 strafweise zur Wehrmacht eingezogen, zuvor Entzug der Gewerbeberechtigung.

Qu.: NNSch 8; Text.

NACHBAUR, Raimund; Kapuziner-Pater in Bludenz; ab 4.6.1941 drei Wochen in Gestapo-Haft.

Qu.: Wanner, 1972:120.

NAGEL, Adalreich, 8.7.1879 Höchst; Funktionär der SDAPÖ, Vorstandsmitglied der Bodensee-Internationale; im April 1934 in die Schweiz, Mitwirkung beim Schmuggel illegaler Literatur nach Österreich, im Jänner 1936 und vom 11.9. bis 27.10.1936 in "Anhaltehaft". Wegen "Menschenschmuggel" am 20.7.1938 von der Gestapo inhaftiert; vom 12.2. bis 23.4.1945 wieder in Bregenz in Haft.

Qu.: Röder/Strauß, 1980; GeBBr 836/36, 437/36; ABB; I: Pruner E. und E.; Text.

NAGEL, August, 8.7.1897 Höchst; vom 12.11. bis 30.11.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 3726/44.

NAGEL, Guntram, 5.3.1877 Höchst; Pfarrer in Frastanz; wegen "staatsfeindlichen Verhaltens" ab 22.10.1938 4 Wochen und ab 14.8.1940 3 Wochen in Gestapo-Haft; anschließend "Gauverbot".

Qu.: ABB; Wanner, 1972:120.

NAGELBERG, Frieda, 30.11.1889 (1880?) Styr/Galizien; Büglerin; 1941 aus "rassischen" Gründen aus dem Versorgungsheim Hohenems nach Wien deportiert. Todesort unbekannt.

Qu.: Peter, 1982:837; Text.

NÄGELE, Benjamin, 4.6.1911 Gaißau; Metallarbeiter; wegen "Arbeitsabschaltung" von seinem Dienstgeber angezeigt, am 21.7.1940 von der Gestapo verhaftet und in Feldkirch verurteilt.
Qu.: GeBBr 176/40; LGF 29/41.

NÄGELE, Leopold, 23.1.1908 Linz, wh. Feldkirch; Bauarbeiter; am 15.8.1936 zusammen mit Samuel Spindler und Hans Wahsel in "Anhaltehaft". Am 23.6.1938 über Innsbruck nach Dachau deportiert. N.u.
Qu.: GeBBr 381/36; DÖW 15.062.

NAGLER, Josef, 18.11.1922 Bregenz; am 8.4.1940 über Innsbruck nach Dachau deportiert. N.u.
Qu.: DÖW 15.062.

NATTER, Hermann, 10.6.1901 Dornbirn; Geistlicher; wegen einer Predigt vom 27.6. bis 17.7.1940 in Gestapo-Haft in Innsbruck.
Qu.: WuVT II, 1984:342.

NATTER, Leopold, 29.5.1914 Dornbirn; Weber; Heimwehrmann; wegen Aktionen gegen illegale Nazis vom März bis Sommer 1938 inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 301/38.

NEHER, Ferdinand, 8.7.1890 Vandans; Zollamtsleiter in Koblach, dann in Gisingen; verhalf Juden zur Flucht; vom 4.4. bis 21.4.1944 in Bregenz in Gestapo-Haft, weil er einem Soldaten zur Flucht in die Schweiz verholpen hatte; ab 21.4.1944 in Feldkirch, kam am 27.3.1945 aus dem Spital in die Haft zurück.
Qu.: GeBBr 2641/44; LGF SaEr; OF; LOF II/29; I: Eigenmann A. jun.; Text.

NEHER, Filomena, 12.10.1889 Vandans; Frau des Neher Ferdinand; aufgrund desselben "Deliktes" wie ihr Gatte inhaftiert.

NENNING, Konrad, 5.5.1912 Lingenau; vom 28.9. bis 14.11.1944 in Gestapo-Haft, dann durch Militär nach Friedrichshafen überstellt; war nach einem Urlaub nicht mehr eingerückt; mit ihm wurden auch seine Geschwister Emma, Anna und Jakob für längere Zeit inhaftiert.
Qu.: GeBBr 3492/44; MA Lingenau.

NESENHORN, Julius, 9.7.1911 Laterns; Kaplan in Doren; in

Gestapo-Haft vom 23.3. bis 27.3.1940, gleichzeitig mit Hagspiel Anna, Schmidinger Josefa, Held Rosa und Fink Judith.
Qu.: GeBBr 65-69/40; Wanner, 1972:120f.

NESLER, Emil, 12.3.1894, führender Bludenzler Sozialdemokrat; beteiligt am "Sturm auf die Kreisleitung" der NSDAP in Bludenz am 3.5.1945; Mitglied des "Viererkomitees" der Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung in Bludenz als Vertreter der SPÖ.
Qu.: StaBl 7/269.

NESLER, Johann, 30.9.1898 Bludenz; siehe Blacha Rudolf; auch Gattin Maria und Tochter Rosa Nesler kurze Zeit inhaftiert.

NESTER, Georg; am 25.12.1944 wegen "Wehrkraftzersetzung" vom Sondergericht in Feldkirch verurteilt. N.u.
Qu.: LGF SaEr.

NETZER, Heinrich; Pfarrer in Fontanella; im Juni 1940 drei Wochen in Gestapo-Haft.
Qu.: DÖW 10.894.

NEUHAUSER, Viktor, 4.7.1904 Grießkirchen, wh. Bludenz; Arbeiter; 1934 inhaftiert; wegen Unterstützung von Partisanen vom 15.9.1944 bis Kriegsende in den Militärgefängnissen Marburg und Graz.
Qu.: DMG; Schr.M. Garscha F.

NEURURER, Gallus, 21.6.1902 Rieden; Eisenbahner; Aktivist der illegalen Gewerkschaft in Bregenz 1934, eine Zeitlang inhaftiert; auch während der NS-Zeit verfolgt. N.u.
Qu.: DÖW 935/34, 3870/I.

NEYER, Anton, 17.2.1921 Bludenz; vom 25.10. bis 27.10.1943 auf Anordnung der Gestapo in "Schutzhaft"; dann ins Polizeigefängnis Friedrichshafen überstellt. N.u.
Qu.: GeBBl.

NEYER, Franz, 15.3.1898 Bludenz; siehe Blacha Rudolf.

NICK, Otto, 6.6.1899 Dornbirn; Chauffeur; wegen Unterstützung der "Roten Hilfe" in Dornbirn 1935 drei Monate Haft; vom 6.5. bis

23.5.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann dem LGF überstellt.
Qu.: LGF Vr 61/36; GeBBr 379/42.

NIGSCH, Josef Anton, 25.3.1899 Sonntag; wegen "Vergehens gegen das Heimtücke-gesetz" ab 15.3.1945 einen Monat in Haft; wieder in Haft vom 22.4. bis 23.4.1945.
Qu.: GeBBl.

NIGSCH, Kreszenzia, 27.9.1899 St. Anton/Montafon; Köchin; zwischen 14.8. und 20.8.1941 im Landgericht Feldkirch, dann der Gestapo Innsbruck überstellt. N.u.
Qu.: DÖW 15.062.

NOEGELE, Michael, 22.8.1884 Klagenfurt, wh. Bludenz; siehe Blacha Rudolf.

NOFLATSCHER, Josef, aus Bludenz; 1934 eine Zeitlang inhaftiert.
Qu.: Schr.M. Garscha F.

NOVOTNY, Emanuel, wh. Rankweil; Eisenbahner; im Zusammenhang mit der Gruppe um J. A. Malin vom 6.5. bis 10.8.1942 und vom Mai bis Dezember 1943 in Haft.
Qu.: LOF 11/46; DÖW 6345; Löffler-Bolka, 1975:53; Text.

NOVOTNY, Maria, 1.9.1892 Bisek, wh. Rankweil; am 6.5.1942 im Zusammenhang mit der Aufdeckung der Gruppe um J. A. Malin in Bludenz inhaftiert, am 20.5.1942 enthaftet. N.u.
Qu.: GeBBl 133/42.

NOWAKOWSKI, Alois, 17.6.1913 Wapno/Polen; siehe Mazur Florian.

NUSSBAUMER, Agatha, 8.4.1918 Lingenau; Hausgehilfin; vom 3.7. bis 5.7.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 558/42.

NUSSBAUMER, Albert, 11.6.1921 Krumbach; Metallarbeiter; wegen "Arbeitsverweigerung" am 10.3.1944 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: LGF 5E Vr 66/44.

NUSSBAUMER, August, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

NUSSBAUMER, Josef, 8.3.1894 Langenegg; Landwirt; am 1.5.1945 in einem Feuertreffen mit der SS in Langenegg erschossen; siehe Bader Innozenz.

Qu.: Schelling, 1980:229ff.; Löffler-Bolka, 1975:49; LS; VN, 8.11.1945; Text.

NUSSBAUMER, Josef, 24.8.1905 Krumbach; wegen "Wehrkraftzer-
setzung" vom 2.7. bis 8.7.1943 in Gestapo-Haft, dann nach
Feldkirch überstellt; N.u.

Qu.: GeBBr 1694/43.

NUSSBAUMER, Klara, 13.11.1905 Dornbirn; Arbeiterin; wegen
"Arbeitsverweigerung" am 30.5.1944 drei Wochen Gefängnis.

Qu.: LGF 5E Vr 172/44.

OBERER, Christian, 1899 Schruns; Gemeindebediensteter; in Feld-
kirch am 23.12.1944 zu vier Monaten wegen "hetzerischen Äußerun-
gen" verurteilt. Haft vom 23.8. bis 23.12.1944.

Qu.: DMG; LOF II/74.

OBERHAUSER, Ignaz, 2.5.1908 Andelsbuch; Eisenbahner; mit Karl
Kobras am 27.3.1941 verhaftet und bis 5.4.1941 in Bregenzer
Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 94/41.

OHNEBERG, Anna, 4.1.1907 Bregenz; vom 13.3. bis 5.4.1945
in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 364/45.

ÖLZ, Max, 18.5.1884 Dornbirn; Landwirt; wegen Abhörens von
"Feindsendern" vom 14.2.1940 bis 31.3.1941 in Dornbirn und
Feldkirch inhaftiert; anschließend Einzug seiner Landwirtschaft
durch die Behörden; ab 15.4.1945 als Geisel inhaftiert.

Qu.: GeBBr 28/40; DMG.

ÖSTERLE, Martin, 11.2.1926 Aflenz (Stmk.), wh. Wolfurt; Lehrling;
wegen "Unterstützung von Kriegsgefangenen" im Juli 1942 von der
Bregenzer Gestapo inhaftiert und mißhandelt; zusammen mit Streng
Stefan und Vonach Albert aus dem gleichen Grund vom 9.12. bis
15.12.1943 wieder in Haft; dann zum Militär eingezogen. Streng
und Vonach sind gefallen.

Qu.: Schr.M. und I: Österle M.; GeBBr 2270-2272/43; Text.

PACHLER, Kilian, 8.7.1920 New York, wh. Bregenz; am 16.1.1943 zu Sammeltransport nach Lindau überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 1106/43.

PAHLE, Josef, 15.5.1917 Dornbirn; vom 13.6. bis 16.6.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann wegen "Fahnenflucht" dem Kriegsgericht Innsbruck überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 218/41.

PAROLINI, Anton, 31.12.1886 Frastanz; Arbeiter; im Zuge der Aushebung der Widerstandsgruppe um J. A. Malin von der Gestapo vom 6.5. bis 27.5.1942 inhaftiert.
Qu.: GeBBl 134/42.

PARTEL, Engelbert, 18.6.1896 Bludenz, wh. Bregenz; Arbeiter; wegen illegaler gewerkschaftlicher Betätigung 1934 eine Zeitlang inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 935/34.

PARTEL, Engelbert, 27.11.1891 Bregenz; Heizer; wegen illegaler gewerkschaftlicher Betätigung 1934 eine Zeitlang inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 935/34.

PARTEL, Johann, 27.11.1898 Bregenz; Verschieber; vom 25.11. bis 15.12.1941 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 98/41.

PARTH, Johann, 4.6.1907 Laas, wh. Fußach; Landarbeiter; wegen "Arbeitsverweigerung" am 16.1.1945 zu einem Monat Gefängnis verurteilt; bereits am 31.3.1944 und am 12.5.1944 je 50 RM "Ordnungsstrafe" wegen "Bummelei".
Qu.: LGF 5E Vr 463/44.

PATERNO, Hilar, 4.5.1905 Dornbirn; Arbeiter; als Mitglied der AKO-Dornbirn im Jänner 1940 verhaftet und am 5.6.1942 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Zuerst Zuchthaus Kaisheim, dann KZ Mauthausen, wo er bald nach der Ankunft erschlagen wurde.
Qu.: DÖW 8197; I: Sohm R., Gutensohn J.; Text.

PATERNO, Hugo, 19.12.1896 Bludenz, wh. Lustenau; Zöllner; wegen "Zersetzung der Wehrkraft" am 11.5.1944 ("Äußerungen gegen Führer und Partei") zum Tode verurteilt und am 7.7.1944 in

München-Stadelheim hingerichtet.

Qu.: LS; N-KZV; Holzner, 1977:70; Bösch, 1984; Text.

PATERNO, Rosa, 26.2.1919 Dornbirn; Arbeiterin; von der Firma F. M. Hämmerle Dornbirn am 22.7.1942 wegen "Arbeitsverweigerung" angezeigt, 2 Monate Gefängnis.

Qu.: LGF Vr 363/44.

PAULITSCH, Christian, aus Rankweil; siehe Barbisch Otto.

PECHLANER, Heinrich, 4.8.1926 Meran, wh. Lauterach; vom 6.10. bis 20.10.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Innsbruck überstellt.

Qu.: GeBBr 3535/44.

PEINTNER, Josef, 19.2.1901 Lustenau; 1934-1938 Bürgermeister von Lustenau; am 4.9.1938 verhaftet und dann 22 Monate im KZ Buchenwald.

Qu.: NNSch 8; Schr.M. Bösch A.; GeBBr; DÖW 15.062; Text.

PERGHER, Josef, 9.4.1914 Lustenau; 1934 Aktivist der "Roten Hilfe" in Lustenau, 1936 Spanienfreiwilliger, 1939 und 1940 in Frankreich interniert, dann nach Innsbruck, später nach Dachau, ins Außenlager Friedrichshafen, nach Dora-Mittelbau und nach Sachsenhausen deportiert. Auf dem Evakuierungsmarsch nach Ravensbrück zu Kriegsende geflüchtet.

Qu.: Egger, 1982:170.

PERLE, Franz, 31.10.1900 Dornbirn; Arbeiter; am 26.1.1939 vom Gefängnis in Feldkirch nach Dachau und anschließend nach Mauthausen deportiert, wo er am 17.7.1939 zu Tode gebracht wurde.

Qu.: DÖW 15.062; DMG; I: Weiß A.

PETER, Elisabeth, 4.4.1890 Lingenau; wegen "offenem aktiven Widerstand" vom 5.3. bis 15.3.1943 in Bregenz in Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 1273/43.

PETER, Hans, 5.6.1920 Hohenems; Weber; im Zusammenhang mit der AKO verhaftet und am 20.1.1942 zu 7 Monaten Haft verurteilt.

Qu.: DÖW 8230; LOF 11/41; Text.

PETER, Josef, aus Bregenz; siehe Bauer Eugen.

PETTER, Heinrich, 20.8.1913 St. Anton am Arlberg, wh. Dornbirn; Arbeiter; wegen angeblicher Betätigung für die illegale KPÖ 1935 in Dornbirn von der BH zu 75 Tagen Arrest verurteilt.
Qu.: LGF Vr 6/36; I: Petter H.

PFANNER, Walter, 17.4.1907 Dornbirn; Schuhmacher; wegen angeblicher Tätigkeit für die verbotene KPÖ von der BH zu 4 Monaten Haft verurteilt.
Qu.: LGF Vr 6/36; Text.

PFEIFER, Alwin; war in den letzten Kriegstagen mit anderen an der Rettung der Illwerke beteiligt; siehe Boss Romedius, Pfeifer René, Rudigier Othmar, Schemnitzer Hans.
Qu.: DÖW 8346; Schelling, 1980:214; Löffler-Bolka, 1975:57; Text.

PFEIFER, René; siehe Pfeifer Alwin.

PFEIFFER, Otto, 8.12.1906 Wien, wh. Feldkirch; am 10.7.1943 nach Innsbruck überstellt, am 20.8.1943 nach Lublin deportiert. N.u.
Qu.: DÖW 15.062; LOF I/38.

PFISTER, Marie; Sondergerichtsverfahren wegen "Wehrkraftzer-
setzung" am 30.11.1944 gegen sie eingeleitet. N.u.
Qu.: LGF Sa 44.

PICHLER, Andreas, 22.12.1908 Spittal, wh. Lustenau; Tischler; wegen "Abhörens ausländischer Sender" am 28.1.1941 festgenommen und in Feldkirch zu 4 Monaten Haft verurteilt; siehe auch Pichler Frieda.
Qu.: OLG Ibk 10 Vr 1498/46; GeBBr 21/41; Text.

PICHLER, Franz, 29.3.1904 St. Thomas/OÖ, wh. Bludenz; Arbeiter; vom 25.8. bis 6.10.1941 in Bludener Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt und am 4.6.1942 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, dann "Frontbewäh-
rung".
Qu.: DÖW 8238; GeBBl 53/41.

PICHLER, Frieda, 16.11.1901 Chur, wh. Lustenau; wie Pichler Andreas.

PIRKER, Paul Dr., aus Bregenz; führte am 1.5.1945 einen französischen Stoßtrupp nach Bregenz, um die Beschießung der

Stadt zu verhindern.

Qu.: Schelling, 1980:73f.; Löffler-Bolka, 1975:74f.; Pirker, 1946; Text.

PLAIKNER, Josef, 23.9.1902 Bregenz; vom 13.1. bis 26.1.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Innsbruck überstellt. N.u.

Qu.: GeBBR 1100/43.

PLANGGER, Josef Dr., 16.3.1901 München; Expositus in Innerberg; vom 15.6. bis 15.9.1940 wegen Übertretung der "Gottesdienstverordnung" in Bludenz in Gestapo-Haft; wegen Kritik an der HJ vom 6.7.1941 bis 9.4.1945 in den KZs Buchenwald, Natzweiler und Dachau.

Qu.: WuVT II, 1984:343; Wanner, 1972:124f.; Weiler, 1971; Lenz, 1956:341; Schnabel, 1965; DÖW 8346; Text.

PLATTNER, Otto, 6.2.1906 Rietz/Tirol; Kapuziner-Pater; vom 7.12.1940 bis 24.2.1941 in Gestapo-Haft.

Qu.: ABB; GeBBR 419/40.

PLECHATA, Alfred, 18.11.1912 Wien, wh. Rankweil; Spanienkämpfer; 1940-1945 im KZ Dachau.

Qu.: VLK 234/1978; I: Plechata A.

PLONER, Maria, 21.7.1907, wh. Hohenems; vom 6.10. bis 27.10.1943 und vom 8.1. bis 24.1.1944 aus politischen Gründen in Bregenzer Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBR 2071/43; LOF.

POLLAK, Annemarie, 15.11.1916 Bukarest, wh. Feldkirch; Dolmetsch; wegen politischer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus am 25.1.1944 in Wien verhaftet und von April 1944 bis April 1945 im KZ Ravensbrück.

Qu.: VLK 225/1977; I: Pollak A.

POLZER, Odo, 15.7.1895 Judenburg, wh. Bregenz; Musikdirektor; wegen "staatsfeindlichem Verhalten" vom 23.4. bis 3.5.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBR 89/40.

POTUSEK, Johann, 27.10.1898 Frastanz; Arbeiter; aus politischen Gründen verhaftet und am 28.3.1940 in das KZ Sachsenhausen deportiert; über die KZs Neuengamme und Dachau nach Buchenwald

verbracht, wo er am 11.4.1945 von der US-Armee befreit wurde.
Qu.: DÖW 15.062; DMG; Schr.M. Keckeis J.

PONHOLZER, Johann, 11.1.1910 Lienz, wh. Bregenz; wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" am 30.12.1938 verhaftet und am 5.4.1939 zu 2 1/2 Monaten Haft verurteilt.
Qu.: LGF Vr 13/39.

PRANTL, Johann, 3.4.1906 Dornbirn; Arbeiter; am 26.1.1939 aus dem Gefängnis Feldkirch nach Dachau deportiert, wo er am 5.2.1939 exekutiert wurde.
Qu.: DÖW 15.062; DMG.

PRANTL, Otto, 4.6.1912 Bregenz; Wirker; wegen kommunistischer Betätigung 1934 in Bregenz eine Zeitlang inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 935/34.

PARXMARER Alfons, 25.11.1899 Bregenz; Angestellter; am 14.5.1941 von der Bregenzer Gestapo verhaftet und dem Sondergericht Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 150/41.

PRAXMARER, Franz, 22.3.1900 Ludesch, wh. Jenbach; Kaufmann; am 24.2.1943 wegen Vergehens nach dem "Heimtückegesetz" zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: WuVT I, 1984:379.

PREISS, Fritz, aus Bregenz; ehemaliger Landesrat; siehe Bauer Eugen.

PRESTERL, Anton, 5.11.1905 Bregenz; Schreinergehilfe; ab 26.9.1934 eine Zeitlang wegen Betätigung für die illegale KPÖ in Haft.
Qu.: LGF Vr 935/34.

PRETTNER, Franz, 20.6.1897, + 1.7.1980 Bregenz; Bauarbeiter; wegen "systemkritischer Äußerungen" am 30.11.1943 verhaftet und dann verurteilt. N.u.
Qu.: LOF II/1; DMG; GeBBr 2244/43.

PRUNER, Emilie und Ernst, aus Bregenz; versteckten 1943 die wegen Hochverrats angeklagte Herma Pietzka aus Kärnten und

organisierte ihre Flucht in die Schweiz.
Qu.: I: Pruner E. und E.

PRZYGODA, Konstantin, 18.9.1901 Wojtyniow/Polen; mußte am 2.3.1942 in Rodund auf Befehl der Gestapo von polnischen Arbeitskollegen gehängt werden, weil er mit einheimischen Frauen Kontakt gehabt hatte.
Qu.: LS 29; Text.

PURKER, Josef, 21.10.1909 Innsbruck, wh. Wald am Arlberg; Elektriker beim Spullerseewerk; wegen "systemfeindlicher Äußerungen" im November 1939 verhaftet und am 16.3.1940 zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Qu.: DÖW 3719, 7427.

RADATZ, Josef, 14.7.1922 Lustenau; Kaufmann; aus politischen Gründen vom 27.8. bis 14.12.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann ins Gefängnis Potsdam überstellt, dort bis Februar 1945.
Qu.: GeBBr 3356/44; I: Radatz J.

RATT, Karl, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

RATT, Luria, 1886 Schlanders, wh. Bludenz; vom 17.10. bis 24.10.1944 "Schutzhaft" wegen "Verdacht des Anhörens eines Feindsenders und Verbreitung von Feindnachrichten", dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBl.

RAUCH, Josef; siehe Barbisch Otto.

RAUSCHER, Franz, 17.1.1885 Schladming, + 11.6.1962 Feldkirch; Obmann der Freien Eisenbahnergewerkschaft, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter; vom Juni bis Oktober 1936 und vom 20.4. bis 28.5.1937 in politischer Haft; in der NS-Zeit wieder 6 Monate in Haft und "Schutzhaft", dann dienstverpflichtet nach Kaprun.
Qu.: LGF Vr 423/37; NNSch 10; Text.

REDLER, Karoline, 16.2.1883 Bregenz; vom 5.10. bis 2.11.1943 Gestapo-Haft in Bregenz; am 25.8.1944 wegen "Wehrkraftzersetzung" zum Tode verurteilt und am 8.11.1944 im Wiener Landesgericht hingerichtet.
Qu.: GeBBr 2068/43; DÖW 5804; I: Konrad B.; Reckefuß-Kleiner, 1976; VLK 234/1978; Text.

REGAR, Josef, 3.3.1887 Graz, wh. Bürs; Angestellter; am 10.11.1938 wegen "Verbreitung staatsfeindlicher Schriften" von der Gestapo nach Innsbruck überstellt. Laut Urteil des OLG Wien vom 9.10.1939 vier Jahre Zuchthaus. Am 16.11.1942 wieder zur Verfügung der Gestapo in Innsbruck, am 8.1.1943 nach Dachau deportiert, am 8.4.1943 nach Mauthausen, dort noch am 5.5.1944; N.u.

Qu.: DÖW 15.062, 6961; DMG; Text.

REICHART, Anton, aus Bregenz; Zimmermann; nach der Desertion seines Sohnes Josef vom 1.10. bis 28.11.1944 in Innsbrucker Gestapo-Haft.

Qu.: WuVT 1, 1984:546.

REICHART, Georg Dr., 28.9.1914 Bregenz; wegen "Fahnenflucht" am 15.3.1944 verhaftet, am 15.6.1944 in Augsburg zum Tode verurteilt und dann zu 15 Jahren Zuchthaus "begnadigt". Ab September 1944 "Frontbewährung".

Qu.: DÖW 15.062; DMG; Text.

REICHART, Josef, 4.4.1887 Hörbranz; 1934 und 1936 mehrere Monate wegen "kommunistischer Betätigung" inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 935/34, 100/36; Text.

REICHART, Josef, 3.7.1913 Bregenz; als Deserteur der Wehrmacht unter falschem Namen im Auftrag des Schweizer Geheimdienstes tätig.

Qu.: StaF; Text.

REIN, Ernst, 12.6.1878 Dornbirn; städtischer Amtsdienner; wegen "Wehrkraftzersetzung" am 11.9.1944 zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Qu.: DÖW 10.069; GeBBr 2515/44.

REINER, Ernst, 23.11.1901 Wolfurt; Arbeiter; Transferhelfer für Spanienfreiwillige, später selbst Interbrigadist, in Gurs interniert, am 15.3.1941 von der Gestapo nach Innsbruck überstellt, am 21.5.1941 in die Innsbrucker Klinik gebracht, dort Tod am 23.8.1942.

Qu.: Egger, 1982:170f.; LGF Vr 589/37; Text.

REINHARDT, Konrad, 20.6.1895 Muttersholz/Elsaß, Korbmacher; aus "rassischen" Gründen vom 9.9. bis 19.9.1942 in Bregenzer

Gestapo-Haft, dann zu KZ-Sammeltransport nach Lindau überstellt.
Qu.: GeBBr 793/42; Text.

REINISCH, Franz, 1.2.1903 Altenstadt; Pater; wegen Wehrdienstverweigerung aus religiösen Motiven am 21.8.1942 in Berlin hingerichtet.

Qu.: DÖW 3192; Vogl, 1977:162ff.; König, 1957; Text.

REIS, Albin, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

REIS, Alois, 15.1.1902 Hohenems; Mineur; als bekannter NS-Gegner von der Gestapo am 7.8.1939 verhaftet und über das KZ Dachau nach Mauthausen deportiert; dort am 21.12.1939 zu Tode gebracht.
Qu.: N-KZV; DÖW 15.062; DMG.

REIS, Johann, 22.1.1893 Hohenems; Kaufmann; wegen politischer Äußerungen vom 5.5. bis 26.5.1943 in Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 1484/43.

REISECKER, Heinrich, 2.7.1891 Kirchdorf/OÖ, + 7.12.1983, wh. Feldkirch; Maler; im Ersten Weltkrieg als Kriegsdienstverweigerer in der Schweiz; Mitbegründer der KPÖ in Linz. 1934 eine Zeitlang verhaftet, später wahrscheinlich Kontakt zur Gruppe um J. A. Malin, gegen Kriegsende im Widerstand aktiv. Nach dem Krieg Landesobmannstellvertreter der Vorarlberger Organisation der Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung und Stadtrat von Feldkirch.

Qu.: Löffler-Bolka, 1975: 53, 162; Volksstimme, 2.7.1981, 5.1.1984; I: Tiefenthaler R.; Text.

REITER, Fritz, 9.7.1901 Wien, wh. Lustenau; Schlosser; wegen Schmuggel von kommunistischem Propagandamaterial 1934 eine Zeitlang inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 935/34.

RENZ, Anton, 18.5.1924 Bregenz; Techniker; am 1.5.1945 gemeinsam mit Helmut Falch in Lauterach von der SS erschossen.

Qu.: LS; Raggenbass, 1964:180; Schelling, 1980:89; I: Renz F.; Text.

RHEINBERGER, Alfons; Pfarrer in Egg; im Frühjahr 1944 zu 6 Monaten Haft wegen "falscher Zeugenaussage" verurteilt.

Qu.: Wanner, 1972:121; DÖW 10.894.

RHOMBERG, Kuno, 5.8.1898 Dornbirn; Textilarbeiter; vom 26.8. bis 6.9.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann dem LGF überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 365/41.

RICCABONA, Max Dr., 31.3.1915 Feldkirch; als Mitglied einer Widerstandsgruppe verhaftet und vom 31.5.1941 bis 1.5.1945 im KZ Dachau.
Qu.: LOF 1/5; I: Riccabona M.; Text.

RIEDL, Andreas, 1894-1968, aus Bregenz; Arbeiter; wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" am 29.12.1944 zu einem Jahr Haft verurteilt.
Qu.: OF 11/79; DMG.

RIEDMANN, Gottfried, 26.9.1900 Lustenau; vom 13.11. bis 28.11.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft; N.u.
Qu.: GeBBr 556/41.

RIEDMANN, Ludwig, 16.11.1889 Lustenau; Konsumverwalter in Bludenz; ab 14.11.1944 wegen Nichtbefolgung eines Einberufungsbefehls einige Tage inhaftiert.
Qu.: GeBBl.

RINDERER, Anton, 29.6.1900 Lingenau; am 20.10.1941 verhaftet und wegen "Fahnenflucht" am 12.11.1941 nach Innsbruck überstellt; vom 20.10. bis 6.11.1943 wieder inhaftiert und dann zum Weitertransport nach Lindau überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 512/41; GeBBr 2105/43.

RINDERER, Fridolin, 24.6.1895 Lingenau; Landarbeiter; ab 11.10.1943 acht Monate wegen "systemfeindlicher Äußerungen" inhaftiert.
Qu.: DÖW 9239; OLG Ibk 10 Vr 2623/46.

RITSCH, Wilhelm Dr., 15.2.1915 Nüziders; am 28.10.1944 vom 5. Senat des Volksgerichtshofes wegen "Hoch- und Landesverrat" zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung konnte durch Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens bis zur Befreiung Berlins am 27.4.1945 hinausgezögert werden.
Qu.: StaBl 7/141, 7/387; WuVT II, 1984:446; StaBr Sa 1945; Text.

RITTER, August, 23.5.1900 Klaus; Landwirt; vom 16.1. bis

5.2.1942 "zur Verfügung der Gestapo" in Bregenz inhaftiert. N.u.
Qu.: GeBBr 149/42.

RÖBELEN, Anna, 29.5.1906 Bregenz; Lehrerin; vom 21.9. bis
2.10.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 463/41.

RÖDER, Hugo, 1894 Troppau, wh. Hohenems; wegen "systemfeind-
licher Äußerungen" vom 6.6.1941 bis 30.9.1943 in Kaisheim und
Torgau in Haft.
Qu.: LOF 11/35; DMG.

RÖDER, Mathilde, 3.3.1901 Pottendorf, wh. Hohenems; wegen "Ab-
hörens von Feindsendern" und "wehrkraftzersetzender Äußerungen"
vom LG Feldkirch am 20.6.1944 zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt
und in Lebenau inhaftiert.
Qu.: DÖW 9490; I: Röder M.; DMG.

ROHNER, Edelbert, 25.1.1912 Rorschach, wh. Kennelbach; Arbeiter;
vom 25.11. bis 26.11.1941 und vom 16.12.1941 bis 8.1.1942 wegen
"Vorbereitung zum Hochverrat" in Haft; Freispruch durch den
7. Senat des OLG Wien am 6.6.1942.
Qu.: DÖW 8529; GeBBr 97/41; LOF 11/26.

ROHRER, Alois, aus Rankweil; siehe Barbisch Otto.

ROHRER, Josef, aus Rankweil; siehe Barbisch Otto.

ROM, Johann, wh. Feldkirch; vom LGF wegen systemkritischer
Äußerungen am 24.2.1940 zu einer Woche Haft verurteilt.
Qu.: LGF Vr 13/40.

ROSENBLATTL, Karl, aus Bludenz; Obmann des sozialdemokrati-
schen Freidenkerbundes; siehe Fagschlunger Karl.

ROSSBACHER, Johanna, 16.5.1897 Bürs; vom 15.12.1942 bis 5.1.1943
in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 1059/42.

ROSSKOPF, Robert, 20.5.1905 Unterdrauburg/Kärnten; Arbeiter; am
12.4.1943 in Bludenz aus politischen Gründen verhaftet; 3
Monate Arbeitslager.
Qu.: I: Roßkopf R.; Schr.M. Garscha F.; Walser, 1984:335.

ROTTER, Hans, 29.11.1904 Kicking/OÖ, wh. Dornbirn; Arbeiter; wegen Betätigung für die illegale KPÖ 1935 von der BH zu 3 Monaten Haft verurteilt.
Qu.: LGF Vr 6/36; DÖW 6206; Text.

ROTTMEIER, Hermann, 8.4.1896 Hohenweiler; Landwirt; wegen Hissens einer weißen Fahne am Tag vor der Ankunft der Franzosen in Hohenweiler von der SS verhaftet und in der Nacht erschossen.
Qu.: Schelling, 1980:60; LS; DMG; Text.

RUDIGIER, Hermine, 2.1.1904 Gaschurn; Hausfrau; vom 22.7. bis 14.8.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 626/42.

RUDIGIER, Othmar; siehe Pfeifer Alwin.

RÜNZLER, Ernst, 5.6.1905 Odessa; im September 1938 wegen "Verdachts der kommunistischen Betätigung" in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: ABB.

RUPPRECHTER, Jakob, 7.5.1902 Kufstein; Schriftsetzer in Bludenz; wegen Mitgliedschaft in der illegalen KPÖ am 3.10.1934 verhaftet, Haftdauer nicht bekannt.
Qu.: LGF Vr 935/34; Text.

RUSCH, Franz Josef, 23.6.1891, wh. Buch; siehe Hopfner Alexander.

RÜTZLER, Josef, 18.4.1903 Sonntag; Senn; "Schutzhaft" auf Anordnung der Gestapo vom 16.11. bis 26.11.1941, dann enthaftet.
Qu.: GeBB1 176/41.

RÜTZLER, Lorenz, 31.12.1900 Tschagguns; Landarbeiter; wegen Vergehens nach dem "Heimtückegesetz" vom 23.1. bis 1.2.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft.
Qu.: GeBBr 14/40.

SAHLER, Johann; Pfarrer in Ludesch; vom 11.8. bis 10.11.1938 in Gestapo-Haft.
Qu.: Wanner, 1972:121; ABB.

SÄHLY, Johann; Kooperator in Feldkirch; im Jänner 1940 zehn Tage in Gestapo-Haft.

Qu.: Wanner, 1972:121.

SALIZZONI, Johann, 14.12.1912 Nenzing; Mineur; im Zusammenhang mit der AKO-Dornbirn am 18.4.1940 in Thüringen verhaftet und am 6.6.1942 in Feldkirch zu eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Qu.: DÖW 8197; GeBBl 33/40; Text.

SALOMON, Josef, aus Bürs; siehe Jäger Heinrich.

SALVIATI, Else, geb. Mohn, 23.7.1901 Bludenz; am 7.11.1944 in Bludenz wegen "staatsfeindlichen Äußerungen" verhaftet, dann in das Berliner Frauengefängnis Branimstraße überstellt. Entlassen am 12.4.1945. Zuvor schon vom 9.2. bis 18.4.1944 in Gestapo-Haft in Potsdam.

Qu.: StaBl 7/711.

SALZGEBER, Albin, wh. im Montafon; seit 1924 in Paris als Gipser tätig, 1940 von den Deutschen festgenommen und als "politisch unzuverlässig" nach Dachau deportiert. 1948 wieder von Bregenz nach Paris ausgewandert.

Qu.: LOF 1/43; DMG; MA Bregenz.

SALZGEBER, Josef Anton, 11.8.1906 Götzis; wurde am 30.11.1936 wegen "Religionsstörung" zu 3 Wochen schweren Kerkers verurteilt; vom OLG Innsbruck wurde die Strafe auf 2 Monate erhöht.

Qu.: LGF Vr 574/36; Text.

SALZGEBER, Martin, aus St. Gallenkirch; Quartiergeber für Flüchtlinge; Organisator des Widerstandes im Montafon.

Qu.: DÖW 8346; Löffler-Bolka, 1975:55; Text.

SALZMANN, Hermann Dr., 4.3.1890 Bregenz; in den letzten Kriegstagen vom 23.4. bis 30.4.1945 als Geisel inhaftiert.

Qu.: GeBBr 680/45.

SANI, Rosina, 11.11.1905 Bregenz; Arbeiterin; wegen Verstoßes gegen die "Ausländergesetzgebung" am 28.7.1944 verhaftet, am 21.9.1944 nach Innsbruck und am 19.1.1945 ins KZ Ravensbrück deportiert.

Qu.: GeBBr 3207/44; DÖW 15.062; I: Larl H.

SCHABER, Adolf, 24.8.1895 Nassereith, wh. Mellau; wegen angeblicher kommunistischer Betätigung am 9.11.1937 zu 4 Wochen Arrest verurteilt; vom OLG Innsbruck auf 3 Monate verschärft.
Qu.: LGF Vr 621/36; Text.

SCHAD, Werner, 11.1.1914 Bregenz; auf einer Illwerke-Baustelle im Montafon am 22.8.1941 verhaftet und von dort nach Mauthausen deportiert, wo er am 28.9.1944 zu Tode gebracht wurde.
Qu.: LS; Schr.M. Gemeindeamt St. Gallenkirch.

SCHÄHLE, Maria, 28.3.1910 Bregenz; ab 25.9.1938 wegen "staatsfeindlichen Äußerungen" in Gestapo-Haft; N.u.
Qu.: ABB 7240/38.

SCHEFFKNECHT, Wikbert, 20.6.1906 Lustenau; Mineur; am 24.2.1941 von der Bregenzer Gestapo nach Innsbruck gebracht und am 28.2.1941 nach Dachau deportiert.
Qu.: DÖW 15.062; Text.

SCHIEDBACH, Alois, 15.6.1911 Penzberg, wh. Sulz; wegen Besitz der "Roten Fahne" am 15.6.1934 zu 2 Monaten Arrest verurteilt.
Qu.: LGF Vr 408/34; Text.

SCHIEDBACH, Ferdinand, 9.7.1882 Rankweil; wegen Besitz der "Roten Fahne" am 15.6.1934 zu 4 Wochen Arrest verurteilt.
Qu.: LGF Vr 408/34.

SCHIEIER, Ignaz, 9.4.1903 Götzis; Kaplan in Dornbirn; kurze Gestapo-Haft im Jahre 1938; vom 16.10. bis 19.10.1941 wieder in Bregenzer Gestapo-Haft.
Qu.: Wanner, 1972:122; GeBBr 503/41.

SHELLING, Georg, 1906-1981, wh. Bregenz; Geistlicher; als Chefredakteur des christlichsozialen "Vorarlberger Volksblattes" bereits im März 1938 verhaftet; über Innsbruck und das KZ Buchenwald nach Dachau deportiert und bis Kriegsende inhaftiert.
Qu.: Schnabel, 1965:159; Wanner, 1972:125; I: Schelling L.; I: Glatthaar G.; Lenz, 1956; Text.

SCHEMNITZER, Hans; siehe Pfeifer Alwin.

SCHERRER, Johann, 29.11.1889 Nenzing; vom 13.2. bis 8.4.1941

in Bludenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt.
Qu.: GeBBl.

SCHERTLER, Karl Franz, 1921 Lauterach; wegen systemkritischer Äußerungen während der NS-Zeit 15 Monate inhaftiert.
Qu.: LOF I/24; DMG.

SCHERTLER, Rudolf, 5.12.1925 Kennelbach; vom 18.3. bis 20.3.1943 wegen Verdacht auf "Sabotage" in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt.
Qu.: GeBBr 1242/43.

SCHEURER, Albert, 13.9.1910 St. Gallen; Arbeiter; als Organisator des Transfers von Spanienfreiwilligen in die Schweiz am 3.9.1937 in Frastanz-Bazora verhaftet und bis Jänner 1938 in Feldkirch inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 624/37; I: Scheurer A.; Text.

SCHEUERMAIER, Karl, 5.10.1892 Dornbirn; Kaufmann; 1940 wegen antinazistischer Bemerkungen eine Zeitlang in Haft, vom 5.9. bis 16.9.1943 wegen humanitärer Hilfe für Kriegsgefangene in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt; insgesamt über 7 Monate Haft. Später noch zur Wehrmacht eingezogen.
Qu.: GeBBr 1950/43; DMG; LOF II/36.

SCHIENER, Wilhelm, 26.10.1899 Lochau, wh. Bregenz; Eisenbahner; wegen illegaler gewerkschaftlicher Betätigung 1934 in Bregenz eine Zeitlang inhaftiert, auch in der NS-Zeit verfolgt.
Qu.: LGF Vr 935/34; DÖW 3870/1.

SCHIERLE, Hermann Dr., aus Bludenz; siehe Bader Franz.

SCHIMPER, Anna, wh. Feldkirch; vom Landgericht Feldkirch wegen systemkritischen Äußerungen am 24.2.1940 zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.
Qu.: LGF Vr 13/40.

SCHMID, Josef, 26.6.1895 Dornbirn; Eisenbahner; mit Matthias Thaler Gründer einer illegalen (kommunistischen) Gewerkschaft unter den Bregenzer Eisenbahnern; am 26.9.1934 inhaftiert, Haftdauer unbekannt; gegen Ende des Krieges ins "Altreich" versetzt; wieder inhaftiert.
Qu.: DÖW 3870/1; LGF Vr 935/34; I: Schmid M.; Text.

SCHMID, Josef Anton, 17.1.1897 Schlins; Arbeiter; am 7.4.1939 wegen "kommunistischer Propaganda" von der Firma Kastner in Thüringen entlassen, am 27.6.1939 deshalb festgenommen und am 15.3.1940 von der Anklage der "Vorbereitung zum Hochverrat" freigesprochen; neuerliche Anklage im Zusammenhang mit der AKO-Dornbirn und am 6.6.1942 zu 1 Jahr und 8 Monaten Gefängnis verurteilt; dazwischen Gestapo-Haft in Innsbruck.
Qu.: DÖW 8197, 15.062; Text.

SCHMID, Josef, 8.2.1902 Göfis; Schuhmacher; vom 27.5. bis 16.6.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 427/42.

SCHMIDINGER, Josefa, 22.8.1880 Doren; siehe Nesensohn Julius.

SCHMIED, Ludwig, 24.9.1910 Engelburg/St. Gallen, wh. Alberschwende; am 25.12.1942 verhaftet und nach dem "Heimtückegesetz" zu 7 Monaten Zuchthaus verurteilt.
Qu.: LStAD.

SCHNEEBERGER, Johann, 22.10.1913 Fresach; wegen "unbefugter Werbung" für den Spanischen Bürgerkrieg vom LG Feldkirch zu 6 Monaten Arrest verurteilt.
Qu.: DÖW 15.527; LGF Vr 925/37; Egger, 1982:165; Text.

SCHNEIDER, Alois, 16.4.1877 Höchst; wegen "Zersetzung der Wehrkraft" und "Abhörens ausländischer Sender" am 22.2.1945 zusammen mit Schneider Ottilie (siehe dort) angeklagt; Strafausmaß unbekannt.
Qu.: DÖW 10.411.

SCHNEIDER, Ottilie, 3.9.1902 Höchst; siehe Schneider Alois.

SCHOBEL, Rudolf, 24.2.1901 Höchst, Eisenbahner in Bregenz; wegen illegaler gewerkschaftlicher Betätigung 1934 eine Zeitlang inhaftiert. In der NS-Zeit in einer Strafkompagnie vermisst.
Qu.: Vogl, 1958:223; LGF Vr 935/34; DÖW 3870/1.

SCHOCH, Hans, aus Hohenems; am 22.4.1943 wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" verhaftet und zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, nach 6 Wochen "Frontbewährung"; N.u.
Qu.: DÖW 8346.

SCHOCH, Karl, 12.12.1894 Egg; Arbeiter; 1936 wegen kommunistischer Betätigung eine Woche Arrest; vom 17.3. bis 10.6.1941 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt; zu 6 Jahren Arrest wegen "Hochverrat" verurteilt; am 20.2.1942 ins Straflager Rodgau/Dieburg (Hessen) deportiert; ab 16.8.1944 in der Strafanstalt Butzbach bis zur Befreiung am 2.5.1945.

Qu.: LGF Vr 6/36; GeBBr 37/41; LOF 11/58; DÖW 8143; DMG; 1: Kobras K.; Text.

SCHÖCH, Albin, 8.8.1908 Mäder; vom 24.8. bis 14.9.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann Zuchthaus Rebdorf, nachdem er den Militärdienst verweigert hatte.

Qu.: GeBBr 3344/44; MA Mäder.

SCHÖCH, Friedrich; Katechet in Bregenz; wegen "Beunruhigung des Volkes" vom 5.12.1939 bis 4.1.1940 in Gestapo-Haft in Bregenz und anschließend 3 Wochen in Feldkirch.

Qu.: Wanner, 1972:122.

SCHODER, Josef, 9.10.1875 Vandans; Maler; "Schutzhaft" in Bludenz vom 14.11. bis 24.11.1941; N.u.

Qu.: GeBBl 171/41.

SCHÖPF, Erwin, 27.5.1927; vom 28.9. bis 2.10.1944 in Bregenz in Haft, dann durch Jugendamt nach Rebdorf überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 3491/44.

SCHÖPF, Josef, 30.5.1900 Rankweil; Mineur; am 19.7.1941 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" und "kommunistischer Mundpropaganda" verhaftet; 3 1/2 Jahre Zuchthaus; vom 26.6.1942 bis März 1945 im Straflager Rodgau/Dieburg (Hessen).

Qu.: DÖW 8225; LOF 1/30; DMG; Text.

SCHÖPF, Max, 19.3.1890 Bregenz, + 26.11.1951; Maschinenarbeiter; vom 2.10. bis 16.10. 1940 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann dem LGF überstellt.

Qu.: GeBBr 362/40; LOF 11/33.

SCHRUMPF, Heinrich, damals Bludenz; siehe Bader Franz.

SCHUCHTER, Ehrenreich, 26.4.1897 Bludenz; Zugführer der ÖBB; 1934 wegen illegaler kommunistischer Betätigung eine Zeitlang in

Haft, auch in der Nazizeit verfolgt.
Qu.: DÖW o.Nr.; LGF Vr 935/34; DÖW 3870/1.

SCHULTHEISS, Eduard, 23.12.1901 Bregenz; Eisenbahner; 1934 wegen illegaler gewerkschaftlicher Betätigung eine Zeitlang in Haft.
Qu.: LGF Vr 935/34.

SCHWAB, Josef, 24.2.1897 Götzis; Tischler; nach Anzeige durch den Götzner Ortsgruppenleiter der NSDAP vom 3.12. bis 8.12.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, nach Intervention eines hochrangigen NS-Funktionärs entlassen.
Qu.: GeBBr 1042/42; OLG Ibk Z 173/47.

SCHWALD, Josefa, 5.12.1911 Bürserberg; über Auftrag des Landrates vom 13.11. bis 15.11.1944 in Bludenz in Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBl.

SCHWARZ, Alois, am 25.3.1945 von der Westfront desertiert und ab April 1945 der militärische Leiter des Langenegger Widerstandes.
Qu.: Bericht im StaBr.

SCHWÄRZLER, Adolf, 20.2.1906 Langenegg, + 1.5.1945; Deserteur; hielt sich ein Jahr in Langenegg versteckt; siehe Bader Innozenz.

SCHWÄRZLER, August, aus Bregenz; Schreiner; siehe Bauer Eugen.

SCHWÄRZLER, Julius, aus Langenegg; Deserteur; ab Frühjahr 1944 in Langenegg versteckt, ab April 1945 aktiv in der Widerstandsbewegung.
Qu.: Bericht im StaBr.

SCHWÄRZLER, Kreszenz, 5.1.1884 Egg; Hausfrau; wegen Verdachtes auf "Heimtücke" vom 28.2. bis 27.5.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft.
Qu.: GeBBr 37/40.

SCHWENDINGER, Oswald, 1920 Dornbirn; Arbeiter; im KZ Dachau umgebracht; N.u.
Qu.: I: Weiß A.

SEEBERGER, Emil Dr., 15.7.1890, + 7.8.1970; ehemaliger Bezirks-

hauptmann von Bregenz; am 13.3.1938 verhaftet, einige Monate in Haft; sollte 1945 wieder als Geisel inhaftiert werden, entzog sich durch Flucht.

Qu.: LGF Vr 195/38; DMG; Text.

SEEGER, Engelbert, wh. Frastanz; aus "rassischen" Gründen ("Zigeuner") verfolgt; ins Lager Leopoldskron (Salzburg) deportiert; überlebte die NS-Zeit, wahrscheinlich aufgrund seiner italienischen Staatsbürgerschaft.

Qu.: LOF III/10; I: Reinhardt J.; Text.

SEEGER, Florian, 4.5.1906 Stans/Südtirol, wh. Feldkirch; aus "rassischen" Gründen ("Zigeuner") am 30.3.1943 nach Auschwitz/Birkenau deportiert; am 17.4.1944 nach Buchenwald überstellt. N.u.

Qu.: DÖW 15.062; DMG; Text.

SEEWALD, Albert, 18.8.1886 Götzis, + 28.2.1974; als Gendarm am Posten Dornbirn nach dem deutschen Einmarsch im März 1938 ca. 14 Tage bei der Gestapo Innsbruck inhaftiert und dann zur Feldgendarmerie nach Polen versetzt.

Qu.: I: Sperandio H.

SEEWALD, Johann, 27.7.1894 Hohenems; Schlosser; Ende 1943 auf der Baustelle Obervermunt verhaftet, wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" und "Abhörens von Feindsendern" in München zum Tode verurteilt und am 11.5.1944 in Stadelheim hingerichtet.

Qu.: DÖW 8346; DMG; LS; I: Huber O.; Text.

SELLMEISTER, Stefan, 9.8.1907 Hitzing/Burgenland; Maurer; wegen Unterstützung der "Roten Hilfe" 1935 in Dornbirn eine Woche von der BH inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 6/36.

SIEBER, Jodok, 21.5.1880 Schwarzenberg; Landwirt; wegen "staatsfeindlichen Verhaltens" vom 11.5. bis 1.6.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 103/40.

SIEGL, Max, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

SIEGL, Otto, 1907 Schwarzach-St.Veit, wh. Bludenz; Eisenbahner; im Februar 1934 in Bludenz eine Zeitlang in Haft (siehe

Fagschlunger Karl); später Aktivist der RS.
Qu.: GeBBl 36/34; Greussing, 1982:131; Text.

SIESS, Wilhelm, 1883 Bludenz, + 1936; Eisenbahner; von 1921 bis zu seiner Verhaftung im Februar 1934 (siehe Fagschlunger Karl) Präsident der Vorarlberger Arbeiterkammer, Landesvorsitzender der SDAP; von den ÖBB 1934 zwangspensioniert.
Qu.: Wanner o. J.: 111f.; GeBBl 36/1934.

SILBERSTEIN, Markus, 20.9.1904 Lemberg; Fotograf; aus "rassischen" Gründen 1939 aus Hohenems deportiert; am 23.11.1939 zur Verfügung der Gestapo in Innsbruck; am 7.12.1939 nach Sachsenhausen deportiert; wahrscheinlich von dort am 20.9.1941 in das KZ Groß-Rosen; dort am 20.1.1942 zu Tode gebracht.
Qu.: DÖW 15.062; DMG; Peter, 1982:836; Text.

SIMMA, Alfons, 9.10.1904 Marul; Landarbeiter; wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" am 11.7.1939 vom OLG Innsbruck zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: DÖW 7996.

SIMMA, Kreszenz, 1.7.1921 Dalaas; vom 12.11. bis 14.12.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 1052/42.

SINGER, Franz, 28.1.1904 Wolfurt; Arbeiter; 1935 wegen "kommunistischer Betätigung" in Dornbirn 4 Monate Haft.
Qu.: LGF Vr 6/36; Text.

SINZ, Hermann Dr., 4.5.1912 Bregenz; als Offizier nach Feldgerichtsurteil am 15.3.1944 in Borisow/Rußland wegen "Zersetzung der Wehrkraft" hingerichtet.
Qu.: DMG; I: Sinz H.; LS; VLK 234/1978; Tizian, 1946; Text.

SINZ, Julius, aus Rankweil; wegen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus vom 14.6. bis 25.6.1938 inhaftiert.
Qu.: DÖW 8346.

SOHM, Arthur, 16.9.1908 Dornbirn, + 21.3.1944 Mauthausen; Chauffeur; als Mitglied der AKO-Dornbirn am 6.1.1940 verhaftet und am 20.3.1942 in Innsbruck zu lebenslänglicher Haft verurteilt; zuerst Kaisheim, dann KZ Mauthausen, wo er am 21.3.1944

zu Tode gebracht wurde.

Qu.: DÖW 2509; I: Sohm R.; DMG; Text.

SOHM, August, 13.4.1893 Dornbirn, wh. Götzis; Säger; vom 11.7. bis 1.8.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 582/42.

SOHM, Walter, 14.3.1917 Dornbirn; wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" vom 21.4. bis 12.5.1938 in Haft.

Qu.: LGF Vr 239/38.

SOLDERER, Aloisia, 28.3.1923 Frastanz, wh. Stanz/Tirol; am 31.1.1945 wegen "Wehrkraftersetzung", "Feindbegünstigung" und "Rundfunkverbrechens" angeklagt; kein Urteil.

Qu.: WuVT I, 1984:384.

SÖSER, Katharina, 25.1.1903, wh. Altach; wurde am 9.9.1944 zusammen mit zwei französischen Kriegsgefangenen in Bregenz festgenommen und am 21.9.1944 ins Polizeigefängnis München überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 3428/44.

SPANNER, Matthias, 18.2.1906 Laa/Thaya, wh. Bludenz; wegen kommunistischer Betätigung 1934-1938 mehrfach inhaftiert; in der Nazizeit Fluchthilfe für französische Kriegsgefangene; 1945 französische Anerkennungsmedaille.

Qu.: I: Spanner M.; Löffler-Bolka, 1975:165.

SPECKLE, Anton, 7.3.1883 Feldkirch; Kaufmann; 1944 wegen "systemkritischer Äußerungen" eine Zeitlang inhaftiert.

Qu.: LGF SaEr; I: Methlagl A.

SPERANDIO, Engelbert, wh. Lauterach; in der NS-Zeit eine Zeitlang inhaftiert; N.u.

Qu.: LOF II/39.

SPIEGEL, Hubert, 28.2.1929 Wolfurt; wegen "Verbreitung einer Schmähchrift" am 30.12.1943 verhaftet und dem Jugendamt Innsbruck überstellt; am 5.9.1944 von der Gestapo Bregenz nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 2329/43; 3409/44.

SPIEGEL, Lothar; 1944 wegen "Vergehens nach dem Heimtückege-

setz" eine Zeitlang inhaftiert; N.u.
Qu.: LGF SaEr.

SPINDLER, Samuel, 21.4.1882 Maidan/Bukowina, wh. Bregenz; Schuster; Sekretär der sozialdemokratischen Textilarbeitergewerkschaft; bereits 1936 zweimal in Haft, und zwar am 15.8. und vom 11.9. bis 14.9.; sollte aus "rassischen" und politischen Gründen 1942 in ein KZ deportiert werden; entzog sich der Deportation durch Freitod am 10.11.1942.

Qu.: LS; GeBBr; I: Pruner E. und E.; DMG; Dreier, 1984:205; Text.

STADELMANN, Antonia, 8.12.1908, wh. Buch; siehe Hopfner Anna.
Qu.: DÖW 10.913.

STADELMANN, Maria, 18.12.1898, wh. Buch; siehe Hopfner Anna.
Qu.: DÖW 10.913.

STADLER, Fritz, aus Lauterach; siehe Bauer Eugen.

STAMBERG, Georg, wh. Bludenz; in der NS-Zeit aus politischen Gründen eine Zeitlang inhaftiert; N.u.
Qu.: StaBl 7/391.

STECHER, Walter, 1911, wh. Feldkirch; Professor; am 22.10.1940 als Mitglied der Widerstandsgruppe Roman Scholz verhaftet; vom Volksgerichtshof in Berlin im Dezember 1943 zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Qu.: I: Stecher W.

STEGER, Fritz, 17.1.1914 Dornbirn; vom 1.10. bis 21.10.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 2059/43.

STEINDL, Johann, wh. Feldkirch; am 14.4.1940 verhaftet und ins KZ Mauthausen deportiert, wo er am 16.9.1940 zu Tode gebracht wurde.
Qu.: N-KZV.

STEINGRABER, Sophie, aus Hohenems; laut Aktenvermerk der Gemeinde Hohenems vom 15.9.1945 noch im März 1938 ansässige jüdische Bürgerin; wahrscheinlich zusammen mit anderen jüdi-

schen Bürgern 1940 zum Umzug nach Wien gezwungen. N.u.
Qu.: Peter, 1982:836.

STEURER, Elmar, aus Bürs; siehe Bader Franz.

STEURER, Konrad, 13.4.1878 Langenegg; vom 25.9. bis 14.10.1943
in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 2023/43.

STEURER, Ludwig, 5.4.1892 Krumbach; vom 23.9. bis 14.10.1943 in
Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 2019/43.

STICH, Frieda-Benedikta, 29.2.1892 Bludenz; Wirtin; wegen
humanitärer Hilfeleistung für Kriegsgefangene am 19.11.1941 in
Feldkirch zu 3 Wochen Haft verurteilt.
Qu.: LGF Vr 345/41; GeBB1 189/41; Text.

STIEGER, Heinrich, 27.12.1889 Nofels, + 12.1.1943; Landwirt; ab
9.5.1942 im "Arbeitserziehungslager" Reichenau eine Zeitlang
inhaftiert.
Qu.: DÖW 15.062; MA Feldkirch.

STOCKER, Franz Josef, 27.7.1874 Dalaas; Bauarbeiter; am 23.2.1939
wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" und "kommunistischer Mund-
propaganda" 6 Monate Haft.
Qu.: LGF Vr 852/38; Text.

STOCKER, Karl, 4.8.1891 Braz, wh. Imst; Bauschreiner; am
11.10.1939 "wegen Vergehens nach dem Heimtücke-gesetz" zu 5 Mo-
naten Gefängnis verurteilt.
Qu.: WuVT 1, 1984:384f.

STOCKER, Robert, 11.9.1901 Innsbruck, wh. Bregenz; Heizer;
wegen illegaler gewerkschaftlicher Betätigung 1934 eine Zeitlang
inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 935/34.

STRASSER, Josef; Pfarrer in Rankweil; vom 11.5. bis 24.5.1940 in
Gestapo-Haft in Feldkirch; seine Köchin Anna Fritsch (siehe dort)
war zur selben Zeit in Bregenz inhaftiert.
Qu.: GeBBr 105/40; Wanner, 1972:122; DÖW 8346.

STREITLER, Rudolf, 12.12.1893 Feldkirch; Arbeiter; am 24.6.1938 nach Dachau deportiert; anschließend KZs Mauthausen, Dachau, Buchenwald, wieder Mauthausen, am 15.8.1940 erneut in Dachau eingeliefert, wo er am 19.10.1940 zu Tode gebracht wurde.
Qu.: DÖW 15.062; DMG.

STREITLER, Martin, 9.11.1892 Mellau; wegen angeblicher "kommunistischer Betätigung" 1937 zu 3 Wochen Arrest verurteilt; vom OLG Innsbruck auf 1 Monat erhöht.
Qu.: LGF Vr 621/36; Text.

STRENG, Stefan, 11.11.1927 Kennelbach; siehe Österle Martin.

STROHMAYER, Sofie, 9.10.1914 Schlins; wh. Bings; ab 28.11.1940 3 Wochen Gestapo-Haft wegen Abgabe von Lebensmitteln an Kriegsgefangene.
Qu.: LGF Vr 474/40.

STROLZ, Eduard, 4.9.1919 Warth; vom 15.11. bis 6.12.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft. N.u.
Qu.: GeBBr 2192/43.

STROLZ, Johann, 27.9.1899 Schoppernau; Schuhmacher; zwischen 18.12.1942 und 8.1.1943 in Gestapo-Haft wegen systemkritischer Äußerungen; am 27.4.1945 erneut verhaftet.
Qu.: OLG Ibk 10 Vr 1871/47; GeBBr 1064/42.

STROMBERGER, Maria, 16.3.1898 St. Veit, + 18.5.1957 Bregenz; humanitäre Hilfe und Zusammenarbeit mit dem polnischen Widerstand im Vernichtungslager Auschwitz, wo sie als Krankenschwester tätig war.
Qu.: DÖW 4469; Langbein, 1972:518f.; Fein, 1975:275; Text.

STROPPIA, Albin, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

STUDER, Edmund, 11.10.1929 Klaus; wegen Unterstützung seines "fahnenflüchtigen" Bruders vom 21.4. bis 1.5.1945 in Bludenz inhaftiert.
Qu.: GeBBl.

STUDER, Tobias; hielt sich mit dem später erschossenen Jakob Domig als Deserteur im Großen Walsertal versteckt; entging der

Verhaftung durch "Einmoosen".

Qu.: OLG Ibk Vr 226/47; I: Domig E.; Text.

STURN, Robert, aus Rankweil; vom 6.1. bis 15.3.1945 aus politischen Gründen inhaftiert.

Qu.: DÖW 8346.

SUMEREDER, Friedrich, 2.12.1891 Pötting, + 27.5.1971, wh. Bregenz; wegen "kommunistischer Betätigung" 1934 eine Zeitlang in Haft; vom 23.4. bis 30.4.1945 als Geisel in Bregenz inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 935/34; GeBBR 678/45.

SUSKI, Mieszylaus, damals Bludenz; siehe Bader Franz.

SUTTER, Ludwig, 27.7.1900 Rorschach, wh. Frastanz; Arbeiter; in der Sache Bobleter/Breitenfellner (siehe dort) in Untersuchungshaft; Freispruch.

Qu.: DÖW 8239.

SUTTERLÜTTY, Georg; am 25.12.1944 wegen "Wehrdienstverweigerung" dem Sondergericht Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: LG SaEr.

TARTER, Augustin Dr., 6.7.1886 Bezau, + 8.7.1943 Feldkirch; Rechtsanwalt, Präsident der Katholischen Aktion bis 1938; vom 11.11.1939 bis 31.1.1940 wegen "Verdacht auf Landesverrat" in Innsbrucker Gestapo-Haft; im Juli 1940 wieder 14 Tage inhaftiert; siehe Tarter Hans.

Qu.: DÖW 15.062; DMG.

TARTER, Hans, 15.4.1923 Feldkirch; mit Vater August Tarter in Innsbrucker Gestapo-Haft; aus Gymnasium Feldkirch entfernt und am 4.3.1945 an den Folgen einer Kriegsverwundung gestorben.

Qu.: DÖW 15.062; DMG.

TAUBER, Ingeborg, 4.8.1911 Graz, wh. Bregenz; mit Hilde Jäger am 14.7.1944 verhaftet und am 11.8.1944 der Gestapo Innsbruck überstellt. N.u.

Qu.: GeBBR 3139/44.

THALER, Martin, 29.8.1909 Fieberbrunn, wh. St. Anton i.M.; am 6.9.1940 wegen "Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung" (Zeugen Jehovas) angeklagt; 4 Monate inhaftiert; siehe Brotzge

Johann.

Qu.: BAK R 22 3490/14; Text.

THALER, Matthias, 31.5.1900 Langen a. A.; Eisenbahner; am 17.8.1934 wegen illegaler kommunistischer Betätigung verhaftet, von der BH Bregenz am 26.10.1934 zu 6 Monaten Arrest verurteilt; am 29.11.1934 von den ÖBB entlassen, später wieder eingestellt. Am 15.1.1945 in Bregenz verhaftet, ins "Arbeitserziehungslager" Reichenau überstellt, dort bis Kriegsende inhaftiert.

Qu.: DMG; DÖW 3870/1; 1: Thaler M.; Text.

THEVENET, Johann, 12.3.1899 Rieden; Eisenbahner; wegen illegaler gewerkschaftlicher Betätigung 1934 in Bregenz eine Zeitlang in Haft.

Qu.: LGF Vr 935/34.

THOMA, Alfons, aus Bludenz; laut Liste im Stadtarchiv Bludenz insgesamt 38 Monate in politischer Haft.

Qu.: StaBl 7/50; LOF 1/27.

THOMA, Franz, aus Wald a. A.; siehe Bader Franz.

THONIG, Josef, 30.8.1912 Bürs; Arbeiter; 1934 wegen "kommunistischer Betätigung" eine Zeitlang in Haft.

Qu.: LGF Vr 935/34; DÖW o.Nr. (Sicherheitsdirektor für Vorarlberg, 10.11.34, Zl. 3359/10-SD).

THURNHER, August, 11.3.1897 Dornbirn; Arbeiter; 1935 wegen kommunistischer Betätigung 1 Woche Arrest von der BH, in der Nazizeit vom 28.3. bis 19.4.1941 in Gestapo-Haft in Bregenz, zusammen mit Karl Kobras (siehe dort) u.a. verhaftet.

Qu.: LGF Vr 6/36; GeBBr 98/41; Text.

TIDL, Johann, 28.3.1899 Stockenboi/Ktn.; Lokführer; vom 5.11.1934 bis 19.1.1935 in Bludenz wegen kommunistischer Betätigung in Haft; 1942 dann wegen Widerstandstätigkeit in Kärnten 7 Jahre Gefängnis.

Qu.: LGF Vr 935/34; DÖW 6345a; DÖW o.Nr.

TIEFENTHALER, Konrad, 26.11.1897 Frastanz; als sozialistischer Gewerkschaftsfunktionär 1934 von der ÖBB in Innsbruck entlassen, im Frühjahr 1942 wegen Aktivitäten in einer RS-Gruppe im Raum Innsbruck-Salzburg verhaftet und am 6.8.1942 im Polizeigefängnis

München umgekommen.

Qu.: Vogl, 1958:180, 224; DÖW 10.613, 3383, 9892; Stadler, 1966: 366f.; BAK R 58/425; Text.

TIEFENTHALER, Richard, Altach; bis zu seiner Einziehung in die Wehrmacht 1942 Mitglied der Gruppe um J. A. Malin.

Qu.: I: Tiefenthaler R.

TILLICH, Andreas, 15.4.1903 Wien, wh. Bregenz; Textilarbeiter; wegen "regierungsfeindlicher Äußerungen" vom 7.10.1938 bis 21.1.1939 inhaftiert.

Qu.: LGF Vr 997/38.

TÖCHTERLE, Klemens, aus Bürs; siehe Bader Franz.

TÖCHTERLE, Richard, aus Bürs; siehe Bader Franz.

TOST, Karl, 22.2.1900 Dornbirn; Arbeiter; früher Kommandant des Republikanischen Schutzbundes von Dornbirn; 1935 wegen angeblicher "kommunistischer" Betätigung 7 Tage Verwaltungsarrest.

Qu.: LGF Vr 6/36.

TOST, Norbert, 5.6.1903 Dornbirn; Textilarbeiter; vom 24.7. bis 8.8.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt, wo am 5.10.1944 ein Verfahren wegen "Zersetzung der Wehrkraft" eingeleitet wurde.

Qu.: GeBBr 3179/44; LG SaEr; LOF; OLG Ibk 10 Vr 3260/47; Text.

TRATTNER, Margaretha, 17.7.1927 Lustenau; vom 3.4. bis 21.4.1944 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 2635/44.

TRIENDL, Josef; Kapuziner-Pater in Bludenz; ab 4.6.1941 drei Wochen in Gestapo-Haft.

Qu.: Wanner, 1972: 120, 122.

TROGLAUER, Johann, 19.3.1909 Amberg; am 13.9.1944 von der Gestapo Bregenz dem Landgericht Feldkirch überstellt, wo ein Sondergerichtsverfahren eingeleitet wurde. N.u.

Qu.: LGF SaEr.

TROLL, Alfons Dr., 9.11.1889 Schwarzach; Landesstatthalter 1934-1938; nach dem deutschen Einmarsch eine Zeitlang inhaftiert

und seines Richteramtes enthoben.

Qu.: Welti, o.J.:249; Text.

TSCHABRUN, Alfred, 24.4.1926 Innsbruck, wh. Alberschwende; vom 29.11. bis 11.12.1944 wegen "Fahnenflucht" inhaftiert, dann ins Militärgefängnis Graz überstellt; Flucht und abenteuerliche Rückkehr nach Vorarlberg, wo er sich bis Kriegsende versteckt hielt. Siehe auch Kohler Anton.

Qu.: GeBB1; I: Tschabrun A., Kohler A.

TSCHABRUN, Raimund, 5.3.1901 Bludenz; Eisenbahner; wegen "Abhörens von Feindsendern und staatsfeindlicher Einstellung" vom 15.8.1944 bis 5.9.1944 in "Schutzhaft" in Bludenz, dann bis 19.4.1945 in Feldkirch inhaftiert.

Qu.: LGF Er 79/44; GeBB1; LOF.

TSCHANUN, Theodor, 27.9.1879 Gaschurn; Kapuziner-Pater; im Sommer 1939 wegen Übertretung des "Kanzelparagraphen" 6 Monate in Haft; im November 1941 3 Wochen Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 557/41; Wanner, 1972:122.

TSCHIRF, Alois, 30.5.1914 Dornbirn; Gärtner; Heimwehrmann; wegen Aktionen gegen illegale Nationalsozialisten vom März bis Sommer 1938 inhaftiert; siehe Tschirf Josef und Walter.

Qu.: LGF Vr 301/38.

TSCHIRF, Josef, 13.7.1909 Dornbirn; Maurer; wie Tschirf Alois.

TSCHIRF, Walter, 22.8.1908 Dornbirn; Eisenbahner; wie Tschirf Alois.

TSCHOFEN, Jakob, 14.9.1874 Bartholomäberg; Landwirt; wegen "wehrkraftzersetzender Äußerungen" am 23.2.1944 zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt; in Haft seit 1943; vom 14.4.1944 bis 2.5.1945 im Zuchthaus Schwäbisch-Hall.

Qu.: DÖW 9166; LOF II/70.

TSCHOFEN, Johanna, 28.12.1914 Bartholomäberg; wegen Übertretung der "Ausländergesetze" vom 4.12. bis 23.12.1944 in Bludenz in "Schutzhaft".

Qu.: GeBB1.

TSCHOFEN, Josef, Schruns; wegen Beihilfe zur Flucht am 4.3.1945

von der Gestapo in Haft genommen und am gleichen Tag im Stadtspital Feldkirch an den Folgen des Verhörs gestorben.

Qu.: N-KZV Nr. 21.

TSCHOHL, Anton, 10.7.1910 Flausching, wh. Bludenz; als Mitglied der Tito-Armee gefallen.

Qu.: TZ, 17.10.1946.

TSCHOHL, Josef, 19.2.1904 Klösterle, wh. Bregenz; Eisenbahner; vom 6.8. bis 17.8.1942 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 691/42.

TSCHOL, Albert, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

TSCHUGMELL, Karl, 9.7.1902 Triesen/FL, wh. Hard; Schlosser; am 15.5.1942 von Bregenz in das "Arbeitserziehungslager" Reichenau überstellt.

Qu.: GeBBr 401/42; DÖW 15.062.

TURNER, Eduard, 19.4.1897 Wien, wh. Bregenz; wegen "Beschimpfung des Staatsoberhauptes" im Juni 1938 in Bregenz in Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: ABB.

TURTELTAUB, Edmund Dipl.-Ing., 4.10.1899 Wien; wegen seiner jüdischen Abstammung am 7.3.1939 von NS-Parteistellen zum Wegzug aus Dornbirn gezwungen, nach Wien verzogen. N.u. Siehe Turteltaub Gertrud, Hans und Walter.

Qu.: Schr.M. Amt der Stadt Dornbirn; I: Walter B.; Text.

TURTELTAUB, Gertrud, 1.4.1904 Lundenburg; siehe Turteltaub Edmund.

TURTELTAUB, Hans, 16.3.1932 Innsbruck; siehe Turteltaub Edmund.

TURTELTAUB, Walter, 24.3.1935 Dornbirn; siehe Turteltaub Edmund.

ULMER, Eduard, 30.11.1899 Dornbirn, + 4.5.1970; Landesführer der VF, Landesstatthalter; nach dem deutschen Einmarsch mehrere Wochen in Dornbirn und Bregenz in Gestapo-Haft.

Qu.: NNSch 9; VV, 5.5.1970; Schr.M. Thurnher M.; Text.

ULMER, Toni, 7.6.1894 Dornbirn, + 10.9.1972; Landeskommandant der Heimwehr und Frontmiliz; am Abend des 11.3.1938 festgenommen, 11 Monate in Haft, dann "Gauverbot" und nach dem 20.7.1944 eine Zeitlang im KZ Dachau.

Qu.: NNSch 9; Vorarlberger Volksbote, 16.9.1972; LOF; LGF Vr 301/38; Text.

UNTERBERGER, Alois, aus Bludenz; siehe Bader Franz.

URBANIAK, Paul, aus Frastanz; wurde am 22.9.1944 von Feldkirch an das OLG Wien (Volksgerichtshof) überstellt. N.u.

Qu.: LGF SaEr.

VALENTINI, Hans, 5.6.1903 Hard; auf Verfügung der Gestapo vom 28.3. bis 4.4.1941 in Bludenz in Haft; dann nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBl.

VALKENOVER, Julius Josef, 4.12.1910 Pergilo/Trient; Eisenbahner; aus politischen Gründen vom 26.3. bis 21.4.1944 in Bludener Gestapo-Haft.

Qu.: MA Bludenz.

VALLASTER, Paula, 3.7.1908 Hoherems; vom 16.1. bis 26.1.1945 auf Verfügung der Gestapo in Bludenz in Haft, dann nach Bregenz überstellt.

Qu.: GeBBl; LOF 11/60.

VETTER, Benno, 4.9.1898 Lustenau; Volksschuldirektor; wurde mit Josef Peintner und Hermann Hämmerle Anfang September 1938 in "Schutzhaft" genommen und am 13.9.1938 wieder entlassen.

Qu.: ABB; Schr.M. Bösch A.; Text.

VOBR, Franziska, 13.5.1910 Bregenz; 1937 wegen der Organisation des Transfers von Spanienfreiwilligen 3 Monate inhaftiert. Vom 24.10. bis 12.12.1941 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt. Am 22.5.1943 wegen "Wehrkraftersetzung" zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis 7.5.1945 in Waldheim/Sachsen inhaftiert.

Qu.: DÖW 8516; GeBBr 44/41; I: Vobr F.; Text.

VOGT, Xaver, 24.2.1885 Riefensberg; vom 30.9. bis 20.10.1943 in

Bregenz Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 2055/43.

VOLKMANN, Ernst, 3.3.1902 Schönbach/Eger, wh. Bregenz; Gitarrenbauer; am 14.6.1940 wegen Wehrdienstverweigerung festgenommen; vom Reichskriegsgericht Berlin-Charlottenburg am 7.7.1941 zum Tode verurteilt und am 26.7.1941 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Qu.: DÖW 5320; Vogl, 1977:168; DMG; I: Volkmann M.; Pichler, 1982:196; Text.

VOLTOLINI, Engelbert, 23.10.1911 Kennelbach; stammte aus einer italienischen Arbeiterfamilie, die 1919 staatenlos geworden war; mußte die italienische Staatsbürgerschaft annehmen, verweigerte aber das Einrücken in die italienische Armee. Am 3.3.1942 von der Bregenz Gestapo nach Feldkirch überstellt, wahrscheinlich in Dachau gestorben. N.u. Siehe Voltolini Karl.

Qu.: GeBBr 222/42; I: Stadelmann E., Schmid M.

VOLTOLINI, Karl, 15.8.1910 Kennelbach; wie Voltolini Engelbert.

VONACH, Albert, 22.9.1926 Kennelbach; siehe Österle Martin.

VONBLON, Ida, 22.2.1919 Ludesch; Arbeiterin; von der Gestapo Bregenz am 28.1.1942 verhaftet; am 30.1.1942 nach Feldkirch überstellt. N.u.

Qu.: GeBBl 26/42.

WACHTER, August, 17.7.1925 Wolfurt; wegen versuchter Gründung einer systemfeindlichen Jugendgruppe am 16.9.1941 verhaftet, am 24.10.1941 nach Feldkirch überstellt, am 16.1.1942 zu 10 Monate Gefängnis verurteilt; zu "Frontbewährung" "begnadigt" und gefallen. Siehe Wachter Josef.

Qu.: DÖW 8256; GeBBr 451/41; Text.

WACHTER, Josef, 6.8.1887 Wolfurt; mit seinem Sohn Wachter August am 16.9.1941 verhaftet, am 24.10.1941 nach Feldkirch überstellt; N.u.

Qu.: GeBBr 452/41.

WAHSEL, Hans, 30.3.1902 Waidhofen/NÖ, + 28.2.1983 Bregenz; Bauarbeiter; ab 1926 in Bregenz, Sozialdemokrat, ab 1934 Aktivist der RS; 1933 mehrfach kurze Zeit inhaftiert, wieder am 15.8.1936.

Von 1945-1948 Stadtrat für Wohnungswesen in Bregenz.
Qu.: Greussing, 1982:131ff.; GeBBr; StaBr Personale; Text.

WAIBEL, Katharina, 14.8.1908 Lustenau; wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" anlässlich des Attentats auf Adolf Hitler vom 8.11.1939 zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: VLK 234/1978.

WALCH, Ludwig Dr., 24.6.1891 Lech, wh. Reutte; wegen Vergehens nach dem "Heimtückegesetz" am 18.8.1941 zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: WuVT I, 1984:386.

WALDNER, Alois, 26.7.1919 Egg; Maler; 1941 3 Wochen "Schutzhaft"; vom 14.10. bis 19.12.1944 wegen "Wehrdienstverweigerung" in Bregenzer Gestapo-Haft; anschließend Überstellung nach Graz und bis Kriegsende inhaftiert.
Qu.: GeBBr 43/41, 3578/44; I: Waldner A.

WALDNER, Rosa, 5.5.1918 Egg; wegen humanitärer Hilfeleistung für Kriegsgefangene am 28.4.1942 zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: LGF Vr 123/42.

WALTER, Leopold, 15.3.1898 Ottweiler/Pfalz; vor 1933 Dozent an der Jüdischen Volkshochschule in Leipzig; im November und Dezember 1938 im KZ Buchenwald; von 1942 bis 1944 als "U-Boot" in Leipzig, vom 15.9.1944 bis Kriegsende in Bludenz untergetaucht.
Qu.: StaBl 7/302.

WASLE, Alois, 14.5.1900 Zürich, wh. Bludenz; wie Blacha Rudolf.

WEBER, Georg Dr., 26.2.1909 Altach; Jugendseelsorger in Innsbruck; vom 14.7.1943 bis 28.3.1944 in Innsbruck und Berlin wegen illegaler Jugendarbeit inhaftiert.
Qu.: WuVT II, 1984:349.

WEBER, Josef, 12.4.1916 Dornbirn; am 1.9.1942 verhaftet und wegen "Abhörens von Auslandssendern" zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.
Qu.: LStaD.

WEBER, Paul, 25.5.1906 Dornbirn; Arbeiter; vom 23.9. bis

30.9.1944 in Gestapo-Haft, dann nach Liegnitz überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 3475/44.

WEGELER, Josef, 5.4.1895 Dornbirn; Eisenbahner; vom 12.5. bis
3.7.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft (Zeuge Jehovas).
Qu.: GeBBr 141/40.

WEGELER, Maria, 3.2.1868 Feldkirch; Ordensschwester; wegen
"Vergehens gegen das Heimtücke-gesetz" vom Sondergericht Graz am
29.11.1939 zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.
Qu.: LGF Vr 66/40.

WEGELER, Maria, 11.3.1902 Pians, wh. Dornbirn; am 6.9.1940
wegen "Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung" (Zeugen
Jehovas) angeklagt. N.u. Siehe Brotzge Johann.
Qua: BAK R 22 3490/14; Text.

WEHINGER, Johann, 25.10.1885 Thüringerberg; auf Anordnung der
Gestapo vom 26.10. bis 9.11.1943 in "Schutzhaft", dann nach
Feldkirch überstellt. N.u.
Qu.: GeBBl.

WEHINGER, Josef, 1909 Dornbirn; 1939/40 wegen Verstoßes gegen
das "Heimtücke-gesetz" 8 Monate in Haft.
Qu.: DMG.

WEHINGER, Rosa, Altenstadt; am 20.9.1940 vom LGF wegen "Ar-
beitsverweigerung" zu 2 Monaten bedingt verurteilt; vom OLG
Innsbruck nach Berufung der Staatsanwaltschaft in eine unbedingte
Gefängnisstrafe umgewandelt.
Qu.: LGF Vr 395/40.

WEIL, Alois, 7.12.1878 Hohenems; Kaufmann; am 23.6.1938 von der
Gestapo nach Innsbruck deportiert, am 24.6.1938 ins KZ Dachau,
dort am 19.8.1938 zu Tode gebracht.
Qu.: LS; DÖW o.Nr.; Text.

WEIL, Harry, 5.9.1898 Hohenems; wegen angeblicher kommunisti-
scher Betätigung 1934 eine Zeitlang in Haft; 1938 nach dem Ein-
marsch der Nationalsozialisten Flucht in die Schweiz, später
Emigration in den USA, dort verstorben.
Qu.: LGF Vr 935/34; 1: Bollag J.; Schr.M. Weil A.; Text.

WEINRICH, Julius, 3.3.1871 Teufenhart; Schirmflicker; "wegen Bettels" am 3.5.1940 zu 1 Monat strengem Arrest verurteilt. Wahrscheinlich auch später aus "rassischen" Gründen ("Zigeuner") verfolgt.

Qu.: GeBBr 59/40.

WEINRICH, Rosa, 12.10.1925 Horn; als "Zigeunerin" am 5.8.1943 in Bregenz festgenommen; am 22.8.1943 von Bregenz nach Innsbruck, am 24.8.1943 über Wien wahrscheinlich in ein Vernichtungslager deportiert.

Qu.: DÖW 15.062; GeBBr 1820/43; Text.

WEINZIERL, Rudolf, 1.10.1898 Höchst; Güterschaffner der ÖBB; wegen Schmuggels von Propagandamaterial und illegaler kommunistischer Betätigung 1934 eine Zeitlang in Haft, auch in der NS-Zeit verfolgt.

Qu.: LGF Vr 935/34; DÖW 3870/1; Text.

WEISS, August, 26.9.1921 Dornbirn; Textilarbeiter; aus politischen Gründen nach Vermunt dienstverpflichtet, nach Einziehung zur Wehrmacht am 7.2.1941 versuchte Flucht in die Schweiz, bis 1.9.1942 im Soldaten-KZ Aschendorfer Moor, dann im Wehrmachtsgefängnis Torgau, später "Frontbewahrung".

Qu.: DÖW 1887, 2011; I: Weiß A.; Text.

WEISS, Emil; Arbeiter beim Bahnoberbau; wegen antinazistischer Äußerungen denunziert, vom Sondergericht in Feldkirch 1943 zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, wahrscheinlich "Frontbewahrung", am 28.10.1943 gefallen.

Qu.: DÖW 8838.

WEISSMANN, Friedrich, 14.6.1889 Rabenstein/NÖ; wegen "kommunistischer Äußerungen" 1937 zu 4 Wochen Arrest verurteilt und für 5 Jahre aus Vorarlberg ausgewiesen.

Qu.: DÖW 15.258; Text.

WENDL, Katharina, 8.6.1905 Nofels; Weberin; am 13.9.1940 wegen "Arbeitsverweigerung" zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Qu.: LGF Vr 5E 355/40; Text.

WENDL, Leopold, 15.9.1905 Stadl-Paura/OÖ, + 3.12.1967; Maurer; am 8.7.1941 verhaftet, wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" am 15.1.1942 in Feldkirch zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis ver-

urteilt, später ins Zuchthaus Zweibrücken überstellt.
Qu.: DÖW 8181; LOF 11/50; Text.

WENINGER, Ferdinand, 16.5.1913 Lochau; Wirker; wegen kommunistischer Betätigung 1934 in Bregenz eine Zeitlang inhaftiert.
Qu.: LGF Vr 935/34.

WENZEL, Eugen, 15.7.1906 Ludesch; am 9.8.1943 im Zuchthaus Berlin-Brandenburg hingerichtet. N.u.
Qu.: DÖW 3192.

WERNDLE, Franz, 14.4.1887 Graz; vom 3.11. bis 5.11.1942 in Bludenz in Gestapo-Haft, am 5.11.1942 zusammen mit drei Polen in das "Arbeitserziehungslager" Reichenau überstellt.
Qu.: GeBBl 403/42.

WIEDERIN, Emma, 18.6.1922 Frastanz; Vertreterin; vom 21.11. bis 17.12.1940 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann dem LGF überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 407/40.

WIEDERIN, Josef, 1.6.1889 Frastanz; vom 19.8. bis 10.9.1943 in Bregenz in Gestapo-Haft, wegen "Wehrkraftzersetzung" angeklagt, freigesprochen.
Qu.: GeBBr 1867/43; DÖW 9061.

WIELAND, Josef, 19.1.1900 Annaberg/NÖ, + 11.1.1978, wh. Dornbirn; Textilarbeiter; im Zusammenhang mit der AKO-Dornbirn am 6.1.1940 verhaftet, am 20.3.1942 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" in Innsbruck zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Zuerst Zuchthaus Kaisheim, 1943 nach Mauthausen überstellt, im Außenlager Loibl-Paß von englischen Truppen schwerkrank befreit.
Qu.: LOF 1/28; OF; GeBBr 4/40; I: Wieland H., Sohn R.; Text.

WIELAND, Maria, geb. Gunz, wh. Dornbirn; Musiklehrerin; nach sechs Verhören und Mißhandlungen durch die Gestapo nervlich derart zerrüttet, daß sie Mitte 1944 in die Innsbrucker Nervenlinik eingewiesen und dort kurz darauf wahrscheinlich umgebracht wurde (angebliche Todesursache: allgemeine Schwäche und Lungenentzündung).
Qu.: OF 1Va-168/51; Text.

WILD, Anselm; Kapuziner-Pater; ab 11.3.1942 drei Wochen in

Gestapo-Haft.

Qu.: Wanner, 1972:122.

WILLI, Josef, 29.12.1878 Sibratsgfäll; Landwirt; vom 28.7. bis 2.9.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann dem LGF überstellt.
Qu.: GeBBr 289/41.

WILLI, Josefine, 15.3.1893 Pettenbach; am 18.7.1944 wegen "Arbeitsverweigerung" zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.
Qu.: LGF 5EVr 247/44.

WILLI, Peter, 24.4.1894 Schoppernau; Landwirt; vor 1938 Ortsobmann der VF in Schoppernau; vom 12.7. bis 19.7.1944 wegen "Wehrkraftzersetzung" in Bregenz in Gestapo-Haft. Anklage beim Volksgerichtshof, erste Verhandlung am 16.2.1945; am 27.4.1945 wegen Nichteinrückens zum Volkssturm und "Betätigung in der Widerstandsbewegung" wieder verhaftet.
Qu.: OLG Ibk 10Vr 1871/47; GeBBr 3130/44.

WINDBICHLER, Josef, 5.2.1895 Dietersdorf, wh. Bregenz; Arbeiter; wegen illegaler gewerkschaftlicher Betätigung 1934 eine Zeitlang in Haft, später wegen Äußerungen gegen den NS vom 24.4. bis 8.5.1943 in Bregenz in Gestapo-Haft, dann nach Feldkirch überstellt.
Qu.: LGF Vr 935/34; OLG Ibk 10Vr 214/48.

WINDER, Gertrud, 16.8.1922 Alberschwende; Landarbeiterin; vom 23.4. bis 13.5.1941 in Bregenzer Gestapo-Haft, dann dem LGF überstellt. N.u.
Qu.: GeBBr 129/41.

WINDER, Peter, 26.5.1896 Wolfurt, wh. Bürs; christlichsozialer Gewerkschaftsfunktionär, Mitglied der Widerstandsgruppe in Bludenz; besonderer Einsatz für die Fremdarbeiter in Bürs; beteiligt am "Sturm auf die Kreisleitung" der NSDAP in Bludenz am 3.5.1945; Mitglied des "Viererkomitees" der Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung in Bludenz als Vertreter der ÖVP.
Qu.: NNSch 9; StaBl 7/269; Text.

WINDER, Peter, 14.8.1898 Alberschwende, wh. Dornbirn; Arbeiter; am 8.11.1939 von Feldkirch nach Innsbruck überstellt, am 9.11.1939 nach Sachsenhausen deportiert. N.u.
Qu.: DÖW 15.062.

WINKEL, Franz Josef, 20.2.1890 Reuthe; am 14.2.1942 nach der Verhaftung von Karl Kobras, mit dem er in Kontakt stand, Freitod.

Qu.: LGF Vr 621/36; MA Bezau; Text.

WINKEL, Rupert, 7.5.1907 Bezau; vom 9.11. bis 30.11.1943 in Bregenz in Gestapo-Haft. N.u.

Qu.: GeBBr 2166/43.

WINKLER, Heinrich, aus Bregenz; siehe Bauer Eugen.

WINKLER, Theodor, 17.4.1890 Haiming, wh. Bludenz; Bauarbeiter; 1934 wegen angeblicher Betätigung für die illegale KPÖ in Bludenz eine Zeitlang in Haft. N.u.

Qu.: DÖW o.Nr.

WINKLER, Toni, aus Dornbirn; 1931-1936 Landesobmann der Katholischen Jugend; am 12.3.1938 verhaftet und den feiernden Nationalsozialisten von Dornbirn "vorgeführt"; nach einem Monat Haft entlassen und zur Wehrmacht eingezogen.

Qu.: NVT, 13.3.1979.

WINSAUER, Theodor, 1.4.1904 Bleichach, wh. Lustenau; Vertreter; am 19.12.1941 von der Bregenzer Gestapo verhaftet und dem LGF überstellt. N.u.

Qu.: GeBBr 120/41.

WITTWER, Mathias, aus Bürs; siehe Jäger Heinrich.

WITTWER, Pauline; Haushälterin; am 10.1.1941 verhaftet, am 4.3.1941 vom LGF zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt, am 12.4.1941 ins KZ Ravensbrück überstellt, 1942 entlassen.

Qu.: DÖW 3080; LOF 1/12; Text.

WITZEMANN, Annalise, 4.10.1926 Rankweil; vom 19.2. bis 12.3.1943 wegen "Arbeitsverweigerung" in Bregenz in Gestapo-Haft.

Qu.: GeBBr 1248-1252/43.

WITZEMANN, Maria, 29.2.1896 Rankweil,
WITZEMANN, Wilhelm, 31.1.1884 Rankweil,
WITZEMANN, Wilhelmine, 26.6.1923 Rankweil,
WITZEMANN, Zita, 10.10.1925 Rankweil,
bei allen siehe: Witzemann Annalise.

WOHLGENANNT, Johann, 8.3.1916 Dornbirn; Textilarbeiter; wegen angeblicher kommunistischer Betätigung 1936 eine Woche Haft von der BH.

Qu.: LGF Vr 6/36.

WOHLGENANNT, Otto, 30.9.1889 Dornbirn; Elektriker; am 15.3.1941 wegen "Wehrkraftzersetzung" von Bregenz nach Innsbruck überstellt, am 28.3.1941 nach Flossenbürg deportiert, dort am 10.4.1942 hingerichtet.

Qu.: DÖW 15.062; DMG; LS; Text.

WOLF, Klara, 12.12.1923 Klösterle; vom 17.4. bis 4.5.1943 in Bregenz in Gestapo-Haft, am 4.5.1943 nach Innsbruck überstellt, am 6.8.1943 nach Ravensbrück deportiert.

Qu.: GeBBr 1418/43; DÖW 15.062.

WÜNSCHER, Leo, 5.9.1926 Bludenz; Landwirt; wegen "Fahnenflucht" in Bludenz eine Zeitlang in Gestapo-Haft, am 31.3.1945 dem Standortältesten überstellt. N.u.

Qu.: GeBBl.

WÜRBEL, Josef, 15.1.1893 Bartholomäberg, Gastwirt und ehemaliger Bürgermeister; vom 19.7. bis 28.7.1943 in Bregenzer Gestapo-Haft; dann nach dem "Heimtückegesetz" zu 8 Monaten Gefängnis und Entzug der Gewerbeberechtigung verurteilt.

Qu.: DÖW 8346; GeBBr 1765/43; I: Hotz L.

WÜRBEL, Karl, 4.6.1890 Schruns; Sozialdemokrat; 1945 von der Gestapo als Geisel verhaftet und nach Innsbruck verschleppt.

Qu.: NNSch 9.

WÜRL, Siegfried, 19.2.1894 Kennelbach; Kaplan; wegen "Äußerungen gegen Führer und Partei" ab 22.9.1939 in Innsbruck inhaftiert, anschließend bis 29.4.1945 in den KZs Sachsenhausen und Dachau.

Qu.: WuVT II, 1984:349.

ZANETTI, Karl, 5.7.1894 Wolfurt; ab 20.1.1945 wegen "Abhörens von Feindsendern" inhaftiert; am 8.3.1945 nach Innsbruck überstellt. N.u.

Qu.: LOF I/47; GeBBr 112/45.

ZANGERL, Ferdinand, 3.2.1897, wh. Bregenz; Bauarbeiter; 1943 wegen "Wehrkraftzersetzung" zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, bis 1945 im Zuchthaus Kaisheim.

Qu.: LOF I/28; DMG; GeBBr 2245/43.

ZANGERL, Kreszentia, geb. Stemer, 5.4.1902 Bartholomäberg, wh. Pfaffenhofen; Bäuerin; wegen "Rundfunkverbrechens" am 7.8.1940 zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Qu.: WuVT I, 1984:387b.

ZANGHELLINI, Franz, 16.7.1895 Bürs, wh. Nüziders; 1934 und 1935 wegen "kommunistischer" Betätigung inhaftiert; vom 22.4. bis 2.5.1945 als NS-Gegner wieder in Haft.

Qu.: Schr.M. Garscha F.; GeBBl.

ZAUNER, Max, 9.8.1909 Gaspolzhausen/OÖ, wh. Dornbirn; Tapezierer; wegen Unterstützung der "Roten Hilfe" 1936 eine Woche inhaftiert; vom 14.2. bis 12.6.1940 im Zusammenhang mit der AKO in Gestapo-Haft in Bregenz.

Qu.: LOF II/68; GeBBr 26/40; LGF Vr 6/36; Text.

ZECH, Adolf; Pfarrer in Klösterle; im September 1938 zwei Wochen in Gestapo-Haft.

Qu.: Wanner, 1972:122.

ZECH, Ignaz, 9.2.1883 Nüziders; über Auftrag der Gestapo vom 6.10. bis 11.11.1944 in "Schutzhaft"; N.u.

Qu.: GeBBl.

ZEIF, Franz, wh. Bludenz; 1934 wegen kommunistischer Betätigung inhaftiert; N.u.

Qu.: Schr.M. Garscha F.

ZELLER, Wilhelm, 27.8.1888 Reutte, wh. Lustenau; 1937 wegen Transfers von Spanienfreiwilligen eine Zeitlang in Haft; N.u.

Qu.: LGF Vr 423/37; Text.

ZIMMERMANN, Lina, 9.11.1897 Übersaxen; Krankenschwester; angeklagt wegen "wehrkraftzersetzender Äußerungen". N.u.

Qu.: LGF 6/46.

ZIMMERMANN, Ludwig, 1.2.1925 Bregenz; mit O. Jäger und E. Feldkircher verhaftet und vom 8.9. bis 22.9.1941 in Bregenzer

Gestapo-Haft; dann nach Feldkirch überstellt.
Qu.: GeBBr 428/41.

ZOLLER, Anna, 15.6.1912 Olang/Italien, wh. Bludenz; Kellnerin;
wegen Ausgabe von Getränken an Kriegsgefangene am 9.6.1941 von
der Gestapo in Bludenz verhaftet und nach Innsbruck überstellt;
am 12.9.1941 ins KZ Fürstenberg deportiert.
Qu.: DÖW 15.062; GeBBl.

ZOLLER, Franz, 1.9.1912 Innsbruck, wh. Bludenz; Elektromonteur;
1934-38 führender Aktivist der illegalen RS in Bludenz; 1954-1969
Landtagsabgeordneter der SPÖ.
Qu.: NNSch 9; Greussing, 1982:131; Text.

Redaktion:

H. Brändle / G. Egger / M. Pichler / H. Walser

IM PRINZIP: HOFFNUNG

KURT GREUSSING
(HRSG.)

ARBEITERBEWEGUNG
IN VORARLBERG
1870-1946



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

4

Kurt Greussing (Hrsg.)

IM PRINZIP: HOFFNUNG

**Arbeiterbewegung in
Vorarlberg 1870-1946**

368 Seiten, 69 Abb.
öS 249,--

ISBN 3-900438-07-2

Dieser Band befaßt sich mit einer Seite der Vorarlberger Landesgeschichte, die bisher meist überblättert worden ist. Zehn Autoren untersuchen die politische Entwicklung der Vorarlberger Arbeiterschaft - von den um 1870 entstehenden Arbeiterbildungsvereinen

über die Organisation in Parteien und Gewerkschaften ab den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, die Konflikte in der Ersten Republik, die sozialen und politischen Handlungsbedingungen für Arbeiterinnen und Arbeiter während der austrofaschistischen Ära 1934-38 und während der nationalsozialistischen Herrschaft 1938-45, bis zum demokratischen Neuanfang von Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1945/46.

Mehrere Autoren liefern Material, das die Beiträge des Bandes über "Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945" ergänzt: Werner Dreier mit einer Analyse der Vorarlberger

Arbeiterbewegung 1918-1934, Gernot Egger mit einer Untersuchung von Integration und Widerstand der Arbeiterschaft im Austrofaschismus, Meinrad Pichler mit einer Darstellung der Arbeiteropposition während der NS-Zeit und Harald Walser mit einer Fallstudie zur Machtausübung der Nationalsozialisten auf Betriebs- und Gemeindeebene.



fink's verlag

Walter Methlagl

DER TRAUM DES BAUERN

Franz Michael Felder
1839 - 1869

Großformat, leinengeb.,
128 Seiten, 300 Abb.
öS 450,--

ISBN 3-900438-10-2

Der Bregenzerwälder Franz Michael Felder war ein echter Bauer - und gleichzeitig ein echter, sozial engagierter Dichter. "Ein echter Bauer - als echter Dichter? unerhört!" So hieß es 1867

in einem Aufsatz des Leipziger Germanisten Rudolf Hildebrand, durch den Felders schriftstellerische Tätigkeit dem literarisch interessierten Publikum des deutschen Sprachraums vorgestellt wurde. 1869 starb Felder mit 29 Jahren.

Der Verlauf des Lebens und der sozialen Reform Felders ist heute noch in vieler Hinsicht symptomatisch. In diesem Buch ist er ausschließlich durch Original-Dokumente aus Felders eigener Zeit bezeugt, die an Dramatik und aktueller Brisanz nichts zu wünschen übrig lassen: Sie belegen die innige Verbindung von literarischer und sozialer Praxis in Felders Werk.

Univ.-Dozent Dr. Walter Methlagl, der Herausgeber des Bildbandes, kann aufgrund seiner bisherigen Felder-Editionen als der wohl beste Kenner des Lebens und des Werkes dieses ungewöhnlichen Vorarlbergers gelten. Der mit dreihundert Abbildungen ausgestattete Band ist nicht nur eine eindringliche Dokumentation zum Leben und Wirken Franz Michael Felders, sondern auch eine aufregende Reportage zur Sozialgeschichte Vorarlbergs im 19. Jahrhundert.



Der Traum
des Bauern
Franz Michael Felder

Walter Methlagl



fink's verlag

Literatur

- Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Hg.): Die Völker an der Seite der spanischen Republik 1936–1939. Moskau 1975. (Beitrag über Österreich von Max Stern, S. 246–265).
- Amt der Stadt Hohenems (Hg.): Gedenkschrift Stadterhebung. Hohenems 1333–1983. Dornbirn 1983.
- Anonym: Kazetler aus Vorarlberg. O.J., MS im Stadtarchiv Dornbirn.
- Archiv der Landeshauptstadt Bregenz (Hg.): Bregenz 1945. Ausstellungskatalog des Archivs der Landeshauptstadt Bregenz. Bregenz 1970.
- Beer-Jergitsch, Lilli: Gespräch mit Frau Leopoldine Münichreiter. Jänner 1970. Zeitgeschichte 7/8/1980, S. 277–287.
- Bericht der Widerstandsgruppe Dornbirn. Dornbirn o.J., MS im Stadtarchiv Dornbirn.
- Bericht über die Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft, 29.3.1938 (VLA).
- Berkmann, Josef: Stehengeblieben. Vor vierzig Jahren, am 30. April 1945, überschritt die Erste französische Armee bei Hohenweiler die österreichische Grenze. In: Vorarlberger Volkskalender 1985, S. 85–89.
- Bilgeri, Benedikt: Bregenz. Geschichte der Stadt. Wien 1980.
- Bischoff, Josef: Heimatgeschichte in Stundentafelbildern für die Schulen des Landes Vorarlberg. Bregenz 1982.
- Boberach, Heinz (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944. Neuwied 1965.
- Borsdorf, Ulrich: Widerstand und Illegalität, Emigration und Exil. Zur Verwendung von Begriffen in der Geschichte der Gewerkschaften. In: Gewerkschaftliche Monatshefte (Köln) 8/1982, S. 486–497.
- Bösch, Adolf: Hugo Paterno. In: Vorarlberger Nachrichten, 12.7.1984.
- Boss, Romedius: Bericht. Wien 1946. MS im DÖW, Nr. 8346.
- Botz, Gerhard: Methoden- und Theorieprobleme der historischen Widerstandsforschung. In: Konrad, Helmut / Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentations-

- archivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner. Wien-München-Zürich 1983, S. 137-151.
- Brändle, Hermann / Egger, Gernot: Rohstoff Mensch: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Vorarlberg. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 299-307.
- Brändle, Hermann / Egger, Gernot / Pichler, Meinrad: Widerstand in Vorarlberg am Beispiel des Johann August Malin. In: Jahresbericht 1981/82 der Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule in Bregenz, S. 10f.
- Brändle, Hermann: Im Einklang. Der Februar 1934 im Spiegel der Vorarlberger Presse. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 143-156.
- Broszat, Martin u.a. (Hg.): Bayern in der NS-Zeit. 4 Bände, München-Wien 1977-1981.
- Bundesamt für Statistik (Hg.): Die Ergebnisse der Österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Heft 10: Vorarlberg. Wien 1935.
- Burmeister, Karl Heinz: Geschichte Vorarlbergs. Ein Überblick. Wien 1980.
- Burmeister, Karl Heinz: "Mulier taceat in ecclesia". Zu Walter Lingenhöles "Die Fehldeutung eines dunklen Jahres". In: Montfort 1983, S. 336-340.
- DÖW und Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur (Hg.): Österreicher im Exil 1934-1945. Protokoll des internationalen Symposions zur Erforschung des österreichischen Exils von 1934 bis 1945, abgehalten vom 3. bis 6. Juni 1975 in Wien. Wien 1977.
- Dreier, Werner: Gegen Sozialisten und Nazis. Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 51-74.
- Dreier, Werner: Konjunktur der Hoffnung - Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 158-224.
- Edmund Kalb - Graphik. Katalog zur Ausstellung im Vorarlberger Landesmuseum Bregenz, o.J.
- Egger, Gernot: Vorarlberg und die Republik in Spanien 1936-1939. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 156-190.

- Egger, Gernot: Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934-1938. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 259-280.
- Ehrenbuch der Opfer von Berlin-Plötzensee. Berlin 1974.
- Fasching, Edwin: 2 x 7 Jahre. Eine kleine Kirchengeschichte Vorarlbergs der Kriegs- und Nachkriegszeit nach Tagebuchaufzeichnungen. Quelle, Sonderheft Vorarlberg, o.J.
- Fein, Erich: Die Steine reden. Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes - Mahnmale für die Opfer des Faschismus. Eine Dokumentation. Wien 1975.
- Flanner, Karl: Wiener Neustadt im Ständestaat. Arbeiteropposition 1933-1938. Wien 1983.
- Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Geschildert von Ravensbrücker Häftlingen. Wien 1946.
- Frei, Bruno: Der kleine Widerstand. Wien 1978.
- Frommelt, Hubert: Vorarlberg 1933/34. Die Anfänge des neuen Systems Dollfuß-Schuschnigg. Hausarbeit, Univ. Innsbruck o.J.
- Gasser, Paul: Diepoldsau - Fluchtweg Rohr noch offen. Roman. Diepoldsau 1983.
- Geier, Paul: Meine Erlebnisse im Konzentrationslager Mauthausen. Von K.Z.-Häftling 14.985. Feldkirch 1945.
- Gilbert, Martin: Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas. Reinbek 1982.
- Goldner, Franz: Flucht in die Schweiz. Die neutrale Schweiz und die österreichische Emigration 1938-1945. Wien 1983.
- Gostner, Erwin: 1000 Tage im KZ. Ein Erlebnisbericht aus den Konzentrationslagern Dachau, Mauthausen und Gusen. Innsbruck 1945.
- Graf, Peter (Hg.): ... mit dem Rücken an der Wand. Flüchtlingsdebatte des Nationalrates vom September 1942. Dossier der SPS. Schaffhausen 1979.
- Greussing, Kurt: Vorarlberger Sozialdemokraten in der Illegalität 1934-1938. In: Botz, Gerhard u.a. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien 1978, S. 341-360.
- Greussing, Kurt: Grenzstationen - Umbruch und Diktatur. Die Vorarlberger Sozialdemokratie 1918/19 und 1934-1938. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 107-143.
- Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984.

- Gunz, André: Schmerzhafter Anpassungsprozeß. Zur Geschichte der St. gallischen Sozialdemokratie von 1933 bis 1939. In: Rorschacher Neujahrsblatt 1982, S. 73-80.
- Hager, Arthur: Die Finanzverwaltung in Österreich vom März 1938 bis Mai 1945. In: Der Finanzdienst, Mitteilungsblatt der Bundessektion Finanz der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, April 1976.
- Hager, Arthur: Aus dem Finanz- und Zollwesen seit dem Jahre 1808. In: Jahrbuch des Vorarlberger Landesmuseumsvereins 1980/81. Bregenz 1982, S. 91-138.
- Hammerle, Johannes: Christlichsoziale Opposition in Vorarlberg 1934-1938. Hausarbeit, Univ. Innsbruck 1981.
- Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich. Salzburg 1983.
- Häsler, Alfred A.: Das Boot ist voll. Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-45. Zürich 1967 (5. Auflage 1981).
- Hautmann, Hans / Kropf, Rudolf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik. Wien-München-Zürich 1974 (Dritte Auflage 1978).
- Heer, Friedrich: Eine Notiz zum Buche von Wanner, Gerhard: "Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg". Wien 1972 (Beilage zu Wanner, 1972).
- Hindels, Josef: Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934-1945. Wien 1976.
- Historische Kommission der PdAS (Hg.): Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung der Schweiz. Ausgewählte Beiträge aus dem "Vorwärts" 1968-1980. Zürich 1981, S. 144-152 (Beiträge von Theo Pinkus und Otto Schudel).
- Holtmann, Everhard: Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933-1938. Wien 1978.
- Holzer, Willibald I.: Die österreichischen Bataillone im Verbands der NOV J POJ. Die Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz. Die Kommunistische Partei Österreichs im militanten politischen Widerstand. Diss. Wien 1971.
- Holzer, Willibald I.: David und Behemoth. Projekte zur Erforschung von Verfolgung und Widerstand 1933/34-1945 in Bayern und Österreich. In: Zeitgeschichte 9/10/1982, S. 338-363.
- Holzner, Johann / Pinsker, Anton / Reiter, Johann: Zeugen des Widerstands. Eine Dokumentation über Opfer des National-

- sozialismus in Nord-, Ost- und Südtirol von 1938 bis 1945. Innsbruck 1977.
- Huebner, Hans: Dr. Otto Ender. Dornbirn 1957.
- Huebner, Hans: Dipl.-Ing. Ernst Winsauer, Dr. Johann Josef Mittelberger. Zwei Vorarlberger der alten Garde. In: Jahrbuch des Vorarlberger Landesmuseumsvereins 1963. Bregenz 1964, S. 143-154.
- Ilg, Ulrich: Wir waren dabei. In: Vorarlberg - unser Land. Jungbürgerbuch. Bregenz 1978, S. 170-179.
- Internationaler Suchdienst Arolsen (Hg.): Vorläufiges Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer-SS 1933-1945. Bd. 1, Arolsen 1969.
- Jarka, Horst (Hg.): Jura Soyfer. Das Gesamtwerk. Wien-München-Zürich 1980.
- Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg. Feldkirch 1952.
- Kareis, Walter: Bericht über die letzten Tage des Dritten Reiches in Bregenz (Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz der Johann-August-Malin-Gesellschaft). Dornbirn 1981.
- Kaus, Gina: Und was für ein Leben ... mit Liebe und Literatur, Theater und Film. Hamburg 1978.
- Kempfer, Benedicta Maria: Priester vor Hitlers Tribunalen. München 1966.
- Klee, Ernst: "Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung lebensunwerten Lebens". Frankfurt 1983.
- Knauer, Matthias / Frischknecht, Jürg: Die unterbrochene Spur. Antifaschistische Emigration in der Schweiz von 1933 bis 1945. Zürich 1983.
- König, Franz (Hg.): Ganz in Gottes Hand. Briefe gefallener und hingerichteter Katholiken 1939-1945. Wien 1957.
- Konrad, Helmut: Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KSC zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts. Wien 1978.
- Kopf, Alfons J.: Seit dem Fall von Stalingrad sind die Kommunisten sehr frech. Schriftverkehr eines Vorarlberger Ortsgruppenleiters 1943. In: Neue Vorarlberger Tageszeitung, 3.3.1979.
- Krauß, Hans: Die Grundgedanken der Erbkunde und Rassehygiene in Frage und Antwort. München 1935.
- Küng, Heribert: Die Ostschweiz und das Ende des Zweiten Weltkriegs in Vorarlberg. In: Montfort 1972, S. 7-158.
- Langbein, Hermann: Menschen in Auschwitz. Wien 1972.
- Langbein, Hermann u.a. (Hg.): Auschwitz, Zeugnisse und Berichte (2. Auflage). Köln 1979.

- Lehner, Oskar: Autoritäre Züge der ständestaatlichen Rechtsordnung in Österreich. In: Zeitgeschichte 1/1982, S. 3-25.
- Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs Revolutionäre Sozialisten 1934-1938. Wien 1968.
- Lenz, Johann Maria: Christus in Dachau. Wien 1956.
- Lingenhöle, Walter: Die Fehldeutung eines dunklen Jahres. Zu Margit Schönherr's "Vorarlberg 1938". In: Montfort 1983, S. 35-53.
- Löffler-Bolka, Dietlinde: Vorarlberg 1945. Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Vorarlberg 1945. Bregenz 1975.
- Ludwig, Carl: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Beilage zum Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Bern 1957.
- Majer, Diemut: "Fremdvölkische" im Dritten Reich. Boppard am Rhein 1981.
- Martin, Hans Peter / Matthes, Susanne: Das vergessene KZ. In: profil, 4.2.1985, S. 60-62.
- Mason, Timothy W.: Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland. In: Peukert, Detlev / Reulecke, Jürgen (Hg.): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Wuppertal 1981, S. 293-313.
- Mayer, Adolf: Odyssee eines Österreicherers. Bericht. In: Informations- und Pressedienst der Österreichischen Widerstandsbewegung 3/1982.
- Mehring, Walter: Wir müssen weiter. Fragmente aus dem Exil. Düsseldorf 1979.
- Mitscherlich, Alexander / Mielke, Fred (Hg.): Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. Frankfurt 1960.
- Mittenzwei, Werner: Exil in der Schweiz. Leipzig 1978.
- Molden, Fritz: Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern. Bericht einer unruhigen Jugend. Wien 1976.
- Neugebauer, Wolfgang: Zur Psychiatrie in Österreich 1938-1945: "Euthanasie" und Sterilisierung. MS, Wien 1983.
- Oberkofler, Gerhard: Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg. Wien 1979.
- Pätzold, Kurt: Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Dorbisch, Klaus u.a.: Faschismus in Deutschland. Faschismus der Gegenwart. Köln 1980, S. 209-246.

- Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934-1938. Wien 1981
- Persico, Joseph E.: Geheime Reichssache. Der Kampf der CIA gegen die deutsche Abwehr. Wien 1980.
- Peter, Norbert: Die Hohenemser Judengemeinde im Spiegel antisemitischer Beschuldigungen. In: Tänzer, Aron: Die Geschichte der Juden in Hohenems (Meran 1905). Nachdruck Bregenz 1982, S. 825-840.
- Peukert, Detlev: Arbeitslager und Jugend-KZ: Die "Behandlung Gemeinschaftsfremder" im Dritten Reich. In: Peukert, Detlev / Reulecke, Jürgen (Hg.): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Wuppertal 1981, S. 413-434.
- Pichler, Meinrad: Vergessen? Das Opfer nationalsozialistischer Gewalt: Josef A. King. In: Montfort 1981, S. 72f.
- Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982/a.
- Pichler, Meinrad: Eine unbeschreibliche Vergangenheit. In: ders. (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982/b, S. 191-206.
- Pichler, Meinrad: "Deutsches Leben heißt Arbeit". Arbeiteropposition in Vorarlberg während der NS-Zeit. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 281-298.
- Pirker, Paul: Citadelle Bregenz (2. Auflage). Bregenz 1946.
- Rabitsch, Gisela: Das KZ Mauthausen. Stuttgart 1970.
- Raggenbass, Otto: Trotz Stacheldraht 1939-1945, Grenzland am Bodensee und Hochrhein in schwerer Zeit. Konstanz 1964.
- Reckfuß-Kleiner, Hedwig: Selig, die Verfolgung leiden... In: Vorarlberger Volkskalender 1976, S. 77-85.
- Reisberg, Arnold: Februar 1934. Hintergründe und Folgen. Wien 1974.
- Röder, Werner/Strauß, Herbert A. (Hg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Band I. München 1980.
- Schallert, Elmar: Zum Gedenken an unseren H.H. Dekan und Pfarrer Msgr. Georg Schelling. In: Pfarrbrief Nenzing 1982.
- Schausberger, Norbert: Mobilisierung und Einsatz fremdländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkriegs in Österreich. Österreichischer Beitrag zum 13. Internationalen Kongreß der historischen Wissenschaften. Moskau, 16.-23.8.1970. Wien 1970 (DÖW Bibliothek 3955).

- Schelling, Georg: Die Nacht ist um! In: Vorarlberger Volkskalender 1947, S. 121-129.
- Schelling, Georg: Festung Vorarlberg (2. Aufl.). Bregenz 1980 (1. Aufl. Bregenz 1947).
- Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918 (2. Aufl.). Feldkirch 1978.
- Schnabel, Reimund: Die Frommen in der Hölle. Geistliche in Dachau. Frankfurt 1965.
- Scholl, Inge: Die weiße Rose. Frankfurt 1977.
- Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39. Dornbirn 1981.
- Schreder, Stephan: Kampf um das Kreuz. Bedrängtes Christentum in Deutschland. Wien 1937.
- Schuchter, Oskar: Provikar Dr. Carl Lampert. In: Quelle, Juni 1955, S. 14f.
- Schwärzler, Franz: Aus der Geschichte der Pfadfinder in Bregenz. Unveröffentlichtes MS, o.J. (DMG).
- Schweizer, Karl: Antifaschisten in der Region. In: Südschwäbische Nachrichten 4/1983, S. 14-17.
- Schweizer, Karl: Der NS-Faschismus in Lindau. Lindau 1983.
- Siegert, Toni: Das Konzentrationslager Flossenbürg. Ein Lager für sogenannte Asoziale und Kriminelle. In: Broszat, Martin (Hg.): Bayern in der NS-Zeit, Band II. München 1979, S. 429-492.
- Simma, Kaspar: 100 Jahre Valduna. In: Montfort 1974, S. 179-266.
- Sperrung, Mitteilungen der Johann-August-Malin-Gesellschaft, Nr. 1: J. A. Malin im Widerstand, Widerstand gegen J. A. Malin. Bregenz 1983.
- Stadler, Karl / Szecsi, Maria: Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer. Wien-München 1962.
- Stadler, Karl: Österreich 1938-1945 im Spiegel von NS-Akten. Wien 1966.
- Steck, Bernhard: Die "Bekämpfung des Zigeunerunwesens". Ein Stück moderner Rechtsgeschichte. In: Zülch, Tilman (Hg.): In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt. Reinbek 1979, S. 64-88.
- Steiner, Herbert: Zum Tode verurteilt. Österreicher gegen Hitler. Eine Dokumentation. Wien 1964.
- Steinmetz, Selma: Die Verfolgung der burgenländischen Zigeuner. In: Zülch, Tilman (Hg.): In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt. Reinbek 1979, S. 112-133.
- Tálos, Emmerich: Das Herrschaftssystem 1934-1938: Erklärungen und begriffliche Bestimmungen. In: Tálos, Emmerich / Neugebauer, Wolfgang (Hg.): "Austrofaschismus". Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938. Wien 1984, S. 267-284.

- Teubner, Hans: Exilland Schweiz. Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933-1945. Frankfurt 1975.
- Thurner, Erika: Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich. Wien-Salzburg 1983.
- Tiefenthaler, Lorenz: Die letzten Tage vor dem Zusammenbruch in Feldkirch. Feldkirch o.J., MS im DÖW 8346.
- Tizian, Karl: Dr. Hermann Sinz - ein Opfer für Österreich. In: Vorarlberger Nachrichten, 16.3.1946.
- Tschol, Helmut: Josef Anton King. In: Paulinum unterwegs, 24 (1977), S. 4f.
- Unsere Kriegsgesopfer 1939-1945. Die Gefallenen der Stadt Dornbirn. Dornbirn o. J.
- Vanry, Frank (Weinreb, Franz): Der Zaungast: Lebenserinnerungen. Wien 1983.
- Van Roon, Ger: Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick. München 1979.
- Vogelmann, Karl: Die Propaganda der österreichischen Emigranten in der Sowjetunion für einen selbständigen österreichischen Nationalstaat (1938-1945). Diss. Wien 1973.
- Vogl, Friedrich: Österreichs Eisenbahner im Widerstand. Wien 1958.
- Vogl, Friedrich: Widerstand im Waffenrock. Österreichische Freiheitskämpfer in der Deutschen Wehrmacht 1938-1945. Wien 1977.
- Vonach, Anton: Geschichte des Bundesgymnasiums Bregenz. II. Teil. Schule und Leben. Innsbruck 1952.
- Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik (VWSSSt) 1945ff. Hg. Landeswirtschaftsamt, Abteilung für Statistik. Bregenz.
- Wagner, Martin (Hg.): Im Namen des Volkes! Rote Hilfe gegen Polizeiterror und Klassenjustiz. Berlin 1976.
- Walser, Gaudentius: Carl Lampert. Ein Leben für Christus und die Kirche. 1894-1944. Dornbirn 1964.
- Walser, Gaudentius: Carl Lampert. Glaubenszeugnis seiner Briefe. Dornbirn 1969.
- Walser, Harald: Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933-1934. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 96-106.
- Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938. Wien 1983.
- Walser, Harald: Anspruch und Wirklichkeit. Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 308-340.

- Wanner, Gerhard: Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg. Dornbirn 1972.
- Wanner, Gerhard: Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1921-1938. Ein Beitrag zur Vorarlberger Arbeiterbewegung. Feldkirch o.J. (1978).
- Wanner, Gerhard: Vorarlberger Zeitgeschichte. Quellen - Darstellung - Bilder. Erste Republik 1918-1938. Lochau 1984.
- Weiler, Eugen: Die Geistlichen in Dachau, sowie in anderen Konzentrationslagern und in Gefängnissen. Mödling 1971.
- Welti, Ludwig: Ungekürzte Fassung des von Karl Ilg zensurierten Landesgeschichts-Kapitels "Vorarlberg unter der Diktatur des nationalsozialistischen Dritten Reiches" in der von ihm redigierten Landes- und Volkskunde Vorarlbergs. O.O., o.J. MS im VLA.
- West, Franz: Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934-1938. Wien-München-Zürich 1978.
- Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation. 3 Bände. Hg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1975.
- Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934-1945. Eine Dokumentation. Hg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1979.
- Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1945. Eine Dokumentation. 2 Bände. Hg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1982.
- Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945. Eine Dokumentation. Hg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1984.
- Wisshaupt, Walter: Wir kommen wieder. Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934-1938. Wien 1967.
- Wolf, Lore: Ein Leben ist viel zuwenig. Berlin 1973.
- Zuckmayer, Carl: Als wär's ein Stück von mir. Frankfurt 1966.
- Zülch, Tilman (Hg. für die "Gesellschaft für bedrohte Völker"): In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt. Zur Situation der Roma (Zigeuner) in Deutschland und Europa. Reinbek 1979.

Verzeichnis der schriftlichen Mitteilungen

- Amt der Salzburger Landesregierung, Salzburg, 15.1.1984
Amt der Stadt Dornbirn, 22.9.1983
Bettelheim Kurt, Wien, 22.3.1982 und 4.8.1982
Bösch Adolf, Lustenau, 10.1.1984
Bosch Manfred, Rheinfelden (CH), 16.10.1983
Bundesministerium für soziale Verwaltung, Wien, 30.5.1983
Deutsch Julius, Wien, 24.1.1982
Ebner Dr. Hugo, Wien, 24.9.1983
Garscha Friedl, Wien, 18.3.1982
Gemeindeamt St. Gallenkirch, 5.1.1984
Gorbach Max, München, 4.12.1981
Hämmerle Herbert, Dornbirn, 5.2.1984
Hofer Peter, Wien, 21.6.1982 und 30.10.1982
Informationszentrum Berlin - Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße, 19.7.1983
Jochmann Rosa, Wien, 30.1.1982 und 21.3.1982
Kareis Walter, Dornbirn, 1.12.1981 und 18.1.1982
Keckeis Dr. Josef, Frastanz, 23.2.1982 und 3.3.1982
Kompein Josef, Klagenfurt, 12.5.1982
Kompein Simon, Klagenfurt, 18.2.1984
Maller Theodor, Wien, 21.6.1982 und 30.10.1982
Marktgemeindeamt Lustenau, 6.10.1983
Matejak Karl, Jablonec n. N., 7.4.1983
Michniak Czeslaw, Poznan, 28.10.1983
Oprießnigg Franz, Frastanz, 8.1.1981
Österle Martin, Wolfurt, 23.4.1984
Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen, Wien, 10.4.1980 und 8.11.1983
Praxmarer Sepp, Feldkirch, 23.1.1981
Rohrer Dr. Karl, Rankweil, 10.1.1985
Schweizer Karl, Oberteuringen, 17.11.1983
Spieler Dr. Georg, Hohenweiler, 30.12.1983
Spira Leopold, Wien, 26.11.1983
Stadler Prof. Dr. Karl, Linz, 24.8.1983
Thurnher Monika, Dornbirn, 25.5.1984
Weil Angelina, Santa Monica/Cal., 22.5.1982
Weinert Willi, Wien, 26.1.1983

Verzeichnis der Interviews und Gespräche

- Amann Antonia und Josefina, Hohenems, 11.8.1984
Batruel Peter, Glenn Ferry / USA, 18.6.1984
Bernhard Dr. Franz, Bregenz, 19.8.1983
Bertsch Maria, Dornbirn, 10.9.1984
Bettelheim Kurt, Wien, 16.2.1983
Bittschwamm Ernst, Feldkirch, 10.12.1980
Blaickner Elfriede, Feldkirch, 9.8.1983
Bleisch Sepp, St. Gallen, 1.7.1981
Bohle Eugen, Dornbirn, 17.11.1982
Böhler Maria, Bregenz, 15.9.1982
Bollag Jenny, Widnau (CH), 23.9.1983
Bösch Adolf und Erna, Lustenau, 5.1.1984
Bösch Andreas, Dornbirn, 26.8.1983
Breitler Johann, Wien, 17.2.1983
Carraro Karl, Bludenz, 16.5.1981
Dalpalu Marino, Dornbirn, 17.5.1981
Domig Erwin, Sonntag, 17.2.1983
Eigenmann Alfons jun., Rorschach, 28.12.1983
Fässler Hedwig, Bregenz, 4.4.1982
Feldkircher Eugen, Bregenz, 15.5.1984
Feurstein Ludwig, Dornbirn, 2.5.1982
Feurstein Sinaida (und Klien Irma), Götzis, 20.2.1982
Fitz Elsa, verw. Himmer, Bildstein, 3.2.1982
Fleisch Edmund, Altach, 16.1.1981
Frei Walter, Amriswil (CH), 5.7.1981
Frick Roman, Höchst, 10.3.1982
Glatthaar Prälat Gustav J., Feldkirch, 31.7.1983
Glohs Reinhilde, St. Anton i. M., 27.11.1984
Grabher Fanny, Lustenau, 8.4.1981
Grabher-Meyer Josef, Dornbirn, 15.4.1982
Gunz Hans, Bregenz, 11.12.1982
Gutensohn Johann, Dornbirn, 12.1.1981
Hercher Hildegard, Hörbranz, 21.2.1984
Hoffenberg Max, Wien, 29.9.1984
Hotz Ludwig, Götzis, 13.11.1984
Huber Hilar, Lustenau, 5.1.1984
Huber Otto, Dornbirn-Kehlegg, 24.8.1983

Jäger Franz jun., Bludenz, 15.5.1981
 Jeller Herta, Bludenz, 19.1.1985
 Jungwirth Rupert, Bregenz, 2.8.1984
 Kaufmann Martin, Dornbirn-Jennen, 6.5.1981
 Keckeis Dr. Josef, Frastanz, 3.11.1982
 Kessler Dr. Oswald, Feldkirch, 20.7.1982
 Kirschner Maria, Bregenz, 1.6.1983
 Klien Irma (und Feurstein Sinaida), Götzis, 20.2.1982
 Kobras Karl, Hittisau, 30.11.1980
 Kohler Anton, Schwarzach, 12.8.1983
 Kohler Ferdinand, Andelsbuch, 10.2.1984
 Kolar Franziska, Bludenz, 5.1.1982
 Konrad Beate, Bregenz, 3.12.1981
 Kremmel Rudolf, Lustenau, 24.1.1985
 Larl Hilde, Bregenz, 16.4.1982
 Leibing Eugen, Bregenz, 5.1.1984
 Malin Melanie, Lustenau, 30.9.1982, 21.7.1983 und 12.9.1984
 Methlagl Dr. Anton und Laura, Bregenz, 13.8.1983
 Meusburger Josef, Egg, 22.2.1983
 Moosbrugger Rudolf, Dornbirn, 6.4.1983
 Morell Dr. Fritz, Altach, 29.8.1983
 Morscher Walter, Klaus, 10.9.1983
 Müller Rosmarie, Thüringerberg, 20.10.1984
 Österle Martin, Wolfurt, 23.4.1984
 Pergher Josef, Lustenau, 10.3.1981
 Petter Heinrich, Dornbirn, 18.11.1982
 Pichler Franz und Josefina, Hörbranz, mehrere Gespräche 1981-1984
 Plechata Alfred, Rankweil, 10.1.1981
 Pollak Annemarie, Feldkirch, 10.9.1982
 Pruner Emilie und Ernst, Bregenz, 1.5.1982
 Radatz Josef, Lustenau, 3.10.1984
 Reinhardt Josef, Offenburg (BRD), 15.2.1985
 Renz Fritz, Bregenz, 13.6.1981
 Riccabona Dr. Max, Bregenz, 11.10.1982
 Röder Mathilde, Hohenems, 4.9.1982
 Roskopf Robert, Bludenz, 28.8.1982
 Rupp Christine, Hörbranz, 28.3.1982
 Sagmeister Rudolf, Lochau, 10.9.1984
 Schelling Luise, Bludenz, 5.8.1983
 Scheurer Albert, St. Gallen, 21.5.1981
 Schmid Marcellina, Bregenz, 6.3.1981
 Schmolzenbach Beate, Bregenz, 7.4.1982
 Schoder Josef, Feldkirch, 8.2.1983

Sinz Hilde, Bregenz, 16.1.1983
Sohm Resi, Dornbirn, 20.2.1981
Spanner Mathias, Bludenz, 12.12.1981
Sperandio Hans, Bregenz, 15.11.1984
Spiegel Tilly, Wien, 2.12.1983
Spiegel Wilma, Dornbirn, 13.8.1983
Stadelmann Eugen, Hard, 10.1.1984
Stecher Walter, Feldkirch, 6.10.1983
Stroppa Fritz, Dornbirn, 23.5.1984
Stump Georg, Höchst, 15.3.1981
Thaler Matthias, Bregenz, 16.12.1981
Tiefenthaler Richard, Altach, 8.11.1981
Toplak Martin, Feldkirch, 29.3.1982
Tschabrun Alfred, Alberschwende, 17.8.1983
Vobr Franziska, Berlin (DDR), 16.4.1981
Volkman Maria, Bregenz, 11.2.1981
Waldner Alois, Egg, 30.7.1984
Walter Bruno, Dornbirn, 11.7.1983
Weiss August, Dornbirn, 4.3.1983
Wieland Hilde, Dornbirn, 10.2.1983
Winkler Vinzenz, Feldkirch, 10.12.1980
Wüst Jakob, Goldach (CH), 9.7.1981
Zoller Franz, Bludenz, 8.8.1973 (Interviewer: Kurt Greussing)
Weitere zwölf Personen, die nicht namentlich genannt werden
wollten (N.N.).

Verwendete Archive

Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Wien
Archiv der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg, Feldkirch
Archiv des Bezirksgerichtes Bludenz
Archiv des Bezirksgerichtes Bregenz
Archiv des Landesgerichtes Feldkirch
Archiv des Oberlandesgerichtes Innsbruck
Bundesarchiv Bern (BAB)
Bundesarchiv Koblenz (BAK)
Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW),
Wien
Dokumentensammlung der Johann-August-Malin-Gesellschaft (DMG),
Bregenz
Österreichisches Staatsarchiv/Finanzarchiv, Wien
Staatsarchiv Freiburg
Stadtarchiv Bludenz
Stadtarchiv Bregenz
Stadtarchiv Dornbirn
Stadtarchiv Hohenems
Stadtarchiv Lindau

Bildquellennachweise

- S. 30 VLA, VLReg. Prs. 389/1933
S. 31 Franz Zoller, Bludenz
S. 35 Franz Zoller, Bludenz
S. 38 Gisela Greußing, Dornbirn
S. 40 LGF Vr 30/36
S. 49 LGF Vr 408/34
S. 55 LGF Vr 709/36
S. 62 LGF Vr 178/38
S. 66 LGF Vr 709/36
S. 67 Franziska Kolar, Bludenz
S. 73 Olga Lunardon, Rankweil
S. 74 Pfarrbrief Nenzing 1982
S. 75 ABB
S. 77 VLA, NNSch 7
S. 80 StaBr
S. 81 Bernhard Wilfing, Bregenz
S. 88 DMG
S. 89 Theresia Sohm, Dornbirn
S. 91 Martin Kaufmann, Dornbirn-Jennen
S. 95 Melanie Malin, Lustenau
S. 97 DMG
S. 99 Eugen Leißing, Bregenz
S. 101 Dr. Otto Burtscher, Feldkirch
S. 107 ABB, GeBBr
S. 113 ABB
S. 119 Aus: Gaudentius Walser: Carl Lampert. Ein Leben für Christus und die Kirche. Dornbirn 1964
S. 123 Alois Knecht, Rankweil
S. 125 Luise Schelling, Bludenz
S. 130 LGF
S. 136 Adolf Bösch, Lustenau
S. 141 DÖW
S. 144 l. Maria Volkmann, Bregenz
S. 144 r. StaBr
S. 145 Aus: Unsere Kriegsopfer. Dornbirn o. J.
S. 146 Rudolf Kremmel, Lustenau
S. 149 Hedwig Fässler, Bregenz

- S. 151 DMG
- S. 158 LGF Vr 355/40
- S. 162 Adolf Bösch, Lustenau
- S. 167 Stadtarchiv Innsbruck
- S. 170/171 ABB, GeBBr
- S. 173 DMG
- S. 177 Rosa Schweizer-Zöchling, Bregenz
- S. 184 DMG
- S. 187 DMG
- S. 189 DMG
- S. 193 Otto Huber, Dornbirn-Kehlegg
- S. 196 Wilhelm Zeller, Hohenems
- S. 197 o. ABB
- S. 197 u.l. Aus: Amt der Stadt Hohenems (Hg.): Gedenkschrift
Stadterhebung. Dornbirn 1983
- S. 197 u.r. Aus: Anton Vonach: Geschichte des Bundesgymnasiums
Bregenz, 2. Teil. Bregenz 1952
- S. 198 Herbert Pruner, Bregenz
- S. 210/211 Archiv der Staatsanwaltschaft Konstanz
- S. 215 StaBr
- S. 216 StaBr
- S. 217/218 Josef Eugster, Langenegg
- S. 225 Walter Morscher, Klaus
- S. 228 Herta Jeller, Bludenz
- S. 238 DMG
- S. 242 Aus: Chronik des Hauptzollamtes Feldkirch, Band 1,
Archiv der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg,
Feldkirch
- S. 243 ebd.
- S. 246 Aus: Chronik des Hauptzollamtes Dornbirn, Archiv der
Finanzlandesdirektion für Vorarlberg, Feldkirch
- S. 247 ebd.
- S. 249 Aus: Chronik des Hauptzollamtes Feldkirch, Band 1,
Archiv der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg,
Feldkirch
- S. 256 LGF

Autorenverzeichnis

Hermann BRÄNDLE, geb. 1956, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Bregenz.

Gernot EGGER, geb. 1955, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Bregenz.

Kurt GREUSSING, geb. 1946, Studium der Politikwissenschaft und der Iranistik an der Freien Universität Berlin, wohnhaft in Dornbirn.

Meinrad PICHLER, geb. 1947, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien, wohnhaft in Bregenz.

Harald WALSER, geb. 1953, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Altsch.

Personen- und Firmenregister

Personenangaben aus dem "Lexikon Verfolgung und Widerstand" (Seiten 267-373) sind in dieses Register nicht noch einmal aufgenommen worden. Es sei deshalb auch auf das "Lexikon" verwiesen.

- Adam Maria 129, 201
Albrich Vinzenz 107
Altendorfer Simon 49
Amann Gebhard 79
De Angeli Giuseppe 170
- Bachner Julius 198, 262
Back Janina 166
Bader Innozenz 217f., 262
Bader Robert 217, 262
Bähr, Gestapomann 192
Bähr, Major 231
Baldauf Emilie 149
Baldauf Gebhard 111
Baldauf Hans 149, 262
Baldauf Oskar 111, 116
Batruel Peter 251
Bauer Anton 113
Bauer Eugen 34
Bauer Otto 42
Bayerische Leichtmetallwerke
164, 180, 184
Bechter Otto 217f., 262
Berndorfer Josef 128
Bernhard Franz 79
Bernhard, Kreisleiter 231
Bersz Bogdan 170
Bertsch Jakob 95
Bettelheim Kurt 245f.
Bilgeri Benedikt 19
Bischoff Josef 17
Bitschnau Ferdinand 262
Bittschwamm Ernst 98
Bitz Karl 195, 220
Blum Anton 77
Blum Gebhard 224
Bobleter Max 107
Bodemann Rudolf 143, 145, 262
Bogdon Emil 78
Bohle Eugen 90f.
Bohle Lorenz 61
Böhler Gurlanta 128
Bonat Max 262
Bonifaz, Pater 111
Borg Jakob 214f.
Bösch Andreas 91, 134
Bösch Norbert 52
Boss Romedius 231f.
Both Emil 54
Botz Gerhard 22f.
Bozenhard Albert 51
Breitenfellner Karl 107
Breitler Johann 257
Brotzge Johann 127f.
Brotzge Theresia 128
Burckhardt Carl Jakob 220
Burger Josef 79, 220
Bürklin Otto 106
Burtscher Leonhard 149
Burtscher Otto 101
Burtscher Wilhelm 148, 262
Büsel Benedikt 105
Büsel Sepp 199

- Caldonazzi Walter 101
 Churchill Winston 133
 Chodkiewicz Karol 170
 Chodkiewicz Roman 170
 Chodkiewicz Wladislaw 170
 Cochinar, frz. Colonel, 144f.
 Cramoisi Emilien 174
 Cierpial Kasimir 165
 Czinglar Franz 227
 Czermak Hans 208

 Debich Edmund 181
 Degesch, Firma 174
 Dellamaria Franz 31
 Denzler Georg 117
 Deutsch Julius 239
 Dollfuß Engelbert 17, 32f., 258
 Domig Jakob 262
 Domig Josef 148
 Dona Josef 54
 Draxler Johann 34
 Dreher Sepp 225
 Drucker Willi 257
 Dünser Hermann 138

 Eberle Erich 262
 Ebner Hugo 72
 Egger Paul 52
 Ehrenfeld Tadaus 181
 Eiche Hans 228
 Eichmann Adolf 244
 Eifler Alexander 34f.
 Eigenmann Alfons 249
 Elkan Hans 196f., 262
 Elkan Helene 196f., 262
 Elkan Theodor 196f., 262
 Emhofer Ernst 192, 194, 251
 Ender Gabriel 241
 Ender Otto 18, 32f., 72, 121
 Engels Friedrich 65
 Erne Franz 79
 Ernecker Friedrich 105
 Ernst Melanie 239-241

 Fagschlunger Karl 34
 Falch Helmuth 216
 Faulhaber Michael 124
 Fässler Anna 91
 Feldkircher Erich 108
 Feldkircher Eugen 108
 Feuerstein Ilga 178
 Feuerstein Josef 115
 Feuerstein Maria 178
 Feuerstein Otto 178
 Feurstein Tobias 241, 248, 262
 Feurstein Valentin 221
 Fillafer Hans 57
 Fink Reinhold 54
 Fink Walter 14
 Fischer-Ledenice Gerhard 102
 Fitz Alfred 52, 54, 56, 65, 67
 Flatz Josef 34
 Fleisch Edmund 248
 Flöckinger, Eisenbahner 53
 Fosch Josef 239, 241
 Frank, Gestapomann 78
 Frank Willi 103
 Frei Walter 238
 Freisler Roland 121, 255
 Frick Roman 132
 Fried Franz 65
 Fritsch Kaspar 231
 Fritz Gideon 79
 Fronsa Bonifaz 54
 Fuchs, Oblt. 231-233
 Fulterer Karl 102

 Gabriel Alfons 134f.
 Gabrielli Lino 48
 Gächter Josef 48
 Gächter Othmar 124
 Gantenbein Burkhard 60
 Gasser Konrad R. 224
 Gasser Paul 250
 Gaßner Julius 105
 Geiger-Jäckle Karl 238
 Gerstgrasser, Gendarm 72

Glapka Nikolaus 253
 Glohs Karl 262
 Gmeiner Emmerich 14
 Gmeiner Martin 217f., 262
 Gorbach Max 237
 Gostner Erwin 72
 Grabher Eduard 87, 262
 Grabher Eugen 78
 Grabher Johann 105
 Grabherr Josef 56, 61
 Greber Jakob 77
 Greussing Josef 34, 37f., 43
 Greussing Kurt 43, 68
 Greussing Liberat 113
 Grimm Alois 118, 121, 262
 Grüneberger Metallgesellschaft
 m.b.H. 155
 Grüniger Paul 249
 Gunz Hermann 136f.
 Gutensohn Johann 88-92
 Guttenberger Anna 129f., 201,
 205, 262

 Häfele Anton 79f., 262
 Hagen Ernst 14
 Hagen Hermann 78
 Hagen Josef 148, 262
 Hager Arthur 248
 Haller Max 220, 238
 Hammer Alois 39, 42
 Hammerbacher, Kreisleiter 129
 Hammerer Gisela 178
 Hämmerle Adolf 76f.
 Hämmerle F. M. 57, 61, 91,
 134, 158f., 175, 191, 193
 Hämmerle Hermann 75f.
 Hämmerle Josef Ferdinand 61
 Hämmerle Meinrad 75
 Hanisch Ernst 118
 Hauser Sophie 196, 262
 Heel Johann 46
 Heer Friedrich 112, 117, 126
 Heeresmunititionsanstalt Lehre 155

 Hefel Jakob 42
 Heim, Staatsanwalt 139
 Heinen Heinrich 139
 Heinkelwerke, Jenbach 168
 Heinzle Ernst Josef 56
 Heinzle Gottfried 44, 49
 Heinzle Josef 90
 Heitmanek Maria 176
 Helbock Rudolf 104
 Hellwagner Ludwig 172, 192
 Hepberger Franz 49, 61
 Hepberger Eugen 67
 Hercher Emil 82
 Hercher Theo 82
 Hermann Eugen 34
 Hermann Göring-Werke Linz 251,
 253
 Heymann Klara 196, 262
 Hilbe Josef 132
 Hilliges Werner 110
 Himmer Elsa 87f., 90
 Himmer Wilhelm 85-88, 109, 262
 Himmler Heinrich 76, 140, 82,
 168
 Hinteregger G., Bauunternehmen
 164, 180
 Hinteregger Josef 220
 Hloupý Franz 255
 Höfel Josef 86, 139, 90, 262
 Hofer Anton 262
 Hofer Franz 4, 111, 116, 120,
 168, 221, 226
 Hoffenberg Max 72, 242
 Holtos Josef 180
 Hölzlsauer Anna 140, 142, 262
 Holzmüller Hans 108
 Horaschek Max 148
 Horvath Julius 201
 Horvath Stefan 201
 Höß Rudolf 186f.
 Hrabčić Ulrich 181
 Huber Emil O. 90
 Huber Hilar 147

- Huber-Sannwald Gert 220
 Hübscher Alfred 235
 Hudal Alois 118
 Huebmer Hans 16
 Hueller Josef 108
 Humer Maria 58
 Hummel, Firma 183
 Humpeler Birgitt 14
- Ibele Max 150f., 262
 Illwerke 133, 164, 166, 172-175,
 182f., 230-233, 244
 Ilg Ulrich 16, 126
 Innitzer Theodor 113
- Jäger Franz 241
 Jäger Johann 91
 Jäger Josef 90f., 137
 Jäger Othmar 108
 Jäger Paul 68
 Jawtschenko Wera 183
 Jeller Alois 228, 262
 Jolivet Edmond 170
 Jonas Franz 10
 Juen Meinrad 192, 231
 Juen Rudolf 220
- Kacowsky Karl 170
 Kägi-Fuchsmann Regina 235
 Kainz Albert 64, 67
 Kaiser, Firma 180
 Kaltenbrunner Ernst 167
 Karan Erich 57f.
 Kareis Walter 199, 222f.
 Karg Gebhard 136, 262
 Karg Hans 136
 Karwinsky Tadeusz 170
 Kastelic Jakob 101
 Kaufmann Johann 91
 Kaus Gina 241
 Keel Valentin 39, 249
 Kiene 140
 Kilga Julius 262
- King Josef Anton 189f., 262
 Kirschner Josef 192
 Kizianu Johannu 180
 Klos Josef 180
 Knecht Alois 122-124
 Kobras Karl 106f.
 Kocic Spasoje 170
 Kodzamanis Konstantinos 173f.
 Kohler Anton 149
 Kolajta Ottokar 255
 Kolar Richard 44, 53f., 65, 67f.
 Kompein Simon 57-60
 König Johann 61, 65, 67, 105
 König Johann 192, 251
 Koplenig Johann 65
 Korn Karl 50
 Korupetz Viktor 64
 Köstenberger Anton 47f.
 Kothbauer Alfons 72, 75
 Kowalenko Klieim 181
 Kraner Franz 262
 Kranz Michael 240f.
 Krause Friedrich 82
 Krauss Heinrich 148
 Kremmel Rudolf 143-146
 Kretschmer, Zugsführer 232
 Kriener Walter 257
 Krois Josef 262
 Kubisz Mieczyslaus 181, 254f.
 Kühne Bertl 54
 Kündig Simon 62f.
 Küng Ernst 116
 Kunz, Baufirma 174, 181
- Lampert Carl 118-120, 262
 Lampert Julius 120
 Lampert Stefan 262
 Landauer Iwan 196
 Lang Rudolf 262
 Langbein Hermann 188
 Längle Gottlieb 224
 Latzer Stefan 262
 Leissing Eugen 79, 99f.

Lenczewski Franz 255f.
 Lenz Engelbert 128
 Linder Anton 34-37, 138, 236,
 257
 Lingenhölle Albert 99f.
 Lingenhölle Theo 79
 Löffler-Bolka Dietlinde 109, 219,
 221-223, 228
 Lohs Adolf 92
 Lonauer Rudolf 208f.
 Lorenz Martin 262
 Ludwig Carl 245
 Lueben, Generalstabsrichter 120
 Lueger Karl 115
 Lunardon Hugo 71-73, 262

 Madlener Franz 34
 Maheo René 174
 Maier Heinrich 101
 Maier Johann 262
 Malkiewicz Sewer 170
 Malin Johann August 93-98, 109,
 262
 Marte Josef 99
 Martin Lorenz 148
 Marx Josef 174f.
 Marx Karl 65
 Maschler Siegfried 34
 Mäser Albert 88
 Mäser Alfons 80
 Matejak Karel 251f.
 Matejka Franz 35
 Ma(t)zer Sophie 198, 262
 Mauritsch Wolfgang 51
 Mayer Adolf 241
 Mayer Arthur 220
 Mayer Ines 257
 Mayer Johann sen. 34
 Mayer Johann jun. 34
 Mayer Rudolf 131
 Mazur Florian 181, 254
 Mehlsack Hedwig 107
 Mehring Walter 241

 Meierhöfer 231
 Melk Rudolf 98
 Mellich Franz 42
 Metzler August 57
 Metzler Johann Georg 62
 Meusburger Ludwig 149, 262
 Möller, Staatsanwalt 129, 131,
 201, 254
 Monte-Olday Hilde 257
 Moosbrugger Rudolf 56f.
 Morscher Josef 225f., 262
 Morscher Otto 225f., 262
 Moser Johann 51, 53
 Moser Karl 106
 Muik Josef 106
 Mulec Anton 108
 Müller Andreas 240
 Müller Ludwig 210
 Müller Martin 99
 Müller, Wien 51
 Münichreiter Karl 48, 237
 Münichreiter Leopoldine 237
 Murr Wilhelm 229
 Mussolini Benito 32, 40f.
 Muther Xaver 79

 Nachbauer Georg 240
 Nagel Adelreich 43, 237
 Nagelberg Frieda 198f., 262
 Nagy Konstantin 64
 Nansen Ferdinand 44, 51
 Natter Meinrad 71
 Neher Ferdinand 192, 251
 Neher Filomena 192
 Neugebauer Wolfgang 14
 Neuner, Eisenbahner 53
 Neururer Otto 120
 Neurauter Alfred 199
 Nick Otto 57
 Nowakowski Alois 181, 254f.
 Novotny Emanuel 98
 Nußbaumer Josef 217, 262

Oberhauser Ignaz 107
Oberholzer Max 85, 87
Oberkofler Gerhard 14
Oberti Erhard 61
Odermatt Albert 148
Ohneberg 222
Olejarczyk Adam 165
Österle Hans 115
Österle Martin 176

Papirnik Wladimir 181
Parson, stv. Gauleiter 143
Paterno Cherubina 91
Paterno Hilar 86, 89-92, 262
Paterno Hugo 136, 262
Peintner Josef 76f.
Pergherr Josef 237, 241
Perle Franz 262
Peter Johann 90
Peter Josef 34
Petermichl Wilhelm 44
Petrovic, Gend.-Obst. 80
Petter Heinrich 56f.
Pfanner Walter 56
Pfeifer Alwin 231f.
Pfeifer Renè 231f.
Piazzì Johann Felix 215, 227-229
Pichler 108
Pichler Andreas 134
Pichler Frieda 134
Pircher, Eisenhandlung 199
Pircher Johann 112f.
Pirker Paul 219, 221-223
Pitl und Brausewetter, Bau-
firma 143
Plangg, Major 227
Plangger Josef 123
Plankensteiner Anton 4, 78, 92,
114
Pliska Rudolf 238
Ponholzer Johann 105
Pötscher Rudolf 58
Prantl Johann 262

Preiß Fritz 34
Probst Christoph 134
Przygoda Konstantin 166
Pürker Josef 107

Quoß, Gestapomann 176

Raczowski Heinrich 253
Rädler Karl 14
Rauscher Franz 240
Raymondeau André 174
Redler Karoline 139-141, 262
Redler Richard 139
Regar Josef 107
Reichart Franz Josef 52, 61
Reichart Georg 147
Reichart Josef 147
Reicherter, Obstlt. 220f.
Reimann Viktor 102
Rein Ernst 91
Rein Stefan 198
Reiner Ernst 241
Reinhardt Anna 202
Reinhardt Josef 202
Reinhardt Konrad 202
Reinisch Franz 18, 121f., 262
Reis Alois 262
Reisecker Heinrich 53f., 109
Reisinger Anton 103, 257
Reiter Franz 52
Renno Georg 209
Renz Anton 152, 216, 262
Revjenko Nadja 191-193
Rhomberg, Baufirma 178
Rhomberg F. M. 4, 132
Riccabona Max 102
Richter Wernfried 227
Riefensthal Leni 202
Ritsch Wilhelm 101
Roman Paul 250
Rosenblattl Karl 34
Roskopf Robert 108
Rößler Georg 228

- Rot Eduard 148
 Rothmund Heinrich 235, 245
 Rotter Johann 57
 Rottmeier Hermann 226, 262
 Ruchalsky Eduard 255
 Rudigier Othmar 231
 Ruppreehter Jakob 53f.
 Rusch Paulus 116, 120
- Salizzoni Johann 90
 Salzgeber Johann 91
 Sauckel Fritz 161
 Saurer-Werke 143
 Schaber Adolf 62f.
 Schad Werner 133, 262
 Scheffknecht, Fabrikant 192
 Scheffknecht Wikbert 133
 Scheidbach Alois 48
 Scheidbach Ferdinand 48
 Schelling Georg 71f., 122, 124-
 126, 164, 185, 219, 222f.,
 228f., 260
 Schemnitzer Hans 231
 Scheurer Albert 240
 Schindler, Textilwerke 176, 183
 Schlagbauer, Gestapo 75, 176
 Schlageter Leo 31
 Schmid Josef 50f., 53, 138
 Schmid Josef Anton 90
 Schmidmayr Emil 31
 Schmidt Franz 39
 Schmitt, General 221
 Schnabel Reimund 14
 Schneeberger Johann 238f.
 Schneider und Heimbach, Bau-
 firma 180
 Schoch Karl 63, 103, 106f., 137
 Scholl Hans 134
 Scholl Sophie 134
 Scholz Karl Roman 102
 Schönherr Margit 83f., 199
 Schrattenegger Anton 80
 Schubert Josef 31
- Schubert Willi 31
 Schuschnigg Kurt 121, 258
 Schwärzler Adolf 217f., 262
 Schwärzler August 34
 Schwärzler Franz 99f.
 Schwendinger Oswald 262
 Schwerzenbach Walter 220
 Seeberger Emil 68, 78
 Seeger Engelbert 201
 Seeger Florian 201
 Seewald Johann 133, 230f., 262
 Selon Alfons 181
 Sevegnani Johann 48
 Sieber Paul 237
 Siegl Otto 34
 Sieß Wilhelm 34f.
 Silberstein Markul 197f., 262
 Simeon Bartholomäus 209
 Singer Franz 56, 58
 Sinz Hermann 82, 143f., 262
 Sinz Johann 176
 Sohm Arthur 86-89, 262
 Sohm Theresia 91
 Solhardt Karl 220f.
 Solvaywerke 254
 Sorys Eduard 180
 Sorys Jan 180
 Soyfer Jura 72, 242
 Spannring Stefan 230
 Spiegel Tilly 238, 241
 Spieß, Obersturmführer 228f.
 Spindler Samuel 198, 262
 Stadler Fritz 34
 Stadler Karl 154
 Stanischevsky Karl 164
 Stecher Walter 102
 Stefani Walter 14
 Stefanowicz Paul 255f.
 Steindl Johann 262
 Steiner Herbert 14
 Steinhauer Alexander 198
 Steinhauer Margit 198
 Sternbuch, Rabbiner 248

- Stich Frieda 176
 Stocker Franz Josef 104
 Streitler Martin 63
 Streitler Rudolf 262
 Stromberger Maria 186-189
 Stump Georg 108
 Stütler, Betriebsleiter 158
 Suchard, Schokoladenfabrik 133
 Sudetenländische Treibstoffwerke
 AG 253
 Sumereder Friedrich 220
 Szezurko Michael 180

 Tarabochia Guido 221
 Terlago, Bhptm. 31
 Teufl Franz 105
 Thaler Martin 128
 Thaler Matthias 50-53, 108, 138
 Thomas Andreas 180
 Thurnher August 107
 Tidl Johann 54, 108
 Tiefenthaler Konrad 102, 138,
 262
 Tiefenthaler Lorenz 227
 Tillich Andreas 105
 Tomaselli Peter 133
 Toplak Martin 250
 Tost Norbert 91, 132
 Troll Alfons 79
 Trummer Karl 50, 52
 Tschabrun Alfred 149
 Tschann Franz 112
 Tschofen Josef 262
 Tschohl Anton 108, 262
 Tschohl Frieda 50
 Turteltaub Edmund 198
 Turteltaub Gertrud 198
 Turteltaub Hans 198
 Turteltaub Walter 198

 Ulmer Toni 78
 Unterberger Alois 68

 Vanry Frank 242
 Vetter Benno 76
 Vietinghoff, General 221
 Vobr Franziska 104, 108, 133,
 240
 Volkmann Ernst 143f., 262
 Voltolini Engelbert 262
 Voltolini Karl 262
 Vonbun Josef 209, 213

 Wachter August 108
 Wahsel Hans 39
 Waldner Rosa 178
 Walser Harald 68
 Wanner Gerhard 17, 110
 Weber Josef 91
 Wegeler Josef 128
 Wegeler Maria 128
 Weil Alois 198, 262
 Weil Harry 195f.
 Weinrich Julius 201
 Weinrich Rosa 201
 Weinzierl Rudolf 53f.
 Weiß August 147
 Weissmann Friedrich 65
 Weiszfeld Paul 250
 Weiz Sigismund 118
 Wendl Katharina 158f.
 Wendl Leopold 159
 Wenninger Ferdinand 53
 Wenzel Eugen 262
 Wieland Josef 87-92
 Wieland Maria 90
 Winkel Franz Josef 62, 106, 262
 Winkler Heinrich 34
 Winkler Toni 79
 Winsauer Ernst 71
 Winter Rosina 202
 Wirths, KZ-Arzt 186
 Wittwer Pauline 190f.
 Wohlgenannt Otto 135f., 262
 Wüst Jakob 257

Zauner Franz 92
Zehentbauer Franz 112
Zeller Wilhelm 240
Ziaja Michael 180
Ziereneck Ludwig 127
Zirovnik Martin 240
Zoller Franz 35, 39
Zuckmayer Carl 241

Ortsregister

- Absam 58
Aflenz 334
Aichach 285
Alberschwende 47, 210, 360, 369
Altach 124, 248, 283f., 289,
293, 308, 314, 354, 361, 365
Altenstadt 41, 48, 115, 209,
267, 286, 342, 366
Altstätten 87
Amberg/Oberpfalz 90, 297, 360
Andelsbuch 107, 211, 284, 286,
310, 319, 326, 334
Annaberg 88, 368
Antibes 270
Arbon 42
Argeles 324
Arlberg 215, 230
Aschendorfer Moor, KZ 147, 367
Au 271, 284
Augsburg 138, 147, 341
Auschwitz, KZ 149f., 187-189,
200, 352, 357

Bach/T 308
Balzers 277
Bamberg 117
Bangs 243, 313
Bartholomäberg 271, 291, 293,
313, 361, 371f.
Basel 239, 246, 252
Bayern 68, 156
Belgien 162, 253
Belgrad 317
Berlin 121, 140, 144, 154f.,
166, 199, 207, 244, 255, 261,
326, 343, 355
Berlin-Brandenburg 101, 136,
149, 207, 368
Berlin-Charlottenburg 143, 305,
364
Berlin-Moabit 82, 87
Berlin-Plötzensee 87, 121, 140,
143, 304, 364
Bern 310
Berndorf 267
Bersbuch 64
Bezau 279, 281, 326, 358, 370
Bezegg 99
Bielerhöhe 173
Bildstein 105, 274
Bings 230, 279, 356
Bisek 333
Bizau 295, 319, 326f.
Bleichach 370
Bludenz 31, 34f., 39, 44-47,
50f., 53f., 58-60, 79, 87, 98,
114, 116, 123, 133, 136f.,
148, 150, 176, 179f., 205,
210, 215, 227-230, 252, 260,
267-373
Bludenz-Radin 280, 318
Bludesch 214
Böhmen 188
Borisow/UdSSR 143, 353
Bozen 311
Brand 252
Brasilien 306
Braunschweig 154f.
Braz 296, 356
Brederis 188
Bregenz 19, 22, 31f., 34, 37,
39, 43f., 45, 47f., 50, 52-54,

- 58-60, 65 78, 80-82, 92, 99f.,
105, 108, 114, 126, 129,
133, 137-141, 143f., 147-152,
154, 156, 164f., 169, 176,
178, 180, 183, 185, 188,
192, 198f., 201f., 205, 210f.,
219-223, 227, 240, 242, 267-
373
- Bregenz-Altreute 222
- Bregenz-Mehrerau 111, 186f.,
271, 273
- Bregenz-Oberstadt 80, 169, 197,
260f.
- Bregenz-Rieden 332, 359
- Bregenz-Vorkloster 34, 47f., 60,
189, 216
- Bregezerwald 62f., 100, 106,
148-151, 229, 307
- Bremen 144
- Breslau 181
- Bruchsal 286
- Brünn 37, 39, 42
- Brüx 253
- Buch 124, 293, 305, 314, 345,
355
- Buchenau 254, 325
- Buchenwald, KZ 72, 76f., 82,
120, 123f., 199, 279, 294,
303, 338, 347, 356, 365
- Buchs 181
- Budweis 317
- Bukarest 338
- Bulgarien 162, 173
- Burgenland 10, 200-202
- Burgkirchen 276
- Bürs 215, 275, 277, 307, 324f.,
341, 344, 346, 356, 359f.,
369f., 372
- Bürserberg 116, 278, 280, 351
- Butzbach, KZ 350
- Chelmno, KZ 196
- Chur 337
- Dachau, KZ 72, 74f., 77f., 80,
102, 106, 123-126, 133, 150,
181, 184, 198, 205, 280, 284,
286, 291, 293, 295, 297, 300,
304f., 307, 311-319, 321, 331,
336, 338, 342f., 346f., 351,
356, 363, 366, 371
- Dafins 113, 296
- Dalaas 353, 356
- Damüls 178
- Dänemark 255
- Davos 252
- Diepoldsau 54, 235, 246, 249f.
- Dietersdorf 369
- Dora/Mittelbau 336
- Doren 288, 298, 302, 331, 349
- Dorfgastein 202
- Dornbirn 33f., 40, 44, 47f.,
53f., 56-61, 68, 71, 73, 76,
78, 85, 88-92, 102, 104,
106f., 132, 134f., 137f., 143,
147, 150, 163, 191, 198f.,
204f., 224, 238, 240, 248,
260, 267-372
- Dornbirn-Haselstauden 92
- Dornbirn-Hatlerdorf 77, 294
- Dornbirn-Oberdorf 134
- Dornbirn-Schwefel 4
- Dornbirn-Wallenmahd 225
- Dresden 181
- Düsseldorf 280
- Ebensee 270
- Ebnit 298
- Egg 63, 149, 178, 229, 271,
286f., 299, 312, 326, 342,
350f., 365
- Eifersdorf 287
- Einsiedeln 272
- Engelburg/CH 349
- England 253
- Esterwege 147

- Feldberg 268
- Feldkirch 34, 40, 42f., 47, 48f., 53f., 58-60, 62, 64, 77, 90, 94, 96-98, 102, 114, 118, 121, 129-131, 138f., 147f., 150, 155, 158, 181, 190, 201, 210f., 221f., 227, 240-242, 244, 250-252, 257, 260f., 268-372
- Feldkirch-Felsenau 226
- Feldkirch-Gisingen 58f., 158, 272
- Feldkirch-Levis 121, 267
- Feldkirch-Nofels 158, 356, 367
- Feldkirch-Tisis 121
- Fieberbrunn 358
- Finnland 145
- Flauring 308
- Flausching 362
- Flossenbürg, KZ 136, 371
- Fontanella 332
- Frankfurt 174
- Frankreich 36, 143-146, 150, 169, 171, 178, 181f., 190, 214f., 220, 223-227, 233, 236, 239, 241, 251-253, 283f., 295, 324
- Frastanz 64, 102, 138, 147, 201, 276, 292, 310, 316, 330, 335, 338, 352, 354, 358f., 363, 368
- Frastanz-Bazora 348
- Frauentorf 107, 313
- Freiburg 82, 303
- Fresach 349
- Friedrichshafen 223, 331, 336
- Fußbach 169, 192, 224, 247, 302, 319, 335
- Fürstenberg, KZ 191, 373
- Gais 64
- Gaißau 169, 249, 324, 331
- Galtür 232
- Gargellen 72, 242
- Gaschurn 45, 123, 174, 230-233, 289f., 312, 345, 361
- Gaspolzhofen/OÖ 372
- Gattnau 319
- Gmunden 283
- Göfis 115f., 118, 120, 280, 292f., 318, 349
- Göppingen 148
- Götzens 120
- Götzis 53, 61, 64, 114, 225f., 240f., 248, 269, 283, 286f., 292, 317, 326, 328, 346f., 351f., 354
- Grafeneck 207
- Graz 108, 148f., 269, 285, 305, 314, 321, 324, 332, 341, 358, 360, 368
- Greifenburg 283
- Grellingen/CH 275
- Griechenland 147, 162, 173
- Grießkirchen 332
- Groß-Rosen, KZ 353
- Gurs 324, 341
- Gurtis 116, 293f.
- Hadamar 207
- Hainung 370
- Hall 208-210, 213
- Halle 318
- Hamburg 115
- Hard 34, 47, 79, 101, 104, 135, 224, 271, 273, 275, 278, 281, 288f., 297, 301, 308, 317, 319, 321, 362f.
- Hartheim 207-209, 213
- Heerbrugg 286
- Himmelberg/Ktn. 316
- Hittisau 107, 210f., 267, 272, 313, 319
- Hitzing 352
- Hochkrumbach 104
- Höchst 43, 65, 147, 169, 192,

- 237, 283, 286, 290, 294, 322,
 330, 349, 367
 Hohenems 42, 47, 64, 68, 79,
 124, 127, 133, 140, 184,
 195-198, 225, 230, 243-246,
 248f., 251, 268, 277, 279, 282,
 289, 292, 300f., 303f., 306-
 308, 314, 316, 318, 323, 330,
 336, 338, 342, 344, 349,
 352f., 355, 363, 366
 Hohenems-Bauern 240
 Hohenweiler 220, 226, 304, 329,
 345
 Holland 253
 Hörbranz 65, 113f., 129, 189,
 210f., 284, 296, 306, 311, 341
 Hörbranz-Unterhochsteg 214f.
 Horn 367

 Imst 46, 183, 277, 356
 Innerberg 123, 293, 338
 Innsbruck 36, 53, 56, 58 60,
 64, 67, 90, 93, 121, 135, 166,
 181f., 190, 221, 261, 306,
 325, 327f., 340, 356, 361
 Innsbruck-Hötting 58
 Innsbruck-Pradl 58
 Italien 161f., 171, 182, 236

 Janesberg/Stmk. 328
 Jenbach 168, 172, 339
 Judenburg 338
 Jugoslawien 108, 147, 240, 294

 Kaisheim, Zuchthaus 89, 335,
 353, 368, 372
 Kanada 143, 295
 Kärnten 147, 187, 339
 Kaufbeuren 213
 Kennelbach 47f., 140, 142, 176,
 183, 304f., 344, 348, 356,
 364, 371
 Kicking 345

 Kirchdorf/OÖ 342
 Kissingen 122
 Kitzbühel 58, 281
 Klagenfurt 90, 149, 333
 Klaus 44, 49, 225f., 328, 343,
 357
 Klösterle 107, 230, 291, 325,
 362, 371f.
 Klosterneuburg 102
 Klostertal 116
 Koblach 61, 268, 282, 289, 331
 Königshütte 187
 Konstanz 85, 213
 Krakau 324
 Krimatshofen 297
 Kroatien 161f.
 Krumbach 150, 152, 287, 299,
 333, 356
 Kufstein 58, 345

 Laa/Thaya 354
 Laas 335
 Lackenbach 200-202
 Landeck 220, 230f., 248, 255
 Landquart 252
 Landsberg/Lech 307f.
 Langen/Arlberg 166, 202, 230,
 359
 Langen/Bregenz 47, 99, 288, 301
 Langenegg 210, 216f., 269, 271,
 281, 285, 295, 334, 351, 356
 Laterns 301, 331
 Latschau 172, 289
 Lauterach 34, 47, 152, 199,
 211, 216, 270, 274, 296, 336,
 342, 348, 354f.
 Lech 365
 Lechaschau 296
 Lechhausen 75
 Leiblachtal 226
 Leipzig 78, 261, 365
 Lemberg 324, 353
 Leopoldskron 201f., 352

Liechtenstein 147, 242, 250, 133, 189f., 208, 281, 284,
 254, 277, 325 291, 311, 317, 319, 321, 335,
 Lienz 339 341f., 347, 353, 356, 368
 Lindau 45, 76, 189f., 202, 240, Meiningen 122, 242
 315, 335, 342 Mellau 62f., 317f., 347
 Lingen, KZ 147 Meran 303, 336
 Lingenau 211, 217, 285, 287, Mezzocorona 293
 331, 333, 336, 343 Mittelberg 291, 326
 Linz 208, 239, 251, 253, 279, Mittelfeld/Ktn. 301
 291, 331, 342 Möggers 283, 297, 329
 Lippowitz 301 Montafon 92, 133, 148, 166, 172,
 Lotzwil/CH 277 192, 230-233, 257, 329, 346
 Lochau 47, 65, 133, 140, 164, Moskau 10, 42, 47, 61, 65, 103
 176, 180, 183f., 210f., 221, Mossinc/Ktn. 271, 294
 225, 242, 290, 299f., 327, Mötz 216, 286
 348, 368 Mšeno 251, 323
 Lochau-Haggen 222 Mühlbach 328
 Loiblpass 90, 368 Mülhausen 227
 Lublin 327, 337 München 124, 133f., 138, 174,
 Ludesch 138, 280, 294, 339, 181, 230, 261, 273, 328, 338
 345, 364, 368 München-Stadelheim 97, 130,
 Lustenau 43, 47, 52, 56, 61, 134, 136, 174, 297, 352
 65, 75f., 78, 87, 105, 111, Murmansk 318
 133f., 136, 140, 143, 145f., Müzzzuschlag 275
 148, 156, 192, 237, 240, 267, Müselbach 217
 269, 275f., 282, 288f., 295f., Muttersholz/Elsaß 341
 298f., 304-308, 311, 314f.,
 322, 328, 335f., 337, 340, Nassereith 347
 342, 347, 360, 363, 365, 370, Natzweiler, KZ 123, 338
 372 Nenzing 64, 116, 289, 313, 319,
 Lüttisburg 297 324f., 346f.
 Lyon 143, 145 Neubeuren 154
 Neuengamme, KZ 338
 Mäder 283f., 313, 350 Neukirchen 271
 Mähren 322 Neuruppin 155
 Maidan 355 New York 335
 Mannheim 65 Niedernhart 207-210, 213
 Marburg 318, 332 Niederösterreich 11
 Mariazell 112 Nürnberg 202
 Marul 353 Nüziders 101, 227, 320, 324,
 Mauthausen, KZ 72f., 89, 90, 330, 343, 372

Obendorf/Bgld. 319

- Oberbuch/CH 290
 Oberösterreich 11, 237
 Obervermunt 4, 133, 172, 352
 Odessa 345
 Olang 373
 Olyka 256
 Ottweiler 365
- Paris 39, 64, 103, 238f., 257
 Parkkina/SF 143, 273
 Partenen 4, 46, 162, 231-233, 276
 Pasching 294
 Paznauntal 233
 Penzberg 347
 Pergilo 363
 Pettenbach 369
 Pettneu 230
 Pfaffenhofen 372
 Pians 366
 Polen 4, 117, 161f., 165f., 169, 171, 180f., 196, 198, 200, 207, 251, 253-256, 325
 Pommern 120
 Pongau 174
 Potsdam 340, 346
 Pottendorf 344
 Pötting 358
 Prag 103, 305
- Raab 328
 Rabenstein/NÖ 367
 Raggal 317
 Rankweil 16, 32, 64, 268, 270, 275f., 283f., 290f., 294, 311f., 319, 323f., 328, 333, 336, 338, 344, 347, 350, 353, 356, 358, 370
 Rankweil-Valduna 208-210, 213
 Ratzenried 285
 Ravensbrück, KZ 128, 191, 285, 307, 324, 336, 346, 370f.
 Rebdorf 350
- Reichenau 108, 159, 167-169, 171f., 174, 284, 324, 327, 356, 359, 368
 Reuthe 62, 106, 272, 370
 Reutte 365, 372
 Riefensberg 363
 Rietz 338
 Riezlern 65
 Rheintal 42
 Rodgau-Dieburg, Straflager 106, 350
 Rodund 166, 172, 174, 180/182, 325
 Rom 117f.
 Roncegno 306
 Roppen 298
 Rorschach 344, 358
 Rosenheim 201, 267, 297
 Rottenburg 306
 Rovenki/Ukraine 183
 Rußland 171
- Sachsenhausen, KZ 120, 123, 181, 312, 336, 338, 353, 369, 371
 Saminatal 257, 276
 Salzburg 11, 102, 112, 147, 201, 310
 Salzgitter 253
 Sandec 256
 St. Anna 316
 St. Anton a.A. 337
 St. Anton i.M. 280, 290, 333, 359
 St. Gallen 39, 87, 147, 195, 237, 240, 248, 250, 278, 319, 348
 St. Gallenkirch 164, 180, 192, 215, 231f., 280, 290, 309f., 346
 St. Jakob/Osttirol 123
 St. Margrethen 87f., 288
 St. Paul 309

- St. Peter/Ktn. 274
 St. Pölten 201
 St. Thomas/OÖ 337
 St. Veit 187, 287, 357
 Satteins 64, 93f., 285, 301, 322
 Schaan 181, 305
 Schaffhausen 236
 Schelditz, KZ 199, 294, 309
 Schladming 340
 Schlanders 340
 Schlins 349, 356
 Schnepfau 311
 Schnifis 148, 321
 Schönengrund/CH 246
 Schopperrau 150, 166, 309, 357, 369
 Schruns 180, 205, 229, 233, 252, 282, 293, 301, 309, 334, 361, 371
 Schwäbisch-Gmünd 297
 Schwäbisch-Hall 307, 361
 Schwarzach 296f., 360
 Schwarzach/Sbg, 352
 Schwarzenberg 303, 326, 352
 Schwaz 58
 Schweiz 36f., 39, 42f., 49, 53, 56, 60, 66, 72, 77, 82, 85-87, 94, 109, 128, 139, 145-148, 150, 156, 180, 186, 192, 196, 209, 220, 227, 230, 234-257, 323, 331, 342, 348, 366, 367
 Schweizertor 242
 Schwemmburg 291
 Schönbach 364
 Serbien 161f., 178f.
 Sibratsgfäll 169, 369
 Silbertal 277, 312
 Silvrettagebiet 121, 182, 242
 Silvrettadorf 173, 175, 181f., 230f.
 Slowakei 250
 Sobibor, KZ 196
 Sonnenstein 207
 Sonntag 148, 278, 280, 333, 345
 Sowjetunion 134, 148, 161, 176, 183, 202, 238, 254
 Spanien 237-241, 252f., 295
 Spullersee 94
 Spittal 144, 146, 317, 337
 Stadl-Paura/OÖ 367
 Stalingrad 139
 Stallehr 322
 Stans 352
 Stanz 354
 Steyerling 302
 Stockach 213
 Stockenboi/Ktn. 359
 Stracovic 304
 Straßburg 309
 Stuttgart 306, 324
 Styr 330
 Sulz 293, 301, 347
 Sulzberg 210, 288

 Telfs 280
 Teufenhart 367
 Teuschl/Ktn. 282
 Theresienfeld/NÖ 290
 Theresienstadt, KZ 196-198, 282f., 300, 303, 324
 Thüringen 134, 281, 291f., 329, 346, 349
 Thüringerberg 315f., 329, 366
 Thurn-Severin 320
 Tirol 11, 36, 58, 60, 72, 75, 101f., 121, 135f., 215
 Torgau 120, 281, 286
 Treblinka, KZ 196
 Triesen/FL 362
 Troppau 344
 Tschagguns 172, 301, 322, 345, 367
 Tschechoslowakei 161f., 171, 181, 236f., 240, 251-253
 Turin 279

Übersaxen 372
 Ukraine 149, 161f., 169, 186,
 191
 Ulm 309
 Ungarn 253
 Unterdrauburg 344
 USA 366

 Vaduz 251, 279
 Vandans 133, 283, 295, 331, 350
 Varel/Oldenburg 156
 Vermiglio 291
 Vermont 180, 231
 Verona 275
 Viktring/Ktn. 314
 Vorchdorf/OÖ 325

 Waidhofen 272, 364
 Wald a.A. 340, 359
 Wald/CH 277
 Waldheim/Sachsen 134, 363
 Walgau 42, 94, 226
 Walsertal, Großes 94f., 148f.,
 229, 280, 357
 Walsertal, Kleines 65, 79, 326
 Wapno/P 318, 325, 333
 Warschau 187
 Warth 357
 Weiler 64, 68, 226, 240, 302

 Weimar 124
 Werl/Westfalen 102
 Wertheim 121, 296
 Widnau/CH 318
 Wien 10, 34, 44, 51f., 53f., 58,
 60, 64, 72, 76, 101f., 112,
 140, 150, 188, 195f., 198f.,
 238, 241f., 244f., 250, 257,
 261, 267, 282, 288, 290, 298,
 300, 303, 309, 324, 329f.,
 337f., 342, 356, 360, 362
 Wiener Neustadt 102
 Winterthur 49
 Wippenau/OÖ 324
 Wittenberg 149
 Wojtyniow/P 340
 Wolfurt 176, 312, 334, 341,
 353f., 364, 369, 371
 Wöllersdorf 285
 Wörgl 199

 Xanthi 173

 Zeinisjoch 232f.
 Zell am See 138
 Zürich 37, 235, 252, 257, 365
 Zuswil/CH 277
 Zweibrücken, Zuchthaus 106

Bon Herren und Menschen

Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten 1933–1938

Die KPÖ in Vorarlberg 1933–1938

März 1938: Politische Verfolgungen der ersten Tage

Widerstandsgruppen

Kommunisten und wegen „kommunistischer Betätigung“ Verfolgte 1938–1945

Anpassung und Widerstand: Vorarlbergs Kirche im NS-Staat

Die Zeugen Jehovas

Individuelle Opposition

Widerstand und Widersetzlichkeit in der Wehrmacht

Arbeitsverweigerung

Fremdarbeiter und Kriegsgefangene

Humanitäre Hilfe

Rassistische Verfolgung – Juden und Zigeuner / Roma

„Gemeinschaftsfremde“

Vernichtung „lebensunwerten Lebens“

Die letzten Tage des Krieges

Ins Freie? Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933–1945

Verfolgung und Widerstand: Eine Bilanz



fink's verlag

ISBN 3-900438-15-3